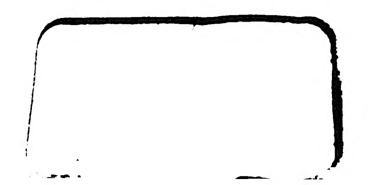


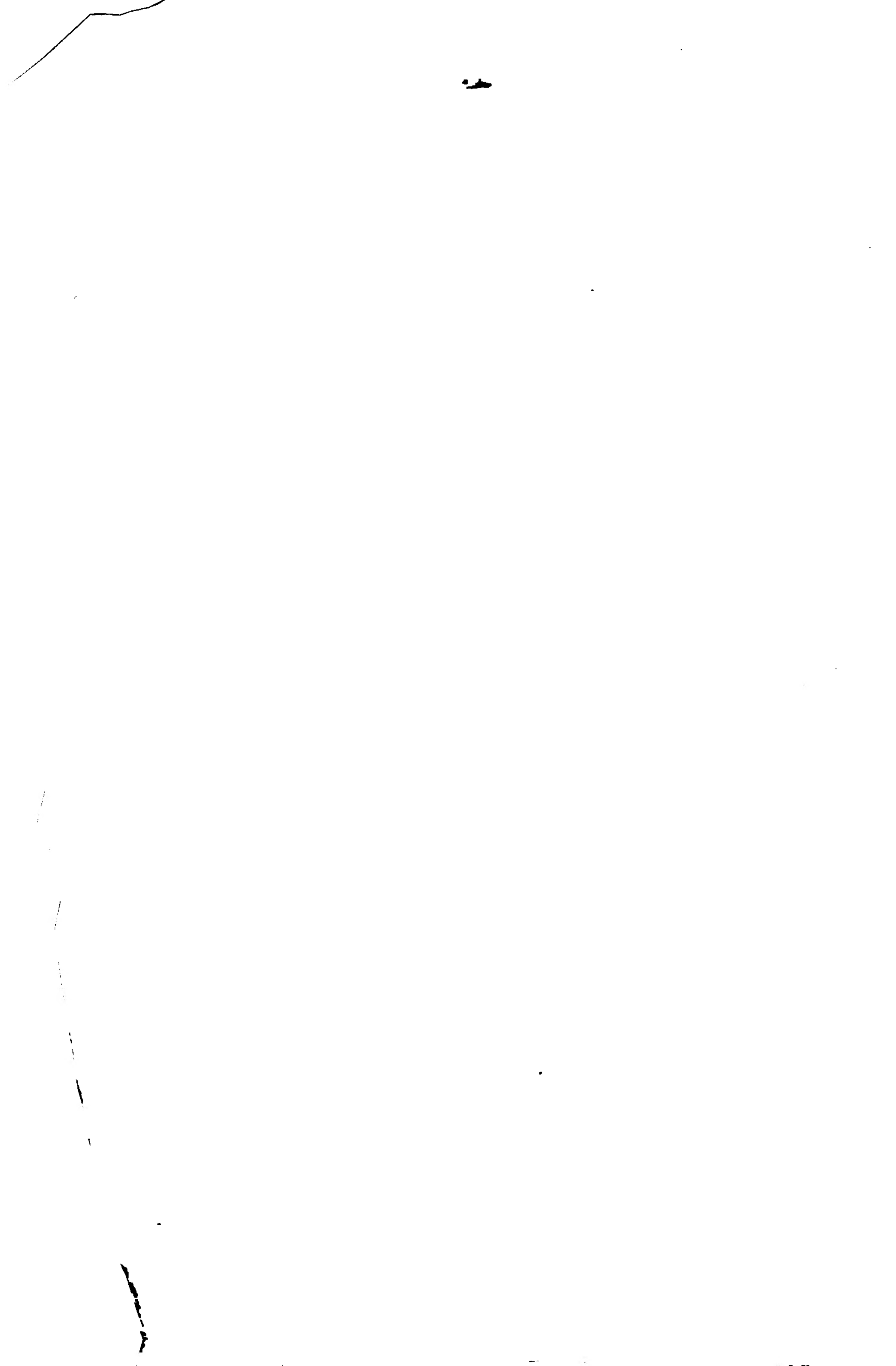



SIGILLUM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV ANG
VE RI TAS
CHRISTO ET ECCLESIAE



A. Rumbold.


SIGILLVM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV ANG
CHRISTO ET ECCLESIAE
VE RI TAS



ARCHIV

für

katholisches Kirchenrecht,

mit besonderer Rücksicht auf

Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Schweiz.

Herausgegeben

von

Dr. Friedrich H. Vering,

ord. Professor der Rechte an der deutschen k. k. Karl-Ferdin.-Universität zu Prag.

Zwei und siebenzigster Band.

(Neuer Folge sechs und sechzigster Band.)

Mainz,

Verlag von Franz Kirchheim.

1894.

Printed in Germany

Druck von Joh. Falk III. Söhne, Mainz.

I.

Die Rechte der Metropoliten und Bischöfe in Gallien vom vierten bis sechsten Jahrhundert.

Ein Beitrag zur Geschichte des canonischen Rechts von Dr. *H. J. Schmitz.*

Die Bischöfe sind die ordentlichen Diadochen der Apostel; sie haben deren priesterliche Machtfülle ohne alle Beschränkung überkommen; sie sind im vollsten Sinne die eigentlichen Erben apostolisch-priesterlicher Machtvollkommenheit: Der Episcopat ist nur der zeitlich fortgeleite'e Apostolat[1]). Der einzelne Bischof, mit Ausnahme des römischen Bischofs ist nicht der Nachfolger dieses oder jenes Apostels, wohl aber bildet die Gesammtheit der Bischöfe die Nachfolger der Apostel, d. h. der Episcopat ist als successorisch zum Apostolat zu betrachten; das *Collegium* Episcoporum ist dem *Collegium* Apostolorum succedirt[2]). Treffend bezeichnet daher Pseudo-Isidor den Ordo Episcopalis als apostolicus gradus[3]). Der hl. Augustinus, dessen Ausspruch von Gratian in's Decret aufgenommen wurde, gibt die Anschauung seiner Zeit über den im Episcopat fortgeleiteten Apostolat klar und deutlich mit den Worten kund: »Patres missi sunt apostoli, pro apostolis filii nati sunt tibi, constituti sunt episcopi[4]).« Nicht als ob die ganze Bedeutung des Episcopates in einer nur historisch nachweisbaren Succession der Apostel bestände; der Episcopat trägt vielmehr in sich in Folge der priesterlichen Machtvollkommenheit die Kraft der Fortpflanzung des Priesterthums und hier in dieser vis generativa sacerdotii liegt die wesentliche nicht dem Priester, wohl aber dem Bischofe eigene Praerogative des sacerdotium primum[5]). Der Episcopat ist schöpferisch, er zeugt selbst die Väter, er ist wie der hl. Epiphanius ihn nennt, die πατέρων γεννητικὴ τάξις, der Väter zeugende Ordo[6]). Daher ist es der Episcopat, welcher den Fortbestand des Priesterthums und weiter der

1) *Oswald*, Die dogmatische Lehre von den h. Sacramenten der katholischen Kirche (3. Aufl. Münster 1870) II. Bd. S. 331.

2) *Phillips*, Kirchenrecht (3. Aufl. Regensburg 1855) I. Bd. S. 177.

3) Can. Absit. 14. C. 11. Q. 3.

4) S. Augustin. in Psalm. 44; Can. 6. dist. 68.

5) *Oswald*, l. c. S. 331. *Phillips*, l. c. I, 320.

6) Epiph. adv. Haeres. 75.

Kirche und des Werkes Christi sichert; an seinen Bestand ist Sein und Nichtsein der Kirche geknüpft. In diesem Sinne sagt der hl. Ignatius »wo der Bischof, da die Kirche« und nennt Tertullian die ecclesia einfach »numerus episcoporum.« Die von Christus dem Apostolate und Episcopate verliehene priesterliche Machtfülle wird durch die Ordination mitgetheilt; es ist eine von Gott kommende Gewalt, welche durch dieselbe übertragen wird. Die Apostel functionirten als Gottes Delegate, als sie den Bischöfen die von Gott kommende priesterliche Vollgewalt mittheilten, welche allerdings so geartet war, dass sie dem Petrus untergeordnet und daher ihrer Ausübung nach von der Zustimmung Petri und seines Nachfolgers abhängig war; in Folge davon sind die Bischöfe, wenn auch dem Papste untergeordnet, doch nicht dessen Delegate, sondern Gottes Delegate [1]).

Dem entsprechend wird der Ordination oder Cheirotonie nicht etwa eine äussere Bevollmächtigung, sondern eine Mittheilung der unsichtbaren Macht und Gnade an die unsichtbare Seele als Wirkung zugeschrieben [2]). Der Bischof vollzieht wohl bei der Ordination die Handauflegung, aber Gott gibt die Gnade; er erhebt seine Rechte, aber Gott ist es, der segnet; er ertheilt den Ordo, aber Gott ertheilt die Würde [3]). Christus hat in den Aposteln alle Bischöfe angeredet [4]); Gott ist es, der wie er die Apostel einst erwählt, so fortwährend noch die Bischöfe bestellt [5]). Diese traditionelle Anschauung von einer durch Gott dem Episcopate wie dem Apostolate übertragene Vollmacht liegt auch der Darstellung zu Grunde, welche Papst Leo von dem Verhältniss der Bischöfe untereinander und zum Papste gibt. »Die Einheit, welche allein der Kirche Kraft und Leben gibt, beruht wesentlich auf der Einmüthigkeit der Bischöfe, die wenn auch gleiche Würde, so doch nicht gleichen Rang haben. Denn auch unter den Aposteln war nach Art der Auszeichnung ein gewisser Unterschied der Gewalt und während die

---

1) *Phillips*, l. c. I. Bd. S. 196 f., 324 ff.

2) Gregor. Nissen. hom. in baptism. Christi.

3) S. Ambros. de dignit. sacerd. cap. 5: »Homo imponit manus, Deus largitur gratiam; sacerdos imponit supplicem dexteram, et Deus benedicit potenti dextera; Episcopus initiat ordinem, et Deus tribuit dignitatem.«

4) Cyprian. L. 4 ep. »Christus dicit ad Apostolos, ac per hoc ad omnes Praepositos, qui Apostolis vicaria ordinatione succedunt: »Qui audit vos, me audit.«

5) Cyprian. L. 3 c. 9. »Meminisse debent Diaconi, quoniam Apostolos, id est, Episcopos et Praepositos Dominus elegit . . . . Quodsi nos aliquid audere contra Deum possumus, qui Episcopos facit.«

Erwählung allen gemeinsam war, war es doch Einem gegeben, dass er vor den Uebrigen hervorragte. Von diesem Vorbilde rührt der Rangunterschied der Bischöfe her [1]).«

In principieller Bekämpfung dieser katholischen Lehre über den Episcopat und die Wirkungen der Ordination hat die protestantische Forschung die Hypothese der Magdeburger Centuriatoren von einer nachapostolischen Entstehung der katholischen Kirche ausgebildet und sich an der Lösung der einer sogenannten positiven Kritik zugedachten Aufgabe versucht, um die hierarchische Ordnung und Gewalt in der Kirche als das Ergebniss einer historischen Entwicklung und Bethätigung menschlicher Factoren darzustellen. Den Ausgangspunkt hat man von einem den ersten christlichen Gemeinden imputirten demokratischen Charakter genommen, welcher in der von der judenchristlichen auch auf die heidenchristlichen Gemeinden übertragenen Verfassungsform hervortrete [2]). Die priesterliche Machtvollkommenheit wird auf die Verwaltung eines Amtes beschränkt, welches profaner Natur und nicht göttlicher, sondern menschlicher Einsetzung sei. Die Bischöfe erscheinen danach als reine Gesellschaftsbeamte und als ein Gemeindevorstand, dessen Autorität aus keiner anderen Quelle als der Gemeinde selbst floss [3]). Weder ein Imperium noch eine höhere Dignität als die der übrigen Gemeindemitgliedern sei diesen bischöflichen Gemeindebeamten eigen gewesen [4]). Die Cheirotonie bedeute nichts weiter, als die Abstimmung der Gemeinde bei der Wahl dieser Gemeindebeamten und »ordinare« sei nur der solenne Ausdruck für Bestellung der Aemter [5]). Wie ihre Namen promiscue gebraucht wurden, so sei überhaupt an der Identität der Episcopi und Presbyteri festzuhalten [6]). Der Episcopat selbst habe

---

1) *S. Leon.* Ep. 14; (*Jaffée*, l. c. n. 411 (189)). *Ballerin.* Opp. l. c. I. p. 691: »Connexio totius corporis unam sanitatem, unam pulchritudinem facit; et haec connexio totius quidem corporis unanimitatem requirit, sed praecipue exigit concordiam Sacerdotum. Quibus cum dignitas sit communis non est tamen ordo generalis; quoniam et inter beatissimos Apostolos in similitudine honoris fuit quaedam discretio potestatis et cum omnium par esset electio, uni tamen datum est, ut caeteris praeemineret. De qua forma Episcoporum quoque est orta distinctio.«

2) *Richard Rothe*, Die Anfänge der christlichen Kirche und ihrer Verfassung. Wittenberg 1837. I. Bd. S. 146 f.

3) *Rothe*, l. c. S. 153 f. *Ritschl*, Die Entstehung der altkath. Kirche. Eine Kirchen- und Dogmengeschichtl. Monographie. Bonn 1850. p. 373, 375.

4) *Rothe*, l. c. S. 156 f. *Ritschl*, l. c. p. 457.

5) *Rothe*, l. c. S. 147 ff., 153 ff.

6) *Ritschl*, l. c. p. 375 seq., 436 seq. *Rothe*, l. c. p. 193 f. *Bestmann*, Geschichte der christl. Sitte. 2. Theil: Die katholische Sitte der alten Kirche.

sich erst im Laufe der Zeit ausgebildet; als Termin nimmt man bald das Ende des ersten Jahrhunderts[1]), bald die Zeit Cyprians an[2]). Das kirchliche Amt desselben habe lediglich die Zweckbeziehung gehabt, ein Organ der kirchlichen Einheit zu haben[3]). In neuerer Zeit hat diese Theorie eine Darsellung gefunden, welche sich ebenso durch eine tendenziöse Ausbeute archäologischer Forschungen, wie durch Eleganz der Form auszeichnet[4]). Namentlich sucht man das Amt des Bischofs in den ersten Jahrhunderten auf die Vermögensverwaltung der Gemeinde zu beschränken und dies durch den Hinweis darauf zu beweisen, dass die Bezeichnung ἐπίσχοπος für den römischen städtischen Finanzbeamten vorkommt und Ordination in Rom nichts anderes als die Einsetzung in ein bürgerliches Amt bedeutet habe[5]).

Diesen Deductionen auf Grund von Bezeichnungen, welche der römischen Municipalverfassung entlehnt auf den kirchlichen Episcopat angewendet wurden, ist jeder Boden durch den Hinweis katholischer Seits entzogen worden, dass ein übereinstimmender Name keineswegs zur Folgerung berechtige, es werde damit dieselbe Sache und die gleiche Befugniss bezeichnet[6]). Auch ist die ganze Theorie von dem Episcopat als einem Gemeindebeamtenthum in den ersten Jahrhunderten im Einzelnen katholischer Seits gründlich widerlegt[7]). Für die Darstellung des in Gallien geltenden Kirchenrechts ist es ausreichend, aber nicht weniger werthvoll constatiren zu können, dass auch die Freunde dieser Theorie zugeben, im 3. Jahrhundert sei der Bischof jedenfalls nicht mehr Beamter der kirchlichen Gemeinde gewesen, er habe vielmehr als das von Gott bestellte Organ gegolten, das von Gott und der als idealen Einheit gedachten Kirche mit der Leitung

---

Nördl. 1885. B. Die Reichskirche. S. 676 f. *Spittler*, Geschichte des canonischen Rechts bis auf die Zeiten des falschen Isidors. Halle 1878. S. 17 ff.

1) *Rothe*, l. c. S, 523 f. — 2) *Ritschl*, l. c. p. 467 seq. — 3) *Rothe*, l. c. S. 448 f.

4) Von *Edwin Hatsch*, Die Gesellschaftsverfassung der christlichen Kirchen im Alterthume in acht Vorlesungen. Vom Verf. autorisirte Uebersetz. der 2. Aufl. mit Excursen von Dr. Harnack. Giessen 1883.

5) *Hatsch*, l. c. S. 28 ff., S. 130 ff. *Charisius*, (Dig. 50, 4, 18) »Episcopi qui praesunt pani et ceteris venalibus rebus., quae civitatum populis ad quotidianum victum usui sunt.«

6) *C. Seb. Berardi*, Commentaria in Jus eccl. univ. Mediolanen. 1846. vol. I. p. 113. *Probst*, Sacramente in den drei ersten christl. Jahrh. Tübing. 1872. S. 386.

7) *Hergenröther*, De catholicae ecclesiae primordiis Ratisb. 1851 pag. 128 seq.; *Th. M. Mamachii*, Originum et Antiquitatum Christianar. libri XX. Romae 1752. tom. 4. pag. 307 seq.

der einzelnen kirchlichen Gemeinde beauftragt ist. Die Bischöfe sind die Nachfolger der Apostel, welche von Gott mit der Gewalt ausgerüstet sind, die Kirche zu verwalten. Diese Nachfolge in das Amt der Apostel kann aber nicht die Gemeinde ertheilen, sondern nur die Nachfolger der Apostel selbst. Die bischöfliche Gewalt, die nicht von der Gemeinde abgeleitet wird, kann auch nicht von der Gemeinde übertragen werden, sondern nur von der Kirche und den Trägern der apostolischen Gewalt, den Bischöfen. Schon im 3. Jahrhundert stand der Satz fest, dass die Weihe zum Bischof d. h. eben die Berufung in die Nachfolge der Apostel und die Uebertragung der kirchlichen Gewalt in der Gemeinde nur durch Bischöfe erfolgen kann [1]).«

Die apostolisch-priesterliche Machtfülle der Bischöfe nun ist an den Ordo geknüpft; es gibt keine hierarchische Gewalt in der Kirche, welche nicht auf dem Ordo basirt; das ist göttliche Einrichtung. Diese hierarchische Gewalt, welche in ihrer Gesammtfülle als eine einzige von Christus dem im Episcopate fortdauernden Apostolate übertragen wurde, so dass es in der Kirche nur eine Hierarchie gibt [2]), erscheint nach ihren Functionen hin betrachtet als eine potestas ordinis in der priesterlichen Verwaltung und Ausspendung der sacramentalen Gnaden und als potestas jurisdictionis oder regiminis in dem durch die Lehre und Zucht ausgeübten Regiment in der Kirche [3]). Unter dem einen wie dem anderen Gesichtspunkte hat die hierarchische Gewalt in der Kirche verschiedene Rangstufen, aber mit dem Unterschied, dass die Vertheilung der Rangstufen der potestas ordinis von Christus selbst geschehen und an entsprechende Grade der Ordination d. h. an einzelne Ordines unabänderlich geknüpft ist, während die Rangstufen in dem Kirchen*regiment* wohl im Allgemeinen an den Ordo von Christus geknüpft wurden, aber in ihren einzelnen Abgrenzungen der Disposition der Kirche überlassen wurden [4]). Der Bischof steht auf der höchsten Stufe der Hierarchie; daher muss er in Folge seiner Ordination die potestas ordinis im vollsten Masse besitzen und in der Beziehung ist jeder Bischof dem andren gleich. Anders verhält es sich mit der potestas regiminis; sie kann in ihrer Ausübung dem einen Bischofe in einem kleinern oder grösseren ter-

---

1) *Loening*, l. c. I. Bd. S. 108 f.

2) *Phillips*, l. c. I. S. 325 f.

3) Die Verhandlungen auf dem Vaticanum legen es abgesehen von inneren Gründen nahe, die Dreitheilung der Kirchengewalt aufzugeben und die Lehrgewalt dem Bereiche der Jurisdiction einzufügen. (Siehe *Bellesheim* Recens. Literar. Handweiser (Hülskamp) 24. Jahrg. (1885) Nr. 8 S. 242.)

4) *Oswald*, l. c. II, S. 304 f.

ritorialen Umkreise vor dem andern in Folge der ihr wesentlich eigenthümlichen Unterordnung unter den Nachfolger des hl. Petrus dem Papste und nach Massgabe dessen Bestätigung zustehen [1]); sie kann auch in Folge der historischen Ausbildung der Kirche mehr oder weniger beschränkt sein. Diese beiden Factoren haben dazu mitgewirkt, dass sich in stufenweiser Ueberordnung über die einfachen Bischöfe mit gesteigerter höherer potestas jurisdictionis in dem Kirchenregiment die Metropoliten, die Primaten und Patriarchen erhoben [2]).

In dieser Auffassung leitet Isidor von Sevilla, nachdem er von den Patriarchen, Primaten und Metropoliten gehandelt hat, den Uebergang zu den Bestimmungen über die einfachen Bischöfe ohne die erhöhte Jurisdiction mit den Worten ein: »Alle die bisher bezeichneten Klassen werden gemeinschaftlich mit dem Worte Episcopi benannt; sie führen aber ihren eigenen Namen wegen der Verschiedenheit der Gewalten, die sie im Einzelnen empfangen haben [3]).« Von den Metropoliten sagt Isidor in demselben Canon: »Die Metropoliten haben ihren Namen von der Bedeutung der Städte; sie stehen einzelnen Provinzen vor, ihrer Auctorität und Lehre sind die übrigen Priester untergeben, ohne sie ist den übrigen Bischöfen nichts zu thun gestattet, denn ihnen ist die Sorge für die ganze Provinz anvertraut [4]).« Die Bezeichnungen Metropolit und Erzbischof werden gewöhnlich als gleichbedeutend gebraucht, sind jedoch nicht identisch, da die erstere Bezeichnung auf den Besitz einer höheren Jurisdiction über untergebene Suffragan-Bischöfe, der andere nur auf den Besitz eines Ehrenvorranges geht [5]).

Die bürgerliche Metropole hatte für die Ausgestaltung der Verfassung der Kirche hohe Bedeutung. Die Apostel hatten das Evangelium zuerst in den Hauptstädten der bürgerlichen Provinzen verkündet; sie richteten ihre Briefe an die als zusammengehörig betrachteten Christen der um die Metropole gebildeten bürgerlichen

---

1) Die Verhandlungen zu Trient lassen die Jurisdiction der Bischöfe als vom Papste ausgehend erkennen. Vergl. *Grisar* in der Zeitschrift für katholische Theologie 1884 S. 453—507, 727—784: »Die Frage des päpstlichen Primates und des Ursprunges der bischöfl. Gewalt auf dem Concil von Trient. Vgl. *S. B. Smith*, Elements of Ecclesiastical Law. New-York, Benziger 1883, vol. 1, 5 edit. p. 271 seq.

2) *Berardi*, l. c. vol. I. Dissert. III. p. 91 seq.

3) Can. Clerus. 1. §. Omnes. 5. D. 21.

4) Can. Clerus. 1. §. Metropolitani, 4. D. 21.

5) *Phillips*, l. c. II. Bd. S. 79. *Gerlach*, Lehrbuch des kath. Kirchenrechts, 4. Aufl., 1885, S. 457.

Provinz [1]); sie setzten ihre unmittelbaren Nachfolger ein wie den Timotheus und Titus über die Gemeinden einer ganzen bürgerlichen Provinz und ordneten denselben dadurch die übrigen in der Provinz thätigen Bischöfe unter [2]). Hierdurch wurde bereits seit der Zeit der Apostel die bürgerliche Metropole das Centrum der im Bereich der entsprechenden Provinz gegründeten christlichen Gemeinden; die bürgerliche Bedeutung der Stadt und die von ihr örtlich ausgegangene durch einen Apostel oder Schüler der Apostel bethätigte Christianisirung der Provinz hatten zusammengewirkt, dem Bischofe der Metropole ein höheres Ansehen vor den übrigen Bischöfen der Provinz zu erwerben [3]). Ohne hierauf näher einzugehen, sollen die Vorrechte der Metropoliten in unserer Zeitperiode im Einzelnen kurz charakterisirt werden; zunächst bezüglich der Provinzialsynoden.

1) Zweifellos hatte der Metropolit das Recht und die Pflicht die Provinzialsynode zu berufen. Das erklärte die Synode von Antiochien vom J. 341 in ihrem 20. Canon ausdrücklich [4]). Aber mehr noch; seine Anwesenheit war zur Vollständigkeit und Erlaubtheit der Provinzialsynode nothwendig. Die erwähnte Synode von Antiochien erklärt in ihrem 16. Canon: »Eine vollständige Synode ist diejenige, bei welcher auch der Metropolit zugegen ist [5]).« Nicht nur unvollständig waren die Synode ohne den Metropoliten, sie waren auch unerlaubt. In dem 20. Canon sagt nämlich die Synode: »Es ist aber nicht erlaubt, dass Bischöfe für sich Synoden halten ohne die, denen die Metropolen anvertraut sind [6]).« Ohne den Metropoliten konnte also eine Provinzialsynode weder berufen werden, noch tagen. Auch konnte der Metropolit in dieser seiner Aufgabe der Berufung der Synode nicht durch irgend einen anderen Bischof vertreten werden, noch gab es irgend ein Mittel, wofern der Metropolit die Einberufung vernachlässigte die Provinzialsynode etwa auf die Einladung des ältesten Suffraganbischofes hin oder durch gegenseitige Vereinbarung der einzelnen Bischöfe anzuberaumen. Die Synode von Antiochien sah sich veranlasst, geradezu in ihrem 20. Canon minder-

---

1) *Hefele*, Concilien-Geschichte I, S. 382.

2) Devoti Instit. Canon. tom. I. l. I. tit. III. s. 3, §. XXXIX. n. 2.

3) *Thomassin.*, vetus et nova ecclesiae disciplina. tom. I. pars I. l. I. c. 3, pag. 5.

4) »Conveniat synodus, metropolitano provinciales episcopus admonente.« *Pitra*, l. c. I, 463.

5) *Hefele*, l. c. I, 518.

6) *Hefele*, l. c. 519. Μὴ ἐξεῖναι δὲ τινας καθ' ἑαυτοὺς συνόδους ποιεῖσθαι ἄνευ τῶν πεπιστευμένων τὰς μητροπόλεις. *Pitra*, l. c. I, 463.

artiges Auskunftsmittel abzuschneiden [1]). Die zahlreichen sonstigen Synoden, welche die Abhaltung von Provinzialsynoden einschärfen, geben kein Mittel an, wie die Nachlässigkeit des Metropoliten suplirt werden könne [2]). Die 3. Synode zu Orleans im J. 538 will wohl, dass die Suffragane ihn an seine Pflicht ermahnen, aber im Falle dies nichts nützt, verfällt der Metropolit wohl kirchlicher Strafe, die Provinzialsynode aber kommt nicht zu Stande. Der erste Canon dieser Synode lautet: »Der Metropolit soll alle Jahre eine Provinzialsynode berufen. Versäumt er es zwei Jahre lang, obgleich die Suffraganen ihn mahnen, so soll er ein ganzes Jahr lang keine Messe zu halten wagen [3]).« Es geschah offenbar im Interesse der Verhütung schismatischer Versuche, dass den Bischöfen verboten war, ohne den Metropoliten eine Synode abzuhalten. Indessen soll auf diese praktischen Motive nicht näher eingegangen werden, so viel geht aus den angezogenen Entscheidungen hervor, dass die Provinzialsynode bezüglich ihrer Einberufung von dem Metropoliten abhängig war. Das Recht der Einberufung der Synode schloss naturgemäss auch das Recht des Vorsitzes und der Leitung der Synode für den Metropoliten ein [4]). Ohne die Stimmabgabe seitens des Metropoliten konnte aber auch die Provinzialsynode überhaupt keinen Beschluss fassen. Das geht aus dem 16. und 17. Canon der Synode zu Antiochien im J. 341 deutlich hervor. Vollständig ist nach dem ersteren Canon die Provinzialsynode nur durch Anwesenheit des Metropoliten

---

1) *Pitra*, l. c.

2) Das Tridentinum hat in der Beziehung das ältere Recht modificirt, indem es bestimmt, dass im Falle der Behinderung des Metropoliten, der älteste Suffraganbischof die Provinzialsynode berufe. Sess. 14, c. 2.

3) Can. 1. »Primum ut unusquisque Metropolitanus in provincia sua, cum comprovincialibus suis, singulis annis Synodale debeat opportuno tempore habere concilium. Quod si illum infirmitas aut necessitas certa tenuerit ut ad alium constitutum locum adesse non possit ad suam civitatem suos evocet fratres und si intra biennium divinitus temporum tranquillitate concessa, admonitis comprovincialibus, a metropolitano synodus indicta non fuerit, metropolitanus ipse pro evocationis tarditate anno integro Missas facere non praesumat.« *Sirmond*, l. c. I, pag. 248. *Surius*, l. c. II, 605. *Hard.* II, 1422.

4) Hiergegen wendet *Spittler*, Geschichte des can. Rechtes, Halle 1778, S. 52 f. ein, dass auf der Synode zu Valence im J. 374 nicht der Bischof von Arles, sondern Föbadius (Fejadius) von Agen präsidirte. Indessen steht durchaus nicht fest, welcher Bischof der Synode präsidirte; in der Vorrede der Synode wird allerdings Fegadius an erster Stelle genannt. Unter den Unterschriften aber steht an erster Stelle Florentius, Bischof von Vienne. *Sirmond*, l. c. I, p. 18 seq. Siehe auch *Herbst*, Tübing. theolog. Quartalschrift 1827, S. 665 ff.

und nach dem anderen Canon kann nur die vollständige Synode über den renitenten Bischof ein rechtskräftiges Urtheil fällen [1]).

Somit war das Recht des Metropoliten bezüglich der Berufung, Leitung und Beschlussfassung der Provinzialsynode ein ausschliessliches; nach der negativen Seite tritt dessen Bedeutung darin hervor, dass ohne den Metropoliten eine Provinzialsynode weder berufen, noch tagen, noch Beschluss fassen konnte; anderer Seits aber wog seine Stimme nicht mehr wie die jedes anderen Bischofes; der Beschluss der Majorität galt und der Metropolit hatte denselben ganz abgesehen von seiner Art der Stimmabgabe und Ansicht auszuführen.

Wenn die zweite Synode von Arles in ihrem 18. Canon bestimmte, die Synoden seien nach Gutbefinden des Bischofs von Arles anzusagen [2]), so war das lediglich eine Folge der vom Bischofe von Arles beanspruchten Obermetropolitenrechte. Dieses Gutbefinden des Bischofs von Arles sollte auch bezüglich der Frist, binnen welcher die Provinzialsynode berufen werde, entscheidend sein. Die örtlichen Schwierigkeiten des Verkehrs machten die zweimalige Abhaltung der Provinzialsynode in Gallien unausführbar. Die Synode von Orange im J. 441 erklärte in ihrem 29. Canon, dass es nicht wohl möglich sei, alljährlich zwei Synoden gemäss den Vorschriften der Väter zu berufen und bestimmt, dass Tag und Ort jeder zukünftigen auf der vorhergehenden Provinzialsynode angekündet werde; die nächste solle im folgenden Jahre stattfinden [3]). Die dritte Synode zu Orleans im J. 538 bestimmte dann in ihrem 1. Canon, dass alle Jahre eine Provinzialsynode stattfinde [4]).

Darüber herrscht kein Zweifel mehr, dass in dieser Zeit nur Bischöfe stimmberechtigte Mitglieder der Provinzialsynode waren [5]). Der 20. Canon der Synode von Antiochien im J. 341 stellt den Bischöfen als den Mitgliedern der Provinzialsynode Priester, Diakonen und alle die gegenüber, welche ihre Klagen vorbrachten. Nur Bischöfe werden als vollberechtigte Mitglieder der Provinzialsynode erwähnt und nur gegen sie wird Klage über Nichterscheinen geführt [6]). Auch in dem Synodalschreiben des Concils von Valence im J. 374 [7]) und

1) Can. 17: »hunc oportet communione privari, donec susceperit coactus officium, aut certe de eo aliquid *integra decreverit* ejusdem provinciae synodus sacerdotum.« *Pitra*, l. c. I, 462.

2) *Hefele*, l. c. II, 300. — 3) Ibid. 295. — 4) Ibid. 774.

5) *Hinschius*, l. c. III, 474. *Loening*, l. c. I, 374.

6) Synode zu Orange im J. 441 can. 29. *Hefele*, l. c. II, 295; 2. Synode zu Arles can. 18. *Hefele*, l. c. II, 301 f.

7) *Sirmond*, l. c. p. 18.

Vannes vom J. 465[1]) sowie in den Vorreden der Synoden zu Angers[2]) und in dem Synodalschreiben von Tours[3]) werden nur Bischöfe als Mitglieder der Provinzialsynoden aufgezählt. Aus den erhaltenen Unterschriften der Synode geht hervor, dass die Bischöfe in der Regel von einem Priester und Diakonen auch wohl von einem Lektor begleitet waren; dieselben hatten kein Stimmrecht, nahmen aber an den Verhandlungen Theil und unterschrieben die Akten. Ein Bischof, der aus einem genügenden Entschuldigungsgrund abwesend war, liess sich durch einen Priester vertreten, der in diesem Falle an der Abstimmung Theil nahm[4]). Eine Vertretung des Metropoliten war nicht zulässig.

Eine gewisse Ueberordnung der Provinzialsynode über den Metropoliten ergibt sich aus der Straferkenntniss über den auf der Provinzialsynode nicht erschienenen Bischof. Es wird allerdings nicht ausdrücklich bestimmt, von wem die Bestrafung ausgehen soll, ob vom Metropoliten oder der Synode; doch ist nicht zu bezweifeln, dass wie überhaupt so auch in diesem Falle letztere das Urtheil zu fällen hatte[5]). Das lässt sich aus verschiedenen Synodalentscheidungen folgern. Durch den erwähnten 2. Canon verfolgte die allgemeine Synode zu Constantinopel vom J. 381 den Zweck, Uebergriffe des Patriarchen von Alexandria für die Folge zu verhüten. Das glaubte die Synode dadurch zu erreichen, dass sie unter Berufung auf den 5. Canon des Nicaenums die Abhaltung der Provinzialsynoden einschärfte und derselben die Verwaltung der Kirchenprovinz zuerkannte[6]). Damit lässt sich nur die Vorstellung verbinden, dass die Vorrechte des Metropoliten während der Dauer der Provinzialsynode abgesehen von der Führung des Vorsitzes quiescirten. Mit der gesammten Verwaltung war offenbar eine so wichtige Angelegenheit wie die Verhängung der Strafe über den abwesenden Bischof in die Hände der Provinzialsynode gelegt und der Competenz des Metropoliten entzogen. Die zweite Synode von Arles erklärt den

---

1) *Hard.* II, 795. — 2) Ibid. 777. — 3) *Sirmond*, Concil. Gall. T. I, p. 123. *Mansi*, VII, 906.

4) Vergl. hierüber die Namensverzeichnisse der Kölner Handschrift von den Synoden zu Orange im J. 441 und Vaison 442 bei *Maassen*, Geschichte der Quellen I, 951 f. In beiden unterzeichnet Superventur presbyter pro Claudio episcopo ex provincia Alpium maritimarum de civitate Saliniensi. Der 29. Canon der Synode zu Orange verlangt, dass der Bischof bei der Synode entweder persönlich oder durch einen Bevollmächtigten erscheine. *Hefele*, l. c. II, 295.

5) *H. Schrörs*, Hinkmar Erzbischof von Reims. Freiburg, Herder, 1884. S. 318 f. Note 22.

6) *Hefele*, l. c. II, 16 f.

abwesenden Bischof als ausgeschlossen a fratrum communione und verbietet ihn aufzunehmen, bevor er von der nächsten Synode absolvirt sei —: »nec eum recipi liceat, nisi in sequenti synodo fuerit absolutus [1]).« Wird die Provinzialsynode einzig und allein für competent bezüglich der Absolution und Wiederaufnahme des Bestraften erklärt, dann war sie es auch, von welcher die Verhängung der Strafe ausgegangen war. Hiermit übereinstimmend verordnete der 1. Canon der Synode zu Tours im J. 567, der nicht erschienene Bischof solle bis zur nächsten grösseren Synode von der Gemeinschaft seiner Collegen ausgeschlossen bleiben [2]). Bezüglich der Verhängung der Strafe über den abwesenden Bischof war somit der Metropolit vollständig an die Entscheidung der Provinzialsynode gebunden.

Es konnte aber auch Fälle geben, in denen gegen Nachlässigkeiten und Vergehen des Metropoliten selbst eingeschritten werden musste. Einen solchen erwähnt der 17. Canon der fünften Synode zu Orleans im J. 549. War der Metropolit von einem seiner Comprovinzialbischöfe zweimal in einer Angelegenheit angegangen worden, ohne dass er ihm Gehör geschenkt hatte, dann durfte der betreffende Bischof sein Anliegen auf der nächsten Synode vorbringen und was diese für Recht erklärte, das musste der Metropolit beobachten [3]). Sowie also eine Angelegenheit der Provinzialsynode unterbreitet wurde, war sie damit der Competenz des Metropoliten entzogen und dieser war der Entscheidung der Synode unterworfen.

Schon hieraus folgt, dass der Metropolit auf der Provinzialsynode keineswegs eine Ausschlaggebende Stimme hatte; er konnte überstimmt werden; die Mehrzahl der Stimmen entschied und der Metropolit war in der Publication und Ausführung an den Beschluss der Mehrheit der Bischöfe der Synode gebunden [4]). Es mag wohl frühzeitig vorgekommen sein, dass die Metropoliten sich dieser Verpflichtung durch die Provinzialsynode zu entziehen versuchten. Da-

---

1) *Hefele*, l. c. II, 301. *Surius*, l. c. pag. 377. *Hard.* II, pag. 774. *Sirmond*, l. c. I, pag. 105.

2) *Hefele*, l. c. III, 22. »usque ad majorem synodum a metropolitano et comprovincialibus maneat excommunicatus. *Surius*, l. c. II, 642; *Hard.* III, p. 355. *Sirmond*, l. c. p. 330.

3) »Si vero metropolitanus a quocunque comprovinciali episcopo bis fuerit in causa propria appellatus, et eum audire distulerit; ad proximam synodum, quae constituetur, negotium suum in concilio licentiam habeat exercendi; et quicquid pro justitia a comprovincialibus suis statutum fuerit, studeat observare.« *Surius*, l. c. II, 652. *Hard.* II p. 1443 seq. *Sirmond*, l. c. p 282.

4) *Phillips*, Kirchenrecht, 2. Bd. S. 270.

her verbot die 2. Synode zu Arles in ihrem 56. Canon ausdrücklich den Metropoliten eine Verordnung der Synode zu verletzen [1]).

Somit war der Metropolit den Entscheidungen der Provinzialsynode unterworfen, wie jeder andere Bischof; er hatte die Execution ihrer Beschlüsse ohne Rücksicht, ob sie seiner Meinung entsprachen oder nicht [2]). Die Provinzialsynode war das vollberechtigte Organ des Metropolitanverbandes; sie absorbirte die Vorrechte des Metropoliten; sie war entscheidend für die Zugehörigkeit des einzelnen Gläubigen zur kirchlichen Gemeinschaft und für die Verbindung des einzelnen Bischofs mit den übrigen Bischöfen des Metropolitanverbandes. So erscheint die Provinzialsynode als die Verkörperung des Metropolitanverbandes; selbständig, entscheidend, unverantwortlich gegenüber jedem Mitgliede der Kirchenprovinz auch gegenüber dem Metropoliten.

Diese Auffassung von der Provinzialsynode bietet erst die allseitige Erklärung, warum die Synoden dieser Periode ein so ausserordentliches Gewicht auf das Erscheinen aller Bischöfe der Provinz auf der Provinzialsynode legen und den Abwesenden empfindlich bestrafen. Hätte es sich auf der Provinzialsynode nur um Erlass irgend welcher heilsamer Verordnungen gehandelt, dann hätte der abwesende Bischof mit einer Erklärung seines Einverständnisses und seiner Bereitwilligkeit zur Ausführung der zu fassenden Beschlüsse sich abfinden können. Die Provinzialsynode war mehr; sie galt als die Verkörperung des Metropolitanverbandes und um das zu sein, mussten alle Bischöfe des Verbandes anwesend sein. In dem so auf der Provinzialsynode verkörperten Metropolitanverband pulsirte das ganze kirchliche Leben der Provinz. Mochten die Fähigkeiten, Ansichten und Neigungen des einzelnen Bischofes wie immer geartet sein, so wie er Bischof der Provinz war, musste er auch als Glied und Theilnehmer der die Provinz darstellenden Synode erscheinen. Es erklärt sich hieraus weiterhin, wie die Zu- und Abnahme des kirchlichen Lebens an die Provinzialsynode gebunden war. Angelegenheiten, die auf der Provinzialsynode nicht erledigt wurden, blieben unerledigt; Missbräuche, die auf derselben nicht ausgerottet wurden, wucherten weiter. Daher die zahlreichen Verordnungen, welche die regelmässige Abhaltung dieser Provinzialsynoden einschärften; daher auch die Klagen über den Niedergang des kirchlichen Lebens in dem

---

1) *Hefele*, l. c. II, 302. »Hoc etiam placuit custodiri, ut nihil contra magnam synodum metropolitani existiment vindicandum.« *Surius*, l. c. I, 377. *Sirmond*, l. c. p. 110.

2) *Meurer*, l. c. S. 120.

Tadel über Unterlassung der Berufung von Provinzialsynoden gipfelten. So sagt der 20. Canon der allgemeinen Synode von Chalcedon im J. 451: »Es kam uns zu Ohren, dass in den Eparchien (Provinzen) die durch die Canonen vorgeschriebenen Synoden der Bischöfe nicht gehalten und *desshalb viele einer Verbesserung bedürftige kirchliche Angelegenheiten verabsäumt werden.* Die hl. Synode beschloss desshalb, dass den Canonen der hl. Väter gemäss sich die Bischöfe jeder Provinz zweimal im Jahre da versammeln, wo es dem Metropoliten gut scheint, und alle vorkommenden Fälle in Ordnung bringen. Diejenigen Bischöfe aber, welche nicht erscheinen, sondern in ihren Städten bleiben und gesund sind und frei von jedem unvermeidlichen und nothwendigen Geschäft, sollen brüderlich bestraft werden [1]).

2) Der Metropolit hatte das Recht und die Pflicht der Visitation im Bereiche seiner ganzen Provinz. Die Synode von Turin im J. 401 lässt diese Befugniss als selbstverständlich voraussetzen; sie ertheilte den Rath, die Provinz Viennensis zu theilen und verordnete, dass der Bischof von Arles und der von Vienne, jeder in dem seiner Residenz zunächst liegenden Bezirk die Visitation vornehme [2]). Papst *Bonifaz I.* schreibt dem Metropoliten Hilarius von Narbonne im Jahre 422, er solle sich nach der in seiner Provinz gelegenen Bischofsstadt Luteva (Lodève) hinbegeben, wie er das schon aus sich selbst hätte thun sollen, da nach seinem Gutdünken dort alles zu ordnen sei [3]). Die Lebensbeschreibung des Bischofes Hilarius von Arles erzählt von dessen Visitationsreisen in der Provinz und Papst Leo I. klagte nur darüber, dass derselbe diese Visitationen mit zu grosser Hast und Eile vornehme [4]). War es auch nicht ausdrücklich

---

1) *Hefele*, l. c. II, 522.

2) Decretum est ut si placet memoratarum urbium Episcopis, unoquoque de his viciniores sibi intra provinciam vindicet civitates, atque eas Ecclesias visitet, quas oppidis suis vicinas magis esse constiterit. *Thomassin.*, l. c. part. II. lib. III. cap. 77 n. 1 pag. 459.

3) Bonifacii I. ep. ad Hilarium Narbon. episc. (*Jaffé*, l. c. n. 362 (145) pag. 54). »Coustant l. c. pag. 1038: »Unde frater carissime, si ita res sunt, et ecclesiam supradictam provinciae tuae limes includit, nostra auctoritate commonitus, quod quidem facere sponte deberes . . . ad eundem locum . . . accede: intelligens arbitrio tuo secundum regulas patrum quaecunque facienda sunt a nobis esse concessa.«

4) Vita S. Hilarii c. 16 (Ballerin. S. Leon. Opp. II, 332); S. Leon. Ep. X. ad episc. provinc. Vienn. (Ballerin. Opp. I, 637): »Sed ille insperatus nescientibus supervenit et improvisus abscessit, cursu ut didicimus, celeri intinera multa conficiens et per lonquinquas provincias tanta immaturitate discurrens.«

vorgeschrieben, so bedingte es doch schon die Verhältnisse, dass der Metropolit, der von zahlreicher, manchmal auch militärischer Begleitung auf seinen Reisen umgeben war, den Bischöfen von seiner bevorstehenden Visitation Kenntniss gab. Auch die Pflicht des Metropoliten, welche Papst Hilarius in seinem Schreiben (vom J. 462) an Bischof Leontius von Arles einschärfte [1]), die Vergehen, welche in der zu dessen Monarchie gehörigen Provinz vorkämen, entweder selbst zu ahnden oder zur Kenntniss des römischen Stuhls zu bringen, hatte das Recht der Visitation der Provinz zur Voraussetzung.

3) Der Metropolit hatte die Befugniss den Bischöfen seiner Provinz die literae formatae auszustellen, ohne welche es keinem Bischofe gestattet war, seine Diöcese zeitweilig auf Reisen zu verlassen. Die Nothwendigkeit für Bischöfe und Priester sich die Formaten als Erlaubniss und Legitimation zu Reisen ausserhalb der Diöcese zu erbitten reicht auf die vornicenische Zeit zurück [2]). Die Synode zu Antiochien (im J. 341) schärft besonders in ihrem Canon 11 ein, dass die Bischöfe derartiger Formaten zu Reisen an den kaiserlichen Hof bedürfen, nicht als ob sie deren zu anderen Reisen nicht bedürften [3]), sondern weil die besondere Gefahr mit diesen Reisen verbunden war, ungehörige Dinge dem Kaiser zu unterbreiten, wie der Canon deutlich durchblicken lässt. Daher soll eine derartige Reise erst nach vorheriger Berathung und Zustimmung des Metropoliten und der Comprovinzialen unternommen und von den Metropoliten und Comprovinzialen sollen die Formaten ausgestellt werden [4]). Im Uebrigen war es gemeinrechtliche Uebung, dass den Bischöfen die Formaten von den Metropoliten ausgestellt wurden. Papst Zo-

---

1) *Thiel*, l. c. pag. 140 seq. (*Jaffé*, l. c. n. 554 (529).

2) Canon. Apostol. 34. *Pitra*, l. c. pag. 20.

3) Wie *Loening* meint l. c. pag. 20.

4) *Loening* glaubt, *Hinschius* (l. c. II, 2) sage mit Unrecht, der Metropolit habe den Urlaub zu ertheilen gehabt, (I, 420. n. 3) indessen mit der Verweigerung der Formaten war auch der Urlaub verweigert und umgekehrt. — Canon. Antiochen. 11: »Si quis episcopus, aut presbyter aut quilibet regulae subjectus Ecclesiae, praeter consilium et litteras episcoporum provinciae, et praecipue metropolitani, adierit imperatorem, hunc reprobari et abjici oportere, non solum a communione, verum et ab honore cujus particeps videtur existere; quia venerandi principis auribus molestiam tentavit inferre contra leges ecclesiae. Si igitur adire principem necessaria causa deposcit, hoc agatur cum tractatu et Concilio metropolitani, et caeterorum episcoporum, qui in eadem provincia commorantur, qui etiam proficiscentem suis prosequuntur epistolis.« *Pitra*, l. c. I, 460.

simus übertrug dagegen für Gallien das Recht die Formaten sowohl Bischöfen wie Priester in ganz Gallien auszustellen dem Bischofe Patrochus von Arles und zwar nicht nur zur Romfahrt, sondern zu jeder beliebigen Reise. Auf der Synode zu Vaison im Jahre 442, auf welcher Bischof Hilarius von Arles anwesend war, geschah es zweifellos mit dessen Zustimmung, dass in Folge der Schwierigkeit, zu ihren häufigen Reisen die Formaten von dem Bischofe von Arles zu erlangen die versammelten gallischen Bischöfe bestimmten, die Bischöfe bedürften zu Reisen innerhalb der Grenzen Galliens der Formaten nicht mehr, da sie unter einander hinreichend bekannt seien, um zu wissen, ob sie etwa aus der kirchlichen Gemeinschaft ausgeschlossen seien [1]). Indessen wurde weder hierdurch noch durch die dem Bischofe von Arles verliehenen Privilegien den Metropoliten ihr Recht, die Formaten den Bischöfen der Provinz auszustellen, entzogen. Papst Hilarius erklärt in seinem Schreiben (vom J. 462) zum Zwecke der Mittheilung der Beschlüsse der römischen Synode nach Gallien ganz allgemein, es dürfe Niemand also weder Priester noch Bischof ohne die Formaten des Metropoliten die Kirchenprovinz verlassen; würden dieselben ihm versagt, so habe der Bischof von Arles die Beschwerden mit den Metropoliten zweier benachbarter Provinzen zu untersuchen und endgiltig zu entscheiden [2]). Die auf der Synode zu Vaison gegebene Freiheit wurde also auf die Reisen innerhalb der Kirchenprovinz und das dem Bischofe von Arles früher gegebene Privileg der Ausstellung der Formaten für ganz Gallien auf die Entscheidung von strittigen Fällen beschränkt.

Was nun die sonstigen Befugnisse der Metropoliten betrifft, so ergab sich aus der wiederholt erwähnten cura, welche die Metropoliten über die untergebene Provinz auszuüben hatten [3]), ein Oberaufsichtsrecht über die Suffraganbischöfe; dasselbe gelangte zur

---

1) Canon 1: »Placuit Episcopos de Gallicanis provinciis venientes, infra Gallias non discutiendos, sed solum sufficere, si nullus communionem alicujus interdixerit. Quia inter circum habitantes ac pene sibi invicem notos, non tam testimonio indigent probi, quam denotatione ac denuntiationibus depravati.« *Thomassin.*, l. c. p. I l. I c. 40 pag. 79.

2) *Hilari* ep. 8. *Thiel*, l. c. pag. 145 (*Jaffé*, l. c. n. 555 (n. 330) pag. 76): »ne praeter metropolitanorum suorum litteras aliqui ad quamlibet provinciam audeant proficisci . . . . ut si hoc impetrare per aliquam non meruerint simultatem, cum duobus metropolitanis provinciarum, quae congruae sunt, Arelatensis episcopus cuncta discutiens pro causae qualitate observanda constituat.«

3) Can. 9. Synod. Antiochen. (a. 332). *Pitra*, l. c. I, 459.

Ausübung bei den geschilderten Visitationsreisen, bei Ausstellung der Formaten und vor Allem in der Handhabung der Disciplinargewalt. Man hat zu den Befugnissen der Metropoliten auch die Bestimmung des Osterfestes gezählt[1]). Bereits die Synode zu Arles im J. 314 hatte in ihrem ersten Canon an den Papst die Aufforderung gerichtet, Osterbriefe an alle Bischöfe zu richten, damit das Osterfest an demselben Tage und zur selben Zeit überall gefeiert werde[2]). Ein entsprechender Beschluss wurde, wie Cyrill von Alexandrien berichtet, von dem Concil zu Nicaea gefasst: »damit durch apostolische Autorität (des römischen Bischofs) die ganze Kirche den bestimmten und unbestrittenen Paschatag erfahre[3]).« Wenn die Synode zu Braga im J. 572 in ihrem 9. Canon bestimmte: »Der Metropolit soll das Datum des nächsten Osterfestes den Bischöfen anzeigen und am Weihnachtsfest, nach dem Evangelium, soll es von jedem Geistlichen dem Volke verkündet werden[4]),« so folgt daraus keineswegs, dass der Metropolit in Spanien den Termin des Osterfestes selbständig zu bestimmen hatte[5]), sondern nur, dass er den vom Papste bestimmten in seiner Provinz zur Kenntniss zu bringen hatte. Das war auch in Gallien Uebung. Im Jahre 451 richtete Papst Leo I. ein Schreiben an Bischof Ravennius von Arles, in welchem er denselben beauftragt, den von ihm bestimmten Termin der Osterfeier allen Bischöfen bekannt zu machen[6]). An ein Metropolitenrecht die Osterfeier zu bestimmen, ist hierbei nicht zu denken. Als im J. 457 Victorius aus Aquitanien auf Befehl des römischen Archidiacons Hilarius einen neuen Ostercyclus angefertigt, wurde derselbe auch in Gallien als bestimmend eingeführt[7]) und die Synode zu Orleans im J. 541 verordnete ausdrücklich, dass nach dieser Tabelle Ostern gefeiert werden solle. Entstehe aber ein Zweifel über das Fest, so sollen die Metropoliten eine Entscheidung vom apostolischen Stuhl verlangen[8]). Da sich somit bezüglich der Osterfeier die Befugnisse der Metro-

---

1) *Loening*, l. c. I, S. 422.

2) Can. 1: »Primo loco de observatione paschae domini, ut uno die et uno tempore per omnem orbem a nobis observetur et juxta consuetudinem literas ad omnes tu dirigas.« *Hefele*, l. c. I, 205.

3) *Hefele*, l. c. I, 330. — 4) Ibid. l. c. III, 30.

5) Wie *Loening* annimmt l. c. I, S. 422.

6) S. Leon. ep. 96 (*Jaffé*, l. c. n. 477 (255) pag. 65) Ballerin. Opp. I. 1079 »Ad praecipuum religionis nostrae pertinet sacramentum, ut in festivitate paschali nulla sit toto orbe diversitas. Et quia hoc divina institutio et paterna traditio ad nostram sollicitudinem voluit pertinere . . . . cujus notitiam per dilectionem quoque tuam, frater carissime, omnibus voluimus declarari.«

7) *Hefele*, l. c. I, 334. — 8) Ibid. l. c. II, 780.

politen lediglich auf eine Mittheilung des vom Papste bestimmten Termins beschränkten, so erübrigt nur noch, das Ordinationsrecht der Metropoliten und damit zugleich die Bischofsweihe überhaupt in dieser Zeit näher zu charakterisiren.

4) Die Vorstellung, dass der einzelne Bischof nicht der Nachfolger dieses oder jenes Apostels ist, sondern dass die Bischöfe in ihrer Gesammtheit die Nachfolger der Apostel sind, das Collegium Episcoporum dem Collegium Apostolorum succedirt ist, hat die Ordination der Bischöfe von der ältesten Zeit an wesentlich beeinflusst. Durch die Ordination wird der einzelne Bischof in die Gesammtheit, in das collegium Episcoporum aufgenommen und erhält eine potestas, welche wesentlich die Theilnahme an einer Gesammtherrschaft nämlich jener der Bischöfe über die Kirche ist; seine Vollmacht für das Wohl der gesammten Kirche zu wirken, ist eine allgemeine; allerdings erhält er den speciellen Auftrag nur für seine Heerde, nicht für andere Theile der grossen Heerde Christi [1]). Dieser wesentlich collegialischer Charakter der bischöflichen Vollmacht hat auch der Ordination des einzelnen Bischofes als einen collegialischen Akt der übrigen Bischöfe stets erscheinen lassen. Wie seine spätere Wirksamkeit so geschah auch die Aufnahme des Bischofs in den Gesammtepiscopat collegialiter. Die Ordination des Bischofes wurde von mehreren Bischöfen vollzogen. Cyprian konnte von seiner Zeit, in welcher die kirchliche Ordnung in fast allen Theilen des römischen Reichs eine feste Gestalt gewonnen hatte, es als eine in allen Provinzen beobachtete Uebung bezeichnen, dass die Bischöfe der ganzen Provinz in der Stadt des vacanten Bischofssitzes zusammenkamen, um die Ordination des neuen Bischofs zu vollziehen [2]). Die Zahl der zu diesem Zwecke versammelten Bischöfe war durch den Umfang der Provinz und durch die Verhältnisse, welche die Zusammenkunft der Bischöfe erschwerten oder erleichterten, bedingt. Cyprian erwähnt

1) *Phillips*, l. c. 1. Bd. S. 176 ff., S. 183 ff., S. 188 ff.; 2. Bd. S. 91.

2) Cypriani Ep. 67 c. 5 (Opp. p. 739) »Propter quod diligenter de traditione divina et apostolica observatione servandum est et tenendum, quod apud nos quoque et fere provincias universas tenetur, ut ad ordinationes rite celebrandas ad eam plebem, cui praepositus rite ordinatur, episcopi ejusdem provinciae proximi quoque conveniant et episcopus deligatur plebe praesente, quae singulorum vitam plenissime novit et uniuscujusque actum de ejus conversatione perspexit quod et apud nos factum videmus in Sabini collegae nostri ordinatione, ut de universae fraternitatis suffragio et de episcoporum, qui in praesentia convenerant quique de eo apud nos litteras fecerunt judicio, episcopatus ei deferretur et manus ei . . . . imponeretur.« *Thomassin.*, l. c. p. 2 l. 2 c. 1. (tom. 2. p. 187).

in einem Falle die Anwesenheit von sechs Bischöfen [1]).« Es musste sich selbstverständlich bald das Bedürfniss geltend machen, eine äusserste Limite der erforderlichen Zahl anwesender Bischöfe zuziehen. Das thut der erste apostolische Canon, indem er bestimmt, dass der Bischof von zwei oder drei Bischöfen ordinirt werden solle [2]). Dieser Canon hat seine Quellen in den apostolischen Constitutionen [3]), welche den Hergang der Ordination so schildern, dass dabei zunächst drei Bischöfe thätig sind [4]), und zudem ausdrücklich bestimmen, es solle die Ordination von drei oder wenigstens zwei Bischöfen geschehen; unstatthaft sei es, dass nur einer sie vollziehe [5]). Die Synode von Nicaea hält principiell daran fest, dass die Ordination des Bischofes von allen Bischöfen der Provinz geschehen solle; wofern dies aber sobald es nöthig sei oder wegen weiter Reisen überhaupt nicht möglich sei, sollen jedenfalls drei Bischöfe zusammenkommen und die Wahl vollziehen [6]). Die Synode von Arles (i. J. 314) verbietet es als eine Anmassung, dass irgend ein Bischof allein die Ordination eines Bischofes ohne sieben andere Bischöfe hinzuzuziehen, vornehme, im Falle er sieben Bischöfe nicht hinzuziehen könne, solle er ohne die Anwesenheit von dreien nicht wagen zu ordiniren [7]).

Aus diesen Bestimmungen geht hervor, dass die Synoden die Anwesenheit und Mitwirkung möglichst vieler Bischöfe bei der Ordination eines Bischofes forderten und zwar als Regel die Anwesenheit aller Bischöfe der Provinz oder einer ihrer Anzahl ungefähr entsprechenden Zahl von Bischöfen, die zwischen 16 und 7 schwankt; als äusserste Limite wird die Mitwirkung von zwei Bischöfen ge-

---

1) Cyprian. l. 2. ep. 2: »Episcopo a sexdecim coepiscopis in ecclesia facto.« *Thomassin.*, l. c. p. 187.

2) »Episcopus a duobus aut tribus episcopis ordinetur.« *Pitra*, l. c tom. I. pag. 13.

3) *Drey*, l. c. S. 264—271.

4) Constit. Apost. lib. VIII c. 4. *Pitra*, l. c. pag. 49.

5) Constit. Apost. lib. III c. 25: »Episcopum vero praecipimus ordinari a tribus episcopis, aut ut minimum a duobus, non licere autem vobis ab uno constitui.« *Pitra*, l. c. pag. 243.

6) Can. 4: »Episcopum convenit maxime quidem ab omnibus qui sunt in provincia episcopis formari. Si autem hoc difficile fuerit, aut propter instantem necessitatem, aut propter itineris longitudinem, tribus tamen omnimodis in idipsum convenientibus, et absentibus quoque episcopis pari modo decernentibus et per scripta consentientibus, tunc ordinatio celebretur.« *Pitra*, l. c. I, 428 seq.

7) Can. 20: »De his, qui usurpant sibi, quod soli debeant episcopos ordinare, placuit, ut nullus hoc sibi praesumat nisi assumptis secum aliis septem episcopis. Si tamen non potuerit septem, infra tres non audeat ordinare.« *Hefele*, l. c. I, 215.

fordert. Demgemäss erkennt die Synode von Riez im J. 439 wohl die von nur zwei Bischöfen vollzogene Ordination des Armentarius für nichtig, aber nur in dem Sinne, dass sie der ihm zugedachte Bischofsstuhl von Ebrun als vacant erklärt, dagegen die von ihm vollzogene Weihe der Kleriker für gültig hält, ihm die Spendung der Firmung gestattet und seine Verwendung als Chorbischof dulden will [1]. Die Synode sah also den Armentarius als giltig geweihten Bischof an. Ja selbst in dem Falle, dass nur *ein* Bischof die Weihe eines Bischofs im Gegensatz zu den bestehenden Vorschriften vorgenommen hatte, hat man doch die Weihe als gültig angesehen [2]. So sehr auch die erwähnten Bestimmungen die Mitwirkung mehrerer Bischöfe zur Ordination fordern, in keiner derselben wird die Ungültigkeit der Weihe, die von einem Bischofe allein gespendet wird, ausgesprochen. Der 6. Canon von Sardika drückt sich in der lateinischen Version so aus, dass die Annahme, man habe die durch einen Bischof geschehene Ordination als gültig anerkannt, in demselben eine wesentliche Stütze findet [3]. Wo mehrere Bischöfe zur Ordination gefordert werden, geschieht es wiederholt so, dass neben dem einen die übrigen Bischöfe als assistirend in ihrer Mitwirkung gekennzeichnet werden [4].

Um so deutlicher tritt der andere Grund hervor, weshalb eine Mehrheit der Bischöfe bei der Ordination eines neuen Bischofs gefordert wurde; die Bischöfe hatten ein judicium über den Candidaten zu fällen und die Wahl desselben vorzunehmen [5]. In dem judicium mehrerer Bischöfe erblickte man mit Recht das einzige Mittel, Begünstigungen und Irrthum über die Tauglichkeit und Würde des Candidaten zu verhindern. Papst Innocenz I. gibt in seinem Briefe an Victricius von Rouen ausdrücklich diesen Grund als Veranlassung der Bestimmung der Synode von Nicaea die Anwesenheit dreier Bischöfe bei der Bischofsordination betreffend, an; zum vollgültigen

---

1) *Hefele*, l. c. II, 289 f.

2) *Bingham*, II, c. 11 §. 4, 5 (Works, I, 137 fg.) zählt die Fälle auf, in welchen die von zwei oder einem Bischofe vollzogene Weihe eines Bischofs als gültig anerkannt wurde.

3) Canon 6: »Si contigerit in una provincia in qua plurimi fuerint episcopi unum forte remanere episcopum, ille vero per negligentiam noluerit ordinare episcopum . . . *Pitra*, l. c. I, 472; ordinare steht bei *Isidor* und in der Prisca, fehlt bei *Dionys. Hefele*, l. c. I, 579. *Thomassin*, l. c. c. 4 n. 9 folgert aus dem Canon die Gültigkeit der von nur einem Bischofe vollzogenen Weihe.

4) Constitut. Apost. lib. VIII. c. 4. *Pitra*, l. c. pag. 50.

5) *Cyprian* ep. 67 c. 5 l. c.

judicium erscheint ihm die Meinungsäusserung mehrerer unbedingt nothwendig [1]).

Während so das Wahlrecht des neuen Bischofes den übrigen Bischöfen der Provinz zustand [2]), so dass ihr judicium für die Zulassung des Candidaten zur Bischofsweihe entscheidend war, hatte auch die Gemeinde einen hervorragenden Antheil an dieser Wahl. Das Urtheil über die Befähigung, Rechtgläubigkeit und Tugend des Candidaten konnte selbstredend nur in seltenen Fällen von den Bischöfen auf Grund eigener Erfahrung gefällt werden; in der Regel musste dafür die Aussage der Gemeinde massgebend sein. Daher ercheint neben dem judicium der Bischöfe das suffragium der Gemeinde als bestimmender Factor bei der Ordination des Bischofs. So geschieht die Ordination wie Cyprian sich ausdrückt: »post divinum judicium, post populi suffragium, post coepiscoporum consensum [3]).« Die ganze Gemeinde wurde gemäss seiner Schilderung versammelt und in Gegenwart des Volkes wurden einerseits die Fehler, andererseits die Verdienste des Candidaten aufgedeckt. Die Gemeinde konnte unwürdige Candidaten zurückweisen, würdige ausersehen. War die Untersuchung der vorgebrachten Anklagen und Verdienste geschehen und nach Abstimmung der Gemeinde und gefälltem Urtheilspruch der Bischöfe ein Resultat erzielt, dann war die Ordination eine rechtmässige [4]). Die apostolischen Constitutionen beschreiben hiermit übereinstimmend den ganzen Hergang ausführlich. An einem Sonntage versammeln sich die ganze Gemeinde, der gesammte Klerus und die anwesenden Bischöfe. Der dem Range nach erste Bischof fragt den Klerus und die Gemeinde, ob der von ihnen benannte Candidat derjenige sei, den sie zum Bischof verlangen. Dann fragt er abermals, ob derselbe das Zeugniss für sich habe, seine Pflichten gegen Gott und die Mitmenschen erfüllt zu haben,

---

1) *Innocentii* ep. 2 ad Victric. Rotomag. *Constant.*, l. c. I. pag. 748: »integrum enim est judicium, quod plurimorum sententiis confirmatur: nec unus episcopus ordinare praesumat; ne furtivum beneficium praestitum videatur. Hoc enim et in synodo Nicaena constitutum est, atque definitum« (Dist. 64 c. 5).

2) *Thomassin*, l. c. c. 1—3; c. 4 n. 9.

3) *Cyprian*, l. 1. p. 3. *Thomassin*, c. 1. n. 3.

4) *Cyprian*, Ep. 67 c. 4 (p. 737 seq.): »quando ipsa (plebs) maxime habeat potestatem aut eligendi dignos sacerdotes vel indignos recusandi .... Coram omni synagoga jubet Deus constitui sacerdotem, id est instruit et ostendit ordinationes sacerdotales non nisi sub populi adsistentis conscientia fieri oportere, ut plebe praesente vel detegantur malorum crimina vel honorum merita praedicentur et sit ordinatio justa et legitima, quae omnium suffragio et judicio fuerit examinata.«

seine häusliche Angelegenheit wohl geordnet und einen tadellosen Lebenswandel geführt zu haben. Wenn Alle der Wahrheit gemäss und vorurtheilsfrei dies bestätigen, stellt er ein drittes Mal die Frage, ob derselbe des Amtes würdig erachtet wird und wenn alle zustimmen, erbittet er von Allen das Zeichen der Zustimmung. Alsdann tritt ein Bischof mit zwei anderen an den Altar, und vollzieht während die übrigen Bischöfe und Priester beten und die Diaconen das Evangelium auf das Haupt desjenigen der ordinirt wird, die Ordination [1]). Der entscheidende Einfluss der Bischöfe und der Antheil, den die Gemeinde an der Wahl eines neuen Bischofs hatte, geht hieraus deutlich hervor. Man wird aus dieser Darstellung allerdings nicht folgern können, dass die Gemeinde nur ein Zustimmungsrecht zu dem Vorschlag der Bischöfe hatte, aber ebensowenig wird man ihr ein Wahlrecht zuschreiben können [2]). Die Gemeinde hatte den Candidaten entweder aus eigener Initiative zu präsentiren oder ihre Annahme des ihr präsentirten Candidaten zu erklären; in jedem Falle aber eine freie Entscheidung über die Würdigkeit desselben und darüber, ob dessen Wahl ihrem Wunsche entspreche.

In Gallien wurde dieser Antheil der Gemeinde und des Klerus bei der Ordination eines Bischofes auf das sorgfältigste, namentlich von den Päpsten gewahrt. Papst Bonifaz I. nahm die Klagen des Klerus und der Gemeinde von Luteva darüber an, dass Patroclus gegen ihren Wunsch ihnen einen Bischof aufgedrängt habe [3]). Papst

1) »Congregatus in unum populus cum presbyterorum coetu et praesentibus episcopis, die Dominica, consentiat. Qui vero princeps caeterorum episcopus est, interroget presbyterorum coetum et plebem an ipse sit, quem postulant in antistitem. Et illis annuentibus, iterum roget, an testimonium ab omnibus habeat quod dignus sit magno illa et illustri praefectura, an quae ad pietatem in Deum spectant, recte peregerit, an jura fuerint ab eo adversus homines servata, an domesticae ipsius res probe dispensatae, an vivendi ratio integerrima. Cumque omnes simul secundum veritatem, non autem ex opinione praejudicata testificati fuerint talem eum esse, tamquam sub judice Deo et Christo, etiam coram sancto Spiritu, atque omnibus sanctis administratoriisque spiritibus, rursus tertio sciscitentur, an dignus vere sit ministerio, ut in ore duorum vel trium testium stet omne verbum; atque iis tertio assentientibus, dignum eum esse, petatur ab omnibus signum assensus. Quo alacriter dato, audiantur. Tum, silentio facto, unus ex primis episcopis cum duobus aliis stans prope altare, reliquis episcopis ac presbyteris tacite orantibus, atque diaconis divina evangelia super caput ejus, qui ordinatur, tenentibus, dicat ad Deum: Oratio.« Constit. Apost. lib. VIII. c. 4. *Pitra*, l. c. pag. 49 seq.

2) *Loening*, l. c. I, 111. *Pitra*, l. c. I, pag. 73.

3) *Bonifacii I.* ep. ad Hilarium Narbon. 12. (*Jaffé*, l. c. n. 362 (145) pag. 54). *Coustant.*, l. c. I, pag. 1032: »Lutubensis ecclesiae cleri ordo, vel

Coelestin I. verbietet in seinem Schreiben an die Bischöfe der Provinz Viennensis und Narbonensis vom J. 428, dass ein Bischof gegen den Wunsch der Betheiligten eingesetzt werde; die Zustimmung und der gemeinsame Wunsch des Klerus und der Gemeinde sei erforderlich [1]). Papst Leo I. gibt in seinem Schreiben an die Bischöfe der Provinz Viennensis die Weisung, es solle bei der Bischofswahl die Unterschrift des Klerus, das Zeugniss der angesehenen Stände, die Zustimmung des Volkes eingeholt werden [2]). Die von Hilarius dem Bischofe von Arles vollzogene Ordination eines Nachfolgers des Bischofs Projectus verwirft der Papst in demselben Schreiben, weil die Abstimmung der Bürger und das Zeugniss des Volkes nicht abgewartet worden sei; die Meinungsäusserung der Stände und die Wahl seitens des Klerus nicht stattgefunden habe, wie es in Gemässheit apostolischer Regel geschehen müsse, wonach der künftige Bischof sich nicht allein auf die Zustimmung der Gläubigen, sondern auch auf das Zeugniss derer, die draussen sind, stützen solle [3]). Demgemäss beglückwünscht der Papst später in seinem Schreiben die Bischöfe der Kirchenprovinz von Arles, dass sie den bewährten Ravennius gemeinsam secundum desideria Cleri, Honoratorum et plebis consecrirt hatten [4]).

Indessen so sehr auch auf die Zustimmung des Volkes als ein nothwendiges Requisit hingewiesen wurde, so blieb dieser Einfluss der Gemeinde doch innerhalb der Grenzen ihres Zeugnisses und ihres Wunsches beschränkt. Die ordinirenden Bischöfe waren keines-

---

plebis, preces suas et lacrymas ad nos ... magno cum dolore miserunt, dicentes, coepiscopum nostrum Patrochum, sua petitione cessante, in locum decedentis episcopi nescio quem . . . ordinasse.«

1) *Coelestin. I.* ep. ad episc. Vienn. et Narbon. 4. (*Jaffé*, l. c. n. 369 (152) pag. 55). *Coustant*, l. c. I, pag. 1070: »Nullus invitis detur episcopus. Cleri, plebis et ordinis consensus ac desiderium requiratur.« (Gratian. Dist. 61 c. 13).

2) S. *Leon. I.* ep. 10 ad episcop. Viennens. (*Jaffé*, l. c. n. 407 (185) pag. 60). *Coustant*, l. c. I, pag. 639: »Per pacem et quietem Sacerdotes qui futuri sunt, postulentur. Teneatur subscriptio Clericorum, honoratorum testimonium, ordinis consensus et plebis. Qui praefuturus est omnibus, ab omnibus eligatur.«

3) *Coustant*, l. c. pag. 637: »Expectarentur certe vota civium, testimonia populorum; quaereretur honoratorum arbitrium, electio Clericorum, quae in Sacerdotum solent ordinationibus ab his, qui noverunt patrum regulas, custodiri: ut apostolicae auctoritatis norma in omnibus servaretur, qua praecipitur, ut Sacerdos ecclesiae praefuturus, non solum attestatione fidelium sed etiam eorum qui foris sunt, testimonio muniatur.«

4) S. Leon. ep. 40 ad episc. prov. Arelat. (*Jaffé*, l. c. n. 434 (213) pag. 63) *Coustant*, l. c. I, pag. 890.

wegs verpflichtet, unter allen Umständen den von den Stimmen der Gläubigen begünstigten Candidaten zu wählen. Waren es unlautere Motive, welche den Wünschen der Gemeinde zu Grunde lagen, dann trat der Grundsatz in Kraft, dass die Gemeinde zu belehren sei, ihr aber nicht zu gehorchen sei [1]).

Seit Ausgestaltung der Metropolitan-Verfassung musste sich das Bedürfniss geltend machen, die Vorrechte der Metropoliten vor den übrigen Bischöfen bei der Ordination eines neuen Bischofes zu fixiren und zwar sowohl unter dem Gesichtspunkte der Wahl wie unter dem der Weihe des neuen Bischofes. Das geschah bereits auf der Synode zu Nicaea. In ihrem 4. Canon, in welchem sie den Grundsatz aufstellt, dass zur Bischofswahl sich alle Bischöfe der Provinz versammeln, im Nothfalle aber wenigstens drei Bischöfe die Cheirotonie vornehmen, verfügt sie, dass die Oberleitung und Bestätigung des Geschehenen, worunter sowohl Wahl wie Weihe nach dem Vorhergehenden zu verstehen ist, dem Metropoliten in jeder Provinz zustehe [2]). In den Provinzen der Diöcese Aegypten weihte der Bischof von Alexandrien die sämmtlichen Metropoliten und Bischöfe. Der 6. Canon der Synode von Nicaea bestätigte dieses Vorrecht für Alexandrien wie auch die Vorrechte des Bischofs von Antiochien und der Bischöfe in den andern Eparchien; wahrte indessen ausdrücklich dem Metropoliten sein Recht bezüglich der Wahl des neuen Bischofes, so dass, wenn Jemand ohne seine Zustimmung Bischof geworden ist, die grosse Synode ihm, Bischof zu bleiben, nicht gestattet. Das Recht des Metropoliten, die Weihe zu vollziehen, tritt vor dem anderen der Leitung und Bestätigung der Wahl in den Hintergrund. Das erstere, nicht das letztere geht an den Obermetropoliten über. Die Synode von Antiochien bestimmt im Einzelnen wie der Metropolit die Leitung bei der Bischofswahl ausübte. Der Metropolit soll alle Amtsgenossen der Eparchie brieflich zu einer Synode zusammenrufen, selbst auf derselben anwesend sein und das

---

1) *Coelestin I.* ep. 5 ad episc. Apol. et Calabr. *Coustant*, l. c. p. 1074: »Docendus est populus, non sequendus. Nosque, si nesciunt, eos, qui liceat, quidve non liceat commonere.« (*Gratian* Dist. 62, c. 2).

2) Canon 4: ». . . tribus tamen omnimodis in idipsum convenientibus, et absentibus quoque episcopis pari modo decernentibus, et per scripta consentientibus, tunc ordinatio celebretur. Firmitas autem eorum quae geruntur per unamquamque provinciam, metropolitano tribuatur episcopo.« *Pitra*, l. c. pag. 428 seq.

3) Canon 6: »Illud autem generaliter clarum est, quos si quis praeter sententiam metropolitani fuerit factus episcopus, hunc magna synodus definivit episcopum esse non oportere.« *Pitra*, l. c. pag. 430.

votum der Mehrzahl entscheiden lassen[1]). Auch die Synode von Laodicea legt in Bezeichnung der Rechte des Metropoliten bei der Bischofsordination den Nachdruck auf die Theilnahme an der Wahl, indem sie in ihrem 12. Canon bestimmt, dass die Bischöfe durch das Urtheil der Metropoliten und der umliegenden Bischöfe (Comprovinzialen) für das Kirchenregiment bestellt werden müssen, nachdem sie hinlänglich geprüft sind sowohl in Betreff der Rechtgläubigkeit als des geordneten Wandels[2]).

In Gallien erscheint, sobald die Metropolitan-Verfassung eingeführt war, das Ordinationsrecht des Metropoliten als das vorzüglichste unter seinen Vorrechten. Mit Berufung auf die Synode zu Turin erklärte die Synode zu Riez, die ohne Vorwissen und Mitwirkung des Metropoliten vorgenommene Ordination eines Bischofs als nichtig[3]). Die zweite Synode zu Arles im J. 443 oder 452 verordnete in ihrem 6. Canon: »Wer ohne Zustimmung des Metropoliten geweiht wurde, kann gemäss der Verordnung der grossen Synode nicht Bischof sein.« Knüpft die Synode in dieser Bestimmung an den 6. Canon des Nicaenums an, so wiederholt sie in ihrem 5. Canon die Bestimmungen der Synode von Antiochien, indem sie erklärt: »Ohne den Metropoliten oder dessen Schreiben und ohne drei Comprovinzialbischöfe darf kein Bischof geweiht werden. Die andern Comprovinzialen sollen ermahnt werden, ihre Zustimmung brieflich zu geben. Entsteht Streit über eine Bischofswahl, so soll der Metropolit der Majorität beistimmen[4]).« Wiederholt wurde bereits darauf hingewiesen, dass Papst Innocenz I. in seinem Schreiben an Bischof Victricius von Rouen die Bestimmung der Constitution seines Vorgängers des Papstes *Siricius*[5]) bezüglich der für die Bischofswahl geforderten Bestätigung des apostolischen Stuhles dahin abänderte »ut extra conscientiam *metropolitani* episcopi nullus audeat ordinare[6]).« Als Papst Leo I. sich veranlasst sah, die Ansprüche des Bischofs Hilarius von Arles zurückzuweisen, bezeichnete er es als dessen Anmassung, dass er das Ordinationsrecht der Bischöfe, welches den Metropoliten zustehe, für sich beanspruche. Um sodann die Rechtsunsicherheit, welche durch die Bestrebungen der Bischöfe von

---

1) Concil. Antiochen. canon 19. *Pitra.* l. c. pag. 462 seq.

2) *Hefele*, l. c. I, 759.

3) Can. 1 und 2. *Hefele*, l. c. II, 289 f.

4) Can. 6; can. 5. der 2. Synode von Arles. *Hefele*, l. c. II, 299.

5) *Siricii* ep. 5. ad episc. Africae. *Coustant*, l. c. I, pag. 653

6) *Innocentii I.* ep. 2. ad Victric. episc. Rotomag. *Coustant*, l. c. I, pag. 748.

Arles veranlasst worden war, zu beseitigen, setzte der Papst die Metropoliten förmlich wieder in ihr Recht ein, auf Grund dessen sie in Verbindung mit den der Weihe nach ältesten Bischöfen ein jeder in seiner Provinz die Ordination vornehmen sollten [1]). Das Recht der Oberleitung und Bestätigung der Wahl wie das der Weihe wird dadurch den Metropoliten als ein ihnen von Alters her zustehendes anerkannt. Auch die Entscheidung in den Fällen einer zwiespältigen Wahl steht nach der Erklärung des Papstes in einem Schreiben an Bischof Anastasius von Thessalonich dem Metropoliten zu, aber so, dass er sich für die Majorität der Stimmen entscheiden soll, wie es auch die gleichzeitige Synode von Arles verordnete, damit der Bischof der Gemeinde nicht gegen deren Willen aufgedrängt werde [2]). Was die Ertheilung der Bischofsweihe betrifft, so tritt gerade dieses Recht in der Entwicklung des Vicariates von Arles in den Vordergrund. In den Entscheidungen, welche Papst Zosimus zu Gunsten des Bischofs Patroclus von Arles fällt, handelt es sich um das ihm zuerkannte Vorrecht der Bischofsweihe zunächst [3]) und in der Entscheidung, welche Papst Bonifaz I. in Aberkennung der Vorrechte des Bischofs Patroclus fällte, war es wieder das Recht der Weihe, welches der Papst dem Beschwerde führenden Bischofe Hilarius von Narbonne zuerkannte und zwar unter ausdrücklicher Berufung auf den 6. Canon von Nicaea [4]). In dem Verbote, welches Papst Leo erliess, dass der Metropolit das Ordinationsrecht nicht an einen andern Metropoliten übertragen dürfe, handelt es sich ebenfalls zunächst

1) S. Leon. ep. X. ad episc. Vienn. (*Jaffé*, l. c. n. 407 (185) pag. 60). *Ballerin.* Opp. tom. I pag. 634 seq.: Hilarius . . . . ordinationes sibi omnium per Gallias ecclesiarum vindicans et debitam Metropolitanis Sacerdotibus in suam transferens dignitatem . . . . . Ordinationem sibi, ut ante jam diximus, singuli Metropolitani suarum provinciarum cum his, qui ceteros Sacerdotii antiquitate praeveniunt, restituto sibi per nos jure defendant.«

2) S. Leon. ep. XIV. ad Anastasium Thessalon. episc. c. 5. (*Jaffé*, l. c. n. 411 (185). *Ballerin.* Opp. tom. I pag. 688: »Cum ergo de summi sacerdotis electione tractabitur, ille omnibus proponatur, quem Cleri plebisque consensus concorditer postularit: ita ut si in aliam forte personam partium se vota diviserint, Metropolitani judicio is alteri praeferatur, qui majoribus et studiis juvatur et meritis: tantum ut nullus invitis et non petentibus ordinetur.«

3) *Zosimi* ep. 1. ad episc. Galliae. *Coustant*, l. c. I, pag. 936 seq. ep. 6. ad Hilarium episc. Narbon. *Coustant*, l. c. I, pag. 960 seq.

4) *Bonifacii I.* ep. 12. ad Hilarium episc. Narbon. *Coustant*, l. c. I, pag. 1032: »Patroclum . . . . nescio quem in aliena provincia praetermisso metropolitano contra patrum regulas ordinasse. Nulli etenim videtur incognita synodi constitutio Nicaenae.

um die Ertheilung der Weihe [1]). Selbstverständlich war der Metropolit verpflichtet, in jedem einzelnen Falle selbst die Bischofsweihe vorzunehmen; er konnte einen andern Bischof damit beauftragen. Das geht schon aus der grundlegenden Verfügung des Papstes Innocenz I. in seinem Schreiben an Bischof Victricius von Rouen hervor; die conscientia des Metropoliten war die rechtlich stipulirte Bedingung.

So konnte dem Papst Leo das für Gallien geltende Recht bezüglich der Ordination der Bischöfe in den Worten zusammenfassen: »Nulla ratio sinit, ut inter episcopos habeantur, qui nec a clericis sunt electi, nec a plebibus sunt expetiti, nec a provincialibus episcopis cum metropolitani judicio consecrati [2]).«

War die Ordination ohne Beobachtung dieser Vorschriften vollzogen worden, so galt auch nach der Anschauung des Papstes die Weihe doch als gültig [3]). Der so geweihte Bischof wurde aber nicht als solcher anerkannt [4]); bischöfliche Functionen durfte er nicht verrichten und es wurde ihm höchstens die communio peregrina gestattet [5]). Die Bischöfe, welche die Weihe ordnungswidrig vollzogen hatten, waren mit der Excommunication und Absetzung bedroht [6]); jedoch wurden sie in der Regel unter Annahme milderer Umstände nur mit der Entziehung des Ordinationsrechtes und der Theilnahme an einer Synode bestraft [7]). Die Synode zu Orange im J. 441 bedroht in dem Falle, dass zwei Bischöfe einen dritten wider dessen

---

1) S. Leon. ep. X. l. c. »Quod si quis negligens apostolicas sanctiones, plus gratiae tribuens personali, sui honoris desertor esse voluerit, privilegium suum in alium transferre posse se credens, non is cui cesserit . . . . ordinandi sibi vindicet potestatem. Non passim, sed die legitimo ordinatio celebretur.«

2) S. Leon. ep. 167 ad Rusticum Narbon. episc. (*Jaffé*, l. c. n. 544 (320) pag. 74). *Ballerin.* Opp. l. c. I, pag. 1420.

3) In demselben Schreiben l. c.: »Si qui autem Clerici ab istis pseudoepiscopis in eis ecclesiis ordinati sunt, qui ad proprios episcopos pertinebant, et ordinatio eorum consensu et judicio praesidentium facta est, potest rata haberi; ita ut in ipsis ecclesiis perseverent.«

4) In demselben Schreiben l. c.: »Unde eum saepe quaestio de male accepto honore nascatur, quis ambigat, nequam istis esse tribuendum, quod non docetur fuisse collatum.«

5) Synode zu Riez vom J. 439. can. 3. *Hefele*, l. c. II, 290. *Kober*, Deposition S. 8 ff.

6) Synode zu Riez can. 1. l. c. Constitutio Valentiniani III. *Ballerin.* Opp. S. Leon. l. c. I, pag. 634: »Hilario, quem adhuc episcopum nuncupari sola mansueti praesulis permittit humanitas.«

7) Synode zu Riez can. 1. l. c.; zu Turin can. 3. *Hefele*, l. c. II, 85. S. Leon. ep. X. l. c. pag. 646: »Hilarius . . . non ergo intersit ulli ordinationi.«

Willen ordinirt haben, beide mit Absetzung; erkennt aber die vollzogene Weihe als gültig an, indem sie verfügt, der also Geweihte solle, wenn er sonst rechtschaffen ist, einen von den zwei hierdurch erledigten Stühlen erhalten. Haben sie ihn aber mit seiner Zustimmung geweiht, so soll auch er abgesetzt werden [1]).

Aus dem Recht des Metropoliten die Ordination des neuen Bischofes zu veranlassen und zu leiten, ergaben sich noch Befugnisse und Pflichten des Metropoliten bezüglich der Verwaltung des Bisthums während der Zeit, in welcher der bischöfliche Stuhl erledigt war. In den ersten Jahrhunderten führte das Presbyterium nach Erledigung des bischöflichen Stuhles die Verwaltung der Diöcese weiter. Es stellt sich indessen bald heraus, dass die Verwaltung durch das gesammte Collegium der Presbyter und Diaconen zu schwerfällig war; so waren es bald die Träger hervorragender Aemter, vor Allem der Archipresbyter, der Archidiacon und der Oeconom, in deren Hände die interimistische Verwaltung überging [2]). Der hl. Chrysostomus beklagt sich in seinem Schreiben an Papst Innocenz darüber, dass Theophilus von Alexandrien seinen Archidiacon berufen habe, als ob seine Diöcese bereits verwaist sei und keinen Bischof habe [3]). Die Synode von Chalcedon theilte das Absetzungsurtheil über Dioscur den anwesenden Klerikern, namentlich seinem Oeconomen Charmosynus und seinem Archidiacon Euthalius unter Ertheilung des Auftrages mit, alles alexandrinische Kirchengut, das sie in Händen hätten, wohl zu bewahren, da sie dem künftigen Bischof von Alexandrien darüber Rechenschaft geben müssten [4]). Weil alle sonstigen wichtigen Geschäfte, welche einen Aufschub duldeten, während der Sedisvacanz ruhen und dem zukünftigen Bischofe vorbehalten bleiben sollten [5]), so war für die interimistische

---

1) Synode zu Orange vom J. 441 can. 21. *Hefele*, l. c. II, 294.

2) *Hinschius*, Kichenrecht II, 184, 228 f. *Schneider*, Die Bischöflichen Domcapitel. Mainz 1885. S. 18 f.; 50 ff.

3) Ep. Joann. Chrysost. 4. ad Innoc. I. a. 404. *Coustant*, l. c. p. 775: »Ille vero velut priora repetens certamina, magna eum auctoritate vocato archidiacono meo, quasi jam viduata esset ecclesia, nec episcopum haberet, omnem ad se Clerum per illum transtulit.«

4) *Mansi*, 6, 1095: »χαρμοσύνῳ πρεσβυτέρῳ καὶ οἰκονόμῳ καὶ Εὐθαλίῳ ἀρχιδιακόνῳ . . . . φυλάξετε τοίνυν τὰ ἐκκλησιαστικὰ συμπάντα, ὡς μέλλοντες καὶ λόγον ἀποδοῦναι τῷ . . . χειροτονηθησομένῳ τῆς 'Αλεξανδρέων . . . ἐκκλησίας ἐπισκόπῳ.« *Hefele*, l. c. II, 452.

5) *Cyprian*, ep. 30, c. 8 (*Hartel* p. 556): Ante constitutionem episcopi nihil innovandum putavimus, ut interim, dun episcopus a Deo dari nobis sustinetur, in suspenso eorum, qui moras possunt dilatione sustinere, causa teneatur.

Verwaltung die Thätigkeit des Oeconomen von hervorragender Bedeutung. Aus diesem Grunde erliess dann auch die Synode von Chalcedon zwei Bestimmungen, in denen sie verordnet, dass jeder Bischof einen Oeconomen haben müsse und dass die Einkünfte der verwittweten Kirche von dem Oeconomen der Kirche ungeschmälert bewahrt werden sollten [1]).

Im Abendlande kommt seit Anfang des 5. Jahrhunderts ein Bevollmächtigter in der interimistischen Verwaltung einer vacanten Diöcese vor und zwar unter dem Namen eines intercessor oder interventor, auch visitator genannt. Der 9. Canon der 6. Synode zu Carthago im J. 401 bestimmte, es sei keinem intercessor gestattet, den bischöflichen Stuhl, dem er als intercessor gegeben sei, gestützt auf Agitationen der Gemeinde zu behalten; sondern er habe sich alle Mühe zu geben, dass er der Gemeinde in Jahresfrist einen Bischof gebe; vernachlässige er es, so soll ein anderer interventor bestellt werden [2]). Aus dieser Bestimmung geht hervor, dass der intercessor nicht gewählt, sondern bestellt wurde, nicht in eigener Vollmacht, sondern in fremdem Auftrage handelte; seine Aufgabe ist neben der Verwaltung der Diöcese für die Zeit der Vacanz in einer Fürsorge für die Wiederbesetzung des bischöflichen Stuhles erkennbar. Sowohl diese Aufgabe wie der vermuthete Auftraggeber deutet auf den Metropoliten bezw. auf den Primas, in der afrikanischen Kirche den ältesten der Bischöfe, hin. Der Metropolit hatte selbstverständlich mit der Aufgabe, die Neuwahl eines Bischofes zu veranlassen, auch die Pflicht, die vacante Diöcese wiederholt zu besuchen [3]); das konnte mit seinen sonstigen Obliegenheiten unvereinbar und aus örtlichen Gründen erschwert werden. Daher stellte sich das Bedürfniss heraus, einen Bischof mit der Stellvertretung des Metropoliten in der Fürsorge für die vacante Diöcese zu betrauen. Im Nothfalle bestellt auch wohl der Papst einen visitator, dessen

1) Canon 25 und 26. (*Gratian*, Dist. LXXV c. 2; Dist. LXXXIX c. 4 und c. 21 C. XVI. q. 7). *Hefele* II, 526 f.

2) Can. 9 Carth. VI, 74 bei *Dionys*; 8 bei *Pseudoisid.*; Cod. Canon. eccl. afric. Can. 74; (*Gratian* C. 22 C. VII. qu. 1) »Constitutum est, ut nulli intercessori licitum sit, cathedram, cui intercessor datus est, quibuslibet populorum studiis vel seditionibus retinere, sed dare operam, ut intra annum eisdem episcopum provideat. Quod si neglexerit, anno expleto interventor alius tribuatur.«

3) *Ambrosii* ep. 2 (al. 44) ad Constant. (ed. Bened. 2, 761): »commendo tibi, fili, ecclesiam quae ad forum Cornelii, quo eam de proximo intervisas frequentius, donec ei ordinetur episcopus .... Occupatus diebus ingruentibus quadragesimae tam longe non possum excurrere.

Aufgabe mit der des intercessor offenbar identisch war[1]). Die Abgrenzung seiner Befugnisse auf die Zeitdauer von einem Jahr war durch die Interessen der Diöcese den vacanten Bischofssitz besetzt zu sehen geboten.

Spuren einer gleichen Observanz finden sich in Gallien zur Zeit der Synode von Riez im J. 439[2]). Dieselbe verordnete in ihrem 6. Canon, kein anderer als der Bischof der benachbarten Diöcese dürfe die Stadt des vacanten Bischofssitzes betreten. Ihm stehe es zu, die Fürsorge für die vacante Diöcese (nach Art eines visitators) im stricten Sinne des Wortes auszuüben, damit vor der Ordination (des Bischofes) keinerlei Uneinigkeit der Kleriker über etwaige Neuerungen und dadurch ein Umsturz der Verhältnisse entstehe. Das Alles aber solle er in der Zeit, in welcher die Exequien für den Verstorbenen stattfinden, bis zum siebenten Tage ausführen; darauf soll er sich nach seiner Diöcese zurückbegeben und mit allen übrigen Bischöfen die Berufung durch den Metropoliten abwarten. Auch solle kein Bischof fernerhin die verwaiste Diöcese betreten, ehe er das Berufungsschreiben des Metropoliten zur Neuwahl erhalten habe, damit er nicht vom Volke getäuscht werde oder den Schein erwecke, als ob er Beeinflussungen zugänglich sei[3]).« Wie aus diesen Bestimmungen hervorgeht, stand die vacante Diöcese vollständig unter der Oberaufsicht des Metropoliten. Dass der benachbarte Bischof hier in Gallien ebenso wie in Afrika die Functionen bei der Beerdigung zu übernehmen und eine Vermögensaufnahme zu veranlassen hatte, war lediglich eine aus Zweckmässigkeitsgründen veranlasste Gewohnheit; sollte er oder ein anderer Bischof während der Sedis-

---

1) *Gelasii* ep. ad Coelestin. *Thiel*, l. c. p. 485 (Gratian. Dist. XXIV c. 3): »Presbyteri . . . suggessere . . . in ejus locum Julianum . . . debere ordinari. Et ideo . . . suprascriptum decorabis, sciturus, eum visitatoris te nomine, non cardinalis creasse pontificis.« *Hinschius*, l. c. II, 229.

2) *Thomassin.*, l. c. P. II, lib. II, cap. III, n. 6, pag. 191.

3) C. 6. Reg. a. 439: ». . . . ne quis ad eam ecclesiam quae episcopum perdidisset, nisi vicinae ecclesiae episcopus exequiarum tempore accederet: qui (visitatoris vice fehlt in mehreren Handschriften) tamen statim ecclesiae ipsius curam districtissime gereret, ne quid ante ordinationem discordantium in novitatibus clericorum subversioni liceret. Itaque cum tale aliquid accidit, vicinis vicinarum ecclesiarum inspectio, recensio descriptioque mandatur. C. 7. ibid.: »Haec autem omnia exequiarum tempore usque ad septimam defuncti diem aget; enim se (al. eximiae) ecclesiae referens mandatum metropolitani, simul cum omnibus sanctis episcopis opperietur. Nec quisquam ad ecclesiam quae summum amiserat sacerdotem nisi metropolitani literas invitatus accedat, ne a plebe decipiatur et vim pati voluisse videatur.«

vacanz als intercessor fungiren, so konnte das nur auf Anordnung und Bestallung hin geschehen, welche der Metropolit zu geben hatte [1]). Im Laufe des folgenden Jahrhunderts ordnete Papst Johann II. für das durch Absetzung des Contumeliosus erledigte Bisthum Riez die Ernennung eines visitator an, dessen Aufgabe ebenfalls lediglich auf die Weiterführung der laufenden Geschäfte beschränkt war [2]). Die Synode zu Valencia im J. 524 beruft sich auf die Verordnung der Synode zu Riez und gibt in ihrer Bestimmung eine Erklärung wie dieselbe verstanden wurde, indem sie verfügt: »Den Klerikern wird strengstens verboten, nach dem Tod des Bischofs irgend etwas von der Hinterlassenschaft sich anzueignen. Nach der Verordnung (C. 6) der Synode von Riez soll ein benachbarter Bischof nach Abhaltung der Exequien die Obhut über die verwaiste Kirche übernehmen, und es soll ein genaues Inventar über die Hinterlassenschaft angefertigt und dem Metropoliten zugestellt werden. Letzterer wird dann einen Verwalter der erledigten Kirche bestellen, der den Klerikern ihr Einkommen reichen und dem Metropoliten Rechnung ablegen muss [3]).« Das sind im Wesentlichen die gleichen Vorschriften wie jene gewohnheitsmässigen Uebungen seit Ausgestaltung der Metropolitanverfassung in Gallien zu Beginn des 5. Jahrhunderts. Der Metropolit hatte die Oberaufsicht über die vacante Diöcese und die Neuwahl zu veranlassen; für die laufenden Geschäfte war ein interventor von ihm bevollmächtigt; ob als solcher der benachbarte Bischof, welcher die Exequien abgehalten hatte [4]), bestellt wurde, war zufällig, keineswegs nöthig. In der Anfertigung eines Inventars über das vorhandene Vermögen ward dem benachbarten Bischofe eine Aufgabe zugetheilt, welche früher der Oeconom zu verrichten hatte. Der nachweisbar älteste Fall einer Ausübung

---

1) *Loening* bestreitet gegen *Hinschius* l. c. II, 229, dass der Metropolit den Verwalter zu ernennen hatte. Indessen ist in der Beziehung wie bezüglich der Functionen des benachbarten Bischofes zwischen Gallien und Afrika kein Unterschied der Rechtsgewohnheit nachweisbar. *Loening*, l. c. I, 417.

2) Joan. II. ep. ad episc. Galliae a. 534. (*Migne*, patr. l. 66, 24): »Sed ne ejus ecclesia destituta videatur, in ejus loco visitatorem dari, praesenti auctoritate decernimus, qui a se ita noverit omnia exhibenda, ut nihil de ordinibus clericorum, nihil de ecclesiastica facultate praesumat, sed ea, quae ad sacrosancta mysteria pertinent, exequatur.«

3) *Hefele*, l. c. II, 709.

4) Derselbe wird als »commendator« bezeichnet, weil er die Gebete »commendationes« für den verstorbenen Bischof verrichtete. S. *du Cange* s. h. v. Nothwendig war es nicht, dass er »interventor« wird und daher sind diese beiden Bezeichnungen keineswegs wie *Schneider* (Die Bischöfl. Domcapitel l. c. S. 51) meint, identisch.

dieses Metropolitenrechtes über eine vacante Diöcese liegt in der Diöcese Marseille. Nach Absetzung des Bischofs Proculus im J. 418 übertrug Papst Zosimus die Verwaltung der Diöcese bis zur Einsetzung eines neuen Bischofs und die Leitung der Wahl desselben dem Metropoliten Patroclus von Arles [1]).

So wie die dem Metropoliten zustehende Oberleitung der Bischofswahl den Zweck hatte, Missbräuche und unlautere Beeineinflussungen von der Wahl fern zu halten, so regelten andere Bestimmungen die Erfordernisse, welche für die Person des zu Wählenden verlangt wurden, wenn er als würdiger Candidat gelten sollte. Zu diesen Erfordernissen gehörte vor Allem eine Befestigung im Glauben und Bewährung im christlichen Leben; daher waren sog. Neophyten von der Bischofswahl ausgeschlossen. Bereits der 80. Apostolische Canon bestimmte: »Qui ex gentilitate veniens baptizatus est vel post improbam vivendi rationem, hunc non decet mox provehi ad episcopatam; minus aequum enim est aliorum fieri magistrum qui probationem sui nondum ediderit, nisi forte hoc divina gratia contigerit [2]).« Dem Heidenthum wird hier ein zuchtloser Lebenswandel gleichgestellt; beides wird als ein Hinderniss der Beförderung zum Bischöflichen Amte hingestellt, ohne dass die übrigen Stufen, namentlich die des Priesterthums erwähnt werden und auch bezüglich des Bischofs wird die Ausnahme gemacht, dass eine besondere göttliche Gnade den noch nicht Bewährten als tauglichen Lehrer Anderer erscheinen lässt. Der zweite Canon von Nicaea wiederholt [3]) unter Anführung des apostolischen Ausspruches diese Bestimmung, dehnt sie aber auf das priesterliche Amt aus [4]). Die

1) *Zosimus* ep. XI. ad cler. ordin. et pleb. Massil. (*Jaffé*, l. c. n. 341 (133) pag. 50). *Coustant*, l. c. pag. 973: »Idcirco curam vestri licet et prioribus commiserim litteris vestrae metropolitano provinciae fratri et coepiscopo nostro Patroclo, tamen iterum committo: ut ipsius tuti consilio et pro disciplinarum ratione formati, ejus obtemperantes notibus, dignum possitis accipere sacerdotem.«

2) *Pitra,* l. c. I, 32.

3) Allem Anscheine nach ist der Apostolische Canon älter als der Nicaenische. *Hefele,* l. c. I, 378; für jünger hält ihn *Drey,* l. c. S. 243, 410.

4) »Quoniam plura, aut per necessitatem, aut alias cogentibus hominibus, adversus ecclesiasticam facta sunt regulam, ut homines ex gentili vita nuper accedentes ad fidem, et instructos brevi tempore, mox ad lavacrum spiritale perducerent, simulque ut baptizati sunt, etiam ad episcopatum, vel ad presbyterium promoverent optime placuit, nihil tale de reliquo fieri. Nam et tempore opus est ei qui catechizatur, et post baptisma probatione quam plurima. Manifesta est enim apostolica Scriptura, quae dicit: »Non neophytum, ne in su-

Ausnahme, welche der apostolische Canon erwähnt, wird von dem Nicaenum nicht angeführt; Fälle, welche auf Grund derselben gerechtfertigt erscheinen, kamen indessen nicht selten vor, so bei *Ambrosius*[1]). Der 10. Canon von Sardika dehnte dieses Erforderniss nach einer anderen Richtung hin aus, indem er bestimmt, dass Niemand zum Bischof bestellt werde, der nicht vorher das Amt eines Lector, Diacon und Priesters versehen hat, so dass er von Stufe zu Stufe, wenn er sich würdig zeigt, zur Höhe des Bisthums allmälig aufsteige. Es soll aber jede solche Amtsstufe eine nicht gar kleine Zeitlänge haben, sonst müsse er mit Recht für einen Neophyten gehalten werden[2]). Hier wird der Begriff eines Neophyten auch auf die Unterlassung der den niedrigeren Stufen entsprechenden Functionen ausgedehnt[3]). Die 2. Synode von Arles im J. 443 oder 452 bestimmte in ihrem 1. Canon einfach, ein Neophyt soll nicht zum Priester oder Diacon ordinirt werden[4]).

In der Bezeichnung eines Neophyten war indessen noch ein drittes Moment einbegriffen, nämlich das des Alters; ganz ohne Rücksicht auf die seit der Taufe verflossene Zeit forderte man von den Candidaten der Weihen ein bestimmtes Alter, um eine Garantie ihrer Bewährung zu haben; war das Alter nicht erreicht, dann galt der Betreffende als Neophytus[5]). Bereits die Synode zu Neocaesarea im J. 314—325 bestimmte, dass Niemand zum Priester geweiht werden solle vor 30 Jahren, auch wenn er ein ganz würdiger Mann sei[6]). Die Synode von Agde im J. 506 forderte für den Diacon das Alter von 25 Jahren, für den Priester oder Bischof ein solches von 30 Jahren[7]).

---

perbiam elatus in judicium incidat et laqueum diaboli.« *Pitra*, l. c. I, 428. *Gratian*. c. 1. Dist. 48.

1) *Theodoret.* hist. eccl. IV. 6; *Rufin.* hist. eccl. II. 11; *Thomassin.*, l. c. P. II. L. I. cap. 62. n. 20. p. 118.

2) Si forte aut dives aut scholasticus de foro aut ex administratore episcopus fuerit postulatus, ut non prius ordinetur, nisi ante et lectoris munere et officio diaconi aut presbyteri fuerit perfunctus, et ita per singulos gradus, si dignus fuerit, ascendat ad culmen episcopatus. Potest enim per has promotiones, quae habebant utique prolixum tempus, probari qua fide sit . . . quia conveniens non est . . . ut temere et leviter ordinetur . . . qui neophytus est. *Hefele*, l. c. I, 590. *Gratian*, c. 10. Dist. 60.

3) *Ferraris*, Bibliotheca can. sub. v. irregularitas art. I. n. 12.

4) *Hefele*, l. c. II, 299.

5) *Pitra*, l. c. I, 437.

6) Can. 11: »Presbyter ante tricesimum aetatis suae annum nullatenus ordinetur, licet valde sit dignus: sed hoc tempus observet.« *Pitra*, l. c. pag. 453.

7) can. 16, 17. *Hefele*, l. c. II, 653. *Gratian*, c. 6. Dist. 72.

Für Gallien haben die Päpste wiederholt auf diese Erfordernisse des Candidaten hingewiesen, damit er unter keiner Hinsicht als Neophytus erscheine. Papst Siricius forderte in einem Schreiben an Bischof Himerus von Tarragona im J. 385, welches er auch zur Kenntniss der Bischöfe Galliens gebracht wissen wollte, für den Subdiacon das Alter von 30 Jahren, für den Priester ein solches von 35 Jahren, für den Bischof ein solches von 45 Jahren[1]). Papst Zosimus bestimmt unter Hinweis auf das apostolische Verbot bezüglich des Neophyten, dass jede Ordination per saltum vermieden werde, vielmehr der Bischof stufenweise nach Ausübung der den einzelnen Stufen entsprechenden Officien zu seiner Würde emporsteige[2]). In einem Schreiben an Bischof Hesychius von Salona fordert der Papst einen vierjährigen Dienst auf der Stufe des Subdiaconates, einen fünfjährigen auf der des Diaconates und eine hervorragend sittenstrenge Lebensführung in der Zwischenzeit zwischen dem Priesterstand und der Bischofsweihe[3]). Zugleich beklagt der Papst in demselben Schreiben die in Gallien wie in Spanien üblich gewordene Anmassung, dass Laien ohne Weiteres zu dem bischöflichen Amte in der Kirche sich zu erheben versuchen und bedroht dieselben sowie die Bischöfe, welche Männer ordiniren mit Absetzung[4]). In gleicher Weise schärft Papst Leo I. ein, dass das

---

1) *Siricii* ep. 1. ad Himerum episc. Tarracon. cap. IX. *Coustant* l. c. I, 624 seq. »Nunc fraternitatis tuae animum ad servandos canones et tenenda decretalia . . incitamus, ut haec, quae ad tua rescripsimus consulta in omnium coepiscoporum nostrorum perferri facias notionem et non solum eorum qui in tua sunt dioecesi constituti sed etiam ad universos . . . Gallicios.«

2) *Zosimi* ep. 7. ad Patroclum episc. Arel. (*Jaffé*, l. c. n. 333 (128) pag. 49). *Coustant*, l. c. I, 962. »Et quia nonnulli ex quacunque militia se ad ecclesiam conferentes, statim saltu quodam-summatem locum religionis affectant, qui gradatim per ecclesiastica stipendia venientibus explorata solet discussione differri . . . Si enim Apostolus neophytum sacerdotio non statim cumulari jubet et hoc idem canonum statuta sanxerunt, hoc addimus nostra sententia, ut quisquis de cetero vel summo sacerdotio vel presbyterii gradu vel diaconatus crediderit comulandum, sciat et se gradus sui subire jacturam.«

3) *Zosimi* ep. 9 ad Hesychium episc. Salonit. *Jaffé*, l. c. n. 339 (131). *Coustant*, l. c. I, 971 seq. »Exinde acolythus vel subdiaconus quatuor annis et sic ad benedictionem diaconatus, si meretur, accedat; in quo ordine quinque annis, si inculpate se gesserit, haerere debebit . . . De quo loco, si eo illum exactior ad bonos mores vita produxerit, summum pontificatum sperare debebit.« Vgl. *Phillips-Vering*, Kirchenr. Bd. 8. S. 239.

4) *Zosimi* ep. l. c. *Coustant*, l. c. p. 968: »Hoc autem specialiter et sub praedecessoribus nostris et nuper a nobis interdictum constat, literis ad Gallias Hispaniasque transmissis, in quibus regionibus familiaris est ista praesumtio, ne quis penitus contra patrum praecepta, qui ecclesiasticis disciplinis

bischöfliche Amt weder bald nach der Taufe, noch solchen die eben aus dem Laienstande gekommen seien, übertragen werde; die sittliche Bewährung auf den unteren Stufen und die Verdienste der Arbeit müsse solcher Ehre vorhergehen [1]).

Es war indessen noch ein Erforderniss, welches in Gallien an den Candidaten zur Bischofswahl gestellt wurde und worauf die Päpste wiederholt hinwiesen. Der Bischof sollte aus dem Klerus der Diöcese gewählt werden; dadurch sollte verhindert werden, das ein mit den Verhältnissen unerfahrener Mann das bischöfliche Amt erhalte und auch der ambition fremder Candidaten vorgebeugt werden. Papst Coelestin I. schrieb den Bischöfen der Provinz Viennensis, es sei unstatthaft, den wohlverdienten Klerikern der Diöcese fremde vorzuziehen und ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zur Diöcese die Bischöfe aus einer neuen Classe von Klerikern zu wählen; nur dann, wenn sich im Diöcesanklerus Niemand finde der würdig sei, was aber wohl nicht vorkomme, dürfe ein Fremder zum Bischof gewählt werden [2]). Unter den Vorwürfen, welche Papst Leo I. gegen Bischof Hilarius von Arles erhob, gehörte auch der, dass er mit Waffengewalt den Bürgern unbekannte Männer als Bischöfe aufdrängte [3]).

Nunmehr erübrigt noch, den Antheil der Gemeinde an der Bischofswahl in seiner Entwicklung näher zu kennzeichnen und die gegen Missbräuche erlassenen Bestimmungen zu erwähnen. In dem

---

per ordinem non fuisset imbutus . . . nequaquam ad summum ecclesiae sacerdotium adspirare praesumeret.«

1) S. Leon. ep. 12. ad episc. African. *Coustant*, l. c. 1, pag. 672 seq. *Phillips-Vering*, a. a. O. S. 176 f.

2) *Caelestini* I. ep. 4. ad episc. prov. Vien. et Narbon. *Jaffé*, l. c. n. 369 (152) pag. 55. *Coustant*, l. c. I, p. 1070: »Nec emeritis in suis ecclesiis clericis peregrini et extranei et qui ante ignorati sint, ad exclusionem eorum qui bene de suorum civium merentur testimonio, praeponantur: ne novum quoddam, de quo episcopi fiant, institutum videatur esse collegium . . . Tunc alter de altera eligatur ecclesia, si de civitatis ipsius clericis, cui est episcopus ordinandus, nullus dignus, quod evenire non credimus, potuerit reperiri. Primum enim illi reprobandi sunt: ut aliqui de alienis ecclesiis merito praeferantur. Habeat unusquisque suae fructum militiae in ecclesia, in qua suam per omnia officia transegit aetatem.«

3) S. Leon. ep. 10. ad episc. Vienn. *Jaffé*, l. c. n. 407 (185) pag. 60. *Ballerini*, l. c. I, pag. 638: »Militaris manus, ut didicimus, per provincias, sequitur sacerdotem, et armati praesidii praesumtione suffulto ad invadendas per tumultum famulatur ecclesias, quae proprios amiserint sacerdotes. Trahuntur ordinandi ante hoc officium, his quibus praeficiendi sunt, civitatibus ignorati.«

Schreiben des Papstes Leo I. an die Bischöfe der Provinz Viennensis zur Abwehr der Uebergriffe des Bischofs Hilarius von Arles sowohl wie in dem Beglückwünschungsschreiben des Papstes über die canonisch vollzogene Wahl des Ravennius werden, wie wir bereits gesehen haben, neben den votirenden Bürgern besonders noch die Honorati erwähnt, welche ein arbitrium[1]) bezw. ein desiderium[2]) bei der Bischofswahl zu äussern hatten. Honorati waren im römischen Reiche alle diejenigen, welche senatorischen Rang hatten; sie bildeten einen besonderen Stand[3]). Aus der Erwähnung und Gegenüberstellung der Honorati und der Bürger bezw. des Volkes scheint zweifellos ein erhöhter Einfluss dieser Honorati auf die Bischofswahl hervorzugehen[4]). Schon die gesonderte Abgabe ihres votums nach Art einer Corporation musste einen gesteigerten Einfluss zur Folge haben; ihr arbitrium galt so viel wie das votum der numerisch weit überwiegenden Bürger. Hierin tritt unverkennbar ein Bestreben hervor, den Einfluss des Volkes auf die Wahl so viel wie möglich im Abendlande zu beschränken; das geschah in Nachahmung der im Orient damals bereits ausgeübten Rechtspraxis, wonach das Volk von der Bischofswahl vollständig ausgeschlossen war. In der 16. Sitzung zu Chalcedon im J. 451 erklärten die kaiserlichen Commissäre, dass jeder Metropolit von dem Klerus der Metropole und den angesehensten Männern der Stadt und den Bischöfen der Provinz entweder einstimmig oder durch Stimmenmehrheit gewählt werde[5]). Hier werden die einfachen Bürger gar nicht erwähnt. Bereits früher hatte das Concil von Laodicea zwischen dem J. 343 und 381 in seinem 13. Canon erklärt, dass die Menge die Wahl derjenigen, die für's Priesterthum zu bestellen sind, nicht überlassen werden dürfe[6]).

---

1) S. Leon. ep. 10. ad episc. Vienn. *Jaffé*, l. c. n. 407 (185); *Ballerini* Opp. l. c. I, pag. 637. »Expectarentur certe vota civium, testimonia populorum, quaeretur honoratorum arbitrium, electio Clericorum.«

2) S. Leon. ep. 40. ad episc. prov. Arelat. *Jaffé*, l. c. n. 434 (213); *Ballerini* Opp. l. c. I, pag. 890: »Secundum desideria Cleri, Honoratorum et plebis unaniniter consecratis.«

3) Vergl. *E. Kuhn*, Die städtische und bürgerliche Verfassung des römischen Reichs bis auf Justinian (1864), I, 200 fg. *Loening*, l. c. I, 114.

4) *Loening*, l. c. S. 116 bestreitet dies.

5) In der alten Uebersetzung des Rusticus aus der Mitte des 6. Jahrhunderts werden als Wählerklassen ausser den Geistlichen angegeben die possessores et clarissimi viri (*Mansi*, VII, 450). *Clarissimi*, λαμπρότατοι, ist die officielle Bezeichnung der Männer senatorischen Ranges (Gothofredus zu c. 23, Cod. Theod. XI, 30 und c. 4, Cod. Theod. VI, 2). *Loening*, l. c. S. 114.

6) *Hefele*, l. c. I, 759.

Lässt sich nun auch aus dieser Bestimmung ebensowenig wie aus der späteren Erklärung der kaiserlichen Commissäre auf der Synode zu Chalcedon folgern, dass dem Volke jeder Antheil an der Wahl dadurch entzogen wurde, und hat auch die Gemeinde thatsächlich nach diesen Entscheidungen noch an der Bischofswahl Antheil genommen [1]), so wurde doch ihr Einfluss auf dieselbe immer mehr im Orient bedeutungslos. Die so angebahnte Entwicklung fand für den Orient ihren Abschluss in zwei Novellen Justinians I. über die Besetzung der Bischofsstühle. Danach sollen die Kleriker und die Vornehmen (πρῶτα) der Stadt drei, beim Mangel geeigneter Persönlichkeiten zwei oder auch bloss einen Candidaten auswählen und darüber ein Wahl-Instrument oder Wahldecret ausstellen. Unter diesen soll der Metropolit den Würdigsten nehmen und ordiniren und falls die Wahl nicht binnen 6 Monaten erfolgt, selbst den Candidaten aussuchen [2]). Das Wahlrecht des Volkes wird nicht mehr erwähnt; es war gänzlich aufgegangen in dem Recht der Vornehmen und auch deren Recht war nur noch ein Vorschlagsrecht geeigneter Candidaten. Hält man diese Entwicklung des Wahlrechtes im Orient im Auge, dann wird man in dem Recht der Honorati [3]), ihr Gutachten bei der Bischofswahl gesondert abzugeben, als ein Moment einer dem Oriente analogen Rechtsentwicklung im Abendlande erkennen müssen; auch hier war das Wahlrecht des Adels eine Einschränkung des frühern der Gemeinde schlechthin zustehenden Stimmrechtes. Die von Justinian verordnete Einschränkung des Vorschlagsrechtes auf drei Candidaten kommt im Abendlande ebenfalls allerdings in anderer Form vor; hier sind es nicht die Adeligen, sondern die Bischöfe, welche im 5. Jahrhundert in Gallien drei Candidaten vorschlagen sollten, aus denen dann Klerus und Bürger die Auswahl trafen. Die zweite Synode von Arles im J. 443 oder 452 bestimmte in ihrem 54. Canon: »Ist ein Bischof zu wählen, so sollen mit Ausschliessung aller Bestechung und alles Ehrgeizes von den Comprovinzialbischöfen drei Candidaten genannt werden, aus denen dann die Kleriker und Bürger der Stadt einen wählen können [4]).«

---

1) *Van Espen*, Commentarius in canones T. II. c. 1. §. 12; *Thomassin*, l. c. P. II. l. 2. c. 2. n. 1—10. p. 189, *Hinschius*, l. c. II, 513.

2) Nov. 123. a. 546. c. 1; Nov. 137. a. 564. c. 2. *Hinschius*, l. c. II, 514. *Loening*, l. c. I, 114. *Phillips-Vering*, Kirchenrecht Bd. 8. S. 63 ff.

3) Dieselben werden auch mit dem Ausdruck »ordo« angeführt, welcher den städtischen Adel bezeichnet. Die Schreiben *Gregor's I.* in Betreff der Bischofswahlen tragen die stehende Adresse: »Clero, ordini et plebi.« ep. I. 58. 60. 81; II. 9. 39 etc. ed. Ben. 2, 549. 550. 564. 574. 601.

4) *Hefele*, l. c. II, 302.

Beispiele der Ausführung dieser Bestimmung liegen nicht vor; sie ist aber immerhin ein Zeichen der schwankenden und einschränkenden Form, in welcher die Gemeinde ihrem Urtheil über den Candidaten des bischöflichen Amtes Ausdruck gab. Die Entscheidung bei der Wahl lag in den Händen der Bischöfe der Provinz, wie wir vorher dargelegt haben und auch die Vorrechte, welche die Honorati vor dem Volke hatten, gingen nicht über das Vorschlagsrecht bezw. das der Zustimmung zu der von den Bischöfen gethätigten Wahl hinaus [1]).

Die angeführte Entscheidung der Synode von Arles lässt deutlich die Gründe erkennen, welche eine Regelung und Beschränkung der Mitwirkung der Gemeinde bei den Bischofswahlen nöthig machten. Vielfach war das bischöfliche Amt in Gallien Gegenstand des Ehrgeizes und niedriger gemeinsüchtiger Absichten geworden; in Folge davon wurden Bestechungen, Wahlumtriebe und unlautere Beeinflussungen der Gemeinde als Mittel zur Besteigung des bischöflichen Stuhles angewandt. Allerdings gab es auch heiligmässige Bischöfe; namentlich waren es die, welche aus dem Kloster auf der Insel Lérins, das um das Jahr 410 gegründet wurde, hervorgegangen waren. Aus der dortigen Pflegestätte der Wissenschaft und der Frömmigkeit brachten diese Männer mit dem Ruf eines sittenreinen strengen Lebenswandels nichts anderes als den lautersten apostolischen Eifer in Aufrechthaltung kirchlicher Zucht und christlichen Lebens als Empfehlung für ihre Wahl mit. Ihnen verdankte die Kirche in Gallien ihren geordneten Bestand und hervorragende Blüthen der Wissenschaft und Heiligkeit.

Ganz verschieden von diesen Bischöfen aus der Schule zu Lérins war eine andere Klasse von Bischöfen, welche ihre Vergangenheit in hohen weltlichen Stellungen, im kaiserlichen Hoflager und in den Ausschweifungen der aristokratischen Kreisen durchlebt hatten [2]). Ihnen galt das bischöfliche Amt nur um des Glanzes willen begehrenswerth, den es über ihr heranwachsendes Alter verbreiten sollte. Bischof Sidonius Apollinaris, welcher diesen Kreisen nicht fern stand [3]), hat uns in der Schilderung seines persönlichen

1) *Hinschius*, l. c. II, 515. *Phillips-Vering*, Kirchenr. Bd. 8. S. 49.

2) *Fauriel*, Histoire de la Gaule méridionale sous la domination des Conquérants Germains (1836), I, 402 fg. hebt die Verschiedenheit dieser beiden Klassen von Bischöfen in Gallien im 5. Jahrhundert hervor. Siehe auch *Loening*, l. c. I, 120 fg. Ein Beispiel der einen und anderen Klasse ist uns im Bischof Hilarius und Bischof Patroclus von Arles begegnet.

3) *Abbé Chaix*, Saint Sidoine Apollinaire et son siècle, Clermont 1867; *G. Kaufmann*, Die Werke des C. Solius Apollinaris Sidonius, Göttingen 1864.

Eingreifens bei Bischofswahlen eine Zeichnung der Bestechungen und Wahlumtriebe hinterlassen, welche von diesen verweltlichten Bischofscandidaten angewandt wurden. Aus seinen Berichten ist auch das Mass der Theilnahme des Volkes an der Bischofswahl erkennbar.

Als der Bischofssitz von Chalons durch Todesfall erledigt war, begab sich der Metropolit der Kirchenprovinz Bischof Patiens von Chalons mit den übrigen Bischöfen der Provinz nach dieser Bischofsstadt. Als er sich mit denselben zur Vornahme der Wahl versammelt hatte, zeigte sich, dass drei Bewerber in der Bürgerschaft drei Parteien zu ihren Gunsten gebildet hatten. Der eine berief sich auf seine vornehme Geburt; der andere warb Anhänger durch Abhaltung glänzender Gastmähler; der dritte machte Versprechungen auf Kosten der Kirchengüter. Die Bischöfe verständigten sich in ihrer Versammlung alsbald darüber, dass unter diesen Verhältnissen auf die Forderung der aufgeregten Gemeinde keine Rücksicht zu nehmen sei, und wählten mit Uebergehung der drei Bewerber ohne Weiteres einen vortrefflichen Priester Johannes zum Bischof. Die Parteigänger waren überrascht, die Böswilligen waren beschämt, die Besseren stimmten zu, aber Niemand erhob Einspruch [1]).

Wie hier auf die Wünsche der Gemeinde gar keine Rücksichten im Interesse einer würdigen Besetzung des bischöflichen Stuhles genommen wurde, so wusste Sidonius Apollinaris als Bischof von Clermont bei Erledigung des Metropolitensitzes von Bourges die Gemeinde zu veranlassen auf ihr Stimmrecht zu verzichten und ihm die Ernennung des neuen Metropoliten zu überlassen. Die Bewerber waren so zahlreich, dass wie Sidonius Apollinaris berichtet, sie auf zwei Bänken nicht Platz fanden und es wäre eine Verhandlung über die Bischofswahl unmöglich gewesen, wenn das Volk nicht auf seine Abstimmung verzichtet hätte [2]).

Die Bestechungen und tumultuarischen Volksunruhen bei den Bischofswahlen veranlassten noch in der letzten Zeit der römischen

1) C. Solii Apollinaris Sidonii (Opp. ed. Sirmond, Opp. Varia 1728, I, 553) Epist. IV, 25: »Triumviratus accenderat Competitorum plebem . . . . . Tacita pactione promiserat Ecclesiastica plausuribus suis praedae praedia fore . . . . . Quod ubi viderunt S. Patiens et S. Euphronius qui rigorem firmitatemque sententiae sanioris praeter odium gratiamque primi tenebant, consilio cum coepiscopis prius clam communicato quam palam prodito strepituque furentis turbae despecto, jactis repente manibus arreptum . . . . s. Joannem . . . . stupentibus factiosis, erubescentibus malis, acclamantibus bonis, reclamantibus nullis collegam sibi consecravere.« *Phillips-Vering*, Kirchenr. Bd. 8. S. 235 f.

2) Apollin. Sidon. Epist. VII, 5. 9. l. c. pag. 590—596. *Thomassin.*, l. c. P. II. l. II. c. 3. n. 9 seq. pag. 191.

Herrschaft im Abendlande den Erlass einer kaiserlichen Constitution und zwar seitens des Kaisers Glycerius im J. 473, deren Wortlaut die Ballerini in einer Vaticanischen Handschrift gefunden haben. Die Constitution beklagt es, dass der Episcopat meistentheils nicht durch Verdienst, sondern um Geld erworben werde. Dadurch, dass das, was von Gott zu erwarten sei, durch Geld und Erpressung erstrebt werde, sei die weltliche Macht der Bischöfe mehr als ihre Würde geschätzt und erschienen dieselben mehr als Machthaber denn als Hirten. Sie vernachlässigten den göttlichen Dienst, und verwendeten die Schätze der Kirche, welche die Reichthümer der Armen seien, zu Bestechung und Erfüllung unlauterer eingegangener Verpflichtungen. Göttliche Strafgerichte seien die Folge. Bischöfen, welche die heiligen Geheimnisse zum Gegenstand eines Handelsgegeschäftes machen, sei Alles feil. Daher bestimme der Kaiser durch Gesetz, dass jeder, welcher durch die Machinationen einer Partei die bischöfliche Würde erhalten habe, in Jahresfrist abzusetzen sei. Während dieses Jahres solle ein Kronbeamter das Kirchenvermögen verwalten. Ebenfalls solle derjenige, welcher einen solchen Bischof consecrirt habe, oder von ihm sich habe bestechen lassen oder die Bestechungen verheimlicht habe, abgesetzt werden. Die Bürger aber, welche der Bestechung zugänglich waren, sollen aus ihrer Vaterstadt verwiesen und von ihrem Vermögen ein ihrer Bestechlichkeit entsprechender Betrag dem Fiscus zugewiesen werden [1]).

---

1) Glycerii Imperatoris Edictum datum ad Himelionem V. C. Praefectum Praet. Italiae. *Ballerini*, Opp. Leon. l. c. III. pag. 634 und pag. 677 seq.: »Episcopatus pro parte maxima non impetrari meritis, sed pretiis comparari .. Ademtum est studium bonae conscientiae, fecitque id, quod de Deo sperare debuit, ad pecuniam et exactionem vocare. Hinc natum est ut Antistitum reverentia magis potestas saeculi putaretur et tyrrannopolitas esse se malint, qui vocabantur Antistites: . . . Ecclesiarumque opes, quas mali propositi dedecora protegentes, pauperum dicunt esse divitias, studio veluti cujusdam administrationis, auferrent, aliis in praesenti dando praemia, nonnullis se chyrographis obligando, vendendoque inquaestum debitoris quod oportebat egentibus prorogari. Unde factum credimus ut offensa Divinitas . . . favorem suae majestatis averteret . . . Aut quid hujusmodi Episcopi non putent esse venale, qui sancta mysteria subjecere commerciis. Qua rerum ratione permoti hac mansura in aevum lege sancimus, ut quisquis ad Episcopatum personarum auxilio suffragante pervenerit . . . finitis unius anni metis, noverit Episcopatu se esse privandum. Ejusdem sane anni, quo sacerdos vocatur, Comes nostri patrimonii ecclesiasticae substantiae moderetur expensas. Is quoque qui talem consecraverit, aut quicquam pecuniarum ab eo, qui est consecrandus, datum cuilibet promissumve cognoverit aut callide dissimulandum esse crediderit, pari de Sacerdotii sorte dejectus similem poenam ... exsolvat ... Cives quoque unicujusque urbis

Die Zeitverhältnisse waren nicht danach geartet, dass die Bestimmungen dieser Constitution kurz vor dem Zusammenbruch der römischen Herrschaft im Einzelnen hätten ausgeführt werden können; immerhin aber sind dieselben ein werthvolles Zeugniss für das Verschwinden des Einflusses des Volkes auf die Bischofswahl in Folge missbräuchlicher Verwerthung desselben.

Es würde ein Zeichen oberflächlicher und durchaus verfehlter Auffassung der Verhältnisse sein, wollte man etwa aus dieser Constitution des Kaisers folgern, die Kaiser hätten ein Ernennungsrecht der Bischöfe gehabt, oder die Bischofswahl hätte einer Genehmigung des Kaisers bedurft, sei es in Form der Empfehlung einer bestimmten Persönlichkeit oder einer nachträglichen Zustimmung zur Wahl. Der 31. apostolische Canon hatte bereits erklärt, dass jeder Bischof seines Amtes entsetzt werden solle, der mit Unterstützung der weltlichen Macht den bischöflichen Stuhl bestiegen hatte[1]. Noch der 3. Canon der siebenten allgemeinen Synode vom J. 787 zu Nicaea bestimmte, dass Jede von einem weltlichen Fürsten ausgehende Wahl eines Bischofes ungültig sei gemäss der alten Regel (Can. apost. n. 31), und ein Bischof nur von Bischöfen gewählt werden dürfe nach c. 4 von Nicaea[2]. Daher konnte schon Athanasius fragen: »Wo ist denn der Canon, der zulässt, dass aus dem kaiserlichen Palast die Bischöfe geschickt werden[3].« Im Orient kam es allerdings häufig vor, dass ein Kloster die Bischofsstühle besetzte oder auf die Bischofswahl entscheidend einwirkte und auch im Abendlande haben die Kaiser bei strittiger Papstwahl eingegriffen. Indessen alle diese Fälle finden ihre allseitige einzig zutreffende Erklärung in der bekannten Aeusserung Constantins d. Gr.: »auch ich bin ein Bischof; ihr seid Bischöfe für die innern Angelegenheiten der Kirche (τῶν εἴσω τῆς ἐκκλησίας), ich aber bin von Gott zum Bischof für die äusseren An-

---

quos . . . venalitas ponenda sollicitat, sciant se patriae . . . . habitatione pellendos ac tantum de suis facultatibus eruendum, hiscoque nostro esse promissum. *Phillips-Vering*, Kirchenr. Bd. 8. S. 237.

1) »Si quis episcopus secularibus potestatibus usus ecclesiam per ipsos obtineat, deponatur, et regregentur omnes, qui communicant.« *Hefele*, l. c. I, 809; »Der Canon ist erst durch das Eingreifen der christlichen Kaiser in die Bischofswahlen entstanden und rührt wohl nicht von einem alten Concil, sondern von Sammler der apostol. Constitutionen und Canones her. *Drey*. l. c. S. 361 bezweifelt, ob ein altes Concil eine so directe und ausdrückliche Opposition gegen den Kaiser ausgesprochen haben würde.«

2) *Hefele*, l. c. III, 476.

3) *Athanasius*, Historia Arian. ad Monachos, c. 51 (ed. Petavii 1777, I, 296).

gelegenheiten der Kirche bestellt (ἐγὼ δὲ τῶν ἐκτὸς ὑπὸ θεῶ καθεσταμένος) [1]). So wie das Synodalschreiben von Chalcedon an Papst Leo I. sagt: »Die gläubigen Kaiser präsidirten der guten Ordnung wegen, damit Alles in bester Ordnung verlief [2]),« so war rechtlich auch bei den Bischofswahlen der Einfluss der Kaiser auf die äussere Wahrung einer geordneten Besetzung der Bischofsstühle beschränkt. Zudem ist allgemein anerkannt, dass im Abendlande ein directes Eingreifen der Kaiser in die Besetzung des bischöflichen Stuhles nicht nachweisbar ist. Die Genehmigung, welche nach der sagenhaft ausgeschmückten Erzählung Kaiser Valentinian I. der Wahl des Ambrosius gab, kann hierbei nicht in Betracht kommen, weil Ambrosius vor der Wahl noch nicht getauft war und die Stelle eines Gouverneurs der ligurischen Provinzen bekleidete [3]). Will man nun nichtsdestoweniger an der Ansicht festhalten, die Kaiser hätten die Befugniss in Anspruch genommen, in jedem einzelnen Falle aus eigener Machtvollkommenheit den neuen Bischof zu bezeichnen [4]), stellt man es als unbestrittenes Rechtsbewusstsein der damaligen Zeit hin, dass ohne Genehmigung des Kaisers die Besetzung der bischöflichen Stühle nicht gültig zu Stande kommen konnte [5]), so fehlen für solche Behauptungen nicht nur alle positiven Thatsachen, sondern es widersprechen denselben geradezu die Aeusserungen der Kaiser bei den Gelegenheiten, welche ihre Einmischung in die Wahl der Bischöfe veranlassten [6]). Gerade in dem Falle der strittigen Papstwahl, auf den man sich gerne beruft [7]), erkennt der Kaiser das unbeschränkte Wahlrecht der Bischöfe an. Es handelt sich um die Besetzung des päpstlichen Stuhles, als die Wahl zwischen Bonifacius und Eulalius strittig war in den Jahren 418 und 419. Kaiser Honorius erklärte sich für Eulalius aus dem Grunde, weil er rechtmässig gewählt sei und entschied gegen Bonifacius, weil seiner Wahl die kirchlichen Bedingungen fehlten; dann fügt er ausdrücklich hinzu, es habe seiner Anerkennung des Eulalius gar nicht bedurft [8]).

---

1) Euseb. vita Const. lib. IV. c. 24.

2) S. Leon. Opp. *Ballerini*, l. c. I, 1089. *Hefele*, l. c. I, 34 ff.

3) *Socrates*, Hist. eccl. IV, c. 25; *Theodoret*, Hist. eccl. IV, c. 6. *Loening*, l. c. I, 122 f. *Phillips-Vering*, Kirchenr. Bd. 8. S. 27.

4) So behauptet *Loening*, l. c. I, 122.

5) Wie es von *Hinschius*, l. c. II, 514 geschieht.

6) Vergl. auch hierüber *Thomassin.*, l. c. P. II. lib. 2. c. 6. p. 195 seq.

7) Siehe *Loening*, l. c. I, 123 ff.

8) Honorius an Symmachus vom 2. Jan. 419: »(Eulalius) cui competens numerus, ordinantium legitimus, solemnitas temporis locique qualitas recte venerandam nominis apicem contulerunt. Cum autem Bonifacio constet omnia

Hiermit entzieht der Kaiser in ausdrücklichen Worten der Vermuthung den Boden, er habe sich auch nur ein Bestätigungsrecht der vollzogenen Wahl zugeschrieben. Wenn nun das in derselben Angelegenheit nach Ravenna berufene Concil, ohne eine Einigung herbeiführen zu können, dem Kaiser die Entscheidung überliess [1]), dann liegt darin ebensowenig eine Anerkennung einer rechtlichen Competenz des Kaisers in Bischofswahlen, wie eine Anmassung derartiger Befugniss in der Bestimmung des Kaisers gefunden werden kann, dass wenn in Zukunft wiederum durch Parteiumtriebe zwei Bischöfe für den päpstlichen Stuhl ordinirt werden sollten, keiner von ihnen denselben besteigen dürfe, vielmehr eine Neuwahl unter allgemeiner Einigung vorzunehmen sei. Diese Verordnung des Kaisers, welche übrigens durch Publication des Codex Theodosianus bald ausser Kraft gesetzt wurde, hatte lediglich den Zweck, welcher vom Kaiser auch ausdrücklich hervorgehoben wurde, der Papstwahl einen ruhigen Verlauf zu sichern, dem Parteigetriebe vorzubeugen und Werbungen von Anhängern aussichtslos zu machen [2]).

Die Anerkennung der Freiheit der Kirche bei Besetzung der Bischofsstühle war nicht etwa nur das Ergebniss persönlicher Anschauung des Kaisers Honorius, sie findet sich in allen kaiserlichen Kundmachungen dieser Zeitperiode über Bischofswahlen wieder. So kennzeichnet die bedeutungsvolle Constitution der Kaiser Theodosius II. und Valentinian III. das Rechtsbewusstsein der Zeit. Bezüglich der durch den Papst geschehenen Absetzung des Bischofs Hilarius von Arles erklären die Kaiser ausdrücklich, dass die päpstliche Sentenz einer kaiserlichen Sanction nicht bedürfe und erkennen allen Verfügungen des päpstlichen Stuhles ohne Weiteres die gesetzliche Gültigkeit im ganzen Reiche zu [3]). Solche positive Aeusserungen der

---

defuisse, *superflue expectatam sententiam nostram esse sensimus.* (*Symachi* Epist. X, 72. *Haenel*, Corpus legum, p. 239).

1) *Hefele*, l. c. II, 135.

2) Rescriptum Honorii augusti ad Bonifacium papam. *Coustant*, Ep. VIII. *Bonifacii I.*, l. c. I, 1028: »Ac si duo forte contra fas temeritate certantium fuerint ordinati, nullum ex his futurum penitus sacerdotem; sed illum solum in sede apostolica permansurum, quem ex numero clericorum nova ordinatione divinum judicium et universitatis consensus elegerit. *Unde id observandum est, ut omnes tranquillam mentem et pacificos animos ex serenitatis nostrae admonitione custodiant, nec aliquid seditiosis conspirationibus tentare conentur: cum certum sit, nulli partium sua studia profutura.*«

3) Constitutio Valentiniani III. *Coustant*, l. c. I, 643: »His talibus et contra imperii majestatem et contra reverentiam apostolicae sedis admissis, per

Kaiser lassen alle Versuche, denselben ein Besetzungsrecht der Bischofsstühle oder das Recht der Genehmigung von Bischofswahlen zuzuschreiben, als verfehlt erscheinen.

War die Ordination eines Bischofes in rechtmässiger Weise geschehen, dann war die Diöcese verpflichtet, den Bischof anzunehmen und der Bischof verpflichtet, sein Amt anzutreten. An der Erfüllung dieser Verpflichtung scheint es oft von beiden Seiten gefehlt zu haben. Die durch Wahlumtriebe aufgeregte Volksmenge legte dem rechtmässig gewählten und ordinirten Bischofe Hindernisse in den Weg und andererseits drangen auch wohl unwürdige Bischöfe in fremde Diöcesen ein, um sich dort der Regierung zu bemächtigen, statt den ihnen zustehenden Bischofsstuhl inne zu behalten. Die Synoden sahen sich veranlasst, hiergegen energisch einzuschreiten. Bereits die Synode zu Ancyra im J. 314 erklärte in ihrem 18. Canon: »Wenn Bischöfe gewählt, aber von der Parochie, wofür sie ernannt waren, nicht angenommen wurden und in andere Parochien eindringen, den Aufgestellten (Bischöfen) Gewalt anthun und Unruhen gegen sie erregen wollen, so sollen sie aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Wenn aber solche (gewählte und nicht angenommene Bischöfe) da, wo sie bisher Priester waren, im Presbyterium bleiben wollen, so sollen sie der Würde nicht verlustig gehen. Erregen sie aber Parteiungen gegen den dortigen Bischof, so sollen sie der Würde des Presbyteriums entsetzt und aus der Kirche ausgeschlossen werden.« Die Strafe, welche hier über den verjagten und anderswo eindringenden Bischof verhängt wird, ist die excommunicatio minor oder Ausschliessung vom Abendmahle [1]). Die Synode von Antiochien im J. 341 wiederholte im Wesentlichen diese Bestimmungen; nur fasst sie den Fall so auf, dass der ordinirte Bischof sein Amt nicht vertritt, weil ihm Hindernisse bereitet werden; die Synode der Eparchie soll in diesem Falle entscheiden [2]). Der 37. apostolische Canon, welcher in unverkennbarem Zusammenhang

---

ordinem religiosi viri Urbis Papae cognitione discussis, certa in eum et de his, quos male ordinaverat, lata sententia est. Et erat quidem ipsa sententia per Gallias etiam sine imperiali sanctione valitura . . . Sed et hoc illis omnibusque pro lege sit, quidquid sanxit vel sanxerit apostolicae sedis auctoritas.«

1) *Hefele*, l. c. I, 237 f.

2) Can. 18: »Si quis episcopus ordinatus ad parochiam minime cui est electus accesserit, non suo vitio, sed quod eum aut populos vitet, aut propter aliam causam, non tamen ejus vitio perpetratam: hic et honoris sit et ministerii particeps, dummodo nil molestus ecclesiae rebus existat, ubi ministrare cognoscitur. Quem etiam observare conveniet quidquid synodus perfecta provinciae, quod visum fuerit, judicando decreverit.« *Pitra*, l. c. I, 462.

mit diesen Synodalbestimmungen steht, bedroht den Bischof, der Amt und Hirtensorge für die ihm anvertraute Heerde nicht übernimmt, solange mit der Excommunication, bis er zum Gehorsam und zur Pflichterfüllung zurückkehrt[1]).

So wenig wie die mit dem Bischöflichen Amte verbundenen Beschwerden und Feindseligkeiten seitens der Gemeinde den Bischof abhalten sollten, sein Amt anzutreten, ebenso unbeugsam sollte er die während seiner Amtsführung vorkommenden Gegensätze und Leiden ertragen; keinerlei Trübsal dürfte ihn zur Resignation auf sein Bischöfliches Amt verleiten. Es hatte sich die Vorstellung von einem geistigen Connubium zwischen Bischof und Diöcese ausgebildet, das unauflösbar erschien[2]). Papst Leo I. drückt dem Bischofe Rusticus von Narbonne seine Verwunderung darüber aus, dass er sich durch Gegensätze und Aergernisse niederbeugen lasse, um der Mühseligkeiten willen seinem bischöflichen Amte entsagen und lieber in Ruhestand versetzt sein wolle als in dem anvertrauten Amte auszuharren. Selig werde nur, der beharrlich sei. Unter den von Christus vorhergesagten Verfolgungen seien nicht allein Gewaltthätigkeiten mit Feuer und Schwert, sondern auch die Hartnäckigkeit der Ungehorsamen und Verleumdungen zu verstehen. Wer solle das Schiff leiten, wenn der Lenker weggehe; wer die Schaafe gegen Wölfe schützen, wenn der Hirt nicht wache; wer gegen Räuber und Diebe vertheidigen, wenn der Wächter aus Verlangen nach Ruhe weggehe? Es gelte auszuharren auf dem übernommenen Posten. Die Sünden, nicht die Menschen seien zu hassen. Werde die Bedrängniss heftiger, dann sei doch nicht zu fürchten, als ob nur auf eigene Kraft zu vertrauen sei, sondern Rath und Stärke bei Christus zu suchen, ohne den wir nichts vermögen, mit dem wir Alles können[3]).« War nun eine Resignation auf sein Amt dem Bischofe nicht einmal aus den Motiven des Ueberdrusses gestattet, dann war dieselbe mit strengen kirchlichen Strafen bedroht, wenn sie durch unlautere Absichten bestimmt wurde. Bereits die Synode von Arles im J. 314 hatte in ihrem 2. Canon den Klerikern ohne Unterschied jedes Verlassen ihrer

---

1) *Hefele*, l. c. I, 811 f.: »Si quis episcopus non susceperit officium et curam populi sibi commissam, hic communione privetur, quoad usque consentiat obedientiam commodans, similiter autem et presbyter et diaconus. Si vero perexerit, nec receptus fuerit non pro sua sententia sed populi malitia, ipse quidem maneat episcopus, clerici vero civitatis communione priventur, eo quod eruditores inobedientis populi non fuerint.«

2) *Thomassin*, l. c. P. II. l. II. c.. 41. n. 9. pag. 283.

3) S. Leonis Ep. 167. ad Rusticum Narbonensem episc. *Jaffé*, l. c. n. 544 (320) pag. 74. *Ballerini*, Opp. l. c. I, 1415 seq.

Stellung verboten [1]) und in ihrem 21. Canon Priester und Diaconen für diesen Fall mit der Deposition bedroht [2]). Auf der Synode von Nicaea befanden sich mehrere Bischöfe, die ihr erstes Bisthum verlassen und ein anderes übernommen hatten. Die Synode sah sich deshalb veranlasst, solche Versetzungen zu verbieten und für ganz ungültig zu erklären; der Betreffende solle der Kirche wieder zurückgestellt werden, für die er als Bischof oder Priester geweiht worden ist. Die Auffassung, dass die Versetzung der mystischen Ehe zwischen Bischof und Kirche widerspreche, tritt dabei schon deutlich hervor [3]). Die Synode von Antiochien will solchen Versetzungen auch den Vorwand einer Nöthigung seitens des Volkes oder der Bischöfe entziehen, indem sie in ihrem can. 21 bestimmt: »Ein Bischof darf von einer Parochie nicht in eine andere versetzt werden, weder dass er sich eigenmächtig aufdringe, noch dass er vom Volke sich zwingen oder von den Bischöfen sich nöthigen lasse. Sondern er soll bei der Kirche bleiben, für die er von Anfang an von Gott auserwählt wurde, und dieselbe nicht verlassen, gemäss einer schon früher aufgestellten Verordnung [4]).« Eine Wiederholung dieser Bestimmungen von Nicaea und Antiochien aber mit der Milderung, dass die Rücksicht auf segensreichere Wirksamkeit oder auf die Bitte vieler Bischöfe eine Versetzung rechtfertigen könne, gibt der 14. apostolische Canon [5]).

Die Resignation in favorem war ebenfalls verboten, und nicht minder die daraus sich ergebende Unsitte der Ernennung eines Nach-

1) »De his, qui in quibuscunque locis ordinati fuerint ministri in ipsis locis perseverent.« *Hefele*, l. c. I, 205.

2) »De presbyteris et diaconibus, qui solent dimittere loca sua, in quibus ordinati sunt, et ad alia loca se transferunt, placuit ut iis locis ministrent, quibus praefixi sunt. Quod si relictis locis suis ad alium se locum transferre voluerint, deponantur.« *Hefele*, l. c. I, 216.

3) *Hefele*, l. c. I, 419. Can. 15: »Propter multam perturbationem et seditiones quae fiunt, placuit consuetudinem omnimodis amputari, quae, praeter regulam, in quibusdam partibus videtur admissa: ita ut de civitate ad civitatem, non episcopus, non presbyter, non diaconus transferatur. Si quis autem, post definitionem sancti et magni consilii, tale quid agere tentaverit, et se huiuscemodi negotio mancipaverit, hoc factum prorsus in irritum ducatur et restituatur ecclesiae cui fuit episcopus, aut presbyter, aut diaconus ordinatus.« *Pitra*, l. c. I, 433. Aufgenommen in's Corpus juris can. c. 19. Causa VII, qu. 1.

4) *Hefele*, l. c. I, 519.

5) »Episcopo non licere alienam parochiam, propria relicta, pervadere, licet cogatur a plurimis, nisi forte quia eum rationabilis causa compellat, tanquam qui possit ibidem constitutis plus lucri conferre, et in causa religionis aliquid profectus prospicere, et hoc non a semetipso pertentet, sed multorum episcoporum judicio et maxima supplicatione perficiat.« *Hefele*, l. c. I, 804.

folgers seitens des Bischofs. Das Nicaenum hatte bereits den Grundsatz aufgestellt, dass in einer Stadt nicht zwei Bischöfe sein sollten und es wurde derselbe auch auf den allerdings von der Bestimmung der Synode heterogenen Fall der Resignation in favorem und Ernennung eines Nachfolgers angewendet [1]). Speciell auf die vorliegende Frage bezieht sich der 23. Canon der Synode zu Antiochien, welcher bestimmte: »Einem Bischof ist es nicht erlaubt, für sich einen Nachfolger zu bestellen, auch wenn er an das Ende seines Lebens kommt. Geschieht aber Solches, so soll die Aufstellung ungültig sein. Es soll aber die kirchliche Regel bewahrt werden, welche enthält: es dürfe ein Bischof nicht anders bestellt werden als durch eine Synode und nach dem Urtheil der Bischöfe, die nach dem Tode des Vorigen das Recht haben, den Würdigen zu befördern [2]).« Eine Umbildung dieser Bestimmung enthält der 76. apostolische Canon; derselbe verbietet, dass ein Bischof sein Amt einem Bruder, oder Sohn oder Verwandten abtrete, und nach seinem Belieben irgend Jemanden ordinire, denn die Gnaden Gottes sollen nicht nach menschlicher Neigung vergeben werden, noch die Gemeinde Christi und der Episcopat dem Erbrecht verfallen. Wer es aber versuche, der ordinire ungültig und sei von der Gemeinschaft ausgeschlossen [3]). Durch diese canonische Verordnungen war es indessen keineswegs verboten, dass ein Bischof im Angesichte des nahenden Todes auf irgend einen würdigen Candidaten hinwies und den Wunsch äusserte, es möchte derselbe in canonischer Weise gewählt werden, wie dies von heiligmässigen Bischöfen wiederholt geschehen ist [4]). Den Synoden war daran gelegen, die canonische Wahl des Bischofes gegen jedwede Missbräuche zu schützen. Auf dem Boden dieser synodalen Bestimmungen bewegt sich Papst Leo I., als er den Bischof Projectus gegen den Metropoliten Hilarius von Arles schützte; er wies den Versuch des Metropoliten, das bischöfliche Amt des Projectus einem Andern zu übertragen und ihn als ob dessen Bischofssitz erledigt sei, einem Erben zu geben, auf das Entschiedenste zurück; die apostolische

---

1) Can. 8 von Nicaea. *Hefele*, l. c. I, 411; *Thomassin*, l. c. T. II. L. II. c. 55. p. 291.

2) *Hefele*, l. c. I, 520.

3) *Hefele*. l. c. I, 823: »Episcopum fratri suo, aut filio vel alteri propinquo episcopatum largiri, et quos ipse vult, ordinare non decet, aequum enim non est, ut Dei dona humano affectu divendantur et ecclesia Christi, episcopatusque haereditatum jura sequatur. Si quis ita fecerit, ejus quidem ordinatio sit irrita, ipse vero segregationis ferat poenam.«

4) *Thomassin*, l. c. pag. 290 seq.

Norm solle gewahrt werden, wonach die vota civium, testimonia populorum zu hören und die Wahl von dem Klerus vorzunehmen sei.[1]).

So wurde die canonische Wahl eines Bischofs nach allen Richtungen hin geschützt. Der ordinirte Bischof war mit seiner Diöcese in unlösbarer mystischer Gemeinschaft verbunden; nur der Tod trennte das Band; seinen Hirtenstab konnte nur der erben, welcher durch canonisch gethätigte Wahl ein Nachfolger der Apostel wurde.

---

1) S. Leon. Ep. 10. ad episc. prov. Vienn. *Jaffé*, l. c. n. 407 (185) pag. 60; *Ballerin.* Opp. I. 636: »quod Projecto episcopo suo aegrotare liberum non fuisset, ejusque sacerdotium in alium praeter suam notitiam esse translatum et tamquam in vacuam possessionem ab Hilario pervasore heredem viventis inductum . . . Expectarentur certe vota civium, testimonia populorum: quaereretur honoratorum arbitrium, electio Clericorum, quae in Sacerdotum solent ordinationibus ab his, qui noverunt patrum regulas, custodiri: ut apostolicae auctoritatis norma in omnibus servaretur.«

II.

Die Pfarrsynoden im alten Bisthum Bamberg.

Ein Beitrag zur Geschichte der kirchlichen Disciplin.

Von Dr. *Heinrich Weber*, Lycealprofessor in Bamberg.

Die älteste und der hierarchischen Ordnung der Kirche am meisten entsprechende Form der Visitation betreffs der sittlich-religiösen Haltung der Pfarrgemeinden ist die durch den Bischof, welche in älterer Zeit gewöhnlich mit der Spendung der hl. Firmung verbunden war. Als die grossen Diöcesen in mehrere Archidiaconatsbezirke getheilt wurden, fiel diese Aufgabe an die einzelnen Archidiaconen, und endlich, nachdem auch die Archidiaconate oft wieder Unterabtheilungen erhalten hatten, an deren Vorstände, die Landerzpriester oder Decane.

Als Superrevision über die jährlich stattfindende Decanatsvisitation kommt jetzt wieder dazu die in einem bestimmten Turnus vorzunehmende canonische Visitation durch den Bischof. Aber beide Arten der Visitation erstrecken sich in erster Linie auf die Amtsführung des Pfarrers, durch welche allerdings vielfach der Stand der Gemeinde bedingt ist. Ueber den sittlichen Stand der Gemeinde hat der Pfarrer selbst in jährlichen Berichten an die oberhirtliche Behörde zu referiren. Die Kenntniss davon muss er aus persönlicher Beobachtung schöpfen.

Die älteren Visitationen erstreckten sich aber vielfach auch auf die Laien. Karl der Grosse veranlasst in seinem Capitulare vom J. c. 769 die Bischöfe, bei Abhaltung des Sendgerichtes ihre Aufmerksamkeit auf noch herrschende heidnische Gebräuche [1], in dem vom J. 813 auf die Verbrechen der Blutschande, des Verwandtenmordes, des Ehebruchs etc. zu richten [2]. Im J. 850 verordnete Ludwig der Deutsche, dass die plebium archipresbyteri, die späteren Landdecane, von Haus zu Haus gehen sollten, um die Familienväter zu bestimmen, dass sie die öffentlichen Vergehen ihrer Familienangehörigen zur Anzeige bringen, damit diese öffentliche Busse übten [3]. Auch *Regino* von Prüm berichtet in seinem Libellus de synodalibus causis et disciplinis ecclesiasticis [4], dass (um die Mitte des 9. Jahrhunderts) in jeder Gemeinde Laien, decani, also eigent-

1) M. G. Legg. I, 33. — 2) L. c. 188. — 3) Convent. Ticin. c. 6. l. c. 397. — 4) *Hartzheim*, Conc. Germ. II, 438.

lich Aufseher über Zehn, aufgestellt waren, welche die Aufgabe hatten, den Bruch der Sonntagsfeier und andere schwere Vergehen dem Pfarrer zur Anzeige zu bringen.

Aehnlich ist die Vorschrift in dem Sermo synodalis [1]), welcher bisweilen dem hl. Ulrich, Bischof von Augsburg (923—973), von Andern dem hl. Papst Leo IV. (847—855) zugeschrieben wird [2]), zufolge deren in jeder Gemeinde vom Bischof sieben Männer aufgestellt werden sollten, welche auf alle etwa vorfallende Vergehungen zu achten haben, um sie bei dem nächsten Send dem Bischof zur Anzeige zu bringen.

Auf diesen uralten Einrichtungen beruhen die *Pfarrsynoden* oder von den Pfarrern abzuhaltenden Sendgerichte [3]). Schon seit dem 12. Jahrhundert finden sich solche als Vorrechte einzelner Pfarrer, welche dieselben wohl ursprünglich als ständige Vertreter der Archidiaconen oder Archipresbyter, später kraft des Gewohnheitsrechtes übten [4]). Bisweilen finden sich dieselben in einer eigenthümlichen Verquickung mit der städtischen Polizeibehörde, oder vielmehr durch dieselbe controllirt und eingeschränkt.

So berichtet die aus dem 15. Jahrhundert stammende Miltenberger Stadt-Ordnung, welche Stadt damals zur Erzdiöcese Mainz gehörte, dass alljährlich zwei Sende gehalten werden. »Der erste sent heisst der erste und Recht sent, der andere heisst der Affter sent.« Diese Sende wurden gehalten unter dem Vorsitz des Erzpriesters von vier beeidigten Schöffen. Diese Schöffen benehmen sich bezüglich dessen, was ihnen rugbar erscheint, mit dem in der Sacristei versammelten Rath; dieser gibt die Entscheidung, was »Rugbar ist und in den sent gehort; das sollen sie dan Rugen und furbrengen und nicht mer [5]).« Da der Pfarrer gar nicht erwähnt wird, sondern der Erzpriester präsidirt, so ist das nicht Pfarrsynode in der unten zu besprechenden Form, sondern Decanatsvisitation.

In der Erzdiöcese Köln waren die Archidiaconalsendgerichte

---

1) l. c. III, 1. — 2) *Lingg*, Geschichte des Institutes der Pfarrvisitation in Deutschland. Bamberg 1888, S. 7.

3) Die Literatur über dieselben scheint nicht bedeutend zu sein. Die zahlreichen Abhandlungen über die Diöcesansynoden von *Sattler*, *Amberger* (beide Regensburg 1849), *Phillips* (Freiburg 1849), *A. Schmid* (2 Bände, Regensburg 1850/51), *Phillips* in seinem Kirchenrecht (Bd. VII. 1. Abtheilung, Regensburg 1869, S. 123 ff.) erwähnen dieselben nicht.

4) *Hinschius*, Katholisches Kirchenrecht, Berlin 1893. I, 1. 435.

5) Archiv des historischen Vereins für den Untermainkreis. Würzburg 1834. II. Bd., 3. Heft, S. 194 f. Vergl. auch *Hegel*, Verfassungsgeschichte von Mainz, Leipzig 1882, S. 235, 441 und *Hinschius*, a. a. O. 437 Note 2; 446 Note.

schon seit dem 16. Jahrhundert in Abnahme gekommen. Aber in Aachen erhielt sich das Sendgericht bis 1797; unter der französischen Herrschaft wurde es aufgehoben. Auch in Würselen und Haaren (Diöcese Köln) und in Laurensburg (Diöcese Lüttich) wurden bis zum Ende des 18. Jahrhunderts Sendgerichte unter dem Vorsitz des Pfarrers gehalten, welche von dem Aachener städtischen Sendgericht wie von einem höheren Gerichtshof Rechtsbelehrungen einholten. Dieselben erhielten sich sogar, nachdem ihnen 1758 der Charakter rechtmässiger Gerichte durch Rathsbeschluss abgesprochen worden war. Sie waren besonders desshalb populär, weil sie auch als Schiedsgerichte bei Flurstreitigkeiten fungirten [1]). Auch von Passau wird mir mitgetheilt, dass sie dort noch am Ende des vorigen Jahrhunderts in Uebung waren. Von Würzburg kann ich nichts Sachdienliches in Erfahrung bringen. Sie scheinen dort nicht in Uebung gewesen zu sein.

Wann sie in der Diöcese *Bamberg* aufgekommen sind, finde ich nicht. Die Bamberger Diöcesan-Synodalstatuten, von welchen die ältesten aus dem J. 1378 mir noch ungedruckt vorliegen, die übrigen von 1431 an bei *Schmitt*, Die Bamberger Synoden, Bamberg 1851 [2]), gedruckt sind, berühren sie nicht. Aber die Tradition, dass solche Pfarrsynoden einst gehalten wurden, und das Bewusstsein, dass die Verpflichtung dazu fortbestehe, war am Ende des 16. Jahrhunderts noch vorhanden. Im J. 1597 berichtet der Pfarrer von Aisch und Adelsdorf an das Generalvicariat: »die Pfarrkinder sind schuldig, ihren Synodum oder Rügtag mit den Pfarrern zu halten; ist aber abgegangen und wollens nit mehr halten [3]).« Eine Neubelebung dieser Institution scheint auf den ausgezeichneten Fürstbischof *Johann Gottfried von Aschhausen* (1609—1622) [4]) und seinen seeleneifrigen Generalvicar und Weihbischof Dr. *Friedrich Förner* [5]) zurückzuführen sein. In dem Gutachten, welches Förner 1611 über den Stand der Diöcese und über die Nothwendigkeit einer eingehenden Pfarrvisitation abgab, ist die Klage erhoben: Quia nulla *synodus Parochiana* celebratur, innumerae fornicationes, adulteria, incestus

---

1) *Hinschius*, a. a. O. 448 Note 7.

2) Vierzehnter Bericht über das Wirken des historischen Vereins zu Bamberg.

3) *Schmitt*, a. a. O. 40.

4) Sieh meine Schrift: *Johann Gottfried von Aschhausen*, Fürstbischof von Bamberg und Würzburg, Herzog zu Franken. Würzburg 1889.

5) *Patricius Wittmann*, in Hist.-pol. Blätter LXXXVI, 565 ff.; 656 ff. und mein Artikel im Kirchenlexikon. 2. Aufl. IV, 1586 ff.

aliaque gravissima flagitia silentio teguntur et impunita relinquuntur 1). Unterstützt von mehreren angesehenen Priestern der Bischofsstadt visitirte Förner von 1611 an persönlich die ganze Diöcese. Im Anschluss an diese Visitation erschien die Restauratio Capitulorum ruralium, eine Neuordnung der Decanatsconferenzen, auf welchen der Dechant das Resultat der von ihm vorgenommenen Pfarrvisitationen dem bischöflichen Commissär vorzutragen hatte. Etwaige Fehler der Pfarrer, zu deren Kenntniss der Dechant gekommen ist, werden gerügt, durch Beschluss der Capitelsvorstände gestraft, eventuell dem Bischof zur Anzeige gebracht.

Aus derselben Zeit scheinen die nachfolgend zu besprechenden Statuten für die *Pfarrsynoden* zu stammen. In einem Decret vom 28. Oct. 1615 an den Ruraldechant von Kronach bemerkt Fürstbischof Johann Gottfried, er habe erwartet, die Decane würden bei den Pfarrvisitationen mehr darauf sehen, ob die Pfarrsynoden und die Kinderlehre fleissig gehalten würden. Für die Zukunft soll bei der Visitation insbesondere die Frage gestellt werden, ob die Synodi parochiales in der vorgeschriebenen Zeit an einem Sonntag oder gebotenen Feiertag gehalten worden seien, wo alle excessus, abusus etc. inquirirt und verzeichnet werden sollen, um sie dem Vicariat anzuzeigen etc. »Erinnere alle Pfarrer deines Districtes, die synodus einzuschicken. Die saumselig sind, sollen 10 fl. Strafe zahlen 2).«

Die Ordnung der Pfarrsynode ist vorgeschrieben in dem Modus celebrandi Synodos parochiales per totam Ecclesiam Bambergensem 3). Dieselbe soll abgehalten werden an einem gebotenen Feiertag zwischen dem Anfang des October und Weihnachten. An drei vorausgehenden Sonn- oder Feiertagen ist sie nach der Predigt zu verkündigen. Beisitzer der Synode sind: der Pfarrer, die etwa in der Pfarrei befindlichen Benefiziaten und Capläne, die Bürgermeister, die fürstlichen Beamten und zwei Rathsherrn oder Senioren aus den einzelnen Gemeinden der Pfarrei. (In der Praxis gestaltete sich das, wie unten zu ersehen, in Landpfarreien einfacher).

Die Synode wurde in der Kirche von Mittag an gehalten. Der Pfarrer mit den Beisitzer sass im Chor an einem Tisch. Wenn der Chor zu eng war, so dass die Parochianen nicht einzeln und im Geheimen befragt werden konnten, dann durfte das Verhör auch in der Sakristei, eventuell vor nur einigen Beisitzern, gehalten werden,

---

1) *Lingg*, a. a. O. 68. — 2) *Schmitt*, a. a. O. 41. Note.

3) Abgedruckt bei *Schmitt*, S. 221, cfr. S. 41, nach einem Msc. aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts.

oder auch im Schiff der Kirche, in welchem Falle die Uebrigen im Kirchhof warten mussten, bis die Reihe an sie kam.

Auf der Synode hatten alle Familienväter und alle Wittwen zu erscheinen, um über den Stand der Familie Rechenschaft zu geben. Sie wurde begonnen mit dem Hymnus Veni creator Spiritus, Versikel und Oration, und geschlossen mit der Vesper und dem Salve Regina, nach welchem der Pfarrer den Segen gab. Wer ohne rechtmässigen Grund wegblieb, hatte ein Pfund Wachs, im Wiederholungsfall noch mehr, an die Kirche zu zahlen.

Jeder Familienvater wurde einzeln gefragt: Wie viele Personen seine Familie mit Kindern und Dienstboten zähle; ob alle zu Ostern communizirt haben; welche nicht. Ob alle katholisch sind; welche nicht. Welche Kinder die Unterscheidungsjahre erreicht haben und zur hl. Communion zugelassen werden können. Diese sollen zum Unterricht geschickt werden.

Dann soll jeder einzelne bei dem Gehorsam, welchen er dem Fürstbischof schuldig ist, gefragt werden, ob er nicht von Andern wisse, dass sie Zauberei oder Teufelsbeschwörungen[1]) treiben, ihre Eltern misshandeln, Lästerungen gegen Gott und die Heiligen ausstossen; angezeigt sollen werden Ehebrecher, Unzüchtige; die in heimlicher Ehe leben, den Ehevertrag nicht halten, von einander getrennt leben; Ehen, welche wegen Blutsverwandtschaft, Schwägerschaft oder geistiger Verwandtschaft ungültig sind; Spieler, Verschwender, Schwelger; Uebertreter der Sonntagsfeier und der Fasttage.

Alle die Ehe betreffenden Angelegenheiten mussten schriftlich dem Official des Consistoriums mitgetheilt werden; die übrigen Excesse und die Namen der verschuldeter Weise nicht Erschienenen dem Fürstbischof und dem Vicariatsgericht.

Die Beisitzer waren über alles, was sie gehört, zum strengen Stillschweigen verpflichtet. Die Verhöre und die Aussagen wurden durch den Stadt- oder Gemeindeschreiber aufgezeichnet (bei Landpfarreien, wie es scheint, bisweilen durch den Pfarrer selbst). Wenn irgend ein Tadel auszusprechen ist, so soll der Pfarrer das in der Weise thun, dass man erkenne, es sei das mehr ein Ausfluss brüderlicher Liebe, als einer ungeordneten Leidenschaftlichkeit.

So die Norm. Ueber die Ausführung liegen mir aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts aus der Pfarrei Litzendorf, in der Nähe von Bamberg, Aufzeichnungen vor, welche beweisen,

---

1) Magiae, Veneficiis et Superstitionibus ac Divinationibus deditos, Vetulas inprimis morborum incantationes usurpantes.

dass nicht genau nach der Vorschrift verfahren wurde; insbesondere fehlen die Erhebungen über den status animarum.

Ob die häufigen Notizen: »rügt nichts« gleichbedeutend sind mit »weiss nichts zu rügen,« ist fraglich. Es würde ja allerdings der grossen Pfarrgemeinde zur hohen Ehre gereichen, wenn wirklich nicht mehr Rügbares vorgekommen wäre, als was wirklich zur Anzeige kam. Aber es ist ja bekannt, wie schwer bisweilen Landleute dazu zu bringen sind, Zeugniss gegen einander abzulegen.

Den besten Einblick werden die Verhandlungen selbst bieten.

Ritus Synodalis [1]).

»Ich N. N., der Zeit Pfarr undt Kirchherr allhie zu Litzendorf, Ruffe aus undt verkündige zum Ersten (zweiten, dritten) mahl den heiligen Synodum, welcher den N. (Datum) Alss zuküunfftigen N. (Wochentag) über N. Tag Alten löblichen herkommen undt gebrauch nach in unserer Kirchen nachmittag wirdt gehalten werdten; darzu sollen kommen Alle Inwohner dieser Pfarr, wie dan ein Jeglicher darzu gelobt undt geschworen hatt, undt (soll) alda Rügen, Ein Jeder insonderheit auff sein Aydt, welchen er gelobt undt geschworen hatt, undt was da Rügbar ist, Ein Rug für ein Rug, Ein Leimuth für ein Leimuth, Ein Wahrheit für ein Wahrheit [2]), auff dass das Uebel gestrafft undt Christliche Ordtnung erhalten werdte. Welcher aber ohne erhebliche Ursach undt erlaubtnus aussen bliebe, deren solle ein Jeder 1 ℔ Wax zum Gotteshauss verfallen haben. Undt die noch nicht zum hl. Synod gelobt undt geschworen, alss die Junge Männer undt Neue Hausswirth, sollen kommen undt am bestimbten Tag zum hl. Synodo geloben, Christlichen Glauben zu halten undt handtzuhaben.«

Et haec congregatis parochianis tuis tribus distinctis vicibus de Cathedra leges.

Der Gang der Synode wird in folgender Weise verzeichnet.

»Pfarrer in beysein deren vorgehren (Vorgeher, Vorstände), Burgermeistern undt heiligenpflegern am tisch mitten in der Kirg spricht:

So gehe ich dan den heiligen Synodum an,

1. Wegen des hochwürdigen meines Gnädigsten Fürsten undt Herrn zu Bamberg.

---

1) Der Schrift nach aus der Mitte des 17. Jahrhunderts.

2) Auch die Miltenberger Ordnung hat: »Der Ertzpriester gibt yn uff die eyde, zu Rugen ein Lumat vor ein lumat, ein wahrheit vor ein wahrheit.«

2. Wegen meiner alss Pfarrverwessers [1]) disses Gotteshauss.
3. Umb meiner Zeugen wegen,
   undt gebiete, dass keiner kein Stuel reume biss zum Ende des Synodi. Welcher nun Etwas vorzubringen hatt wieder folgende Synodal Articul oder sonsten widter Gottes Christliche ordtnung (geschehenes), die ich jetz lesen will, der thue es hernacher alsbalden.

Articuli Synodales.

1.

Alle Junge Ehemänner, so sich in den heiligen Ehestandt begeben, so wohlen auch die Jungen, so sich Anderst woher in die Pfarr begeben (haben) undt noch nicht zum Synodum gelobt, sollen albier gegenwerdig erscheinen undt dem heiligen Synodo in Geistlichen Fällen, so anbefohlen werdten, gehorsam leisten.

2.

Sollen die verordtnete Dorffss-Burgermeister auss Christlichem Eyfer die Verächter Göttliches wordts, die bey dem Namen Gottes, Leichnamb, Sacrament, Layden undt wunden Christi schweren, Es seye gleich fraw oder manss persohn, Jung oder Alt, so lieb ihnen ist Ihre Seelichkeit, getreulich ansagen.

3.

Sollen angeklagt werdten, welche die hochheilige Fest undt forderst die Sontäg nit feyern oder halten, undt under dem Ambt der heiligen Mess undt Predig in Würtzheussern fressen undt sauffen undt an deren heiligen Abent (Vorabenden) biss an den halben Tag turniren undt Spielen, dardurch forderst die Predig versaumbt (wird); auch die Jenige, so ihr gesindt durch arbeit und geschäfft von Kirchengeben hindern undt abhalten.

4.

Alle die Ehebrugs oder Zauberey verdechtig seint; bey nebens die auch mit Seegnen (Sympathie) undt anderen Teuffels werken umbgehen.

5.

Die widter den Christlichen Glauben heimb- oder offentlich disputiren undt von Christlicher Catholischer Kirchen frevent- undt Spöttlich reden undt Kirchliche Cerimonien spotsweiss immitiren.

---

1) In älteren Bamberger Akten werden meistens auch die wirklichen Pfarrer Pfarrverweser genannt; der Bischof ist als der eigentliche Pfarrer der ganzen Diöcese gedacht.

6.

Alle wucherer, die unchristlicher weiss ihren Nechsten übernehmen oder betrigen, falsche wahr geben undt ungebührliche Handtirungen treiben, nemblich von 100 fl. 6. 7. ja auch 9. oder mehr fl. nehmen, es sey Gelt oder geltes werth.

7.

Die Meinaidigen, so widter ihre gethane Aydt schwur schweren (richtig: handeln) undt sonst leichtfertig zum schweren seindt.

8.

Die Roh- undt Gottlossen Leuth, die dass hl. Vatter unser, den hl. Englischen Gruss undt die Articul des hl. Apostolischen Glaubens nit können undt wissen, auch ihre Kinder undt gesindt zum gebet nicht anhalten und gewehnen. Item welche ohne erhebliche Ursach zu Ostern nicht gebeigt oder communicirt haben.

9.

Die dem heiligen Hochwürdigen Sacrament kein Ehr erzeigen, wan Es über die gassen oder Veldt getragen, oder auch in der Kirchen, wen Es vom Priester unter dem Ampt der heiligen Mess auff gehoben wirdt.

10.

Die auch heimblichen Hass und Neydt lange zeit im Jahr getragen, ihren Negsten, auss Christlich-brüderlicher lieb, nit verzeihen wollen; die ihrem Negsten mit schmach undt schänden die Ehr abschneiden, den selben verläumen undt bey den Leuthen verdächtig undt verhasst machen.

11.

Die mit abscheulichen Kranckheiten behafftet (sind), damit (wodurch) die Bädern inficirt undt vergifft werden.

12.

Die Ein gantz-langes Jahr zur Kirchen, Predigen und Gottes diensten nit kommen, sondern ihren Haussgeschäften alein abwarden, hindangesetzt ihrer Seelen heil undt Seeligkeit.

13.

Die an frey- und sambstäg oder sonst andern verbottenen zeiten, auch mit Ergernus ihres negsten, gar ohne schew undt forgt Gottes fleisch fressen oder ihren taglohnern und Dienstboten vorsetzen [1]).«

---

1) Der Miltenberger Rath hatte bezüglich dessen, was vor die Synode

Das Juramentum Novorum,

welches nach Artikel 1. die noch nicht Beeidigten abzulegen hatten, lautet folgendermassen: »Ich N. N. gelobe, verjehe undt schwere dem heiligen Synodo, dass ich Jeder zeit, so lang mir Gott dass Leben verleyhet, wolle halten undt handthaben auss Christlichen gehorsamb, wass mir in gewissen Fällen die Christliche katholische Kirch befiligt zu halten. Dar zue helffe mir Gott undt Seine hl. Evangelia. Im anfang war dass wordt, undt dass wordt wahr bey Gott.«

Auch über die gepflogenen Verhandlungen liegen Aufzeichnungen vor, welche beweisen, dass nicht bloss vindikative Strafen verhängt, sondern auch sehr zweckmässige prohibitive Beschlüsse gefasst wurden. So wurde bei der am 25. Nov. 1666 in Gegenwart des Pfarrers, der Gotteshauspfleger von Litzendorf und Melkendorf, und der fünf zur Pfarrei gehörigen Dorfschultheissen beschlossen:

1. »Dass hinführo alle undt iede Sacra Anniversaria sollen gesungen werdten; wofern aber wie biesshero geschehen, die hinderlassene Freundschafft ohne erhebliche Ursach von solchen sich absentiret, solle iedesmahl fleissige obsicht darauf gehalten undt so dann entweder bey nechst darauf folgender rechnung oder überiährigen Synodo denselbigen eine gemässene straff dictiret werdten.
2. Hat man Statuiret, dass allezeit der Jüngere Heilingpfleger bey allen Gottesdienst ein ernstliche inspection über die unglaublich verwehnt undt muthwillige Jugend haben, solche vor sich selbst moderate züchtigen oder doch wenigsten dem Pfarrer denominiren solle.
3. Ist davon geredt wordten, dass die verordnete Heilingpfleger mit einen mehreren ernst des Gotteshauss interesse suchen, die Schuldiger der Kirche treiben undt wofern sie vor sich selbst

---

gehört, mit dem Erzpriester eine Controverse. »Ist unser gewonheit und also von alten herkomen, dass wir nicht anders Rugen, dan was eliche und ander geistlich sach anget, als eebrechen, tzauberniss und der nit recht tzehent (Zehnt gibt); was dan geistlich sach anget und offelich wuchers. Sunst ander stuck, punkte und Artickel, die er (der Erzpriester) fordert zu rugen, das sint hengerecht (gehören zur fraischlichen oder peinlichen, weltlichen Gerichtsbarkeit), und stent der stat zu, zu bussen und sust nymant anders, als dann hernach klerlichen geschrieben stet, als: klein gewicht, kurz elen, klein mass und ander kleyn stucke, die dann der stat zusten; auch dieberey, Rauben, stelen, morden, brennen, gotsweren, margstein ussgraben, falscherij und ander solche grosse sach ongeverlich, die stent unssers gnedigen Herren von Mentz Amptlude und der stat zu, zu bussen und gar nit dem Ertzprister« etc.

nichts mehr richten können, als dann förderlich solches die Oberhülff implorirent bey dem hochlöblichen Vicariat Gericht anbringen sollen.« (Also nicht, wie jetzt, bei der weltlichen Curatelbehörde).

Auch jene Zeit sah sich genöthigt, einen »groben Unfugs-Paragraphen« zu schaffen, und dieser lautet folgendermassen:

4. »Weillen bey diessen wie auch bey allen vorigen Synodali conventu auch einer oder der andere seinen groben ungeschlachten Büeffelskopf erzaiget, unnützes geplauder vollbracht undt in Summa diesses gethan, woraus man genugsamb sein unbendigkeit verspühren müessen, haben alle unanimiter für guet angesehen undt beschlossen, einen solchen unbändigen Büeffelskopf alsobaldten von dem Synodo wegzuschaffen, niemmehr anzuehören undt bey seiner weltlichen Obrigkeit zuer wohlverdienter straff anzuegeben.«

Auch über die verhängten Strafen erhalten wir erwünschten Aufschluss. Wegen »continuirlich verabsaumbten Gottesdienst« zahlen einige 1 ℔, auch 1/2 ℔ Wachs. Eine Hausfrau wird »umb weillen sie durch keine weiss zum Gottesdienst kan gebracht werdten, abgestrafft mit 1/2 ℔ wachs.« Pankratz G. »würstla genannt, umb weillen er auf einen Feyertag brodt gebachen, in ansehung seiner dürftigkeit wirdt abgestrafft mit 1/2 Virling wachs.«

»Notandum dass am Fest des hl. Ottonis mit Verabsaumbung des Gottesdienst der maiste Theil Aichel gelessen, als werdten nachfolgende personen, die desswegen sträflich denominirt wordten, iede mit einen Virling wachs abgestrafft.« Es sind 11 von Litzendorf, 13 von Pödeldorf, 1 von Naisa.

Dass eigentlich ein bischöflicher Commissär der Synode beiwohnen sollte, zeigt nachfolgendes Protocoll:

»Den 2. Decembris Anno 1668 ist solenniter der Pfarr Synodus nach geschehener treymahl repetirter Verkündigung an dem Ersten adventssonntag celebrirt und gehalten worden. Und weillen der von Seiner Hochfürstlichen Gnaden vorgeschriebene modus Synodos parochiales celebrandi praesentiam officialium Rev^{mi} Principis et Eppi Bambergensis erfordert, habe ich solches erstlich bey der Hochfürstlichen geistlichen Rathstuben (Ordinariat), hernach auch bey Herrn Pflegern (Verwaltungsbeamter) gebürent hinderbracht. Ist aber in Bedrachtung der Unkosten mir Solches allein sambt den 5 Dorfschultheissen, den Synodus gebürenter massen zu halten, übergeben worden. Dies ist also geschen und volgende Bemerkhungen zu notiren vorkummen.«

Der Pfarrer ist offenbar erst vor kurzem auf die Pfarrei gekommen; denn erstens ist die Schrift eine andere, und dann trifft er nicht Verfügungen wie sein Vorfahrer, sondern er stellt informatorische Fragen.

1. »Wo es felt, das weder Sommer noch winter die Kinder in die Kinderlehr kumen? auch so gar wenig in die Schuel?
2. Ob keine ortnung an Sondtag und Feiertagen mit gastereyen zu halten, vorhanden?
3. Ob die rockhenstuben insgemein werden zugelassen?
4. Ob den beckhen an den heyl. Sonn- und Feiertagen wegen der Weckh zu bachen erlaubt seie, das Sie derenthalben den gottesdienst versaumen?«

Von der am 7. Okt. 1679 gehaltenen Synode liegt ein Verzeichniss aller derjenigen vor, welche derselben beigewohnt haben. Es sind von Litzendorf 29, von Pödeldorf 33, von Schammelsdorf 17, von Naisa 18 Namen. Bei manchen ist notirt: »hat damahls (d. h. bei der letzten Synode) gelübtnuss gethan.« Bei den meisten ist notirt: »nichts, nichts zu rugen, rugt nichts, rugt für diessmahl nichts.« Bei einem ist beigesetzt: »hat nichts zu rugen für sich, allein dass Er sich zur österlichen Zeit, da er communicirt, bezecht und übergeben, 1/2 (unklar, was?) zu straff zahlen solle.«

Eine folgende Aufzeichnung ohne Datum hat eine »Specificatio deren, so zum heiligen Synodum gelobt« d. h. das Namensverzeichniss aller jener, welche zu erscheinen verpflichtet waren. Es sind von Litzendorf 51 Namen, von Naisa 19, von Pödeldorf 35, von Schammelsdorf 17, von Melkendorf 30. Auch die Wittwen sind angeführt. Bei 39 Namen ist beigesetzt: »gelobet zu dem hl. Synodum« oder auch: »hat geschworen«; das sind also wohl jene, welche neu verpflichtet wurden. Bei 6 Namen steht: »excus.«, also mit Entschuldigung ausgeblieben. Bei 15 ist notirt »ab.«, wohl: absens ohne Entschuldigung. Bei den übrigen ist ein Strich neben den Namen gesetzt, welcher wohl die Präsenz andeutet. Von einem ist notirt: »Hat geschlacht am Fest S. Wenzeslai (Patrocinium in jener Pfarrei), am Freitag Fleisch gekocht, an Feyertäg offentlich Fleck ausgewaschen. Derselbe verlaugt, am Fest S. Wenzeslai gestochen (geschlachtet) zu haben, muss aber 1 ℔ wachs straf erlegen.« Einer »gelobt 1/2 ℔ Wachs uff weihnachten zu erlegen wegen seiner drunkenheit.« Dann wird verordnet: »Wegen dem Gotteshauss, sollen keine hund in die Kirgen genommen werden, bey 1 ℔ wachs straff.«

Alle obigen Verhandlungen haben grosse Aehnlichkeit mit den

altgermanischen Sendgerichten, welche auf erhobene Klage und constatirte Schuld sofort Strafe verhängten. Einen ganz anderen Charakter haben nachfolgende

»Allgemeine Artikel des synods, die vor einer löblichen Kirchen-Gemeinde hiesiger Pfarrey zu beobachten seynd.«

Das Schriftstück ist nicht datirt, gehört aber der Schrift und dem Stil nach in die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Die Artikel wurden bei der Pfarrsynode publicirt, die Mitglieder derselben zu deren Beobachtung verpflichtet, Verstösse gegen dieselbe sollen aber nicht erst bei der nächsten Synode, sondern sofort nach deren Bekanntwerden dem Pfarrer zur Kenntniss gebracht werden, damit dieser sogleich als Seelsorger einschreiten könne.

1tens »Um den Flor und die Aufnahme unserer Christlichen Gemeinde mehr und mehr zu beförderen: sollen alle Mitglieder derselben verbunden und gehalten seyn, mit gesamter Hand sich allen ofentlichen Missbräuchen entgegen zu sezen, und sowohl aus einer löblichen Ehr- Liebe, als einem hl. Eifer auf keine Weise besonders jene Schand-Thaten, Sünden und Laster zu dulten, welche ofentliche Aergernussen und Verführungen nach sich ziehen.

Es sollen dahero bey guter Zeit und Gelegenheit das Jahr hindurch dem Seel-Sorger ohnverhalten (mitgetheilt) werden:

1tens Die aus dem Fluchen und schwören eine bösse, ansteckende Gewohnheit gemacht haben.

2tens Die mit Aberglauben, Seegen-Sprechen und anderen teuflischen Dingen umgehen.

3tens Die mit der Religion und hl. Ceremonien der Chatolischen Kirche ein Gespötte treiben.

4tens Die sich nicht scheuen, die Ehrbarkeit mit verbotenen Dänzen und Spielen zu verlezen.

5tens Welche die Sünden gegen das 6te Geboth in ihrem Hausse mit Gleichgültigkeit dulten.

6tens Die ofentlich- und langwirrige Feindschaften tragen.

7tens Die aus dem Leib- und Seel verderblichen Vollsauffen gleichsam ein Handwerke machen.

8tens Die sich kein Gewissen machen, mit knechtischen Arbeiten die hl. Sonn- und Feyertäge zu verunehren.

9tens Die ihre Kinder und Dienstbothen von der Kirche und nöthigen Unterricht im Christenthume abhalten.

10tens Die um die österliche Zeit mit Aergernuss anderer weder beichten noch communiciren.

Alle diese versündigen sich nicht nur gegen Gott, sondern auch an eine ganze Gemeinde und können dahero von keinem Mitgliede derselben mit Stillschweigen gedultet werden.

2tens Sollen alle Sorge tragen, dass der Leibes-Frucht ihrer Weiber, wenn diesse nahe an der Niederkunft seynd, etwann durch unnöthigen Verdruss, schlagen, stossen oder schwerer Arbeit kein Schaden geschehe.

3tens Sollen alle einen Bedacht dahin nehmen, dass ihre nahe an der Zeit sich befindende Weiber sich mit den hl. Sacramenten stärken und sich nicht etwann der Gefahr eines unchristlichen und bössen Todtes aussetzen.

4tens Solle sich niemand getrauen, an Sonn- und Feyer-Tägen wenigstens unter dem Frühe-Gottesdienste das Viehe auszutreiben und zu hüthen.

5tens Sollen alle Hauss-Väter sich angelegen seyn lassen, ihre Kinder und Dienstbothen in die christlichen Unterweissungen zu schicken.

6tens Sollen alle sorgen, ihre Kranken bey Zeiten und da sie noch bey guter Vernunft seynd, mit den nöthigen hl. Sacramenten versehen zu lassen.

7tens und letztens sollen die jungen Männer und Hausswirthe ihrem Seelsorger ein Hand-Gelöbtniss thun und heute zum hl. Synodus schwören, dass sie sich zu erst gemelten Artikeln verbinden und auch in anderen geistlichen Sachen gehorsam und willig erzeichen wollen.«

Vielleicht geben diese wenigen Notizen Anstoss, dass in mehreren Pfarrregistraturen Nachforschungen über solche Pfarrsynoden angestellt werden.

III.

Die Rechtsverhältnisse der Oratorien.

Von *Augustin Arndt* S. J., Prof. des canon. Rechtes in Krakau.

1. Die Worte Kirche und Kapelle (Oratorium) entsprechen in ihrem heutigen Gebrauche fast ganz dem Sinne, welchem das christliche Alterthum mit denselben verband. Freilich sind die Unterschiede zwischen beiden Arten von Cultusgebäuden zur Zeit auf eine geringere Zahl herabgesunken und haben nicht mehr die frühere Wichtigkeit, indess können die älteren Definitionen auch heute noch angewendet werden. In dem Zeitalter der Verfolgungen war das heilige Opfer häufig in Privathäusern dargebracht worden, so indess, dass die Stätte des Gebetes der ganzen Gemeinde als öffentliche Kirche diente. Auch nach erfolgtem Frieden blieben die Privatoratorien (εὐκτήριοι οἶκοι, εὐκτήρια) in Gebrauch [1]). In den Klöstern waren seit der ersten Stiftung von solchen Oratorien, in denen die Ordensleute den Uebungen der Frömmigkeit oblagen und dem heiligen Opfer beiwohnten. Der heilige Basilius, Palladius, Ambrosius, Hieronymus und Augustinus thuen dieser Oratorien Erwähnung, und der hl. Gregor der Grosse erliess ein Verbot, »es sollte in der Zurückgezogenheit der Diener Gottes nicht dem Volke Gelegenheit geboten werden sich zu versammeln, zumal da die häufige Anwesenheit von Frauen einfältigeren Seelen Aergerniss zu geben pflege [2]).« »Das Leben der Mönche,« sagt Cardinal *Bona* [3]), »sollte von allem Geräusche der Welt fern bleiben, der Einsamkeit und Betrachtung geweiht, deshalb blieben die Gotteshäuser der Klöster lange ohne Titel und hiessen nicht Kirchen, sondern Kapellen oder Oratorien, eine Gewohnheit, die sich bis zu den Zeiten des hl. Bernhard erhielt.« Wenngleich nämlich nach dem neunten Jahrhunderte die Klosterkirchen allen Gläubigen offen standen und insofern öffentlich geworden waren, als sie nicht mehr ausschliesslich den Mönchen dienten, so konnten doch die Zusammenkünfte, welche der Hirt mit der Heerde feierte, die sogenannten Collekten oder Synaxen, nicht

---

1) Siehe *Kraus*, Real-Encyklopaedie der christl. Alterthümer. Freiburg 1886. Bd. 2. S. 545.

2) Epist. II. 41, VI. 46.

3) Card. *Bona* Rerum liturgicarum lib. I. cap. 13. §. 3.

daselbst gefeiert werden, und blieb die Spendung der Sacramente, die Predigt des göttlichen Wortes und die übrigen kirchlichen Functionen untersagt und den Pfarrkirchen vorbehalten [1]). Es war dies ganz dem ursprünglichen Berufe der Mönche entsprechend. Noch bis zur Zeit Clemens V. erhielten nicht alle Mönche die Priesterweihe [2]), ja es war in alten Zeiten sogar mehrfach geschehen, dass ein fremder Priester dem Kloster die Messe las. Jedenfalls aber hielt ihr Beruf die Ordensleute von aller Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten fern, soweit die Bischöfe sie nicht besonders zur Theilnahme an der Sorge für das Wohl der Gläubigen beriefen. Als indess, besonders im 13. Jahrhunderte, Gott der Kirche solche Ordensfamilien schenkte, welche nach ihrem eigensten Berufe und Wesen auch die Verwaltung der Sacramente übernahmen, wurden die Gotteshäuser derselben als wahre Kirchen betrachtet. Viel mehr noch als die Mönche waren die Ordensfrauen von der Welt abgeschieden. Nahmen dieselben auch in den ältesten Zeiten an Sonn- und Festtagen noch an dem Gemeindegottesdienst Theil, so brachte doch bald der gewöhnlich in ihrem Oratorium fungirende Priester auch an diesen Tagen das heilige Opfer in demselben dar. Zur Zeit ist es den Nonnen nicht gestattet, innerhalb der Clausur Oratorien zu haben, in denen das heilige Opfer gefeiert und die heilige Eucharistie aufbewahrt wird (Conc. Trid. Sess. XXV. cap. 10. de Regul. et Monial.)

2. Wie die Klöster erhielten auch die Spitäler und Xenodochien bald ihre Oratorien. Der liber pontificalis erwähnt dieselben freilich erst für das Mittelalter, so des Oratoriums der heil. Gottesmutter im Xenodochium zu Firmi, welches Leo III. 795 mit Ornamenten beschenkte. Meistens waren diese Kranken- und Pilgerhäuser an Klöster angebaut, so indess, dass sie ihre eigenen Kapellen hatten. Können die Kapellen solcher Anstalten auch nicht als Privatoratorien bezeichnet werden, so waren sie andererseits doch nur für bestimmte Personen errichtet, weshalb sie nicht als Kirchen galten.

3. Auch die Bischöfe hatten bereits frühzeitig in ihren Wohnungen Oratorien. Dies berichtet Leontius von Johannes dem Almosengeber; nach Gregor d. Gr. las Cassius, Bischof von Narni kurz vor seinem Tode mehrfach in episcopio oratorio die h. Messe. Gregor von Tours consecrirte in seinem Palaste »cellulam valde elegantem« und stellte in ihr Reliquien des hl. Martin, Saturnius und Julian auf.

---

1) Card. *Bona* a. a. O. *Gatticus*, De oratoriis domesticis c. 7. n. 31. c. 8. n. 19.

2) *Clem.* Ne in agro 1. 8 de Statu monach.

Ebenso erzählt der liber pontificalis von Papst Theodor 642, er habe im Lateranpalast ein Oratorium dem hl. Sylvester geweiht.

Oratorien von Bruderschaften kommen in den ersten Jahrhunderten nicht vor, da der Ursprung der Bruderschaften selbst erst vom neunten Jahrhundert datirt[1]) und diese zudem durchgängig in Pfarrkirchen errichtet wurden.

4. Gegenwärtig umfasst der Begriff Kirche, ecclesia, im kirchlichen Rechte ein jedes Heiligthum, in dem das christliche Volk sich versammelt, um dem heiligen Opfer beizuwohnen und der Sacramente theilhaftig zu werden, d. h. also die Pfarr-, Collegiat-[2]) und Ordenskirchen[3]). Den Kirchen stehen die Kapellen entgegen, welche lediglich Privatzusammenkünften gewidmet sind. »Capellae et oratoria,« sagt *Devoti*, »sunt sacella, quae in agris sedent aut in civitatibus aut in magnatum domibus quaeque sacris extraordinariis addicta sunt.« Auch die heil. Congregation der Riten pflegt die gedachte Theilung zu beachten. Am 12. Juli 1855 entschied sie in Suesson. (Gardell. 5215): »Ecclesia intelligitur quae eo potissimum fine aedificatur, ut publico fidelis populi usui deserviat, capella publica vero, quae licet ingressum habeat in publica via, attamen non tam fidelis populi libero usui destinata videtur quam alicuius familiae vel collegii commoditati.« Das entscheidende Merkmal ist die für die Kirchen bestehende und die Oratorien nicht berührende Verpflichtung das Fest des Titularpatrons als duplex cum octava zu feiern. Es gehören mithin in unserer Zeit zu den Oratorien:

1. Die öffentlichen Kapellen von Bruderschaften, ebenso die meisten Kapellen der loca pia sowie die in Klöstern ausser der Hauptkirche etwa vorhandenen Kapellen.
2. Die von Magnaten auf dem Lande errichteten Kapellen, mögen dieselben öffentliche oder private sein, sowie überall die Hauskapellen von Privatleuten.
3. Die ecclesiae adnexae oder succursales, die innerhalb des Umkreises einer Pfarrei gleichsam als ihre Glieder gänzlich von der Pfarrkirche abhängen und meist von einem Vicar verwaltet werden, der die Sacramente im Namen des Pfarrers spendet.

5. Betreffs der Ordenskirchen ist ein Zweifel, dass sie nicht zur Klasse der Oratorien gehören, nicht möglich. Seit der Zeit be-

1) *Thomassinus*, Vetus et nova disciplina Eccl. p. I. lib. II. c. 12. n. 5.

2) Diejenigen Kirchen, welche »communitatem clericalem in capite et membris clericis seu canonicis qui capitulariter congregari et agere possunt« haben. *Reiffenst.*, Jus can. lib. III. Tit. 48. n. 3.

3) *Devoti*, Institutiones canonicae. Lib. II. Tit. VII. §. 5.

sonders, wo der Pfarrzwang für das Anhören der heiligen Messe und gewisse andere frommen Uebungen aufgehört hat, sind die Gotteshäuser der Klöster voll und ganz in alle Rechte der Kirchen eingetreten, wenn auch die Pfarrkirchen noch gewisse Vorrechte bewahrt haben. Es kann also nur betreffs der ecclesiae adnexae der Zweifel auftauchen, ob diese nicht alsdann gleichfalls den Kirchen zuzurechnen sind. Indess dies Bedenken wird durch eine Entscheidung der h. Congregation vom 23. Mai 1846 beseitigt, nach der diese Gotteshäuser nicht das Privileg haben, das Fest des Titularpatrons in feierlicher Weise mit Octave zu begehen. Von einer Collegiatkirche hingen vier andere Kirchen ab. Um den Gläubigen die Erfüllung ihrer kirchlichen Pflichten zu erleichtern, waren vier Priester mit der Spendung aller Heilsmittel betraut, nur die Taufen, die Ostercommunion und die heilige Wegzehrung wie auch die Begräbnisse blieben der Collegiatkirche vorbehalten. Auf die Frage nun: Sind diese vier Priester Pfarrer und können diese Kirchen das Titularfest feierlich mit Octave begehen oder haben sie vielmehr als öffentliche Kapellen zu gelten? erfolgte die Antwort: »Nein. Auf die ersten beiden Theile, ja auf den letzten,« zugleich mit der Weisung, sich an das Decret vom 12. October 1831 in Mars. zu halten. Es hiess in demselben (ad 3. 4.), dass das Titularfest in öffentlichen Kapellen, welche in dem Palaste des Bischofes, in Seminarien und Hospitälern sich finden, nicht mit Octave zu begehen ist.

6. Ehe wir auf die Unterscheidung der Oratorien übergehen, wollen wir die Definition Fagnanis, die sich nach den bisherigen Darlegungen nicht mehr halten lässt, richtig stellen. »Ecclesia,« heisst es bei ihm [1]), »(dicitur) ubi statuta est certa dos pro sacerdote et clericis ibi deservientibus et pro aliis ecclesiae necessitatibus. Oratorium vero, quod non est dotatum.« Der Begriff Kirche wird in dieser Definition zu weit ausgedehnt, insofern er auch die öffentlichen Oratorien einbegreifen kann; wiederum ist die Definition des Oratoriums zu eng, wenn man darunter nur Kapellen versteht, die in Häusern, oder wenn an öffentlichen Orten, doch nicht von der zuständigen Obrigkeit errichtet und für immer dem öffentlichen Gottesdienste zugewiesen sind. Cardinal de Luca nennt die öffentlichen Oratorien Kirchen zweiten Ranges, welche den eigentlichen Kirchen unterworfen seien. Dieser Name entspricht den Thatsachen. Daher das Axiom, dass die öffentlichen Oratorien den Kirchen gleichstehen und dass, wo von diesen im Rechte die Rede ist, jene meist

1) Ad c. *Auctoritate* de censibus n. 5.

einbegriffen werden [1]). Oeffentliche Oratorien erfreuen sich nicht weniger als die eigentlichen Kirchen der kirchlichen Immunität zu ihrer Errichtung und zur Veräusserung der ihnen zugehörigen Güter so wie zur Aufhebung der Oratorien müssen die gleichen Förmlichkeiten wie für Kirchen beobachtet werden.

7. Hiermit sind wir zu dem Unterschiede zwischen öffentlichen und Privat-Oratorien gelangt. Diese Namen werden nicht immer in demselben Sinne gebraucht. Ist auch ein öffentliches Oratorium nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche dasjenige, das für den Gebrauch aller Gläubigen bestimmt ist, ein Privat-Oratorium hingegen eine Kapelle, die nur einer bestimmten Familie oder Collegium dient, so ist es doch noch weiter erforderlich, dass ein für alle Gläubige ohne Unterschied bestimmtes Oratorium einen freien Zugang habe. Da nun ein freier Zugang in der Regel nur ein solcher ist, der auf die Strasse hinausgeht, fügt Gattico und mit ihm Devoti diesen Umstand der Definition bei. Halten wir an diesem Sinne des Wortes öffentlich fest, so sind alle Kapellen innerhalb der Klöster und der Umfassung anderer loca pia, die für den Privatgebrauch bestimmt sind, Privat-Oratorien, wenngleich dieselben unter das Verbot des Tridentiner Concils Sess. XXII. decret. de observ. et evit. in celebr. miss. nicht fallen, also in ihren Rechten nicht den Privat-, sondern den öffentlichen Oratorien gleichstehen. Oeffentlich hingegen heissen im gedachten Sinne diejenigen Oratorien, welche einen öffentlichen Eingang haben, sie mögen mit Genehmigung des Bischofes errichtet und dem göttlichen Dienste geweiht sein oder privatim aus Verehrung gegen ein Bild oder auch nur um Gelegenheit zum Beten zu geben ohne Dazwischenkunft der geistlichen Behörde gebaut sein. Die letztgenannten Oratorien geniessen zwar die Rechte der mit Genehmigung des Bischofes errichteten Oratorien nicht, aber dennoch kann man sie nicht mit den Haus- und Privatkapellen in eine Reihe stellen, sagt Gattico. Sie sind also insoweit öffentlich, als sie sich auf öffentlichem Platze finden, hingegen haben sie an den Rechten der eigentlichen öffentlichen Oratorien keinen Antheil.

In anderem Sinne indess pflegen die Worte öffentlich und privat in Bezug auf die Oratorien in dem canonischen Rechte und den Rechtsbestimmungen genommen zu werden. »Zwischen Privat- und öffentlichen Oratorien besteht ein canonischer Unterschied. Ein Privat-Oratorium wird aus privater Machtvollkommenheit oder mit Erlaubniss des heiligen Stuhles und mit Beschränkung seiner Be-

1) Cfr. *Petra* in Const. 2. Pasch. II. n. 74 ff.

stimmung auf gewisse Personen errichtet und ist so weder eine gottgeweihte noch religiöse (nec sacer nec religiosus) Stätte, weil sie wieder zu profanen Zwecken gebraucht werden darf. Oeffentliches Oratorium hingegen heisst und ist ein Oratorium, das wenigstens mit stillschweigender Erlaubniss des Papstes oder des Diöcesanbischofes errichtet und auf ewige Zeiten dem Dienste Gottes geweiht ist, das mithin nicht nach Belieben wiederum profanen Zwecken zurückgegeben werden kann.« So der Secretär der Congregatio Concilii in Grossetan. 16. und 30. Mai 1778. Ein solches Oratorium ist also an sich schon geeignet zur Darbringung des heiligen Opfers, so dass es nicht wie ein Privat-Oratorium noch einer besonderen Erlaubniss hierzu bedarf. Ist also im Sprachgebrauch des gewöhnlichen Lebens eine öffentliche Thür das Zeichen eines nach demselben öffentlich genannten Oratoriums, so ist für die Oeffentlichkeit im canonischen Sinne die Errichtung des Oratoriums durch die kirchliche Autorität der Ausgang aller Rechte, das Hauptmerkmal der Oeffentlichkeit, die Grundlage aller sonstigen Unterschiede. Aus diesem Grunde sind Oratorien in Privathäusern, die aber ein kirchliches Benefiz besitzen, öffentliche Oratorien. Der Titel des Beneficiums macht sie zu solchen. Geht ihnen auch eine Bedingung vollkommenster Oeffentlichkeit ab, so werden sie nichtsdestoweniger von den Decreten des Tridentiner Concils und den Vorschriften Pauls V. über die Aufhebung der Privat-Oratorien nicht betroffen, wie die Canonisten einmüthig bezeugen [1]). Ja, selbst wenn ein solches Beneficium nicht vorhanden, das Oratorium aber consecrirt ist, ist es als öffentliches anzusehen, da es durch die Consecration auf immer dem göttlichen Dienste zugewiesen ist. So entschied die Congregatio Concilii in Nitrien. am 2. Febr. 1735. Da der h. Stuhl (wie unten gesagt werden wird) öffentliche Oratorien innerhalb geschlossener Räume nicht mehr zulässt, geben die Autoren durchgängig in der Definition der öffentlichen Oratorien beide Elemente an. Oratorium publicum, sagt *Ferraris* [2]), pro missis celebrandis est illud, quod auctoritate episcopi est erectum et ad Dei cultum tantummodo perpetuo dicatum, habens aditum et liberum ingressum per viam publicam et pariter egressum per viam communem.« Das gleiche besagt das Folium des Consultors in Patavina 14. August 1824: »Oratorium ut dici possit publicum, requiritur, quod canonica, scilicet ecclesiastica intercedente auctoritate

1) Siehe *Petra* a. a. O. n. 78. Ebenso die für diese Arbeit vielfach benützte Dissertation De oratoriis publicis et privatis von Van Gameren Lovan. 1861.

2) Bibliotheca canonica iuridica etc. Verb. Oratorium n. 3.

fuerit erectum et liberum ingressum et egressum per viam publicam habeat.«

Oeffentliche wie Privat-Oratorien zerfallen in verschiedene Klassen. Von den öffentlichen sind die einen saecularia, anderen als Ordenspersonen zugehörig, die anderen solche von Ordensleuten: regularia. Privatkapellen, d. h. diejenigen, welche nicht dem allgemeinen Gebrauche geweiht sind, sind: die Oratorien der Bischöfe in den Palästen derselben, die Oratorien in den Häusern der loca religiosa et pia, d. h. der Ordensleute, der Seminarien und der Hospitäler. Im strengsten Sinne des Wortes sind Privat-Oratorien die Hauskapellen in Privathäusern. Sie bilden eine Klasse für sich, insofern sie nur mit Genehmigung des h. Stuhles errichtet werden können und alle ihre Rechten einzig aus den von Rom gewährten Indulten herleiten.

Die öffentlichen Oratorien.

Artikel I. Die öffentlichen Saecular-Oratorien.

§. 1. Die canonische Errichtung der öffentlichen Saecular-Oratorien.

1. Es war vor dem Jahre 1616 mehrfach vorgekommen, dass Kapellen innerhalb eines Privatgebäudes canonisch errichtet und mit einem Beneficium ausgestattet worden waren. Auf Grund einer solchen Errichtung wurden in allen Fällen, welche man den Römischen Congregationen zur Entscheidung vorlegte, die Oratorien als öffentliche anerkannt. So erklärte z. B. am 17. Januar 1628 die S. Congregatio Immunitatum betreffs einer in einem Privathause gelegenen Kapelle, in der ein Beneficium errichtet war, dass dieselbe sich des Privileges der kirchlichen Immunität erfreue. Um indess weiteren Schwierigkeiten vorzubeugen, befahl sie gleichzeitig das Beneficium zu verlegen. Im Jahre 1704 hatte der Diöcesanbischof über eine Schlosskapelle in Castro Nuovo das Interdict verhängt und untersagt in derselben die h. Messe zu feiern, weil dieselbe keinen unmittelbaren Zugang von der Strasse hatte. Der Eigenthümer des Schlosses wies dem entgegen vor der h. Congregation nach, dass in der Kapelle ein Beneficium errichtet sei, dessen Patronat ihm zugehöre. Auf die Frage: Ist das Interdict aufrecht zu erhalten, weil die Kapelle kein öffentliches Oratorium ist? entschied die h. Congregation am 31. Mai 1704: Nein. Trotzdem der Bischof in einer erneuten Eingabe auf die Unzuträglichkeiten hinwies, die damit verbunden seien, wenn der Eigenthümer den Zugang nach Belieben schliessen könne, erfolgte am 8. August 1705 keine wesentlich andere Antwort. So kann also, schliesst Cardinal Petra aus diesen

Entscheidungen, auch eine Hauskapelle ausnahmsweise den Rang einer öffentlichen Kirche haben, derart ist die canonische Errichtung von Bedeutung. Uebrigens traf die S. Congregatio Concilii am 23. Juli 1616 die Bestimmung: »Etsi saepius declaraverit capellas quae in titulum perpetui beneficii conferuntur non comprehendi decreto a se edito de privatis oratoriis, censuit tamen e re non esse, ut hoc extendatur ad capellas in posterum erigendas.« So kann denn in Zukunft nicht leicht ein Zweifel mehr auftauchen, ob eine Kapelle in einem Privathause ein öffentliches Oratorium ist, und kann man sich nicht mehr wie in der Vergangenheit auf die Thatsache der Consecration berufen, die selbst in Ermanglung eines Beneficiums derartige Kapellen als öffentliche charakterisirte. Lassen wir also diese nicht mehr gestattete Art von öffentlichen Oratorien bei Seite, so bleiben die Stiftungen auf die ecclesiae adnexae oder succursales, die Bruderschaftskapellen und die in den Städten und auf dem Lande mehrfach erfindlichen Oratorien unter Patronen beschränkt.

Noch bleibt indessen eine Frage offen. Sind die Kirchhofskapellen den öffentlichen Oratorien zuzurechnen? An öffentlichem Orte errichtet, steht der Zugang zu ihnen Jedermann frei. Freilich könnte sich auch der Fall ereignen, dass ein Municipal-Kirchhof nur für bestimmte Personen geöffnet gehalten wird. Ausserdem fehlt den Kirchhöfen oft die vom canonischen Rechte erforderte Sonderung, dass die Katholiken nicht mit den Akatholiken und unbussfertigen Sündern in eine Reihe begraben werden. Endlich würde in solchen Oratorien kaum je Predigt und Christenlehre gehalten werden können. Alle diese Umstände haben für die Stadt Rom die Bestimmung herbeigeführt, dass unter bestimmten Bedingungen in solchen Kapellen zwar die h. Messe gelesen werden darf, diese selbst indess dort nicht das Oeffentlichkeitsrecht geniessen. Am 20. Januar 1894 entschied die Concils-Congregation (in Platien.) allgemein, dass Begräbnisskirchen nicht als öffentliche Oratorien anzusehen sind. Dieselben bleiben also bei den folgenden Auseinandersetzungen ausser Betracht.

2. Mehrere Canones stellen die Zustimmung des Diöcesanbischofes als eine unumgängliche Vorbedingung für jedes neu zu errichtende Oratorium auf. So heisst es can. *Nemo ecclesiam:* »Nemo ecclesiam aedificet, antequam episcopus civitatis veniat et ibidem crucem figat, publice atrium designet et ante praefiniat, quae aedificare vult, quae ad luminaria et custodiam et ad stipendia custodum sufficiant, ut ostensa donatione sic demum aedificet.« Und can. *Sine conscientia episcopi:* »Placuit neminem uspiam aedificare neque con-

stituere monasterium vel oratoriam domum praeter sententiam episcopi civitatis« [Chalced. can. 4]. Ebenso c. 4 de priv. in 6. und can. 44 caus. 16 qu. 1: »Quicunque voluerit in sua proprietate ecclesiam aedificare et consensum et voluntatem episcopi habuerit, in cujus parochia est, licitum sit. Verumtamen omnino providendum est, ut aliae ecclesiae antiquiores propter novam suam justitiam aut decimam non perdant, sed semper ad antiquiores ecclesias persolvatur.« Aus diesen Vorschriften ergeben sich drei besondere Pflichten für den Bischof: a) Die Ursache des Baues zu prüfen; b) Jeden Schaden von den bereits bestehenden Kirchen abzuwenden; c) Für eine genügende Ausstattung des neuen Gotteshauses Vorsorge zu treffen.

a) Die Errichtung eines neuen Oratoriums oder die Erbauung einer Kirche ist ein frommes und religiöses Werk, wie can. fin. dist. 96 und der hl. Chrysostomus (In acta Ap. or. 18) bezeugt. Mithin ist ein solches Werk Jedem gestattet [1]. Es wird ferner für den Bau einer neuen Kirche oder eines öffentlichen Oratoriums nicht eine zwingende Nothwendigkeit als Voraussetzung gefordert, sondern die blosse Nützlichkeit genügt, wie die S. C. C. in Sarsinat. am 19. December 1772 entschied. In einem zwei italienische Meilen von der Pfarrkirche gelegenen Flecken, der im Winter fast gänzlich von allem Verkehr abgeschnitten war, sollte mit Genehmigung des Bischofes und unter Zustimmung des Pfarrers eine öffentliche Kapelle errichtet werden. Indess ehe die Sache zur Ausführung kam, wendeten sich einige Mitglieder der Gemeinde an den h. Stuhl mit der Bitte, den Bau zu verbieten. Als Grund dieses Wunsches ward u. A. geltend gemacht, dass die Pfarrgemeinde pecuniäre Verluste haben würde. Auf der anderen Seite bezeugte der Bischof, dass die Familie, welche den Bau unternehmen wollte, eine überaus ehrbare sei und dass sie in der That wegen der schwer gangbaren Wege im Winter ebenso wie manche der umwohnenden Gläubigen von der Pfarrkirche hatte fernbleiben müssen. Die etwaige Eröffnung eines Oratoriums ermöglichte also ebenso dieser Familie wie vielen anderen in der Nähe wohnenden die Erfüllung ihrer Christenpflichten. Die erbetene Gnade wurde am 29. December 1772 und 23. Januar 1773 gewährt. In gleicher Lage befanden sich zwei Dörfer in Derthon. Beide befanden sich in einer Entfernung von zwei italienischen Meilen von der Pfarrkirche. Vergeblich hatten sie mehrfach den Bischof

---

1) Cardin. *Petra*, Comm. in Constit. Apostolicas. Const. 2. Paschal. II. sect. 1. n. 12.

um den Bau einer Kirche in ihrer Nähe ersucht. Endlich erbot sich ein Grossgrundbesitzer ein Oratorium zu bauen, ohne Beeinträchtigung der Pfarrrechte. Indess auch dagegen erhob der Pfarrer Einspruch. Der Bischof schloss sich diesem Widerspruche an. Eine 28jährige Erfahrung habe ihn belehrt, dass eine derartige Vergünstigung die Einwohner zu Feinden des Pfarrers mache, ausserdem sei ihre Armuth so gross, dass sie das Oratorium nicht erhalten könnten, ihre Treue zudem verdächtig und es somit zweifelhaft, ob sie es erhalten wollten. Die Entfernung von der Pfarrkirche, die Schwierigkeit der Wege, die Unmöglichkeit ohne Gefahr einen grossen Fluss zu passiren, das infolge davon eintretende längere Fernbleiben vieler Gläubigen vom h. Opfer schienen indess Gründe zu sein, welche die Errichtung des Oratoriums unumgänglich erforderten. Deshalb entschied die h. Congregation am 30. Mai 1778: Das Oratorium ist zu bauen, unbeschadet aller Rechte des Pfarrers. Der Bischof soll einen geeigneten Platz für den Bau des Oratorium bestimmen, einen Priester an demselben anstellen u. s. f.

Ohne Zweifel ist die Genehmigung zum Baue stets zu versagen, wenn die Absicht des Gründers verdächtig erscheint. Zweifelhafte Wunder, welche durch die kirchliche Autorität weder geprüft noch gebilligt sind, durch ein Oratorium dem Andenken erhalten und verherrlichen, oder, was ebenso schlimm, durch den Bau schnöden Gewinn suchen, das sind Gründe, welche ohne jeden Zweifel eine Versagung der Genehmigung rechtfertigen. (c. 10 u. c. 26 de consecr. dist. 1).

b) Ob nun die Zustimmung des Pfarrers einzuholen oder derselbe wenigstens zu citiren ist, bevor der Bischof die Erlaubniss zum Bau ertheilt, hierüber sind die Ansichten verschieden. Cardinal *de Luca*, *Barbosa*, *Pignatelli* [1]) sind der Ansicht, dass dies geschehen muss. Indess Cardinal *Petra* [2]) stimmt dieser Meinung nicht bei. Weder ist die Zustimmung des Pfarrers nothwendig, sagt er, noch ist es überhaupt erforderlich, denselben von dem beabsichtigten Bau in Kenntniss zu setzen, wenn das neu zu errichtende Oratorium nicht etwa Pfarrrechte erhalten soll oder den besonderen Rechten des Pfarrers eine Beeinträchtigung droht. In der That, sollte dem Pfarrer in jedem Falle ein Recht zustehen, so müsste dies sich entweder aus einer positiven Bestimmung herleiten lassen oder ihm wegen seiner Jurisdiction gebühren und endlich deshalb ihm eigen

1) *De Luca*, De parocho disc. 29. n. 9. *Barbosa*, All. 26. n. 2. *Pignatelli*, Consult. 179. n. 52.

2) Com. zur zweiten Constit. Paschalis II. n. 15.

sein, weil er sich auf andere Weise einer etwa drohenden Schädigung seines Amtes oder Einkommens nicht erwehren kann. Keine von diesen drei Voraussetzungen greift indess Platz. In der That findet sich keine Vorschrift, welche die Zustimmung des Pfarrers für nothwendig erklärte. Im can. *Quicunque* wird einzig vorgeschrieben, der Bischof solle Vorkehrungen treffen, dass dem Pfarrer an Zehnten und anderen Rechten gleicher Art kein Abbruch geschehe. Im cap. 1. de novi operis nunciat. ist der vorliegende Fall selbst besprochen. Eine Kirche, die nicht Pfarrkirche ist, ist ohne Zustimmung des Pfarrers gebaut worden, dennoch erklärt der Papst den Akt nicht für ungültig, noch befiehlt er die Zustimmung nachträglich einzuholen, sondern schreibt einzig vor, der Bischof solle dem Pfarrer, der Recurs eingelegt, Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die Kirche wurde nichtsdestoweniger gebaut. Ebenso schreibt der Papst vor, die Sache solle nach den canonischen Vorschriften entschieden werden, welche nicht gestatten, einer schon bestehenden Kirche Schaden zuzufügen. Eine Kirche sei also nur dann niederzureissen, wenn sie nach erhobenem Widerspruche gebaut wurde, hingegen solle der Bischof im gedachten Falle den Bau anordnen, so weit der anderen Kirche dadurch kein Unrecht zugefügt werde. Dieser Grundsatz gilt zudem nicht allein von Pfarrkirchen, sondern auch von jeder anderen Kirche, der ein Schade erwachsen könnte, wie *Pignatelli* erwägt [1]. Wäre also die Zustimmung des Pfarrers erforderlich, so müssten auch die Rectoren anderer Kirchen gehört werden. Der Bischof ist verpflichtet jedem Schaden vorzubeugen, ist ein solcher nicht zu befürchten, so ist mithin auch die Zustimmung des Pfarrers für den Bau eines neuen Oratoriums nicht erforderlich.

Der zweite Grund, aus welchem dem Pfarrer ein solches Recht zustehen könnte, wäre die Jurisdictionsgewalt. Aber eine solche steht dem Pfarrer in foro externo nicht zu. Der Bischof ist um seine Zustimmung zu ersuchen, weil er über das Territorium, auf die neue Kapelle erstehen soll, eine geistliche Oberhoheit übt. Endlich könnte die aus den kirchlichen wie natürlichen Rechten stammende Pflicht des Bischofes von dem Pfarrer jeden Nachtheil abzuwenden eine zwingende Ursache sein die Zustimmung desselben einzuholen. Indess erstlich kann der Bischof sich über die einschläglichen Verhältnisse auch aussergerichtlich informiren, sodann bleibt es dem Pfarrer stets unbenommen, gegen die Entscheidung des Bischofes zu Gunsten des neuen Oratoriums zu appelliren und bei

---

1) Consultat. 179. n. 51. 57. 67.

der höheren Instanz sein Recht zu suchen, endlich aber ist überhaupt nur soweit ein Einspruchsrecht zulässig, als dem Pfarrer ein unberechtigter Nachtheil droht. Sicher ist dies letztere der Fall, wenn Pfarrrechte dismembrirt werden sollten. Welches aber sind die Rechte, welche dem Pfarrer unversebrt erhalten werden müssen? Cardinal Petra nennt den Zehnten und andere Einkünfte, welche von dem Zulaufe des Volkes abhängen. »Jedenfalls wäre eine Theilnahme an den Baukosten oder den Kosten für die Erhaltung eines besonderen Geistlichen, eine Schädigung der Jurisdiction oder der Opfer ein hinreichender Grund zum Einspruche,« sagt *Barbosa*. Es ist sicher richtig, ein an sich hinreichender Grund lässt sich oft in Dingen finden, indess sind bei der Abwägung noch die Ortsumstände, die Ursachen des Neubaues u. a. in Betracht zu ziehen, und ganz besonders, ob das Oratorium für den Dienst Gottes und den Nutzen der Pfarrkinder nothwendig ist und der dem Pfarrer etwa drohende Nachtheil durch einen anderweitigen Vortheil aufgehoben wird. Gehen wir indess zu Einzelheiten über.

Die Rota verwarf (dec. 847 coram Seraphino) den Einspruch eines Pfarrers wegen des Glockengeläutes, da es sich nicht nachweisen liess, dass dasselbe den Gottesdienst in der Pfarrkirche störte. Der geringere Zulauf des Volkes zur Pfarrkirche kann durch die grössere Leichtigkeit, welche den Gläubigen an Sonn- und Festtagen für die Erfüllung ihrer Christenpflicht gewährt wird, aufgewogen werden. Die Minderung der Messstipendien rechtfertigt einen Einspruch nicht. Das Einkommen aus dieser Quelle ist ungewiss, da die Gläubigen das Recht haben, die Absolvirung von Messen jeder Kirche zuzuwenden, wie jeder das Recht hat, sich eine Begräbnissstätte zu wählen, vorausgesetzt, dass er den Pfarrer durch die quarta funeralis entschädigt. Eine mathematische Regel, die überall Platz griffe, lässt sich nicht aufstellen, die höchste Richtschnur ist und bleibt stets das Heil der Seelen. Nach Berücksichtigung und Erwägung aller Umstände, die für und gegen den Bau sprechen, steht es dem Bischof zu, unberechtigten Einspruch des Pfarrers zurückzuweisen, vorbehaltlich des Appellationsrechtes. Droht dem Pfarrer ein Nachtheil, so steht es ihm auch frei (nach einer Entscheidung der Rota bei Petra n. 24) einen Vergleich mit dem neu zu erbauenden Oratorium zu schliessen, der sich nicht an das ohne denselben geltende stricte Recht zu halten braucht. Ein Beispiel solchen Vergleiches bietet die causa Sarsinaten. In einer Entfernung von

---

1) De offic. et potest. episc. p. II. all. 26 n. 1.

zwei italienischen Meilen von der Pfarrkirche sollte eine öffentliche Kapelle errichtet werden. Die Stifter waren mit dem Bischofe und dem Pfarrer übereingekommen, dass an den höheren Festen des Jahres keine Messe in der Kapelle gelesen werden sollte, an den übrigen Festtagen aber erst nachdem die kirchlichen Functionen in der Pfarrkirche beendet seien. Ausserdem war dem Pfarrer die Zusicherung gegeben, dass er nicht genöthigt sein sollte, in dem Oratorium Beicht zu hören oder die h. Messe zu feiern, es sei denn im Falle höchster Noth. Endlich sollten in der Kapelle alle Sammlungen untersagt sein. Um aber für das Heil der Seelen wirksamer zu sorgen, bestimmte der Bischof, dass die an Sonntagen im Oratorium celebrirenden Priester Christenlehre halten und gemeinsam mit den Gläubigen die drei göttlichen Tugenden erwecken sollten. Da der Bischof unter diesen Bedingungen seine Zustimmung gegeben, verwarf die S. C. C. am 19. December 1772 und 23. Januar 1773 den Einspruch des Pfarrers als unberechtigt.

Wie übrigens der Pfarrer einzig in dem Falle, dass seine Rechte geschmälert werden, Einspruch erheben darf, so kann auch der Bischof seine Zustimmung nicht versagen, sofern nicht vernünftige und gerechte Gründe seinen Widerspruch veranlassen. Scheint die Erlaubniss ohne rechten Grund verweigert, d. h. ohne dass das Heil der Seelen oder die Nothwendigkeit, das Recht eines Dritten zu schützen, die Veranlassung gibt, so steht die Appellation an den h. Stuhl frei. Wird die Appellation begründet erfunden, so erfolgt entweder die Erlaubniss zum Baue selbst oder die Weisung an den Bischof seine Zustimmung zu geben. So geschah es z. B. in Foroliv. 16. Januar 1694, in Privern. 24. September 1735, in Derthon. 30. Mai 1778 [1]).

Fordert das Heil der Seelen es, so kann der Bischof gewisse Functionen, die sonst dem Pfarrer zugehören, dem Priester zuweisen, welcher den Gottesdienst in dem neu zu errichtenden Oratorium übernimmt. Zwar kommen nicht alle Ausleger darin überein, dass cap.

---

1) Die causa Derthon. ist bereits weiter oben erwähnt worden. Die S. C. C. gestattete, dass ein Oratorium errichtet würde, in dem ein vom Bischof zu bestimmender Priester an den Festtagen zu einer dem Volke gelegenen Stunde die h. Messe feiern sollte. Drei Mal, in Abständen von je einer Viertelstunde, sollte zuvor mit einer Glocke geläutet werden. Dem celebrirenden Priester sollte zugleich die Pflicht obliegen, die Wahrheiten des Glaubens zu erklären. Zum Bau und zur Erhaltung des Oratoriums, sowie zum Unterhalte des Priesters haben die Einwohner nach einer vom Bischof vorzunehmenden Schätzung nach Massgabe ihres Vermögens beizutragen. So weit die Beiträge nicht ausreichen, sind die übrigen Kosten nach Vorschrift des Tridentiner Concils Sess. XXI. cap. 4 de ref. aus den Einkünften der Mutterkirche zu bestreiten.

ult. de eccl. aedif. hierher zu beziehen ist, indess ist eine solche Annahme durchaus nicht unwahrscheinlich. »Qui occasione iuramenti,« bestimmt *Coelestin III.*, »quod de rebus ecclesiae non alienandis te asseris praestitisse in locis tui episcopatus, in quibus populi habitantes oratoriis egere videntur . ., ecclesias (kleine Kirchen) formidas erigere . ., mandamus, quatenus illius iuramenti occasione nullatenus praetermittas, quin populo indigenti super basilicarum (kleinere Kirchen wie oben) institutione studeas salubriter providere.« Entscheidend ist die Constitution *Innocenz XIII.* »Apostolici muneris« 13. Mai 1723, in der es heisst; »Quoties ob locorum distantiam sive itineris difficultatem parochiani sine magno incommodo pro Sacramentis percipiendis divinisque officiis audiendis accedere ad ecclesiam parochialem nequeant, tunc quidem meminerint episcopi licere sibi pro suo arbitrio invitis etiam rectoribus vel intra easdem parochias destinare alias ecclesias, in quibus sacerdotes parochorum coadjutores Sacramenta ministrent et divinum cultum exhibeant, vel novas parochias novasque parochiales ecclesias a veteribus distinctas constituere . . . nulla ad praemissa impedienda suffragante appellatione aut inhibitione« (§. 12).

Bei der Dismembration einer Pfarrei kommen zwei Dinge in Betracht: die Theilung der Einkünfte und die Theilung des Territoriums. Für die erstere gelten die Bestimmungen des Tridentiner Concils Sess. XXI. cap. 4 de ref., bei der Theilung des Territoriums ist einzig cap. 13. Sess. XXIV. des gedachten Concils zu berücksichtigen. Bei der Theilung der Einkünfte wird gewissermassen der Privatbesitz des Pfarrers geschmälert, was ohne die dringendste Noth nicht geschehen darf; die geistliche Jurisdiction hingegen gehört Niemanden als Eigenthum zu und ist je nach dem Bedürfnisse des Heiles der Seelen zu übertragen und gegebenenfalles zu theilen. Ob nun durch eine öffentliche Kapelle oder durch die Theilung des Pfarrsystems den geistlichen Bedürfnissen besser Genüge geschieht, ist nach den besonderen Umständen zu entscheiden [1]. Jedenfalls ist eine Ursache, welche selbst die Dismembration einer Pfarrei rechtfertigt, ein durchaus zureichender Grund die Pfarrrechte in einzelnen Punkten zu Gunsten eines Oratoriums einzuschränken.

Ausser den im Falle der Nothwendigkeit zu machenden besonderen Ausnahmen besteht eine allgemeine. Durch alte und überall

---

1) Siehe das fol. in Sag. Act. S. Sedis XVIII. 315. Ebenso Card. *de Luca* citirt in Act. XXIII. 271. — Ueber das Recht der Annexen handelt *Vandenesch*, Die Kapellen und Annexkirchen. Paderborn 1874. Für die Kölner Erzdiöcese *Dumont*, Sammlung 304.

geltende Gewohnheit (Clem. *Quia contingit* 2. §. ult. de religiosis domibus) haben die Kapläne von Krankenhäusern die Befugniss, die für Kranke nothwendigen Pfarrrechte zu üben. Das Gleiche gilt für Seminarien. Ueber die verschiedenartig gestatteten oder untersagten Functionen in Oratorien wird übrigens weiter unten ausführlicher die Rede sein.

Ein Umstand, der das Heil der Seelen anzugehen scheint, wird häufig gegen die Errichtung von Oratorien hervorgebracht, es ist der Einwurf, dass die Gläubigen durch den Gottesdienst in Oratorien dazu gebracht werden, der Predigt und Christenlehre in der Pfarrkirche nicht beizuwohnen, an den Bittgebeten in der Pfarrkirche keinen Antheil nehmen u. s. f. Indess da nach dem Decrete des Tridentiner Concils Sess. XXIV. cap. 4 de reform. die Gläubigen nicht mehr gezwungen werden können, der sonntäglichen Pflicht in ihrer Pfarrei zu genügen oder einzig in derselben die Predigt anzuhören (teneri .. ubi commode id fieri potest), da ferner *Clemens VIII.* durch das Breve *Significatum* bestimmt hat, dass alle Gläubigen in den Kirchen der Bettelorden und der Gesellschaft Jesu der h. Messe an Sonn- und Festtagen gültig beiwohnen können, wenn sie dies nur nicht in contemptum parochialium ecclesiarum thun, da endlich *Benedict XIV.* bezeugt (De Syn. dioec. XIV. cap. 4. n. 8), dass es durch allgemeine Gewohnheit eingeführt und üblich ist, in jeder beliebigen öffentlichen Kirche der Pflicht des Kirchengebotes zu genügen, so lässt sich gegen die Errichtung eines Oratoriums nicht mehr geltend machen, dass viele Gläubigen der Pfarrmesse nicht beiwohnen werden. In diesem Sinne entschied die Congr. S. Concilii in Caesenat. 6. Juni 1840: »Attentis peculiaribus circumstantiis affirmative, facta prius obligatione in forma iuris valida vel praestito idoneo fundo pro manutentione oratorii et sacrorum suppellectilium salvis juribus parochi« et r.[1]).

c) Mit dieser Entscheidung kommen wir zu der dritten Pflicht des Bischofes bei der Gewährung der Neuerrichtung eines öffentlichen Oratoriums, nämlich Sorge dafür zu tragen, dass eine genügende Dotation für die Bedürfnisse des neuen Gotteshauses gestiftet werde. Ein öffentliches Oratorium ist auf immer Gott geweiht, dazu gehört aber, dass es den Schutz und die Sicherheit finde, die eine solche Weihe fordert. Dass für neu zu bauende Kirchen eine Mitgift erfordert wird, ist keinem Erklärer zweifelhaft (Can. *Nemo* de consecratione dist. 1. Can. *Placuit* 1 q. 2 Cap. *Cum sicut* de consecr.

1) Andere Beispiele siehe Archiv Bd. III.

eccl. Cap. *Sancitum* de censibus), so dass manche Autoren gerade daraus, dass für eine Kirche die Mitgift unerlässliche Bedingung ist, den Schluss ziehen, dass dieses Erforderniss einen der wesentlichen Unterschiede zwischen Kirchen und Privatkapellen ausmache und für die letzteren mithin keine Mitgift erforderlich sei. Mit vollem Rechte, wie Cardinal *Petra* nachweist [1]). Wird ein Oratorium consecrirt, so unterliegt es keinem Zweifel, dass zuvor eine Mitgift zu bestimmen ist. Cap. 1 *de censibus:* »Sancitum est, ut unicuique ecclesiae unus mansus [dos] integer absque servitio tribuatur et presbyteri in eis constituti aliquod servitium faciant« et c. Wird auch nicht immer die Consecration erwähnt, so oft von einem Beneficium die Rede ist, so war die Consecration doch früher stets Voraussetzung für die Gründung eines solchen. Dies gilt nicht weniger für die Oratorien als für Kirchen. Ein Beispiel dafür aus den Briefen des *hl. Gregors d. Gr.:* »Timothea illustris femina petitoria nobis insinuatione suggessit, quod habetur in subditis, intra civitatem Ariminensem in loco iuris sui oratorium se pro sua devotione fundasse, quod in honorem sanctae crucis desiderat consecrari. Et ideo, frater charissime, si in tuae civitatis iure memorata constructio consistit et nullum corpus ibidem constat humatum esse, percepta primitus donatione legitima gestisque municipalibus alligata praedictum sacellum absque missis publicis solemniter consecrabis [2]).« Ebenso c. 1 *Placuit* et glossa in cap. *Cum sicut.* Durch die Consecration, sagt Cardinal *Petra,* wird das Gotteshaus auf immer in den Dienst Gottes gestellt, durch das Patronatsrecht und die Errichtung eines beneficium in gleicher Weise eine Art unauflöslicher geistiger Ehe geschlossen und wie bei weltlichen Eheschliessungen eine Mitgift gegeben, wie der *hl. Chrysostomus* sagt [3]). Dass die Oratorien wirklich consecrirt wurden, bezeugt auch Du Cange, dass aber alle Oratorien, in denen stehende Beneficien errichtet sind, ebenso eine Mitgift haben müssen, weisen Gonzalez, Ventriglia und andere nach. Im Zweifel wird, wenn die Oeffentlichkeit feststeht, die Consecration oder die Auswerfung der Mitgift präsumirt. Ist nun auch gegenwärtig für die meisten Kirchen die Benediction an die Stelle der Consecration getreten, so ist und bleibt als entscheidendes Merkmal, dass ein Oratorium mit Genehmigung des Bischofes errichtet worden ist, damit es als dem Gottesdienst auf immer zugesprochen gelten kann und mithin als für die geistige Ehe unumgänglich eine Mitgift gefordert werden

1) A. a. O. n. 89 ff.
2) Epist. II. 12 ad Castorium episc. Ariminensem.
3) S. Chrysost. Hom. 18 in Act. Apost.

muss. Die Worte consecrirt und auf immer dem göttlichen Dienste mit Billigung des Bischofes übergeben, gelten jetzt wegen der Seltenheit wirklicher Consecration als synonym.

Handelt es sich um Kapellen oder Oratorien, welche nicht consecrirt oder mit Erlaubniss des Bischofes errichtet und mit denen keinerlei Beneficien verbunden sind, so bedürfen dieselben keiner Mitgift, wenn sie sich innerhalb einer dotirten Kirche befinden, da die Kirche dotirt ist, die Kapellen aber, wenn kein besonderes Beneficium mit ihnen verbunden ist, nur ein Schmuck der Kirche sind. Sind die Oratorien ausserhalb von Kirchen, Privatkapellen, so ist eine Mitgift nicht nothwendig. Oeffentliche Oratorien stehen den Kirchen gleich.

Damit eine Kapelle als öffentliche gelten könne, entschied die S. C. C. in Nitr. 2. Febr. 1735, muss sie eine Dotation erhalten. Zunächst hat diese Ausstattung den Zweck, die Unterhaltungskosten der Kapelle zu bestreiten. Hierzu ist die dos so unumgänglich nothwendig, dass, wenn ein Bischof die Errichtung eines öffentlichen Oratoriums ohne die entsprechende Mitgift gestattete, er selbst, wenn der Stifter oder seine Erben sich weigerten eine solche nachträglich zu geben, dieselbe leisten müsste [1]). »Ein öffentliches Oratorium,« sagt *Pax Jordanus*, darf nicht ohne Ausstattung erbaut werden. Wenngleich kein Kapital für Messen, den Rector und die Kirchenbeamten u. s. f. auszusetzen ist, so muss doch eine für die Erhaltung und den Schmuck genügende Summe ausgesetzt werden, wenn der Bischof die Erlaubniss zum Bau geben soll [2]).« »Es ist ausreichend,« entschied die Rota, wenn die Ausstattung eine solche Höhe hat, dass aus den Zinsen das Oratorium selbst und die heiligen Geräthschaften erhalten werden können [3]).« In zwei an dem gleichen Tage verhandelten Appellationen, in Caesenat. Erect. und Caesen. Orator. entschied die S. C. C. am 6. Juni 1840 im gleichen Sinne, ohne eine Consecration der Oratorien oder die Gründung eines Beneficium zu verlangen.

Die dos ist nach den allgemeinen Rechtsbestimmungen in ständigen und fruchttragenden Kapitalien oder Gründen anzulegen. Indess wo es einzig um die Erhaltung der Kapelle handelt, ist es bisweilen zulässig, dass der Stifter Gewähr leistet, dass er zu allen

1) *Petra*, a. a. O. n. 95. Ist die Kirche consecrirt, so muss nothwendig auch ein Beneficium errichtet werden. Ebendas. vergl. *Telles*, Comm. in quinqu. libr. Decr. ad l. III. lit. 40. c. 6. n. 6. *Ferraris* v. Ecclesia art. 3. n. 36.

2) *Pax Jordanus*, Elecubrat. lib. VII. Tit. 8. n. 7. 8.

3) Triden. Capell. 23. Juni 1705 coram Scotto bei *Monacelli* Form. IV. App. dec. sel. 21. n. 10. Ebenso I. Tit. 6. form. X.

Zeiten die für die Erhaltung des Gebäudes und Cultus nothwendigen Kosten tragen wird. Am 16. Dec. 1854 verhandelte die S. C. C. über eine bereits erbaute Kapelle in Pampil. Das einzige Bedenken des Bischofes beruhte auf dem Mangel einer genügenden Dotation und dem Schaden, der für die Landleute oder für andere Interessenten daraus erwachsen konnte, dass diejenigen, welche im Oratorium ihrer Pflicht Genüge leisteten, nicht der Predigt und dem Katechismus beiwohnten, über Fasten und Feste nicht unterrichtet würden, von den Eheaufgeboten keine Kenntniss hätten. Die Entscheidung lautete: »Das in Frage stehende Oratorium bedarf keiner besonderen Genehmigung der h. Congregation, um als öffentliches zu gelten. Der Bischof mache von seinem Rechte Gebrauch, sowohl was die Bestimmung der Dotation angeht, wie auch der Stunde, zu welcher der Gottesdienst zu halten ist, ohne Nachtheil für die Pfarrfunctionen. Endlich achte er darauf, dass die Bestimmungen des Tridentiner Concils beobachtet werden.« Der Consultor hatte nach *Monacelli* vorgeschlagen: »Adigatur orator ad dotis constitutionem facta prius obligatione in forma iuris valida vel praestito idoneo fundo pro manutentione oratorii et sacrorum supellectitiam [1]).«

Die Erlaubnissertheilung des Bischofes ist an keine bestimmten äusseren Formen gebunden. Jedenfalls wird sie am besten schriftlich gegeben. Auch ist dieselbe nicht nothwendig vor dem Beginne des Baues einzuholen, sondern kann auch nach Vollendung desselben erbeten werden, wie in der eben erwähnten causa Pampil. Dem Sinne der Rechtsvorschriften entspricht es indessen mehr, wenn die Genehmigung vor dem Baue eingeholt wird, soll doch der Bischof, wo möglich, an dem gewählten Orte ein Kreuz errichten und den ersten geweihten Stein zum Fundamente legen (c. 9. dist. 1. de consecr. Pontif. Rom. p. II. tit. 1. Rit. Rom. Tit. De benedict. primarii lapidis). Die Errichtung des Kreuzes, sagt Catalani [2]), hat die Bedeutung eines Titels und theilt einen Ort dem Dienste Gottes zu. Die Zustimmung des Bischofes kann indess auch eine stillschweigende sein, wenn der Bischof nämlich eine Handlung vornimmt, welche die

---

1) *Monacelli* I. Tit. 6. form. X: »Facta prius per oratorem obligatione in forma iuris valida (quatenus dos in bonis stabilibus fructiferis non assignetur) manutenendi perpetuo fabricam ut supellectilia necessaria et decentia tam pro ornamento altaris quam pro celebratione missae.« — In einigen Fällen ward den Stiftern auch auferlegt jährlich einige Messen lesen zu lassen, so im Jahre 1720 dem Cardinal Gualtieri (S. C. Ep. et Regul.).

2) *Catalanus*, Pontif. Rom. prolegomenis et commentariis illustratum p. II. tit. 1. §. 2. n. 3.

Zustimmung zur Voraussetzung hat. So ist es eine stillschweigende Zustimmung, wenn er erlaubt, ein Oratorium, das ohne sein Zuthun gebaut ist, feierlich zu benediciren. Ja, wie Pax Jordanus, Ventriglia u. a. annehmen, stimmt der Bischof bereits dann stillschweigend zu, wenn unter seinen Augen und mit seinem Wissen das Oratorium emporsteigt und vollendet wird [1]).

Es bleibt, ehe wir zur zweiten Bedingung übergehen, welche für öffentliche Oratorien erfordert wird, dem unmittelbaren Zugange von der öffentlichen Strasse aus; noch die Frage zu beantworten, ob sede vacante der Capitelsvicar gleichfalls das Recht hat, die Genehmigung zur Errichtung eines öffentlichen Oratoriums zu geben. Garzias, Ventriglia, Leuren, Ferraris bejahen dies, ja sprechen dem Capitelsvicar selbst das Recht zu, ein mit dem Oratorium verbundenes Beneficium zu errichten. Dem Generalvicar des Bischofes hingegen steht eine derartige Befugniss ohne specielle Delegation nicht zu [2]).

§. 2. Der unmittelbare Zugang vom öffentlichen Wege.

1. Ein öffentliches Oratorium, sagt Devoti, ist dasjenige, das eine öffentliche Thür hat und für jeden ohne Unterschied offen steht. — Oeffentlich ist also eigentlich nur ein Zugang, der auf die öffentliche Strasse mündet, denn wie könnte ohne dies einem Jeden der Zugang ermöglicht sein? Wann eine Strasse öffentlich heisst, steht aus dem römischen Rechte fest: Cujus etiam solum publicum est .. viae privatae solum alienum est [3]). Mithin, sagt Gattico, geht einer Kapelle der Charakter der Oeffentlichkeit ab, wenn man, um zu ihr zu gelangen, durch einen Hof, Flur oder Feld gehen muss. Zwei Ausnahmen sind indess zu machen: Entweder wird der Zugang nach unvordenklicher Gewohnheit von Jedermann frei benützt und gilt somit als öffentlich, derart dass der Herr des Grundstückes den Eingang nicht mehr zu verschliessen vermag, oder aber der Besitzer des Grundstückes oder Vorhofes entsagt durch rechtsgültiges Document seinem Eigenthumsrechte [4]). Die letztgenannte Verpflichtung dem Eigenthumsrechte rechtsgültig zu entsagen, ist von der S. Congr.

---

1) *Pax Jordanus*, Elucubrat. lib. V. tit. 8. n. 52. *Ventriglia*, Praxis rer. notab. tom. II. ann. 17 §. 1. n. 2. *Barbosa*, De off. et pot. ep. p. II. alleg. 26. n. 2.

2) *Garzias*, de benef. p. V. c. 9. n. 79. 75. *Ventriglia*, Ann. 15. §. 1. n. 61. et ann. 14. *Leuren*. Vic. episc. qu. 517. 602. 221. 228. *Ferrar*. v. Vicarius capit. a. II. a. 27. 29.

3) L. 2. §. 21. XLIII. 8.

4) *Gatticus*, De orator. domest. cap. III. n. 5.

Conc. Trid. mehrfach auferlegt worden, wie *Fagnani* bezeugt[1]). Im Allgemeinen wird dies als Grundsatz festgehalten. Wenn dann und wann eine Entscheidung der h. Congregation anders lautete, zeigt ein weiteres Eingehen auf die Umstände des Thatbestandes, dass von besonderen Vorschriften einzig zur leichteren Abstellung gewisser Missbräuche Abstand genommen wurde. So war z. B. die Frage vorgelegt, ob ein innerhalb des Schlosses der Grafen von Catellengo gelegenes Oratorium ein öffentliches sei. Alle Umstände weisen darauf hin, dass die Kapelle als öffentliche gelten musste. Wiederum aber stand dem im Wege, dass die Thore des Schlosses bei Nacht geschlossen wurden. Dieser Umstand schien der h. Congregation indess nicht ausreichend, um das Recht der Oeffentlichkeit in Frage zu stellen (3. Aug. 1675 in Vercellen.). Aehnlich lautete eine Entscheidung in Camps. 31. Mai 1707. In einem anderen Falle (Patavin. 14. Aug. 1824) hatte der Pfarrer gegen das Oeffentlichkeitsrecht einer Kapelle geltend gemacht, dass der zu ihr führende Weg nicht als öffentlicher gelten könne, weil erstlich die Hälfte desselben längsseits mit Klee besät sei, sodann der Weg bei der Kapelle selbst durch eine Barriere getheilt werde. Die Barriere diente freilich nur zum Schutze des Klees und hinderte den freien Zugang zum Oratorium durchaus nicht, zu der noch immer die halbe Breite des eigentlichen Weges frei blieb. War also ebenso die Besäung des Weges wie die Errichtung der Barriere ein Akt der Willkür, so konnte derselbe doch der anderweitig erwiesenen Oeffentlichkeit der Kapelle keinen Eintrag thun.

2. Stets war und blieb es die Absicht der Curie den Zugang zu öffentlichen Oratorien vollkommen frei zu gestalten. Die Familie Langro besass ein herzogliches Schloss, innerhalb dessen Verschanzungen eine als öffentlich angesehene und besuchte Kapelle sich befand. Als indess ein Zweifel über das Oeffentlichkeitsrecht dadurch entstand, dass der Zugang nicht unmittelbar vom Walle aus offen stand, sondern nur durch den grossen Hof statthaft war, kam die Sache am 20. September 1845 zur Entscheidung (S. Sever. orator.). »Ist einmal betreffs der auf die öffentliche Strasse gehenden Thür dispensirt worden, so ward eine solche Ausnahme alsdann nur unter der Bedingung gestattet, dass der Besitzer sich durch feierliches Versprechen rechtsgültig verbindlich machte Jedermann freien Zutritt zu gewähren und seinem Privatrechte zu entsagen. Mögen also Ew. Eminenzen prüfen, ob für das in Rede stehende Oratorium die

1) Fagn. in p. V. Decr. c. *In his* de privil. n. 18.

Gewohnheit allein eine hinreichende Bürgschaft dafür ist, dass auch in Zukunft der Zutritt durch das Schloss frei bleibt, oder ob nicht vielmehr dem Herzoge die Bedingung aufzuerlegen ist, welche die S. C. Episc. et Reg. am 20. März 1698 (in Ortun.) vorschrieb: Zuerst müssen die Thore entfernt werden.« So das folium des Consultors. Die Entscheidung auf die Frage: Ist das Oratorium im Palaste T. M. als öffentliches zu erklären? lautete: »Ja, indess soll der Bischof der alten Gewohnheit gemäss Vorsorge treffen, damit Jedermann zu dem Oratorium freien Zutritt habe, unbeschadet der Pfarrrechte.« In gleichem Sinne erging am 28. Mai 1853 in Monaster. eine Entscheidung. Es handelte sich um Oratorien, die seit unvordenklichen Zeiten als öffentliche galten und in öffentlichen Urkunden solche genannt wurden oder wenigstens für Auswärtige seit unvordenklichen Zeiten als Versammlungsort dienten, obwohl ein Zugang unmittelbar von der Strasse aus nicht vorhanden war. Wohl aber waren in denselben Beneficien errichtet und selbst privilegirte Altäre vorhanden. Waren auch die meisten derselben ursprünglich unzweifelhaft nur Privatkapellen, so können doch auch Privat-Oratorien durch unvordenkliche Gewohnheit und mit wenigstens stillschweigend gegebener Zustimmung des Bischofes zu öffentlichen werden, wie aus einer Entscheidung der h. Congregation in Ruben. 23. Juli 1731 hervorgeht. Beide Umstände indess pflegen den freien Zugang zur Voraussetzung zu haben. Jedenfalls war es nie die Absicht des h. Stuhles einer Kapelle das Recht der Oeffentlichkeit zu verleihen, die eines Zuganges von der Strasse her entbehrte. Deshalb entschied die h. Congregation: »Wenn alle oder wenigstens einige der Bedingungen, welche der Bischof erwähnt, wirklich statthaben, sollen die Besitzer dieser Oratorien wegen der Vergangenheit nicht weiter beunruhigt werden.« Der hl. Vater bestätigte diese Entscheidung (28. Mai 1853). Aehnliche Kapellen dürfen also in Zukunft nicht mehr errichtet werden. Verleiht demnach der h. Stuhl einem Bischofe die Vollmacht in einem besonderen Falle davon abzusehen, ob der Ausgang aus der Kapelle unmittelbar auf einen öffentlichen Weg mündet, so bleibt eine solche Vergünstigung stets singulär und kann daraus keine Folgerung gezogen werden, sodann behält sich der h. Stuhl durch die im Decrete gemachte Bemerkung, es sei von den gewöhnlichen Bedingungen etwas nachgelassen, das Dispensrecht für andere Fälle ausdrücklich vor. Stets aber heisst es in solchen Breven: »Dummodo ad eam sacram aediculam cuique pateat aditus

1) *Leo XII.* Breve 14. Febr. 1826 ad ep. Samoy. *Pius VIII.* 15. Sept. 1829 ad arch. Tolet. *Greg. XVI.* 27. Sept. 1834 ad archiep. Lucensem u. a.

nec ibidem sint fores, quae ad aliquam ducant domum, secus omnino claudantur, atque ab aedibus sit adeo seiuncta ut nullus inde accessus neque prospectus habeatur.« Es bleibt somit allezeit wahr, was *Gattico* in seiner klassischen Abhandlung De oratoriis domesticis[1]) sagt: »So oft der Zugang zu einer Kapelle über den Hof, Flur, Feld eines Privaten führt, geht damit der Charakter der Oeffentlichkeit für das Oratorium verloren, es sei denn, dass durch unvordenkliche Gewohnheit der Zugang derart als öffentlich angesehen wird, dass der Herr des Grundstückes kein Recht mehr hat denselben zu sperren.«

§. 3. Die Lösung von Zweifeln über das Oeffentlichkeitsrecht.

Da keine Rechtsbestimmung eine *ausdrückliche* Genehmigung des Bischofes für die Errichtung von öffentlichen Oratorien fordert, sagt *Pignatelli*[2]), so genügt eine jede Form, die eine wirkliche Zustimmung einschliesst. Daraus also dass sich die einstmals gegebene Einwilligung des Bischofes documentarisch nicht nachweisen lässt, folgt noch nichts gegen das Oeffentlichkeitsrecht und die damit verbundene Immunität, wenngleich die Thatsache der Oeffentlichkeit aus anderen Anzeichen nachzuweisen bleibt. Mehrere Autoren sind der Ansicht, dass ein steinerner Altar ein hinreichendes Indicium ist. Indess lässt sich unter den zahlreichen von den Römischen Congregationen verhandelten Fällen kein einziger nachweisen, wo die Bittsteller selbst aus diesem Argument allein die Oeffentlichkeit präsumirt hätten, geschweige denn wo die Congregationen einen steinernen Altar als genügendes Beweismittel anerkannt hätten. Auch der Zugang von der Strasse oder seine Abwesenheit können nicht als sichere Unterscheidungsmittel angeführt werden, da derselbe, wie wir oben sahen, bisweilen compensirt werden konnte. Anders hingegen verhält es sich mit der Feier der h. Messe. Wäre dieselbe kraft eines Indultes auch an höheren Festen gestattet, so würde allein das Bestehen einer besonderen Erlaubniss die Praesumption der Oeffentlichkeit ausschliessen. Sind aber durch längere Zeit alle Gläubigen ohne Unterschied in einem Oratorium zur Anhörung der h. Messe zugelassen worden und dies selbst an den höchsten Festtagen, so ist dies ein Zeichen der Oeffentlichkeit, wie Fagnani mit de Bonis und anderen bezeugt. Sanchez fordert eine zehnjährige derartige Uebung. Auch die h. Congregation der Bischöfe und Regularen nahm diesen Grundsatz als Richtschnur in einer Entschei-

---

1) *Gattico* cap. 3. §. 5.
2) *Pignatelli*, Consultat. Tom. I. cons. 92. n. 23 ff.

dung in Januen. 7. Juni 1605. An sich und allein sind auch Glockenthürme in Oratorien kein sicheres Zeichen der Oeffentlichkeit, wenngleich sie beim Vorhandensein anderer diese verstärken und mit denselben eine Evidenz bewirken können. Auch eine Hauskapelle kann ja eine Glocke haben, die freilich nur für die Hausgenossen geläutet wird. Hingegen gibt es viele Oratorien, welche des Schmuckes eines Glockenthurmes seit ihrer Erbauung entbehren. Ferner aber dient eine Glocke insofern dazu, die Gläubigen zusammenzurufen, als sie sich in einem öffentlichen Oratorium befindet, sie setzt mithin, wenn sie hierzu dient, die Oeffentlichkeit voraus, aber ihr blosses Dasein beweist dieselbe noch nicht. Ein besseres Beweismittel sind Processionen, die etwa in einem Oratorium gehalten worden sind, da nach c. *Certum est* de consecratione d. 1. Processionen nur in öffentlichen Gotteshäusern gestattet werden: »Certum est nostris praescriptionibus constitutum, ne quis in ecclesia aut in oratorio, quod sedis nostrae permissione non legitur dedicatum, processionem publicam putaret impendi, ne conditores furtivis subreptionibus contra regularum statuta prosilirent.« Ebenso lässt sich aus der Visitation des Bischofes der Schluss ziehen, dass ein Oratorium als öffentliches anzusehen ist. In der That kann der Bischof zwar ein Privat-Oratorium auf seine Würdigkeit hin prüfen und in Augenschein nehmen, ehe es gestattet ist, daselbst das h. Opfer darzubringen, aber er kann es nicht einer regelmässig wiederkehrenden canonischen Visitation unterwerfen. Das sicherste Merkmal bietet indess die Errichtung eines Beneficium in einem Oratorium, sowie das Recht in demselben Bestattungen vorzunehmen. Die S. C. C. erklärte in mehreren Fällen Oratorien ohne jedes Bedenken für öffentlich sobald sie festgestellt, dass an denselben ein eigener Priester für die Bedürfnisse des Gottesdienstes angestellt war. So in Terrac. 28. Juli 1619 in Policastr. 15. Juli 1616 in Licien. 15. Jan. 1616. Ebenso die S. Congr. Immun. 17. Jan. 1628, die zugleich empfahl solche Stiftungen, die sich innerhalb von Schlosskapellen u. s. f. finden, wenn irgend möglich, in öffentliche Oratorien oder Kirchen zu übertragen. Das Patronatsrecht kann ja nur über öffentliche Kapellen geübt werden und setzt als Grundstein die Theilnahme des Bischofes bei seiner Entstehung voraus.

§. 4. Besondere Vorschriften über die Einrichtung öffentl. Oratorien.

1. Der Ort, an dem ein Oratorium gebaut wird, muss für ein Gotteshaus passend sein[1]). Befindet sich also ein Stall oder sonst

1) *Ferrar.* v. Ecclesia art. 5. n. 46.

ein als Nachbarschaft nicht geeignetes Gebäude in der Nähe, so ist dasselbe nothwendigerweise erst zu beseitigen, ehe der Bau beginnen darf. Wenn möglich, muss das Oratorium mit dem Altare nach Osten gerichtet sein, so dass der Eingang von Westen ist, während die Form des Gebäudes einem Schiffe oder einem anderen für Kirchen gebräuchlichen Bilde entspricht [1]). Jede servitus ist von einem öffentlichen Oratorium fern zu halten, da hieraus die grössten Nachtheile entstehen können [2]). Infolge dessen ist es nicht gestattet, dass eine Privatperson ein Fenster oder eine Thür besitze, die auf ein öffentliches Gotteshaus ausgeht, wie die S. C. Episc. et Regul. mehrfach entschied. So in Casertin. 8. Juli 1646, Cusentina 14. Dec. 1646 und anderen, die Ferraris v. Ecclesia Art. V. anführt. Nicht einmal Herzögen und Markgrafen ist eine solche Vergünstigung zu gestatten, wie die S. C. C. am 5. März 1619 entschied. Ebenso wenig dürfen über dem für den Gottesdienst bestimmten Raume Wohn- oder Schlafzimmer eingerichtet werden ohne specielle Erlaubniss des h. Stuhles. S. C. Ep. et Reg. in Hierac. 26. Juli 1613 in Melphit. 2. Oct. 1626 u. a. [3]). Bitten um persönliche Indulte werden in der Regel vom h. Stuhl zurückgewiesen. Wenn aber ein solches Indult gewährt wird, so geschieht es sicher nur auf Lebenszeit der betreffenden Person und wenn es sich um ein Fenster handelt, unter der Bedingung, dass dies vergittert wird. So in Patavina die S. C. C. 14. Aug. 1824 sowie in zahlreichen anderen Entscheidungen, die im folium Recen. Odei 24. Aug. 1830 citirt worden bei *Reuss* und *Lingen* Causae selectae pag. 865.

Anders verhält sich die Sache bei der Stiftung. Der Stifter oder ein vorzüglicher Wohlthäter eines Oratoriums kann sich bei der Errichtung desselben gewisse Vorrechte ausbedingen, welche der Bischof seinerseits zugestehen kann, selbst wenn dieselben gegen das jus commune verstossen. Hierzu gehört die Gestattung eines Fensters oder einer Thür, welche in das Oratorium führen. Es ist dies die allgemeine Ansicht, die von allen Lehrern vertreten wird [4]). Immer-

---

1) *Ventriglia* Tom. II. annot. 17. §. 1. n. 9.

2) *Monac.* Tit. V. form. 8. n. 14 al. *Ferr.* v. Ecclesia art. 5. n. 1. v. Fenestra, Porta.

3) In Apuana 30. Aug. 1831 handelte es sich um ein Schlafzimmer über einem gewölbtem Oratorium, das letztere war seit 25 Jahren geschlossen gewesen. Die Congreg. Conc. entschied: zu gestatten, wenn der Bischof zustimmt, indess hat dieser nach Massgabe seiner Einsicht Sorge zu tragen, dass das Oratorium von dieser Last frei wird.

4) Zahlreiche Citate bei *Ferraris* v. Ecclesia Art. V. n. 6.

hin aber wird es dem Bischofe obliegen dafür Sorge zu tragen, dass die in das Oratorium führende Thür nicht unmittelbar auf ein zu profanen Zwecken bestimmtes Wohnzimmer ausgehe. Dies erfordert die Ehrfurcht gegen die Heiligkeit der Gott geweihten Stätte (Clem. 1 de sent. excom.). Es war dies für Pius V. der Grund im Jahre 1566 anzuordnen, dass in Rom alle Thüren und Fenster, welche auf öffentliche Oratorien ausgingen, geschlossen werden sollten. Seit dieser Zeit hat die S. Congr. Ep. für Rom keine derartige Erlaubniss mehr gewährt wie *Pignatelli* Consult. Bd. 4. Cons. 129 n. 3 und *Ferraris* v. Fenestra n. 4 mit vielen Citaten beweisen. Wenngleich in den meisten dieser Decrete von Kirchen die Rede ist, gilt das gleiche Verbot dennoch auch von Oratorien, wie u. a. die bereits erwähnte causa Patavina 14. Aug. 1824 beweist. Ganz allgemein sprach die S. C. C. am 7. Sept. 1850 den Grundsatz aus: die öffentlichen Oratorien sind den öffentlichen Kirchen gleichzustellen.

Niemals indess war es gestattet eine Thür oder ein Fenster zu haben, das unmittelbar in die Wohnzimmer führt, wenn ein Oratorium, das innerhalb eines Privatgebäudes gelegen ist, als öffentlich erklärt wird. Beispiele dafür bietet das Breve Pii VIII. ad Archiep. Toletanum 15. Sept. 1829, das Breve Greg. XVI. ad Archiep. Lucensem 27. Sept. 1834 u. a., ebenso verschiedene Decrete der S. C. C., die im Archiv Bd. III. angeführt werden. Der Grund für diese Strenge ist die grössere Leichtigkeit eines Missbrauches jeden Indultes, zumal es, wie *de Bonis* bezeugt, geschehen kann, dass bisweilen in solchen Oratorien die öffentliche Thür geschlossen wird und nur diejenigen zur Anhörung der h. Messe zugelassen werden, welche durch den Privateingang dorthin zu gelangen vermögen [1]).

2. Bänke und Sitze, welche nur für Laien bestimmt sind und, wo es sich um den Patron handelt, an einem Ehrenplatze aufzustellen sind, pflegen in Oratorien geduldet zu werden. Ja, für den Patron besteht sogar eine Erlaubniss, da dieses Recht gleichsam als eine Ergänzung des Privatrechtes angesehen zu werden pflegt, wie der Secretär der Concils-Congregation in Alatrina 9. April 1785 bemerkt. Stets aber bleibt dem Bischof das Recht unbenommen, aus einem hinreichenden Grunde auf die Entfernung von solchen Privatsitzen zu dringen, wie aus der Entscheidung der h. Congregation in der gedachten causa Alatrina 7. Mai 1785 (ad II) hervorgeht. Viel geringer ist die Schwierigkeit, wenn es sich darum handelt, Bänke u. s. f., welche Privatpersonen zugehören, zu entfernen, da für alle

1) *De Bonis*, De orator. publicis n. 31.

Privatpersonen die Gestattung der Aufstellung ein Akt der Tolerirung und Güte ist, mithin den Charakter einer eigentlichen servitus nicht zu gewinnen vermag.

§. 5. *Das Recht geistlicher Functionen in öffentlichen Oratorien.*

1. Alle auf geistliche Functionen in öffentlichen Oratorien bezüglichen Normen sind nach einer mehrfach noch zu erwähnenden Entscheidung der h. Riten-Congregation vom 10. December 1703 aus den Verträgen zu entnehmen, welche bei Errichtung eines Oratoriums geschlossen worden sind, aus besonderen Einigungen, welche streitige Parteien mit Genehmigung des h. Stuhles eingegangen sind, aus Provinzial- und Diöcesanstatuten und unvordenklichen oder wenigstens hundertjährigen Gewohnheiten. Später indess kam noch die Constitution Benedict XIV. *Etsi minime* vom 7. Febr. 1742 hinzu.

Die Hauptschwierigkeit, welche für die Oratorien zu bestehen pflegt, ist die Frage, wann in denselben die h. Messe gefeiert werden darf. Das Singen der h. Messe oder die Assistenz von Diacon und Subdiacon sind keine der Pfarrkirche vorbehaltenen Privilegien (Decret der S. Rit. C. 1703 n. 10). An sich ist es an jedem Sonn- und Festtage gestattet, in einem öffentlichen Oratorium das heilige Opfer darzubringen (S. C. C. 13. und 27. Juni 1744), ausgenommen die letzten drei Tage der Charwoche. Ein allgemeines Verbot an Sonn- und Festtagen die h. Messe in öffentlichen Oratorien zu feiern, kann auch der Bischof nicht erlassen, da er nicht einmal um einen angeblichen Missbrauch aufzuheben, gegen das jus commune etwas vermag [1]). Ausserdem ist ja gerade dies der Unterschied zwischen Privat- und öffentlichen Oratorien, dass es verboten ist, an Festtagen in jenen zu celebriren, nicht aber in diesen [2]). Auch die Zahl der Messen ist für die öffentlichen Kapellen nicht beschränkt.

Ein Bischof hatte verboten, mehrere Messen an Sonn- und Festtagen in einem öffentlichen Oratorium zu lesen und nur eine gestattet, weil sonst die Gläubigen nicht zahlreich genug zur Pfarrmesse kämen u. s. f. Die S. C. C. hob das Verbot des Bischofes in Derthon. am 18. Juli und 8. August 1789 auf.

Andererseits indess steht dem Bischofe das Recht und die Pflicht zu, dafür zu sorgen, dass die Gläubigen nicht in Unwissen-

---

1) Vergl. *Bened. XIV.*, De Synodo dioecesano lib. XII. c. 1. n. 2. lib. XII. c. 5. n. 12.

2) Gloss. in can. *Si quis* Dist. 1. *Pignat.* Consult. I. 93 n. 24. VI. cons. 98. n. 28.

heit gerathen betreffs dessen, was sie zu glauben und zu üben haben [1]). In älteren Zeiten hat deshalb die h. Congregation selbst in einigen Fällen ein Verbot erlassen, an Festtagen die h. Messe in einem Oratorium zu feiern. So in Lucan. 7. Dec. 1720 und 13. Sept. 1721, wenn es sich um die Errichtung eines Oratoriums handelte. Im Allgemeinen indess sprachen die römischen Entscheidungen dem Bischof einzig das Recht zu vorzuschreiben, dass in Oratorien die h. Messe erst nach Vollendung der Functionen in der Pfarrkirche gefeiert würde (Forol. 18. Nov. 1684 Bened. XIV. Instit. 44. n. 11). Benedict XIV. behielt sich als Bischof von Bologna das Recht vor, die Erlaubniss, die h. Messe in einem öffentlichen Oratorium an den höchsten Festtagen zu feiern, für jedes einzelne derselben zu gewähren.

Der Grund, weshalb für die öffentlichen Oratorien eine Einwendung gemacht werden kann, liegt in der Pflicht der Gläubigen sich über die Heilswahrheiten und ihre besonderen Verpflichtungen unterrichten zu lassen. Stets war es aus diesem Grunde, wie *Benedict XIV.* in seinen Institutionen (XLIV) sagt, die Disciplin der Kirche, dass die Gläubigen an Sonn- und Festtagen die Pfarrkirche besuchten. Indess ist der Unterschied zwischen dem alten und dem neuesten Rechte, dass der Besuch der Pfarrkirche im ersteren ein Gebot war, während es jetzt nur ein Rath ist und die Gläubigen nur zu demselben ermahnt werden [2]). »Wir ermahnen also unser Volk, wie das Tridentiner Concil den Bischöfen vorschreibt, es möchte häufig zu seiner Pfarrkirche kommen, dort der h. Messe beizuwohnen, die Predigt und Lehre des Glaubens zu vernehmen. Da ferner das Tridentiner Concil den Pfarrern die Pflicht auferlegt hat, an Sonn- und Festtagen Predigten für ihr Volk zu halten und den Gläubigen anbefiehlt in die Pfarrkirche zur Anhörung des göttlichen Wortes zu kommen, wenn dies ohne Schwierigkeit angängig ist, so treffen wir hiermit Bestimmungen über die Oratorien.« (Card. Lambertini). Diese vom Tridentiner Concil eingeschärfte Verpflichtung des Pfarrers, das Volk mit dem Worte der Lehre zu speisen, war für Benedict XIV. auch die Veranlassung die Encyclica *Etsi minime* herauszugeben: De doctrina christiana. Der für uns in Betracht kommende §. 14 und 15 lautet: »Es finden sich auf dem Lande bisweilen kleine und unbedeutende Kirchen, die einen in der Nähe der Pfarrkirche, die anderen in weiter Entfernung, zu denen die Familienväter an Festtagen mit ihren Kindern kommen, um der h. Messe eines beliebigen

1) *Petra*, Comm. in Const. 2. Paschal. II. sect. 1. n. 69.
2) De Syn. dioec. XI. cap. 14. n. 7.

Priesters beizuwohnen. So geschieht es denn, dass sie in ihrer eigenen Pfarrkirche fast niemals erscheinen und über die Geheimnisse des Glaubens, die Gebote und die Sacramente keine Belehrung erhalten. Es ist Sache des Bischofes diesem Uebel zu steuern und mit seinem Ansehen dem entgegen zu treten. Was also zuerst die kleinen in der Nähe der Pfarrkirchen gelegenen Kirchen angeht, so ist durch ein ausdrückliches Gebot dafür Sorge zu tragen, dass Niemand eher dort die h. Messe lese als der Pfarrer das h. Opfer dargebracht, gepredigt und alle ihm obliegenden Functionen verrichtet hat. Auf diese Weise wird die Pfarrkirche durch den Zufluss der Pfarrkinder gebührend besucht sein. Was die weit entlegenen kleinen Kirchen angeht, ist es freilich nicht gut angänglich den Pfarrkindern zuzumuthen, dass sie diese bei Seite lassen und einen weiten und beschwerlichen Weg, besonders im Winter, wenn die Regengüsse alles unter Wasser setzen, machen, um in die Pfarrkirche zu kommen und dort dem Gottesdienste beizuwohnen. Der Bischof hat also, auch mit Androhung schwerer Strafen, vorzuschreiben, dass die Priester, welche in diesen die h. Messe lesen, dem Volke die Grundlehren des Glaubens und der christlichen Sitten verkünden. Indess ist auch der Pfarrer zu ermahnen, nicht allzu sehr auf fremde Hülfe zu rechnen, sondern auch selbst zuzusehen, wie es mit seinen Schäflein steht, wenn die Kinder die h. Communion und die Firmung empfangen sollen, die Erwachsenen in den Ehestand treten wollen [1]).

Indess auch in den Städten finden sich Hindernisse. Oft geschieht es ja, dass in anderen Kirchen, besonders der Regularen, ein Fest mit der grössten Feierlichkeit und zahlreichem Zulauf des Volkes gefeiert wird, und wenn dann in der Pfarrkirche ganz früh oder Nachmittags Katechismus gehalten wird, Niemand oder nur sehr wenige demselben beiwohnen und die Schuld auf die Stunde schieben. Werden die für eine Stadt am besten gelegenen Stunden anderweitig vorweg genommen, so lehrt die Erfahrung, dass das Volk zu der Kirche zusammenströmt, wo ein Fest gefeiert wird, und von der Feier angelockt zum grossen Schaden der Seele die Christenlehre versäumt. Indess in diesem Punkte lässt sich eine sichere und allgemeine Regel nicht geben, wir überlassen also diese ganze Angelegenheit der Klugheit eines wachsamen Bischofes, der mit Rücksicht auf Orts- und Zeit-Umstände sowie auf die Verschiedenheit der Personen, mit kluger Erwägung aller sonstigen Verhältnisse Sorge tragen möge, die Feier eines Festtages mit der Predigt in Einklang

---

1) Vergl. das Rundschreiben Clemens XII. 1. Juli 1735 an die italienischen Bischöfe.

zu bringen, so dass eine die andere nicht behindert. Sollten Regularen und Exempte widersprechen und kein Bedenken tragen, das heilige Werk der christlichen Lehre trotz aller Mahnungen der Bischöfe zu stören, so versprechen wir den Ordinarien mit der Autorität, die wir über die Exempten haben, zu Hülfe zu kommen, auch werden andere Mittel dem h. Stuhle nicht abgehen, die Pfarrkirchen vor jeder Benachtheiligung zu bewahren.«

Als Ergänzung diene noch, was *Benedict XIV.* in seinen Institutionen am Schlusse der 44. Institution sagt: »*Broschius* sagt zwar, es gehöre dem Bischofe allein zu zu verbieten, dass vor der Pfarrmesse eine Messe in einem Oratorium gefeiert werde, indess setzt er dann hinzu, der Bischof könne dies wohl gestatten, wenn der Priester, welcher vor der Pfarrmesse in einem Oratorium die h. Messe liest, den Katechismus erklärt. Dies entspricht auch der heutigen Praxis der h. Congregation.« Hiermit ist das Verhältniss der öffentlichen Oratorien zu den Bischöfen im Allgemeinen klar gestellt. Gehen wir nunmehr dazu über, die Beziehungen derselben zu den Pfarrern zu bestimmen. Keine Kirche ausser der Kathedrale, sagt *Fargna*[1]), kann über eine innerhalb ihres Bezirkes liegende Kirche eine Herrschaft beanspruchen. Ausser den stricten Pfarrrechten hat der Pfarrer also keine Rechte, die er gegenüber anderen Kirchen innerhalb seiner Pfarrei geltend machen könnte. Was ferner die Akte angeht, die ihm persönlich zu reserviren sind und welche nicht als einfach priesterliche Verrichtungen angesehen werden können, so ist für diese das Decret der h. Congregation der Riten vom 10. December 1703 massgeblich, entschied die S. C. C. am 30. Mai 1767 und öfter.

2. Ein öffentliches Oratorium ist in den verschiedenen Functionen, welche dort etwa gestattet werden, nicht von dem persönlichen Belieben des Pfarrers abhängig. Das unmittelbarste Recht der öffentlichen Oratorien ist, dass in ihnen die h. Messe dargebracht werden kann. Der Pfarrer kann nur in seiner Kirche, nicht in einem öffentlichen Oratorium verbieten, dass andere Priester vor ihm die h. Messe lesen (S. R. C. 20. Nov. 1628 und öfter). Am 14. Juni und 5. Juli 1738 hatte sich die S. C. C. mit der Frage zu beschäftigen, ob in einer öffentlichen von der Pfarrkirche getrennten Bruderschaftskapelle feierliche Aemter mit Diacon und Subdiacon, besonders Seelenämter, gehalten werden dürften. Ein Pfarrer hatte dagegen Einspruch erhoben und zugleich die Absicht ausgesprochen, in der Bruderschafts-

---

1) So in Reatina 13. Jan. 1844. Galtell. 29. mart. 1862. Balnear. 23. Mai 1864.

kirche nach Belieben, genau als ob es seine Filialkirche sei, alle Pfarrhandlungen vorzunehmen. Beides, d. h. der Einspruch des Pfarrers wie sein eigenwilliges Walten, ward als unzulässig erklärt (in Hortana). In einer anderen Diöcese waren zwei Oratorien, die keinen eigenen Administrator hatten, sondern von Laien verwaltet wurden. Der Pfarrer, in dessen Pfarrei die Kirchen lagen, wollte an den Festen selbst Diacon und Subdiacon sowie die Ministranten bestimmen. Die S. C. C. indess sprach am 22. Juni 1715 (in Melevit.) den Custoden das Recht zu, für Alles Sorge zu tragen. In zwei anderen Pfarreien hatten die Pfarrer in den innerhalb ihrer Pfarreien belegenen öffentlichen Oratorien alle Functionen verrichtet. Da erbaute eine Bruderschaft im Umkreise der einen Pfarrei eine Kirche. Sofort verlangte der betreffende Pfarrer, dass, ehe dieselbe eingeweiht wurde, sein Recht auch betreffs dieses Oratoriums anerkannt werde. Die Bruderschaft indess war der Ansicht, ihr eigener Rector oder jeder von ihr zu wählende Priester müsse das Recht haben, frei und ohne vorhergehende Erlaubniss des Pfarrers das h. Messopfer darzubringen, das Allerheiligste, wenn es der Bischof gestattete, auszusetzen, den Segen damit zu ertheilen, ja auch verstorbene Bruderschaftsglieder in der Kirche zu begraben.

Insbesondere hat der Pfarrer kein Recht zu fordern, dass der Schlüssel zu dem öffentlichen Oratorium bei ihm niedergelegt werde, zumal wenn die Kapelle einen eigenen Geistlichen hat. Dies ward von der S. C. C. in Comen. am 9. Juni 1714 selbst in einem Falle entschieden, wo der Bischof die Genehmigung für die Eröffnung eines Oratoriums davon abhängig gemacht hatte, dass der Pfarrer einen zweiten Schlüssel zu dem Oratorium erhielt. Jede Bruderschaft, die ein eigenes Oratorium hat, kann ihre Versammlungen in denselben ohne vorgängige Genehmigung des Pfarrers abhalten (S. C. C. 24. Sept. 1718). Wenngleich an sich alle Opfer, die in Oratorien von den Gläubigen dargebracht werden, dem Pfarrer zugehören, in dessen Pfarrei das Oratorium gelegen ist (S. C. C. in Fulgin. 6. April 1647), so gilt dies doch nur, soweit die Geber keinen bestimmten anderen Zweck ausdrücklich bezeichneten, z. B. die Erhaltung des Oratoriums. Da in solchen Fällen das Opfer nicht wie sonst ein Beweis der Erkenntlichkeit für die Spendung der Sacramente ist, so wird die Präsumption zu Gunsten des Pfarrers aufgehoben und der klare Wille der Geber bildet die Richtschnur für die Verwendung [1]). Weder ist für die Sammlungen selbst die Erlaubniss

---

1) *Petra*, l. c. n. 19.

des Pfarrers nothwendig, noch steht demselben eine Einmischung in die Verwaltung zu. Es steht dem nichts entgegen, entschied die S. Rit. C. am 11. Juni 1838, dass eine Bruderschaft mit Beobachtung der Diöcesanstatuten zur Erhaltung oder Ausschmückung des Oratoriums oder für andere fromme Zwecke sammelt, der Constitution Clemens VIII. *Quaecunque* §. 8. in allem gemäss. Aehnlich S. C. C. in Nullius 27. Juli 1744 und in Tarantas. 22. Apr. 1719. Die Prüfung der Verwendung der Almosen steht einzig dem Diöcesanbischofe zu, wie noch kürzlich in Aturensi 14. Aug. 1863 ad 24 et 25 entschieden wurde. Ganz allgemein wurde die Frage, ob in einem Oratorium die vom Bischofe gestatteten Functionen ohne Erlaubniss des Pfarrers vorgenommen werden können, affirmativ entschieden in Bon. 15. Mai 1728 (S. C. C.). Das ausschliessliche Recht des Bischofes und der Mangel jeden Rechtsanspruches seitens des Pfarrers ward auch in Aturensi 14. Aug. 1863 von der S. C. C. von neuem festgestellt. Auf die Frage: III. Ist die Vollmacht, welche der Bischof den Kaplänen (an Oratorien) für die Verwaltung der Sacramente gibt, null und nichtig, oder wenigstens zweifelhaft, wenn sie nicht vom Pfarrer selbst gegeben oder bestätigt wird? erfolgte die Antwort Nein in allen Punkten. Weiter noch waren folgende dubia vorgelegt: VII. Darf der Bischof in einer öffentlichen Kapelle das Sacrament der Confirmation spenden . . .? Antwort: Affirmative. VIII. Ist es dem Pfarrer erlaubt die Kapläne, ja sogar die in religiösen Communitäten vereint lebenden Frauen zu beunruhigen, weil jene die ihnen vom Bischofe aufgetragenen Verrichtungen ausüben, diese derselben theilhaftig werden, ohne dass der Pfarrer seine Approbation gegeben, ja während er Widerspruch erhebt? Antw.: Negative. IX. Muss der Bischof auf die Klage des Pfarrers hören, darüber dass in öffentlichen Kapellen Beicht gehört und die Messe gelesen wird, so aber dass alle Pfarreingesessenen die Verpflichtung bewahren, die Ostercommunion in der Pfarrkirche zu empfangen? Antw.: Negative. X. Ist es gestattet, in besagten Kapellen [1]) eine oder die andere Messe an Sonn- und Festtagen mit Erlaubniss des Bischofes zu lesen oder zu singen? Es liegt dem Bischofe am Herzen, dass die Hausordnung einer jeden dieser Gemeinschaften gewahrt werden und dass die Kranken, Greise, Jünglinge Ordensfrauen nicht zu lange nüchtern bleiben müssen, ehe sie die h. Communion empfangen? Antw.: Affirmative. XI. Ist es gestattet, dass zu diesen Messen mit der Glocke gerufen wird, wenn der Bischof es gestattet,

1) Es handelte sich um die öffentliche Kapelle eines Studienhauses, das Oratorium eines Conservatoriums und eine Militärkrankenhaus-Kapelle.

der Pfarrer aber sich widersetzt? Antw.: Affirmative. XII. Muss der Bischof die Pfarreingesessenen dazu anhalten, bei dem Pfarrer oder dessen Vicaren zu beichten und keine Messe ausserhalb der Pfarrkirche zu hören oder die h. Communion in einer anderen Kirche als ausschliesslich ihrer Pfarrei zu empfangen? Antw.; Negative. Affirmative. XIV. Hat der Pfarrer ein Recht für die Feierlichkeiten, welche mit Erlaubniss des Bischofes in öffentlichen Kapellen gehalten werden, Mass und Weise vorzuschreiben? Antw.: Negative. XV. Ist die Minderung der Thätigkeit und der Opfer, über welche der Pfarrer klagt, für den Bischof ein zwingender Grund den Pfarreingesessenen zu verbieten, öffentliche Oratorien zu besuchen? Antw.: Negative. XVII. Kann der Bischof in einer öffentlichen Kapelle die Feier einer Messe wieder anordnen, welche der Pfarrer aufgehoben hatte, wenn die Gläubigen den Bischof darum ersuchen, damit sie ihrer Christenpflicht genügen können? Antw.: Affirmative. XVIII. Besteht die Einheit und moralische Vereinigung der Pfarrei darin, dass alle Gläubigen keine andere als die Pfarrkirche besuchen, um dort ihrer Andacht zu genügen und die h. Sacramente zu empfangen, so weit hier die streng pfarrlichen Rechte nicht in Frage kommen? Antw.: Wie die Anfrage lautet negativ.

3. Hiermit kommen wir zu der weiteren Frage, welches die Akte sind, deren Ausübung für die öffentlichen Oratorien gestattet ist. Das Decret urbis et orbis, welches die S. Rituum Congregatio am 10. December 1703 herausgab und das der Papst billigte, enthält die Antwort: IV. »Die Bruderschaften, welche in öffentlichen (oder Privat-) Oratorien errichtet sind, welche mit der Pfarrkirche nicht zusammenhängen, sind in den kirchlichen Functionen, welche nicht pfarrlich sind, vom Pfarrer unabhängig.« Welches sind aber die pfarrlichen Rechte, welches die rein priesterlichen Functionen? Und ist Alles, was nicht streng zu den Pfarrrechten gehört, in öffentlichen Oratorien gestattet? Einige Autoren waren auch nach dem Decrete vom 10. December 1703 der Meinung, es gebe ausser den Pfarrrechten noch Functionen, die zwar nicht zu den Rechten gezählt werden können, indess in Oratorien untersagt bleiben. So selbst *Monacelli* [1]), der annimmt, dass ausser den Pfarrrechten noch gewisse Functionen dem Pfarrer reservirt werden, welche aus diesen Rechten herfliessen oder in nothwendigem Zusammenhange mit dem Amte stehen. Wenngleich also die h. Congregation gewisse Akte (V. Lichterweihe am 2. Febr. Weihe der Asche und Palmen.

1) Form. leg. Tom. II. tit. 13. form. 1. n. 57 sequ.

XI. Vierzigstündige Aussetzung und Segen mit dem Allerheiligsten) als nicht zu den Pfarrrechten gehörig bezeichnete, so könnten dieselben dennoch aus den gedachten Gründen nicht in einem Oratorium vorgenommen werden. »Dieser Meinung,« sagt *Benedict XIV.*[1]), »können wir nicht beitreten, da sie Decrete, welche mit weiser Ueberlegung gefasst und von dem Papste bestätigt worden sind, nothwendig in Frage stellt. Dann würden die Streitigkeiten, welchen durch das gedachte Decret ein Ende gemacht werden sollte, ohne Aufhören fortdauern, wenn das, was nach der Bestimmung derselben ausserhalb der Rechte des Pfarrers liegt, nicht von den Kaplänen der Bruderschaften verrichtet werden dürfte. Ebenso wenig kann man vor diesem Decrete gegebene andere Decrete anführen, da die letzteren eben gerade durch die Bestimmungen vom 10. December modificirt sind und die Entscheidungen des Jahres 1703 als Norm für alle Zukunft zu gelten haben.« Die Amtsrechte des Pfarrers beschränken sich auf vier[2]). 1. Das Volk muss an Sonn- und Festtagen dem Gottesdienst in der Pfarrkirche beiwohnen, wenn dies ohne Schwierigkeit geschehen kann. 2. Die Gläubigen müssen zu Ostern und in Todesgefahr aus der Hand des Pfarrers die h. Communion empfangen, zudem von ihm die letzte Oelung erhalten und vor ihm die Ehe schliessen. 3. Die Pfarreingesessenen müssen in seiner Pfarrei begraben werden, wenn sie nicht anderswo ein Familienbegräbniss besitzen oder sich die Stätte letzter Ruhe gewählt haben. In letzteren Fällen haben sie indess nach Massgabe der päpstlichen Constitutionen und der Diöcesangewohnheit dem Pfarrer eine Abgabe zu entrichten. 4. Zehnten und nach den Diöcesangesetzen bestimmte Abgaben sind an den Pfarrer zu entrichten. Andere als die in diesen Pfarrrechten enthaltenen Akte kann der Pfarrer den Rectoren anderer Kirchen nicht verbieten, es sei denn, dass er ein besonderes Privileg habe oder sich dies bei der Errichtung ausbedingte. Ein Privileg wird besonders durch Diöcesanstatuten geschaffen.

Als allgemeine priesterliche Functionen werden im gedachten Decrete bezeichnet: die Weihe und Vertheilung der Lichter, der Asche und Palmen (V), die Aussegnung der Frauen nach der Geburt eines Kindes, des Taufbrunnens, des Feuers, Wassers, Samens, der Eier und ähnlicher Dinge (VI), die Functionen der Charwoche (VII), die feierliche Messe am Gründonnerstage (VIII), das Abhalten feierlicher Messen durch das Jahr, sei es für Lebende, sei es für

1) Instit. can. 105. §. 6. n. 100 ff.

2) Ebendas. §. 6. n. 108 ff.

Verstorbene[1]) (X), die vierzigstündige Aussetzung des Allerheiligsten und der Segen mit demselben (XI), die Aussetzung von Reliquien und heiligen Bildern und der Segen mit denselben. Alle diese Verrichtungen sind in allen Kirchen und Oratorien gestattet, sagt *Benedict XIV.*, es sei denn, dass eine althergebrachte Gewohnheit oder das Verbot einer Diöcesansynode dem entgegensteht. Indess weist die Entscheidung drei Functionen nicht zwar der Pfarrkirche, dennoch aber dem Pfarrer zu, die Aussegnung der Frauen nach der Niederkunft, die Weihe des Taufbrunnens und die h. Messe am Gründonnerstage. Wenngleich also diese Akte nicht als Pfarrrechte bezeichnet wurden und infolge dessen mehrfach von der Congregation der Riten wie der S. C. C. darauf gestützte Forderungen verworfen wurden, so führte doch die Entscheidung zu einer den Pfarrkirchen ausschliesslich günstigen Gewohnheit. Wo weder eine solche zu Gunsten der Pfarrkirche besteht, noch die Diöcesanstatuten etwas Anderes bestimmen, greifen übrigens immerhin noch Beschränkungen Platz. Am 27. Juni 1744 entschied die S. C. C., dass die Weihe von Lichtern, Asche, Palmen und Eiern[2]), sowie die Aussegnung von Wöchnerinnen in solchen Oratorien nicht gestattet sei, die zwar öffentlich sind, aber zur besonderen Bequemlichkeit einer einzelnen Familie vorbehaltlich aller Rechte des Pfarrers erbaut wurden. In Kirchen von Regularen ist die Aussegnung nur dann zulässig, wenn sich eine Gewohnheit zu Gunsten der Ordensleute nachweisen lässt (S. C. C. 9. Juni 1708). *Adone* ist der Ansicht, dass im übrigen das Decret der S. C. C. vom 7. December 1720 in Kraft steht: Esse in libertate puerperarum accedere ad quamcunque ecclesiam sibi benevisam[3]). Zwar gilt, was den Gründonnerstag anlangt, als allgemeine Regel, dass in den Kirchen, in welchen die sonstigen Functionen der Charwoche nicht vorgenommen werden, eine stille Messe am Gründonnerstage nicht gehalten werden kann (S. Rit. C. 31. Aug. 1839), auch sind die durch das Decret vom 31. Juli 1821 gewährten Vergünstigungen auf Pfarrkirchen beschränkt, indess bleibt, um hier nur die Tragweite des Decretes vom 10. December 1703 zu erwägen, bestehen, was *Benedict XIV.* in der citirten Institution 104 n. 94 sagt: »Es war nicht die Absicht der h. Congregation durch diese

---

1) Instit. 105 §. VI.

2) Am 9. Mai 1705 hatte bereits die S. Rit. C. entschieden: Es ist den Rectoren der Kirchen, die von Patronen abhängen, gestattet feierliche Votivmessen zu halten, Asche, Palmen und Lichter zu segnen und dem Volke zu vertheilen, unabhängig vom Pfarrer.

3) Synopsis canonico liturgica. Neapoli 1886. Lib. I. n. 1084.

Entscheidungen die Jurisdiction des Bischofes zu beschränken oder ihm zu verbieten, jemals von diesen Vorschriften abzuweichen, wenn eine rechtmässige Ursache dies fordert und der Nutzen der Diöcese es zu fordern scheint.« Demgemäss entschied die S. C. C. in Aturens. ad XIII: Gehört das Weihnachtsfest [wohl die Mitternachtsmesse], die vierzigstündige Andacht und die stille Woche derart zu den strengen Rechten des Pfarrers, dass der Bischof in Betreff derselben keine Bestimmung zu Gunsten der Communitäten treffen kann? Antw.: Negative in omnibus. XIX. Ohne Zweifel gehört die Taufe dem Pfarrer zu und alle Kinder von Pfarreingesessenen werden in der Pfarrkirche getauft. Ist es nun, wenn dies vollständig zugegeben wird, angezeigt, eine längst bereits übliche Gewohnheit aufzuheben, nach der ausgesetzte Kinder in den Krankenhäusern getauft werden? Alle Bischöfe billigen diese Gewohnheit. Antw.: Nein, wenn nur in den Krankenhäusern besonders dazu deputirte Kapläne sind. XX. Kann der Bischof in den Conventen von Ordensfrauen dem Kaplan gestatten, den in denselben wohnenden Personen die Wegzehrung oder die letzte Oelung zu spenden, wenn sie den Priester, den sie als Beichtvater im Leben gehabt, auch als Tröster in der Todesstunde haben möchten? Diese Gewohnheit herrscht überall in Frankreich. Antw.: Dem Rechte nach kann der Kaplan dies so lange nicht als die Communität nicht rechtmässig von der Jurisdiction des Pfarrers ausgenommen erklärt wird. In Anbetracht der besonderen Umstände indess ist der in Frankreich übliche Brauch beizubehalten, bis der h. Stuhl eine anderweitige Bestimmung trifft.

Wir haben nur noch wenige Akte den bereits beschriebenen hinzuzufügen. In einem Oratorium Beicht zu hören und einen Beichtstuhl aufzustellen ist nur mit Genehmigung des Bischofes gestattet. S. C. C. in Cassan. 11. Juni 1767 und 27. Juni 1744. Das göttliche Officium kann gebetet oder gesungen werden, wenn der Bischof nicht widerspricht (S. Rit. C. 10. Dec. 1703 ad XIV). Die Kapläne können dem Volke die Feste und Fasten ohne Erlaubniss des Pfarrers verkünden (Ebd. ad XVI), auch predigen ohne dessen Zustimmung (ad XVIII), hingegen kann der Pfarrer nicht ohne Erlaubniss daselbst predigen (ad XVII). Ist ein Pfarrkind innerhalb des Pfarrbezirkes zu begraben, so gehört das Recht, das Begräbniss zu leiten, dem Pfarrer zu (ad XX), doch kann man auch im Oratorium sich begraben lassen, wenn nur der Pfarrer die quarta funeralis erhält (In Atur. ad XXIII). Innerhalb des Oratoriums sind Processionen erlaubt (Decret von 1703 ad XXI), ausserhalb derselben nur mit Genehmigung des Bischofes oder der Pfarrer, durch deren Sprengel die-

selbe zieht (ad XXII). Ohne besondere Genehmigung des h. Stuhles kann das heiligste Sacrament in Oratorien nicht aufbewahrt werden (ad XXVI). Was endlich die Weihe des Taufbrunnens angeht, ist eine praktische Schwierigkeit für die Oratorien ebenfalls nicht mehr vorhanden. In keiner Kirche kann ein Taufbrunnen ohne Genehmigung des Bischofes aufgestellt werden, wenn dieselbe nicht Pfarrkirche ist [1]: »Es ist verboten in anderen als in den Pfarrkirchen, die matrices vel baptismales heissen, einen Taufbrunnen zu haben, es mögen nun öffentliche Oratorien oder Filialkirchen sein.« Immerhin bleibt es nach obiger Erklärung Benedict XIV. dem Bischofe unbenommen auch in anderen von der Pfarrkirche weit entfernten Oratorien die Errichtung eines Taufbrunnens zu gestatten (III. Mail. Provinzial-Concil).

Hiermit dürften die Rechtsvorschriften für die öffentlichen Saecular-Oratorien in ihren allgemeinen Umrissen gegeben sein, so dass wir dazu übergehen können, die die öffentlichen Kirchen der Regularen betreffenden Bestimmungen in Kürze darzustellen.

Artikel 2. Die öffentlichen Oratorien der Regularen.

1. Damit Regularen ein Haus oder eine Niederlassung errichten können, in der sie ein gemeinsames Leben nach der Regel führen, bedürfen sie der Einwilligung des Diöcesanbischofes und des Papstes. Wird nun die gleiche Genehmigung auch für die öffentlichen Oratorien erfordert? Pignatelli, Schmalzgrueber, Petra, Barbosa und andere bejahen diese Frage, und zwar mit Recht, wie aus einer weiter unten noch zu citirenden Entscheidung der S. C. C. in Lisbon. vom 9. Febr. 1754 hervorgeht. Jeden Zweifel behebt die Constitution Leo XIII. *Romanos Pontifices*: »Cum latius ea dubitatio pateat et ecclesiarum quoque ac coenobiorum erectionem pertingat, omnia haec unius quaestionis et iudicii terminis complectimur .... Sodalibus religiosis novas sibi sedes constituere erigendo novas ecclesias aperiendove coenobia, collegia, scholas nisi obtenta prius expressa licentia Ordinarii loci et Sedis Apostolicae non licere.« Das Gleiche gilt bei einer etwaigen Aenderung der Bestimmung einer mit bezüglicher Erlaubniss gegründeten Niederlassung: »Si schola in ecclesiam, coenobium in collegium, in domum pupillis aegrotisque recipiendis vel vicissim mutaretur« etc. Uebrigens ist ein öffentliches Oratorium ein integrirender Theil eines Klosters, so dass mit der Erlaubniss ein Ordenshaus

---

1) S. C. C. 24. März 1732 und 15. Jan. 1780.

zu gründen auch die Genehmigung für eine Kirche gegeben ist [1]). Ein öffentliches Oratorium gilt deshalb, wie Ferraris aus einer Entscheidung der h. Congregation der Bischöfe und Regularen herleitet, als unterscheidendes Merkmal zwischen einem Ordenshause und einem Hospize. Das letztere kann ein Oratorium haben, wenn nur die Thür nicht auf die öffentliche Strasse hinausgeht, in demselben keine Predigten u. s. f. gehalten, keine Glocken geläutet werden. Die öffentlichen Kirchen der Regularen heissen auch öffentliche Oratorien oder öffentliche Kapellen, wohl deshalb, weil sie in alten Zeiten den Gläubigen nicht zugänglich waren, also keine Kirchen darstellten, welche dem öffentlichen Gottesdienste geweiht waren [3]). Darnach hiessen auch die Klöster selbst, deren vorzüglichsten Theil das Oratorium ausmachte, Oratorien [4]). Jetzt heissen die öffentlichen Kapellen oder Oratorium gewöhnlich Kirchen, wie *Fagnani* bezeugt [5]).

Ausser diesen Oratorien, die auch Kirchen heissen, haben die Regularen bisweilen eine Kapelle innerhalb ihrer Clausur, die einzig ihrem eigenen Gebrauche gewidmet ist. Von den Hauskapellen wird weiter unten die Rede sein, weshalb wir hier diese Art Klosterkapellen ausser Acht lassen. Eine dritte Art von Oratorien indess kommt hier in Betracht, jene welche sich oft mit den Besitzungen der Regularen auf dem Lande verbunden finden, einen Ausgang auf die öffentliche Strasse haben und nur zur Darbringung des h. Messopfers bestimmt sind. Meist wohnt auf dem Landhause (grancia oder grangia) ein Laienbruder, der die Wirthschaft führt. Oft dienen diese Landhäuser auch für die Mitglieder des Ordens als Zuflucht, um sich zu bestimmten Zeiten des Jahres zur geistigen und körperlichen Erholung zurückzuziehen [6]). Ein solches Landhaus gilt weder als locus sacer

1) Ventriglia Praxis I. Annot. 18. n. 20. Devoti Instit. jur. §. 779 n. 96. Vergl. Archiv XXVI. 130 ff.

2) *Ferrar.* verb. Conventus. Decret vom 15. Sept. 1699 nachher mehrfach gegeben.

3) *Du Cange*, Glossarium v. Oratorium. *Thomasins*, Opera ed. Vezzosi Tom. VII. p. 9.

4) *Gonzal. Telles*, Comm. perpetuus lib. V. tit. 33. c. 10.

5) *Fagnani*, Comment. in libr. Decr. post. c. *Auctoritate* de Censibus Dissert. de grangiis. Im Decretalenrechte heisst so eine Kirche, in welcher die Seelsorge geübt wird, besonders eine Pfarrkirche, die einem Kloster oder einer Regularkirche incorporirt ist, aber ausserhalb des Klosters liegt, oder ein mit ihr verbundenes Beneficium oder Priorat. *Pichler*, Jus canon. lib. III. tit. 37. n. 1.

6) Hiermit sind die granciae im weiteren Sinne des Wortes nicht zu verwechseln, von denen *Devoti*, Institutiones lib. II. Tit. 10. §. 3. spricht. Es

noch als religiosus, sondern steht im Range einem Privathause gleich. Infolge dessen haben die Regularen kein allgemeines Privileg in jedem derartigen Hause eine öffentliche Kapelle einrichten zu dürfen. Im Uebrigen pflegt auch im Falle solche Kapellen eine öffentliche Thür erhalten, das Oratorium einzig zur Lesung von heiligen Messen, nicht aber zur Spendung anderer Sacramente gestattet zu werden. Inwieweit den Regularen ein Recht zusteht, in ihren Landhäusern eine Privatkapelle zu haben, wird weiter unten besprochen werden.

Während für die Landhäuser der Regularen das Recht eine öffentliche Kapelle zu errichten leicht erlangt wird, pflegt ein solches für die eigentlichen Hospize nicht ertheilt zu werden, wie aus *Ferraris, Mattheucci* [1]) und anderen hervorgeht. Es bleibt also im einzelnen das Recht der öffentlichen mit dem Kloster verbundenen Kapellen und das Recht der öffentlichen Landhauskapellen festzustellen. Wir schliessen daran das Recht der Kapellen der keinem Orden angehörigen religiösen Congregationen an.

Dass für die erste Errichtung einer öffentlichen mit der Ordensniederlassung verbundenen Kapelle a. a. die Genehmigung des Diöcesanbischofes erfordert wird, ist bereits bemerkt worden. Ist diese Genehmigung ertheilt, so steht es den Regularen, deren Beruf die Sorge für das Heil der Seelen einschliesst, zu, zu predigen, die Sacramente zu spenden und andere dem Pfarrer nicht vorbehaltenen Akte zu üben, ohne dass sie gehalten wären auf die Feier der Pfarrmesse Rücksicht zu nehmen. So bestimmte Pius V. in seiner Constitution *Etsi mendicantium* §. 22: »Prohibemus insuper eisdem Ordinariis ac aliis quibuscunque personis, ne impediant ipsos fratres, quando eis placuerit, tam in diebus dominicis seu festivis aut aliis totius anni temporibus campanas pulsare et etiam tempore, quo ipsi celebraverint, missas celebrare.« Und §. 8: »Nec non missas et divina of-

---

sind dies kleine Convente, deren Oberer eigentlich nur der Stellvertreter des Vorstehers der nächstgelegenen grösseren Ordensniederlassung ist und in Allem von diesem abhängt. Es ist durchaus falsch, wenn *Berardi*, Jus can. Tom. I. diss. 4. c. 5. annimmt, es geschehe dies *einzig*, damit der kleine Convent exempt bleibe. Vielleicht übte auch dieser Gesichtspunkt bisweilen einen Einfluss, jedenfalls ist aber in manchen Orden eine solche Ordnung ohne Rücksicht auf die Frage der Exemption vorgesehen. Für diese kleine Convente, soweit dieselben innerhalb Italiens lagen, gab Innocenz X. die Constitution *Instaurandae* 15. Oct. 1652. — Betreffs der Vicarien in den unterdrückten kleinen Conventen sehe man das Decret der S. C. Ep. et Reg. 8. Oct. 1670 bei *Bizzarri*, Collectanea S. 264 und die Declarationes S. 267.

1) *Ferraris*, Bibliotheca v. Conventus a. 1. n. 9. Mattheucc. Offic. cur eccl. 16. n. 7.

ficia ejusmodi etiam in diebus dominicis vel festivis, etiam antequam rector parochialis ecclesiae celebraverit, celebrare et facere quando eis videbitur.« Ordinarii, so entschied in folge dessen die S. C. C. am 10. October 1586, non impediant fratres pulsare campanas ad matutinum ac horas et ad missam, antequam pulsetur campana maioris ecclesiae, praeterquam in die sabbati sancti.« Wenngleich diese Constitution von Pius V. und von Gregor XIII. in gewissen Punkten aufgehoben ward, blieben die gedachten Bestimmungen dennoch voll in Kraft. Deshalb entschied die S. Congregatio Concilii im J. 1761 in Squillacensi [1]) auf die Frage, ob die Conventualen von B. der Weisung des Diöcesanbischofes vor der Feier der Pfarrmesse nicht zu läuten, keine Messe oder andere Functione abzuhalten gehorchen mussten: Negative. Ebenso entschied die S. C. Episc. et Regul. am 14. März 1879. In einem anderen Falle führte der Bischof vor der S. C. Concilii zwei Umstände in's Feld, denen eine gewichtige Bedeutung an sich nicht abzusprechen war: Eine angeblich mehr als hundertjährige Gewohnheit und der Nachtheil, der den Gläubigen selbst daraus drohen sollte. Trotzdem ward am 11. Mai 1892 zu Gunsten der Orden entschieden (in Ragusin.).

Der Streit der Regularen mit den Pfarrern um die etwaige Pflicht der Gläubigen der Pfarrmesse beizuwohnen oder das Recht der Regularen vor der Pfarrmesse zu celebriren ist sehr alt. Besonders in Deutschland war er im XV. Jahrhunderte sehr heftig. Sixtus IV. legte ihn durch die Bulle *Vices illius* am 17. Juni 1478 bei (Extrav. 2 de Treuga et pace). Die Bettelorden sollten sich davor hüten zu predigen, die Pfarrkinder seien nicht gehalten an Sonn- und Festtagen der Pfarrmesse beizuwohnen, da das Recht ihnen dies zur Pflicht mache, so oft eine gerechtfertigte Ursache sie nicht von der Kirche fernhielte. Indess ebenso die allgemeine Gewohnheit wie spätere Constitutionen der Päpste änderten dies Recht. Leo X. erklärte in seiner Constitution *Intelleximus* 13. Nov. 1517: »Wir haben erfahren, dass einige es in Zweifel ziehen und ängstlichen Gemüthern Skrupel erregen, ob die Christgläubigen, welche an Sonn- und Festtagen in den Kirchen der Bettelorden die heilige Messe hören, dem Kirchengebote Genüge leisten . . . Wir geben also hiermit bekannt, dass alle Christgläubigen, die ohne aus Verachtung gegen ihren eigenen Pfarrgeistlichen so zu handeln, in den Kirchen der Bettelorden die h. Messe hören, dem Kirchengebote Genüge leisten

---

1) *Lucidi*, De visitatione Tom. I. p. 459 (III. ed.). *Ferraris* v. Missa art. 5. n. 30. V. Parochus art. 3. n. 3 sequ.

und weder einer schweren Sünde schuldig sind noch eine andere Strafe auf sich ziehen.« In einer anderen Constitution *Exponi nobis* 3. Dec. 1518 bedroht Leo X. die Bischöfe und Pfarrer mit den härtesten Strafen, wenn sie nicht davon ablassen, den Gläubigen deshalb beschwerlich zu fallen. Der Gesellschaft Jesu gab Paul III. durch die Const. *Licet debitum* 18. Oct. 1549 das Privileg, dass die Gläubigen ohne jede Verpflichtung ihre eigene Pfarrkirche aufzusuchen in den Kirchen der Gesellschaft dem an Sonn- und Festtagen verpflichtenden Kirchengebote genügen könnten. Das Tridentiner Concil kommt an zwei Stellen auf diesen Gegenstand zurück. In der XII. Sitzung De observ. et vitandis in celebr. missae: »Sie sollen auch das Volk ermahnen, dass es oft seine Pfarrkirche, besonders an Sonn- und höheren Festtagen, besuche.« Und Sess. XXIV. cap. 4 de reform.: »Der Bischof soll das Volk eifrig ermahnen, dass ein Jeder, wenn dies ohne Schwierigkeit (commode) geschehen kann, gehalten ist seine Pfarrkirche zu besuchen, um das Wort Gottes zu hören.« An der ersten Stelle, sagt Benedict XIV., bestimmt das Concil ausdrücklich, dass die Gläubigen nicht durch Vorschrift dazu zu zwingen, sondern durch Mahnung dazu zu bewegen sind [1]), und darum befahl der h. Stuhl regelmässig aus jedem Diöcesanstatut, das eine Vorschrift in diesem Sinne enthielt, eine solche zu entfernen. An der zweiten Stelle handelt es sich nicht um die Messe, sondern um die Predigt. Da indess die Predigt seit der Stiftung der Kirche bis auf unsere Zeit gewöhnlich nach dem Evangelium gehalten wird [2]), so wären die Pfarreingesessenen auch verpflichtet der Pfarrmesse beizuwohnen, bestände für sie ein Zwang, die Predigt während derselben anzuhören. Zur Lösung dieser Schwierigkeit haben die Erklärer verschiedene Wege eingeschlagen. Suarez, Rodericus, Fagundez, Bonacina sagen, die gedachte Stelle des Tridentiner Concils enthalte nur eine Mahnung, ganz besonders, so weit es sich um den Ort der Predigt handelt. Die Vorschrift, die Predigt zu hören, entspringe nicht einem positiven Gesetze der Kirche, sondern aus dem Gesetze der Liebe gegen sich selbst. Dieses Gesetz der Liebe, für sein eigenes Seelenheil Sorge zu tragen, verpflichte sicherlich nicht zum Anhören der Predigt in der Pfarrei, wenn also das Tridentiner Concil die Pfarrkirche nenne, so geschehe dies, weil der Pfarrer streng verpflichtet ist, allezeit im Anschluss an die Pfarrmesse zu predigen. Endlich schliessen die Worte »ubi commode id

1) De Syn. dioeces. lib. XI. cap. 14 n. 10. (cfr. *Petra*, Tom. III. ad Const. 1. Nicol. III. n. 13).

2) Conc. Trid. Sess. XXII. cap. 8.

fieri potest« ein wirkliches Gebot aus. Die allgemeine Gewohnheit der Kirche zeigt, dass eine solche Verpflichtung nicht recipirt ist, vielleicht deshalb nicht, weil es eben ohne Schwierigkeit nicht geschehen konnte. Andere, sagt Benedict XIV., sind, vielleicht ist dies richtiger, der Meinung dass die Pflicht, die Predigt des eigenen Pfarrers anzuhören, durch die entgegengesetzte Gewohnheit zur Zeit aufgehoben ist, da überall fromme und gelehrte Männer sich in andere Kirchen begeben, um fremde Prediger zu hören.

So oft nach dem Tridentiner Concil das Recht in den Kirchen der Regularen der heiligen Messe beizuwohnen in Frage gestellt ward, ebenso oft beeilte sich der h. Stuhl dasselbe in Schutz zu nehmen. Besonders bemerkenswerth ist das Breve Clemens VIII. *Significatum* 22. Dec. 1592: »Praesenti decreto Nostro sancimus licere saecularibus Christique fidelibus universis libere missas diebus dominicis et aliis majoribus festis audire in ecclesiis tam Fratrum Praedicatorum quam aliorum Mendicantium necnon etiam Collegii Societatis Jesu, juxta illorum privilegia et antiquas consuetudines, dummodo id in contemptum ecclesiarum parochialium non faciant.« Was ist erforderlich, damit dieser contemptus fern bleibe? Juenin und Van Espen fordern für die höheren Festtage einen gewichtigen Grund, ohne dessen Vorhandensein sei das Fernbleiben von der Pfarrkirche ein contemptus und mithin ein schweres Vergehen. Eine solche Erklärung indess raubt, wie Benedict XIV. bemerkt, den Indulte der Päpste jede Bedeutung. »Wollen wir also nicht etwa sagen, Leo X., der h. Pius V. und Clemens VIII. haben mit den Worten ein Spiel getrieben und den Regularen kein besonderes Privileg ertheilt, so müssen wir nothwendig bekennen, dass sie unter dem Worte contemptus einen von dem Hören der h. Messe ausserhalb der Pfarrkirche verschiedenen Akt verstehen, durch den Jemand ausdrücklich oder stillschweigend sich seinem eigenen Hirten entfremdet zeigt [1].«

Auch die übrigen Functionen, welche den Pfarrern nicht reservirt sind, können von den Regularen in ihren öffentlichen Ordenskirchen ausgeübt werden, ohne dass der Diöcesanbischof das Recht hat, Mass und Weise vorzuschreiben. Ein Fall, der vor nicht allzu langer Zeit dem h. Stuhl Anlass gab einzuschreiten, ist in dieser Hinsicht sehr instructiv. Der Erzbischof von Paris Dionysius Affre hatte den Priestern der Gesellschaft Jesu in der rue des postes 18 zu Paris untersagt, anderswo als in den Pfarrkirchen, bezüglich öf-

1) De Syn. dioec. lib. XI. cap. 14 n. 3. Gegen *Marchant* siehe die Darlegungen *Busenbaums* beim hl. Alphons Theolog. mor. lib. IV. n. 320—324, cfr. n. 269 und 308.

fentlichen Saecular- und Hospitalkirchen, Beicht zu hören. »Statuta .. congrua minime sunt canonicis sanctionibus, schrieb Gregor XVI., et hoc praesertim tempore cessura sunt in sacrae rei detrimentum. Ac primum Fraternitatem Tuam considerare volumus decretum Concilii Tridentini Sess. XXIII. cap. 15 de ref. de confessionibus saecularium personarum a nullo vel regulari presbytero nisi post acceptam episcopi approbationem excipiendis et recentiores in eandem sententiam Romanorum Pontificium Constitutiones non eo certe spectare, ut episcopus datum inde sibi putet arbitrium adiciendi approbationi suae limites inutiles aut etiam regularium confessariorum Ordini iniuriosos, qualis sane praefinitio illa est, qua iidem confessiones audire prohibeantur in ecclesia sua. Deinde ad poenitentium causam quod adtinet legimus in mandato Tuo discrimen positum inter homines ecclesiasticos et laicos, et circa hos solummodo, sive feminae sint, sive sint viri, statutum, ne presbyteri Societatis Jesu extra destinatam unicuique parochialem ecclesiam et alia quaedam definita loca sacramentales eorum confessiones auscultent. Atqui nostra hac aetate, atque in urbe ista praesertim, magnus est laicorum imprimis virorum numerus, quos nimius pudor vel derisionum metus a sacramentorum usu retrahit adhuc in praesens aut alias retraxit. Hi autem, si iustam non habeant libertatem sui confessarii, cui plane confidant, seu loci et temporis, quo eum adeant, eligendi, longe inde difficilius adduci poterunt ad eluendas per sacramentum poenitentiae animi sordes divinamque subinde communionem salubriter accipiendam; aut ab assumpto iam more utriusque sacramenti rite ac saepius suscipiendi facile admodum recedent. Ita igitur inconsultissima eadem praescriptione mandati Tui non leve animarum periculum consequetur. Tuum vero est, Venerabilis Frater, videre, qualem ejus rei excusationem habiturus sis apud divinum Judicem, qui rationem ab episcopo reposcet vel unius creditarum cuique ovium, si non propria tantum, sed pastoris etiam culpa perierit.« Die letzten Worte zeigen zur Genüge, wie sehr der h. Stuhl auf die Beobachtung der Schranken und der Freiheit besteht, die er um des Heiles der Seelen aufgestellt und gewählt hat. Für alle übrigen Andachtsübungen gibt das Decret der h. Congregation der Bischöfe und Regularen vom 14. März 1879 ad I et II eine Regel.

Auf die Frage nämlich: I. Kann der Bischof das Läuten der Glocken[1]) in allen Pfarrkirchen der Diöcese verbieten, vor der Pfarr-

1) Johannes XXII. verbot den Regularen ohne Erlaubniss des h. Stuhles mehr Glocken als eine in ihren Kirchen zu haben (Extrav. com. *Quia cunctos* un. *De officio custodis*). Die Dominicaner erlangten ein Privileg von In-

messe und so lange diese dauert, die Nicht-Pfarrkirchen mögen nun von Weltpriestern verwaltet werden oder Ordensleuten zugehören? lautete die Antwort: »Für die Weltpriester mache der Bischof von seinem Rechte Gebrauch, wenn nicht eine lobenswerthe Gewohnheit oder ein Privileg im Wege steht. Was die Regularen angeht negative, mit Ausnahme des Sonnabends in der Charwoche.« Auf die weitere Frage: II. Können die Rectoren von Kirchen, die Weltpriester sind, und können die Oberen der Regularen ausserordentliche Functionen einführen, in den respectiven Kirchen hergebrachte Gewohnheiten ändern und Processionen veranstalten ohne Erlaubniss des Ordinarius? wurde die Antwort gegeben: »Den Weltpriestern gegenüber mache der Ordinarius von seinem Rechte Gebrauch, mit Beobachtung indess der Bestimmungen der h. Congregationen, ganz besonders der Entscheidungen der h. Congregation der Riten aus dem Jahre 1703 urbis et orbis. Was die Regularen angeht, affirmative, mit Beobachtung der Bestimmungen wie oben, mit Ausnahme der Processionen ausserhalb der Kirche, soweit nicht für einige besondere Privilegien bestehen.«

2. Ohne die Erlaubniss des Bischofes vermögen die Regularen kein öffentliches Oratorium, das mit einer canonisch errichteten Ordensniederlassung verbunden ist, zu errichten. Mit den Bestimmungen des älteren Rechtes treffen die Entscheidungen der Römischen Congregationen aus neuerer Zeit zusammen. Innocenz III. (Cap. *Cum olim* 14 de privil.) und Alexander IV. (Cap. *Auctoritate* 4 de privil.) verbieten den Regularen ausdrücklich ohne Genehmigung des Diöcesanbischofes oder ein Privileg des h. Stuhles ein Oratorium auf nicht exemptem Gebiete zu bauen. »Auctoritate Sedis Apostolicae .. statuimus, quoad oratoria et capellas in locis non exemptis sine Dioecesanorum locorum ipsorum licentia exempti construere non praesumant.« Nach der bereits angeführten Glosse ist hier besonders von den Kapellen der Landhäuser die Rede. War auch damals oft das Besitzthum exempt[1]), so ist dies doch zur Zeit nicht der Fall, so dass der weitere Text des Caput hier ausser Betracht bleiben kann. Vor dem Tridentiner Concil hatten besonders die Cistercienser von Alexander VI. Idib. Nov. 1498 das Recht, öffentliche Oratorien mit freier Spendung der Sacramente zu errichten erlangt, soweit auf den Landgütern keine Pfarrkirchen bestanden[2]). Das Tridentiner

nocenz XI. *Exponi nobis.* Zur Zeit ist die Constitution Johann XXII. durch gegentheilige Uebung überall ausser Kraft. Cfr. Acta S. Sedis XI. 598.

1) Siehe Analecta Juris Pontif. Tom. II. livr. 34. n. 110. Col. 1819.

2) Fol. caus. Toletan. 29. Aug. 1761.

Concil machte denselben indess durch die in der XII. Sitzung De observ. et vit. in celebr. miss. gegebenen Vorschriften ein Ende. Dass die alten Privilegien nicht mehr bestehen, entschied die S. C. C. in Elven. 9. Febr. 1754. Der Abt des Benedictinerklosters de Salute in Lissabon hatte neben dem Landhause seines Klosters eine öffentliche Kapelle erbaut und eingeweiht, in welcher die Gläubigen der h. Messe beiwohnten und die h. Communion empfingen. Die h. Congregation erklärte, dass der Abt dazu kein Recht gehabt habe. Die gleiche Entscheidung wurde in Toletana für den Orden des hl. Bernhard am 29. August 1761 gegeben, in dessen Kapelle auch Beicht gehört worden war. Nichtsdestoweniger ertheilte Benedict XIV. durch das Breve *Exponi nobis* am 22. Januar 1755 dem Predigerorden das Privileg »ut deinceps in publicis capellis seu privatis oratoriis existentibus in domibus, possessionibus et membris ad conventus Ordinis praedicti ... pertinentibus, quae ab Ordinariis locorum juxta jus visitari et approbari soleant debeantque, licet ab illis nec visitata nec approbata fuerint, nihilominus sacrosanctum Missae Sacrificium tam per regulares sive ejusdem sive alterius ordinis quam saeculares presbyteros celebrari possit, missamque inibi audientes diebus festivis praecepto Ecclesiae hac de re edito satisfacere intelligantur, absque tamen ullo jurium praejudicio . . .« Ausserdem befreite der Papst die öffentlichen Kapellen und Privat-Oratorien der Dominicaner von aller Visitation und Unterwerfung unter den Diöcesanbischof, und wies den Ordensvisitatoren die Oberaufsicht über die gebührende Einrichtung und Ausstattung derselben zu.

Wo die Erlaubniss des Diöcesanbischofes für die Errichtung einer öffentlichen Kapelle bei einem Landhause erfordert wird, bedarf die Ertheilung derselben nicht jener besonderen Rechtsformen, welche Urban VIII. für die eigentlichen Ordens-Niederlassungen vorschrieb, da ein Schade für Dritte in keiner Weise zu besorgen ist. Auch eine besondere Genehmigung des h. Stuhles ist nicht gefordert [1]). Das privilegium cannarum kann für solche Landoratorien nicht angerufen werden. Erstlich nämlich findet sich nirgends die Berechtigung einer solchen Ausdehnung angedeutet [2]), sodann lässt

1) *Benedict XIV.* sagt De Syn. dioec. IX. cap. 1. n. 9, ausdrücklich, die Genehmigung des h. Stuhles werde nur für die Gründung von monasteria, conventus, collegia erfordert, nicht für Hospize. »Alles dies ist reichlichst erwogen und erörtert worden gelegentlich einer causa Eystett. fundationis hospitii, in welcher drei Entscheidungen nach einander fielen.« Die für die Hospize geltende Ursache greift auch für die Landhäuser und ihre Annexe Platz.

2) Siehe F. Piat. Montens. Praelectiones juris regularis Tornaci 1890. vol. II. pg. 465.

sich dieselbe aus den inneren Gründen des Privileges ebenso wenig herleiten. War das Privilegium gewährt, um Eifersüchteleien und jeden Streit zwischen den Orden zu verhüten, so sind solche sicher da nicht zu befürchten, wo weder eine Kirche ist, in der die Seelsorge ihre Uebung findet, noch eine ständige Ordensniederlassung. Ziel und Folge solcher Privilegien ist aber nach Cardinal de Luca das Entscheidende in der Beurtheilung derselben. Für den Unterhalt solcher Oratorien wird keine besondere Stiftung erfordert, da dieselben den Ordensleuten zugehören und also dieselbe Quelle für die einen wie für die anderen sich öffnet.

Den Bischöfen steht das Visitationsrecht über die Oratorien der Landhäuser zu, zu denen Weltliche Zutritt haben, selbst dann, wenn die Landhäuser selbst von ihrer Jurisdiction ausgenommen sind. Cap. *Auctoritate* de Censibus untersagt den Bischöfen bei der Visitation solcher Oratorien Procurationen zu erheben. Wenngleich nämlich solche Orte den Diöcesanbischöfen unterworfen sind, bemerkt Tellez zur Erklärung, so haben dieselben doch weder einen Titulus beneficii noch ein damit verbundenes Beneficium oder kirchliche Einkünfte, darum können sie also dem Bischofe, dessen Visitation sie unterstehen, keine Entschädigung leisten. Ebenso bezeugt Monacelli: »Oeffentliche Oratorien werden, selbst wenn sie Regularen zugehören, vom Bischofe visitirt, sobald dieselben von dem eigentlichen Ordenshause getrennt und auf dem Lande gelegen sind. So entschied die S. C. C. in Caesenat. 23. Sept. 1690 in Corton. 20. April 1697.« In gleichem Sinne sprechen sich *Ferraris*, *de Bonis* und *Gaudentius a Janua* aus [1]). Die S. C. C. hat mehrfach in gleichem Sinne entschieden, so in Lycien. 18. Dec. 1723, 29. Jan. 1724 und 23. Juni 1725, Placentina 27. Juli und 17. Aug. 1726 und 11. Jan. 1727, Montis Regalis 8. Febr. und 15. März 1723. Das Fundament dieses Rechtes sind die Erklärungen der h. Congregation der Bischöfe und Regularen, welche dieselbe am 27. Juli 1655 mit Gutheissung Alexanders VII. gab: »Der Visitation und Jurisdiction des Ordinarius unterliegen die Kirchen der kleinen Convente und die Kapellen der Landhäuser, es mögen in den letzteren Laienbrüder zur Bestellung des Landes wohnen oder nicht.« Der Secretär der S. C. C. (Prosper Lambertini) wies in Placentina und in Montis Regalis besonders auf diese Bestimmungen als entscheidend hin. Das dem Ordinarius zu-

---

1) Monac. Form. Tit. V. form. 2. n. 5. *Ferraris*, Bibliotheca v. Capella n. 50. *De Bonis*, De oratoriis publicis n. 303, 316. *Gaud. a Janua*, De visitat. cujuscunque praelati Rom. 1748. cap. 4. dub. 10. Sect. 2. n. 13.

geschriebene Recht der Visitation kommt demselben ausschliesslich zu[1]).

3. Zum Wesen eines Ordens gehört es, sagt Benedict XIV., dass er in seiner Eigenart und als Stand nach den Vorschriften des cap. un. de relig. domib. in 6 vom h. Stuhle bestätigt wird. Es reicht somit nicht hin, von demselben Apostolischen Stuhle eine Approbation und Bestätigung der Regeln zu erlangen, welche eine Vereinigung von Männern oder Frauen zu beobachten sich verpflichten will. (*Quamvis justo* 30. April 1749). Da die Congregationen, mit denen Gott die Kirche in neuerer Zeit ausgestattet, dieser Definition nicht entsprechen, gilt von ihren Kirchen und Oratorien nicht, was bisher über die eigentlichen Orden gesagt ward. Sie sind nicht capaces possidendi ecclesiam jure suo, wie Cardinal de Luca in ähnlichem Zusammenhange sagt. Damit es ihnen gestattet sei, ein öffentliches Oratorium zu haben, muss der Diöcesanbischof seine Genehmigung geben. Im Uebrigen unterliegen sie den gleichen Vorschriften und Lasten wie die Kapellen von frommen Bruderschaften. »Um an den Privilegien der eigentlichen Orden irgendwie Antheil zu haben, bedürfen die Congregationen oder Frauenklöser mit einfachen Gelübden eines besonderen päpstlichen Indultes. Deshalb können die Pfarrer verlangen, dass die Mitglieder sich ihrer Autorität als Hirten unterwerfen und die Ostercommunion aus der Hand des Pfarrers empfangen, wie diesem auch das Recht vorbehalten bleibt, ihnen die Sterbesacramente zu spenden und sie zu begraben. Die Mitglieder der gedachten Communitäten mit einfachen Gelübden gelten schlechthin als Pfarrkinder, also als denselben Gesetzen dem Pfarrer gegenüber unterworfen wie die Laien. Der Bischof selbst kann sie nach dem gemeinen Rechte von dieser Unterwerfung unter die Autorität des Pfarrers nicht frei machen, wie die h. Congregation der Bischöfe und Regularen am 21. August 1862 entschied. Der Klosterkaplan muss also den betreffenden Pfarrer um eine allgemeine oder in jedem einzelnen Falle um eine besondere Ermächtigung bitten, die Ostercommunion spenden und die Sterbesacramente ertheilen zu können.« So *Craisson* in seinem Werke über die Communitäten mit einfachen Gelübden[2]). Die Passionisten, die Redemptoristen, die Maristen, die Sulpicianer u. a. haben vom

---

1) Siehe Decr. s. Congr. super statu regul. 11. Sept. 1670 bei *Fagnani* und *Ferraris*. Dass dieselben sich nicht auf Italien beschränken, beweist *Gaudentius a Janua* und *Van Gameren*, De oratoriis pg. 116.

2) *Craisson*, Des communautés religieuses à voeux simples. Paris 1869. S. 109.

h. Stuhle Privilegien in dieser Hinsicht erlangt. Ausserdem aber hat der Bischof das Recht, eine Communität bei der Errichtung vom Pfarrzwang frei zu erklären (Clem. *Quia contingit* 2. §. ult. *De religiosis domibus*) wie auch durch rechtmässige Gewohnheit eine solche Freiheit erworben werden kann. Auf die Frage des Bischofs von Aire: An in communitatibus mulierum religiosarum possit episcopus permittere capellano ministrare viaticum et extremam unctionem personis internis, quae eum habent in vita confessorem et eum cupiunt habere solatorem in articulo mortis? Is mos utique in Gallia viget? antwortete die S. C. C. am 14. Aug. 1861: De jure communi non posse, nisi prius declarata exemptione a jurisdictione parochi. Attentis vero peculiaribus circumstantiis servandum esse usum in aliis Galliarum dioecesibus obtinentem, donec aliter a S. Sede fuerit statutum. — Ohne Erlaubniss des h. Stuhles kann in diesen Oratorien das Allerheiligste nicht aufbewahrt werden. »Im Allgemeinen,« sagt Benedict XIV. (Const. *Quamvis justo* 30. April 1749), »kann die h. Eucharistie in den Kirchen, die nicht Pfarrkirchen sind, nicht aufbewahrt werden, wenn nicht etwa eine unvordenkliche Gewohnheit das Vorhandensein eines Indultes präsumiren lässt.« Nach einer Entscheidung der S. C. C. vom 8. Juli 1707 muss indess die Wahrheit der Präsumtion weichen, d. h. wenn sich zweifellos herausstellt, dass allein der Bischof die Erlaubniss gegeben hat, kann die Gewohnheit nicht mehr angerufen werden. Zu erwähnen ist indess noch eine Entscheidung in Cassan. 12. Aug. 1747 ad IV: Kann in der Kirche einer Bruderschaft mit Erlaubniss des Bischofes und durch einen von demselben zu bestimmenden Zeitraum das Allerheiligste zur öffentlichen Verehrung ausgesetzt und während desselben im Tabernakel aufbewahrt werden? Affirmative et episcopus prudenter concedat.

Die männlichen Congregationen von den Redemptoristen bis auf die Oratorianer und unter den Laienorden insbesondere die barmherzigen Brüder haben besondere Privilegien vom h. Stuhle erhalten, so dass auf die Kirchen derselben die allgemeine Regel nicht Anwendung findet.

4. Ueber die durch Säcularisation ihrer Bestimmung entzogenen und zu gänzlich profanen Zwecken verwendeten Kirchen ist nichts besonderes zu bemerken, haben sie doch ihren eigentlichen Charakter verloren, sobald der h. Stuhl durch Abschluss eines Concordates oder auf andere Weise dieselben gleichsam aus seiner Jurisdiction entlassen hat. Ist aber eine Kirche noch gottesdienstlichen Zwecken geweiht, so kann der Bischof dieselbe unter gewissen Voraussetzungen einem Orden als öffentliches Oratorium überlassen oder aber nur zur

Verwaltnng übergeben. Damit eine Kirche gänzlich Eigenthum eines Ordens werden kann, muss der Bischof die Zustimmung des Kapitels und anderer, die ein berechtigtes Interesse haben können, einholen, besonders also des Patrones [1]). Wenngleich die Erlaubniss des heiligen Stuhles nicht erfordert wird, ergänzt diese doch zugleich die etwa mangelnde Einwilligung des Kapitels oder befreit von der Einholung derselben [2]). Das gedachte Recht des Bischofes bestätigen Fagnani, Corradus, Tellez, Schmier u. a. Ja die Genehmigung des Bischofes wird selbst dann noch gefordert, wenn die Regularen vom h. Stuhle die Erlaubniss erlangt haben, eine Kirche zu der ihrigen zu machen, die bisher nur vom Bischofe abhing, es sei denn, dass ein Indult ausdrücklich die Befreiung vom Recurse an den Bischof ausspricht. Handelt es sich hingegen darum, den Regularen ein beschränktes und widerrufliches Recht an eine Kirche zuzuweisen, ohne dass diese dem Orden als Eigenthum zugewiesen wird und so ihren Stand ändert, so stehen alle Rechte hierfür dem Bischof allein zu. Wenn eine Kirche mit einem Kloster derart verbunden wird, dass die Union einzig in den Temporalien statthat, ebenso wenn die Union eine vollständige ist, so greifen Bestimmungen Platz, die für den hier behandelten Gegenstand belanglos sind. Uebrigens hat das Concil von Trident die Vereinigung von Pfarrkirchen mit Klöstern untersagt. Sess. XXIV. cap. 13 de reform.

1) Cap. *Cum nos* 3. Cap. *Tua* 8. v. *Pastoralis* 9. De his quae fiunt a praelato. Ebenso cap. *Pastoralis* 7. De donationibus.

2) Donatus Praxis regular. Tom. I. p. 2. Tract. 1 qu. 45. n. 4.

3) Cap. *Pastoralis* 19 und In Lateranensi 31 de Praebend.

IV.

Decreta octavae congregationis Decanorum, utriusque Archidioecesis Gnesnensis et Posnaniensis, habitae Gnesnae die 15. Novembris A. D. 1893.

Decretum I. De Testamentis.

Innovantes et in memoriam revocantes Synodorum nostrarum provincialium et dioecesanarum statuta, omnes utriusque Archidioecesis nostrae beneficiatos in Domino monemus et obligamus, ut praesertim ii, qui aetatis suae annum quinquagesimum transgressi sunt, vel debilioris valetudinis se esse sentiunt, horam mortis praevenientes tempestive de iis, quae sive ex parsimonia sive ex superfluis beneficii sui reditibus collegerint, per testamentum rite confectum et judici civili traditum disponant. Conficiendo vero testamenta caveant, ne inordinato erga parentes et consanguineos ducti affectu iis omnia distribuant, neglectâ Ecclesia, cui inservierint, et neglectis piis causis et institutis sive jam in Dioecesi exsistentibus sive necessario mox condendis, uti e. g. Convictu juventutis ad statum clericalem se praeparantis, quorum ante omnia juxta mentem ss. Canonum rationem habere debeant. Sciant igitur, se in conscientia ad disponendam unam saltem partem fortunae suae ad pias causas obligatos esse et animae suae male consulere, si secus agant.

Insuper omnes Decanos foraneos in virtute obedientiae obstringimus, ut, quotiescunque aliquis parochus decanalis gravius aegrotet, eum sine mora visitent, animae eius provideant, de testamento eum interrogent, et si, quod absit, illud nondum confectum compererint, ad quantocius juxta mentem ss. Canonum conficiendum compellant.

De confecto testamento etiam in visitationibus pastoralibus beneficiatos imprimis aetate provectiores interrogent, Nobisque referant, qui huic officio satisfecerint et qui non satisfecerint.

Decretum II. De seminationibus hiemalibus et aestivis a beneficiatis successoribus suis relinquendis.

Ne beneficia deteriorentur neve diminuantur, decernimus, ut in posterum unusquisque beneficiatus, qui saltem per completum sexennium beneficium curatum possederit, sive totam seminationem hiema-

lem et aestivam, beneficium obtinens, acceperit sive non acceperit, utramque seminationem in ea quantitate, quam bene ordinata agricultura exigit, successori suo relinquere teneatur[1]).

Decretum III. De officio residentiae.

Quum ad aures nostras pervenerit, nonnullos sacerdotes nostrarum Archidioecesium in cura animarum occupatos minus scrupulose officium residentiae in parochia sua observare, et nonnunquam absque Superiorum suorum licentia a parochia sua per plures dies abesse, id quod a ss. Canonibus severe et sub gravi peccato est prohibitum, statuimus:

sacerdotem in cura animarum occupatum, qui *ultra duos* dies a loco domicilii sui abesse vult, a suo Decano licentiam in scriptis expectere debere, nisi res sit urgens et moram non patiatur. Tunc enim ante obtentam licentiam extra parochiam proficisci ei licebit, sed insimul Decanum suum tam de sua absentia quam de causa absentiae certiorem reddere tenebitur.

Decani non poterunt ultra quinque dies sacerdotibus memoratis a loco domicilii abesse permittere. Qui sacerdotes ulterius abesse voluerint, a Nobis vel ab Officio Nostro Generali permissionem obtinere debebunt, et de obtenta licentia Decanum certiorem reddere.

Si parochus extra parochiam proficiscens vicario careat, pro tempore absentiae alium sacerdotum a Nobis approbatum substituere debebit.

Parochorum *vicariis* inculcamus, eos non solum eadem ac caeteros in cura animarum occupatos sacerdotes quoad residentiam vinciri lege, sed omnino ne per unum diem quidem absque expressa parochi sui licentia parochialem ecclesiam deserere posse.

Decani denique pro absentia usque ad quinque dies a loco domicilii sui non indigent quidem permissione sive Nostra sive Nostri Officii, sed si haec absentia quinque dies duratura est, ad Nos sive ad Nostrum Officium de ea referre debent.

Decretum IV. De jurisdictione sacerdotibus vicinarum Dioecesium concedenda.

Omnibus Decanis in confiniis nostrarum Dioecesium constitutis abhinc jus erit, sacerdotibus vicinarum Dioecesium, quotiescunque in

---

1) Insuper ad praecavendas discordias et gravia damna decernimus et statuimus, ne in posterum locationes agrorum et hortorum, ad ecclesias et pia instituta pertinentium, sive ad plures annos sive ad unum annum ab alio termino quam a die 1. Julii incipiant et ut eodem termino finem habeant.

nostras Dioeceses sive ratione majoris concursus populi sive alia ex causa ad adjuvandos suos confratres in tribunali poenitentiae venerint, jurisdictionem juxta communem in nostris Archidioecesibus vigentem approbationem pro excipiendis Christi fidelium confessionibus concedere, dummodo hi in suis Dioecesibus sint approbati.

Decretum V. De facultate absolvendi a peccatis reservatis.

Omnibus sacerdotibus a Nobis approbatis abhinc facultatem conferimus, a peccatis *Sedi Nostrae Ordinariae simpliciter reservatis*, tempore paschali et quotiescunque confessiones infantium ad primam confessionem vel ad primam s. Communionem accedentium excipient, absolvendi.

Facultas haec pariter ac facultas decreto quarto comprehensa »ad beneplacitum Sedis nostrae« vim habebit.

Quae omnia atque singula Decreta supradicta ab universo Clero utriusque Nostrae Archidioeceseos tamquam leges dioecesanas a dato promulgationis eorundem observari volumus et mandamus, reservantes Nobis contra secus agentes poenis congruis atque opportunis procedere.

Datum Gnesnae, in Aedibus Residentiae Nostrae, die 15. Novembris A. D. 1893.

Archiepiscopus Gnesnensis et Posnaniensis
† *Florianus.*

Ex mandato:
Valerianus Stryjakowski
a Secretis.

No.: 1949/93 O.

V.

S. D. N. Leonis divina providentia Papae XIII. epistola encyclica ad episcopos Polonos.

Venerabilibus Fratribus, Archiepiscopis et Episcopis Polonis.

LEO PP. XIII.

Venerabiles Fratres Salutem et Apostolicam Benedictionem!

Caritatis providentiaeque Nostrae peculiare testimonium quod aliis catholicis gentibus per intervalla exhibuimus, ut, datis ad earum Episcopos singularibus litteris, documenta Apostolicae exhortationis impertiremus, id similiter vobis ex opportunitate praestare posse, iamdiu Nos ingens desiderium tenebat. Equidem populum istum, genere, sermone, religioso ritu varium, uno Nos omnem, quod alias ediximus, eodemque studio complectimur et fovemus; neque unquam nisi iucundissime de ipso cogitamus, cuius et praeclara spirat memoria gestarum rerum, magnam erga Nos coniunctam cum fiducia pietatem constanter agnovimus. — In ceteris enim laudibus, laus merito manet eximia patribus illis vestris, qui tremefactâ Europa ad impetus hostium christiani nominis praepotentium, pectorum suorum praesidia inter primos, insignibus praeliis, opposuerunt, iidem religionis et civilis cultus vindices acerrimi fidissimique custodes. His de promeritis palam est a Nobis non multos ante menses cum gaudio commemoratum, tunc scilicet quum nonnulli vestrum, Venerabiles Fratres, pia fidelium agmina peregre ad Nos salutatum gratulatumque adduxistis; ex qua pulcherrima fidei testificatione, pergrata adfuit occasio, ut avitae religionis decus, per multos rerum et difficiles casus integrum, vividum, Poloniae vicissim gratularemur. — Iamvero sacris eius rationibus si, quantum erat in Nobis, nihil antea prodesse destitimus, id posse vel amplius cupimus, atque in praesentia efficere consilium est: eâ nimirum causa, ut sollicitudinis in vos Nostrae apertior extet coram Ecclesia declaratio, utque etiam vestrum omnium animi in catholicae professionis officiis, roborata virtute, subsidiis auctis, confirmentur et praestent. Hoc autem facere instituimus alacriore quidem cum spe, propterea quod cognitum perspectumque habemus qua vos, Venerabiles Fratres, sollertia interpretes voluntatis Nostrae et ministri esse consueveritis, et quo proposito in summis vestrorum gregum bonis tuendis augendisque elaboretis. Quos autem

in ipsis praestabiles fructus expetimus, ita Deus, qui ad alloquendum movit, benignus idem secundet.

Beneficium divinae veritatis et gratiae, quod humano generi religione sua Christus Dominus attulit, tantae excellentiae utilitatisque est, cum quo aliud nullum in ullo genere ne conferri quidem possit, nedum possit aequari. Cuius virtus beneficii, multiplex, ut omnes norunt, et saluberrima, mirum in modum affluit ad singulos et ad universos, ad societaten domesticam et ad civilem, ad prosperitatem caducae vitae iuvandam et ad felicitatem adipiscendam vitae immortalis. Ex quo continuo apparet, gentes catholica religione donatas, sicut maximo bonorum omnium in ea potiuntur, ita officiorum omnium maximo adstringi eiusdem colendae et diligendae. Simul vero apparet, rem non esse eiusmodi, quam ad suum cuiusque arbitrium vel singuli vel civitates recte se praestare posse confidant, verum qua dumtaxat ratione, qua disciplina, quo ordine ipse definivit et iussit religionis divinus auctor: videlicet magisterio et ductu Ecclesiae, quae ab ipso tamquam *columna et firmamentum veritatis* (I. Tim. III, 15) constituta est, eiusque singulari ope per omnes aetates viguit, vigebitque, rata promissione, perpetuo: *Ego vobiscum sum omnibus diebus, usque ad consummationem saeculi* (Matth. XXVIII, 20). — Iure igitur genti vestrae tam clarus religionis honor ab avis et maioribus ideo stetit, quod Ecclesiae matri summa semper adhaesit fide, parique in obsequio Pontificum romanorum et in obedientia sacrorum Antistitum, quos illi pro potestate designarent, immota perstitit semper. Inde quam multa ad vos commoda et ornamenta profluxerint, quam praesentia in trepidis rebus solatia ceperitis, quanta habeatis etiamnum adiumenta, vosmet gratis tenetis animis, grate profitemini. — Manifestum quotidie est, quaenam gravissimarum rerum in populis imperiisque consequantur momenta, Ecclesiâ catholica vel observata et digno loco habita vel per iniuriam contemptionemve laesa. Quum enim in doctrina et lege Evangelii ea contineantur quae ad salutem perfectionemque hominis, tum in fide et cognitione, tum in usu et actione vitae, usquequaque proficiant; quumque eam doctrinam et legem Ecclesia, divino a Christo iure, tradere possit et religione sancire; ipsa propterea, divino munere, vi magna pollet moderatrice humanae societatis, in qua et fautrix est generosae virtutis et lectissimorum bonorum effectrix. — At Ecclesia vero, cui divinitus romanus Pontifex praeest, tantum abest ut, ex autoritatis tanta amplitudine, quidquam sibi de alieno arroget iure aut cuiusquam obliquis stupiis conniveat, ut potius de iure suo saepe remittat, indulgendo; atque summis et infimis sapienti consulens

aequitate, sese omnibus gubernatricem et matrem exhibeat sollertissimam. Quapropter illi iniuste faciunt qui hac etiam in re veteres contra ipsam calumnias, iam toties refutatas planeque contritas, in lucem nituntur revehere, nova vituperationis specie confictas: neque ii minus reprehendendi, qui eâdem de causa diffidunt Ecclesiae, eique suspicionem conflant apud rectores civitatum et in publicis legumlatorum coetibus, a quibus nempe laus plurima ipsi debetur et gratia. Nihil enim omnino ea docet aut praecipit quod maiestati principum, quod incolumitati et progredienti populorum vitae, ullo modo officiat vel adversetur; multa immo ex christiana sapientia assidue profert ad communem eorum utilitatem sane quam conducibilia. In quibus haec memoratu digna: principatum qui teneant, eos imaginem divinae in homines potestatis providentiaeque referre; eorum imperium debere iustum esse et imitari divinum, bonitate temperatum paterna, atque unice emolumenta spectare civitatis; ab ipsis rationem Deo iudici aliquando reddendam, eamque pro celsiore dignitatis loco graviorem: qui vero sint sub potestate, debere constanter reverentiam et fidem servare principibus, tamquam Deo regnum per homines exercenti, eisdem obtemperare, *non solum propter iram*, *sed etiam propter conscientiam* (Rom. XIII, 5), pro ipsis adhibere *obsecrationes*, *orationes*, *postulationes*, *gratiarum actiones* (I. Tim. II, 1. 2); debere sanctam custodire disciplinam civitatis; ab improborum machinationibus sectisque abstinere, nec quidquam facere seditiose; omnia conferre ad tranquillam in iustitia pacem tenendam. — Ista et similia praecepta institutaque evangelica; quae ab Ecclesia tantopere suadentur, ubi in pretio sunt et re ipsa valent, praestantissimos ibi fructus afferre non cessant, eosque afferunt in illis gentibus uberiores, in quibus Ecclesia liberiore utitur sui muneris facultate. Eisdem vero refragari praeceptis et Ecclesiae ductum recusare, idem est ac refragari voluntati divinae et insigne beneficium abiicere; nihil ut in civitate vere prosperum honestumque permaneat, permixta delabantur omnia, anxiâ calamitatum formidine et rectores et populi occupentur. — Habetis quidem, Venerabiles Fratres, de his rerum capitibus iam fusius a Nobis tradita per occasionem praescripta: eadem tamen visum est summatim revocare, quo navitas vestra, novo quasi auspicio freta auctoritatis Nostrae, impensius in idem feliciusque contendat. Illud certe optimum faustumque fuerit in gregibus vestris, si afflatus caveantur turbulentorum hominum, pessimis artibus nihil iam non scelestissime audentium ad evertenda delenda imperia: si nullae officiorum partes, quae civium sunt bonorum, desiderentur; si ex fide Deo debita et sacra, fides erga rem publicam et principes efflorescat.

De societate item domestica, de iuventutis et sacri ordinis institutione, de modis optimis christianae tractandae caritatis, diligentiam acuite. — Integritas et honestas domesticae convictionis, ex qua praecipue sanitas funditur in venas societatis civilis, repetenda est primum a sanctitate coniugii, quod secundum Dei et Ecclesiae praecepta initum sit, unum et individuum. Tum oportet iura et officia inter coniuges inviolata esse et quanta maxima fiere possit concordia et caritate expleri; prolis tuitioni commodisque, potissimum educationi, parentes consulere; suo ipsos documento vitae, quo nihil praestantius est neque efficacius, antecedere. Institutioni tamen liberorum rectae probaeque nequaquam illi arbitrentur se posse, ut par est, prospicere, nisi summopere evigilando. Neque enim ab iis tantum scholis lyceisque defugiendum est, ubi doctrinis error de religione, deditâ opera, admisceatur, vel ubi propemodum dominetur impietas, sed ab iis etiam in quibus de christianis institutis et moribus, perinde ac de impertunis rebus, nulla sit praeceptio nec disciplina. Nam quorum ingenia litteris et artibus erudiuntur, eosdem profecto necesse est pariter cognitione cultuque erudiri divinarum rerum, utpote qui, admonente ipsa et iubente natura, non minus quam civitati, multoque amplius, debeant Deo, quique idcirco in lucem suscepti sint, ut civitati servientes, ad mansuram in caelo patriam iter dirigant suum studioseque conficiant. In hoc autem cessandum minime erit, procedente cum eorum aetate cultura civili; quin etiam eo insistendum enixius, tum quod iuventus cupiditate sciendi, ut nunc praesertim agitantur studia, vehementius quotidie urgetur, tum quod eidem maiora quotidie impendent de fide pericula, magnis iam deploratis tanta in re iacturis. Quod vero de ratione sacrae doctrinae tradendae, de magistrorum probitate et peritia, de librorum delectu, quasdam Ecclesia censet vindicare sibi cautiones, quosdam modos praefinire, id sane suopte iure facit; neque id potest non facere, pro eo quo tenetur gravissimo officio providendi ne quid usquam irrepat, ab integritate alienum fidei morumve, quod christiano populo noceat. — Sacram porro institutionem, quae impertiatur in scholis, ea confirmet et compleat quae certis temporibus praescriptisque habeatur in curiis ac templis, ubi eiusdem fidei caritatisque germina, quasi in solo suo, uberius nutriunter et proveniunt.

Haec satis per se ipsa monent, singulari opus esse diligentia et opera ad informandum ordinem clericalem; qui, divino oraculo, talis succrescere debet atque sacrum ita tenere propositum, ut *sal terrae* et *lux mundi* habeatur et sit. Utraque laus, quae doctrinâ sana vitaeque sanctimonia praecipue continetur, in adolescente qui-

dem clero potissime accuranda est, neque tamen minus est custodienda et provehenda in clero adulto, qui proxime incumbit *ad consummationem sanctorum in opus ministerii*, *in aedificationem corporis Christi* (Eph. IV, 12). — Da sacris seminariis clericorum bene est Nobis cognitum, Venerabiles Fratres, minime partes deesse vestras; ut, potius quam admoveamus incitamenta, comprobationem testari doceat vobis eisque omnibus quorum ipsa laetantur procurandi et docendi labore assiduo. Sane, temporibus quae inciderunt tam Ecclesiae iniquis, quum hostes veritatis invalescunt, quum corruptelarum pestis iam non serpit occulta, sed impudens in omnia grassatur, si plura quam antea levamenta et remedia expectanda sunt a sacerdotali ordine, is nimirum maiora quam antea cura et exercitatione comparandus est ad bonum certamen fidei et ad parem virtutis omnis dignitatem. Quae de ratione dirigenda studiorum sunt a Nobis identidem normae praestitutae, in re praesertim philosophica, theologica, biblica, probe nostis: ad eas instate ut sese magistri perdiligenter componant, neve ullam praetermittant ex doctrinis ceteris, quae gravioribus illis ornamento sunt, et sacerdotalibus muniis addunt commendationem. Instantibus similiter vobis, moderatores disciplinae et pietatis (homines qui esse debent integritate et prudentia spectatissimi), sic rationem temperent vitae communis, sic alumnorum animos conforment exerceantque, ut virtutum congruentium quotidiani in ipsis progressus eluceant; atque huc illud etiam spectet, omnem ut addiscant matureque induant prudentiam in iis attingendis quae civilis sint potestatis. Hoc sane modo ex sacris illis veluti palaestris et castris nova continenter militia, eaque optime instructa, prodibit, quae suppetias veniat laborantibus in pulvere et sole, atque defessos emeritosque integra suppleat. Verum, in ipsa sacrorum munerum perfunctione, facile videtis quantum periculi virtus vel solida offendat, et quam sit humanum languescere in propositis ab eisque deficere. Itaque eo simul pertineant curae vestrae ut sacerdotibus apposite praebeatis quo studia doctrinae recolere possint et augere, in primis quo contentius possint, redintegratis interdum animorum viribus, et perfectioni vacare suae et aliorum sempiternae saluti prodesse. — Talem vos, Venerabiles Fratres, rite in oculis vestris eductum atque probatum si habueritis clerum, sentietis profecto vobis pastorale munus, non allevari solum, sed etiam abundare optatis in grege fructibus; quorum licet sperare copiam a cleri maxime exemplo et actuosa caritate.

Eiusdem caritatis praeceptum, quod *magnum* in Christo est, omnibus ex quovis ordine commendatissimum sit, idque singuli per-

ficere studeant, quemadmodum Ioannes monet apostolus, *opere et veritate:* nullo enim alio vinculo aut praesidio constare ad firmitatem familiae et civitatis possunt, neque, id quod pluris est, christianae dignitatis merita adipisci. Quae Nos considerantes, deplorantesque tam multa mala et acerba, eo posthabito dimissove praecepto, publice et privatim consecuta, saepenumero in eadem re Apostolicam vocem edidimus: singulariter fecimus per litteras encyclicas, quarum initium est *Novarum rerum*, ubi principia retulimus, ad causam de conditione opificum ex veritate et aequitate evangelica dirimendam aptiora. Ea ipsa nunc renovatâ admonitione inculcamus. Sanctâ movente et ducente caritate, quantam catholica instituta, sodalitia artificum, mutuo opitulantium consociationes, id genus plura, vim habeant virtutemque vel ad leniendas tenuiorum aerumnas vel ad infimam plebem recte erudiendam, apertum experiendo est: qui autem consilium vel auctoritatem, pecuniam vel operam ad ista conferant in quibus vertitur multorum salus, etiam sempiterna, ii verissime de religione et de civibus suis promerentur egregie.

Ad haec, genti Polonae universe dicta, certa quaedam subiicere libet, quae singulatim, pro locorum in quibus versamini conditione, usui fore censemus; atque adeo ex his ipsis quae dedimus monitis quaedam libet eo altius in animis vestris defigere. — Vos primum, ut plures numero, qui Russico imperio paretis, iure est quod catholicae professionis nomine collaudemus, hortatione muniamus. Caput est hortationis Nostrae, ut istum constantiae animum in sancta fide colenda retineatis acriter et foveatis, in qua id bonum habetis, quod principium et fons est, ut diximus, maximorum bonorum. Hoc utique christianus animus ceteris rebus omnibus longe anteponat oportet; hoc ipsum, ut sunt divina iussa et splendida sanctorum hominum facta, nec ullis fractus difficultatibus deserat, et summis viribus laboribusque custodiat; eiusdemque virtute fultus, solatium et opem, quoscumque humanae res eventus adducant, aeque certissime ac patienter a Deo memori expectet. — Ad Nos quod attinet, rerum vestrarum quae sit conditio, equidem, pro munere Nostro, habemus compertum; valdeque ista delectat fiducia quam in Nobis, filiorum instar, plurimam collocatis. Sic igitur, admonemus, fallaciis omnio reiectis quae contra benevolentiam et sollicitudinem in vos Nostram nequiter serantur, hoc sit vobis penitus persuasum, nihil Nos minus quam Pontifices decessores, sicut pro ceteris popularibus vestris, ita pro vobis suscepisse et intendisse curas; qui etiam, vestram ut sustineamus fiduciam, omnia parati sumus et laboriose conniti et persequi confidenter. Iuvat memoria repetere, inde Nos a Ponti-

ficatus exordis, de re catholica istic relevanda cogitantes, opportune apud Imperiale Consilium officia interposuisse, ut ea contenderemus quae simul dignitatis huius Apostolicae Sedis, simul rationum vestrarum patrocinium viderentur deposcere. Quibus ex officiis consecutum est, ut anno MDCCCLXXXII certa cum illo pactionum capita sint constituta: haec inter, Episcopis liberam fore copiam moderandi ad canonicas leges seminaria clericorum; tum Academiam ecclesiasticam Metropolitanam, quae Polonis quoque patet alumnis, iurisdictioni plene tradendam Archiepiscopi Mohyloviensis, atque in melius adducendam, ad ampliorem cleri et religionis catholicae utilitatem: accepta praeterea fide, quamprimum abrogatum aut mitigatum iri singulares eas leges, quas clerus vester severiores sibi conquerebatur. Illo ex tempore nunquam Nos, vel capta vel quaesita occasione, pacta conventa expostulare desiimus. Quin immo easdem expostulationes ad ipsum deferri placuit potentissimum Imperatorum, cuius et exploratum in Nos amicitiae animum et studium iustitiae excelsum obtestati enixe sumus in causa vestra: neque intermittemus rogationes ad Ipsum per tempus adhibere, eas potissime commendantes Deo, quippe *cor regis in manu Domini* (Prov. XXI, 1). — Vos autem, Venerabiles Fratres, pergite dignitatem sacrosanctaque iura religionis catholicae Nobiscum tueri: quae tunc vere proposito potest constare suo et beneficia afferre quae debet, quum iustae securitatis libertatisque compos, idoneis praesidiis instruitur ad actionem, quantum oporteat, explicandam. Quoniam vero ipsi perspicitis qualem dederimus demus operam tranquillitati publici ordinis conciliandae in gentibus continendaeque, iidem agere ne cessetis, ut sublimiorum potestatum observantia et publicae obtemperatio disciplinae in clero pariterque in ceteris firme consistat: atque ita prorsus offensionis vel reprehensionis causa submota, omnique specie insimulationis in reverentiam conversa, catholico nomini sua laus maneat et accrescat. — Item sit vestrum in id incumbere, ut quidquam ne desit de summa fidelium salute, neque in administrandis curiis, neque in pabulo divini verbi impertiendo, neque in alendo religionis spiritu; ut pueri et adolescentes, maxime in scholis, sacra catechesi diligenter imbuantur, idque, quanto magis fieri possit, operâ sacerdotum, quibus sit a vobis id legitime demandatum; ut cultui divino et decor sacrarum aedium et festus sollemnitatum honor plane congruant, unde fides haurit bona incrementa. Rectissime porro feceritis, praecavendo discrimina, si qua forte hisce in rebus instare videantur: ob eamque causam ne dubitetis ratas ipsas cum hac Apostolica Sede conventiones graviter quidem prudenterque appellare. Talia nimirum et discrimina

abesse et convenientia bona contingere, non Polonis tantummodo, sed cunctis qui sincera publicae rei caritate ducantur, gratum esse et optabile debet. Ecclesia enim catholica, quod principio docuimus quotidieque eminet, sic nata institutaque est, ut civitatibus et populis, nihil admotum detrimenti, sed multiplices vero et decoras utilitates, in rerum etiam mortalium genere, nunquam non pariat feliciter.

Vos deinde qui in ditione estis inclitae Domus Habspurgensis, reputate animis quantum augusto Imperatori, religionis avitae studiosissimo, debeatis. Iusta igitur in Eum fides gratumque obsequium luculentius a vobis in dies pateat: pateat studium non dissimile ea persequendi omnia, quae ad catholicae religionis incolumitatem et decus vel iam sunt optime constituta vel tempora et res provide constituenda suadeant. — Universitatem Craecoviensem, vetustam atque nobilem doctrinarum sedem, valde optamus integritatem et praestantiam tueri suam, atque etiam aemulari laudes talium Academiarum, quas insignes Episcoporum cura et liberalitas privatorum non paucas, faventibus Nobis, per haec ipsa tempora excitavit. Quemadmodum in illis, ita in vestra, sollertiâ dilecti Filii Nostri Cardinalis Episcopi moderante, gravissimae quaeque disciplinae cum fide amico foedere coëuntes, et, quantum ab ea luminis mutuantur et firmitatis, tantum subsidii ad ipsius defensionem referentes, utinam iuventuti lectissimae magis magisque in partes omnes sint profuturae. — Item vestra magni interesse debet, Nostra certe interest maxime, vigere apud vos in omnium existimatione ordines Religiosorum; qui, virtutis quam consectantur perfectione et doctrina varia fructuosoque in excolendis animis labore commendati, tamquam apparatiores copiae praesto sunt Ecclesiae, eisque non minus civitas ad honestissima quaque adiutoribus optimis omni tempore usa est. Nominatimque Galiciam respicientes, summa voluntate perantiquum commemoramus Basilianum ordinem, in quo instaurando peculiaria quaedam consilia et curas iampridem Ipsi posuimus. Non mediocrem enimvero laetitiae fructum ideo capimus, quod expectationi ille Nostrae alacri religione obsecundans, nititur pleno gradu ad superiorum temporum gloriam, quum ecclesiae Ruthenae multis modis extitit salutaris: cuius eiusdem salutis auspicia, Episcoporum vigilantiâ et curatorum industriâ iam ex ipso praeclariora in dies nitescunt. — Hic autem quoniam de Ruthenis incidit mentio, eam sinite iteremus cohortationem, ut vos cum ipsis quamquam originum rituumque dissimilitudo intercredat, arctius voluntates amantiusque societis, prout eos condecet quos regionum, civitatis, maximeque fidei sociat communio.

Hos enim sicut Ecclesia benemerentes habet et diligit filios, eisque legitimas consuetudines ac ritus proprios sapienti consilio permittit, non aliter vos, praecedente clero, sic habete et colite ut fratres, quorum sit cor unum et anima una, eo demum conspirantium, ut uni Deo et Domino amplificetur gloria, simulque fructus omnis iustitiae multiplicentur *in pulcritudine pacis.*

Libenti pariter animo orationem ad vos convertimus qui provinciam incolitis Gnesnensem et Posnaniensem. Siquidem hoc inter cetera gratum est recordari, quemadmodum ex civibus ipsis vestris, omnium ut erant vota, ad illustrem sancti Adalberti sedem virum eveximus pietate, prudentia, caritate eximium. Gratius est autem videre, qua vos obedientia, quo amore gubernationi eius miti operosaeque unanimi studeatis: ex quo vere sperandum, religionis catholicae statum fore apud vos bonis auctibus quotidie laetiorem. Eadem vero spes quo magis affirmetur optatisque plenius respondeat, non sine causa iubemus vos magnanimae aequitati confidere serenissimi Imperatoris; cuius praeterea propensam in vos ac benevolam mentem ex Ipso coram haud semel pernovimus, sane adfuturam vobis, in verecundia legum, in omnique recte factorum chrisiana laude perseverantibus.

Haec, Venerabiles Fratres, praescripta et hortamenta gregibus quisque vestris sic nuntietis velimus, ut vestrâ etiam operâ fructuosiora eveniant. In his agnoscant carissimi filii quam magno ipsorum gratiâ affectu caritatis urgemur; haec autem ipsi, ut optatissimum Nobis est, pari accipiant observantia et pietate. Quae quidem si diligenter, id quod pro certo habemus, constanterque coluerint, profecto poterunt quum fidei ex temporum gravitate pericula declinare, tum patrum memorabilia decora custodire, animos et exempla referre, manantibus inde ad huius quoque solatium vitae emolumentis quam optimis. — Secundam autem divini auxilii copiam, precatoribus adhibitis gloriosissima Virgine Maria, Iosepho sanctissimo, cuius hodie sollemnibus christianus populus gaudet, sanctisque Caelitibus Poloniae Patronis, vehementer Nobiscum, quaesumus, implorate. Huius rei auspicium atque praecipuae benevolentiae Nostrae testem Apostolicam benedictionem, vobis et clero populoque universo vigilantiae vestrae commisso, paramenter in Domino impertimus.

Datum Romae apud S. Petrum die XIX. martii anno MDCCCXCIV Pontificatus Nostri decimo septimo.

Leo PP. XIII.

VI.

Rescriptum S. R. et U. Inquisitionis ad Vicarium Capitularem quemdam Germaniae de Matrimoniis mixtis militum exercitus Borussiae d. d. 18. Martii 1884.

Mitgetheilt von Dr. j. u. *Karl Ludwig Braun*, Domcapitular und Professor zu Fulda.

Illustrissime ac Reverendissime Domine!

Per litteras supplices Ss. Domino Nostro 25ª Julii superioris anni datas quaestiones nonnullas proposuisti de matrimoniis mixtis, quae a militibus exercitus Borussiae contrahuntur: cumque eas Ss. Pater discutiendas commiserit S. Congregationi Romanae et Universalis Inquisitionis, Eminentissimi Patres mecum Inquisitorum Generalium munere fungentes in Congregatione habita fer. IV. die 13. Februarii elapsi illas maturo examine pertractandas susceperunt.

Porro quaestiones a Te propositae hae sunt:

1° Num matrimonium, quod vir catholicus, sub vexillis Borussiae militans, in locis, ubi caput tridentinum circa matrimonia clandestina publicatum est, coram ministro protestantico cum sponsa protestantica iniit, validum sit nec ne, nullo facto discrimine, num in loco ubi resident copiae, quibus sponsus adscriptus est, an alio in loco, ubi sponsa domicilium habet, contractum fuerit?

2° Num idem plane iudicium de validitate eiusmodi matrimonii ferendum sit, quando tantummodo iuxta leges civiles initum fuerit per verba, quae per se ad declarandum consensum matrimonialem sufficiunt?

3° Num eodem pacto de eiusmodi matrimoniis sive coram ministro protestantico sive tantum iuxta leges civiles initis, iudicandum sit, quando vir sub vexillis Borussiae militans haeresi addictus est, mulier autem fidem catholicam profitetur, quippe quum iuxta doctrinam *Benedicti XIV.* piiss: mem: (de Synodo l. 6. cap. 6. n. 12) exemptio, qua sponsus protestanticus fruitur, alteri parti communicata remaneat propter individuitatem contractus?

Hasce quaestiones et caetera quae tuis litteris continentur, Eminentissimi Patres accurate perpendentes existimarunt necessarium esse capita quaedam doctrinae de mixtis matrimoniis alias inculcata a. s. Congregatione Tecum communicare.

Illud principio statuis, auctoritate apostolica die 22. Maii 1868 omnes catholicos, qui sub Borrussiae vexillis militant, ab Ordinariorum iurisdictione subtractos ac proprio Vicario castrensi subiectos fuisse. Inde vero colligis »ut iidem milites lege tridentina, qua matrimonia clandestina declarantur irrita et nulla, teneantur, opus esse videri, ut eiusdem Concilii caput *Tametsi* in singulis parochiis militaribus exercitus Borussici iuxta formam praescriptam publicetur.« Id autem non legitime colligi tibi erit manifestum, si ea probe teneas, quae Suprema haec Congregatio in *Instructione ad Archiepiscopum s. Francisci in California die 14. Dec. 1859* missa de Tridentinae legis vi atque indole propria tradidit, quaeque haec sunt. »Lex tridentina de clandestinis matrimoniis debet sane in unaquaque paroecia promulgari iuxta illius censuram, sed facta semel promulgatione eiusque observantia permanente lex territorium afficit, et adaequate loquendo localem et personalem esse in confesso est apud omnes: quatenus localis afficit territorium eosque, qui ibi matrimonio iungendi sunt, obligat: quatenus vero personalis eos obligat qui domicilium vel quasi habentes in loco ubi Tridentinum decretum publicatum est et viget, in altero ubi non viget contrahere vellent. Neque ex facta in posterum praedicti territorii divisione vel in eodem aliarum paroeciarum erectione partes divisae vel recens erectae paroeciae a lege iam territorium possidente liberae enunciari possent.« Ex eo igitur quod novae pro militibus parochiae constitutae fuerint minime consequitur, in his legem Tridentinam de clandestinis matrimoniis non vigere nisi in singulis publicetur; cum etenim haec lex locum afficiat, ubicumque semel promulgata fuerit nec in desuetudinem abierit, ibi iure suo possidet, et quaecunque intra illud territorium deinde parochiae consurgunt legi eidem necessario subiectae sunt; secus, ut in eadem Instructione dictum fuit, »necesse foret toties publicationem iterare quoties paroeciae iam huic legi subiectae dismembratio, vel novae in eodem territorio erectio fieret, quod *inauditum in praxi* est.

Quae cum ita sint, iam Tibi compertum erit per litteras Apostolicas, quas adducis 22. Maii 1868, fuisse quidem borussicos milites Vicario castrensi subiectos, ac iurisdictioni aliorum Ordinariorum subtractos, sed quod attinet ad matrimonia nihil fuisse immutatum atque eos in eadem omnino conditione, quam antea obtinebant, perseverare. Non igitur aliter Tibi de militum matrimonio iudicium ferendum quam ceterorum fidelium qui rite Ordinariis subsunt. Sed Eminentissimos Inquisitores non fugit, hanc Tibi subesse suspicionem, laiter iudicandum esse de consensu in matrimonium coram ministro

protestantico prolato, aliter de consensu coram reipublicae administro vel officiali, perinde ac alterutrius praesentia aliquando proprii parochi vicem suppleret et matrimonio validitatem conferret. Atqui Suprema haec Congregatio iam in fer. IV. die 5. Julii 1848 Argentinensi Episcopo, qui de quorundam protestantium matrimoniorum validitate quaerebat, directe rescripsit: »Praesentia ministri protestantici et officialis civilis nunquam supplet vicem parochi catholici, ideoque si sunt valida matrimonia, de quibus agitur, eam solum ob causam valida inveniuntur, quia contrahentes protestantes in casu de quo agitur, non includuntur decreto Concilii Tridentini.« Sive igitur consensus coram ministro protestante proferatur sive coram officiali civili sive coram nemine perinde est.

Tandem quod in tertia quaestione de exemptione a lege Tridentina coniugi catholico per haereticum communicata ex *Benedicti XIV.* De Synodo dioecesana l. VI, c. VI. n. 12 memorasti, *id tenendum quidem est, donec a S. Sede aliter fuerit dispositum.* Animadvertendum vero, hanc doctrinam minime valere nisi pro iis locis, in quibus haeretici jam tempore publicationis decreti Tridentini in separatam et per se consistentem communitatem seu quasi paroeciam coaluerant et ideo decreto in paroeciis catholicis publicato non comprehendebantur [1]).

Quod deinde ut scribis, militum matrimonia clandestina huc usque tam in foro interno quam externo universim valida iudicasti, id quidem non recte factum esse perspicis, sed perpensis circumstantiis prudentiae erit eos qui ita invalide forte contraxerunt relinquere in bona fide.

Haec Eminentissimi Inquisitores censuerunt tuis quaestionibus solvendis satis superque fore. Si quid tamen difficultatis casus aliquis adhuc offerat, fac ut illum omnibus circumstantiis diligentissime explicatis S. Congregationi proponas, et quid Tibi agendum sit opportune rescribetur.

Interim omnia fausta et felicia Tibi precor a Domino.

Amplitudinis Tuae

Romae, 18. die Martii 1884. addictissimus uti frater

R. Card. Monaco.

---

1) Damit dürfte die bekannte Controverse über die Communication des Exemtionsprivilegiums des protestantischen Gatten von dem tridentinischen Eheschliessungsdecrete an den katholischen Theil bei den gemischten Ehen ihrem Abschlusse nahe gebracht sein. Vergl. *Hübler*, Eheschliessung und gemischte Ehen nach Recht und Brauch der Katholiken. 1883. S. 29—30 *v. Scherer*, Handbuch des Kirchenrechtes. Bd. II. 1891. §. 112. S. 217—218. Anmerkung 243. D. E.

VII.

Ueber die Mischehen protestantischer Officiere der preussischen Armee.

I. Als der Bischof Arnoldi von Trier in Rom angefragt hatte, ob die bei Schliessung einer gemischten Ehe in Deutschland in Uebung gekommene sg. mildere Praxis gebilligt sei, dass statt des eidlichen Versprechens des nicht katholischen Theiles, ein blosses schriftliches Versprechen der katholischen Kindererziehung gefordert und wenn auf dieses Versprechen hin dispensirt werde, auch die Einsegnung der gemischten Ehe in der kath. Kirche stattfinde, erfolgt von Rom eine verneinende Antwort. In Folge dessen schärfte dann ein *Erlass des Bischofs Arnoldi* an seinen Diöcesanklerus unter dem *15. März 1853* die Beobachtung der Bestimmungen des gemeinen kath. Kirchenrechts bezüglich der gemischten Ehen wieder ein. Dieser Erlass lautet: R. R. D. D. parochos tenore praesentium certiores reddimus, dispensationes ab impedimento mixtae religionis in posterum a S. Sede Apostolica esse petendas, cum nos nonnisi in matrimoniis contrahendis urgentioribus, in quibus periculum ita fuerit in mora, ut tempus non adsit adeundi S. Sedem, et dummodo non aliud obstet impedimentum canonicum, ab ejusmodi impedimento dispensare amplius valeamus. In utroque vero casu dispensationis vel papalis vel episcopalis a parte acatholica requiritur jurata promissio coram episcopo aut coram parocho ab ipso delegato emissa permittendi educationem prolis utriusque sexus tam forsan natae quam nasciturae in religione catholica nec impediendi parti catholicae filiisque liberum catholicae religionis exercitium. Matrimonium vero celebretur coram parocho et duobus testibus juxta praescripta a. S. Concilio Tridentino extra tamen ecclesiam et absque parochi benedictione, omissis etiam proclamationibus consuetis.

[Wir theilen den Herren Pfarrern hierdurch mit, dass die Dispensen vom Ehehinderniss der Religionsverschiedenheit in Zukunft beim h. Stuhle zu beantragen sind, da wir von diesem Hinderniss hinfür nur in dringenden Fällen dispensiren können, bei welchen Gefahr im Verzug ist, so dass nicht Zeit ist, den h. Stuhl anzugehen, und nur, wenn kein sonstiges canonisches Hinderniss vorliegt. In beiden Fällen jedoch, bei der päpstlichen wie bei der bischöf-

lichen Dispens ist das vor dem Bischof oder vor dem von ihm delegirten Pfarrer abzulegende eidliche Versprechen des akatholischen Theiles erforderlich, dass die etwa vorhandene als die zukünftige Nachkommenschaft beiderlei Geschlechts in der katholischen Religion erzogen wird und dass der katholische Theil, sowie die Kinder in der freien Ausübung der katholischen Religion nicht behindert werden. Die Eheschliessung aber soll vor dem Pfarrer und zwei Zeugen nach den Vorschriften des Tridentinischen Concils erfolgen, jedoch ausserhalb der Kirche und ohne den Segen des Pfarrers, auch unter Weglassung der üblichen Aufgebote].

II. Da in den katholischen Rheinlanden gemischte Ehen besonders häufig mit protestantischen Officieren vorkommen, erging sodann folgender, zuerst in diesem *Archiv* Bd. 9. S. 331 im Wortlaute der Oeffentlichkeit übergebener, hier nochmals in derselben Form folgender: »*Königl. Armeebefehl vom 7. Juni 1853* über die Entlassung von Officieren, welche Ehen mit Katholikinnen vor dem kathol. Pfarrer an »ungeweihtem Orte« und ohne Einsegnung dieser Ehe« eingehen.

»Ein Erlass des Bischofs von Trier, welcher auf den Bestimmungen eines päpstlichen Breve beruhen soll, befiehlt bei Ehen gemischten Bekenntnisses dem evangelischen Bräutigam, in die Hände des Bischofs oder desjenigen seiner Pfarrer, den derselbe dazu designirt, einen *Eid* zu leisten, Kraft dessen er gelobt, seine Kinder der römisch-katholischen Kirche zu weihen. Bei Verweigerung dieser Forderung ist die Ehe vom römisch-katholischen Standpunkt untersagt. Erfüllt er aber diese Forderung, so wird ihm als Lohn das Erscheinen vor dem Pfarrer *an ungeweihtem Orte* und die Erklärung des Entschlusses, eine Ehe eingehen zu wollen, gestattet, *die Einsegnung dieser Ehe aber dennoch verweigert.* Dies veranlasst mich, hierdurch zu erklären, dass ich jeden Officier meiner Armee, der den geforderten, den Mann wie das evangelische Bekenntniss entwürdigenden Schritt unternimmt, sogleich aus meinem Heeresdienste entlassen werde.« Die Ordre rührt also von Friedrich Wilhelm IV.

Die cursiv gedruckten Worte sind auch bei dem ersten Abdruck gesperrt gedruckt, waren in dem uns vorgelegenen Manuscript unterstrichen und so wohl auch in dem Erlasse selbst. Zu dem Worte *verweigert* hatten wir schon beim ersten Abdrucke bemerkt: »Hieraus erhellt, dass nur der Eid und die Eingehung der Ehe in loco non sacro ohne Einsegnung den protestantischen Officieren verboten ist. Unrichtig ist also namentlich die Notiz bei *Vogt*, Kirchen- und

Eherecht, der Katholiken und Protestanten in den königl. preuss. Staaten S. 54, dass nach jener Cabinetsordre »diejenigen evangelischen Officiere, welche bei Eingehung einer gemischten Ehe das Versprechen geben, die Kinder katholisch zu erziehen, aus dem Dienste entlassen werden sollten.« Prof. *Hübler*, »Eheschliessung und gemischte Ehen in Preussen,« 1883 stimmt der Richtigkeit unserer Bemerkung bei. Uebrigens galt der Erlass des Bischofs von Trier nur für die Diöcese Trier und ist auch dort schon durch Erlass vom 18. Nov. 1873, den wir am Schlusse dieses Heftes mittheilen, wieder aufgehoben; in den übrigen Diöcesen wurde fortwährend das Versprechen der kathol. Erziehung aller Kinder zwar auch gefordert, aber nicht der Eid und hat dann nicht die Eheschliessung ausserhalb der Kirche und ohne Einsegnung und Aufgebot zu erfolgen. Gleichwohl wurde die Cabinetsordre allgemein erlassen, nicht blos für die in der Diöcese Trier stehenden Truppentheile, ja sie wurde (wie wir einem eingehenden, nur in Nebenpunkten irrigen Art. der Köln. Volkszeitung 1894 Nr. 13 II. Bl. entnehmen) von Kaiser *Wilhelm I. unter dem 23. Dec. 1873* auch auf die *neuen* Armee-Corps (Hannover, Holstein, Hessen-Kassel, Elsass-Lothringen, Baden) ausdrücklich ausgedehnt. Die zweite Cabinetsordre lautet:

»Ich habe aus einem Specialfalle ersehen, dass die Ordre vom 7. Juni 1853 betr. die Ehen zwischen Officieren evangelischer Confession mit römisch-kathol. Frauen bei den Truppentheilen der neuen Armee-Corps nicht genügend bekannt ist. Ich beauftrage deshalb das Kriegsministerium, zu veranlassen, dass diese Ordre, soweit es noch nicht geschehen ist, den Officieren der neuen Armee-Corps in angemessener Weise bekannt gemacht und auch den übrigen Officieren der Armee entsprechend in Erinnerung gebracht wird.«

Eine Cabinetsordre, welche den *katholischen Officieren* das eidliche Versprechen protestantischer Kindererziehung untersagt, existirt (wie die Köln. Volksztg. a. a. O. beifügt) nicht. Warum sind die beiden obigen Cabinetsordres niemals ordnungsmässig veröffentlicht worden? Weder das Armeeverordnungsblatt, noch die Dienstvorschriften für das Heer (von Karl v. Helldorff), noch andere Sammelwerke enthalten dieselben.

Das *Civil-Ehegesetz* vom 6. Februar 1875 hat die reichs- bezw. die landesgesetzlichen Vorschriften, welche die Ehe der Militärpersonen von einer Erlaubniss abhängig machen, oder vor der Eheschliessung eine Nachweisung des Vermögens erfordern, nicht berührt. Demnach ist also nicht nur die Vorschrift des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 in Kraft geblieben, wonach Militärpersonen

zur Eheschliessung der *Genehmigung ihrer Vorgesetzten* bedürfen, sondern es haben auch die vor dem Gesetz vom 6. Februar 1875 bestehenden landesgesetzlichen Bestimmungen über das Heirathen der Militärpersonen ihre Gültigkeit behalten. Zu solchen »landesgesetzlichen« Bestimmungen kann aber die Cabinetsordre vom Jahre 1853 gar nicht gerechnet werden, sie würde nicht ein Mal in der vormärzlichen Zeit die Kraft eines allgemein gültigen Gesetzes haben beanspruchen können, weil sie nicht vorschriftsmässig publicirt ist. Und nach Erlass der Staats- und Reichsverfassung schaffen Cabinetsordres überhaupt kein gültiges Recht mehr, nach welchem die Rechtsprechung sich zu richten hätte, sie haben vielmehr nur den Charakter von Resolutionen, Verwaltungsmassregeln und Wünschen. Insofern sie sich aber als bindende Vorschriften darstellen — wie die militärischen Cabinetsordres für Militärpersonen —, muss zugleich verlangt werden, dass sie mit der Verfassung und den Gesetzen nicht in Widerspruch stehen. Nun sind in der Verfassung und in den Gesetzen die staatsbürgerlichen Rechte der Officiere in ganz bestimmter Weise beschränkt, aber darin ist von einem Verbot des eidlichen Versprechens katholischer Kindererziehung nirgends die Rede; diese Beschränkung ist erst im Wege der Cabinetsordre getroffen worden, und zwar, wie man sieht, in sehr kategorischer Form, während beispielsweise gegenüber Officieren, welche ohne Consens heirathen, ausser einer Festungshaft bis zu drei Monaten, nur die Befugniss, nicht die Verpflichtung zur Dienstentlassung vorgesehen ist. Allem Anschein nach hat die Militärverwaltung von jener Cabinetsordre vom Jahre 1853 wenig Gebrauch gemacht, aber die Wiederveröffentlichung im Jahre 1873 scheint anzudeuten, dass es bis dahin nur an Gelegenheit dazu gefehlt hat. Die Fälle, in denen protestantische Officiere das Versprechen katholischer Kindererziehung geben, wurden eben entweder nicht bekannt oder nicht angezeigt. Bei höhern Officieren, und namentlich bei Prinzen aus regierenden oder standesherrlichen Häusern, musste ein solcher Schritt eher bekannt werden.

Die Cabinetsordre von 1853 wird auch heute noch in denjenigen Fällen, welche bekannt werden, unnachsichtlich durchgeführt. Ein sprechendes Beispiel dafür ist der Herzog *Paul von Mecklenburg-Schwerin*, der älteste Bruder des regierenden Grossherzogs Friedrich Franz III. Der Herzog verheirathete sich in Ludwigslust am 15. Juli 1881 mit der Prinzessin Marie von Windischgrätz, seiner Cousine. Die Mutter der Prinzessin war die Schwester des verstorbenen Grossherzogs Friedrich Franz II. Die Trauung erfolgte in aller Feierlich-

keit. Der Herzog war damals Major im 2. Hessischen Husaren-Regiment zu Kassel und wurde zugleich als Major à la suite des Mecklenburgischen Dragoner-Regiments Nr. 17 geführt. In Folge seiner Verheirathung und des Versprechens katholischer Kindererziehung musste er den activen Dienst aufgeben und wurde als Major à la suite des genannten hessischen Regiments gestellt, auch wurde er noch in der Rangliste als Major des Mecklenburgischen Dragoner-Regiments Nr. 17 weitergeführt. In diesem Verhältniss zu den beiden Regimentern verblieb er auch noch im Jahre 1883, dann wurde ihm aber von Berlin aus nahegelegt, seinen Abschied einzureichen, der ihm natürlich sofort bewilligt wurde. Der Herzog schied in Folge dessen auch aus dem inactiven Dienst, wurde in der Rangliste überhaupt gestrichen, während man die Prinzen aus regierenden und standesherrlichen Familien, auch wenn sie nur ganz kurze Zeit activ gedient haben, zu den Officieren à la suite der Armee zu versetzen pflegt. Der Herzog Paul hatte aber nicht nur längere Zeit gedient, sondern auch den Feldzug von 1870 mitgemacht. Er war nun von allen Beziehungen zum Heere gelöst und hatte damit zugleich das Recht verloren, eine Uniform zu tragen, was für jeden Officier, und namentlich für einen Prinzen aus einem regierenden Hanse, welcher zu Hofe gehen muss und anderweite Repräsentationspflichten hat, ein empfindlicher Verlust ist. Sein Bruder, welcher inzwischen am 15. April 1883 zur Regierung gelangt war, stellte ihn im Jahre 1886 wieder als Major à la suite des Mecklenburgischen Dragoner-Regiments Nr. 17 — so weit wird wohl die Militärhoheit der norddeutschen Contingentsherren noch reichen —, und seitdem wird der Herzog in der Rangliste wieder als Major bezw. Oberst-Lieutenant geführt, aber nicht als Oberst-Lieutenant schlechthin, sondern ausdrücklich als »grossherzoglich mecklenburgischer« Oberst-Lieutenant. Damit ist gesagt, dass der Rang und Titel nur Geltung hat für das mecklenburgische Contingent, nicht aber für das übrige Heer. Ein Commentar dazu ist, glaube ich, überflüssig. Die Cabinetsordre von 1853 gilt, wie bereits in der Kölnischen Volkszeitung hervorgehoben ist, nicht nur für die Officiere, sondern auch für die Militär-Aerzte und alle Militär-Beamten.

III. In der Sitzung der Budgetcommission des deutschen Reichstags vom 13. Februar 1894 bei der Berathung des Militäretats erwähnte der Centrumsabgeordnete Dr. *Lingens* die vorhin besprochene Cabinetsordre Friedrich Wilhelm IV. Seit drei Jahre werde diese Ordre sehr strenge gehandhabt, sogar auf Militär-Aerzte, Gendarmerie-Mannschaft u. s. w. ausgedehnt; eine Benachtheiligung Jemandes

wegen seiner Religion sei aber doch ein Eingriff in die Gewissensfreiheit. Leider liegt kein ausführlicher stenographischer Bericht vor. Wir theilen jedoch den kurzen Bericht der Germania 1894 Nr. 35 I. Blatt über diese Verhandlung mit. Danach erwiederte Kriegsminister *Bronsart v. Schellendorf:* Die Frage der Mischehen sei eine sehr heikle und sei hier nicht zur Lösung zu bringen. Seine Informationen hätten ergeben, dass auch von katholischer Seite nicht richtig vorgegangen werde. Er halte es für unwürdig, wenn ein evangelischer preussischer Officiere, um die Ehe mit einem katholischen Mädchen eingehen zu können, das Gelöbniss der katholischen Erziehung der Kinder ablegen müsse, ein Gelöbniss, von dem er noch gar nicht wisse, ob er es werde halten können. Die evangelische Kirche verlange dieses Versprechen nicht. — Abg. *Jazdzewski* (Pole) vertheidigt das Verlangen der katholischen Kirche nach Ableistung dieses Gelöbnisses. Die Zulassung der Mischehen sei überhaupt eine Concession, welche die katholische Kirche mache, und *wer etwas gäbe, verlange auch etwas dafür.* Derjenige, der dieses Versprechen leiste, verletze seine Standesehre nicht, sondern ermögliche nur seiner katholischen Braut das Eingehen der Ehe. Die Autoritäten der katholischen Kirche werden in dieser Hinsicht von ihrem Princip nicht abgehen. — Kriegsminister *Bronsart v. Schellendorf*: Die Ausführungen des Vorredners hätten ihn nur überzeugt, dass die Frage noch heikler sei, als er ursprünglich geglaubt habe. Wenn die Autoritäten der Kirche nicht nachgeben wollen, dann käme die Frage der Lösung kaum näher. Er wolle hier ausdrücklich constatiren, dass seitens der Armeen Alles geschehen sei, um jegliche kirchliche Zwietracht zu vermeiden. Abg. Dr. *Schädler* (Ctr.) Die katholische Kirche habe einmal diese Forderung zu der ihrigen gemacht, es bleibe der evangelischen Kirche unbenommen, das Gleiche zu verlangen. Die Klage richte sich hier gegen die Militärverwaltung, die auf diesem Wege einen Gewissenszwang einführen wolle. Abg. Prinz *Arenberg* (Ctr.) beklagt die Einmischung der Militarverwaltung in diese kirchliche Frage. — Abg. *v. Kardoff* (Rp.) vertheidigt die Ordre vom evangelischen Standpunkte. Ein Officier, der ein reiches katholisches Mädchen unter dieser Bedingung heirathe, dass er seine Kinder katholisch werden lasse, geniesse keiner Achtung, und diese müsse man doch für einen Officier beanspruchen. Abg. *Lingens* bestreitet, dass diese Bedingung gegen die Achtung vor dem Officier verstosse; *bei den Officieren werde immer nach Geld geheirathet.* Abgeordneter Dr. *Hammacher* (natlib.): Was würden die katholischen Officiere zu einem Kameraden sagen, der ein solches Versprechen gebe, ebenso

verlange er für die evangelischen Officiere das Recht, einen Kameraden nicht aufzunehmen, der ein solches Gelöbniss geleistet habe. Abg. Dr. *Lieber* (Ctr.) Man habe allgemein den Wunsch, jedes Ueberbleibsel des Culturkampfes zu beseitigen, und deshalb habe seine Partei die Beseitigung dieser Cabinetsordre angeregt. Abg. *Bebel* (Soc.): Die Militärverwaltung kümmern die Bedingungen nichts, unter denen eine Ehe geschlossen werde; aber in der Armee herrsche noch der Gewissenszwang; es könne doch der Fall eintreten, dass confessionell gemischte Brautleute den Ausweg der Civilehe wählen; das sei den Officieren aber nicht gestattet. Kriegsminister *Bronsart v. Schellendorff:* Von einem Falle letzterer Art sei nichts bekannt; er bitte den Abg. Bebel um Mittheilung eines solchen. (Bebel schweigt.) Ich warte also vergebens darauf. Abg. *v. Staudy* (cons.) hält es für wünschenswerth, dass die Officiere, die nicht kirchlich getraut würden, nicht mehr der Armee angehören sollten. Abg. Dr. *Lieber* will dem Könige von Preussen, der doch einerseits oberster Kriegsherr und andererseits summus episcopus der evangelischen Kirche sei, das Recht zu einer solchen Ordre nicht bestreiten, allein nach dem Erlass der Civilstandsgesetzgebung sei der Verordnung der Boden entzogen. Die Ausführungen des Abg. Staudy begrüsse er freudigst; er hoffe mit ihm Arm in Arm das Jahrhundert in die Schranken zu fordern. Abg. *Bebel* spricht seine Genugthuung darüber aus, dass der Kriegsminister zugegeben, die Militärbehörde kümmere sich nicht um die kirchliche Trauung der Officiere. Der *Kriegsminister* unterbricht hier den Redner und bestreitet diese Aeusserung. Er habe ihn nur gebeten, Fälle zu nennen, wo einem Officier aus der Civil-Trauung Unannehmlichkeiten erwachsen wären. Abg. *Bebel* erklärt, solche Fälle nicht nennen zu können, und bekämpft dann gleichfalls die Cabinetsordre als einen Gewissenszwang. Soweit der Bericht über die Sitzung der Budget-Commission.

Wie steht es übrigens in Wirklichkeit mit der von Herrn v. Bronsart gerühmten Nachgiebigkeit der evangelischen Kirche: wenn sie das Versprechen der evangelischen Kindererziehung nicht verlangt, (so bemerkte die Germania 1894 Nr. 36 III. Bl.), warum mischt sich denn die Militärverwaltung hinein und gebehrdet sich kirchlicher als die Kirche? In Wahrheit handelt es sich hier um eines der vielen Mittel und Mittelchen, mit denen der Protestantismus von oben herab gefördert wird. Hat man je etwas davon gehört, dass ein *katholischer Officier* aus der Armee entfernt worden sei, der sich *evangelisch trauen* und seine Kinder evangelisch erziehen liess? Ein Protestant soll »unwürdig« sein, wenn er ein Ver-

sprechen macht, welches seine Kirche nicht verbietet; ein Katholik aber bleibt würdig, wenn er gegen das strenge Verbot seiner Kirche handelt! Hier wird doch offenbar die Ehre und Würdigkeit mit zweierlei Mass gemessen. Herr Dr. Hammacher sagte in der Commission: was würden die katholischen Officiere zu einem Kameraden sagen, der die evangelische Kindererziehung verspreche? Ebenso verlange er für die evangelischen Officiere das Recht, einen Kameraden nicht aufzunehmen, der das Gelöbniss katholischer Kindererziehung leiste. Auf das, was die Kameraden sagen, gibt die Militärverwaltung aber nur dann etwas, wenn das Gelöbniss der katholischen Kirche zu Gute kommt, denn, wie bemerkt, einem katholischen Officier, der evangelische Kindererziehung verspricht, geschieht nichts, mögen die katholischen Kameraden sagen, was sie wollen. Auf die Bemerkung von Kardorff's, ein Officier, der ein reiches katholisches Mädchen heirathe, unter der Bedingung, dass er seine Kinder katholisch werden lasse, verdiene keine Achtung, hat der Abgeordnete Dr. Lingens sehr zutreffend erwidert, bei den Officieren werde immer nach *Geld* geheirathet. Das Geld eines katholischen Mädchens heirathen, verstösst offenbar nicht gegen die Achtung, wohl aber das Geld unter Bedingungen nehmen, die dem reichen Mädchen, das man mit in Kauf nehmen muss, die Ehe nach den Vorschriften seiner Kirche möglich machen. Der Geist der Cabinetsordre ist der Geist des Culturkampfes, der die Rechte und Gesetze der katholischen Kirche nicht anerkennt, sondern die katholische Kirche nach dem Gefallen der Protestanten modeln und beschränken will. Herr v. Staudy bezeichnete es als wünschenswerth, dass die Officiere, die nicht kirchlich getraut würden, nicht mehr der Armee angehören sollten. Thatsächlich gibt es auch keinen blos standesamtlich getrauten Officier, weil solche nie geduldet worden sind. Will man aber nur kirchlich getraute Officiere, so verlange man auch, dass jeder Officier nach den Vorschriften seiner Kirche getraut werde; man lasse nicht katholische Officiere zu, die die Bedingungen einer katholischen Trauung nicht erfüllen!! Lässt man sie doch zu, so erfordert es Recht und Billigkeit, dass man auch den evangelischen Officieren *keinen Zwang* auferlegt, der ihre katholischen Bräute in Gewissensnoth und Ungehorsam gegen ihre Kirche bringt, während die evangelische Kirche diesen Zwang gar nicht verlangt.

Gegenüber der Bemerkung des Herrn Kriegsministers, dass evangelischer Seits nicht das Versprechen der evangelischen Kindererziehung gefordert werde, wurde alsbald in der Hildesheimer und dann in anderen Zeitungen darauf hingewiesen, dass seit Jahren in

dem Bereiche der 12. Division von *evangelischen Unterofficieren, welche katholische Mädchen heirathen, seitens der Militärbehörde das schriftliche Versprechen der evangelischen Trauung und der evangelischen Kindererziehung gefordert und dass von diesem Versprechen die Ertheilung des Heiraths-Consenses abhängig* gemacht ist. Nicht lange darauf meldete dann die Neisser Ztg. (s. Germania 1894 Nr. 50 I. Bl.), dass der in Rede stehende Divisionsbefehl nicht mehr in Kraft sei.

In der Freisinnigen Ztg. (vgl. Germ. 1884 Nr. 40 I. Bl.) wurde gegenüber den Bemerkungen des Kriegsministers in der Budget-Commission auch darauf hingewiesen, dass in der Armee gefordert werde, dass *Officiere und selbst Officiere des Beurlaubtenstandes sich kirchlich trauen lassen müssen bei Strafe der Entlassung.* Thatsächlich haben auch Ausschliessungen aus dem Officierstande wegen Unterlassung der kirchlichen Trauung gegenüber Landwehr-Officieren stattgefunden, so z. B. betraf ein solcher Fall einen der Fortschrittspartei angehörigen Landwehr-Officier in Ostpreussen. Ferner veröffentlichte der Vorwärts (s. Germania 1894 Nr. 36 II. Bl.) folgenden die *kirchliche Trauung der Unterofficiere* und deren Verlobte betreffenden Erlass:

Commandatur Spandau 2./2. 94. Journ.-Nr. 388. U. R. Das kirchliche Aufgebot muss von dem Bräutigam persönlich beim Garnisonspfarrer bestellt werden. Macht der Bräutigam dabei unwahre Angaben bezüglich der Jungfrauschaft der Braut, so wird er nachträglich seinem Vorgesetzten wegen dienstlicher Lüge gemeldet. Eine Braut, die nicht mehr Jungfrau ist, darf nicht im Myrthenkranz und Schleier zur Trauung kommen. Der Garnisonspfarrer würde sie in diesem nur einer Jungfrau zukommenden Schmuck nicht trauen. Die Brautleute haben darauf zu sehen, dass die Trauung pünktlich zur festgesetzten Stunde stattfinden kann. Es ist dem Garnisonspfarrer nicht zuzumuthen, dass er in der Kirche eine halbe Stunde, wo möglich darüber, vergebens wartet. Dem Garnisonspfarrer ist zur Pflicht gemacht, jeden Verstoss ohne Verzug zu melden, damit die nöthige Aufklärung, bezw. Bestrafung erfolgen kann.

gez.: v. Michaelis, Stadtcommandant für Spandau. (Artilleriewerkstatt).«

VIII.

Entscheidungen preuss. Behörden und Gerichte betr. die religiöse Kindererziehung.

1. *Erlass des (evangel.) königl. Consistoriums zu Wiesbaden vom 21. Februar 1894.*

(Kirchl. Amtsblatt Nr. 3).

Unter Bezugnahme auf unsere im Kirchl. Amtsbl. vom 1. Aug. 1893, Nr. 11, erfolgte Veröffentlichung ergänzen wir die Mittheilung über die Gültigkeit des Nassauischen Edicts vom 22./26. März 1808 zur Beseitigung von Zweifeln über das bestehende Recht dahin, dass 1. solange die Eltern über die Frage einig sind, in welcher Religion ihre Kinder zu erziehen seien, dem vereinten Willen derselben von Amtswegen kein Hinderniss in den Weg zu legen ist und eine derartige Einigung ihre Geltung auch über den Tod des einen oder andern oder beider Ehegatten hinaus behält, — dass dagegen 2. wenn eine solche Einigung nicht stattgefunden hat, nach dem Ableben des Vaters lediglich die Confession desselben für die weitere religiöse Erziehung der Kinder bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre massgebend ist. — Wiesbaden, den 21. Febr. 1894. Königl. Consistorium. — An die Herren Decane und Geistlichen im Bezirk des ehemaligen Herzogthums Nassau. C. N. 946.

2. *Urtheil des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M. vom 20. Jan. 1894, betr. die Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen im Gebiete des gemeinen Rechts.*

Dieses Urtheil des O.-L.-G. zu Frankfurt a. M. ist bemerkenswerth, weil es — abweichend von der Judicatur des preuss. Kammergerichts — entschied, dass *nach gemeinem Rechte auch der den andern überlebenden Elterntheil frei über die Religion des Kindes bestimmen kann.* Der zu Grunde liegende Thatbestand ist folgender: Die der katholischen Confession angehörige Wittwe des am 7. Januar 1893 verstorbenen evangelischen Kanzleidiätars Walker zu Sigmaringen, welche zur Vormünderin ihrer minderjährigen Kinder bestellt ist, hat am 17. April 1893 dem Local-Schulinspector Superintendenten Gallwitz zu Sigmaringen angezeigt, dass sie ihre Kinder Emma (geboren am 7. Januar 1880) und Oskar (geboren am 14. No-

vember 1885), welche bis dahin in der evangelischen Confession erzogen waren, von jetzt ab in der katholischen Religion erziehen lassen und sie daher aus der evangelischen Schule zurückbehalten werde. — Der Local-Schulinspector hat sich darauf an das *Vormundschaftsgericht Sigmaringen* gewandt mit dem Antrage, die Wittwe Walker bezw. den Vormund der Kinder zu veranlassen, letztere wieder der evangelischen Schule zu überweisen. — Diesen Antrag hat das Amtsgericht Sigmaringen durch Beschlus v. 21. April 1893 *zurückgewiesen*, weil das geltende gemeine Recht keine Bestimmungen über die religiöse Erziehung der Kinder habe, somit die Bestimmung über dieselbe gemäss §. 28, Abs. 1, der Vormundschafts-Ordnung der *Wittwe* zustehe, ausserdem aber auch ein directes Eingreifen in die Erziehung dem Vormundschaftsgericht nicht zustehe. — Gegen diesen Beschluss hat der Local-Schulinspector am 27./29. April 1893 *Beschwerde* eingelegt mit dem Antrage, unter Aufhebung des Beschlusses das Amtsgericht zu einem dem früheren Antrage entsprechenden Verhalten anzuweisen. Zur Begründung der Beschwerde hat er die Rechtsauffassung des Amtsgerichts bemängelt, in thatsächlicher Beziehung aber angeführt, dass *sämmtliche* (auch die älteren) Kinder der Walker'schen Eheleute vom evangelischen Stadtpfarramte getauft seien und von Anfang an mit Genehmigung beider Eltern evangelischen Religions-Unterricht genossen hätten, Emma Walker auch bereits ein Jahr am Confirmanden-Unterricht theilgenommen habe, um Ostern 1894 confirmirt zu werden. — Die Wittwe Walker, welcher die Erklärung mitgetheilt worden ist, hat diese thatsächlichen Anführungen nicht bestritten, aber erklärt, dass sie das Recht, ihre Kinder katholisch erziehen zu lassen, insbesondere auch deshalb für sich in Anspruch nehme, weil nach §. 5. ihres (überreichten) Ehevertrages vom 16. Juni 1873 ihr verstorbener Ehemann sich verpflichtet habe, die aus ihrer Ehe hervorgehenden Kinder katholisch taufen und erziehen zu lassen. — Das *Landgericht zu Hechingen* wies die Beschwerde des Local-Schulinspectors ab, indem es erwog, dass das gemeine Recht besondere Bestimmungen über die religiöse Erziehung der Kinder nicht habe, daher in den gemeinrechtlichen Gebieten Preussens der §. 28, Abs. 1, der Vormundschafts-Ordnung uneingeschränkt Anwendung finde und die Wittwe Walker im vorliegenden Falle als berechtigt angesehen werden müsse, so zu verfahren, wie sie gethan. — Der Schulinspector Superintendent Gallwitz erhob gegen diesen Beschluss weitere Beschwerde beim *Kammergericht zu Berlin.* Dieses überwies die Beschwerde gemäss §. 56, Abs. 1, des Ausführungsgesetzes zum Ge-

richtsverfassungsgesetz dem Oberlandesgericht zu Frankfurt a. M. zur Entscheidung, weil die weitere Beschwerde auf die Verletzung einer Rechtsnorm gestützt sei, welche im Bezirk des Kammergerichts nicht gelte, auch eventuell die rechtliche Wirkung des von der Wittwe angezogenen Ehevertrages in Frage komme, der gleichfalls nur nach dem in Hohenzollern geltenden Recht entschieden werden könne. — Das *Oberlandesgericht zu Frankfurt* wies die weitere Beschwerde als sachlich nicht begründet auch seinerseits ab, indem es im Wesentlichen Folgendes erwog: Die von dem Beschwerdeführer — der nach §. 10 der Vormundschafts-Ordnung zur Erhebung der Beschwerde im Interesse der Mündel an sich legitimirt erscheint — als verletzt bezeichnete Rechtsnorm, dass die religiöse Erziehung der Kinder nach dem Tode des Vaters in dem Bekenntniss des Vaters zu erfolgen habe, richtiger: in dem von dem Vater den Kindern gegebenen Bekenntnisse, ist für das Gebiet des gemeinen Rechts in der That nicht nachweisbar. Der von dem Beschwerdeführer angezogene *Beschluss des Friedensexecutions-Congresses zu Nürnberg* vom Jahre 1650 ist zwar von Glück und Dernburg als Grundlage des von ihnen gelehrten, der Behauptung des Beschwerdeführers entsprechenden Rechtssatzes eingeführt, auch vom Königl. Kammergericht in einem Beschluss vom 27. April 1889 (mitgetheilt bei *Schmidt*, Die Confessionen der Kinder, S. 37) der Entscheidung zu Grunde gelegt worden. Indessen findet sich ein solches Conclusum des Friedensexecutions-Congresses von 1650 in der ausführlichen Darstellung der Verhandlungen desselben von *v. Meiern* »Acta pacis executionis publica« nicht vor. v. Meiern berichtet, dass von dem Magistrat und der Bürgerschaft zu Augsburg dem Congresse drei Punkte zur Entscheidung unterbreitet worden seien: a. welcher Religion bei stattgehabter Conversion der Eltern die Waisenkinder zuzutheilen; b. wann ein Waisenkind die Religion selbst wählen dürfe (annus discretionis); c. ob in gemischten Ehen, wenn keine pacta dotalia vorhanden, patria potestas gelten, oder ob die Söhne dem Vater, die Töchter der Mutter folgen sollten, wie man es bei den Waisenkindern gehalten habe. — Die Entscheidung über diese drei Punkte, von welchen der zu c der hier in Rede stehenden Streitfrage entspricht, wurde bei der ersten Berathung am 10./20. August 1650 ausgesetzt. Am 14./24. September kam die Sache wiederum zum Vortrag und wurde das »Concept« der Antwort an die Stadt Augsburg vorgenommen; als man aber an das Unterscheidungsjahr kam, wurde man uneinig und beschloss, vor der Entscheidung von jeder Seite einen Theologen zu befragen. Auch am 7./17. November 1650, am 7./17. December

1650 und am 18./28. Februar 1651, wo die Sache abermals zur Sprache kam, wurde eine Einigung nicht erzielt; endlich lässt auch der bei v. Meiern wiedergegebene »Summarische Bericht« der Evangelischen erkennen, dass der Streitpunkt nicht geschlichtet wurde. Betrifft nun auch der streitig gebliebene Punkt die hier schwebende Frage oben zu c nicht, so scheint doch an ihm die Beschlussfassung über den Augsburger Streit überhaupt gescheidert zu sein. Auch im k. k. Hof- und Staats-Archiv zu Wien, wo umfangreiche Akten über die Verhandlungen der Nürnberger Friedensexecutions-Deputation aufbewahrt werden, sind nach einer Mittheilung des Archiv-Directors v. Arneth vom 1. April 1890 »bei eifrigster Nachforschung« auch nicht »die entferntesten Anhaltspunkte« darüber aufgefunden worden, ob die Nürnberger Deputation einen Beschluss über die Augsburger Beschwerde überhaupt gefasst hat. — Es kann indessen die Frage, ob der angebliche Beschluss des Nürnberger Congresses über die Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen gefasst worden ist, und ob und wie er etwa Gesetzeskraft erlangt hat, auf sich beruhen bleiben. Denn der Wortlaut des anscheinend zuerst 1690 von dem Corpus Evangelicorum producirten, bei Mich. Casp. Londorp (Acta publica 1719) und nochmals mehrfach abgedruckten Beschlusses, der vom 24./14. September 1650 datiren soll und daher mit dem v. Meiern erwähnten »Concept« der Antwort an die Stadt Augsburg aller Wahrscheinlichkeit nach identisch ist, enthält den von dem Beschwerdeführer daraus abgeleiteten Rechtssatz nicht. — Der Beschluss soll dahin lauten: »Den dritten Casum mixti matrimonii betreffend, da hat es in denen geist- und weltlichen beschriebenen Rechten, ratione patriae potestatis, dergestalt seine klare Ziel und Maass, dass dem Vater die alimentatio, institutio, elocatio, dotatio u. dergl. Ehebeschwerden principaliter obliegen, und die Kinder utriusque sexus desselben Disposition in geist- und weltlichen Sachen vornemblich jederzeit zu gehorsamen schuldig seind, dabei wir es, jedoch mit der Bescheidenheit bewenden lassen, dass in alle Weg, da pacta dotalia vorhanden, dieselbe zuvörderst in Acht genommen und observirt werden sollen und müssen.« (*Schmidt* a. a. O. S. 34). — Hiernach will der Beschluss überhaupt nicht neues Recht schaffen, sondern nur das geltende wiedergeben, und er thut dies, indem er feststellt, dass auf Grund der väterlichen Gewalt dem Vater in erster Linie (principaliter) die Erziehung der Kinder obliege, und diese ihm »vornemblich« Gehorsam schuldig seien. Damit ist ein Recht der Mutter, nach dem Tode des Vaters die Erziehung der Kinder, auch die religiöse, zu bestimmen, viel eher anerkannt, als verneint, und das Conclusum

besagt demnach nichts weiter, als dass *während der Ehe* der Wille des Vaters die Confession der Kinder entscheidet, ein Satz, der allerdings unzweifelhaft gemeinen Rechtes ist. — Es kann somit nur noch sich fragen, ob etwa gewohnheitsrechtlich ein Rechtssatz, wie ihn der Beschwerdeführer behauptet, im Gebiete des gemeinen Rechts Geltung erlangt hat, oder ob er aus andern geltenden Rechtssätzen des gemeinen Rechts abgeleitet werden müsse. — Aber auch diese Frage ist zu verneinen. Eine besondere gewohnheitsrechtliche Bildung, wonach die Kinder nach dem Tode des Vaters in dessen Confession oder in derjenigen zu erziehen seien, in welcher sie vom Vater bis zu dessen Tode erzogen worden waren, ist in der Praxis des gemeinen Rechts nachweislich nicht hervorgetreten. (Vgl. *Dernburg*, Vormundschaftsrecht). — Was die Ableitung eines solchen Satzes aus andern Rechtssätzen des gemeinen Rechts anlangt, so ist zuzugeben, dass ein Satz des Inhalts, der kraft der väterlichen Gewalt erklärte Wille des Vaters sei auch über seine Lebenszeit hinaus für die Bestimmung der Confession der Kinder massgebend, in der Theorie des gemeinen Rechts, zumal der ältern, sowie in der Praxis vereinzelt Vertretung gefunden hat. Diese Ableitung des mehrerwähnten Rechtssatzes aus der väterlichen Gewalt endet mit dem Tode des Vaters, und wenngleich von demselben während und vermöge der väterlichen Gewalt für das Kind ein für alle Mal selbstbegründete Rechtsverhältnisse ihre Wirkung dauernd behalten, so trifft dieser Gesichtspunkt doch auf die Bestimmung der Confession der Kinder nicht zu. — Denn diese gehört, worüber gegenwärtig allgemeines Einverständniss herrscht, zur *religiösen Erziehung*, die wiederum ein Theil der gesammten sittlichen und intellectuellen Erziehung des Kindes ist. Die Erziehung aber, ebenso wohl Recht als sittliche Pflicht, ist nicht eine einzelne rechtbegründende Handlung, sondern eine fortlaufende Reihe von Thätigkeiten des Erziehenden, die erst nach Jahren, wenn die Zwecke der Erziehung erreicht sind, auch ihr Ende erreicht. Das Recht und die Pflicht, diese Thätigkeiten fortzusetzen, geht mit dem Tode des Vaters auf denjenigen über, der sein Nachfolger in der Erziehungsgewalt ist. Wie der Vater selbst bei seinen Lebzeiten die aus der Erziehungsgewalt entsprungenen Anordnungen, z. B. die Bestimmung des Berufes der Kinder, jederzeit ändern kann, so steht dieselbe Befugniss auch seinem Nachfolger zu; und so verhält es sich auch mit der Frage, in welcher Religion das Kind zu erziehen sei. — Auch ist es im neuern gemeinen Rechte allgemein anerkannt, dass das Erziehungsrecht nicht sowohl aus der väterlichen Gewalt, als vielmehr aus der

elterlichen Gewalt herzuleiten sei und dass auch während der Ehe die Mutter an der Erziehungsgewalt betheiligt sei, doch so, dass die ausschlaggebende Stimme überall dem Manne zukomme. Und nur darüber herrscht Streit, je nachdem römisch-rechtlichen oder deutsch-rechtlichen Anschauungen der Vorzug gegeben wird: ob die überwiegende Erziehungsgewalt des Vaters mit der Befugniss, die Religion des Kindes zu bestimmen, nach dem Tode des Vaters auf die Vormundschafts-Behörde und den Vormund übergeht, oder ob diese Gewalt nunmehr allein in der Mutter sich concentrirt, mindestens vorzugsweise ihr zukommt. Die preussische Vormundschafts-Ordnung vom 5. Juli 1875 bestimmt in §. 28, Abs. 1, dass die Erziehung des Mündels der Mutter unter der Aufsicht des Vormundes zustehe, und dass sie dieser nur aus erheblichen Gründen durch das Vormundschaftsgericht entzogen werden könne, und sie hat in Absatz 2 desselben Paragraphen, indem sie die bestehenden Vorschriften über die *religiöse* Erziehung des Kindes in Kraft lässt, anerkannt, dass diese letztere, und somit auch die Bestimmung der Religion des Kindes, soweit solche Vorschriften nicht bestehen, unter das nach Absatz 1 der Mutter zustehende Erziehungsrecht fällt. Da, wie dargethan, das gemeine Recht solche Vorschriften nicht enthält, war im gegebenen Falle die von der Wittwe Walker, die zugleich Vormünderin ist, getroffene Erziehungsmassregel rechtlich nicht zu beanstanden.

3. *Entscheidung des Königl. Kammergerichts vom 11. Juli 1893 betr. die relig. Erziehung von Kindern aus gemischten Ehen.*

Königl. Kammergericht. I. X. 291/93. *Beschluss.* In Sachen betreffend die Bevormundung der minorennen Kinder des am 15. Februar 1892 verstorbenen Karl Friedrich S. zu E. hat der erste Civilsenat des Königl. Kammergerichts zu Berlin in der Sitzung vom 6. Juli 1893, an welcher der Kammergerichtsrath Giesse als Vorsitzender, die Kammergerichtsräthe Dr. Jaeckel, Hadlich, Dr. Mencke, der Landrichter Ring Theil genommen haben, beschlossen, dass die von der Wittwe S. Clara geborenen S. gegen den Beschluss der ersten Civilkammer des Königl. Landgerichts zu E. vom 3. Februar 1893 eingelegte weitere Beschwerde zurückzuweisen, Gebühren für dieselbe ausser Ansatz zu lassen, wogegen die baaren Auslagen der Beschwerdeführerin zur Last zu legen.

Gründe. Der Vater der minorennen Geschwister S. war evangelischer Confession; die zum Vormund bestellte Mutter gehört dem kathol. Glaubensbekenntnisse an. Von den Kindern ist das älteste

im Jahre 1884, das jüngste im Jahre 1891 geboren. Darüber, dass die Kinder bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre in Gemässheit der Declaration vom 21. Nov. 1803 in der *evangelischen* Religion unterrichtet werden müssen, besteht kein Zweifel und die Mutter ist auch bereit, diesen religiösen Unterricht ertheilen zu lassen. Ausserdem aber will sie die Kinder auch noch in der *katholischen* Confession unterrichten lassen, und dies ist von den Vorentscheidungen für unzulässig erachtet worden. Die weitere Beschwerde hat nicht für begründet angesehen werden können. Es musste vielmehr den Vorinstanzen darin beigetreten werden, dass, wenn das Gesetz den Unterricht in einer bestimmten Religion vorschreibt, damit nur ein ausschliesslicher Religionsunterricht gemeint sein kann. Wo die gerügte Verletzung der §§. 74 ff. Allg. Landr. Thl. 2, Tit. 2 gefunden werden soll, ist sonach nicht abzusehen. Ebensowenig lässt sich ein Verstoss gegen §. 28, 51 der Vormundschafts-Ordnung erkennen, da es unzweifelhaft Sache des Vormundschaftsgerichts ist, darüber zu wachen, dass die religiöse Erziehung der Mündel dem Gesetze entsprechend eingerichtet wird. — Gebühren für die, wennschon ungerechtfertigt, so doch im vermeintlichen Interesse der Mündel eingelegte weitere Beschwerde bleiben ausser Ansatz, während die Auslagen der Beschwerdeführerin zur Last zu legen sind. (Unterschriften.) Ausgefertigt Berlin, den 11. Juli 1893. *Lindeholz*, Actuar, Gerichtsschreiber des Königl. Kammergerichts. (L. S.)

4. *Erlass der königl. Regierung zu Danzig vom 1. Oct. 1888.*

»Nach der a. h. Cabinetsordre vom 21. Nov. 1803 erleidet die Regel, dass ein jedes Kind in der Religion seines Vaters zu erziehen sei, alsdann eine Ausnahme, wenn beide Eltern über die Erziehung des Kindes in einer anderen Religion einig sind. Wir ordnen hiermit an, dass in Zukunft jede derartige *Willenserklärung* der Eltern, stets *von dem zuständigen Landrath* zu Protocoll *abzugeben* ist. Der Landrath hat beglaubigte Abschrift einer jeden derartigen Erklärung dem zuständigen Kreisschulinspector und dieser eine gleiche beglaubigte Abschrift dem betreffenden Lehrer zu übersenden.«

Aus Westpreussen war beim Abg.-Hause um Aufhebung dieser Verfügung petitionirt worden. In der Commissionssitzung v. 7. Mai 1894 gab der Vertreter der Regierung folgende Erklärung ab:

»Die Regierung in *Königsberg* habe vor *länger als fünfundzwanzig Jahren* gefunden, dass sowohl auf evangelischer als katholischer Seite durch die Connivenz der Lehrer und Schulaufsichtsbeamten Kinder aus Mischehen in zahllosen Fällen ohne weiteres in

anderer Religion unterrichtet wurden, als nach den Gesetzen vorgeschrieben ist. Um diesem unzulässigen Verfahren entgegenzutreten und um die Lehrer und Schulaufsichtsbeamten vor dem Vorwurf der Proselytenmacherei zu schützen, habe sie eine feste Form für die Erklärung der Eltern verlangt. Diese Vorschrift habe sich nicht nur damals als nothwendig erwiesen, sondern habe auch fortgesetzt gegenüber Beschwerden aufrecht erhalten werden müssen, um ähnlichen Zuständen vorzubeugen, wie sie zum Erlass der ersten Verordnung führten. Ja, die gleiche Verordnung *sei von den benachbarten Regierungen* unter ähnlichen Verhältnissen für zweckmässig erachtet und durchgeführt. Eine wiederholte Prüfung in der Centralinstanz habe nach Lage der thatsächlichen Zustände die Unmöglichkeit der Aufhebung ergeben. Man habe nur die möglichste Erleichterung bei Abgabe der Erklärung erstrebt, könne hierin aber nicht weiter gehen als bisher, denn eine Erklärung vor dem Lehrer oder Schulinspector sei nach der ganzen Tendenz der Verfügung ausgeschlossen. Es bleibe also nur der Landrath oder der Amtsvorsteher als Urkundsperson. Die Freiheit der Eltern werde in keiner Weise dadurch beeinträchtigt. Er könne daher nur bitten, zur Tagesordnung überzugehen.«

Die Commission beschloss, den Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen. Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Abg.-Hauses vom 26. Mai 1894 angenommen, gegen die Stimmen des Centrums, der Polen und einiger Freisinnigen und Nationalliberalen. Vgl. den Bericht in der Germania 1894 Nr. 118 III. Bl., 119 I. Bl. Ebendaselbst 130 II. Bl. sind namentlich die gegen die Recht- und Zweckmässigkeit der Verfügungen der Regierungen von Ost- und Westpreussen gerichteten Ausführungen der Abg. *Krebs* und Rintelen ausführlicher mitgetheilt.

IX.

Die Aufbesserungs- und Alterszulagen für kathol. Geistliche in Preussen.

Erlass des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten an sämmtliche kgl. Regierungen.

G. II. Nr. 577. Berlin, den 6. April 1894.

I. Vom 1. April d. J. ab soll bei Gewährung der Aufbesserungs- und Alterszulagen an kath. Pfarrer aus dem Fonds Cap. 124 Tit. II. des Staatshaushaltsetats die gesammte Dienstzeit angerechnet werden, welche der Geistliche

a. nach der Ordination in einem kirchlichen Amte in Preussen,

b. vor oder nach der Ordination als festangestellter Lehrer in einem öffentlichen Schulamte in Preussen zugebracht hat, während bisher bei Gewährung der Alterszulagen zur Erreichung eines Jahreseinkommens über 1800 ℳ hinaus lediglich die im selbständigen Pfarramte zugebrachte Dienstzeit angerechnet worden ist.

Als Dienstzeit im kirchlichen Amte ist hierbei diejenige Zeit anzusehen, während welcher ein Geistlicher in Preussen im geistlichen Amte, im kirchenregimentlichen Amte oder im Lehramte an einer theologischen kirchlichen Lehranstalt fest angestellt gewesen oder als Vertreter (Vicar oder Hülfsgeistlicher) verwendet worden ist oder auf Berufung oder besondere Bestätigung — nicht blos mit Zustimmung — der kirchlichen Oberen im Dienste der äusseren Mission oder sonstiger Zwecke der christlichen Liebesthätigkeit gestanden hat.

II. Demgemäss ist vom 1. April d. J. ab das Diensteinkommen der im selbständigen Pfarramte fest angestellten *katholischen* Pfarrer, soweit es nicht durch die Pfründe oder sonstige anrechnungsfähige Bezüge in der erforderlichen Höhe dargeboten wird, aus dem Fonds Capitel 124 Titel 2 des Staatshaushaltsetats in folgender Weise aufzubessern:

1. Die unterste Einkommensstufe beträgt wie bisher jährlich 1500 ℳ neben freier Wohnung oder entsprechender Miethsentschädigung.

2. Das Diensteinkommen derjenigen Pfarrer, welche bereits 5 Jahre seit ihrer Ordination in einem kirchlichen Amte in Preussen oder vor oder nach ihrer Ordination als festangestellte Lehrer in

einem öffentlichen Schulamte in Preussen gestanden haben, ist durch Gewährung von Aufbesserungszulagen an diese Pfarrer auf das Mindesteinkommen von 1800 ℳ neben freier Wohnung oder entsprechender Miethsentschädigung zu erhöhen.

3. Sodann sind Alterszulagen an die Pfarrer zu gewähren, derart, dass das Mindesteinkommen nach Ablauf einer weiteren nach der Ordination in einem kirchlichen Amte in Preussen oder vor oder nach der Ordination als fest angestellte Lehrer in einem öffentlichen Schulamte in Preussen zugebrachten Dienstzeit von je 5 Jahren um je 150 ℳ bis zum Höchstbetrage von 2400 ℳ steigt. Die Aufbesserung des Diensteinkommens auf 1500 ℳ und 1800 ℳ erfolgt durch Gewährung von Aufbesserungszulagen aus Staatsfonds nur insoweit, als die erforderlichen Zuschüsse nicht aus der Kirchenkasse bewilligt oder durch Beiträge der zunächst verpflichteten Gemeinden aufgebracht werden können. Die Gewährung der Alterszulagen (Nr. 3) dagegen erfolgt bis auf Weiteres lediglich aus Staatsfonds.

III. Die Dauer, sowie die Anfangs- und Endtermine der Bewilligung der Aufbesserungs- und Alterszulagen sind nach den folgenden bereits bisher massgebend gewesenen Bestimmungen festzusetzen:

a. Die Zulagen werden auf die Amtsdauer des Empfängers bewilligt, jedoch auch während derselben insoweit erhöht oder gekürzt, als durch Veränderung des Stelleneinkommens das gesammte Diensteinkommen wesentlich und nachhaltig hinter die vorstehend unter II. Nr. 1 bis 3 gedachten Sätze zurückgeht oder sie überschreitet.

b. Die Bewilligung der Zulagen, welche durch das Aufsteigen der Pfarrer in höhere Dienstaltersstufen erforderlich werden, beginnt mit dem ersten Tage desjenigen Monats, der auf den Monat folgt, in welchem die höhere Stufe erreicht wird. Erreicht ein Pfarrer am ersten Tage des Monats eine höhere Dienstaltersstufe, so ist die Zulage schon von diesem Tage ab zahlbar zu machen.

c. Pfarrer, welche in ihr erstes Pfarramt eingeführt werden, erhalten die Zulage vom Tage der Einführung ab. Pfarrer, welche in ein anders Pfarramt versetzt werden, erhalten die ihnen in dem neuen Pfarramte zustehende Zulage, wenn die Einführung am Ersten eines Monats stattfindet, von diesem Tage, sonst vom Ersten des folgenden Monats ab.

d. Wird ein Pfarrer versetzt oder emeritirt, oder scheidet er sonst freiwillig oder gezwungen aus, so verbleibt ihm die am Ersten des Monats, in welchem er die Stellung verlässt, fällige Monatsrate seiner Zulage ganz.

e. Stirbt ein Pfarrer, so verbleibt seinen Hinterbliebenen die am Ersten des Sterbemonats fällige Monatsrate der dem Verstorbenen bewilligt gewesenen Zulage.

IV. Die Königlichen Regierungen veranlasse ich, die den katholischen Pfarrern nach Massgabe der vorstehenden Grundsätze vom 1. April d. J. ab und fernerhin zustehenden Aufbesserungs- und Alterszulagen festzustellen und soweit dieselben hierzu durch meine anderweite Verfügung vom heutigen Tage ermächtigt sind, selbstständig zu bewilligen, im Uebrigen aber die Bewilligung bei mir in Antrag zu bringen.

Die hiernach erforderlichen Anträge sind, soweit es sich um die Bewilligungen von Zulagen in Folge Aufsteigens in höhere Dienstaltersstufen handelt, vierteljährlich und zwar möglichst drei Monate vor dem Kalender-Vierteljahre, in welchem die Pfarrer auf die Zulagen Anspruch erlangen, die Anträge auf Bewilligung von Zulagen für in's erste Pfarramt berufene oder in ein anderes Pfarramt versetzte Geistliche dagegen, sobald der Einführungstermin feststeht, in Form der anliegenden mit Erläuterungen versehenen Nachweisung der Regel nach ohne Begleitbericht hierher einzureichen.

Zu dieser Nachweisung können die durch Verfügung v. 1. Mai 1889 — G. II. 284 — den Königlichen Regierungen übersandten und dort etwa noch vorräthigen Formulare nach entsprechender Abänderung des Vordrucks benutzt werden. Weitere Formulare werden diesseits nicht geliefert.

Die bisher vorgeschriebene Aufstellung gesonderter Nachweisungen für jede Dienstaltersstufe kann zur Vereinfachung des Geschäftsganges künftig unterbleiben. Es genügt, wenn jedesmal *eine* Nachweisung über sämmtliche *Aufbesserungszulagen* — bezüglich welcher häufig zeitraubende Ermittelungen über die Leistungsfähigkeit der beitragspflichtigen Kirchenkassen und Kirchengemeinden erforderlich sind — und *eine* Nachweisung über sämmtliche Alterszulagen aufgestellt wird.

Die Nachweisungen sind nach wie vor in zwei Exemplaren hierher einzureichen. Das eine Exemplar wird nach erfolgter Prüfung und Feststellung an die Königl. Regierung zurückgesandt werden, während das zweite Exemplar bei den diesseitigen Akten verbleibt.

V. Da unter den katholischen Pfarrern vielfach die irrige Auffassung verbreitet ist, als ob die Bewilligung der ihnen zustehenden Zulagen ohne Anregung ihrerseits von Amtswegen erfolge, und da in Folge dessen die Bewilligung sich bisher in vielen Fällen verzögert hat, so wollen die Königlichen Regierungen sich unter Mit-

theilung einer Abschrift dieser Verfügung mit den bischöflichen Behörden in Verbindung setzen, damit diese die Pfarrer ihres Amtsbereichs darauf aufmerksam machen, dass die Zulagen nur auf Antrag der Geistlichen selbst bewilligt werden können und dass es sich empfiehlt, die erforderlichen Anträge thunlichst 6 Monate vor dem Termine, mit welchem die Geistlichen auf die Zulagen Anspruch erlangen, durch Vermittelung der Herren Bischöfe bei den Königlichen Regierungen anzubringen.

Dabei gebe ich anheim, sofern es für zweckmässig gehalten wird, mit den bischöflichen Behörden ein Uebereinkommen zu treffen, wonach diese die bei ihnen eingelaufenen Anträge der Pfarrer auf Bewilligung von Zulagen den Königlichen Regierungen in bestimmten Zeiträumen gesammelt übermitteln.

VI. Für die Feststellung der den katholischen Pfarrern vom 1. April d. J. ab in Folge anderweiter Berechnung ihrer Dienstzeit zustehenden Alterszulagen wird zur Vermeidung einer Verzögerung in der Anweisung dieser Zulagen im Allgemeinen das Ergebniss der auf Grund meiner Verfügung vom 6. Juni 1893 — G. II. 710 — angestellten Ermittelungen zum Anhalte genommen werden können.

Da obige Aenderung der Grundsätze für die Berechnung der Dienstzeit der Geistlichen durch den Entwurf zum Staatshaushaltsetats für das Jahr 1. April 1894/95 vorgeschlagen ist, dieser selbst aber in Folge der ausgedehnten Etatsberathungen im Hause der Abgeordneten noch nicht festgestellt werden konnte, so muss die Auszahlung der den Geistlichen danach zukommenden Mehrbezüge noch ausgesetzt werden. Es sind jedoch die erforderlichen Vorbereitungen zur Ausführung dieser Verfügung betreffs der anderweiten Berechnung der Dienstzeit dergestalt zu treffen, dass thunlichst sogleich nach Publication des Etatsgesetzes in der Gesetz-Sammlung die Auszahlung erfolgen kann.

gez.: *Bosse.*

X.

Entscheidung des V. Senats des preuss. Oberverwaltungsgerichtshofs vom 19. Januar 1893 betreff. die Besteuerung des Diensteinkommens der Geistlichen.

Zu den von dem Einkommen in Abzug zu bringenden Ausgaben gehören nicht die Aufwendung eines Geistlichen für Amtskleidung und für Aufnahme anderer Geistlichen oder Vorgesetzten bei kirchlichen Festen, Visitationen u. dgl. (Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 §§. 9, 15. Anweisung des Finanzministers vom 5. August 1891 zur Ausführung des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 Art. 4, 21, 22.)

Von der Steuererklärung des Steuerpflichtigen, eines katholischen Pfarrers, war Seitens der Veranlagungs- wie der Berufungscommission insofern abgewichen, als der Abzug von: 100 ℳ für Ausgaben zur Beschaffung der Amtskleidung und 200 ℳ für Aufwendungen aus Anlass der Aufnahme von Geistlichen bei kirchlichen Festen, des Bischofs und seines Gefolges bei der Firmung etc. für unzulässig erachtet war. Auch der hiergegen eingelegten Beschwerde wurde Seitens des Oberverwaltungsgerichts der Erfolg versagt aus folgenden *Gründen:* Beschwerdeführer bezieht nach seiner Steuererklärung ein Amtseinkommen von 3658 ℳ, das sich als Einkommen aus Gewinn bringender Beschäftigung im Sinne des §. 15 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 und des Art. 21 der Ausführungsanweisung vom 5. August 1891 darstellt. Dieses Einkommen ist seiner Natur nach in erster Reihe zur Bestreitung der Ausgaben des Unterhalts und des Haushalts bestimmt, zu denen diejenigen für die äusseren Bedürfnisse des Steuerpflichtigen, insbesondere also auch diejenigen für seine Kleidung und für die gastliche Aufnahme seiner kirchlichen Vorgesetzten und seiner Amtsbrüder gehören. An und für sich würden deshalb solche Ausgaben nach der klaren Vorschrift des §. 9 II 2 des Einkommensteuergesetzes vom Amtseinkommen nicht abgezogen werden dürfen. Es ist deshalb weiter zu untersuchen, ob sie, wie der Beschwerdeführer meint, von seiner Stellung als Priester der katholischen Kirche aus für abzugsfähig zu betrachten sind. In dieser Beziehung wird, was zunächst die Ausgaben für die Amtskleidung anbelangt, dem Beschwerde-

führer ohne Weiteres zugegeben werden können, dass er verpflichtet sei, bei Amtshandlungen die durch kirchliche Vorschriften angeordnete Amtskleidung zu tragen und diese für ihn, wie er sich ausdrückt, gerade so nothwendig sei, wie für den Soldaten der Waffenrock. Beschwerdeführer übersieht hierbei aber, dass daraus nichts zu Gunsten der von ihm vertretenen Ansicht zu entnehmen ist. Das Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 enthält keine Vorschrift, welche dahin ausgelegt werden könnte, dass die zum Tragen einer Uniform verpflichteten Militärpersonen, soweit bei ihnen die Verpflichtung zur Anschaffung der Uniform aus eigenem Einkommen überhaupt in Frage kommen kann, berechtigt seien, die Ausgaben dafür von ihrem der Besteuerung unterliegenden Einkommen in Abzug zu bringen. Ebensowenig aber besteht eine derartige Vorschrift für die zahlreichen Beamtenkategorien, welche wie z. B. die Eisenbahn-, Post-, Steuer-, Forstbeamten u. s. w., im Dienste eine vorgeschriebene Amtskleidung zu tragen haben. Hätte ein Unterschied zwischen Amtskleidung und gewöhnlicher Kleidung gemacht, und in steuerlicher Beziehung die Abzugsfähigkeit der Ausgaben für die erstere zugelassen werden sollen, so würde der Gesetzgeber bei der erheblichen Tragweite, welche mit einer solchen Vergünstigung für eine grosse Anzahl von mittelbaren und unmittelbaren Staatsbeamten verbunden sein würde, es nicht unterlassen haben, dies durch eine ausdrückliche Vorschrift im Gesetze selbst zum Ausdruck zu bringen. Folgerichtig hat denn auch der Art. 21 der Ausführungsanweisung vom 5. August 1891, welcher sich mit dem Einkommen aus Besoldungen der Militärpersonen, Reichs-, Staats- u. s. w. Beamten. der Geistlichen, Lehrer u. A. befasst und in Nr. 4 die von der Einnahme abzurechnenden Abzüge aufführt, der Ausgaben für Uniformen, Amtskleidungen u. dgl. nicht gedacht. In der Verwaltungspraxis ist früher auch stets daran festgehalten, dass der Werth von Dienstkleidung, welche Beamten neben ihrem baaren Gehalt gewährt wird, dem steuerpflichtigen Einkommen derselben zuzurechnen sei (vgl. Erlass des Finanzministers vom 19. Oct. 1888 II. 12949). Bezüglich der weiter in Frage stehenden Aufwendungen aus Anlass der Aufnahme von Geistlichen bei Kirchenfesten u. s. w. scheint der Beschwerdeführer selbst erwogen zu haben, dass sie an sich zu den nicht abzugsfähigen, aus dem Amtseinkommen zu bestreitenden Kosten des Haushalts gehören, weil er sich unter Hinweis darauf, dass die Verpflichtung zu jenen Aufwendungen auf »uraltem Herkommen« beruhe, darzuthun bemüht, dass die betreffenden Ausgaben zu den in Art. 4 I Nr. 1 und 2 der Ausführungsanweisung erwähnten,

von den Jahreseinkünften in Abzug zu bringenden gehörten und — wie die Amtskleidung — entweder als Geschäftsunkosten nach Art. 21 Nr. 4 a. a. O. oder als Dienstaufwand nach Art. 22 Nr. 3 daselbst abzugsfähig seien. Der Gerichtshof hat dem nicht zu folgen vermocht. Dass die gastliche Aufnahme der Amtsbrüder und der kirchlichen Vorgesetzten bei kirchlichen Festen u. dergl. von jeher üblich gewesen sei, mag richtig sein, sie wird aber deshalb doch nicht als eine »auf besonderem Rechtstitel beruhende dauernde Last« im Sinne des §. 9 I. 3 des Einkommensteuergesetzes aufgefasst werden können und dies um so weniger, als die Aufwendungen dafür aus dem zur Bestreitung des Haushaltes bestimmten Amtseinkommen zu decken sind. Der Hinweis auf Art. 4 I Nr. 1 der Ausführungsanweisung aber ist um deswillen verfehlt, weil die dort aufgeführten, zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens verwendeten, bei den einzelnen Arten des Einkommens besonders angegebenen Ausgaben sämmtlich solche sind, welche unmittelbar die Erwerbung u. s. w. des fraglichen Einkommens betreffen. Wenn sich andererseits der Beschwerdeführer auf Art. 4 I Nr. 2 a. a. O. bezieht, so übersieht er, dass dort nur von staatlichen directen Steuern und von indirecten Abgaben die Rede ist. Welche Analogie endlich zwischen der Amtskleidung, bezw. der im Wesentlichen auf Liberalität beruhendeu, wenn auch von Alters her üblichen, gastlichen Aufnahme von Amtsbrüdern und kirchlichen Oberen und »Geschäftsunkosten« im Sinne des Art. 21 Nr. 4 der Anweisung bestehen und die Anwendbarkeit der für die letzteren gegebenen Vorschriften auf jene geboten erscheinen lassen soll, ist nicht abzusehen, ebensowenig aber ist anzuerkennen, dass die Ausgaben für jene Aufwendungen als »Dienstaufwand« zu betrachten seien. Dass sie »Dienstaufwand« im Sinne des Art. 22 Nr. 1 der Ausführungsanweisung seien, hat der Beschwerdeführer selbst nicht behauptet, er hat auch nicht einmal den Versuch gemacht, darzuthun, dass und weshalb sie nach dem Inhalt der massgebenden Etats und den Anordnungen der zuständigen Behörden als »Dienstaufwand« zu betrachten seien, bezw. dass sein Diensteinkommen, »wenn auch ohne ausdrückliche Bestimmung des Betrages oder des Theiles,« zugleich die Entschädigung für diesen Dienstaufwand getroffener Vereinbarung gemäss mitenthalte (Art. 22 Nr. 3 a. a. O.).

XI.

Zur Stolgebühren-Ablösung in Preussen.

Erlass der preuss. Minister der geistlichen Angelegenheiten und der Finanzen etc. Fin.-Minist. I, 97. Min. d. g. Ang. G H II 2629. an den Cardin. Erzbisch. v. Köln und die übrigen preuss. Bischöfe.

Berlin, den 8. Januar 1894.

Ew. Eminenz haben in dem geehrten, an den mitunterzeichneten Minister der geistlichen Angelegenheiten gerichteten Schreiben vom 19. October 1892 — 7957 — den Bedenken Ausdruck gegeben, welchen die für die katholischen Kirchengemeinden beabsichtigte theilweise Ablösung der Stolgebühren bei den Herren Diöcesanbischöfen begegnet ist. — Wenn dabei das Bedürfniss nach einer Aufhebung der Stolgebühren für die katholischen Gemeinden in Abrede gestellt wird, so wurde diese Anschauung ursprünglich auch von der Königl. Staatsregierung getheilt. Der geringe Umfang, in welchem der zur Entschädigung der Geistlichen und Kirchenbeamten für den Ausfall an Stolgebühren auf Grund des Civilstandsgesetzes bestimmte Staatsfonds katholischerseits in Anspruch genommen ist, liess erkennen, dass in den katholischen Gemeinden dieses Gesetz auf die Nachsuchung der kirchlichen Akte keinen ungünstigen Einfluss ausgeübt hat. Hiemit entfällt aber ein wesentlicher Anlass, welcher zur Aufhebung der Stolgebühren in den evangelischen Gemeinden führte. — Unter diesen Umständen hätte die Kgl. Staatsregierung ungeachtet ihres grundsätzlichen Bestrebens, eine auf strenger Gerechtigkeit beruhende Parität zu üben, davon Abstand nehmen können, den Herren Bischöfen die gleiche Massregel für die katholische Kirche vorzuschlagen, wenn nicht das Haus der Abgeordneten am 6. Juni 1890 auf Antrag des verewigten Abgeordneten Dr. Windthorst die Ausdehnung derselben auf die katholische Kirche angeregt und demnächst wiederholt verlangt hätte. — Nur in der dadurch entstandenen Annahme, dass trotz jener Erfahrung ein Bedürfniss nach Aufhebung der Gebühren für die katholischen Gemeinden thatsächlich obwalte, ist die Kgl. Staatsregierung dazu gelangt, die Beihilfe des Staates zu der Massregel anzubieten. — Wird diese Voraussetzung durch die berufenen Vertreter der katholischen Kirche selbst verneint, so ist die Königl. Staatsregierung nicht in der Lage, dieses Anerbieten

aufrecht zu erhalten. — Ebenso wenig vermag sie aber alsdann der katholischen Kirche ein Aequivalent für den der evangelischen Kirche zur Stolgebührenaufhebung zugewendeten Staatszuschuss auf anderem Gebiete zu gewähren. Für eine derartige Compensation lässt sich der Gesichtspunkt der Parität nicht geltend machen. Die Königl. Staatsregierung hat daher wegen der von den Herrn Bischöfen zu dieser Frage eingenommenen ablehnenden Stellung davon Abstand nehmen müssen, die für die Stolgebührenablösung in der katholischen Kirche in Aussicht genommene Summe in den Staatshaushalts-Etat einzustellen und mit den Herren Bischöfen über die bereits fertig gestellten Vorschläge und Gesetzentwürfe zur alsbaldigen Durchführung jener Ablösung in Verhandlungen einzutreten. — Abschrift dieses Schreibens haben wir den übrigen Herren Bischöfen mitgetheilt. (Unterschriften der beiden Minister.) An den Cardinal-Erzbischof von Cöln, Herrn Dr. Krementz, Eminenz, in Cöln. Abschrift theilen wir Ew. bischöflichen Hochwürden zur gefälligen Kenntnissnahme ergebenst mit.

Der Finanz-Minister: *Miquel.*

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- u. Medicinal-Angelegenheiten:
Bosse.

An den Bischof von N., Herrn N.,
Hochwürden zu N.

Ein »für die *evangelische Landeskirche der älteren Provinzen*« ergangenes *preussisches* Kirchengesetz vom 28. Juli 1892 und ein dasselbe bestätigendes *preuss.* Staatsgesetz vom 3. Sept. 1892 (beide sind abgedruckt in der Deutschen Ztschr. für Kirchenr. Bd. 3. S. 108 ff.) *hob die Stolgebühren für Taufen, Trauungen und kirchliche Aufgebote auf*, und bestimmte, die Inhaber geistlicher Stellen sollten dafür durch eine vierteljährige im Voraus zahlbare Reute von der Kirchengemeinde entschädigt werden, wenn und soweit ihr Jahreseinkommen ausser freier Wohnung nicht mindestens 6000 Mk. betrage. Die Höhe der Entschädigungsrente soll nach dem Durchschnitt der Solleinnahme aus den Stolgebühren der Jahre 1886 bis einschliesslich 1890 bestimmt werden.

XII.

Verordnung des österr. Ministers für Cultus und Unterricht und des Finanzministers vom 15. April 1894,

mit welcher Bestimmungen zur Durchführung des Gesetzes vom 7. Januar 1894 (R.-G.-Bl. Nr. 15 [Archiv LXXI. 313 ff.]), betreff. die Aufbesserung der Bezüge der Dignitäre und Canoniker bei den Metropolitan-, Kathedral- und Conkathedralcapiteln der katholischen Kirche des lateinischen, griechischen und armenischen Ritus erlassen werden.

(Reichs-Ges.-Bl. XXVIII. Stück. Nr. 76.)

§. 1. Dignitäre und Canoniker der Metropolitan-, Kathedral- und Conkathedralcapitel, welche auf Grund des Gesetzes v. 7. Januar 1894 (R.-G.-Bl. Nr. 15 [Archiv LXXI. 313 ff.]) die Ergänzung ihres Einkommens aus den Religionsfonden, bezw. der staatlichen Dotation derselben beanspruchen, haben die den Bestimmungen des §. 4. eben dieses Gesetzes entsprechend verfassten Einbekenntnisse der mit ihrem geistlichen Amte verbundenen Bezüge im Wege des Ordinariates bis Ende Juni 1894, und im Falle sie nach dem Beginne der Wirksamkeit des genannten Gesetzes installirt werden, binnen drei Monaten nach diesem Zeitpunkte der politischen Landesstelle vorzulegen.

Gesuche um Verlängerung dieser Fristen sind *noch vor deren Ablauf* der Landesstelle vorzulegen, welche, wenn das Vorhandensein triftiger Gründe bescheinigt wird, die Erstreckung der Frist bis zur Dauer weiterer acht Wochen bewilligen kann. Die Bewilligung längerer Fristerstreckungen ist dem Cultusminister vorbehalten.

Bei einer Versäumniss dieser Fristen kann die Zuweisung der Dotationsergänzung erst vom Tage der Ueberreichung der Fassion beim Ordinariate erfolgen.

§. 2. Die in drei Parien einzubringenden Einbekenntnisse haben nach dem beigeschlossenen Formulare A in zwei Hauptrubriken die nach §. 4 des Gesetzes einzubekennenden Einnahmen und Ausgaben des Capitelmitgliedes zu enthalten.

Eine allfällig erforderliche Begründung ist in die Nebenrubrik »Anmerkungen« einzustellen.

Das Einbekenntniss ist von dem betreffenden Capitelmitgliede mit dem Beisatze »als Fassionsleger« zu unterfertigen.

Das mit dem Capitel über die Einbringung des Einbekenntnisses gepflogene Einvernehmen (§. 3 des Gesetzes) ist durch die Mitfertigung des Capitelvorstandes oder dessen Stellvertreters und durch Beidrückung des Capitelsiegels darzuthun.

§. 3. Stimmen die einzubekennenden Amtseinkünfte mehrerer Mitglieder eines Capitels völlig überein, so genügt die Vorlage eines gemeinsamen Einbekenntnisses durch dieselben; es bleibt jedoch jedem dieser Capitulare unverwehrt, für seine Person eine abgesonderte Fassion vorzulegen.

Die im §. 2 dieser Verordnung getroffenen Bestimmungen über die Unterzeichnung und Mitfertigung des Einbekenntnisses haben auch auf derartige Gesammteinbekenntnisse sinngemässe Anwendung zu finden.

§. 4. Rücksichtlich der Nachweisung der einzelnen Einnahms- und Ausgabsposten sind nachfolgende Bestimmungen massgebend:

§. 5. I. In Betreff der Einnahmen:

a) der Reinertrag der eigenthümlichen oder blos zum Genusse überwiesenen Grundstücke ist mittels des steuerämtlichen Besitzbogens,

b) der Zinsertrag vermietheter Gebäude oder Gebäudetheile mit dem steuerämtlichen Certificate,

c) der Ertrag von Kapitalien mittels eines Ausweises, worin die einzelnen Kapitalien nach ihrer ziffermässigen Höhe, ihrem Zinsfusse und den näheren Merkmalen der betreffenden Schuldurkunden anzugeben sind, nachzuweisen,

d) der Ertrag von nutzbaren Rechten (Propinations-, Holzbezugs-, Weide-, Fischereiberechtigungen u. s. w.), gewerblichen Betrieben und fixen Dotationen in Naturalien ist mit dem Durchschnitte der letzten sechs Jahre einzubekennen und mit den Urkunden (Bestandverträgen, Marktpreis- oder Schätzungscertificaten u. s. w.) auszuweisen, welche geeignet erscheinen, die von den Einbekennenden angegebene Ertragsziffer zu bekräftigen.

Erhellt dieser Ertrag aus steuerämtlichen Hauptbüchern und Vorschreibungen, so ist die ebendort letztangegebene Ertragsziffer massgebend. Die bezügliche steuerämtliche Bestätigung ist dem Einbekenntnisse anzuschliessen.

Etwaige Ansprüche auf einen Abschlag am Ertrage von Kapitalien oder Renten im Sinne des §. 4. lit. d), Absatz 2 des Gesetzes sind in dem Einbekenntnisse in der Rubrik »Anmerkungen« entsprechend zu begründen.

e) Das Erträgniss aller vor dem 1. Januar 1894 bei der betreffen-

den Capitelstelle mit einem bestimmten Betrage errichteten Stiftungen für Messen und anderweitige gottesdienstliche Functionen, unterschiedslos, ob ein Stiftbrief errichtet wurde oder nicht, ist mit einem Verzeichnisse auszuweisen, worin die Art und Anzahl der gestifteten Functionen, der Tag der Persolvierung derselben, die Stiftungsbedeckungskapitalien, wie deren Fructificirung und Erträgniss, endlich die Vertheilung dieses letzteren, unter Bezugnahme auf die betreffenden Urkunden, specificirt anzugeben ist.

Insoferne der Einrechnung des Erträgnisses einer Stiftung eine Bestimmung des Stiftbriefes, bezw. der Acceptations- oder Confirmationsclausel entgegensteht, ist der Stiftbrief oder die andere diese Clausel enthaltende Urkunde dem Einbekenntnisse, bezw. dem oben erwähnten Verzeichnisse anzuschliessen.

Von der Vorlage dieser Behelfe kann Umgang genommen werden, wenn ein nach dem Gesetze vom 7. Januar 1894 richtig gestelltes Einbekenntniss bereits vorliegt und seit der letzten Richtigstellung des Einbekenntnisses keine Veränderung im Stiftungsbezuge eingetreten ist. In diesem Falle ist das Erträgniss der Stiftungen mit dem bei der letzten Richtigstellung anerkannten Betrage anzusetzen.

f) Von dem Erträgnisse der mensa communis unabhängige Bezüge eines Capitelmitgliedes aus dieser mensa sind ihrer wirklichen Höhe, bezw. wenn sie dem Ausmasse nach veränderlich sind, nach dem Durchschnittswerthe der letzten sechs Jahre einzubekennen.

Rücksichtlich des in einem aliquoten Antheile des Erträgnisses der mensa communis bestehenden Bezuges eines Capitelmitgliedes hat zunächst die Ermittlung dieses Jahreserträgnisses nach den im §. 7. festgestellten Grundsätzen zu erfolgen und ist sodann der auf den Einbekenner entfallende Theil desselben einzustellen.

§. 6. II. In Betreff der Ausgaben:

a) Die von den einzubekennenden Einnahmen sowohl, als auch von dem Gesammteinkommen zu entrichtenden landesfürstlichen Steuern, Landes-, Bezirks- und Gemeindeumlagen und sonstigen für öffentliche Zwecke auf Grund eines Gesetzes zu leistenden Beiträge, sowie das Gebührenäquivalent und die Religionsfondssteuer sind mittels der betreffenden Steuerbücher oder Certificate, Zahlungsaufträge u. s. w. auszuweisen.

b) Rücksichtlich der auf einem besonderen Rechtstitel beruhenden

Verpflichtungen zu Leistungen an Geld oder Geldeswerth sind die betreffenden Urkunden dem Einbekenntnisse anzuschliessen.

c) Betreffs der als Miethzinsbetrag und

d) betreffs der Auslagen für die Führung des Decanatsamtes (Bezirksvicariates) wird die Festsetzung mittels besonderer Verordnung erfolgen.

e) Grössere Bauauslagen können vom Religionsfonde nur insoferne angesprochen werden, als die vorläufige Genehmigung derselben durch den Cultusminister erfolgt ist.

Bauauslagen für vermiethete Gebäude und Gebäudetheile können mit Rücksicht auf die im §. 4, Z. I, lit. b), des Gesetzes bereits verabschlagten Erhaltungs- und Amortisationskosten nicht in Berücksichtigung gezogen werden.

f) Die Assecuranzauslagen sind mittels der Versicherungspolice auszuweisen und im Belange der Höhe der Versicherungssumme entsprechend zu begründen.

g) Wassersicherstellungsauslagen können nur dann und insoweit in Betracht gezogen werden, als der Cultusminister dieselben zuzugestehen findet.

h) Zum Nachweise der Ausgaben für Pensionen und Gnadengaben im Sinne des §. 4, Z. II, lit. h) des Gesetzes sind die Erlässe, mit welchen die staatliche Genehmigung zur Zusicherung solcher Genüsse ertheilt worden ist, vorzulegen.

i) Der Nachweis der das Pfründeneinkommen mindernden Zinsen und Annuitätsraten von Passivkapitalien ist auf die unter II, lit. b) festgesetzte Art zu erbringen, wobei die vorschriftsmässige Genehmigung der Belastung des Präbendal-, bezw. Capitelvermögens mittels der betreffenden Capitelbeschlüsse und staats- und kirchenbehördlichen Erlässe darzuthun ist.

§. 7. III. In Betreff der mensa communis.

Die zur Feststellung der Jahresbetheilung eines Capitelmitgliedes aus einer bestehenden mensa communis erforderliche Ermittlung des Ertrages derselben hat seitens des Capitels zu erfolgen, und zwar durch Vorlage eines Ausweises in drei Parien über die Gebahrung dieses Vermögens.

Dieser Ausweis ist nach dem angeschlossenen Formulare B in zwei Hauptrubriken zu verfassen, hat die nach §. 4 des Gesetzes anzusetzenden Einnahmen und Ausgaben der mensa communis zu enthalten, und ist in der für Capitelurkunden vorgeschriebenen Weise auszufertigen.

Für die allfällige Begründung einzelner Ansätze gilt das oben §. 2. zweiter Absatz Angeordnete.

Die Vorlage und Richtigstellung dieses Ausweises erfolgt mit rechtlicher Wirksamkeit für die Mitglieder eines Capitels, sofern es sich um deren Ansprüche nach dem gegenwärtigen Gesetze handelt.

Rücksichtlich der einzelnen Einnahms- und Ausgabsposten und deren Bescheinigung haben die oben unter I. und II. getroffenen Anordnungen sinngemässe Anwendung zu finden.

Der Aufwand für kirchliche oder Cultuszwecke darf insoweit in Ausgabe gestellt werden, als ein solcher vom Cultusminister nach Einvernehmen des Bischofs zugestanden werden wird.

Die Regelung der bei Ermittlung des Mensalerträgnisses zu berücksichtigenden Auslagen für wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken der Capitel erfolgt im Wege einer besonderen Verordnung.

Auf Grund dieses Ausweises findet die Feststellung des Erträgnisses der mensa communis statt.

Das so ermittelte Erträgniss kann insolange unverändert angenommen werden, als nicht die staatliche Behörde eine Ueberprüfung anzuordnen, oder das Capitel durch Vorlage eines neuen Ausweises die neuerliche Feststellung des Mensalerträgnisses zu beanspruchen findet.

§. 8. Das Ordinariat leitet die bei demselben einlangenden Einbekenntnisse und Ausweise unter allfälliger gleichzeitiger Aeusserung über dieselben an die Landesstelle.

Die Landesstelle hat, wofern sie nicht wegen formeller Gebrechen des Einbekenntnisses, bezw. des Ausweises über das Erträgniss der mensa communis die Zurückstellung derselben zur Ergänzung oder Verbesserung anzuordnen findet, erforderlichenfalls die zur Klarstellung des Sachverhaltes zweckdienlichen Erhebungen zu veranlassen.

Handelt es sich bei diesen Erhebungen um die Bewerthung eines Einkommens an Naturalien oder um einen veränderlichen Bezug, mit Ausnahme desjenigen, welcher durch steuerämtliche Documente ausgewiesen erscheint, so kann, falls sich der Werth nicht durch amtliche Daten liquid stellen lässt, ein Schätzungsbefund veranlasst werden, zu welchem unter Leitung der politischen Bezirksbehörde zwei Sachverständige zuzuziehen sind.

Sodann ist nach eingehender Prüfung des Einbekenntnisses und eventuell des Ausweises über das Erträgniss der mensa communis die Entscheidung über deren Richtigstellung zu fällen und den ein-

bekennenden Capitelmitgliedern, bezw. dem Capitelvorstande zuzustellen; dem Ordinariate ist gleichzeitig eine Abschrift dieser Entscheidung sammt einem richtiggestellten Pare des Einbekenntnisses, bezw. Ausweise zu übermitteln.

Das dritte Pare des Einbekenntnisses, bezw. Ausweises bleibt bei der Landesstelle zurück.

§. 9. Gegen die Entscheidung der Landesstelle kann von dem betreffenden Dignitär oder Canoniker und bezüglich des Mensalausweises von dem Capitelvorsteher oder dessen Stellvertreter binnen der Frist von sechs Wochen der an das Ministerium für Cultus und Unterricht gerichtete Recurs im Wege des Ordinariates bei der Landesstelle eingebracht werden.

Dem Recurse ist die angefochtene Erledigung mit dem Einbekenntnisse oder Ausweise und allen zurückgestellten Beilagen desselben anzuschliessen.

Die Landesbehörde hat den Recurs mit der Aeusserung des Ordinariates unter Anschluss der bezüglichen Voracten und unter eingehender Begutachtung der Recursausführungen mit möglichster Beschleunigung dem Ministerium für Cultus und Unterricht vorzulegen.

Die Bekanntgabe der hierüber erfliessenden Ministerialentscheidung an den Recurrenten erfolgt im Wege des Ordinariates, welchem gleichzeitig eine Abschrift derselben zuzumitteln ist.

§. 10. Die Ueberprüfung, bezw. Abänderung des Richtigstellungserkenntnisses von amtswegen kann jederzeit stattfinden.

§. 11. Die Einbekenntnisse, deren Einbringung gemäss §. 6 des Gesetzes im Falle einer Veränderung im Vermögensstande oder im Einkommen binnen drei Monaten vom Tage des Eintrittes dieser Veränderung zu erfolgen hat, sind mit den die Veränderung darthuenden Behelfen zu versehen, und es finden auf dieselben die Bestimmungen der §§. 1 bis 9 dieser Verordnung sinngemässe Anwendung.

Gesuche um Erstreckung der Frist zur Einbekennung neu zugewachsener Vermögenschaften und sonstiger, die Höhe der Dotationsergänzung beeinflussenden Aenderungen sind vor Ablauf dieser Frist der politischen Landesstelle vorzulegen, welche dieselben, falls sie ihnen nicht willfahren zu können glaubt, oder falls die Verlängerung den Zeitraum von acht Wochen übersteigt, dem Cultusministerium vorzulegen hat.

§. 12. Die Anweisung und Auszahlung der Dotationsergänzungen erfolgt in monatlichen Anticipativraten.

Ueber Ansuchen können einem neuernannten Capitelmitgliede vom Tage seiner Installation an vorläufig die von seinem Vorgänger genossenen Bezüge, gegen die bei Anweisung der seinerzeitig definitiv festgestellten, durchzuführende Ausgleichung flüssig gemacht werden.

Wird in der vorgeschriebenen Frist (§. 1) das Einbekenntniss nicht überreicht, so ist die weitere Auszahlung dieser Bezüge einzustellen und wegen Rückersatzes der bereits ausgezahlten Beträge das Erforderliche zu veranlassen.

§. 13. Ergibt sich hiebei oder bei der Ausgleichung mit der definitiv zuerkannten Dotationsergänzung oder im Falle einer Reassumirung des Richtigstellungserkenntnisses ein Rückersatz von mehr als zwanzig Gulden österreichischer Währung an den Religionsfond, so ist derselbe in zwölf Monatsraten zu leisten.

Madeyski m. p. *Plener* m. p.

[Die in §. 2 und 7 angezogenen Formulare A. und B. lassen wir hier weg].

XIII.

Entscheidungen des österr. Verwaltungsgerichtshofs.

1. *Entscheidung vom 19. April 1894*

betr. die Concurrenz zu Beneficial-Gebäuden. (Curr. consist. Olomuc. 1894 Nr. V).

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat unter dem Vorsitze des k. k. zweiten Präsidenten Dr. Freiherr von Lemayer etc. über die Beschwerde des N. N., Pfarrers in N., gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 15. Febr. 1893, Z. 1756, betreffend die Concurrenz zu Beneficial-Gebäuden, nach der am 19. April 1894 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung etc. zu Recht erkannt:

Die angefochtene Entscheidung wird nach §. 7 des Gesetzes vom 22. October 1875 R.-G.-Bl. Nr. 36 ex 1876 aufgehoben.

Entscheidungsgründe: Mit der angefochtenen Entscheidung wurde in Bestätigung des Erkenntnisses der k. k. Statthalterei dto. Brünn 7. November 1892, Z. 35711, der Pfarrbeneficiat N. verpflichtet, zu den mit der baulichen Herstellung des dortigen Pfarr- und Wirthschaftsgebäudes verbundenen Materialien- und Professionisten-Kosten per 271 fl. 86 kr. den neunten Theil im Betrage von 30 fl. 21 kr. beizutragen, weil derselbe aus seiner Pfründe ein Einkommen von 727 fl. 92 kr. bezieht, welches das gesetzlich beitragsfreie Minimum von 600 fl. um 127 fl. 92 kr. übersteigt.

Diese Entscheidung, welche sich auf die §§. 5 und 6 des mährischen Landesgesetzes vom 2. April 1864, L.-G.-Bl. Nr. 11, stützt, geht von der Erwägung aus, dass der Bemessung des Baubeitrages nicht das dem Pfarrbeneficiaten nach dem Gesetze vom 19. April 1885, R.-G.-Bl. Nr. 47, gebührende, aus dem Religionsfonde ergänzte Minimal-Einkommen von 800 fl., sondern nur jenes Einkommen zu Grunde zu legen ist, welches die Pfründe »Fassionsmässig« abwirft und dass für die Ermittlung dieses Einkommens nicht die mit dem Congruagesetze bestimmten Einschätzungsmodalitäten, sondern jene Normen massgebend sind, welche zur Zeit der Erlassung des erwähnten Landesgesetzes in Geltung standen.

Dieser in der Beschwerde bekämpften Rechtsanschauung konnte der Verwaltungsgerichtshof in dem letzterwähnten Punkte, nämlich insofern nicht beitreten, als für die Ermittlung des Einkommens

nicht die mit dem Congruagesetze bestimmten Einschätzungsmodalitäten, sondern jene Normen für massgebend erklärt worden sind, welche zur Zeit der Erlassung des erwähnten Landesgesetzes in Geltung standen.

Es ist zwar richtig, dass nach diesen älteren Vorschriften (Gubernial-Decret vom 4. Juli 1828, Nr. 78, Prov. Ges.-Sammlung für Mähren), es eine verschiedenartige Berechnung des Ertrages der Pfründe gegeben hat, je nach dem Zwecke, für welchen diese Berechnung vorgenommen wurde; allein diese älteren Vorschriften haben durch die Bestimmung des §. 5 des Gesetzes vom 2. April 1864 Nr. 11 L.-G.-Bl., eine Aenderung dahin erfahren, dass für die Bestimmung des Baubeitrages eines Pfründners das »*Fassionsmässige*« Jahreseinkommen der Pfründe für massgebend erklärt worden ist. — Nach diesem Wortlaute soll also nicht weiter als die Concurrenzbasis jener Betrag des Pfründeneinkommens, welcher aus den in den älteren Vorschriften über die Bauconcurrenz bezeichneten Einnahms- und Ausgabstiteln sich ergibt, sondern eben das Jahreseinkommen der Pfründe, wie solches Fassionsmässig zur Darstellung gelangt, gelten.

Es ist somit nach der Anschauung des Verwaltungsgerichtshofes durch die citirte Bestimmung des §. 5. insofern eine Aenderung der früheren Vorschriften eingetreten, als das in Frage stehende Concurrenzgesetz davon abgegangen ist, für Zwecke der Bauconcurrenz die besondere Fatirung des Pfründeneinkommens aufrecht zu erhalten. Infolge dessen wird bei der Beurtheilung der Frage, ob und inwieweit ein Pfründner für Bauauslagen bei kirchlichen Gebäuden concurrenzpflichtig sei, jene Fassion zu Grunde zu legen sein, welche nach den jeweilig bestehenden Vorschriften bestimmt ist, das Jahreseinkommen der Pfründe festzustellen, derzeit also jene Fassion, welche nach Massgabe der Bestimmungen des Gesetzes v. 19. April 1885, Nr. 47, R.-G.-Bl., zu verfassen ist.

Dem steht nicht entgegen, dass der §. 3. des citirten Gesetzes als den nächsten Zweck dieser Fassion »die Congruaergänzung« bezeichnet, noch auch dass die Bestimmungen des Gesetzes in Betreff der Feststellung der Einnahmen und Ausgaben zum Theile nicht auf Netto-, sondern auf Pauschalbeträge reflectiren; denn Zweck der nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. April 1885 zu veranlagenden Fassion ist nach §. 1 l. c. zweifellos, die mit dem geistlichen Amte (der Pfründe) verbundenen Bezüge festzustellen, da ja die Ergänzung nur dann und nur insoweit Platz greifen soll, als das vom Gesetze für nöthig erkannte Minimaleinkommen durch die mit dem geistlichen Amte verbundenen Bezüge nicht gedeckt ist.

Es kann auch nicht ausser Betracht bleiben, dass das Concurrenzgesetz vom Jahre 1864 — wie alle ähnlichen Gesetze — gewiss nur jenes Einkommen belasten wollte, welches als solches zweifellos sichergestellt erscheint und dass hiefür, da das eben besprochene Concurrenzgesetz nicht so, wie andere Concurrenzgesetze (vergleiche z. B. das Gesetz vom 28. April 1864, Nr. 7, L.-G.-Bl. für Steiermark), besondere Bestimmungen über die Feststellung des Einkommens getroffen hat, fachgemäss jene gesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung gelangen müssen, deren Bestimmung es eben ist, das Pfründeneinkommen festzustellen.

Dass aber das Gesetz vom 19. April 1885 bei den einzelnen Einnahms- und Ausgabsposten zum Theile mit Pauschalbeträgen rechnet, steht der Verwendung der Congruaeinkommensfassion in Fällen der Bauconcurrenz umsoweniger entgegen, als diese Art der Einstellung der betreffenden Einnahms- und Ausgabstitel einerseits schon in der Variabilität der betreffenden Bezüge und Ausgaben in den einzelnen Jahren ihre natürliche Erklärung findet und als andererseits nicht abzusehen wäre, warum für Zwecke der Bauconcurrenz das Einkommen der Pfründe überhaupt eine andere Feststellung erfahren sollte, als welche das Gesetz für die Frage nöthig und richtig gefunden hat, ob die Pfründe das erforderliche Minimaleinkommen abwirft.

Da nach der eben entwickelten Rechtsanschauung des Verwaltungsgerichtshofes bei Bestimmung der Concurrenztangente des Pfründners nach §. 5 des Gesetzes vom 2. April 1874 jene Fassion zur Anwendung zu kommen hat, welche nach den derzeitigen Vorschriften für Zwecke der Ergänzung der Congrua, bezw. überhaupt für Zwecke der Feststellung des mit einer Pfründe verbundenen Einkommens zu errichten ist und da die angefochtene Entscheidung den Concurrenzbeitrag des Beschwerdeführers nicht unter Zugrundelegung dieser Fassion feststellt, so war die angefochtene Entscheidung nach Vorschrift des §. 7 des Gesetzes vom 22. October 1875, Nr. 36, R.-G.-Bl. ex 1876, aufzuheben.

2. Erk. vom 21. Sept. 1893 Z. 3186 (Budwinski V.-G.-H. Erk. Bd. 17. Nr. 7397).

Darüber, ob eine Amtshandlung der Finanzprocuratur einzutreten hat, entscheidet das k. k. Finanzministerium mit Ausschluss eines Instanzenzuges. Geistliche Stifte und Klöster sind nur dann von einer Finanzprocuratur zu vertreten, wenn diese klösterlichen Genossenschaften aufgelöst wurden und deren Vermögen unter landesfürstlicher Verwaltung steht

Gegen die im *Archiv* LXVIII. 237 ff. mit ihrer Begründung mitgetheilte Entsch. des Finanzministeriums vom 29. Mai 1892

Z. 14090 ex 1891, wodurch den Klöstern und Stiften die Vertretung durch die Finanzprocuratur versagt wurde, hatte das Prager Provinzialat des Franziskanerordens recurrirt. Der Verwaltungsgerichtshof hat diese Beschwerde als unbegründet *abgewiesen* mit folgender Begründung (vgl. auch die sachlich ähnlichen Entscheidungen des Prager Oberlandesger. vom 15. Nov. 1892 und des Obersten Gerichtshofs vom 10. Febr. 1891 im *Archiv* Bd. LXIX. S. 102 ff.):

In formellrechtlicher Beziehung wird in der Beschwerde des Franziskanerordens ein Mangel des Verfahrens darin erblickt, dass über den gegen die die Vertretung des Franziskanerordens ablehnende Note der k. k. Finanzprocuratur Prag vom 8. Aug. 1890 Z. 39598 eingebrachten Recurs des Ordens-Provinzialamtes sofort seitens des k. k. Finanz-Min. entschieden und dadurch der Partei eine Instanz benommen wurde, und dass die Entscheidung des k. k. Finanz-Min., welche doch über eine die Angelegenheit des katholischen Cultus betreffende Frage erflossen sei, ohne Einverständniss mit dem k. k. Min. für Cultus und Unterricht ergangen sei.

Diese formell-rechtliche Einwendung erschien dem V.-G.-Hofe nicht begründet. — Denn über den zu beachtenden Vorgang, wenn sich in einzelnen Fällen Zweifel ergeben, ob im Sinne der §§. 1 und 2 der provis. Dienstesinstruction für die k. k. Finanzprocuraturen vom 16. Februar 1855, R.-G.-B. Nr. 34, eine Amtshandlung dieser Behörden einzutreten habe, ist im Schlusssatze des §. 2 der citirten Dienstesinstruction die gesetzliche Bestimmung ausdrücklich enthalten. — Nach dieser ist die Anfrage an das Präsidium der Finanz-Landes-Direction zu stellen, welches — nicht etwa selbst zu entscheiden, sondern sofort — die Entscheidung des Finanz-Min. einzuholen hat. — Hiemit ist in derartigen Streitfällen nur Eine Entscheidung ohne irgend welchen Instanzenzug vorgesehen und es ist diese Entscheidung dem k. k. Finanz-Min. anheimgegeben, ohne dass dasselbe gehalten wäre, sich deshalb mit irgend einer anderen Centralstelle in's Einvernehmen zu setzen, wenngleich die Berechtigung des Finanz-Min., ein derartiges vorläufiges Einvernehmen zu pflegen, gewiss nicht in Abrede gestellt werden kann, wobei aber die Nichtausübung dieser Berechtigung durch die Behörde im concreten Falle einen Mangel des Verfahrens nicht zu begründen vermag.

In der materiell-rechtlichen Frage stützt die Beschwerde ihren Anspruch auf Vertretung des Franziskanerordens in Böhmen hauptsächlich auf die langjährige Praxis, auf Entscheidungen des k. k. Obersten Gerichtshofes, auf verschiedene Hofresolutionen und Decrete, dann Fin.-Min.-Erlässe, endlich auch die Fin.-Min.-Erlässe

vom 13. August 1851, R.-G.-B. Nr. 188, und vom 16. Febr. 1855, R.-G.-B. Nr. 34, dann auf die allgemeine Instruction für sämmtliche Fiscalämter in den böhm.-österr.-deutschen Erblanden vom 10. März 1783, Just.-Ges.-Samml. Nr. 124.

Was die Berufung auf die langjährige Praxis anbelangt, so vermag dieselbe auf die Entscheidung der nunmehr streitigen Frage darum keinen Einfluss auszuüben, weil die Gesetzmässigkeit des Vorgehens der Finanzprocuraturen seitens des k. k. Finanz-Min. selbstverständlich erst dann zu prüfen Veranlassung vorhanden ist, wenn dieselbe zweifelhaft (§. 2. Schlussalinea der provis. Dienstesinstruction) geworden und wenn der Zweifel angeregt worden ist; weil eine Reihe ungesetzlicher Vorgänge der Finanzprocuraturen dieselben nicht zu gesetzmässigen zu machen, sondern nur deren Abstellen für die Zukunft herbeizuführen vermöchte; endlich weil auch die Parteien aus derlei ungesetzlichen Amtshandlungen der Finanzprocuraturen ein Recht für sich auf Fortsetzung dieser Ungesetzlichkeiten herzuleiten nicht befugt erscheinen würden.

Auch die in einzelnen Processfällen getroffenen Entscheidungen des k. k. Obersten Gerichtshofes können für die Entscheidung des gegenwärtigen Streitgegenstandes keine Bedeutung beanspruchen, weil die streitige Frage ausschliesslich auf Grund der massgebenden Gesetze zu lösen ist, civilrichterliche Entscheidungen aber selbst auf dem Gebiete des Privatrechtes die Kraft eines Gesetzes nicht haben (§. 12 a. b. G.-B.). — Dabei ist noch besonders zu erwägen, dass die von der Beschwerde bezogenen Entscheidungen Fälle betreffen, bei welchen es sich um die Vertretung eines Klosters in Galizien, somit um die Anwendung der — im vorliegenden Falle nicht in Frage stehenden — Instruction für das königl. ostgalizische Fiscalamt vom 15. März 1801, Just.-Ges.-Samml. Nr. 526, handelte, welche im Punkte 11 allerdings nicht nur die Vertretung des Vermögens der aufgelassenen, sondern auch jenes der noch bestehenden Stifte und Klöster und sonstigen geistlichen Gemeinschaften dem Fiscalamte überwiesen hatte.

Bezüglich der von der Beschwerde bezogenen Hofresolutionen und Decrete, dann Fin.-Min.-Erlässe, musste aber der V.-G.-Hof den Standpunkt einnehmen, einerseits dass jene Verfügungen, welche vor der Kundmachung des Hofdecretes vom 10. März 1783, Just.-Ges.-Samml. Nr. 124, in Betreff der Gegenstände der Wirksamkeit der bestandenen Fiscalämter ergangen waren, also insbesondere das a. h. Rescript vom 19. Juli 1628, welches allerdings für Klöster, in welchen kein Abt oder Rechtsconvent ist, die Vertheidigung durch

den Kammerprocurator verfügt hatte, durch eben dieses Hofdecret aufgehoben erscheinen, da Se. k. k. Apostolische Majestät laut dieses Hofdecretes den Fiscalämtern eine neue »Instruction mitzutheilen befunden hat, in welcher die Gegenstände ihrer Wirksamkeit vorgeschrieben werden,« andererseits aber ist zu erwägen, dass derlei Verfügungen, soweit sie nicht in allgemein verbindlicher Art kundgemacht erscheinen, darum nicht in Rücksicht zu ziehen sind, weil sie sich nur als interne Weisungen an die Finanzprocuraturen darstellen, aus welchen Parteien für sich Rechte abzuleiten nicht in der Lage sind.

In der Sache selbst ist der V.-G.-Hof von nachstehenden Erwägungen ausgegangen: Die Aufgabe, deren Lösung den k. k. Finanzprocuraturen zugewiesen ist, findet ihre gesetzliche Feststellung in der mit dem in das Reichsgesetzblatt vom Jahre 1851 unter Nr. 188 aufgenommenen Fin.-Min.-Erlasse vom 30. August 1851 verlautbaren A. h. Entschliessung vom 21. December 1850, betr. die Errichtung der Finanzprocuraturen und in der mit dem Fin.-Min.-Erlasse vom 16. Februar 1855, R.-G.-B. Nr. 34, erlassenen und allgemein kundgemachten prov. Dienstesinstruction für die k. k. Finanzprocuraturen. — Diesen Vorschriften gemäss erscheint die k. k. Finanzprocuratur unter Anderem berufen: zur gerichtlichen Vertretung überhaupt und insbesondere zur Führung der Rechtsstreite in jenen Angelegenheiten, welche das Staatsvermögen und die in demselben gleichgehaltenen Fonde betreffen.

Während nun die A. h. Entschliessung vom 21. December 1850 den Uebergang »der damaligen Geschäfte der Kammerprocuraturen und Fiscalämter« an die Finanzprocuraturen verfügt und nur anordnet, dass diese Geschäfte in dem Masse, als es die Fortschritte der Gesetzgebung und die Entwicklung der neuen Verwaltungseinrichtungen zulassen, auf den im Absatze 2 der A. h. Entschliessung vorgezeichneten Umfang zurückzuführen seien; während also diese A. h. Entschliessung den Wirkungskreis des Fiscalamtes nach der allgemeinen Instruction v. 10. März 1783, Just.-Ges.-Samml. Nr. 124, aufrecht erhält und nur dessen Einschränkung für die Zukunft in Aussicht stellt, unternimmt es die provis. Dienstesinstruction vom 15. Februar 1855 in §. 2. festzustellen, welche Vermögenssubjecte zu dem Staatsvermögen und zu den bezüglich der Rechtsvertretung durch die Finanzprocuratur dem Staatsvermögen gleichgehaltenen Fonden »insbesondere« zu rechnen sind, bringt aber gerade durch das Wort »insbesondere« zum Ausdrucke, dass die in den folgenden Punkten 1—6 des §. 2. vorgenommene Aufzählung keine taxative

ist und dass daher der Finanzprocurator auch die gerichtliche Vertretung anderer als der aufgezählten Rechtssubjecte obliegen könne, freilich aber nur solcher, bezüglich deren die Rechtsvertretung durch die bestandenen Fiscalämter (auch Kammerprocuraturen) schon nach der Instruction vom 10. März 1783 zu erfolgen hatte, da mit der A. h. Entschliessung vom 21. Dec. 1850 nicht eine Erweiterung, sondern — wie bemerkt — eine Einschränkung der Geschäftsgebarung der Finanzprocuraturen jener der bestandenen Fiscalämter (und Kammerprocuraturen) gegenüber in Aussicht genommen war.

Es kann sich daher lediglich um die Frage handeln, ob die gerichtliche Vertretung, insbesondere die Führung eines Rechtsstreites des Franziskanerordens in Prag der k. k. Finanzprocuratur auf Grund der provis. Dienstesinstruction vom 16. Februar 1855, oder doch auf Grund der Fiscalamts-Instruction vom 10. März 1783 aufgetragen werden könne. — Soweit die erstere Instruction herangezogen werden will, kommt — nachdem die Punkte 1, 2, 3 und 6 des §. 2. ganz andere Subjecte behandeln und der Punkt 4 (Stiftungen) deshalb nicht zutreffend erscheint, weil Kloster und Orden auf vermögensrechtlichem Gebiete als Corporationen sich darstellen — nur der Punkt 5 in's Auge zu fassen, nach welchem zur Rechtsvertretung durch die Finanzprocuratur gehören: »das Kirchenvermögen und das Vermögen geistlicher Beneficien, insoferne es sich um die ursprüngliche Bestiftung der Kirche oder des geistlichen Beneficiums oder um Integrität des Stammvermögens handelt, oder dieses Vermögen von l. f. Behörden verwaltet wird, nicht aber insoferne bei schon bestehenden Kirchen oder geistlichen Beneficien die laufenden Vermögensbenutzungen zu vertreten oder einzubringen sind.«

Die Beschwerde vermeint nun, dass unter dem Ausdrucke »das Kirchenvermögen« nicht etwa das Vermögen der concreten Kirchen, sondern vielmehr das kirchliche Vermögen überhaupt und — da zu demselben auch das Vermögen der Klöster und Orden gehört — auch das Vermögen des beschwerdeführenden Franziskanerordens zu verstehen sei. — Allein, abgesehen davon, dass juristisch die katholische Kirche als solche in Oesterreich nicht Träger von Vermögensrechten ist, diese vielmehr immer einer bestimmten concreten Kirche zukommen, spricht gegen die Auffassung der Beschwerde der klare Wortlaut des in Frage stehenden Punktes 5, indem, bei der Interpretation der Beschwerde, gewiss auch das Vermögen geistlicher Beneficien bereits unter dem Ausdrucke »das Kirchenvermögen« inbegriffen, daher kein Grund vorhanden gewesen wäre, dasselbe neben dem Kirchenvermögen noch besonders zu erwähnen. Auch der Passus,

»insoferne es sich um die ursprüngliche Bestiftung der Kirche oder des geistlichen Beneficiums handelt,« weist darauf hin, dass, wie die einzelnen Beneficien, ebenso auch die einzelnen Kirchen gemeint waren, was endlich zur Evidenz aus dem Schlusssatze des Punktes 5 hervorleuchtet, der ausdrücklich der schon bestehenden Kirchen, also einzelner concreter Kirchen (oder geistlicher Beneficien) erwähnt.

Nachdem nun der Franziskanerorden weder zu den Kirchen noch zu den Beneficien zählt, so erscheint auch der Punkt 5 des §. 2. per provis. Dienstesinstruction vom Jahre 1855 auf denselben nicht anwendbar und es kann daher eine Verpflichtung der Finanzprocuratur zur Rechtsvertretung des Franziskanerordens in Böhmen aus dieser Dienstesinstruction nicht abgeleitet werden.

Aber auch nach der Fiscalamts-Instruction vom 10. März 1783 stand den bestandenen Fiscalämtern (und Kammerprocuraturen) die Vertretung von bestehenden Klöstern und sonstigen Gemeinschaften vor Gericht nicht zu. — Der diesfalls allein in Betracht kommende §. 6 der Instruction verfügt nämlich: »Und eine gleiche Vertretung liegt dem Fiscalamte auch ob in Rücksicht der l. f. Pfarreien und Beneficien, dann in Anbetracht der von auseinandergelassen Stiftern, Klöstern oder sonstigen Gemeinschaften entstandenen Vermögenschaften, so lange dieselben unter der Aerarialverwaltung stehen.«

Aus dieser Bestimmung ergibt sich auf das Zweifelloseste, das Stifte, Klöster und sonstige Gemeinschaften, solange sie nicht aufgelassen waren, solange also deren Vermögen nicht in der Verwaltung des Staates, sondern unter der eigenen Verwaltung dieser Corporationen stand, die Vertretung durch das Fiscalamt zu beanspruchen nicht berechtigt waren, und wenn die Hofdecrete vom 29. December 1784, Krop. Bd. 10, pag. 716, vom 13. Juli 1789, bezw. 21. Juli 1789, Z. 1557, Krop. Bd. 17, pag. 665, über das Benehmen der Fiscalämter bei Vertretung der milden Orte, sowie der Kirchen und Klöster in Concursfällen Vorschriften geben, so kann hieraus für die Vertretungspflicht der Fiscalämter, namentlich bezüglich der Klöster, darum keine Folgerung gezogen werden, weil mit diesen Hofdecreten keine Entscheidung darüber, wer zu vertreten, sondern nur eine Weisung, wie zu vertreten ist, gegeben erscheint, diese Weisung aber der Klöster umsomehr Erwähnung machen konnte, als ja nach §. 6 der Fiscalamts-Instruction allerdings auch Klöstervermögen (das der aufgelassenen Klöster) durch die Fiscalämter zu vertreten war.

Dass der Franziskanerorden in Böhmen aus dem Religionsfonde dotirt wird, soll unbestritten bleiben, allein dieser Umstand vermag

einen Anspruch auf gerichtliche Vertretung des Ordens durch die Finanzprocuraturen nicht zu begründen, weil der Religionsfond, wenn auch vom Staate selbst dotirt, nicht zum Staatsschatze gerechnet werden kann, sondern einen von diesem verschiedenen Fond darstellt und weil die Thatsache der Dotirung aus dem Staatsschatze — worunter nur eine directe Dotirung zu verstehen ist — nach §. 2, Z. 3, der provis. Dienstesinstruction vom Jahre 1855 nur bezüglich der Vertretung der »Fonde« relevant ist, für Corporationen aber keine Bedeutung hat.

Wenn die Beschwerde weiters offenbar im Hinblicke auf §. 2. der Fiscalamts-Instruction vom 10. März 1783 darauf hinweist, dass der österreichische Staat das oberste Schutzrecht aller Klöster als Majestätsrecht in Anspruch genommen habe, so ist dagegen zu bemerken, dass die Vertretungspflicht der Fiscalämter nur dort einzutreten hatte, wo es sich um aus dem Majestätsrechte fliessende Gerechtsame handelte, und dass Orden aus dem Grunde des obersten Schutzrechtes die fragliche Vertretung zu beanspruchen nicht berechtigt erscheinen, weil für diese Vertretung im §. 6. der Instruction vom Jahre 1783 eine besondere Norm gegeben ist.

Schliesslich vermag auch die Berufung auf den §. 38. des Gesetzes vom 7. Mai 1874, R.-G.-B. Nr. 50, die Anschauung der Beschwerde nicht zu begründen. Denn, wenn auch in dieser Gesetzesstelle von dem kirchlichen Vermögen im weitesten Sinne, also mit Einschluss des Vermögens geistlicher Orden gesprochen ist, so wird diesem Vermögen doch nur der »für gemeinnützige Stiftungen« bestehende staatliche Schutz zugesichert, also jener Schutz, welcher allein derartigen Stiftungen in Gemässheit der A. h. Entschliessung vom 15. Mai 1841 (Hofkanzleidecret vom 21. Mai 1841, Just.-Ges.-Samml. Nr. 541) zuzukommen hat. — Dieser staatliche Schutz umfasst aber keineswegs auch die gerichtliche Vertretung durch die Finanzprocuraturen, welche vielmehr in Einschränkung der früheren allgemeinen Anordnung des §. 5. der Fiscalamts-Instruction vom 10. März 1783 (vide a. h. Entschliessung vom 21. December 1850), durch den §. 2, Z. 4, der provis. Dienstesinstruction vom 16. Febr. 1855 auf die unmittelbar von l. f. Behörden verwalteten Stiftungen, bei anderen aber nur insoferne eingeräumt ist, als es sich um die erste Constituirung der Stiftung und um die Einbringung des gestifteten Vermögens zum Behufe der Constituirung der Stiftung handelt, wobei die Vertretung bereits constituirter Stiftungen durch die Finanzprocuraturen ausdrücklich ausgeschlossen wurde.

Da nun das Vermögen des Franzikanerordens in Böhmen nicht von l. f. Behörden verwaltet wird und da dieser Orden schon lange constituirt ist, so kann auch aus §. 38 des Ges. vom 7. Mai 1874, R.-G.-B. Nr. 50, ein Anspruch dieses Ordens auf die gerichtliche Vertretung durch die Finanzprocuratur nicht hergeleitet werden. — Diesen Erwägungen zufolge erschien dem V.-G.-Hofe die angefochtene Entscheidung als nicht gegen das Gesetz verstossend.

XIV.

Verordnung des österr. k. k. Ministers für Cultus und Unterricht vom 16. Januar 1894, Z. 73/C. U. M.,

durch welche für die theologischen Facultäten der k. k. Universitäten Wien, Prag, Graz, Innsbruck, Krakau, Lemberg und die k. k. theologischen Facultäten Olmütz und Salzburg bezüglich der Erlangung des theologischen Doctorates neue Bestimmungen erlassen werden.

Auf Grund der mit Allerhöchster Entschliessung v. 10. Januar 1894 erhaltenen Ermächtigung erlasse ich für die obgenannten katholisch-theologischen Facultäten bezüglich der Erlangung des theologischen Doctorates die nachfolgenden Bestimmungen:

§. 1. Zur Erlangung des Doctorates der katholischen Theologie ist die Ablegung von vier strengen Prüfungen (Rigorosen) erforderlich.

Die Zulassung zu den Rigorosen ist von dem Nachweise abhängig, dass der Candidat die theologischen Studien als ordentlicher Hörer an einer theologischen Facultät ordnungsgemäss absolvirt hat und den Vorschriften des §. 2. dieser Verordnung nachgekommen ist.

Den Zöglingen des Pazmaneums in Wien bleibt die Ablegung des Rigorosums aus dem Bibelstudium im vierten Jahrgange des theologischen Studiums wie bisher gestattet.

Candidaten, welche die theologischen Studien an einer gesetzmässig organisirten Diöcesan- oder Kloster-Lehranstalt absolvirt haben, können an einer Universität oder theologischen Facultät nach vorläufiger Immatriculation zu den stengen Prüfungen und zur Erlangung des Doctorgrades zugelassen werden, wenn sie in das Studium der Theologie auf Grundlage eines staatsgiltigen Maturitätszeugnisses aufgenommen worden sind.

Wenn ein Candidat an einer theologischen Facultät bereits immatriculirt war, ist eine neuerliche Immatriculation an jener Facultät, an welcher er die Rigorosen abzulegen beabsichtigt, nicht mehr erforderlich.

§. 2. Die vier Rigorosen umfassen folgende Prüfungsgegenstände:

1. Das gesammte Bibelstudium des alten und neuen Testamentes.

Um zu dem betreffenden Rigorosum zugelassen zu werden, muss der Candidat die Vorlesungen über die semitischen Dialecte, nämlich Syrisch-Chaldäisch und Arabisch, sowie über die höhere

Exegese des alten und neuen Testamentes wenigstens durch je ein Semester mit gutem Erfolge besucht haben.

Von dem Besuche der eben genannten Vorlesungen kann der Minister für Cultus und Unterricht in rücksichtswürdigen Fällen nach Einvernehmung des theologischen Professorencollegiums eine Ausnahme gestatten; in diesem Falle hat jedoch der Candidat an der theologischen Facultät, an welcher er die Rigorosen ablegen will, sich einer Prüfung aus den semitischen Dialecten, bezw. aus der höheren Exegese des alten und neuen Testamentes zu unterziehen.

2. *Generelle und specielle Dogmatik.*

3. *Kirchengeschichte und Kirchenrecht.*

4. *Moral- und Pastoraltheologie.*

§. 3. Die vier Rigorosen können in beliebiger Reihenfolge, doch müssen sie sämmtlich an derselben Facultät abgelegt werden.

Ausnahmsweise kann die Fortsetzung der Rigorosen an einer anderen Facultät, als an der sie begonnen wurden, vom Minister für Cultus und Unterricht nach Einvernehmen der betreffenden Professorencollegien gestattet werden.

Für die Zöglinge des höheren Priesterbildungsinstitutes zu St. Augustin in Wien bleiben die bestehenden besonderen Vorschriften in Geltung, wonach sie die an einer anderen theologischen Facultät begonnenen Prüfungen zur Erlangung des Doctorates der Theologie an der Wiener Universität fortsetzen dürfen.

§. 4. Der Zutritt zu den Rigorosen steht nach Massgabe des Raumes allen Professoren, Doctoren und Doctoranden der Theologie frei und kann vom Vorsitzenden der Prüfungscommission auch anderen Personen gestattet werden.

Jedes Rigorosum dauert zwei Stunden.

§. 5. Zwischen je zwei Rigorosen hat ein Zeitraum von mindestens drei Monaten zu verstreichen. Hat jedoch der Candidat ein Rigorosum mit sehr gutem Erfolge abgelegt, so kann ihm der Decan für das nächste Rigorosum auch einen kürzeren Termin gewähren.

§. 6. Der Decan des Professorencollegiums führt in der Prüfungscommission den Vorsitz. Im Verhinderungsfalle wird er von dem Prodecan, und wenn auch dieser verhindert ist, von dem rangältesten Professor vertreten.

Die Prüfungscommission besteht für jedes Rigorosum ausser dem Vorsitzenden aus vier, bezw. (§. 7) drei Mitgliedern, nämlich aus den betreffenden Fachprofessoren und noch zwei anderen Prüfungscommissären als Examinatoren. Letztere werden in Gemässheit des Ministerialerlasses vom 30. Juni 1850, R.-G.-Bl. Nr. 319, von

den betreffenden Diöcesanbischöfen, in deren Diösese die Universität oder Facultät sich befindet, aus den Professoren oder Doctoren der Theologie nach Einvernehmung des theologischen Professorencollegiums bestellt.

In Ermangelung eines ordentlichen Professors für ein Prüfungsfach oder bei Verhinderung desselben ist der ausserordentliche Professor dieses Faches, und beim Abgange eines solchen der mit der Supplirung beauftragte Docent, wenn er Doctor der Theologie ist, andernfalls der Professor des nächstverwandten Faches beizuziehen.

§. 7. Der Vorsitzende hat immer das Recht, aber nur dann die Pflicht zu examiniren, wenn er Fachprofessor eines Prüfungsgegenstandes ist. Im letzteren Falle hat die Prüfungscommission nebst dem präsidirenden Decan nur aus drei Mitgliedern zu bestehen.

§. 8. Wird die Zahl der Examinatoren durch die im §. 6, bezw. §. 7. berufenen Vertreter der Prüfungsfächer nicht erschöpft, so ist dieselbe aus der Reihe der ordentlichen Professoren zu ergänzen.

§. 9. Jedes Mitglied der Prüfungscommission hat dem Rigorosum vom Anfange bis zum Ende beizuwohnen.

Der Abstimmung und Schlussfassung geht eine Besprechung über das Ergebniss der Prüfung voraus.

Die Abstimmung von Seite jedes einzelnen Mitgliedes erfolgt sodann mit dem Calcul eminenter oder bene, oder insufficienter.

Der Gesammtcalcul ist durch die entsprechenden Beisätze auszudrücken.

§. 10. Sämmtliche Rigorosen sind in der lateinischen Sprache abzulegen.

Von dieser Bestimmung ist nur bei der Pastoraltheologie eine Abweichung zulässig, wenn dieser Gegenstand an der betreffenden Facultät in einer anderen Sprache vorgetragen wird, und der Candidat das Ersuchen stellt, die Prüfung in der Vortragssprache ablegen zu dürfen.

§. 11. Wird ein Candidat bei einem Rigorosum reprobirt, so kann er zu keinem weiteren Rigorosum, sondern nur zur Wiederholung desselben Rigorosums, und zwar nicht vor Ablauf von drei Monaten zugelassen werden. Wird er hiebei abermals reprobirt, so ist nur noch eine Wiederholung des Rigorosums, und zwar nicht vor Ablauf eines Jahres zulässig. Bei nochmaliger (dritter) Reprobation ist der Candidat von der Erlangung des theologischen Doctorgrades an einer theologischen Facultät der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, wie auch von der Nostrification eines im Auslande erworbenen Doctordiplomes für immer ausgeschlossen.

§. 12. Für jedes Rigorosum hat der Candidat eine Taxe von 36 Gulden zu entrichten.

Der Vorsitzende erhält hievon 6 Gulden, jedes Mitglied der Commission 5 Gulden. Weiters sind dort, wo ein Kanzleifonds besteht, 2 Gulden an denselben abzuführen.

Der Vorsitzende erhält, wenn er zugleich Fachexaminator ist, auch die für einen solchen entfallende Taxe.

Bei der Wiederholung eines Rigorosums ist nur die Hälfte der Taxe zu entrichten; hievon erhält jedes betheiligte Mitglied der Prüfungscommission die Hälfte des eben angegebenen Taxbetrages.

Der Betrag für den Kanzleifonds entfällt bei Wiederholungen.

Der Rest aller Rigorosentaxbezüge wird unter sämmtliche ordentliche Professoren der Facultät vertheilt.

§. 13. Die Einzeltaxbezüge haben die Natur von Präsenzgeldern und können daher auch nur für wirkliche Functionen in Anspruch genommen werden.

§. 14. Nach Ablegung der vier Rigorosen hat der Candidat eine grössere geschriebene Abhandlung (Dissertation) vorzulegen. Das Thema, welches aus einem der dem Bereiche der theologischen Facultät angehörigen Fächer zu nehmen ist, bestimmt der Decan im Einvernehmen mit dem Professor, aus dessen Fache das Thema gewählt wird. Nach Approbation der Dissertation erfolgt die Ablegung des tridentinisch-vaticanischen Glaubensbekenntnisses vor dem Diöcesanbischof oder in Wien und Prag vor dem Kanzler der theologischen Facultät; der Candidat hat sich hierüber beim Decan des Professorencollegiums auszuweisen.

§. 15. Die Promotion erfolgt unter dem Vorsitze des Rectors und im Beisein des Decans des Professorencollegiums, dann in Wien und Prag auch des Kanzlers der theologischen Facultät, durch einen ordentlichen Professor (per turnum) in Form der herkömmlichen Sponsionen.

Wenn der Rector nicht der katholischen Religion angehört, so hat die Promotion unter dem Vorsitze des Prorectors, bezw. des Decans der Facultät, aus welcher der Rector hervorgegangen ist, oder des gesetzlichen Vertreters dieses Decans zu geschehen, und diese Functionäre haben dann auch die Diplome zu unterschreiben.

An den theologischen Facultäten Olmütz und Salzburg erfolgt die Promotion unter dem Vorsitze des Decans im Beisein des Prodecans durch einen ordentlichen Professor (per turnum).

§. 16. Die Promotionstaxe beträgt an allen theologischen Facultäten 60 Gulden.

Hievon beziehen der Rector 15 Gulden, der Kanzler, der Decan und der Promotor je 5 Gulden; an den theologischen Facultäten Olmütz und Salzburg beziehen der Decan 15 Gulden, der Prodecan und der Promotor je 5 Gulden. Ferner sind von dieser Taxe 5 Gulden an den Kanzleifond, wo ein solcher besteht, abzuführen, aus welchem die an den verschiedenen Universitäten bisher bestehenden Zahlungen für die Anfertigung des Diplomes und die bisherigen Bezüge des Kanzleipersonales und der Dienerschaft zu bestreiten sind.

Der Rest aller Promotionstaxbezüge wird unter sämmtliche ordentliche Professoren zu gleichen Theilen vertheilt.

§. 17. An jenen Universitäten, an welchen bisher feierliche Promotionsformen üblich waren, bleibt es dem Candidaten freigestellt, statt der einfachen diese feierliche Promotionsform gegen die hiefür üblichen Entrichtungen für sich in Anspruch zu nehmen. Doch kommt der im vorhergehenden Paragraphen bestimmte Taxbetrag auch in diesem Falle zu der dort angeordneten Verwendung und Vertheilung.

§. 18. Diese Rigorosenordnung tritt mit Beginn des Studienjahres 1894/95 in Kraft.

Jene Candidaten, welche sich bis dahin den Rigorosen nach den bisher bestandenen Vorschriften bereits ganz oder theilweise unterzogen haben, sind auch fernerhin nach diesen Vorschriften zu behandeln.

XV.

Entscheidung des k. k. österr. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 24. Januar 1882,

betreffend die religiöse Erziehung der aus gemischten Ehen abstammenden Kinder.

(Mitgetheilt im Kirchl. Verordnungs-Blatt für die Diöcese Gurk 1894 Nr. 2. St. Pöltener Diöc.-Blatt 1894 Nr. 3).

Das Ministerium für Cultus und Unterricht entschied anlässlich eines speciellen Falles Folgendes: »Der zwischen Eheleuten, von denen der eine Theil katholisch, der andere jedoch protestantisch ist, abgeschlossene Vertrag über die Kindererziehung ist giltig nicht blos im Gewissen, sondern auch vor den Staatsbehörden. Kein Theil darf ihn eigenmächtig brechen, und haben die Seelsorger das Recht und die *Pflicht,* darüber zu wachen, dass jener Vertrag in den genannten Grenzen eingehalten werde; sollte dies nicht der Fall sein, haben sie bei den politischen Behörden dessen genaue Einhaltung zu verlangen.«

Das k. k. Ministerium liess sich bei seiner Entscheidung von folgenden Anschauungspunkten leiten:

1. Das Urtheil über die Giltigkeit und Dauer eines geschlossenen Vertrages über die religiöse Erziehung der Kinder in gemischten Ehen steht blos der politischen, eventuell der staatlichen Cultusbehörde zu.

2. Den Vorstehern der Kirchen und religiösen Gesellschaften gebührt nach §. 3, Absatz 2 des citirten Gesetzes das Recht, bei welch immer einer Verletzung der in jenem Gesetze über das Bekenntniss der Kinder angeführten Vorschriften die politische eventuell staatliche Cultusbehörde um Hilfe anzurufen, wenn nach Ansicht dieser Vorsteher der Vertrag über die Kindererziehung in gemischten Ehen verletzt sei — deswegen muss das Consistorium zu einer Beschwerde und Berufung als *berechtigt* erklärt werden, weil es sich hier um die Erziehung der Kinder von Ehegatten handelt, die in derselben Diöcese wohnen.

3. Jenes Uebereinkommen zwischen den genannten Eheleuten ist nach seinem Wortlaute, und weil im Contexte nirgends von einem Pfarramte die Rede ist, als ein zwischen den Eheleuten über die religiöse Kindererziehung abgeschlossener *Vertrag* anzusehen.

4. Jener Vertrag ist nicht gelöst worden, wie dies aus dem Vorgange der katholischen Gattin zu ersehen ist.

Bei der Schliessung einer gemischten Ehe ist somit darauf zu sehen:

a) dass zwischen den Ehegatten ein rechtsgiltiger Vertrag, betreffend die katholische Kindererziehung zustande komme, dann

b) dass auch der katholische Theil standhaft, wie dies beim gegebenen Fall geschehen ist, auf seinem Rechte beharre.

XVI.

Die Revalidation der Ehe Milan's von Serbien.

(Vgl. *Archiv* LXI. S. 182 ff.)

Die serbische Bischofssynode hat die Entscheidung, womit die Ehe zwischen König Milan und Königin Natalie wieder in Kraft gesetzt wurde, der Oeffentlichkeit übergeben. Das Aktenstück, welches einen jahrelang mit grosser Zähigkeit fortgeführten Conflict zum Abschlusse bringt, lautet nach den Belgrader Zeitungen vom 18. März n. Stils des J. 1894, in der Uebersetzung der Neuen freien Presse Nr. 10623 Abendbl. vom 21. März 1894, wie folgt:

»Der Belgrader Erzbischof und serbische Metropolit Michael hat dieser bischöflichen Synode ein Schreiben des Königs Milan Obrenovich IV. unterbreitet, worin er das Ersuchen stellt, die Synode möge erklären, dass die Ehe zwischen ihm und seiner Gemahlin, der Königin Natalie, als gesetzlich in Kraft bleibt, nachdem die Ehescheidung, welche der verstorbene Metropolit Theodosius unterm 12. October 1888 vorgenommen hat, ungesetzlich und widerrechtlich war.

Auf Grund dieses Ansuchens, womit König Milan von der Synode verlangt, dass sie seine Ehe mit der Königin Natalie als in Kraft stehend erkläre, um in solcher Weise seiner gekränkten Gemahlin die gebührende Genugthuung zu geben, und nachdem König Milan zugesteht, dass die Gründe nicht bestehen, aus welchen er früher die Ehescheidung gefordert hat, somit der Scheidebrief vom 12. October 1888, Zahl 1247, ungesetzlich ist, weil er im Widerspruche mit den bestehenden Gesetzen und ohne jede canonische Unterlage ausgefertigt wurde, hat die bischöfliche Synode neuerdings alle Akten, welche sich auf diesen Gegenstand beziehen, einer Prüfung unterzogen und befunden:

1. Dass nach dem Gesetze über die Kirchenbehörden vom Jahre 1862, welches in der serbischen Kirche bis zum April 1890 in Geltung stand, zur Verhandlnng des Processes zwischen diesen hohen Ehegatten das Belgrader bischöfliche Consistorium competent gewesen ist. Dies hat auch König Milan anerkannt, indem er die Klage gegen seine Ehegattin bei diesem Consistorium einreichte. Demnach konnten damals für Ehescheidungs-Streitigkeiten weder die damalige

Bischofssynode noch der damalige Metropolit Theodosius competent sein.

2. Dass durch keine einzige Bestimmung des citirten Gesetzes das Regentenhaus in Sachen der Ehestreitigkeiten von der gerichtlichen Procedur eximirt wurde, welche für alle Angehörigen unserer heiligen Kirche gilt.

3. Dass die Landesverfassung und die anderen Gesetze des serbischen Staates nicht gestatten, dass irgend Jemand ungehört verurtheilt werde, und in diesem Falle die Königin Natalie verurtheilt wurde, ohne angehört worden zu sein.

4. Dass nach den Gesetzen, gemäss welchen die heilige orthodoxe Kirche im Königreiche Serbien geleitet wird, der frühere Metropolit Theodosius sich nicht eigenmächtig die Gewalt aneignen konnte, um irrthümlich und usurpatorisch unter Berufung auf die Worte Christi: »Gehet hin und bindet auf Erden,« welche Worte sich indessen gar nicht auf das Sacrament der Ehe beziehen, die Ehe zwischen König Milan und der Königin Natalie mittelst des Scheidebriefes vom 12. October 1888, Zahl 1247, als aufgelöst zu erklären.

Die Synode der serbischen Bischöfe lobt Gott den Herrn, dessen Wege unerforschlich sind, dass er die Gebete seiner geweihten Diener erhört hat, welche unaufhörlich Gebete zum Himmel senden für das Glück und Heil Serbiens und für den Ruhm des Regentenhauses Obrenovich, und eingedenk der heiligen Gebote der Kirche Christi, welche lehrt, dass die Ehe ein heiliges Sacrament ist und dass, »was Gott bindet, der Mensch nicht lösen soll« (Matthäus 19, 6), dann »der Mann soll seine Frau nicht verlassen« (I. Korinther 7, 12) und »Männer, liebet eure Frauen, denn wer seine Frau liebt, der liebt dadurch sich selbst« (Epheser 5, 28), freut sich die Synode, dass der Hader und das Zerwürfniss aufgehört haben und dass der allgütige Gott, welcher das Heil jeder christlichen Seele will, die Herzen dieser hohen Ehegatten zum Guten gelenkt hat, und dieselben nun selbst einsehen, dass der Friede besser ist als der Streit und die Eintracht heilsamer als die Zwietracht, und dies Alles erfüllt die heilige serbische Kirche, welche diese Ehe feierlich gesegnet und bekräftigt hat, mit aufrichtiger Genugthuung, und dies umsomehr, als diese Aussöhnung auch unserem König Alexander zur Freude gereicht, woran auch das serbische Volk lebhaften Antheil nimmt, und demgemäss auf Grund des Artikels 77 des Gesetzes über die Kirchenbehörden und auf Grund der Canones der heiligen Kirche, welche der Synode das Recht geben, ungesetz-

liche Beschlüsse der einzelnen Bischöfe zu annulliren, beschliesst die Synode:

Der vom früheren Metropoliten Theodosius unterm 12. October 1888, Zahl 1247, ausgefertigte Scheidebrief wird als ungiltig erklärt, da er nach Form und Inhalt nicht dem Gesetze entspricht; zugleich wird die Ehe, welche am 5. October 1875 in der Belgrader Metropolitan-Kathedrale zwischen dem damaligen Fürsten und späteren König Milan Obrenovich IV. und der Fürstin und späteren Königin Natalie geschlossen wurde, als canonisch und gesetzlich in voller Kraft stehend erklärt, und somit wird dem König Milan und der Königin Natalie der Segen der Kirche ertheilt, damit sie ihr eheliches Leben als gute und gläubige Kinder der heiligen orthodoxen Kirche fortsetzen und durch eine christliche und gottgefällige Ehegemeinschaft die Gnade Gottes und das ewige Heil erlangen.«

XVII.

Loi française du 6. Fevr. 1893 portant modification au régime de la séparation de corps.

(Bullet. des lois. Série XII. Nr. 1526).

Art. 1. L'article 108 du Code civil est complété ainsi qui'l suit:

»La femme séparée de corps cesse d'avoir pour domicile légal le domicile de son mari.

Néanmoins toute signification faite à la femme séparée, en matière de questions d'état, devra également être adressée au mari, à peine de nullité.«

2. L'article 229 du Code civil est complété ainsi qu'il suit:

»Par l'effet du divorce, chacun des époux reprend l'usage de son nom.«

3. L'article 311 du Code civil est remplacé par les dispositions suivantes:

»Art. 311. Le jugement qui prononce la séparation de corps ou un jugement postérieur peut interdire à la femme de porter le nom de son mari, ou l'autoriser à ne pas le porter. Dans le cas où le mari aurait joint à son nom le nom de sa femme, celle-ci pourra également demander, qu'il soit interdit au mari de le porter.

»La séparation de corps emporte toujours la séparation de biens.

»Elle a, en outre, pour effet de rendre à la femme le plein exercice de sa capacité civile, sans qu'elle ait besoin de recourir à l'autorisation de son mari ou de justice.«

»S'il y a cessation de la séparation de corps par la réconciliation des époux la capacité de la femme est modifiée pour l'avenir et réglée par les dispositions de l'article 1449. Cette modification n'est opposable aux tiers que si la reprise de la vie commune a été constitutée par acte devant notaire avec minute, dont un extrait devra être affiché en la forme indiquée par l'article 1445, et de plus par la mention en marge 1° de l'acte de mariage; 2° du jugement ou de l'arrêt qui a prononcé la séparation, et enfin par la publication en extrait dans l'un des journaux du département recevant les publications légales.«

4. L'article 248 du Code civil est modifié ainsi qu'il suit:

»L'appel est recevable pour les jugements contradictoires dans

les délais fixés par les articles 443 et suivants du Code de procédure civile.

S'il s'agit d'un jugement par défaut, le délai ne commence à courir qu'à partir du jour ou l'opposition n'est plus recevable.

En cas d'appel, la cause s'instruit à l'audience ordinaire et comme affaire urgente.

Les demandes reconventionelles peuvent se produire en appel sans être considérées comme demandes nouvelles.

Le délai pour se pourvoir en cassation court du jour de la signification à partie pour les arrêts contradictoires, et, pour les arrêts par défaut, du jour où l'opposition n'est plus recevable.

Le pourvoi est suspensif en matière de divorce et en matière de séparation de corps.«

5. La présente loi s'applique aux séparations de corps prononcées ou demandées avant sa promulgation.

6. Les dispositions contraires à la présente loi sont abrogées.

7. La présente loi est applicable aux colonies où les dispositions du Code civil ci-dessus visés sont en vigueur (No. 25,999).

XVIII.

Lettre circulaire du Ministre franç. des Cultes aux archev. et évêques 30. Mars 1893 sur la comptabilité des fabriques [1]).

Monsieur l'Evêque!

L'article 78 de la loi de finances du 26 janvier 1892 a, comme vous le savez, prescrit qu'à l'avenir les comptes et budgets des fabriques et consistoires seraient soumis à toutes les règles de la comptabilité des autres établissements publics; mais il a laissé à des règlements d'administration publique le soin de déterminer les conditions d'application de cette mesure.

Ces règlements, arrêtés par le Conseil d'État, portent la date du 27 mars courant et ont été publiés au *Journal Officiel* du 28. J'ai l'honneur de vous adresser ci-joint le texte concernant les fabriques [Archiv LXX. 145 ff.].

Ainsi que vous le verrez, l'article 30 porte que les dispositions nouvelles seront applicables aux budgets délibérés pour les fabriques en 1893 et aux comptes rendus pour l'exécution de ces budgets. D'autre part, l'article 19, confirmant les règles tracées par les articles 47 du décret du 30 décembre 1808 et 2 de l'ordonnanee du 12 janvier 1825, dispose que le budget est voté dans la session de *Quasimodo*.

Le budget de 1894, que les conseils de fabrique vont être appelés à voter dans leur prochaine séance de *Quasimodo*, c'est-à-dire le *9 avril prochain*, est donc le premier qui sera soumis au decret du 27 mars 1893; de même que le compte qui sera rendu pour l'exécution de ce budget sera le premier auquel les nouvelles dispositions seront applicables.

L'exécution du budget de 1894 ne devant commencer que le 1er janvier de ladite année et le compte de cet exercice ne devant, aux termes de la législation actuelle, conservée par l'article 25 du nouveau décret, être rendu qu'à la session de *Quasimodo* 1895,

---

1) Man vergl. dazu Revue cath. des institutions et du droit (Paris et) Grenoble 1893. Novbr. p. 414—436: Rapport de *M. Paul. Besson.* 1894. Fevr. p. 155—162: Du droit d'Evêque en cas de vacance dans un conseil de fabriques p. 162—165. Mars p. 265—270 la résistance des fabriques et les manoeuvres sécrets du gouvernement. Rev. eccl. de Metz 1894 Févr. sqq. Le Décret de 1809.

j'aurai l'honneur de vous adresser en temps utile la forme de *compte*, ainsi que la nomenclature des pièces à produire par les comptables, conformément aux prescriptions de l'article 29. Mais, en ce qui concerne le budget, il importe de déterminer dès maintenant les règles nouvelles d'après lesquelles il devra être établi.

Une circulaire de l'un de mes prédécesseurs, en date du 21 novembre 1879, a déjà donné, en s'inspirant du décret du 30 décembre 1809, une formule de budget qui, adoptée dans tous les diocèses, a eu pour résultat d'amener dans la comptabilité des Fabriques une régularité et surtout une uniformité plus grandes.

Cette formule peut encore servir aujourd'hui de base au nouveau budget. Vous remarquerez, en effet, que, sauf sur les points où ses dispositions n'étaient pas compatibles avec les règles essentielles de la comptabilité publique, aucune modification n'a été apportée par le règlement du 27 mars 1893 au décret du 30 décembre 1809, qui demeure le texte fondamental de la législation des fabriques. C'est ainsi notamment que le nouveau décret ne comporte aucune énumération des recettes et dépenses des fabriques, qui, sauf les modifications résultant de lois postérieures, sont toujours celles inscrites dans les articles 36 et 37 du décret du 30 décembre 1809.

Il suffit donc d'indiquer les innovations résultant sur ce point du règlement du 27 mars 1893.

Division du budget. — La principale consiste dans la division du budget des fabriques en *budget ordinaire* et *budget extraordinaire.* Encore convient-il de remarquer que le modèle de 1879 comportait déjà des recettes et dépenses ordinaires et des recettes et dépenses extraordinaires.

Budget ordinaire, Recettes. — Les recettes du budget ordinaire sont à part quelques modifications de détail qui s'expliquent d'elles-mêmes, celles qui étaient portées au chapitre premier du modèle de 1879.

Il convient seulement de mentionner la suppression de l'article 7: »Produit spontané des terrains servant de cimetières.« La loi municipale du 5 avril 1884 a en effet abrogé (art. 168) l'article 36, nº 4, du décret du 30 décembre 1809, qui comprenait ce produit parmi les revenus des fabriques, et l'a fait figurer au nombre des recettes ordinaires des communes (art. 133, nº 9).

D'autre part, il a paru bon, pour ne pas donner un caractère trop limitatif au cadre des recettes ordinaires, de prévoir un article des »recettes diverses« permettant d'inscrire toutes les autres ressources qui, comme un prélèvement sur les ressources extraordinaires,

par exemple, peuvent, à un moment donné, concourir à l'équilibre du budget ordinaire.

Dépenses. — En ce qui concerne les dépenses, le modèle de 1879 prevoyait une distinction entre les dépenses ordinaires »facultatives,« qui n'a pas été maintenue par le décret du 27 mars 1893. A une époque où, en vertu du décret du 30 décembre 1809 et de la loi du 18 juillet 1837, les communes pouvaient être obligées de couvrir l'insuffisance des ressources de fabriques pour toutes les dépenses du culte, il était indispensable de classer, à part les quelques dépenses qui, en raison de leur caractère spécial, ne pouvaient cependant pas être imposées aux conseils municipaux. Mais, depuis la loi municipale du 5 avril 1884, les communes ne peuvent plus être contraintes de couvrir l'insuffisance des ressources des fabriques que dans deux cas bien déterminés:

1° Pour l'indemnité de logement du curé ou desservant (quand il n'y a pas de presbytère) (art. 136, n° 11);

2° Pour les *grosses réparations* aux églises et presbytères (quand ces édifices sont la propriété de la commune) (art. 136, n° 12).

Les dépenses du budget ordinaire ne forment donc plus qu'un seul chapitre, comprenant les chapitres I et II de modèle de 1879.

Un article spécial est relatif au traitement qui, aux termes de l'article 14 du nouveau règlement, doit ou peut être alloué au comptable de la fabrique, lorsque ce comptable n'est pas le trésorier prévu par le décret du 30 décembre 1809.

Enfin, on a prévu les annuités des emprunts que la fabrique peut avoir été autorisée à contracter.

En effet, les emprunts des fabriques, contrairement à ce qui a lieu pour les autres établissements publics, n'étant jamais gagés que sur les ressources ordinaires, le remboursement doit figurer en annuités aux dépenses du budget ordinaire.

Il est bien entendu qu'il ne saurait être question que d'emprunts régulièrement autorisés par decrets en Conseil d'État, toute autre dette ne pouvant entrer en ligne de compte et devant être absolument rejetée.

Budget extraordinaire. — Le budget extraordinaire, aux termes du nouveau règlement, comprend »la recette et l'emploi des capitaux provenant de dons et legs, d'emprunts, d'aliénations et de remboursements, de coupes extraordinaires de bois et de toutes autres ressources exceptionelles« (art. 18).

Recettes. — L'énumération des recettes de ce budget est la

même que celle qui était prévue au modéle de 1879 (chapitre II, dépenses extraordinaires).

Il a paru seulement inutile de maintenir la mention: »Subvention de l'État,« aucun crédit n'étant plus inscrit au budget de l'État pour subventions aux fabriques.

Dépenses. — Pour les dépenses, l'énumération comprend, sauf quelques modifications de détail, les articles inscrits précédemment aux chapitres III et IV.

Récapitulation. — *Balance.* — Chacun de ces deux budgets doit se terminer par une recapitulation des recettes et des dépenses. L'ensemble des opérations se résume dans un tableau récapitulatif des recettes et des dépenses tant du budget ordinaire que du budget extraordinaire, et donnant ainsi la balance générale.

Envoi d'un modéle. — Pour rendre ces diverses modifications plus saisissables et pour permettre l'etablissement immédiat du budget de 1894 d'après les règles nouvelles, j'ai fait dresser un nouveau modèle, dont vous trouverez ci-joint un nombre d'éxemplaires suffisant sinon pour toutes les fabriques de votre diocèse, au moins pour que ces établissements puissent en avoir connaissance avant la séance du 9 avril, par l'intermédiaire des curés de canton et même de titulaires des principales succursales.

Rien ne s'oppose d'ailleurs, au cas où une fabrique n'aurait pu, dans sa séance de *Quasimodo*, établir son budget d'aprés le modèle ci-joint, à ce que vous autorisiez ultérieurement une séance spéciale pour permettre les rectifications nécessaires, après vous être concerté à ce sujet avec M. le préfet du département, conformément aux prescriptions des articles du décret du 30 décembre 1809 et 6 de l'ordonnance du 12 janvier 1825.

Renseignements à fournir en marge du budget. — J'apelle votre attention toute particulière sur la dernière colonne de ce tableau. Elle n'est que la reproduction de celle qui existait déjà dans le modèle de 1879, et est destinée à recevoir les renseignements prescrits par les articles 83 et 84 du décret du 30 décembre 1809, ainsi que toutes autres observations.

Ces renseignements, relatifs aux autorisations administratives concernant les diverses recettes et dépenses sont d'une utilité que la circulaire du 21 novembre 1879 avait déjà signalée.

J'ai pu remarquer cependant qu'ils font généralement défaut.

Ils sont aujourd'hui absolument indispensables. Les budgets des fabriques devant, à l'avenir, être placés sous les yeux des conseils de préfecture et de la Cour des comptes, il est de toute nécessité qu'il

n'y soit fait mention d'aucune acquisition, d'aucune aliénation, d'aucun emprunt, etc., etc..., sans qu'en regard l'autorisation administrative concernant ces divers actes et leur donnant le caractère légal ne soit indiquée.

Approbation du budget. — Lorsque les budgets auront été établis par les conseils de fabrique, il vous appartiendra, monsieur l'évêque, de les arrêter. Le règlement du 27 mars 1893 n'apporte en effet, sur ce point, aucune modification au décret du 30 décembre 1809, et c'est toujours à vous qu'en vertu de l'article 47 de ce decret, appartient l'approbation des budgets des fabriques.

Communication aux Conseils municipaux. — Mais je vous rapelle qu'aux termes de l'article 70, §. 5, de la loi municipale du 5 avril 1884, les budgets fabriciens doivent, dans chaque commune, être soumis à l'avis du conseil municipal.

Une circulaire de l'un de mes prédécesseurs, en date du 18 mai 1885, transmise aux évêques le 3 février 1886, a tracé les règles de cette communication aux Conseils municipaux et exposé les motifs pour lesquels elle doit avoir lieu, aussitôt après la séance de *Quasimodo*, et précéder l'approbation épiscopale, de manière à ce que l'avis des assemblées municipales puisse intervenir dans leur session de mai.

Les diverses considérations développées dans cette circulaire ont conservé tout leur valeur, et vous penserez avec moi qu'aujourd'hui plus que jamais il importe que l'évèque, chargé d'approuver les budgets des fabriques, ait entre ses mains tous les renseignements de nature à éclairer sa décision.

Établissements auxquels s'applique le modèle. — En terminant, monsieur l'évêque, je crois devoir vous soumettre quelques observations au sujet du titre même de la formule du budget ci-jointe. Cette formule s'applique à tous les lieux du culte qui comportent une fabrique, c'est-à-dire à tous ceux qui constituent une paroisse distincte ayant son autonomie, une circonscription propre, et jouissant de la capacité civile, à savoir: 1° les cures; 2° les succursales; 3° les chapelles créées en vertu du décret du 30 septembre 1807, désignées souvent sous les noms de chapelles simples, chapelles vicariales, chapelles communales, et dont la véritable appellation, admise par la jurisprudence du Conseil d'Etat, est *chapelles paroissiales*, pour bien montrer qu'elles constituent de véritables paroisses, administrées par une fabrique distincte.

Recette et dépenses des chapelles de secours. — Les cures et les succursales peuvent avoir dans leur circonscription et sous leur dépendance des chapelles de secours. Celles-ci n'ont ni autonomie,

ni capacité civile, ni fabrique propre; c'est la fabrique de l'èglise paroissiale sur le territoire de laquelle elles sont situées qui est chargée de leur administration.

Mais, aux termes d'un avis du Conseil d'Etat du 5 janvier 1869, »les chapelles de secours n'ayant point de circonscription territoriale, «ni la personnalité civile, l'autorisation qui leur est accordée par »décret est une simple permission *ne pouvant grever d'aucune charge »légale ni les fabriques, ni les communes.«*

Il importe donc que les recettes et les dépenses propres à ces chapelles ne soient pas confondues dans le budget de la fabrique paroissiale et fassent au contraire l'objet d'un état distinct annexé à ce budget.

J'ai tenu, monsieur l'évêque, en raison du court espace de temps qui nous sépare de la prochaine session budgétaire de conseils de fabrique, à n'accompapner pour le moment que de ces seules observations, exclusivement relatives à la préparation du budget, l'envoi que j'ai l'honneur de vous faire du nouveau règlement sur la comptabilité de fabriques.

Formation du budgat de 1894. — Le budget de 1894 doit, en effet, être établi dans des conditions de régularité qui permettront facilement la constitution du compte et son apurement.

Choix du comptable. — C'est la seule opération qui s'impose actuellement aux assemblées fabriciennes. Peut-être cependant serait-il bon que, dès maintenant, elles se préoccupassent du choix qu'elles auront à faire d'un comptable, d'après l'un des modes mis à leur disposition par l'article 5 du décret, du 27 mars 1893, et qu'aux termes de l'article 9, §. 2, du même décret, vous aurez à notifier à l'autorité préfectorale avant le 1er octobre prochain.

Dans tous les cas, je me tiens à votre disposition pour toutes les explications complémentaires qui pourraient vous être necessaires.

Mais dès maintenant la lécture des observations qui précèdent, comme celle du 27 mars lui-même, vous permettra d'apprécier l'esprit dans lequel a été conçue la nouvelle réglementation. Je ne doute pas, monsieur l'évêque, que votre concours ne soit acquis à mon administration pour l'application d'une réforme qui, dans la pensée du l'égislateur et du gouvernement, doit avoir pour résultat d'amener dans la comptabilité des fabriques, sans porter atteinte aux droits reconnus aux évêques à l'égard de ces établissements, une régularité et une précision dont les autorités ecclésiastiques elles-mêmes ont souvent regretté l'absence.

Agréez, monsieur l'évêque, l'assurance de ma haute considération.

Le ministre de l'Instruction publique,
des Beaux-Arts et des Cultes,
Ch. Dupuy.

XIX.

Literatur.

1. *Die Verfassung der Kirche von England. Von Felix Makower, Dr. iur. Berlin. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung. 1894. Lex.-8°. 560 S. M. 20.*

Dieses Buch, welchem auffallenderweise jede Vorrede fehlt, behandelt 1. die Geschichte der Kirchenverfassung, 2. die Quellen des Kirchenrechts, 3. das Verhältniss der Kirche von England zu andern christlichen Kirchen, 4. den geistlichen Stand und die Weihegrade, 5. endlich die einzelnen Kirchenbehörden. Der letzte Theil ist der umfangreichste (235—482), und zugleich der bedeutendste, weil in ihm gerade diejenigen Fragen zur Sprache kommen, durch welche die Kirche von England sich von der katholischen Kirche charakteristisch unterscheidet. Der Anhang (482—547) enthält eine Reihe von Abdrücken bedeutender englischer Gesetze, welche die Beziehungen zwischen Kirche und Staat regeln. Von besonders grossem Werthe dünkt uns die sorgfältig gearbeitete Uebersicht der Literatur (520—548), welche einem tiefempfundenen Bedürfniss entgegenkommt und anderswo in solcher Genauigkeit und Ausführlichkeit kaum anzutreffen sein wird.

Die *Methode* des Verf. ist die geschichtliche. Er zeichnet die Entwicklung der betreffenden kirchlichen Aemter und Einrichtungen und verweilt dann ausführlich bei der thatsächlich bestehenden Disciplin. In dieser Beziehung verdient Anerkennung, dass er bis zum Jahre 1893 die neueste Gesetzgebung verfolgt. Die Kirche *von* England, oder, um einen dem Genius unserer Muttersprache angemesseneren Ausdruck zu gebrauchen, die anglikanische Kirche, konnte unmöglich in ihrer Verfassung dargestellt werden, ohne Berücksichtigung der katholischen Kirche des Mittelalters. Die Bearbeitung dieses letzteren Stoffes entspricht nicht allen Anforderungen. Offenbar begünstigt der Verf. das Staatskirchenthum, denn auf diesen Standpunkt weist schon hin die als Motto auf den Titel geschriebene Gesetzesstelle aus dem Patentbrief Eduard's II. vom 24. November 1316 »Non debet dici tendere in praejudicium ecclesiasticae libertatis quod pro rege et republica necessarium invenitur.« Des Verfassers Auffassung von der Stellung der englischen Kirche zum apostolischen Stuhl während des Mittelalters bedarf der Correctur.

Ihm mangelt ausreichende Kenntuiss der katholischen Dogmatik, gemäss welcher die Kirche ein untheilbares Ganze, die Fortsetzung des *einen* Christus durch alle Jahrhunderte bildet. Daher die falsche Hervorhebung der von den römischen Bräuchen hie und da in ganz äusserlichen und untergeordneten Punkten abweichenden Disciplin der Kelten und Briten. Ueber den grossen Einfluss Roms auf die englische Kirche in der angelsächsischen Zeit ist M. nicht genügend unterrichtet. Dringend empfehle ich ihm die Mélanges De Rossi, Recueil de travaux par l'école française à Rome en l'honneur de Mr. le Commandeur G. B. De Rossi Paris 1892 mit Paul Fabre's ausgezeichneter Arbeit (159—172) über »Recherches sur le denier de Saint Pierre en Angleterre au moyen-âge (vgl. meine Besprechung in der Literar. Rundschau 1892 S. 279). Im Besitze eines richtigen Begriffes der Einheit der Kirche, hätte M. bei der Darstellung des Kampfes um die Freiheit der Kirche zwischen Thomas Becket und Heinrich II. den ersteren unmöglich als Haupt einer Kirchenpartei bezeichnen können. Thomas handelte als Vertreter der Kirche und ganz in Uebereinstimmung mit den Päpsten jener Zeit. Als neueste und gründlichste, weil auf den *Quellen* aufgebaute Biographie des grossen Erzbischofs, welche M. entgangen ist, nenne ich: John Morris, The Life and Martyrdom of Saint Thomas Becket, Archbishop of Canterbury. Second and enlarged Edition. 2 vols. London. Burns and Oates 1885. Dem Motto, welches M. an die Spitze seines Werkes setzt, stelle ich das Wort entgegen, welches Morris dem Briefe des hl. Thomas an Kanzler Stephan von Sicilien entlehnt und seiner Schrift vorsetzt: Crimen nostrum est assertio ecclesiasticae libertatis, eam namque profiteri laesae majestatis reatus sub persecutore nostro est. Das Werk von Morris besitzt gerade für Canonisten einen ausnehmend grossen Werth, weil der Verfasser († 1893) auf diesem Gebiete ausgedehnte Kenntnisse besass, die in allen katholischen Kreisen Englands volle Anerkennung empfingen.

In der Behandlung der Reformation gibt die Darstellung M.'s mehrfach zu Einwendungen Anlass. Die epochemachenden Werke von F. A. Gasquet, Henry VIII. and the English Monasteries 2 vols, London 1888[1]), sowie desselben Mannes gelehrtes Werk: Edward VI. and the Book of Common Prayer London 1890 (vergl. meine Besprechung im Katholik 1891. I. S. 1—24), welches die Anglikaner durch ganz neue Mittheilungen überrascht hat, sind von unserm Verfasser unbeachtet gelassen. In zwei Punkten verdient der Verfasser

1) In deutscher Uebersetzung bei Kirchheim in Mainz erschienen.

volle Anerkennung. Er beurtheilt die Uebertragung der Suprematie vom Papst auf den Träger der englischen Krone durchaus richtig. Sie ist ihm der denkbar schärfste Bruch mit der Vergangenheit. Demzufolge bekennt er sich auch offen als Gegner der Continuitätstheorie, die heute in hochkirchlichen Kreisen epidemisch grassirt und den gähnenden Abgrund zwischen der katholischen Kirche des Mittelalters und der etablirten Staatskirche durch juristische Fictionen und ausserdem durch die »Messe in Maskerade,« wie Benjamin Disraeli einmal im Unterhause bemerkte, zu verdecken sucht.

Mit den vorstehenden Bemerkungen, die wir leicht hätten vermehren können, geben wir dem grossen Interesse Ausdruck, mit dem wir das Werk M.'s, die Frucht tiefer und ausgedehnter Studien, gelesen haben. Allen Canonisten sei dasselbe warm empfohlen. Die Ausstattung ist gut, ein Register ist beigefügt.

Aachen. Canonikus Dr. *A. Bellesheim.*

2. *Publicationen aus den K. Preussischen Staatsarchiven. Bd. 56. Veranlasst und unterstützt durch die Kgl. Archiv-Verwaltung. Preussen und die kathol. Kirche seit 1640. Nach den Akten des Geheimen Staatsarchives von Max Lehmann. Siebenter Theil von 1793 bis 1797. Nebst Nachträgen zu sämmtlichen Theilen. Leipzig, S. Hirzel, 1894. 8°. 880 S. M. 28.*

Den zweiten bis sechsten Theil des Lehmann'schen Urkundenwerkes habe ich im Archiv Bd. 70. S. 174 bis 184 ausführlich zur Anzeige gebracht. Jetzt liegt auch der abschliessende siebente Theil vor, welcher die vier letzten Regierungsjahre Friedrich Wilhelm's II. (1793—1797) umfasst. Die Gesammtzahl aller Urkunden des siebenten Theils beläuft sich auf 609. Darin ist indessen einbegriffen eine lange Reihe von Documenten, welche zu den voraufgegangenen Theilen Ergänzungen enthält. An diese schliessen sich Zusätze und Verbesserungen zu den früheren Bänden nebst einem von Ludwig Mollwo ausgearbeiteten trefflichen Register zu sämmtlichen sieben Bänden.

Der Hauptstock der Urkunden bezieht sich auf den Osten, wo Preussen 1793 bei der zweiten Theilung Polens das sogen. Grosspolen, damals Südpreussen genannt, und 1795 bei der dritten Theilung Polens die Provinz Neu-Ostpreussen erwarb. Eine sehr wichtige Rolle spielt die Frage nach der Verwaltung der *Kirchengüter.* Nach dem in Westpreussen (Ermland, Culm und Cujavien) seit 1772 beliebten Verfahren wurde auch in den neuerworbenen Landestheilen die Verwaltung des Kirchengutes von staatlichen Beamten geführt. Nur in Südpreussen beliess man anfänglich der Geistlichkeit die Verwaltung, aber gegen Erlegung von fünfzig Procent. Aus dem Be-

richte des Ministers Hoym (148) ersieht man, dass diese Abgabe enorm war und manchen Geistlichen den nöthigen Lebensunterhalt entzog. Für Neu-Ostpreussen empfahl Hoym dringend die Einziehung des Kirchengutes, weil das Interesse des Staates diese Massregel erheische. In einer Urkunde begegnen wir sogar der Auffassung, dass die Kirchengüter »als ein wahres Staatseigenthum anzusehen und zu behandeln sind« (336).

Ferner beanspruchen unsere Aufmerksamkeit die sehr zahlreichen Schreiben über die *Bischofswahlen* in Gnesen, Ermland, Posen und Culm. Der König ernannte, und die Domcapitel hatten auf die also bezeichnete Person ihre Stimme zu lenken. Man begründete dieses Verfahren, namentlich in Gnesen und Posen mit dem Nominationsrecht der Krone Polen, von dem angenommen wurde, dass es mit dem Erwerb der neuen Landestheile 1793 und 1795 auf Preussen übergegangen sei. Ein Antrag in Rom, der Papst möchte den zu Bischöfen nominirten Geistlichen noch *vor* der Präconisation die Verwaltung der Sprengel in geistlicher und zeitlicher Hinsicht ein für allemal zuerkennen, hatte nicht den gewünschten Erfolg (192). Die Hirtenbriefe sämmtlicher Bischöfe unterlagen dem Placet. Bei der Besetzung der Pfarrpfründen und höheren Beneficien concurrirte der Landesherr, insofern keine dieser Stellen ohne Placet der Regierung vergeben werden durfte. In einem Erlass an den Agenten Ciofani in Rom liess der König dem Papst sagen, dass er für sich ausschliesslich das Recht beanspruche, darüber zu urtheilen, wer von patriotischen Gesinnungen beseelt sei, und wer »eine verdächtige Gesinnung« hege (278). Zur Beurtheilung der den Bischöfen bei der Verleihung der Pfründen auferlegten Einschränkungen ist von besonderer Wichtigkeit die Note des Cardinal-Staatssecretärs *Zelada* vom 20. November 1794 an den Agenten Ciofani (177—179), in welcher die einschlagenden Rechtsfragen mit wohlthuender Ruhe und grosser Klarheit beleuchtet werden. Unter den damaligen Bischöfen tritt uns am häufigsten entgegen der Bischof von Culm, Graf Hohenzollern, welchen der König nach Ermland berief, nachdem der dortige Fürstbischof als Erzbischof nach Gnesen versetzt worden. Das Bild, welches dieser nach reichen Pfründen trachtende Prälat beim Leser hinterlässt, ist kein vortheilhaftes.

Wenn auch die Kirchenpolitik drückend auf die freie Bewegung der Bischöfe einwirkte, so unterhielt der König doch stets freundliche Beziehungen zu Pius VI. Aus Anlass der Beförderung Maury's zum Cardinal, worin man eine Belohnung der dem verfolgten Königthum in Frankreich geleisteten Dienste erblickte, fand zwischen König

und Papst (105. 112) ein Briefwechsel statt. Friedrich Wilhelm II. dankte dem Oberhaupt der Kirche für diese Massnahme, während Pius VI. die Sache der Emigranten dem Monarchen warm empfahl und ihn zu einer solchen Bekämpfung der Feinde der Ordnung aufforderte, wodurch diese zugleich zur Umkehr von ihren gottlosen Wegen vermocht würden. Dagegen sträubte der preussische Hof sich auch jetzt zur Annahme eines *Nuntius*. Nachdem Warschau an Preussen gekommen (1795), wurde der dortige Nuntius Graf Litta nicht anerkannt. Nur als Privatmann, und nachdem er versichert, er sei mit einer diplomatischen Mission an den russischen Hof betraut, durfte er sich dort zeitweilig aufhalten. Wir machen besonders aufmerksam auf eine Unterredung Litta's mit dem Minister v. Buchholz in Warschau (1796) über den Plan des h. Stuhles, den preussischen Katholiken zur Vermittlung ihrer Beziehungen zu Rom einen Generalvicar zu bestellen (353). Aus den Aktenstücken, welche den *Westen* des Landes betreffen, seien jene hervorgehoben, welche sich auf Cleve und Lingen beziehen. In Lingen bestehen noch immer harte Bestimmungen aus oranischen Zeiten, in Cleve und Geldern finden wir die überlieferte Beschränkung der Diöcesanrechte des Erzbischofs von Köln und des Bischofs von Roermond.

Die wichtigsten der im Anhang dargebotenen Aktenstücke nehmen Bezug auf die Stellung des Curfürsten von *Mainz*, Carl Joseph von Erthal, zum heiligen Stuhl und zum Emser Congress. Sie bestärken den Leser in der äusserst ungünstigen Meinung über diesen Prälaten, welche man sich bei Lectüre der Urkunden des sechsten Bandes gebildet. Mit Recht bezeichnet Graf Alvensleben in einem Briefe an den Staatsminister Hertzberg, datirt Aschaffenburg 22. August 1788 das Benehmen des Cur-Erzkanzlers als »Doppelspiel,« welches Kaiser und Papst leicht enthüllen werden.«

Aachen. Canonikus Dr. *A. Bellesheim.*

3. *Synodus dioecesana Placentina diebus II, III, IV Maii anni MDCCCXCIII habita. Placentiae. Typis episcopalibus Joseph Tedeschi. MDCCCXCIII. 8⁰. 446 pag. 5 Lire*[1]).

Der Bischof von Piacenza, Msgr. *Giovanni Battista Scalabrini*, gehört zu jenen italienischen Prälaten, welche dem Wunsch und der Aufforderung *Leo XIII.* nachkommend, das Studium der thomistischen Philosophie sorgfältig gefördert und dessen Ergebnisse durch Herausgabe der Zeitschrift Divus Thomas auch weitern Kreisen zu-

1) Das mir zu Gebote stehende Exemplar verdanke ich der Güte Sr. Bischöfl. Gnaden Msgr. *Scalabrini*, welchem ich dafür den verbindlichsten Dank abstatte.

gänglich machen. Dass derselbe auch auf dem Gebiete der *Kirchenverwaltung* hervorragt, bezeugt uns obige Sammlung von Decreten, welche er auf der Diöcesansynode von 1893 erlassen. Allerdings stellt sich dieselbe zunächst dar als Ergänzung und Verbesserung der Bestimmungen der Synode vom Jahre 1879, doch enthält sie auch nicht wenige Decrete, welche durch neuentstandene Verhältnisse bedingt wurden, und die aus diesem Grunde vorwiegend unsere Aufmerksamkeit fesseln.

In erster Linie seien die drei inhaltstiefen lateinischen *Anreden* des Bischofs an die Synodalen betont (169—197). Die erste verbreitet sich über die Früchte solcher Versammlungen. Diese letzteren sind ein offenkundiger Erweis der ewig jugendlichen Kraft der Kirche, sie befördern die Einheit und den Sinn für gemeinsame Interessen unter der Geistlichkeit, verstärken das Band, welches den Klerus mit dem Bischof und diesen hinwiederum mit dem Oberhaupt der Kirche verknüpft und vertiefen endlich das religiöse und sittliche Leben unter den Gläubigen durch den Erlass zeitgemässiger Bestimmungen, welche überwiegend den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Einen ascetischen Charakter trägt die zweite Rede des Bischofs an sich. Sie behandelt die Nothwendigkeit und die Natur der priesterlichen Heiligkeit, sammt den Mitteln zur Erreichung und Bewahrung derselben. Insbesondere lesenswerth erscheint jene Abtheilung, welche nach dem Vorgange des hl. Thomas von Aquin die Heiligkeit als puritas Deo consecrata sehr eindrucksvoll beleuchtet. Naturgemäss schreitet der geistvolle Prälat von der Heiligkeit, die Gott wohlgefällig macht, in der dritten Rede fort zur Wissenschaft, welche der Diener des Heiligthums selbst besitzen muss, ehe er dem Laien gegenüber als Lehrer auftritt. Der aus den Worten der h. Schrift, den Decreten der Päpste und den Werken der Kirchenväter geschöpfte Inhalt lässt sich auf folgende Formel zurückführen: Tantum lucere, vanum; tantum ardere parum; ardere et lucere, perfectum.

Die von 408 Geistlichen besuchte Synode erliess eine lange Reihe von Decreten über den Glauben, die Sacramente, den Gottesdienst, die Geistlichkeit, das Kirchengut und die Kirchenzucht, aus welchen einige besondere Erwähnung verdienen.

1. Nachdem die Synode den Pfarrern die Pflicht der Ertheilung des Religionsunterrichts eingeschärft, werden die Familienväter aufgefordert, »den Katechismus an einem offenen und ehrbaren Ort (z. B. unter dem Bilde der h. Familie, als ein Symbol des katholischen Glaubens) sorgfältig aufzubewahren (25). Auch sollen die

Eltern das auf Grund der staatlichen Gesetzgebung ihnen zustehende Recht ausüben und von den Municipien die Ertheilung des Religionsunterrichts an ihre Kinder fordern. Lehrer, welche Irrthümer wider den katholischen Glauben vortragen, sind sofort dem Bischof namhaft zu machen. Die Congressus catechistici zur Erlernung der Kunst der Ertheilung der Katechese werden empfohlen. In der Verwaltung des Predigtamtes soll auf die geheimen Secten, ihre Umtriebe und die Mittel, sie zu bekämpfen, hingewiesen werden (28). Für die Abhaltung von Leichenreden ist in jedem einzelnen Falle die Genehmigung des Bischofs einzuholen. Als Profanation des Kirchhofes wird die Sitte bezeichnet, nach welcher Laien am offenen Grabe reden. Die Geistlichkeit hat sich alsdann ohne Weiteres zu entfernen (30). Ein besonderes Capitel ist den geheimen Gesellschaften und dem Lesen verbotener Bücher gewidmet. Bei der Feier der ersten h. Communion sollen die Knaben nach Erneuerung der Taufgelübde versprechen, ohne Vorwissen der Eltern, des Pfarrers oder Beichtvaters, nie in eine Gesellschaft zu treten. Wo möglich, ist das Versprechen schriftlich zu ertheilen. Da auf Grund der Erfahrung italienische Auswanderer nach Amerika während der Ueberfahrt von Agenten geheimer Gesellschaften angelockt werden, so sollen sie dem Comité für Auswanderer eifrig empfohlen werden. Vor protestantischen Bibeln und Traktätchen wird gewarnt.

2. Die Synode wünscht Einführung des ewigen Gebetes, sowie des Vereins »Sühneanbetung der katholischen Nationen« (41). Zur Erleichterung der Anbetung des h. *Altarsacraments* sollen gegen Abend, namentlich dann, wenn die arbeitende Klasse heimkehrt, sämmtliche Kirchen geöffnet sein (41). Bei dem Empfang der h. Eucharistie werden die Communicanten eine Art Patene (piattello) in der Hand halten, damit keine Partikel verloren gehen. Aus der Hand des letzten Communicanten nimmt der Priester dieselbe zum Zweck der Reinigung entgegen.

Um den Laien ein gutes Beispiel zu geben, soll jeder Priester, welcher länger als acht Tage krank ist, allwöchentlich einmal die h. Eucharistie empfangen. Die neueren päpstlichen Decrete, welche den Austausch von Messstipendien und Büchern untersagen, werden eingeschärft.

3. Unter dem Titel »Cultus divinus« wird zunächst gehandelt von der Begehung der Festtage. Hier werden Missbräuche manchfachster Art bekämpft. Insbesondere wendet sich die Synode gegen die Abhaltung öffentlicher Tänze. Werden solche bei der Feier kirchlicher Feste angekündigt, so hat der Pfarrer bei den weltlichen Be-

hörden alles aufzubieten, um sie zu verhindern, und dann, wenn das nicht gelingt, lediglich eine stille Messe am Feste zu lesen und Nachmittags den Psalm De Profundis mit der Gemeinde zu beten. Jede kirchliche Feier wird unter Strafe der Suspension ipso facto untersagt (57). Die Verrichtung knechtlicher Arbeiten am Sonntag bietet der Synode Veranlassung zu schweren Klagen und ernsten Maasnahmen. Die Gläubigen werden zu Petitionen an die Regierung veranlasst, damit strengere Gesetze in dieser Beziehung ergehen. Tänze und theatralische Vorstellungen zu veranstalten zu wohlthätigen Zwecken, empfängt schweren Tadel, denn »das heisst nicht für die Armen sorgen, sondern dem eigenen Vergnügen fröhnen« (61). Das Capitel »De musica sacra deque organi sono« verbreitet sich sehr verständnissvoll über die Kirchenmusik, zu deren Förderung die Bestrebungen des Cäcilienvereins empfohlen werden, sowie über die *dienende* Stellung der Orgel beim liturgischen Gottesdienst. Bei Begräbnissen hat der Pfarrer das dreifache ius spolii (cereorum), gestatoriae et duplicis eleemosynae. Wenn die *Bestattung* einer Leiche durch *Feuer* nicht auf Anordnung des Verstorbenen selbst, sondern durch andere Personen (aliena voluntate) erfolgt, so dürfen die heiligen Riten und Gebete, wenn dadurch kein Aergerniss erregt wird, im Sterbehause und in der Kirche, aber nie am Orte der Feuerbestattung vollzogen werden. Auch ist öffentlich bekannt zu geben, dass der Verstorbene an dieser Art der Bestattung keine Schuld trage (72).

4. Im Capitel »Kirchliche Personen« werden die Obliegenheiten des Bischofs und der Canoniker sehr eingehend behandelt. Die letztern werden für Uebertretung ihrer Pflichten reichlich mit Geldbussen bedroht. Für die Blüthe des Ordenslebens in Piacenza spricht das besonders hohe Lob, welches den gottgeweihten Personen beiderlei Geschlechts ertheilt wird. Einige Bemerkungen sind dem Leben jener Klosterfrauen gewidmet, welche die Krankenpflege in Privathäusern ausüben. Vor Aufgang, und nach Niedergang der Sonne sollen sie das Haus nicht verlassen, stets eine Begleiterin bei sich führen und durch ihr Tugendbeispiel Andern voranleuchten. Nicht minder eingehend beschäftigt sich die Synode mit der Verwaltung des Kirchengutes, wobei wir einem alten Bekannten, dem berühmten napoleonischen Decret vom 30. December 1809 begegnen, welches in Piacenza heute noch gilt. Der Anhang mit seinen zahlreichen Decreten und topographischen Notizen enthält eine vollkommene Statistik der Diöcese. Ein sorgfältiges Register erleichtert den Gebrauch der von der Weisheit und der Thatkraft des Bischofs, wie von dem eifrigen Streben der Geistlichkeit rühmliches Zeugniss ablegenden Sammlung.

Aachen. Canonikus Dr. *A. Bellesheim.*

4. *Les critères théologiques, par le chanoine Salvatore di Bartolo. Ouvrage traduit de l'italien par un prêtre de l'Oratoire de Rennes sur la 2. édition revue et améliorée par l'auteur. Paris, Berche et Tralin, éditeurs 1889 (XVI, 382).*

Das vorliegende Buch, das durch ein Versehen etwas spät im

Archiv zur Anzeige gebracht wird, befasst sich mit einem Gegenstande der besonders in unserer Zeit, in welcher Zweifel und Widerspruchsgeist gegen die geoffenbarten Wahrheiten, gleichsam in der Luft liegen, von der höchsten Wichtigkeit ist. Man könnte das Buch eine in kurzen, präzisen, theils positiven, theils negativen Thesen abgefasste theologische Erkenntnisslehre nennen. Diese kurzen Thesen werden dann weiter erläutert und erklärt und durch Stellen aus den h. Vätern, päpstl. Erlassen, Entscheidungen der Concilien und den bedeutendsten Theologen der Vergangenheit und Gegenwart bewiesen. Es sind recht schwierige, heikele Fragen, die hier erörtert werden, wo Wahrheit und Irrthum oft haarscharf nebeneinanderliegen. Der Verfasser sucht nun genau die Grenze festzustellen, bis wieweit Vernunft und Freiheit ihr Recht geltend machen können gegen Glauben und Auktorität und man muss sagen, dass er im Ganzen und Grossen mit Geschick seine Aufgabe gelöst hat. — Die Einleitung behandelt den Werth und die Bedeutung der Vernunft in der kath. Religion. Dann werden die theologischen Kriterien der Reihe nach erörtert und zwar: 1) die lehrende Kirche; 2) die allg. Concilien; 3) der ex cathedra lehrende Papst; 4) der übereinstimmende Glaube aller Christen; 5) Lehramtliche Entscheidungen in positiver und 6) in negativer Form; 7) Lehramtliche Gebote; 8) Tradition; 9) h. Schrift; 10) Kirchl. Lehramt, Schrift und Tradition. In einem Anhange wird dann noch von der gesetzgebenden Gewalt der Kirche, von dem Verhältniss der kirchlichen zur bürgerlichen Gewalt gesprochen und eine Reihe von Vorschlägen für die Verbesserung des Kirchenrechts gemacht und zwar: 1) Revision und Codifizirung des gesammten Kirchenrechts; 2) Wiederherstellung des particularen Kirchenrechts; 3) Verminderung der jurisdictio voluntaria der Bischöfe; 4) Einschränkung der päpstl. Reservatfälle; 5) Einschränkung der Censuren; 6) Abschaffung der Censuren latae sententiae; 7) Verminderung der Feste; 8) Milderung der Fast- und Abstinenzgebote; 9) häufigere Abhaltung von allgemeinen und particularen Concilien mit Hinzuziehung von Laien. — Manche von diesen Vorschlägen sind ja sehr beachtenswerth. Viele von den auch jetzt noch bestehenden Censuren und Reservatfällen sind keine Abschreckung für die Sünder, sondern nur ein Kreuz der Beichtväter; viele Ehehindernisse, von denen unter allen Umständen dispensirt wird, sind nur eine Qual der Pfarrer, die um Dispens einkommen und nach Dispensationsgründen suchen müssen. Bei einem mir bekannten Pfarrer meldete sich vor Jahren ein Brautpaar, das im dritten Grade verwandt war. Er berichtet darüber an's Generalvicariat und sagt, es sei ihm in diesem Falle unmöglich, einen Dispensationsgrund aufzufinden, auch motivire das Vorleben der Petenten in keiner Weise eine solche Dispens. Umgehend erhielt er die Antwort, er müsse einen Dispensationsgrund finden. Ein Revision und Codifizirung des gesammten Kirchenrechts wäre gewiss auch sehr zu wünschen. Aber mit den frommen Wünschen und den guten Vorschlägen ist's nicht gethan. Besser wäre es schon, wenn von einzelnen berufenen Persönlichkeiten Versuche auf begrenzten Ge-

bieten des Kirchenrechts gemacht würden, wie z. B. beim Eheprocess der Professor des Kirchenrechts an der katholischen Universität von Washington, Périès, es mit seinem Code de procédure canonique dans les causes matrimoniales gethan hat. Prof. Dr. *Chr. Lingen.*

5. *Friedr. v. Schilgen, O.-L.-G.-R. Das kirchliche Vermögensrecht und die Vermögensverwaltung in den kath. Kirchengemeinden der gesammten preuss. Monarchie. Bd. III. Der Geltungsbereich des preuss. allg. Landrechts. Zweite völlig umgearbeitete Aufl. Paderborn 1894. Bonifaciusdruckerei (J. S. Schröder). VIII u. 387 S. (4 Mk.).*

In dieser zweiten völlig umgearbeiteten Aufl. umfasst Bd. I das kirchl. Vermögensrecht nach rhein.-französ. R., Bd. II das des gemeinen Rechts, der jetzt erschienene Bd. III das preuss. allg. Landrecht. Jeder Band bildet für das betreff. Gebiet für sich ein vollständiges Ganzes, indem die für alle drei Gebiete gemeinsamen neueren Gesetze und Verordnungen in jedem Bande mit aufgenommen sind. Das populäre fasslich und doch wissenschaftlich gehaltene Werk wird Geistlichen, besonders den Pfarrern als Vorsitzenden des Kirchenvorstandes, kirchlichen Gemeindevertretungen, Patronen, Juristen und Verwaltungsbeamten als Hand- und Nachschlagebuch, dem ausführlichen Register beigegeben sind, vorzügliche Dienste leisten. Es behandelt ausführlich alle das Kirchenvermögen betreffenden Fragen: Eigenthum, Erwerb, Vorrechte und Steuerfreiheit, Bestandtheile des Kirchenvermögens, Kirchenbaulast, Kirchenfabrik- und Pfründenvermögen, vermögensrechtliche Stellung der übrigen Pfarrgeistlichen und Kirchenbeamten, Neuerrichtung und Veränderung von Pfarreien und Kirchenämtern, Veräusserung von Kirchengut, Ablösung von Realberechtigungen, bischöfliche Aufsichtsrechte, Rechte und Pflichten des Patrons in Ansehung des Kirchenvermögens, Stiftungen, Besteuerungsrecht der Kirchengemeinden, endlich das Gesetz von 1875 betr. die Vermögensverwaltung nebst Commentar und die neueren wie älteren einschlägigen kirchlichen und kirchenpolitischen Verordnungen unter besonderer Berücksichtigung der einzelnen Provinzen und Diöcesen.

6. *Die Rechtsverhältnisse in Betreff Thurm und Glocken der St. Remigiuskirche zu Nieder-Ingelheim. Nebst einem Anhange enthaltend die kurpfälzische Religionsdeclaration von 1705, Nebenrecess und Kirchentheilung von Dr. Jos. Kuhn, Rechtsanwalt in Mainz. Das. Flor. Kupferberg 1893. VII u. 72 S.*

Eine recht gründliche Denkschrift zu Gunsten der klägerischen kath. Kirchengemeinde Nieder-Ingelheim gegen die bürgerliche Gemeinde und die evangel. Kirchengemeinde daselbst in einem die Feststellung der Rechtsverhältnisse an Thurm und Glocken der dortigen kath. Remigiuskirche betr. Rechtsstreite. Der Verf. stellt das in Betracht kommende alte kurpfälzische Recht und einiger Massen die einschlägigen Bestimmungen des französischen Rechts dar und gibt, was besonders dankenswerth ist, aus seltener zugänglichen älteren Werken einen Abdruck der zwischen Churpfalz und Preussen 1705 geschlossenen sog. Religionsdeclaration, des dazu gehörigen Neben-

recesses und die Theilungstabelle der Kirchen zwischen Katholischen und Reformirten in der Pfalz diesseits und jenseits des Rheins.

7. *Amtliche Belegstücke betr. die kath. Pfarrgemeinde Saarbrücken (St. Johann in Saarbrücken) bis zu ihrer thatsächlichen Trennung im J. 1888 für die Zeit von 1680—1888. St. Johann a. d. Saar. Druck von Gustav Schaede. 1894. 64 S. 8°.*

8. *Das Bürgerhospital Saarbrücken. Eine Denkschrift verfasst im Auftrage der Stadtverordnetenversammlung zu St. Johann a. d. Saar von Dr. iur. Muth, Rechtsanwalt. St. Johann a. d. Saar. Druck von Gustav Schaede. 1894. 57 S. 4°.*

Die bis 1864 zurückreichenden »Amtlichen Belegstücke« enthalten, wenn sie auch zunächst nur die Pfarrverhältnisse von Saarbrücken betreffen, doch überhaupt interessante Dokumente für das Gebiet des rhein.-französ. Rechts. Erst auf S. 51 f. erfährt man aber den eigentlichen Zweck der von Herrn Rechtsanwalt Dr. Muth verfassten Zusammenstellung, nämlich den in desselben Verf. »Beiträgen zur Lehre von den Pfarreien« (s. *Archiv* LXVIII 335, LXX 333) niedergelegten Nachweis zu ergänzen, dass der Kirche zum h. Johannes in der Stadt St. Johann der Titel »*Stadtpfarrei Saarbrücken*« rechtmässig zustehe. Darin können wir aber dem Herrn Verf. nicht zustimmen, dass die Zahl der sog. Cantonspfarreien oder auch der Succursalpfarreien nunmehr als gesetzlich abgeschlossen gelten soll; gewiss kann durch Akt des zuständigen Diöcesanbischofs kirchlich und durch hinzutretender Genehmigung der Regierung auch nach rheinpreussischem Rechte eine neue Pfarrei, selbst im Gebiete und durch Dismembration von der alten Pfarrei gegründet werden. Die zweite sehr gründliche Denkschrift desselben Verf. führt aus, dass das Bürgerspital zu Saarbrücken niemals eine selbstständige von der ärztlichen Armenpflege losgelöste Stiftung gewesen und deshalb die Beschwerde der Stadtgemeinde Saarbrücken gegen die Regierungsverfügungen, welche auf Grund des preuss. Ges. v. 8. Mai 1871 eine vollständige Neuregulirung der angeblich selbständigen Stiftung verordneten, begründet sei. Das Ganze bildet einen werthvollen Beitrag zur Geschichte der Armenpflege aus der Zeit der nassauischen, französischen und preussischen Herrschaft über Saarbrücken unter Mittheilung verschiedener werthvollen Akten-, Gesetzes- und Verordnungs-Materials.

9. *Sammlung der Vorschriften über die Verwaltung des kathol. Kirchenvermögens und die Besteuerung für kathol. kirchliche Bedürfnisse im Grossherz. Baden. I. Heft. Freiburg i. Br., Druck der Ströckerischen Buchdruckerei 1893. VIII u. 190 S. 8°.*

Eine mit Sachregister versehene vom erzb. Ordin. zu Freiburg hinausgegebene Sammlung der derzeitigen kirchenpolit. Bestimmungen über die gesammte Gebahrung mit dem kath. Kirchenvermögen. Zu den betr. Verordnungen seit 1861 war namentlich das Gesetz v. 26. Juli 1888 die Besteuerung für örtliche kirchliche Bedürfnisse nebst den Ausführungsverordnungen und den Verordnungen von 1890 über die Bestellung der Kirchengemeindevertretung für kath. Kirchengemeinden und die Geschäftsordnung für dieselben hin-

zugekommen. Die noch nicht im Archiv enthaltenen Stücke werden wir dort nachtragen, sobald der Raum es erlaubt.

10. Die Stolgebühren nach bayerischem Staatskirchenrecht. Von Dr. Leo Benario. (Preisgekrönt von der hohen Juristenfacultät Würzburg.) München 1894. C. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. VI u. 168 S. kl. 8°. (Steifbroschirt 2 Mk. 50.

Unter Heranziehung eines reichen Quellenapparates erörtert der Verf. sein Thema mit grosser Ausführlichkeit und Uebersichtlichkeit in historischer und practischer Richtung nach kathol., protestantischem und bayerischem öffentlichem Rechte, bezüglich der gegenwärtig stolpflichtig erscheinenden Funktionen und der Aufhebung derselben in einigen Staaten zugleich unter Berücksichtigung der verschiedenen politischen Gesetze der einzelnen deutschen Länder. Bisweilen macht sich der Verf. aber Schwierigkeiten in der Auffassung, wo keine sind. Ein Anhang enthält einschlägige bayerische Verordnungen und das preuss. evangel. Kirchenges. v. 28. Juli und Staatsges. v. 3. Sept. 1892, wodurch die Stolgebühren bei den Evangelischen aufgehoben wurden. Den Schluss bildet ein Sachregister.

11. Das apost. Glaubensbekenntniss. Seine Geschichte und sein Inhalt. Von Suitbert Bäumer, Benedictiner der Beuroner Congregation. Mit bisch. Approb. Mainz, Franz Kirchheim, 1893. VIII u. 240 S.

Der bei den Protestanten entbrannte Streit, ob und wiefern am apostol. Glaubensbekenntniss festzuhalten sei, gab den Anlass zu dieser gediegenen, gelehrten histor. Untersuchung der Feststellung des apost. Glaubensbekenntnisses und seiner Bedeutung. Ein Sachregister ist beigegeben.

XX.

Kleine Nachrichten.

1. Durch Plenissimarbescheid des österr. oberst. G.-H. vom 10. März 1891 (mitgeth. im *Archiv* LXVI. 137 ff. s. aber auch ebds. S. 432 ff. LXVIII. 143 ff.) wurde entschieden, dass die sog. rhein. Währung (bei vor dem J. 1799 entstandenen Forderungen) nicht nach Massgabe der sog. Conventionsmünze d. i. zu 105 Fl. Oest. Währung für 100 Fl., sondern nur als sog. Wiener Währung d. i. zu 42 Fl. derzeitige Oest. Währung für 100 Fl. rhein. Währung zu berechnen sei. Seit dem J. 1887 bis zu jenem Plenissimarbescheid hatten die Gerichte 100 Fl. rhein. Währung zu 105 Fl. Oest. Währung angenommen. Als nun jetzt eine Partei, welche einer Kirchenstiftung 700 Fl. rhein. Währung schuldete und von 1887—90 die 5% Jahres-Zinsen von 735 Fl. Oest. Währung gezahlt hatte, während nach der Wiener Währung nur eine Forderung von 294 Fl. zu verzinsen wäre, die in Folge der höheren Veranschlagung des Kapital's gezahlte höhere Zinssumme zurückforderte, wurde durch eine im Verord.-Bl. des Just.-Min. 1894 Nr. I Beilage S. 5—7 abgedruckte Entscheidung des oberst. G.-H. v. 14. Nov. 1893 Z. 13046

I. Sen. dieses Klagbegehren als rechtlich unbegründet erkannt, indem eine Aenderung in der Rechtssprechung noch keinen Zurückforderungsanspruch nach § 1431 des a. b. G.-B. begründe.

2. Das Kirchl. Verordn.-Bl. für die Diöcese Gurk 1894 Nr. 3 S. 32 bemerkt in einer Kundmachung v. 3. März 1894 in Betreff der Abhaltung von *Leichenreden auf kath. Friedhöfen*: »Es ist in neuerer Zeit dem f.-b. Ordinariate von mehrfachen Seiten die Anzeige gemacht worden, dass auf katholischen Friedhöfen von den k. k. Bezirks-Schulinspectoren bei Begräbnissen von Lehrpersonen Grabreden gehalten werden, welche dem gläubigen Volke nicht immer zur Erbauung gereichen, den betreffenden Seelsorgern aber, weil sie gegen die kirchlichen Vorschriften verstossen, mit Recht ein Gegenstand des Anstosses sind.

Gegen diese auch von politischer Seite mit der Entscheidung des hohen k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht v. 7. Juli 1879, Z. 7196, verbotene Gepflogenheit hat das f.-b. Ordinariat mit dem Schreiben vom 23. April 1893, Z. 2279/43 bei der k. k. Landesregierung seine Vorstellung erhoben und von derselben unter dem 11. Februar d. J., Z. 1819 nachstehenden Bescheid erhalten:

»Der k. k. Landesschulrath hat anlässlich des vorgekommenen Falles, dass von Lehrpersonen Grabreden auf katholischen Friedhöfen abgehalten worden sind, mit dem Erlasse vom 28. Jan. 1894, Z. 3704 ex 1893, die Directionen der kärnt. Mittelschulen, sowie die k. k. kärnt. Bezirksschulbehörden zur Verständigung der Lehrpersonen, beziehungsweise der Bezirks-Schulinspectoren und Schulleitungen darauf aufmerksam gemacht, dass nach dem an die k. k. steiermärkische Statthalterei gerichteten Erlasse des hohen Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 7. Juli 1879, Z. 7196, welcher nach seinen Ausführungen zweifellos eino allgemein giltige Bedeutung hat, auf katholischen Friedhöfen, wie den Religionsdienern anderer Confessionen, so auch zumal den Laien überhaupt die Abhaltung von Leichenreden mit ausdrücklicher Ausnahme des im Artikel 12 des [sog. interkonfess.] Gesetzes vom 25. Mai 1868, R.-G.-Bl. Nr. 49 normirten Falles verboten ist, in welchem Falle die Dispositionsrechte der Religionsgesellschaften über ihre Friedhöfe gesetzlich eingeschränkt erscheinen und jede mit der Bestimmung des Gesetzes nicht vereinbarliche Ausübung dieser Dispositionsrechte suspendirt ist.«

»Insofern jedoch die Bestimmung des Artikel 12 (wenn im Umkreise der Ortsgemeinde die Religionspartei, welcher der Verstorbene angehört, keinen eigenen Friedhof hat und deshalb keine Religionsgemeinde der Leiche eines ihr nicht Angehörigen die anständige Beerdigung in ihrem Friedhofe verweigern kann) nicht platzgreift, also bei Beerdigung der eigenen Confessionsgenossen, fällt die Abhaltung von Leichenreden auf confessionellen Friedhöfen unter die Dispositionsrechte derjenigen Religionsgesellschaft, respective ihrer Organe, welcher der Friedhof gehört, es kann daher die Abhaltung von Leichenreden gegen den Willen dieser dispositionsberechtigten Factoren nicht stattfinden und es wird gegen Zuwiderhandelnde nach

Umständen der polizeiliche, eventuell der gerichtliche Schutz angerufen werden können.«

3. In der *badischen* II. Kammer wurde am 13.—19. Juni 1894 fünf Tage lang über drei kirchenpolitische Anträge der kath. Centrumspartei verhandelt. Der erste Antrag auf *Gestattung von Ordensniederlassungen* wurde mit 32 Stimmen (der sog. Nationalliberalen und beiden Conservativen) gegen 30 Stimmen (des Centrums, der Demokraten und 2 Socialisten) *abgelehnt.* Der zweite Antrag, auf *Zulassung von Missionen* wurde mit 34 gegen 27 Stimmen *angenommen.* Der dritte Antrag, auf *Abänderung der Bestimmungen über die Vorbildung der Geistlichen* wurde mit 32 gegen 31 Stimmen *abgelehnt.*

4. Ein Erlass des *Königl. kath. Kirchenraths zu Stuttgart* an sämmtliche Dekanalämter v. 29 Dec. 1893 unterzeichnet Hefele gab bekannt: »Nachdem das Königl. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens laut Erlasses vom 15. d. M. Nr. 5481 die in den Erlassen vom 1. Septbr. 1831 und vom 26. Mai 1841 (abgedruckt in Reyscher's Gesetzsammlung Bd. X. S. 1028 u. im Ergänzungsband zum Reg.-Blatt S. 234) getroffene Vorschrift, soweit durch dieselbe den im *Königreich Württemberg von einer christlichen Kirche zur andern übertretenden Ausländern* die Anzeige ihres Entschlusses an die Obrigkeit des Heimathortes zur Auflage gemacht ist, aufgehoben hat, werden hiervon die Dekanalämter mit dem Anfügen in Kenntniss gesetzt, dass hienach der Absatz 1 des Generalerlasses des Kirchenrathes v. 18. Juni 1841 betreffend den Uebertritt von Ausländern von einer christlichen Confession zur andern (abgedruckt bei Vogt, Sammlung kirchl. u. staatl. Verordnungen S. 102) ausser Kraft tritt, während die für convertirende Ausländer in Absatz 2 des ersterwähnten Erlasses des Kirchenraths gegebene Vorschrift *der Anmeldung bei einem inländischen Geistlichen der bisherigen Confession unverändert in Geltung bleibt.«*

5. Der im *Archiv* LXXI. 478 im Wesentlichen nach seinem Wortlaute mitgetheilte Circularerlass des preuss. Justizministers an die Staatsanwaltschaften betreffend die Frage der Strafbarkeit freimaurerischer Vereine trägt wie wir einer längeren einschlägischen Erörterung der Nordd. Allg. Ztg. v. 19. Mai Abendbl. entnehmen, das Datum des 29. Nov. 1893, das einen Auszug aus der justizministeriellen Verfügung allen Oberpräsidenten mittheilende Cicular des Minist. des Innern ist datirt vom 7. December 1893.

6. Im Mai 1894 ist die *russische Gesandtschaft beim Vatican wieder hergestellt* und der seitherige Agent Ismolski zum Ministerresidenten beim hl. Stuhl ernannt worden, nachdem seit 1866 in Folge einer vom damaligen russischen Gesandten Pius IX. angethanen Verbalinjurie die diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und dem apost. Stuhle abgebrochen waren. — Die polnische Ausgabe der Petersburger Zeitung, der »Kraj« veröffentlichte den vollständigen Text der (oben S. 114 ff.) abgedruckten Encyclika des hl. Vaters an die Polen.

7. Im Canton *Bern* wurde bei der am 6. Mai 1894 vorgenommenen Volksabstimmung ein neues *Schulgesetz* mit einer Majori-

tät von 10,000 Stimmen angenommen. Den Ausschlag zu Gunsten des Gesetzes gaben die Katholiken des Jura. Das Gesetz enthält zwei Bestimmungen, welche dasselbe den Katholiken annehmbar machte. Erstens bietet das Gesetz die Möglichkeit, das neunte Schuljahr abzuschaffen, indem es den Gemeinden das Recht dazu einräumt. Der Jura empfand das neunte Schuljahr als eine unerträgliche Last. Die Entwickelung der Jugend geht in dem romantischen Landestheil viel rascher vor sich, als in den deutschen Gegenden und seit dem Aufschwung der Industrie in verschiedenen Theilen des Jura wurde jene lange Schulpflicht um so schwerer empfunden. Der zweite wichtige Punkt des Gesetzes ist, dass den *Gemeinden das Recht gegeben wird, den obligatorischen Religionsunterricht durch den Ortsgeistlichen im Schullokole selbst ertheilen zu lassen.* Von diesem Rechte werden die Gemeinden des kathol. Jura in ausgiebiger Weise Gebrauch machen. Der Canton Bern ist nebenbei bemerkt, zu sieben Achteln protestantisch.

8. Im Canton *St. Gallen* war 1893 im Einverständniss und unter Mitwirkung des hochw. Bischofs Augustin von dem kath. Collegium eine *neue Organisation des kath. Kirchenwesens* für die Diöcese entworfen und durchberathen worden. Um in Kraft zu treten, musste dieser Entwurf die Sanction des Cantonsraths erlangen. Dieser wies denselben zur Begutachtung an eine Commission, in welche aber nur ein einziger römisch-kathol. Abgeordneter gewählt wurde. Die anderen waren Protestanten, Altkatholiken und Demokraten. Die Mehrheit der Commission beantragte Nichtgenehmigung der neuen kath. Kirchenverwaltungsorganisation, weil dieselbe im Artikel 1 erklärte, die Katholiken der Diöcese St. Gallen gehören der römisch-kathol. Kirche an, ferner den Gemeinden die Verfügung über die Kirchengebäude zu weltlichen Zwecken entzieht und den Pfarrern, die bisher von der Kirchenpflege ganz ausgeschlossen waren, berathende Stimmen in derselben verleiht. Der St. Gallener Grosse Rath nahm aber in der Sitzung v. 18. Februar 1894 den ersten von der Commission beanstandeten Punkt an, wies dagegen die beiden anderen Punkte zur nochmaligen Beschlussfassung an die katholische confessionelle Repräsentation, das sog. kathol. Collegium zur nochmaligen Beschlussfassung zurück, erkannte jedoch der kathol. Oberverwalttungsbehörde das Recht zu, über die Benutzung der Kirchen gemäss den stiftungsgemässen Zwecken Verfügungen zu erlassen. Die kath. Partei hatte in Versammlungen und in der Presse gegen die Anträge der Commission lebhaft protestirt, ebenso der Bischof in einer von apostol. Würde und Energie getragenen öffentlichen Erklärung. (Die betreffenden Akten erschienen gesammelt in der Buchdruckerei der »Ostschweiz.«)

9. Auf Antrag S. Eminenz des Cardinal-Präfecten der h. Congregation de propaganda fide ist das Decret der S. C. C. *Vigilanti studio* de missarum stipendiis v. 25. Mai 1893 (*Archiv* LXX. 164 ff.) mit seinen Censuren auf alle orientalischen Riten ausgedehnt.

10. Herr Oberlandesgerichtsrath Dr. *Karl Schmidt* zu Colmar, dem dieses Archiv viele werthvolle Artikel verdankt, der Verfasser grösserer Schriften über das sog. ius primae noctis und über die reli-

giöse Erziehung von Kindern aus gemischten Ehen, geb. am 1. August 1836 zu Paderborn, starb an den Folgen der Influenza am 7. April 1894. R. i. p.

11. Der deutsche Bundesrath hat am 9. Juli 1894 den vom Reichstage beschlossenen Gesetzentwurf betr. die *Aufhebung des Jesuitengesetzes abgelehnt* und den Antrag Bayerns auf *Zulassung der Redemtoristen angenommen.* Auch die *Väter vom h. Geist* wurden wieder zugelassen.

XXI.

Erlass des bischöfl. Generalvicariates zu Trier v. 18. Nov. 1873.

Nach den von Sr. Bischöfl. Gnaden mit dem Apostol. Stuhle über die gemischten Ehen gepflogenen und zu Ende geführten Verhandlungen ist es gestattet und als angemessen erachtet, die Praxis hinsichtlich der Einsegnung der gemischten Ehen mit der in den andern Diöcesen unserer Kirchenprovinz bestehenden Praxis in Einklang zu bringen. Wenn daher die bekannten Cautiones, an denen nichts in Wegfall kommen darf, geleistet werden, und die Dispens über das Hinderniss der gemischten Religion bei uns nachgesucht und gewährt worden ist, so steht nichts im Wege, dass die üblichen Proklamationen (in der Weise, dass der protestantischen Confession des einen Ehetheils keine Erwähnung geschieht,) abgehalten und der Ehe die kirchliche Einsegnung zu Theil werde. Ist die Braut Protestantin, so unterbleibt die benedictio conjugum, cf. grosses Rituale I. Theil p. 251. Die h. Messe darf bei der Einsegnung gemischter Ehen celebrirt, die Missa pro sponsa et sponsa aber nie dazu genommen, noch auch von den Gebeten in dieser Messe Gebrauch gemacht werden.

Wenn die Cautiones nicht erfüllt sind, so kann weder die kirchl. Einsegnung stattfinden, noch auch können die Proklamationen vorgenommen werden.

Wenn solche Proklamationen und Einsegnungen vorkommen, so steht nichts im Wege, den Gläubigen in geeigneter Weise mitzutheilen, dass für diese Behandlung gemischter Ehen gemildetere Fakultäten gegeben seien, wobei aber die Kirche nach wie vor die gemischten Ehen missbillige.

Im Uebrigen ist die gemildetere Praxis in so einfacher Weise als möglich und mit Vermeidung von Allem dem, was Aufsehen erregt, einzuleiten.

Das Bischöfl. General-Vikariat
gez. *de Lorenzi.*

Im J. 1882, als Bischof Korum die Leitung der Diöcese Trier übernommen hatte, wurde der Inhalt des vorstehenden Erlasses förmlich bestätigt. Vor einigen Monaten hatte das bischöfl. Ordinariat von Trier durch einen Specialfall Veranlassung, das Kriegsministerium darauf hinzuweisen, dass die Verordnung, auf welche sich die oben S. 128 mitgetheilte Cabinetsordre stützt, längst beseitigt sei.

XXII.

Die Bulle „Aeterni patris filius“ und der staatliche Einfluss auf die Papstwahlen.

Mit Benützung römischer Aktenstücke dargestellt von
Dr. *Ludwig Wahrmund.*

Seitdem die wissenschaftliche Litteratur in neuerer Zeit dem staatlichen Einflusse auf die Papstwahlen und dessen rechtlicher Beurtheilung einiges Augenmerk zuzuwenden begonnen hat, wurden die Blicke der Forscher wiederholt auf eine Wahlbulle gelenkt, welche von Gregor XV. im Jahre 1621 erlassen worden ist.

Die besondere Wichtigkeit dieser Bulle für das genannte Forschungsgebiet kann absolut nicht in Zweifel gezogen werden, zumal sie unter den Papstwahlgesetzen dasjenige repräsentirt, aus dem noch am meisten Anhaltspunkte, sowohl für die Altersbestimmung, als auch für die juristische Qualificirung des sog. Ausschliessungsrechtes („jus exclusivae“) einiger Staaten zu gewinnen sind; und so kam es denn auch bezüglich ihrer zu mehrfachen eingehenden Interpretationsversuchen, wobei selbstredend divergirende Ansichten kaum vermeidlich waren. Der Hauptgrund letzterer Divergenz dürfte in dem Umstande zu erblicken sein, dass die bisherigen Erläuterungen der Bulle sich lediglich an den Text derselben halten konnten, da es an sonstigem ihre Entstehungsgeschichte betreffenden Quellenmateriale fast gänzlich mangelte. Noch vor Kurzem musste ein Autor, der abermals die künftighin wohl kaum mehr haltbare Ansicht von dem stricten Verbote des staatlichen »jus exclusivae« durch unsere Wahlconstitution vertrat, betonen, dass es ihm nicht möglich gewesen sei, »irgend etwas aus den Verhandlungen der von Gregor XV. zur Fertigung der Papstwahlbulle niedergesetzten Congregation aufzufinden [1]).«

Demgegenüber möge nun hier erwähnt sein, dass es mir nach längeren archivalischen Studien bereits im J. 1890 gelang, in dem

1) *Sägmüller:* Die Papstwahlbullen und das staatliche Recht der Exklusive, Tübingen 1892. S. 265. Ein näheres Eingehen auf diese Schrift wäre nicht zu rechtfertigen; ich werde einzelne ihrer wesentlichsten Irrthümer gelegentlich berichtigen und verweise im übrigen auf meine ausführlichen Referate in den Mittheilungen des Institutes für österr. Geschichtsforschung, Bd. XIV. (1893), S. 157 ff. und S. 516 ff.

Cod. XXX, 105 der Bibl. Barberiniana zu Rom ein — allerdings ohne jede Sichtung und Paginirung zusammengeheftetes — Aktenconvolut nachzuweisen, welches nicht nur die älteren Entwürfe der nachmaligen Bulle «Aeterni patris filius» und die Ergebnisse der commissionellen Vorberathungen, sondern auch zahlreiche damit zusammenhängende Briefe, Vorschläge und Gutachten, kurz den weitaus grössten Theil der auf den Erlass jener Bulle bezüglichen handschriftlichen Quellen enthält. Weitere Nachforschungen, welche ich in dem Bestreben unternahm, diesen Fund noch durch sonstiges verwerthbares Archivmaterial zu ergänzen und namentlich etwaige contemporäre Urtheile über Inhalt und Zweck des neuen Wahlgesetzes kennen zu lernen, waren insoweit von Erfolg begleitet, als ich ferner neben einer Menge kleinerer Schriften und Traktate vier grosse litterarische Arbeiten hervorragender Zeitgenossen, darunter zwei umfassende Commentare zur Bulle auffand. Durch anderweitige Arbeiten in Anspruch genommen, konnte ich erst vor kürzerer Zeit daran gehen, das ganze gesammelte Aktenmaterial übersichtlich zu vereinigen und wissenschaftlich zu verwerthen, und lege nunmehr die Resultate letzterer Thätigkeit in dieser Abhandlung vor, welche mit meinen bisherigen Publikationen über das Ausschliessungsrecht bei den Papstwahlen in inhaltlichem Zusammenhange steht, und durch welche ich die Frage nach der Bedeutung der Bulle «Aeterni patris filius» gegenüber dem staatlichen Einflusse auf die Papstwahlen nach ihrer historischen wie juristischen Seite im Wesentlichen erledigt glaube. Der stofflichen Gliederung nach zerfällt dieselbe in drei Abschnitte, von denen der erste über Motive und Redaction der Bulle handelt, der zweite die zeitgenössische Interpretation derselben bespricht, der dritte endlich ihre rechtliche Bedeutung vom Standpunkte der Gegenwart erörtert.

Ehe ich zur eigentlichen Darstellung übergehe, halte ich mich noch für verpflichtet, mit dem schuldigen Danke darauf hinzuweisen, dass diese Publikation auf meiner zweiten römischen Studienreise basirt, welche mit Unterstützung seitens des österr. k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht unternommen wurde.

I.

Zu allen Zeiten bildete die Wahl des Oberhauptes der katholischen Kirche ein Ereigniss, welches in ganz besonderem Grade auch das Interesse der weltlichen Macht erregte. Wiederholt und in immer energischerer Form suchten die Päpste auf legislativem Wege die allzu lebendigen Aeuserungen jenes Interesses hintanzuhalten

und einzudämmen, niemals aber trat die *thatsächliche* Erfolglosigkeit der Papstwahlgesetze in diesem Punkte deutlicher hervor, als am Ausgange des 16. Jahrhunderts. In drei relativ rasch auf einander folgenden Constitutionen hatten Julius II. (1506), Paul IV. (1558) und Pius IV. (1562) den staatlichen Einfluss aus dem Conclave zu verbannen gesucht, mit den schwersten Kirchenstrafen hatten sie die geringste Uebertretung der gegebenen Verbote belegt [1]), und dennoch hatte jener Einfluss bei den folgenden Wahlen eher zugenommen, als sich vermindert. Wir wollen vor der Hand die Gründe dieser Erscheinung nicht näher untersuchen, sondern begnügen uns hier, die Thatsache an sich festzustellen. Sie ist es, welche das Bestreben nach weiteren Wahlreformen in jener Zeit erzeugte und es der Nachwelt verständlich macht.

Wenige Jahrzehnte schon nach dem Erlasse der Wahlbulle Pius' IV. »In eligendis« muss sich das Bedürfniss nach neuerlichen Verbesserungen des bestehenden Wahlmodus an der Curie offenbar ziemlich fühlbar gemacht haben; bietet ja doch bereits die Allocution »Contra ambientes Papatum«, welche Pius V. im Consistorium vom 4. Juni 1567 an die Cardinäle richtete, in obiger Beziehung einige Anklänge [2]). Ganz unzweideutig aber wurde die Reform im letzten Decennium des 16. Jahrhunderts in Angriff genommen. Innocenz IX. scheint es gewesen zu sein, der zu diesem Behufe *zuerst* eine Congregation von Fachmännern einsetzte; allein die Kürze seines Pontificates hemmte den Erfolg [3]). Von seinem Nachfolger Clemens VIII.

---

1) Vgl. hierüber mein »Ausschliessungsrecht,« S. 12 ff.

2) Arch. Vat. Varia politicorum, tom. 78, fol. 287. »Oratio habita a S. D. N. Pio V. ad Cardinales in Consistorio suo secreto, quod fuit IV. Junii 1567.« (Contra ambientes Papatum). Inc. »Venerabiles fratres iam tempus adest, quo calores« . . . . Dieses Quellenstück findet sich selbstredend ebenso in den Consistorialakten und ist auch sonst mehrfach verbreitet.

3) Bibl. Vat. Cod. Ottobon. 2798, P. I. fol. 57. »Conclave di Clemente Ottavo scritto da Lelio Maretti gentil' huomo Senese.«

Inc. »Morto Innocentio IX. nel tempo appunto« . . .

Eod. »Però haverebbe desiderato quelli, che havevano qualche mira del publico bene, che tanto si fusse allungata almeno la vita d'Innocentio, che egli havesse condotto a fine il santo proposito, che hebbe di riformare l'elettione del Pontefice, volendo ridurre quest' attione per se stessa di tanto momento e cosi nell' occhio del Christianesimo a modo più ragionevole e di minor confusione, et a questo fine haveva di gia ordinata una Congregazione di Cardinali e di Prelati intendenti per corregere li pericolosi disordini, che si scoprivano nel modo tenuto fin' hora, se bene provavano somma difficoltà a trovar forma migliore e modo più a proposito di quello, che al presente era in uso. Passò dunque Innocentio a miglior vita due mesi dopo, che fù assunto a tanta

wurde jedoch die Sache alsbald wieder aufgenommen und auch thatsächlich der Entwurf einer neuen Wahlbulle zu Stande gebracht[1]; sie begann mit den Worten: »Omnipotens ille ac sempiternus sacerdos«. Durch wen letzterer Entwurf ausgearbeitet wurde, und welche Umstände seine Publication verhinderten, darüber geben unsere Quellen keine bestimmte Auskunft. Dass man etwa die Wichtigkeit des Gegenstandes verkannt habe, scheint nicht der Fall zu sein, denn als die Cardinäle nach dem Tode Clemens' VIII. zur Wiederbesetzung des apostolischen Stuhles zusammentraten, da wurde in die damals vereinbarten Wahlcapitel ausdrücklich auch die Verpflichtung des künftigen Papstes aufgenommen, binnen sechs Monaten eine neue Constitution zur Reform des Conclaves zu erlassen[2] [1].

---

dignità« .... Vorstehende Arbeit ist in römischen Archiven sehr verbreitet; sie findet sich z. B. auch in Cod. Urbin. 1663, fol. 21; in Cod. Casanat. XX. IX. 29; in Cod. Barberin. LI. 72, n. 2 u. a. O. Das Citat derselben bei *Sägmüller*, l. c. S. 256, n. 1 ist falsch.

1) Dieser Entwurf findet sich in Cod. Barberin. XXX. 105 in zwei Exemplaren. Das erstere derselben trägt die Ueberschrift: »Minuta bullae super Conclavi, quae per manus Illmorum DD. Cardinalium transmittitur, ut omnia in ea contenta plenius videantur.«

Inc. »Clemens episcopus servus servorum dei ad perpetuam rei memoriam. Omnipotens ille ac sempiternus sacerdos« ... Das zweite Exemplar trägt blos den Indorsatvermerk: »Minuta fatta a tempo di Clemente 8º.«

2) Arch. Vat. Cod. Miscell. XI. 117. n. 10. Sine titulo. (Wahlcapitel). Inc. »Nos universi et singuli Episcopi, Presbyteri et Diaconi S. R. E. Cardinales infrascripti pro bono et felici regimine status eiusdem S. Romanae et universalis ecclesiae« ... Im Ganzen 28 Punkte enthaltend. Punkt 25 lautet:

»Item quamvis alias per Pium IV. fuerit provisum super reformatione Conclavis, quia tamen nonnulla videntur addenda ac declaranda, ideo juro, voveo et promitto, quod infra sex menses aliam constitutionem faciam super eadem reformatione de consensu duarum partium DD. Cardinalium et cum eorumdem subscriptionibus.«

Aus dem Umstande, dass in Punkt 23 die Namen der Cardinäle Gioiosa, S. Ceciliae, Justinianus, Bandinus, Arrigonius, Vicecomes, Montalto und Cesius genannt sind, welchen die Erweiterung der Privilegien der Cardinäle zur Berathung übertragen werden soll, ergibt sich für die Zeit der Abfassung eines der beiden Conclaven des Jahres 1605. Damit stimmt auch das in Arch. Vat. Cod. Miscell. XI. 120, n. 20 enthaltene »Summarium capitulorum, quae iuraverunt Cardinales in conclavi se observaturos post obitum Clementis VIII.,« woselbst es in Punkt 27 heisst: »Inter sex menses aliam constitutionem dare super reformatione conclavis.« Ich habe dieses Summarium seines allgemeinen Interesses und der gedrängten Fassung wegen unter die beigeschlossenen Aktenstücke aufgenommen [1.] und neige mich der Ansicht zu, dass es aus dem Conclave Leo XI., welches bekanntlich im März 1605 stattfand, herrührt. In Cod. Barberin. XXXIII. 148, fol. 73 findet sich nämlich auch ein »Summarium capitulorum, quae fuerunt jurata per Cardinales in conclavi post obitum Cle-

Der zunächst gewählte Papst Leo XI. beabsichtigte offenbar, vorstehende Verpflichtung gewissenhaft zu erfüllen, und berief ohne Verzug neuerlich eine Congregation von Cardinälen zur Durchführung des geplanten Werkes[1]), doch konnte dieselbe während seines blos

mentis Papae Octavi *mense Maii* 1605.« Ist vorliegende Quelle verlässlich, so handelt es sich hier also offenbar um das im Monat Mai abgehaltene zweite Conclave des Jahres 1605, aus dem Paul V. hervorging. Dass es oben »post obitum Clementis VIII.« heisst, erscheint bei dem blos 26tägigen Pontificat Leo's XI. wohl kaum auffällig. Letzteres Summarium nun stimmt zwar mit dem erstgenannten begreiflicherweise ziemlich überein, zeigt aber im übrigen doch auch einzelne Abweichungen; von dem Erlass einer neuen Wahlconstitution ist hier nichts erwähnt.

1) Les Ambassades et Negotiations de l'ill. et rev. Cardinal Du Perron, Paris 1629, pag. 308. »Il y a encore une autre chose qui se passe, la quelle redondera à son avantage; c'est que le Pape a deputé une Congregation de Cardinaux, pour faire une Bulle, par la quelle il veut casser et abolir la voye de creér les Papes par adoration publique, qui est la seule voye, qui a esté suivie depuis un grand nombre de Conclaves, et veut que l'on ne les creé plus, si non par bulletins secrets, où chaque voeu puisse estre donné, sans qu'on sçache qui le donne. Et à ceste entreprise consentent volontiers les ennemis du Cardinal Aldobrandin, croyants que ce sera un moyen, pour l'empescher de tenir ses creatures esclaves et les mener où il luy plaira: Mais encore plus volontiers y consentent les ennemis des Espagnols, dautant qu'alors chacun donnera son voeu, selon la conscience ou son inclination et non selon leur tyrannie. Auquel cas, non seulement tous les gents de bien, mais mesme en general, presque tous les élisants leur seront contraires. Car la plus part de ceux qui par crainte ou par interest les favorisent exterieurement, n'apprehendent euxmesmes rien plus, que leur aggrandissement: Et lorsque la voye leur sera ouverte, de le pouvoir empescher, sans estre découverts, seront des premiers à les traverser« . . .

Sägmüller, welcher sich (l. c. S. 240, n. 1) mehrfach auf du Perron bezieht und denselben für seine Ansicht (es habe im Conclave Leo XI. die Ausübung eines staatlichen Exclusionsrechtes stattgefunden) zu verwerthen sucht, bricht a. a. O. mitten in einem sehr interessanten Citate ab und hat leider vergessen, auch den Schluss des betreffenden Satzes anzuführen. Das Citat lautet bei *Sägmüller:* ». . . Que le Cardinal Avila, Protecteur d'Espagne, s'y opposa en plein Conclave, criant trahison, trahison, ie proteste, ie proteste, il est ennemy du Roi Catholique, le Roi Catholique l'exclud de sa propre main et le declare son ennemy. Que le Cardinal Doria, qui alloit *promettant aux uns des Eveschez et des Abbayes, et menacent les autres de leur faire casser leurs pensions*, fut si esperdu, que de s'adresser a Monsieur le Cardinal de Joyeuse etc.« *Der Vollständigkeit halber* mögen hier doch auch die anschliessenden Worte *du Perrons* Platz finden, sie lauten: (l. c. S. 303) »et luy faire cette belle harangue: Monsieur, il est ennemy du Roi, *aidez nous a luy faire l'exclusion«* . . . Durch die unmittelbar bevorstehende und nicht mehr zu verhindernde Wahl des — dem katholischen Könige sehr unerwünschten — Cardinals Medici werden nämlich die beiden Führer der spanischen Partei,

26tägigen Pontificates selbstredend keine wesentlichen Fortschritte machen. So gelangte denn die Reformangelegenheit an Paul V. Dieser nahm den Entwurf Clemens' VIII. wieder vor, liess ihn einer sorgfältigen Berathung und Ueberarbeitung unterziehen und holte hiezu auch die Gutachten einzelner hervorragender Cardinäle ein. Von letzteren ist uns glücklicherweise das überaus interessante Votum des Cardinals *Bellarmin* erhalten, und nicht minder findet sich in einigen wenigen Exemplaren [1]) die Nebeneinanderstellung des Clementinischen Entwurfes und der Abänderungen und Verbesserungen Paul's V. Beide Aktenstücke folgen unter den mitzutheilenden Quellen [2, 3]. Man ersieht hienach, dass Paul V. sich die Durchführung der Wahlreform wirklich angelegen sein liess; dennoch kam es auch diesmal noch nicht zum Abschluss der Arbeiten, resp. zur Publikation. Nach manchen Andeutungen der später zu beziehenden Gewährsmänner ist es sehr wahrscheinlich, dass jetzt wie zuvor die Nepoten und parteiführenden Cardinäle, welche durch die Reform ihren Einfluss im Conclave zu verlieren fürchteten, dem ganzen Unternehmen nicht günstig gesinnt waren und dasselbe möglichst verzögerten.

Gregor XV. sollte die definitive Beendigung des so lange betriebenen Reformwerkes vorbehalten bleiben. Allerdings hatte wohl nicht er selbst, der betagte, kränkliche Mann, sondern sein ehrgeiziger, begabter und thatkräftiger Nepote, Cardinal Ludovico Ludovisio den Hauptantheil daran [2]). Ueber die Einzelheiten wäre etwa folgendes zu bemerken.

Schon seit Clemens' VIII. Zeiten war an der Curie das Haupt-

Card. Avila und Doria, so verwirrt, dass der eine sich seine geheimen Instructionen entschlüpfen lässt, der andere sich an einen (feindlichen) *französischen* Cardinal mit der Bitte wendet: »Helfen Sie uns doch, ihm die Exclusion zu machen.« — »A quoy Monsieur le Cardinal de Joyeuse luy repondit: Monsieur vous vous mocquez de moy; c'est que vous me voulez mener luy rendre l'obedience: Venez, ie vous y accompagneray.« In dem Gesammtberichte über das Conclave Leo XI. (ibid. S. 343) erzählt Cardinal Joyeuse — nicht Card. du Perron, wie Sägmüller, der die Ueberschrift des Berichtes nicht beachtet hat, meint — den Sachverhalt in analoger Weise wie oben. Letzterer Bericht zeigt neuerlich zur Evidenz, dass von Ausübung oder Inanspruchnahme eines Exclusionsrechtes seitens der Führer der Spanier keine Rede war.

1) Cod. Barberin. XXXII. 193. »Capita earum rerum, quae continentur in minuta bullae fel. rec. Clementis PP. VIII. super conclavi, Pauli PP. V. iussu et auctoritate recognita.« Ferner in dem oft citirten Cod. Barberin. XXX. 105 und endlich in Arch. Vat. Bibl. Pio, n. 15, fol. 123 (vgl. n. 3 des Anhangs).

2) Vgl. die Schilderung dieses Mannes bei *Ranke:* Die römischen Päpste, II. 297 und III. 118 (Analecten).

ziel der projectirten Wahlconstitution absolut nicht mehr zweifelhaft. Es handelte sich im Wesentlichen um die Beseitigung der seit Julius III. in den Conclaven fast ständig gewordenen Wahlform der Adoration und um die obligatorische Einführung des geheimen Scrutiniums [1]). Die erwiesenen Schattenseiten der ersteren und die unzweifelhaften Vortheile des letzteren wurden unzählige Male mündlich und schriftlich erörtert. Schon das zuvor berührte Votum des Cardinals Bellarmin behandelte besonders dieses Thema, eine Reihe höchst bemerkenswerther Schriften schliesst sich an; fast möchte man sagen, es sei hierüber eine ganze Litteratur entstanden. Da sind in erster Linie zwei Arbeiten zu erwähnen, welche schon durch den Namen ihrer Verfasser die Aufmerksamkeit erregen, nämlich das Buch: »De prudentia in creando Pontifice Maximo« des Cardinals *Federico Borromeo* [4] und ferner die Abhandlung: »De canonica Summi Pontificis electione« des gelehrten Jesuiten *Benedictus Justiniani* [5]; beide unter dem Pontificate Gregor's XV. gerade in jener Zeit verfasst, welche dem Erlasse der Bulle «Aeterni patris filius» unmittelbar vorausging.

Cardinal Borromeo war von dem Nepoten Ludovisio — wie ein später angeschlossener Brief des letzteren beweist — ganz besonders in's Vertrauen gezogen worden und hatte demselben bei Gelegenheit sein Gutachten in Sachen der Conclavenreform mündlich mitgetheilt. Es steht wohl ausser Zweifel, dass sein obiges Buch hiemit direct zusammenhängt, und dass es als Werk eines Mannes von reicher Erfahrung und grosser Sittenstrenge, der von Jugendjahren auf dem Cardinalcollegium angehört und damals bereits an *sieben Conclaven* theilgenommen hatte [2]), auf die Entscheidung der wichtigsten Fragen nicht ohne Einfluss blieb. Borromeo spricht sich, ähnlich wie Bel-

1) Die Wahl durch Abstimmung mittelbst beschriebener Stimmzettel stand bekanntlich schon viel früher im Gebrauch und lässt sich zum mindesten vor der Mitte des 15. Jahrhunderts unzweifelhaft nachweisen, vergl. *Phillips*, K.-R. V. 830 ff.; *Hinschius*, K.-R. I. 282; sie war jedoch, wie oben bemerkt, im 16. Jahrhunderte durch die Adoration beinahe ganz verdrängt worden. Vgl. auch die Histoire des conclaves (Cologne, 1703), pag. 370.

2) Federicus Borromaeus wurde von Sixtus V. im J. 1587 im Alter von 23 Jahren zum Cardinal-Diacon creirt; seit 1595 war er Erzbischof von Mailand; starb 1631, nachdem er im J. 1610 der Canonisation seines grossen Vorgängers S. Carl Borromaeus beigewohnt hatte. Er nahm an acht Conclaven Theil, u. z. Urban VII., Gregor XIV., Innocenz IX., Clemens VIII., Leo XI., Paul V., Gregor XV. und Urban VIII. Seine grosse Gelehrsamkeit und literarische Thätigkeit wird von *Ciaconius:* Vitae et res gestae Pontificum Romanorum et S. R. E. Cardinalium, IV. 186 ff. sehr gerühmt; die obige Schrift findet sich unter den dortselbst angegebenen Werken *F. Borromeo's* nicht citirt.

larmin, unzweideutig gegen die mit dem Adorationsmodus verbundene Ueberstürzung der Wahl und Beunruhigung der Wähler und zu Gunsten des geheimen Scrutiniums aus.

Ganz die gleiche Ansicht vertritt auch die etwas umfassendere Arbeit Justiniani's, doch zieht letzterer noch viel entschiedener wider die Adoration zu Felde und gelangt nach ausführlicher Erörterung des *pro* und *contra* zu dem Schlusse, dass die Adoration, mit dem »jus naturae« im Widerstreite und lediglich durch Gewohnheit eingeführt, den canonischen Satzungen keineswegs entspreche und aus Gerechtigkeits- wie Billigkeitsrücksichten zu beseitigen sei. Hieran knüpft der Autor schliesslich eine Reihe von Vorschlägen, welche seines Erachtens bei der projectirten Wahlreform in Betracht gezogen werden sollten [1]).

Neben diesen hervorragenderen Werken cursirte in Rom noch eine Menge kleinerer, zum Theil anonymer Tractate älteren und neueren Datums, von denen sich einzelne auch mit Rathschlägen an die Adresse des mächtigen Nepoten wendeten [2]). Am meisten Be-

1) Die obige Schrift ist also zweifellos *vor* Erlass der Wahlbulle Gregor's XV. verfasst worden; damit stimmt auch die Notiz einer später noch zu erwähnenden Abhandlung von *Joh. Bapt. Coccini* (Cod. Gesuit. 729, Bibl. Vittor. Emman. 2358) vollkommen überein, welche besagt, dass der Jesuit P. Benedictus Justiniani obige Arbeit geschrieben habe »tempore, quo agebatur de edenda constitutione Gregoriana.« Wie sonach *Sägmüller* (l. c. 260) eben dieselbe Arbeit, vorausgesetzt, dass er sie auch nur flüchtig durchgesehen, als einen Beleg dafür erklären konnte, dass man »selbst *nach Erlass* der Bulle »Aeterni patris filius« noch über diesen Punkt schrieb,« erscheint unverständlich.

2) Cod. Barberin. XXX. 105. »Quae faciunt pro forma adorationis, quae contra« (vgl. Anh. n. 6); dieselbe Schrift in Arch. Vat. Bibl. Pio, n. 15, fol. 116 »An forma eligendi Summum Pontificem per adorationem debeat tolli.« Eine etwas gekürzte Ueberarbeitung ferner in Cod. Vallicell. J. 38, fol. 39 »Pro adoratione in electione Papae« etc. Während diese Schrift sonst überall anonym erscheint, gibt das Inhaltsverzeichniss *des letzteren* Codex zu derselben folgende Notiz: »Proponuntur variae rationes circa creationem pontificis, quae fit per adorationem vel per scrutinium, manu Card. Justiniani«; trifft dies zu, so wäre als Autor Cardinal Benedictus Justiniani anzusehen, nicht aber der erst im J. 1645 creirte Cardinal *Horatius Justiniani* (vergl. *Moroni:* Dizionar. stor. eccl. XXXI, 221); aus der Feder des letztgenannten sollen angeblich einige in demselben Codex enthaltene, doch für uns ganz bedeutungslose Stücke herrühren, u. z. fol. 9. »De his, quae observari debent in electione Papae, scripta manu Horatii Justiniani nostrae Congregationis presbyteri«; fol. 12. »Aliquae formae electionum Summorum Pontificum ex historiis et MS. Vaticanis, manu eiusdem Card. Justiniani«; fol. 19. »De modo electionis Summi Pontificis manu eiusdem Card. Justiniani.« Beachtenswerther ist noch ebendaselbst fol. 41. ein anonymer Traktat ohne Titelüberschrift, welcher unter Anführung der schon

achtung verdient unter denselben wohl eine kurz gehaltene und übersichtliche Zusammenstellung aller damals für und wider den Adorationsmodus vorgebrachter Gründe [6]. Die wesentlichsten Punkte, mit welchen darin die Beseitigung der Adoration, resp. die Einführung des geheimen Scrutiniums plausibel gemacht wird, sind etwa nachstehende.

Vor allem, bemerkt der ungenannte Compilator, werde durch einen derartigen gesetzgeberischen Akt die in letzter Zeit so häufig beeinträchtigte Freiheit der Wahl wieder hergestellt werden. Die Wähler hätten nämlich bei dem bisher herrschenden Wahlmodus nicht nach ihrem Gewissen, sondern durch die verschiedenartigsten Rücksichten gebunden, ihre Stimme abgeben müssen. So komme es, dass oft nicht der Würdigste und Geeignetste, sondern vielmehr häufig jener gewählt würde, welcher den mächtigen Parteihäuptern,

---

bekannten Gründe ebenfalls den Vorzug des Scrutiniums vor der Adoration darzuthun sucht. Inc. »Ratio eligendi Summum Pontificem per adorationem« ... Aus den Schlussworten fol. 47. »Adeo ut nihil videatur obstare, quominus Smus D. N. praeclarum ac tamdiu desideratum reformationis opus aggrediatur atque in ecclesiam suam hoc quoque summum beneficium conferat, pietatis ac prudentiae suae gloriosissimum monumentum. Quae tamen omnia subjicio Sanctitatis Suae ac Sacrosanctae matris ecclesiae correctioni atque iudicio« ergibt sich zweifellos, dass hier ein bei Ausarbeitung der Bulle »Aeterni patris filius« abgegebenes Gutachten vorliegt. Endlich findet sich ibid. fol. 260. »Quae faciunt pro forma adorationis, quae contra« nochmals ein Exemplar der Eingangs citirten Schrift.

Fernere analoge Arbeiten sind: Cod. Gesuit. 744 (Vittor. Emman. 2873), fol. 142. »Quaeritur, an liceat in electione Summi Pontificis excludere modum eligendi per adorationem.« (Randnotiz: »Autoris nomen ignoratur«). Inc. »Res mihi ad disputandum proposita cum nova est et, quod ego sciam, caeteris intacta, tum admodum difficilis et periculosa« . . . Diese Abhandlung ist — bei oft wörtlicher Uebereinstimmung der Texte — entweder ein Auszug aus der im Anhang [5] eingehender besprochenen Schrift Justiniani's (u. z. speciell aus cap. VI. und VII. derselben), oder aber sie ist umgekehrt von letzterem stark benützt worden. Sie findet sich unter derselben Ueberschrift auch in Cod. Urbin. 538, fol. 28. [hierselbst folgt sodann fol. 36. (ohne Ueberschrift) das auch in Cod. Vallicell. J. 38, fol. 41. vorliegende anonyme Gutachten] und in Arch. Vat. Cod. Miscell. XI. 117, in welch' letzterem sub n. 1. »De electione Summi Pontificis per adorationem« auch noch ein kurzer Auszug über das gleiche Thema unmittelbar vorausgeht.

Cod. Barberin. XXX. 105, (sine titulo) Inc. »Ratio eligendi per adorationem per aperta suffragia« . . . Kurzer Traktat. Ibid. »Ragioni, con le quali si potrà facilmente persuadere al S. Card. Padrone la riforma del Conclave.« Randnotiz: »M. Vulpio autore« (vergl. Anh. n. 7). Ibid. »Alcune considerationi, per le quali oltre il ben publico, che può avvenire dalla riforma del Conclave, si possono anco prevedere alcuni commodi e servitii privati dell' Illustrmo Sigr Cardl Ludovisio« (vgl. Anh. n. 8).

den Nepoten, den weltlichen Fürsten am meisten gefalle. Diese nämlich suchten zunächst einen zahlreichen Anhang zu gewinnen und auf ihn gestützt dann Macht und Einfluss im Conclave an sich zu reissen, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Damit aber hänge wieder nothwendigerweise die Häufigkeit symonistischer Traktate zusammen; ein breiter Weg eröffne sich den unerlaubten Verhandlungen, Anerbietungen, Versprechungen zum Zwecke der Stimmenanwerbung, die nicht etwa blos im Conclave, sondern selbst noch bei Lebzeiten des gerade regierenden Papstes betrieben werde. Der Wahlakt selbst endlich erleide, wenn etwa die Parteihäupter gerade uneinig seien oder erst die Instructionen ihrer Fürsten abwarten wollten, endlose Verzögerungen; Zwietracht und Feindschaften entstünden nach allen Seiten, und sogar soweit wirke das Uebel, dass die Cardinäle in den Consistorien und Congregationen bei Verhandlung wichtiger Angelegenheiten oftmals ihre Meinung nicht frei herauszusagen wagten aus Furcht den Fürsten zu missfallen und bei der Papstwahl von den Parteianhängern derselben excludirt zu werden.

All' dies nun, meint ein anderer Gewährsmann, der ganz im gleichen Sinne schreibt, könne für die Zukunft durch Einführung des geheimen Scrutiniums vermieden werden. Die Unabhängigkeit und damit auch die Werthschätzung jeder einzelnen Wahlstimme werde sich erhöhen, die weltliche Ingerenz auf das zulässige Maass zurückgeführt, der Anlass zu Groll und Gehässigkeiten unter den Cardinälen behoben werden. Ueberdies dürfe sich dann das Gewissen der letzteren beruhigen, denn sie würden nicht mehr in die Lage kommen, einem für unwürdig erachteten Subjecte ihre Stimme geben zu müssen, blos darum, weil dasselbe von dem Führer ihrer Partei begünstigt werde, welchem sie um menschlicher Rücksichten willen sich nicht widersetzen wollten [7].

So im Grossen und Ganzen die Argumentation jener Schriften. Im Uebrigen begnügte man sich nicht mit allgemeinen Erwägungen; ein und der andere Autor hielt es auch für angezeigt, auf die privaten Vortheile hinzuweisen, welche sich für den Cardinalnepoten Ludovisio aus der Conclavenreform ergeben könnten. In dieser Hinsicht sind die anhangsweise mitgetheilten »Considerationi« des *Ottavio Vestri* nicht ganz ohne Interesse [8]. Derselbe behauptet unter anderem, dass die Durchführung der Reform den Nepoten im h. Collegium, besonders aber bei den älteren Cardinälen, sehr beliebt machen und im nächsten Conclave die Wahl eines ihm erwünschten Papstes überaus begünstigen werde. Daran knüpfen sich Rathschläge mit Bezug auf die Einzelheiten der Durchführung, welche um so be-

merkenswerther erscheinen, als Ludovisio thatsächlich zum guten Theile im Einklang mit denselben vorging.

Doch nicht genug an einzelnen Rathschlägen; von einem — leider unbekannten — Verfasser liegt sogar der vollständige Entwurf einer neuen Wahlbulle vor. Ein Entwurf, der sorgfältig ausgearbeitet und vom strengsten Reformgeiste erfüllt, möglicherweise gerade aus letzterem Grunde nicht ganz geeignet erachtet wurde, in's Leben zu treten [9]. Die neuntägigen Exequien für den verstorbenen Papst sollen künftighin entfallen und ist der Leichnam desselben ohne Verzug in der Capella Sistina aufzubahren. Schon am zweiten Tage nach eingetretener Sedisvacanz versammeln sich die Cardinäle, welche zuvor nur eine einzige Congregation abhalten dürfen, feierlich am offenen Sarge des todten Papstes, das Allerheiligste wird über dem Altar der Kapelle ausgesetzt, und so nun, in Gegenwart der Leiche und das Sacrament stets vor Augen, haben sie den ganzen Wahlact *in einem Zuge* mit schriftlicher Abstimmung durchzuführen. Aber höchstens sechs Scrutinien dürfen überhaupt vorgenommen werden. Mit furchtbarem Eide beschwört bei jeder Abstimmung jeder einzelne Cardinal, dass er nur nach seinem Gewissen zum Wohle der Kirche gewählt habe. Führt auch das sechste Scrutinium zu keinem Resultate, so sind durch das Loos fünf Compromissare zu bestellen. Sie haben sich auf einen der beiden Candidaten zu einigen, welche in den zwei letzten Scrutinien die meisten Stimmen erhielten. Erwählt ist, wem mindestens drei von jenen fünf Compromiss-Stimmen zufallen. Nach beendeter Wahl zieht der neue Papst mit dem Gefolge der Cardinäle feierlich in die Peterskirche ein; vor ihm aber wird unbedekt der Leichnam seines Vorgängers einhergetragen und mit lauter Stimme mahnt ihn einer der Cäremonienmeister, hinzublicken auf die Bahre und eingedenk zu sein der Vergänglichkeit alles Irdischen.

Man ersieht aus all' dem Vorstehenden zur Genüge, dass der Wahlreformplan seit dem Regierungsantritte Gregor's XV. ganz besonders in den Vordergrund gekommen war und in den maassgebenden Kreisen offenbar eifrig ventilirt wurde. Ob solches der eigenen Initiative des Cardinalnepoten zugeschrieben werden darf, oder ob er erst durch die mehrfachen Bestrebungen, ihn von der Zweckmässigkeit der Reform zu überzeugen, zur Begünstigung derselben veranlasst wurde, darüber möchten wir kein entschiedenes Urtheil fällen, doch scheint nach den eigenen Aeusserungen Ludovisio's eher das erstere der Fall gewesen zu sein. Es finden sich nämlich zwei

überaus interessante Briefe des Nepoten, in welchem er seine Stellung zur Reform ausführlich präcisirt.

Der eine, kürzere dieser Briefe ist unter'm 15. November 1621 an den Nuntius in Florenz gerichtet, gibt demselben die erfolgte Publication der neuen Wahlbulle im Consistorium bekannt und bespricht in gedrängter Form die Gründe ihres Erlasses, den Modus der Ausarbeitung und den Antheil des Schreibers selbst an dem schliesslichen Gelingen [10].

In dem zweiten, umfassenderen Briefe, der beiläufig um die gleiche Zeit an Cardinal Borromeo adressirt wurde [1]), beruft sich Ludovisio darauf, dass sowohl Borromeo, als auch andere ausgezeichnete Cardinäle, worunter besonders Bellarmin, ihn wiederholt und voll Eifers für die Reformsache, welcher er allerdings schon von vornherein günstig gesinnt gewesen, zu gewinnen getrachtet hätten [2]), und wie er selbst dann seinen päpstlichen Oheim von der Zweckmässigkeit jener Reform überzeugt habe. Leider aber seien dagegen

---

1) In Cod. Casanat. XX. I. 16, woselbst sich dieser Brief mit einer unwesentlich modificirten Einleitung vorfindet, ist er »Rom, 6. November 1621« datirt und ihm ein Zettel mit folgender Notiz angeschlossen: »La copia di questa lettera fu mandata dal Illmo Sor Card^le Ludovisio Padrone a tutti gl' infrascritti Cardinali absenti dalla corte sotto li 6 di Novembre 1621. Savvia, Medici, Orsino, Zappata, Caraffa, Savello, Capponi, Delfino, Serra, Araceli, Doria, Cennino, Ascoli, Roma.«

Vollkommen übereinstimmend mit dem hier (Anh. n. 11) angeschlosssenen Barberinischen Exemplar und ohne genügende Datirung ist obiger Brief ferner noch enthalten in Cod. Casanat. X. V. 23, fol. 328; in Cod. Ottobon. 2416, p. 361; in Cod. Urbin. 538, n. 6; in Cod. Barberin. XXX. 106; in Cod. Vallicell. J. 38, fol. 54 und in Cod. Sessor. 393 (Vittor. Emman. 1257) fol. 101. Daselbst folgt fol. 106 unter der Ueberschrift »Risposta del Sig^r Card. Borromeo« auch ein Schreiben des letzteren, dat. Milano, 10. Novembre 1621 (Original desselben in Cod. Barberin. XXX. 105), welches jedoch blos ganz allgemein den Dank des Schreibers für die übersendete Abschrift der neuen Bulle und höfliche Glückwünsche zur Durchführung der Wahlreform ausdrückt, und weiters fol. 107^v eine ähnliche »Risposta del Card. Orsino« ohne Datum (Original de dat. Ravenna, 14. November 1621 ebenfalls in unserem Cod. Barberin. XXX. 105); sämmtlich Stücke gut und deutlich geschrieben. *Sägmüller*, l. c. S. 261, n. 3 gibt hiezu nachstehende charakteristische Notiz: »C. 1257 der Bibl. Vitt. Em.; Sess. C. 393. fol. 100 enthält eine Reihe freilich sehr unleserlicher Briefe von Cardinälen über die Bulle.« (!)

2) Speciell von Cardinal Borromeo berichtet auch der Venezianer Raniero Zeno, dass er für den Erlass der Reformbulle eingetreten sei; vgl. *Petruccelli della Gattina*: Histoire diplomatique des conclaves. III. 45; *Ranke*, l. c. III. 126 (Analecten). Dagegen heisst es beispielsweise von Cardinal Varallo, er habe die Reform bekämpft; »il eut la maladresse d'attaquer la bulle de Gregoire; *Petruccelli*, III. 49.

auch manche Widersacher aufgetreten und hätten speciell ihn, den Nepoten mit verschiedenen Anschuldigungen verfolgt. Besonders wäre ausgestreut worden, dass er selbst von Anfang an die Reform in Wahrheit gar nicht gewünscht habe, sondern sich einfach dem Befehl des Papstes habe unterwerfen müssen [1]). Ferner, dass er unter

---

1) Dies ist jedenfalls unrichtig, wohl aber erscheint es ausser Zweifel, dass Gregor XV. schon von vorneherein für die Reform eingenommen war. S. hierüber u. A. die »Avertimenti dati dalla S^tà^ di N. S^re^ Papa Gregorio XV. in voce al Sr Card. Ludovisio suo nipote, dal quale poi in questa forma sono stati scritti e notati questo di primo Aprile 1622« .... »Terzo noi ci prendiamo tanto gran piacere di vedere, che voi non siate oppresso da quel letargo, che suol occupare le menti di tutti i nepoti di Papi, i quali sciecamente si persuadono, che le felicità dello stato presente sieno eterne e non mutabili, poiche il tenere il pensiero vuolto alla mutatione della fortuna vi sarà sempre un stimolo efficace al bene operare et al governarsi in maniera, che ne il variar di fortuna, ne il languir de malevoli invidiosi possino opprimervi. Non dimeno ci pare molto necessario, di porgervi alcuno avertimento, cosi intorno all' elettione de Papi, come al modo di trattar con essi loro, da poiche saranno eletti. Quando dunque sarà il tempo, che necessariamente doverete applicar l'animo all' elettione et a negotii del Conclave, subito rassegnate in tutto e per tutto la vostra volontà a Dio benedetto, spogliatevi di tutti gl'interessi, quietate tutti i vostri desiderii, renunciate a tutte l'amicitie, smorzate tutti li rancori, serrate l'orechie a tutti i consigli non santi, ne habbiate altro oggetto, che la gloria di Dio, il servitio di Santa Chiesa con il benefitio universale del mondo, poiche con questo fondamento d'ottima intentione ogni cosa vi riuscirà con prosperità e reputatione, e tutti quelli, che saranno eletti Papi, Iddio permetterà, che siano sempre i vostri protettori e benefattori, e quando anco per occulto suo giuditio non lo permetesse, non lascerà il vostro merito senza gran premio. Per la quale cagione tanto più è da stimarsi grande la pazzia di coloro, che pretendono con gl' artificii e con le forze humane, quasi come la torre di Nembrotte opporsi a Dio et in certo modo contrastar con la divina potenza, volendo accomodar lo Spirito Santo alli loro particolari interessi e desiderii, ma ci confidiamo della divina bontà, che poiche ella ci spirò per levare gl'abusi introdotti in negotii, che con tanta santità devono maneggiarsi, a far la bolla dell' elettione, le cose andranno in altra maniera nell' avenire, e che potrebbono forsi coloro, che si vogliono far arbitri del Conclave, gloriarsi d'haver le congregazioni, li consigli e le prattiche loro piene di voti, ma alli scrutinii ne rimarrano delusi, perciò non vi prendiate pensiero de gl'andamenti d'alcuni, perche non hanno ancora conosciuto per prova la forza della constitutione. Ma si come noi habbiamo anteposto il servitio di Dio a quello del nostro sangue et il publico al privato, non possiamo commandarvi a sufficienza, che non solo non habbiate tentato di dissuadervene, ma sacrificando ogni vostro interesse alla gloria di Sua Divina Maestà et al bene di questa Santa Sede, ci habbiate fatta continua et ardente instanza per la speditione di essa, cosi vi incharichiamo e confortiamo e preghiamo, di procurare l'osservanza con ogni vostro sforzo, opponendovi quanto più potrete a quelli, che andassero pensando di pertugiare questa siepe per incominciare a

dem Deckmantel der Reform seine Privatinteressen verfolge. Endlich, dass er wegen Mangels an Sachkenntniss sich in dieser Angelegenheit von Anderen habe hinter's Licht führen lassen und sich dadurch selbst des Gebrauches der eigenen Kräfte begebe. Indem sich nun Ludovisio hiergegen vertheidigt, weist er nochmals auf alle jene Uebelstände der Adoration und Vortheile des geheimen Scrutiniums hin, welche wir in der Hauptsache bereits kennen [11]. Wenn somit, wie beispielsweise Giunti andeutet[1]), den Nepoten nebenbei auch Gründe subjectiverer Art beinflussten, so dürften dieselben m. E. doch wohl nur in zweite Linie zu stellen sein. Auf alle Fälle, war der persönliche Vortheil, den Cardinal Ludovisio aus der Conclavenreform etwa für sich erhoffen durfte, der ganzen Sachlage nach ein relativ minimaler.

Was nun ferner die wichtigsten Details der Ausarbeitung unserer Wahlbulle anbelangt, so wäre hierüber in Kürze ungefähr folgendes zu erwähnen[2]).

Es erscheint zweifellos, dass im Herbste des Jahres 1621 bereits ein neuer vollständiger Entwurf der projectirten Bulle vorlag. Wem die Autorschaft desselben zuzusprechen ist, lässt sich nicht sicher feststellen. Sowohl jene Annahme, welche Prospero Fagnani, als auch jene, welche den Papst Gregor XV. selbst als Autor nennt[3]),

---

guastare cosi principale custodia della vigna del S^re^. Ma trattandosi all' ingrosso non meno della gloria Divina, che dalla dignità e libertà del collegio de Cardinali, li promettiamo, che sarà osservata inviolabilmente. Et assai vi habbiamo detto intorno all' elettione« . . . Cit. nach Cod. Sessor. 393, (Vittor. Emman. 1257), fol. 26 ff. Diese schon mehrfach bekannten Avertimenti finden sich in röm. Arch. sehr häufig, so z. B. in Arch. Vat. Cod. Miscell. XI. 117, n. 13; ibid. Cod. III. 11 (Miscellanea di scritture diverse, tom. VIII), fol. 5. Ferner in Cod. Casanat. XX. I. 26; in Cod. Barberin. LI. 71 u. A. m. Der sehr interessante Cod. Barberin. XXX. 127, welcher fol. 9—137 Briefe Gregor's XV. enthält, bietet nichts auf unsere Bulle bezügliches.

1) S. *Ranke*, l. c. III. 118 Analecten.

2) Als Quelle für die nachstehenden Angaben dient in erster Linie der schon mehrfach citirte Cod. Barberin. XXX. 105.

3) Die Angabe bei *Ciaconius*, l. c. IV. 469 »Denique, quod unum satis esset ad nominis immortalitatem, diploma de creatione Romani Pontificis per secreta suffragia, expetitum ab omnibus, tentatum a multis, a nemine perfectum, conscripsit ipse et publicavit« ist mit Bezug auf den Papst selbstredend nicht wörtlich zu nehmen. Bei demselben Autor (l. c. IV. 169) findet sich die Notiz, Gregor XV. habe den Cardinal Benedictus Justiniani mit der Ausarbeitung des neuen Wahlgesetzes betraut. »Ad omnia illo utebatur Gregorius graviaque illi committebat negocia, inter quae illud praecipue ad legem condendam de Romani Pontificis electione, quam rem dum molitur morbo correptus episcopus Portuensis pie migrat e vita die 27. Martii anno salutis 1621.« Grossen An-

entbehrt der aktenmässigen Begründung. Sicher aber ist, dass die gregorianische Fassung der Constitution im unmittelbaren Anschlusse an die schon gegebenen, älteren Vorlagen aus der Zeit Clemens' VIII. und Paul's V. entworfen wurde. Dieser Entwurf nun, in dem benützten Codex Barberinianus als «prima minuta» angeführt und in zahlreichen Copien vorliegend, wurde zunächst einer grösseren Anzahl von Cardinälen zur Begutachtung zugewiesen[1]); letztere Gut-

theil an der Wahlreform kann somit Cardinal Justiniani offenbar nicht gehabt haben. Dagegen scheint ein anderes Mitglied seiner Familie, nämlich der Jesuit Benedictus Justiniani, hiebei allerdings thätig mitgewirkt zu haben; dies beweisen nicht nur die umfassenden Arbeiten, welche er vor und nach dem Erlass der Bulle schrieb, sondern auch einige kleinere Gutachten, die von ihm während der Vorarbeiten zu den Bullenentwürfen verfasst wurden und in Cod. Barberin. XXX. 105 enthalten sind, u. z. »P. Justiniani nota in primam minutam constitutionis«; ein Exemplar des ersten Entwurfes mit beinotirten Verbesserungsvorschlägen. Sodann »P. Justiniani responsiones ad censuram Card. Millini constitutionis.« Inc. »In electione praesertim Summi Pontificis habenda est quidem ratio celeritatis« ... Eine Vertheidigung des geheimen Scrutiniums gegen verschiedene Einwände mit deutlichen Anklängen an die Abhandlung Anh. n. 5. Ferner ibid. »Censura P. Justiniani in postremam minutam constitutionis.« Inc. »Tametsi Ill^{mus}, qui constitutionem composuit, oculatissime omnia considerans, cuncta recte explicuit« . . .; kleine Verbesserungsvorschläge in 13 Punkten. Aus den einleitenden Worten ergibt sich, dass jedenfalls auch Justiniani nicht den Entwurf ausgearbeitet haben kann, und dass der unbekannte Autor wohl kaum ein Cardinal war, sondern wahrscheinlich dem Stande der Prälaten der Curie angehörte (s. die Titulatur »Illustrissimus«). Endlich ibid. mit der blossen Signatur »Padre B. Giustiniani« ein anderes Gutachten zu einzelnen Bestimmungen der Constitution in 31 Punkten, von denen wir einige später noch citiren werden; inc. »Quae notantur in prima pagina.«

1) In dem erwähnten Briefe Ludovisio's an den Nuntius in Florenz wird gesagt, dass nach längeren Vorarbeiten, die offenbar im Sommer 1621 stattfanden (»dopo essersi ventilato il soggetto alcuni mesi«), der neue Gesetzentwurf über Auftrag des Papstes abschriftlich an die Mitglieder des h. Collegiums hinausgegeben wurde, und dass sodann Gregor XV. persönlich das Gutachten jedes einzelnen Cardinals in Wort und Schrift entgegennahm. Ob nun diese Angaben buchstäblich mit Bezug auf *alle* Cardinäle zu verstehen sind, lassen wir dahingestellt; Thatsache aber ist, dass mit ihnen im Grossen und Ganzen der Inhalt des Cod. Barberin. XXX. 105 übereinstimmt. In letzterem liegen von den Cardinälen Orsini, Cappone, Savelli, Cennino, Roma, Gaetano, Senseverina, Grimani, Montalto, Bandino, Borromeo, Zapata, Carafa, Peretti, Pio, Delfino, Medici, S. Susanna, Serra, Ubaldini und Aracoeli (zwei weitere Unterschriften sind unleserlich) an den Cardinal Ludovisio adressirte Dankschreiben für die Zusendung der Bullenabschrift vor, u. z. aus dem Zeitraume zwischen 24. October und 8. December 1621 datirt. Eigentliche Gutachten zur »prima minuta« sind vorhanden von den Cardinälen Sforza (dat. 1. Nov. 1621), Monti, Bandino, Ginnasio, Madruzzo, Barberini, Millino, Lanti, Rivarola, Nazarette, Priuli, Va-

achten sodann einer engeren Commission von Fachmännern vorgelegt und hier eingehend erörtert, hierauf eine übersichtliche Zusammenstellung sämmtlicher zu den einzelnen Paragraphen der Bulle gemachten Verbesserungsvorschläge angefertigt[1]) und diese schliesslich zur nochmaligen Durchberathung und Emendirung vor eine Congregation von 17 Cardinälen gebracht. Aus den vorliegenden

---

lerio, Gozzadini, Trejo, Borgia, Gaetano, Muti, Crescentio, Varallo und Ascoli (dat. 12. Nov. 1621); einige von ihnen kleiden ihre Ansichten in Briefform, andere senden einfach die ihnen zugekommene »minuta« mit ihren Randbemerkungen versehen zurück, manche begnügen sich auch, den Entwurf ohne jedes Amendement schlechthin zu approbiren, so z. B. Cardinal Madruzzo, auf dessen Abschrift lediglich die Worte stehen: »Ego C. Card. Madrutius approbo ut supra,« u. A.

Was aus all' diesen Gutachten für die nachstehend noch zu erörternden Rechtsfragen wesentlich in Betracht kommt, wird seinerzeit angeführt werden.

1) Solcher Zusammenstellungen liegen in unserem Codex *vier* — je zwei derselben Art — vor. Die erste hievon, welche alle überhaupt beantragten Amendements umfasst, trägt folgenden Indorsatvermerk: »Notae pleniores RR. DD. Cardinalium in minutam constitutionis examinatae in congregatione habita in aedibus R^mi D. Cardinalis Farnesii, in qua fuerunt Bandinus, Ubaldinus, S. Susannae, Sacratus et Ludovisius praeter Farnesium«; (das zweite Exemplar ist eine völlig gleichlautende Reinschrift). Von diesem Ausschusse nun ging die Sache an die Congregation der Siebzehn, deren Berathungen offenbar das dritte Exemplar zu Grunde lag; in letzteres sind einzelne Punkte aus der ersten Zusammenstellung nicht mehr aufgenommen und überdies sind zahlreiche Streichungen und Verbesserungen ersichtlich, wie sie eben von der Congregation für gut befunden wurden; auf dem ersten Blatte desselben findet sich die Notiz: »Notae in minutam constitutionis R^morum DD. Cardinalium,« in tergo steht das Wort »*Publicatur*«! Inhaltlich durchaus übereinstimmend hiemit ist endlich das vierte Exemplar, welches sich zum dritten ebenfalls wieder wie die Reinschrift zum Concepte verhält; es trägt den Indorsatvermerk: »Notae RR. DD. Cardinalium lectae in Congregatione 17 Cardinalium coram S. D. N. habita 13. Novembris 1621.« An diesem Tage wurden also die Arbeiten beendet und die Publication beschlossen. Dass im Verlaufe der ganzen Reformangelegenheit die erwähnten Congregationen zweifellos oftmals zusammentraten, und dass Gregor XV. selbst den Cardinälen die Sache an's Herz legte, ergibt sich aus der Einleitung des in Briefform an den Papst gerichteten Gutachtens des Cardinals *Gaetano* (sin. dat.): »Beatissime Pater, conficendam esse bullam super reformatione Conclavis et aliquid omnino esse agendum existimarem. Quia habitae sunt Congregationes hac de re plurimae iussu S^tis V^rae. Quia S^tas Vestra habuit ea de re sermonem admodum gravem in Consistorio. Quia ortae sunt non minimae turbationes in Conclavi et magna scandala timeri poterant. Quia rumores, ut auditur, pervenerunt ad exteras nationes et, si nihil agatur, tollerantia eius, qui praeest omnibus, fortasse non laudabitur« . . . . Schreiber macht sodann seine Vorschläge, welche in der Hauptsache auf die gänzliche Beseitigung der Adoration und die strengste Geheimhaltung des Scrutiniums hinauslaufen.

Notizen lässt sich constatiren, dass in dieser Congregation am 13. November 1621 unter dem persönlichen Vorsitze des Papstes die endgiltige Redaction des Gesetzestextes stattfand, welche als »minuta reformata« ebenfalls mehrfach in unserem Barberini'schen Codex enthalten ist[1]).

Zwei Tage später, am 15. November 1621, verkündigte Gregor XV. im geheimen Consistorium mittelst feierlicher Allocution den Cardinälen die unmittelbar bevorstehende Publikation der neuen Wahlbulle[2]), worauf die Cardinäle Bandini und Ubaldini dem Papste

1) Es finden sich zwei mit einigen Randbemerkungen versehene Exemplare derselben u. z. »Minuta reformata post Congregationem 17 Cardinalium cum notis Cardinalis Bandini« und »Min. ref. . . . cum not. Card. Ubaldini.« Der Text ist jener der publicirten Bulle.

2) Cod. Barberin. XXXVI. 60. »Acta Consistorialia sub Paulo V. et Gregorio XV. S. P. hoc est a 15. Maii 1605 ad 9. Julii 1623.«

fol. 17v »Romae apud S. Petrum die lunae XV. Novembris 1621 fuit Consistorium secretum, in quo S. D. N. RRmos DD. Cardinales tenoris, ut sequitur, allocutus est:

Ex causis alias fraternitatibus VV. expositis et Vestris auditis sententiis, de Vestro consilio pariter et assensu statuimus, decernimus et declaramus, ut in posterum Romani Pontificis electio aliter fieri non possit, quam per secreta schedularum suffragia in Conclavi et eo clauso ac post solitam missam et communionem Cardinalium in eo celebratam. Atque haec suffragia in secreto scrutinio et accessu pariter secretis tantum ferenda sint, vel per compromissum de omnium et singulorum Cardinalium in Conclavi praesentium consensu faciendum. Nisi communiter ab omnibus similiter et singulis Cardinalibus quasi per inspirationem Dei fuerit celebrata. Ita ut, si suffragiis duo pares sint, in duabus tertiis partibus neuter sit electus, si autem alter superior, ille electus sit. Cum aliis decretis, clausulis, declarationibus, censuris et poenis et alias, prout in litteris desuper expediendis plenius continebitur. In nomine Patris etc.« In Cod. Barberin. XXXII. 205. »Diarium Pauli Papae V. ac Gregorii XV. a die 17. Maii 1605 ad 7. Julii 1623« verfasst von »Paulus Alaleo S. D. N. Ceremoniarum magister« findet sich (fol. non num.) zu Obigem folgende Eintragung: »Feria secunda, die 15. Novembris 1621 fuit consistorium secretum in palatio Apostolico, in quo inter alia Papa fecit decretum super bullam publicandam de eligendo Summo Pontifice in conclavi et cet.« Weiteres ist in dieser Arbeit, die hauptsächlich von Aeusserlichkeiten, ceremoniellen Akten u. dgl. handelt, über die Conclavenreform nicht angeführt. Die vorstehende Allocution wurde bereits einmal von *Lämmer*· Meletematum Romanorum Mantissa, S. 243, u. z. aus Cod. Corsin. 42, fol. 364 abgedruckt. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf diese Stelle meint *Sägmüller* (l. c. S. 261), welchem natürlich die wichtigsten handschriftlichen Quellen mangels gründlicher Forschung unbekannt geblieben sind, Gregor XV. habe im Consistorium vom 15. November die Reformarbeiten erst eingeleitet. »In einem Consistorium setzte er den Cardinälen die Nothwendigkeit der Conclavenreform auseinander. Dann pflog er Rath mit mehreren Cardinälen und erfahrenen Canonisten, darunter namentlich mit

den Dank und die Glückwünsche des h. Collegiums zum Zustandekommen des heilsamen Werkes aussprachen [1]).

Am 26. November — wie es scheint [2]) — erfolgte sodann die Publication »urbi et orbi.«

Prosper Fagnani und arbeitete das neue Wahlgesetz, wovon er, ein gewiegter Jurist, den Entwurf mit eigener Hand schrieb, aus und publicirte dasselbe schon am 26. November 1621« etc. Hienach hätte also der von Alter und Krankheit gebeugte Papst das umfassende Wahlgesetz *in einem Zeitraume von eilf Tagen* vorberathen, persönlich (!) ausgearbeitet, in Druck legen lassen und publicirt. Eines besonderen Commentars bedarf eine derartige Auffassung wohl nicht.

1) Cod. Barberin. XXX. 105. »Votum Cardinalis Bandini in publicatione bullae reformationis Conclavis.«

»Beatissime Pater. Finis, quem Sanctitas Vestra in hac deliberatione sibi proposuit, nil aliud est, nisi ut Sacro huic Collegio ac promovendis in posterum Cardinalibus libertas integra aut conservetur aut restituatur, ut electio Romani Pontificis christiana pace ac sine ulla labe caeteris futuris temporibus celebretur. Nullum hoc beneficio maius, aut Sedi Apostolicae salutarius, aut Sanctitati Vestrae gloriosius, aut Cardinalibus utilius ac tempori magis accomodatum desiderari aut excogitari poterat. Bona, quae hinc oriri necesse est, plurima erunt atque insignia, quorum multa efficiet Deus Opt. Max., ut Sanctitas Vestra ex hac specula, in qua ab ipso constituta est, propriis oculis diu magno cum gaudio spectare possit, post longam vero annorum seriem omnia etiam e coelo contemplabitur.«

»Votum Cardinalis Ubaldini in promulgatione bullae reformationis Conclavis.«

»Beatissime Pater. Quod summis omnium bonorum votis iam dudum a Deo Opt. Max. petitum est, quod toties a Collegio postulatum, quod nec sperandum nostro saeculo humanae sapientiae videbatur, ad avertenda imminentium malorum pericula, ad corrigendos Curiae mores, ad firmandam nostri ordinis dignitatem et libertatem, ad obstruendum os huius Sanctae Sedis hostium loquentium iniqua, hoc hodierna die singulari Dei beneficio summa Sanctitatis Vestrae providentia nobis praestat, quae carnis et sanguinis et humanarum rationum oblita, zelo domus Dei correpta vere manum suam misit ad fortia, praedecessorum suorum Alexandri III. et Gregorii X. aeternae memoriae Pontificum egregiam sollicitudinem aemulata, qui pari virtute et laude in maximo discrimine ecclesiae laboranti opem tulerunt. Hanc ego sanctissimam et inter Gregorianas ab omni posteritate praedicandam constitutionem, ut ecclesiae Dei maxime salutarem, nobis necessariam, Sanctitati Vestrae gloriosam existimo, ita Deum immortalem enixe precor, ut quos nobis annos quietos et tranquillos Sanctitas Vestra facit, hos eidem retribuat ad christianae reipublicae bonum quam maxime felices et diuturnos.«

2) *Lämmer*, l. c. S. 243, n. 5, welcher den 17. December als Publicationsdatum annimmt, dürfte damit doch Unrecht haben; die meisten Angaben weisen auf den 26. November. Das mit der Bulle »Aeterni patris filius« im Zusammenhang stehende Ceremoniale der Papstwahl wurde bekanntlich mit der Bulle »Decet Romanum Pontificem« am 2. April 1622 publicirt. Vgl. Magnum

[1.] *Arch. Vat. Cod. Miscell. XI. 120, n. 20.*

»Summarium capitulorum, quae iuraverunt Cardinales in Conclavi se observaturos post obitum Clementis VIII.

1. Pacem firmare inter Principes Christianos.

2. Auxilium praestare in presenti bello contra Turcas, in expeditione generali eam pecuniae summam impendere, quae videbitur eroganda cum concilio maioris partis Cardinalium.

3. Omnem conatum facere, ut reducantur ad fidem Catholicam rex et regnum Angliae, Scotiae et Hiberniae.

4. Prosequi reformationem morum iuxta decreta Concilii Tridentini.

5. Omnem conatum facere, ne iurisdictio et libertas ecclesiastica et dignitas Cardinalium opprimatur.

6. Curiam non deducere extra urbem, nisi de consensu maioris partis Cardinalium.

7. Feudatarios a censu non absolvere, neque censum diminuere, nisi de consensu duarum partium DD. Cardinalium.

8. Non alienare neque pignorare bona Camerae Apostolicae etiam ex causa necessaria, nec montes aut quaevis officia erigere, nisi de consensu duarum partium DD. Cardinalium, et si secus factum fuerit successor non teneatur stare pactis et alienationibus factis, nec Camera Apostolica pecuniam emptoribus restituere, nec ullo modo fiat per chirografum seu breve, sed per bullam concistorialem.

9. Nemini concedere facultatem praesentandi vel nominandi aut consensum prestandi vel (ad) ecclesias cathedrales seu monasteria aliave beneficia concistorialia.

10. Decimas non concedere et impositas non prorogare nisi de consensu maioris partis (Cardd.).

11. Nemini alienandi facultatem dare neve ipsemet alienare feuda et alia quaecunque bona spectantia ad ecclesias etiam praetextu necessariae subventionis contra infideles.

12. Severius punire delicta commissa per occasionem sedis vacantis.

13. Armis spiritualibus et temporalibus procedere contra occupatores castrorum et bonorum Camerae Apostolicae durante sede vacante.

Bullarium, t. III, 444 und 454; *J. G. Meuschen:* Caeremonialia electionis et coronationis pontificis Romani, pag. 53, 70; *A. S. Camarda:* Constitution. Apostol. una cum Caeremoniali Gregoriano de pertinentibus ad electionem papae Synopsis, pag. 22, 30.

14. Legationem non decernere neque confirmare neque promotionem facere de ecclesiis Cathedralibus et aliis beneficiis concistorialibus, nisi concistorialiter, neque in expeditionibus iura DD. Cardd. condonare, neque in litteris apponi facere clausulam (de concilio fratrum nostrorum), nisi cum effectu exquisita sint vota etiam cum identitate rationis.

15. Numerum quoad creationem Cardd. et alia requisita in bulla Sixti V. servare.

16. Spolia non facere in bonis DD. Cardd. sub quovis praetextu et ad eorum libitum concedere iisdem in amplissima forma testandi licentiam.

17. Contra Curiales et alios Romae degentes spolia non facere sub quovis praetextu aut inexcogitata causa, sed contra eosdem ut procedatur coram Vicario dum vivunt, post vero eorum mortem sileant omnia iudicia et eorum bona libere ad heredes perveniant, limitando bullam Pii V. de spuriis ex suo corpore descendentibus non etiam in spuriis alienis, quibus libere reliqui possit, confirmando omnia privilegia hactenus curialibus concessa.

18. Non permittere opponi manum in personam vel bona Cardd., nisi de consensu duarum partium, nec procedi contra eosdem, nisi in causis heresis vel laesae maiestatis in primo capite coram tribus Cardd. electis per secreta suffragia de consensu duarum partium.

19. Non eosdem Cardd. subjici praecepto Gubernatoris, Auditoris Camerae vel alterius iudicis.

20. Nec eorum aliquem damnare nisi competenti numero testium iuxta constitutionem Silvestri Papae.

21. Preterea sint absoluti a quacunque irregularitate et censuris reservatis Summo Pontifici, condonando fructus male perceptos, restituendo eosdem in pristinum statum cum potestate, ut pro absolutione possint sibi eligere confessarium, neve in posterum incurrant censuras nisi in casibus in corpore iuris expressis.

22. Cardinalatus dignitatem tueri, promptis subsidiis adiuvare et interim non habentibus sex milia florenorum auri dare centum ducatos singulis mensibus et non habentibus quattuor milia ducatorum pensionem dupplicare et omnia beneficia solita dari Cardinalibus excedentium (sic!) summam ducentorum florenorum auri vacata et vacatura usque ad creationem Summi Pontificis eisdem Cardd. pauperibus ut supra dare, reliqua distribuere inter conclavistas et familiares Cardd. arbitrio eorumdem.

23. Cardinales esse exemptos a decimis, gabellis et aliis quibuscunque impositionibus, nec comprehendi in contractibus camerali-

bus, nisi facta propositione in concistorio et de consensu duarum partium.

24. Munera Cardinalibus solita committi et protestationes Regularium inter Cardinales dividere, indulta etiam in ecclesiis hic nominatis indulta et ecclesias non habentibus concedere ita, ut ad quoslibet tres Cardinales unius ecclesiae indultum spectet cum iure accrescendi socio, si quis eorum ecclesiam vel aliud indultum adeptus fuerit, et in indultis non habere locum Gregorii XIV. constitutionem, nisi concurrentibus Cardinali patrono et Cardinali ordinario ambobus viventibus.

25. Non revocare privilegia DD. Cardd., nisi de consensu omnium.

26. Concessiones per ipsum factas ante obitum per XX dies non valere, eas scilicet, quae non (sic!) fuerint factae absque consensu duarum partium, et quae concernuntur praeiudicium Camerae Apostolicae, idque si infirmus fuerit tempore concessionis.

27. Inter sex menses aliam constitutionem dare super reformatione conclavis.

28. Congregationem Cardd. deputare super reformatione abusuum fabricae S. Petri.

29. Quam primum controversiam dirimere et sedare de divinis auxiliis exortam.

30. In acceptatione pilei quilibet Card[lis] teneatur haec capitula servare.«

[2.] *Cod. Barberin. XXX. 105.*

»Votum Cardinalis Bellarmini de reformatione conclavis.«

»Sub correctione et censura S[tis] V[rae] ex capitibus reformationis Bullae conclavis quatuor tantum capita attingam. Nam caetera omnia, ut iacent, simpliciter approbo. Inprimis igitur valde probo caput septimum de iuramento praestando in singulis scrutiniis. Quamvis enim supervacaneum id videri possit, cum homines vere pii eo non indigeant et homines impii, quales avertat Deus, ut ulli in sacro collegio inveniantur, illud facile contemnant, tamen negari non potest, quin sit futurum loco magni fraeni ad malas voluntates coercendas. Illud saltem boni ex hoc iuramento consequetur, ut nullus audeat in re tanta ludere, eumque in schedula nominare, quem neque iudicat idoneum, neque vellet habere Pontificem. Quod si forte non placeat, toties hoc iuramentum repetere, saltem statuendum esset, ut in ingressu conclavis vel in primo scrutinio singuli iurarent, se tum in praesenti, tum in sequentibus scrutiniis illum eligere, quem iudicant magis idoneum.

Deinde caput XII. cum reformatione adiecta etiam placet, sed ut fraudes caveri possint, statuendum esset horologium octo horarum in loco edito, ut videri ab omnibus et a nemine tangi posset. Quod si hoc non placet, saltem videretur omnino decernendum, ut sub vesperam et multo minus in ipsis nocturnis tenebris non liceret inchoare negotium adorationis. Tempus enim nocturum obnoxium est fraudibus, violentiis, erroribus, ut non immerito Propheta canat: Hominem iustum liberandum esse a negocio perambulante in tenebris.

Tertio, caput tertium decimum non displicet, sed multo magis placeret, si statueretur, ut non valeret ulla salutatio, vel complexus, vel adoratio, nisi accederet verbum: »Eligo« in scrutinio secreto. Nam cum duae tertiae partes conveniant ad aliquem adorandum, vel concordant eorum corda cum gestibus externis vel non concordant. Si concordant, tuto fieri poterit scrutinium secretum, non enim dissolvet, sed confirmabit electionem factam per adorationem. Si vero non concordant, illuditur constitutioni Alexandri tertii; is enim duas partes concordes esse voluit in electione Pontificis; non sunt autem vere concordes, ubi corda non conveniunt, sed soli gestus externi. Et quamvis non possit impugnari talis electio, quia ecclesia non iudicat de occultis, tamen Gregorius X. aperte pronunciat, non esse electionem, ubi libertas adimitur eligendi; et certum est, adimi libertatem, ubi quis timore cogitur simulare, quod in corde non habet, vel nescit, quid agatur et pergit, quo caeteri pergunt, ne sit invisus Pontifici, quicumque tandem ille fuerit. At, inquiunt aliqui, experientia docet, per scrutinium secretum vix posse eligi Pontificem. Imo experientia contrarium docet, plures enim numerantur electi per scrutinium secretum et breviori tempore, quam per negocium adorationis. Deinde, si in aliquibus monasteriis et in aliqua magna republica per scrutinium secretum a duabus tertiis partibus eligitur praeses, etiam sine accessibus, cur non poterit eligi, et facile eligi Summus Pontifex per scrutinium cum accessibus, qui sine dubio valde facilitant electionem? At, per adorationem electi sunt nonnulli Pontifices optimi. Id quidem est verum, propterea quod bonitas dei novit ex malis elicere bona, non quod forma ista eligendi in se vitio careat, cum sit exposita tumultibus et scandalis et in ea praevaleat factio paucorum, et paucorum non senum sed iuvenum, et qui quae sua sunt quaerunt, non quae Jesu Christi. At, non videtur decere, ut *Sanctiss' Dominus Noster Paulus V.* damnet eam formam electionis, secundum quam ipse electus est. Ego vero non arbitror, Sanctitatem Vestram per solitam adorationem, sed per veram inspirationem electam esse.

Non enim praecessit longa tractatio, sed statim atque proposita fuit persona S. V. omnes continuo assenserunt. Nos certe, qui eramus in capella Paulina, ut audivimus proponi Card. Burghesium, quasi una voce diximus: Placet! Placet!

Quarto, reformatio capitis quintidecimi de prohibitione, ne quis alicui suffragium suum promittat, si tollatur adoratio, utilissima erit; si adoratio retineatur, impossibilis et perniciosa erit. Quomodo enim negocium adorationis concludi poterit unquam sine promissione votorum? Proinde nihil erit aliud ista prohibitio, nisi laqueus animarum. Itaque vel tollenda est electio per adorationem, vel tollenda est prohibitio promissionis suffragiorum. Ego autem pro mea particula muneris non solum sentio, tollendam esse adorationem, sed etiam supplex Deum oro, ut immittat in cor Sanctitatis Vestrae, ut hac tam salubri reformatione consoletur ecclesiam suam, adimpleat iuramentum in conclavi praestitum, dissipet consilia eorum, qui quae sua sunt quaerunt, restituat Sacro Collegio libertatem suam, efficiat, ut Cardinales S. R. E. vere sint Cardinales, id est Summi Pontificis electores, non mancipia paucorum, qui contra praeceptum Apostoli Petri dominari volunt in cleris. Multa et magna opera expectat ecclesia a Sanctitate Vestra, quam non factio paucorum, sed deus ipse singulari providentia elegisse videtur; sed nescio an ullum opus vel in se maius, vel deo gratius, vel ecclesiae utilius, vel Sanctitati Vestrae magis honorificum fieri possit, quam sit reformatio electionis, ex qua pendet salus totius corporis ecclesiae. Haec mea sententia est, quam iterum Sanctitatis Vestrae iudicio et correctioni ex corde subjicio.«

[3.] *Cod. Barberin. XXX. 105.*

Clem. VIII.	**Paul V.**
Cap. I.	Cap. I.
Juramenta a magistratibus, oratoribus principum, officialibus ac prelatis ceterisque ad conclavis custodiam deputatis intra decem illos dies, quibus Cardinales absentes expectantur, et antequam conclave ingrediuntur, recipi omnino debeant.	Deleantur illa duo verba *oratoribus principum.*
Cap. II.	Cap. II.
Undecimo die, quo Cardinales conclave ingressuri sunt, si is forte	

inciderit in feriam sextam parascevae, absoluto offitio de passione Domini et inchoato hymno: *Veni creator spiritus*, Cardinales ad conclave progrediantur.

Cap. III.

Neque simul cum Cardinalibus, neque absque illis ante vel postquam iidem Cardinales conclave ingressi fuerint, quisquam alius cuiuscunque sit gradus et *conditionis* et quacumque dignitate ecclesiastica aut mundana praefulgeat, dictum conclave, exceptis conclavistis, ingrediatur.

Cap. III.

Post verbum illud *conditionis* addantur haec: quamvis oratores principum, regum aut imperatorum fuerint.

Cap. IV.

Cum Cardinales conclave ingressi fuerint, statim idem conclave claudatur, et reliquo primi eius diei tempore ab ipsis Cardinalibus solitae constitutiones et litterae apostolicae perlegantur et juramenta super illarum observatione praestentur, *quod si eo die perfici non possit sequenti die ante scrutinii initium absolvatur.*

Cap. IV.

Post verbum illud *praestentur* addantur haec: Nec non tam legitima documenta sacri ordinis a Cardinalibus suscepti, quam etiam brevia et indulta suffragii in electione ferendi concessa illis, qui in sacris ordinibus nondum fuerint constituti, exhibeantur. Eodem etiam die, si tempus suppetet, singulorum conclavistarum qualitates examinentur, et de singulis, ubi dubium aliquod inciderit, secretis suffragiis, ita ut maior pars praevaleat, decernatur. Ipsique conclavistae praeter caeteras qualitates fel. rec. Pii IV. constitutione requisitas, nullius Cardinalis fratres, nepotes esse debeant; si vero Cardinales quibuscum conclave ingressuri sint, citra annum fuerint creati, ita ut hi conclavistas, qui in Cardinalatu ipsis per annum inservierint, secum ducere neque-

ant, eos deligere et secum ducere teneantur, qui saltem toto tempore, ex quo Cardinales renuntiati fuerint, re vera, omnique fraude cessante, eorum familiares, domestici, continui commensales extiterint et tunc existant, eisque inservierint et tunc inserviant, ac ipsorum domum inhabitaverint et tunc inhabitent, et eorum expensis vixerint et tunc vivant.

Cap. V.

Ad electionem procedi non possit, nisi conclavi clauso et postquam constitutiones praedictae lectae et iuramenta super illarum observatione prestita fuerint, et post celebratam sequenti die missam de spiritu sancto, et post susceptum per manus Cardinalis celebrantis ab iisdem Cardinalibus sacrosanctum eucharistiae sacramentum.

Cap. V.

Cap. VI.

Illo ipso secundo die et duobus aliis immediate sequentibus diebus nulla alia electio teneat aut valida sit, quam, quae per viam inspirationis unanimi omnium concordia per verbum »*eligo*« alta et intelligibili voce ab unoquoque prolatum aut scripto extensum, vel per viam scrutinii, per secreta suffragia faciendi, et accessus, secuta fuerit. Electio vero per viam adorationis et compromissi et cuiusvis alterius modi, quam supradicti, horum trium dierum tempore excludatur.

Cap. VI.

Hoc sextum caput deleatur totum.

Cap. VII.

Numerus suffragiorum seu votorum duarum ex tribus tertiis par-

Cap. VII.

Post verbum *illud* possit addantur haec: seu electio per se-

tibus Cardinalium in conclavi existentium ad canonicam electionem praescriptus declaratur ita esse necessarius, ut in duabus tertiis partibus eligentium votum eius, de cuius electione agitur, non numeretur, sibique suffragari minime possit. Ipsius tamen persona, si in conclavi fuerit, computetur in numero aliorum Cardinalium in conclavi praesentium.

creta, seu per publica suffragia celebretur.

Cap. VIII.

In scrutinio per secreta suffragia faciendo antequam schedula electionis in calicem immittatur ab unoquoque Cardinali fiat protestatio alta et intelligibili voce sub hac forma: Testem invoco cum omni reverentia dominum nostrum Jesum Christum, qui est sapientia patris aeterni, quod ego N. illum eligo in Rom. Pont. in hac schedula, quem sentio ad hoc onus ferendum magis idoneum.

Cap. VIII.

Deleatur illud verbum *fiat*, et reponantur haec: Ante sanctissimum eucharistie sacramentum, ubi magis decere videbitur asservandum, praemittatur protestatio.

Cap. IX.

In qualibet schedula scrutinii plures, quam tres, singulis vicibus inscribere aut nominare non liceat. *Quod si quis plures nominaverit, eius votum pro illa vice est nullius roboris et momenti, neque is in eodem scrutinio possit accedere.*

Cap. IX.

Deleantur, quae sequuntur post illud verbum *liceat*, et eorum loco restituantur haec: Hi autem tales esse debeant, ut eorum singuli iudicio eligentis omnium maxime idonei sint iuxta formam iuramenti in oblatione schedulae praestandi et ad contrasigna tollenda; ubi quis pluribus Cardinalibus in scrutinio suffragium dare voluerit, praeponat nomen illius, qui in ordine suae dignitatis praecesserit. Quod si in aliqua schedula ordo nominandi servatus non fuerit, aut plures quam

tres fuerint nominati, ea statim laceretur. Et nihilominus, qui tale suffragium dederit, in numero Cardinalium computetur, non tamen pro ea vice possit accedere. Ad huiusmodi autem vota legenda novi quotidie Cardinales in ordine priores adhibeantur.

Cap. X.

Scrutinium *per vota secreta* bis singulis diebus fiat, mane videlicet unum post solitam missam de sede vacante, alterum post hymnum: *Veni creator spiritus* vespere.

Cap. X.

Cap. XI.

Si quis eodem in scrutinio duas tertias partes votorum ad electionem necessarias et sufficientes habuerit, aliquis vero alias ultra duas dictas tertias partes unum vel plura suffragia similiter habuerit, is praeferatur, in quem plura suffragia consenserint, etiam si uno tantum voto alterum superaverit. Quod si numerus suffragorium aequalis fuerit, neuter electus esse censeatur.

Cap. XI.

Hoc caput XI. deleatur totum et eius loco surrogetur hoc: Nemo vero per viam scrutinii *intelligatur electus*, nisi eo peracto et perlectis omnibus votis, idque locum habeat, quamvis, etiam antequam totum scrutinium perlegeretur, iam constaret, illum duas ex tribus partibus votorum esse assecutum. Quod si absoluto scrutinio appareat, duos nel plures tulisse duas ex tribus partibus suffragiorum ad electionem necessarias, sive ipsi aequalem votorum numerum assecuti sint, sive inter hos duas tertias partes votorum habentes unus plura vota habuerit, quam alius atque ipsum votorum numero superet, nulli eorum ex taliter electis ius ullum acquiri ac perinde haberi, ac si nihil omnino actum esset, declaramus. Et si vel hi omnes, vel ipsorum aliquis sibi nomen summi pontificis usurpare, vel se pro pontifice gerere

praesumpserit, non apostolicus sed apostaticus habeatur et una cum suis fautoribus ab omni ecclesiastico gradu, in quo prius fuerat, deponatur et excommunicationi eo ipso subjaceat.

Cap. XII.

Electio per viam adorationis celebrari non possit, etiam elapsis superius expressis diebus, nisi post finem scrutinii matutini usque ad initium vespertini. Matutinum vero scrutinium tum dicatur finitum, cum publicatis votis ac secutis accessibus electio secuta non fuerit. Vespertinum vero inchoatum censeatur, cum convenientibus vesperi Cardinalibus fuerit inchoatus hymnus: *Veni creator spiritus.* Ita electio per viam adorationis, alio tempore quam praemisso facta, irrita et nulla nulliusque roboris et momenti sit.

Cap. XII.

Hoc caput XII ita restituatur: Electio per viam adorationis celebrari non possit, nisi post finem scrutinii matutini usque ad initium vespertini. Matutinum vero scrutinium non dicatur finitum, nisi post vota singulorum publicata, ac secutos, si qui fuerint, accessus. Vespertinum vero inchoatum censeatur, cum primum pro eo campanula insonuerit. Quod si electio per viam adorationis alio tempore sequatur, irrita et nulla, nulliusque roboris ac momenti habeatur; a fine autem scrutinii matutini ad primum tinnitum campanulae scrutinii vespertini octo horarum spatium semper intercedat; et propterea horologium publicum, cuius pulvis dicto spatio horarum octo descendat penes sacristam et magistros caeremoniarum in loco publico a deputatis conclavis eligendo asservetur, qui statim peracto scrutinio matutino ita horologium vertant, ut jam inde pulvis defluere incipiat. Et ubi ex totius pulveris decensu id spatii exactum esse cognoverint, tum campanula pro vespertino scrutinio pulsetur. Quod si aliquod negocium electionis per viam adorationis inchoatum, nec dum absolutum fuerit, statim atque

campanula pro vespertino scrutinio sonum dederit dissolvatur.

Cap. XIII.

Eadem electio non censeatur facta per salutationem duarum ex tribus partibus Cardinalium in conclavi existentium, nec etiam omnium, ac eorum gratulatio, deductio ad locum electionis, complexus ibidem quoquo modo secuti, aliaque eiusmodi erga Cardinales gesta aut dicta non sufficiant ad veram electionem, neque propterea jus cuiquam tributum aut quaesitum dicatur aut censeri queat, nisi omnes Cardinales eligere intendentes consensum suum per verbum »*eligo*« alta voce per se ipsum prolatum aut ex scripto expresserint, quemadmodum superius in electione per viam inspirationis dictum est.

Cap. XIII.

Tota haec clausula: *Nisi omnes Cardinales* deleatur et reponantur haec: Nisi consensus per verbum »*eligo*« alte et intelligibiliter a quolibet eligente voce aut scripto expressus fuerit.

Cap. XIV.

Cardinales et praelati ad custodiam conclavis deputati moneantur, ut quae alias circa ferculum unius speciei tantum idque moderatum, et alias piae mem. Clementis VI. praedecessoris constitutione qualificatum singulis Cardinalibus tam in prandio quam in coena exhibendum statuta sunt, quantum ad eos pertinet, servent et ab aliis servari *curent*.

Cap. XIV.

Post verbum illud *curent* subjiciantur haec: Unicum autem unius speciei ferculum accipi declaramus, ut unicum sit seu carnis seu piscis assum vel elixum, aut ovorum unica tantum ratione coctum et conditum, ita ut quaelibet nedum substantiae, sed etiam cocturae et condimenti varietas pluralitatem ferculi constituat, neque liceat, unum pro Cardinali, aliud pro eius conclavistis intromittere aut recipere, sed unicum idemque sit pro his omnibus ferculum, unicoque et eodem tantum eos vesci permittimus. Ita tamen, ut unicam etiam cum ferculo pultim,

et preterea poma et caseum absque aliquo alio cibo praeter eiusmodi ferculum comedere non prohibeantur. Nec vero Cardinalium aut conclavistarum ulli liceat, alterius Cardinalis vel aliorum conclavistarum ferculo quovis pretextu vesci, sed eo tantum, quod pro Cardinali, cui inservierint, illatum fuerit, contenti sint.

Cap. XV.

Numerus communium servientium ad tresdecim definitur, ex quibus secretario collegii unus amanuensis et tribus magistris ceremoniarum (tot enim conclave ingredi permittantur) duo alii assignantur, sacristae quoque cappellae pontificiae permittitur, ut duos, quorum opera in suo ministerio ultra numerum praedictum utatur, introducere valeat.

Cap. XV.

Hoc caput XV. ita commutetur: Numerus communium servientium ad tresdecim definitur, praeter quos unicus secretarius sacri collegii cum uno amanuensi, magistri autem ceremoniarum tres absque alio, qui eis inserviat, conclave ingrediantur, sed una cum eis admittatur unus ex cappellae pontificiae clericis secretis suffragiis eligendus, ut cardinalibus missam celebrantibus deserviat. Sacrista vero cum uno tantum socio in conclave admittatur. Praeter hos atque alios, quos constitutio fel. rec. Pii IV. conclave ingredi permittit, nulli prorsus alii, quovis utilitatis, necessitatis aut consuetudinis praetextu, etiam omnibus cardinalibus consentientibus admitti aut recipi debeant aut possint.

Cap. XVI.

Cardinalibus praecipitur, ut in ferendis suffragiis remotis omnibus mundanis affectibus procedant et ab electione arceant conspirationes, promissa, conventiones, pactiones et alios illicitos tractatus. Signa aut con-

Cap. XVI.

Totum hoc XVI. caput deleatur et eius loco restituantur haec: Praecipitur Cardinalibus, licet defunctorum pontificum nepotes sint, atque omnibus aliis personis, tam ecclesiasticis quam laicis, etiam principibus summis, quacumque

trasigna votorum alteri non dent, libertatem in ferendis suffragiis non adimant, minisve alios perterreant, aut alia faciant, per quae electio retardetur aut impediatur.

dignitate praefulserint, eorumque oratoribus et ministris, ut in hac summi pontificis electione omnino abstineant a quibuscumque pactionibus, conventionibus, promissionibus, obligationibus, condictis, foederibus, intendimentis tam praestandis, quam recipiendis et exigendis, tam respectu inclusionis, quam exclusionis. Quae eo ipso, quod hac in re interposita fuerint, etiam juramento adiecto, etiam praetextu grati animi significandi, illicita ac nulla, ac viribus prorsus carere declaramus. Nolentes quempiam ad talium observantiam teneri, aut ex transgressione notam incurrere fidei non servatae. His tamen nequaquam prohibitus intelligatur tractatus, vel explicatio sententiae, aut animi declaratio ad electionis negotium conficiendum, dum tantum absint promissiones et alia praedicta. Et quatenus de facto intervenerint, nullam omnino vim obtineant. Quod si quis in aliquo praedictorum contrafecerit, incurrat eo ipso absque ulla alia declaratione in penam excommunicationis latae sententiae, cuius absolutio sedi Apostolicae tantum reservata sit, ita ut nec etiam summus penitentiarius vigore quarumcumque facultatum talem absolutionem, praeterquam in articulo mortis, impertiri queat.

Cap. XVII.

Praesens constitutio per collegium Cardinalium nullo modo alteretur, corrigatur vel immutetur, ac una cum aliis consti-

Cap. XVII.

tutionibus statim atque Cardinales conclave ingressi fuerint, legatur et iuramenta super illius observatione praestentur.

Cap. XVIII.

Cap. XVIII.

Per hanc constitutionem S. S. aliis constitutionibus super hac re editis et poenis in eis contentis, nisi in casibus superius expressis, minime derogare intendit, sed in sui roboris firmitate relinquit.

Cap. XIX.

Cap. XIX.

Sperat tandem S. S., Romanos pontifices, qui pro tempore eligentur, omni studio curaturos, ut quae in dictis constitutionibus proinde statuta sunt, inviolabiliter et per penarum ipsarum contra transgressores executiones observentur.

Cap. XX.

Cap. XX.

Praesens constitutio per cursores in locis solitis de more publicata omnes et singulos Cardinales tam praesentes, quam absentes moderno, et qui pro tempore erunt, et alios quoscumque, quorum interest vel interesse poterit quomodolibet, in futurum afficiat ac liget, ac si eis personaliter intimata fuisset.

Praeter capita, ut supra recognita, correcta, aucta et immutata, infrascripta visa sunt adijcienda.

Cap. I.

Omnes Cardinales defuncti pontificis corpus, quo tempore afferetur ad ecclesiam, comitari debeant ac triduo post obitum eiusdem pontificis, missa celebrata, interesse teneantur, cum idem corpus traditur ecclesiasticae sepulturae.

Cap. II.

Castrum doloris quamprimum inchoetur et absolvatur.

Cap. III.

Nullus Cardinalium toto sedis vacantis tempore unquam seu intus, seu extra conclave, seu noctu, seu interdiu, sine rocchetto et mozzetta appareat.

Cap. IV.

In conclave nullae privatae letterae aut privatum cuiusquam scriptum sine suffragiis secretis eiusdem collegii recipiantur, immo quae sic receptae fuerint a Cardinalibus in ordine prioribus antea praelegantur. Nullique Cardinalium liceat quavis de causa rotas adire sine consensu totius collegii secretis suffragiis exquirendo. Cardinales tandum in ordine priores vinctim (iunctim?) ad illas accedere pro publicis dumtaxat negotiis non prohibeantur.

Cap. V.

Vela etiam, quibus cellularum aditus obteguntur, adeo nullis nexibus vinciantur, ut cuilibet ingredi volenti statim aditus pateat. Quae quidem cellulae aeque omnes eiusdem mensurae sint, ea vero mensura tam in longitudine, quam in latitudine ad 20 palmos praescribitur. Intra quod idem spatium tam unusquisque Cardinalis, quam eius conclavistae cubent, nec circum suprave quicquam construi possit, nec cellulas etiam vacuas et contiguas, aut alium quemvis locum extra huiusmodi septum aptent aut occupent aut utantur. Magistri autem ceremoniarum, sacristra caeterique officiales in cubiculis lateritiis non habitent, sed eorum quoque cellulae temporariae sint. Intra nullius autem Cardinalis cellulam plures Cardinales quam quinque quovis praetextu convenire aut consistere etiam ad breve tempus non possint.

Cap. VI.

Octo ex insignioribus urbis medicis secretis suffragiis eligantur, ex quibus postea duo tantum conclave ingressuri sortitione secernantur. Idem quoad chirurgos, ministros, caeterosque servientes servetur, ut scilicet pro singulis ex praescripto fel. rec. Pii IV. in conclave admittendis quatuor eligantur, et ex iis quem sors supradicta ratione praetulerit in conclave recipiatur.

Cap. VII.

Cardinales, qui urgenti aegritudine e conclavi egredi voluerint, ita demum regredi possint, quandocunque libuerit, si ante egressum medici iuramentum praestiterint, grave illis vitae periculum ob eiusmodi aegritudinem, nisi egrediantur, imminere, ac praeterea tres saltem ex quatuor partibus Cardinalium, medicorum prius attestatione

in scriptis perspecta, talem egressum secretis suffragiis approbaverint. Quod si quis tribus ex quatuor partibus Cardinalium non suffragantibus exire voluerit, nullo pacto amplius in conclave recipiatur, et nihilominus seu suffragante, seu refragante in hunc modum collegio exeuntes iurent, se nihil de his, quae intra conclave gesta esse norint, cuiquam patefacturos; et si contrafecerint, ultra periurii reatum eo ipso poenam excommunicationis incurrant. Caeterum qui semel exierit, licet fultus medicorum testimonio et sacro approbante collegio, si post regressum iterum quomodocumque exierit, quamvis causa infirmitatis urgeat, medici ut supra iurent, et collegium ut supra approbet, nullo tantum pacto amplius in conclave admitti possit, conclavistae autem cum semel, seu soli ob propriam aegritudinem seu simul cum suo Cardinali egressi fuerint, regredi non possint, sed alii eorum loco admittantur.

Cap. VIII.

Ubicumque seu antiquis hac de re editis constitutionibus, seu hac novissima, in quacumque re praeterquam in electione Rom. pont. statuitur, aliquid secretis suffragiis esse decernendum, ut magis in singulis actibus suffragiorum libertas vigeat, statuimus ea deinceps in hunc modum fieri debere: singuli Cardinales singulos globulos laneos accipiant, ac suum deinde singuli in urnam huiusmodi formae conijciant, ut intus duae sint cellulae aptae, adeo inter se distinctae, ut in utram quis coniecerit ab aliis discerni non possit; quarum altera approbet et altera reprobet.

[4.] *Cod. Barberin. XXIII. 23, (folior. 69).*

»De prudentia in creando Pontifice Maximo liber unus.« (Auf dem Umschlage: »Federici Card. Boromaei).«

Inc. »Aggredienti mihi scribere de civili prudentia variisque consiliis, quae versantur in Romani Pontificis creatione, dum Cardinales, quorum ea est potestas, in Conclavi sedent, illud saltem eveniet, ut recte in eo custodire historiae leges possim«......

Ueber die Autorschaft des Cardinals Borromeo und über die Zeit der Abfassung können nach dem Inhalte der Schrift kaum Zweifel bestehen. »Multoties adhuc, — sagt der Verfasser pag. 2 — nimirum *in septimam usque vicem* interfui Pontificalibus hisce comitiis.« pag 14—15. »Adulescentulo certe mihi narravere probi homines, *Divum Carolum*, cum esset in Conclavi, dignum iudicasse Pontificatu principem virum e Cardinalium numero non tam ob ingenium illius, quod magnopere fortasse non probabat, quam ob tempora, quae talem requirere Pontificem videbantur.« pag. 43—44. »Ego, cum *ineunte iuventa in Colle-*

gium essem vocatus, amplissimum e nostro numero virum audivi super hoc negotio disserentem ea, quae semper custodienda esse fideli memoria sum arbitratus.« . . .

Die Anlage des Buches, in welchem der Autor nur das erzählen will, was er selbst erlebte — »narrando scilicet eos tantummodo casus, quorum ipse spectator fui« (pag. 2) — ist in Kürze folgende:

pag. 3. »Primum omnium in animo habeo, scribere de illorum officio, quorum est eligere, deinde qui eliguntur, demum ordo et forma sequetur electionis. Omnia vero simplicissime tractabuntur, sicuti postulat eorum conditio, quorum ad manus potest haec nostra cura pervenire. Non enim egent ea explicatione, quam vulgus fortasse desideraret, sed tantum oportet ea memoria, quae superiorum temporum casibus fuere a nobis animadversa.«

Auf den ersten Punkt übergehend handelt Borromeo zunächst von den nothwendigen, resp. wünschenswerthen Eigenschaften der Wähler, als deren wichtigste er (pag. 6) »vigorem animi nimirum et veritatem« bezeichnet. Gleichzeitig führt er auch eine Vertheidigung der Conclaven gegen viele ungerechtfertigte Angriffe, wobei er jedoch mit rühmenswerther Offenheit gewisse bei der Papstwahl öfters zu Tage tretende Missstände zugibt und verurtheilt.

pag. 45. »Nunc agendum erit de illis, qui eliguntur, quandoquidem de eligentium officio satis egisse videmur« . . . Es werden nunmehr die subjectiven und objectiven Momente erörtert, welche die Erlangung des Pontificates begünstigen oder aber erschweren. Gar oftmals täuscht der nachträgliche Ausgang die früheren Erwartungen. Der Autor führt — schonend und ohne Namen zu nennen — Beispiele aus den Conclaven Pius IV. (p. 66), Gregor XIII. (p. 70), Innocenz IX. (p. 76) und Clemens VIII. (p. 79) vor.

pag. 104. »Hactenus egimus de illorum officio, qui Pontificem eligunt, quive in spem eam revocantur. Nunc de forma electionis agendum erit, quae quidem forma, sicut omnes vident, deberet esse plena tantae sanctitatis et prudentiae, quantum assequi cogitatione quisquam possit. Ac primum omnium illud maneat, impetus quosdam nimios atque violentos, qui fuere nostris temporibus in Conclavi, non multum utilitatis habere. Nam saepe frustra suscipiuntur et eligentes ut plurimum offendunt, qui, cum favere carioribus velint, impediuntur eo tumultu, nec possunt interim illis eam operam praestare, quam vellent, tentando aliquid ipsorum causa et experiendo. Accedit etiam invidia quaedam ardoris eiusmodi et alienatio in illum, qui sic eligitur, ac saepe casus et strepitus et perturbationes tantae

consequuntur, quantas ipsi vidimus. Et quamvis fieri possit, ut in eo incursu et actione repentina moveantur iustis quoque causis homines et publico bono, credantque sic officio satisfacturum esse, censemus tamen, subitarias istas expeditiones potius relinquendas esse turbae militari, cum statim in arcem evadere aliquam conantur.« . . .

pag. 106 ff. Der Autor spricht sich sodann überhaupt gegen Ueberstürzungen der Wahl und Ueberrumpelungen der Wähler aus. Man solle vielmehr die Gemüther der Wähler zu überzeugen suchen, u. z. nicht mit pomphaften Reden, sondern mit Thatsachen, welche für sich selbst sprechen; das öffentliche Wohl, die Vermeidung grösserer Uebel, die Nothwendigkeit etc. sind nach seiner Ansicht derartige Momente. Uebereilung habe in den Conclaven schon sehr vielen geschadet, die sonst den Pontificat vielleicht erlangt hätten.

pag. 119. »Et quia diximus, in Conclavi quosdam impetus fugiendos esse, veluti militares, initium nunc et originem eorum exponam, quae certe non est alia (sic!), quam quod recedimus ab institutis et legibus, quas maiores inviolabiliter et sancte custodiebant. Nam cum *multorum commentariis et litteris* haec Pontificia res tractata sit, in eo consentiunt omnes, sicuti sciunt memoriae veteris periti, *ut nota scrutinii consuetudo servetur* in eligendo Pontifice, nec, nisi certa tempora certique casus cogant, omittendum esse scrutinium censent. Omnino melius ecclesiae consuleretur, si veterum instituta servaremus, quae consignata litteris extant. Scimus, eos, qui nostri temporis consuetudinem probant, ita dicere solere, plus esse in adoratione ad rem mature peragendam, cuius dilatio reipublicae posset esse damnosa. Sed in hoc etiam adorandi more diversa erat antiquorum consuetudo, nec illi tumultuose ac perturbate, nec semper ex improviso ad ea pedum oscula sese proripiebant. Ac possem ego, si ista desiderarentur, historiis ab omni antiquitate repetitis docere, quemadmodum expeditior in suffragiis et scrutinio, quam in odoratione semper fuerit creandi Pontificis via. Nunc videndum est, cuiusmodi sit illud, quod florentissimi Cardinales autoritate nominis et asseclarum numero magnopere non sequantur hanc scrutinii viam eamque pertinere putent ad minuendum imperium, quod obtinere sese in ceteros arbitrantur. Horum ego factum et elata consilia comprimere posse videor uno verbo, si dicam, esse cogitandum ipsis de celerrimo potentiae huius fine, quae sicuti vana est et inanis, ita brevi dilabetur. Nam si attente ego nostrae casus aetatis inspexi, maxime pontificii sanguinis Cardinali successit, ut primis post patrui vel avunculi mortem comitiis ex animi sui sententia pontificem creavit, secundis inde comitiis non potuit idem excludere, si quem volebat, ac

tertiis denique sese prope reductum in ordinem vidit. Ita illi minuuntur in horas atque debiliores fiunt. Quod si caecis arcanisque suffragiis res ageretur, proficerent multo magis inveterata iam autoritate et favore multorum occulto, ipsorumque potentia in senatu constantior foret, neque post sui pontificis obitum versarentur in eo discrimine, quod adiere nonnulli, principem ut haberent eum, de cuius animo ac benevolentia dubitare possent, effugerent illam quoque necessitatem, qua multorum subeunt inimicitias, dum aperta fronte multos excludunt, sicuti fieri videmus ob mala, quae pertimescunt. Etiam ita status est, principes quorum voluntates in hanc partem inclinari non videmus, nullam potentiae suae iacturam esse facturos. Nam si naturam atque condicionem rerum attente velimus intueri, sic reperiemus, nihil esse, quod tantopere valeat ad movendos Cardinalium animos, ut obsecundare principibus velint, quantum valebit, *si nati sint in eorum imperio ac dominatu*, quo vinculo ac pignore devincti saepe tardiores erunt ad resistendum eorum voluntati. Ac ipsi quoque principes ita fregerunt ea pericula et dubios eventus, quibus sese commiserunt aliquando, dum palam aliquem oppugnandum retrahendumque suscepere. Cum enim ipsis invitis ille postea pontifex erit factus, nec damno nec solicitudine carebunt. Non tamen ignoramus, eorum id fieri culpa, quorum ipsi opera et comitiis utuntur, qui si possent ullo modo conquiescere, temperarent sibi principes neque tantas omnino turbas excitarent. Sed importuni saepe ministri dicendo et agendo pertinaciter instant et urgent, donec principis animum ad ea pertraxere, quae ne leviter ille quidem attigisset relinquendo patribus integrae consultationis arbitrium, sicut ecclesiae dignitas et reipublicae salus postulabat. Sane quidam eorum, ut opibus ita eciam consilio supra multos, quotiescunque de rebus aliis scriberet Romam ad suos, addebat illud, ne suum nomen in agendis negociis oppignorarent; quo verbo monebat, ne famam et dignitatem et rem ipsius adducerent omnibus horis in discrimen, sicuti faciunt isti, qui progrediuntur in eum locum, unde postea sine dedecore principes exire non possint. Aliquoties mortuo pontifice servavere principum legati, ut sermone uterentur moderato et cauto, ac in eo summam meruisse laudem videntur, sed rursus ac ministri quidam inferiores intoleranda temeritate principum rebus favebant, idque spectaculum odiosum erat. . . . Par indignatio videtur in illos possec ommoveri, quos unusquisque Cardinalium in conclave secum ducit. Nam laici homines vocati conclavistae et in ministeria quotidiani cultus asciti, tantum sibi sumunt, quantum certe non deberent. . . Ac videtur posse dubitari, plusne utilitatis an detrimenti cum suis afferant. . . Callidi saepe homines

et acri iudicio consumpsere magnam vitae partem in aula, varios rerum eventus animadverterunt, ac super omnia tenent eam artem, ut multiplici velorum flexu regant navim. . . Itaque poterunt Cardinali suo facili persuadere quidquid volent. . . Non tamen sunt omnes eodem ingenio videorque cognovisse nonnullos et prudentes et moderatos, qui possent optimis consiliis in melius flectere sui Cardinalis animum. . . Non conclavistarum generi, sed Cardinalium collegio Deus illam spiritus et gratiae lucem immisit, cuius illustrati radiis rite eligere pontificem possint . . . atque pocius debebunt . . consultare patres, quam cum familiaribus aulicisque suis, qui in ambitione Cardinalis unusquisque sui et in suae utilitatis cura mentem habere defixam solent, quae duo, si momenti multum haberent, in electione profecto pessimi rerum eventus inde consequerentur. Satis hactenus videamur egisse de prudentia in creando pontifice Romano, quamvis ad negotii vel argumenti magnitudinem parum. Neque vero suspicari quemquam velim, id nobis ab initio propositum fuisse, ut certis immutabilibusque praeceptis rem hanc universam comprehenderemus. . . Tantum animus fuit, in medium ea proferre, de quibus mea me tempora variique casus admonuissent, nimirum ut prodessem hominibus, si qui forte vel ad animi delectacionem vel ad officii sui fructum exiguum hunc librum sumere in manus volent. Caeterum ea sit aliorum deliberatio, num in negotio tam vario tam ancipiti tam exposito casibus praecipi possint ea, quae certa et fixa immutabilique lege contineantur [1]). *Explicit.*

[5.] *Bibl. Vittor. Emman. Cod. Gesuit. 744 (2873).*

fol. 157. »De canonica Summi Pontificis electione a Cardinalibus facienda disputatio R. P. Benedicti Justiniani.«

Inc. »Praetermissa varia ac multiplici Romani Pontificis electione, quae olim partim iure, partim auctoritate Pontificum, quo iure quave iniuria usurpata, frequentari consueverat, propositum nobis est, de legitima electione agere, quae iam pridem sacrorum canonum auctoritate collegio Cardinalium reservatur« . . .

Der Autor theilt seine Arbeit in 8 Capitel; u. z.

fol. 158. »Quid iure naturae ex iustitia commutativa agendum sit. Caput primum.«

---

1) Die Copie des Textes von »Nunc videndum est« bis zum Schlusse, welche ich seinerzeit nicht mehr anzufertigen im Stande war, verdanke ich der besonderen Güte des Herrn Prof. Dr. *J. Loserth* in Graz.

»Duo potissimum cuique electori spectanda videntur. Primum, ut dignus eligatur et excludatur indignus. Alterum, ut ratio electionis canonica retineatur« . . .

Diese beiden Punkte werden unter zahlreichen Beziehungen auf die Kirchenväter und canonischen Rechtsquellen näher ausgeführt.

fol. 171ᵛ. »Quae pericula in electione Pontificis necessario arcenda sint. Cap. II.«

»Eodem naturae iure coguntur Cardinales prospicere, ne Pontificis electio vi, fraude ac dolo vitietur, atque idcirco omnibus periculis, quibus ea exposita esse potest, quanta maxima diligentia fieri poterit, occurendum erit, ut praecipitur c. In nomine Domini, Dist. 23« ..

Der Autor erörtert sonach die verschiedenen Bestimmungen der älteren Wahlgesetze bis zur Bulle Pius' IV., welche in obiger Richtung Vorsorge getroffen haben. Neues wird hier nicht geboten; zu erwähnen wäre höchstens:

fol. 183. »Illud praeterea gravissimum periculum omni studio conatuque a Pontificis electione removendum est, ne studio aut favore principum quisquam promoveatur, quod in omni electione ecclesiastica sacri canones severe interdicunt . . . Nec solum ecclesiasticis censuris subjiciuntur ii, qui studia et suffragia principum ad ecclesiasticos honores assequendos turpiter emendicant, sed ipsis etiam principibus severe praecipitur, ne in rebus ecclesiasticis suam interponant auctoritatem. Itaque in VIII. Synodo Constantinopolitano Can. 22, Adrianus Pontifex universim statuit, ne quis laicorum principum ecclesiasticis electionibus sese ullo pacto immisceat addito anathemate, nisi obediat et consentiat. Et Gratianus D. 63 plures affert canones, quibus praecipitur, ut haec ecclesiastica eligendi libertas sarta tecta summo nisu conatuque servetur. Quamobrem haud ambigam, eos graviter peccare, qui sua suffragia principum oratoribus hactenus obligant, ut nemini sese suffragaturos affirment, nisi iis, quos ipsi suorum principum nomine significaverint.«

fol. 184. »Quid iure ecclesiastico agendum sit, quibusque modis in electione peccetur. Cap. III.«

»Eadem commutativae iustitiae ratio postulat, ut Cardinales in electione Pontificis, tum quod spectat ad personam, tum etiam quod attinet ad eligendi modum, servent ea, quae iure canonico praecipiuntur« . . .

Hier wird über jene Vorgänge gehandelt, welche die Wahl ungiltig machen oder doch mit Censuren belegt sind.

fol. 196. »Novam eligendi formam, quae dicitur adorationis, magna ex parte cum iure naturae pugnare. Cap. IV.«

»Formam eligendi Pontificis, quam adorationis appellant, novam dixi, quod non ante multos annos in electione Pontificis ceperit usurpari. Nam si Onufrio credimus in adnotationibus ad vit. Pontif. ex Platina in vita Clementis V., Julius III. hac ratione omnium primus Romanus Pontifex est renunciatus« . . .

fol. 205. »Adorationis formam nullo ecclesiastico iure, sed sola consuetudine niti. Cap. V.«

»Si ea, quae de legitima electione iure ecclesiastico sanciuntur, paulo diligentius inspiciantur, facile quivis intelligit, quam sit haec adorationis forma a sacrorum canonum praescripto aliena« . . .

fol. 211. »Adorationis formam sacris canonibus non satis congruentem videri. Cap. VI.«

»In Pontificis electione satis constat multa esse peculiaria, quae in aliorum praesulum electionibus non facile admittuntur« . . .

fol. 217v. »Adorationis formam tum ratione iustitiae commutativae, tum etiam distributivae excludendam esse. Cap. VII.«

»Saepe alias dubitandum est, liceatne collegio Cardinalium hanc eligendi formam excludere« . . .

In diesen beiden Capiteln argumentirt der Autor mit den damals geläufigen, aus der nachfolgenden Zusammenstellung (vgl. n. 6) ersichtlichen Gründen gegen den Fortbestand des Adorationsmodus, wobei er sich unter anderem besonders auf die Bulle »In eligendis« Pius' IV. stützt, welche nach seiner Ansicht ohnehin schon die Adoration stillschweigend verwirft, indem sie beispielsweise alle menschlichen Rücksichtnahmen verbiete und wolle, dass die Cardinäle blos Gott vor Augen haben sollten, was alles ja mit der Form der Adoration ganz unvereinbar sei.

fol. 227v. »Quid caritatis ratio persuadeat. Cap. VIII.«

»Ambigi nulla ratione potest, habendam esse Cardinalibus non modo utriusque iustitiae rationem, sed multa etiam praestanda esse ex caritate, quam primum ecclesiae universae, deinde privatis singulis fidelibus iure debent« . . .

Nachdem Justiniani diesen Gedanken näher ausgeführt hat, macht er Vorschläge bezüglich des Inhaltes einer eventuellen neuen Wahlbulle:

fol. 230. »Quod si in Pontificis electione celebranda aliquid immutandum videretur, inter caetera salvo semper melius rectiusque sentientium iudicio, haec quae sequuntur statuenda viderentur. Primum, ut nulla Pontificis electio rata ac firma censeatur, nisi quae fuerit post missam Spiritus Sancti, conclavi iam obserato, in loco consueto et scrutinio designato celebrata. Et quidem per scrutinium vel per accessus vel denique per inspirationem vel quasi inspirationem

cum clara voce Cardinales omnes praesentes, nullo penitus contradicente aut discrepante, quempiam Romanum Pontificem salutarint, modo de illo nominatim nullus tractatus aut consultatio praecesserit. Secundo, ut quotidie bis patres in consuetum locum conveniant scrutinii causa, mane quidem post sacrum more solito, a prandio vero post hymnum »Veni creator spiritus« et aliquot preces, et in utroque admittantur accesus. Placeret autem mihi, tam mane quam vesperi, si primo scrutinio electio non succederet, addi eodem ipso tempore secundum et tertium scrutinium, quod partibus molestatum esse non debet, sive quia possunt ex suis cellis plura afferre suffragia descripta, sive quia commode possunt singulisvis in locis ea conscribere. Illud autem praeterea commodi inde consequeretur, quod diutius patres scrutinio peragendo distenti minus haberent otii ad clancularios conventus et factiosos congressus peragendos.

Tertio, quamvis nominatio plurium in scrutinio non nihil videatur iuvare celerem ac maturam electionem, ex altera tamen parte plura videtur afferre posse incommoda. Quid enim, si duo vel plures duarum partium suffragia ferant et sint omnino numero pares? Quid, si unus prius nominatus duas habeat suffragiorum partes, secundo vero aut tertio loco potius eum numerum etiam excedat? Quid, si, quod ut plurimum contingere potest, alio atque alio ordine nominentur, et qui ab uno primo loco ponitur ab alio secundo vel tertio loco collocetur? Video facile responderi posse, eum Pontificem legitime electum censeri, qui omnium primus, quocunque tandem loco nominetur, duas suffragiorum partes tulerit. Sed fortasse ad omnes difficultates tollendas et removenda dubia, quae inde oriri possent, praestaret, ut singuli Cardinales suis suffragiis unum tantummodo nominarent, quem pontificatu dignissimum censerent, sed hac quidem in re nihil magnopere contenderim, cum celeritas electionis magni videatur esse momenti, ac plurimum (sic! scil. plurium) nominatione non mediocriter iuvari.

Quarto valde placeret, quemlibet Cardinalem, dum suum suffragium in calicem conjicit, solemni sacramento adigi, quo Deum coram omnibus testetur, se illum eligere, quem vere atque ex animo Pontificatu dignissimum atque ad tantum munus maxime idoneum iudicat.

Quinto, si post sextum scrutinium, hoc est post tertium diem, nulla electio succedat, seligendi viderentur sex, qui in postremo scrutinio plura, quam caeteri, suffragia tulissent, quibus dumtaxat subsequenti triduo possent Cardinales in scrutinio suffragari, quod si ne tum quidem Pontifex crearetur, unicum denuo adhiberetur scrutinium, in quo libera cuivis suffragandi potestas restitueretur. Quod si res

non succederet ex eo scrutinio, quatuor tantum eligendi viderentur, quibus in sequentibus scrutiniis usque ad sextum diem integrum dari possent suffragia. Quod si ne sexto quidem die electio fieret, restituta proximo scrutinio libera quemlibet eligendi facultate, nisi Pontifex ex scrutinio eligeretur, res ad duos tantum revocanda esset, quibus deinceps solummodo fas esset suffragari, hac lege, ut intra tres subsequentes dies eorum alter necessario sit Pontifex renuntiandus.

Haec fere de legitima et canonica electione visa sunt dicenda, et quamquam haec postrema, quae novam quandam eligendi legem continent, Pontificiam auctoritatem postulant, nec sola Cardinalium auctoritate statui possunt, superiora tamen, quae ratione iustitiae, tum commutativae tum distributivae, nituntur, quaeque magna ex parte Christianae caritati consentanea sunt, cuiusque Cardinalis conscientiam magnopere urgent et privatam cuiusque solertiam ac diligentiam maxime requirunt, et quae sint cuiusque Cardinalis partes aperte declarant.« *Finis.*

[6.] *Cod. Barberin. XXX. 105.*

»Quae faciunt pro forma adorationis, quae contra.«

»An forma eligendi Summum Pontificem per adorationem debeat tolli.

Pro parte negativa multa faciunt.

1. Novitates maxime in re gravissima periculosae sunt.

2. Electio nimirum differetur, si ad scrutinium solum reducatur, nam experientia docuit, in scrutiniis non convenire duas tertias partes suffragiorum.

3. Principes saeculares, quorum res propter eorum status et ditiones agitur, quantum in se erit contradicent, nec patientur nova induci.

4. Multis electis Pontificibus quasi quaedam nota inureretur, quod electi fuerint indebita forma.

5. Detrahitur nomini et opinioni Cardinalium electorum, non enim potest tolli haec forma nisi abusibus narratis, quorum narratio magna ex parte eos infamia afficit.

6. Datur non parva occasio hereticis nostri temporis detrahendi Pontificibus Romanis, quorum electio tanta ac tot habuit inconvenientia, ut necessarium fuerit formam eligendi mutare.

7. Quia nec sic, nempe oblata adoratione inconvenientia possint auferri, nam qui partes principum aut nepotum Pontificum tuentur, convenient cum suis, ut non ferant suffragia nisi in accessu, aut quod ferant uni, quem ipsi significaverint, investigabuntque mille

signa, quibus suffragia sint nota. Demum etiam, si multis obviari possit, si adoratio tollatur, non tamen omnibus nec praecipuis.

8. Quia haec adoratio juri canonico videtur conformis, nam in cap. Licet, de elect. dicitur, duabus tertiis partibus concordantibus electionem esse legitimam, nec ibi determinatur modus, quo debent concordare, et Innoc. (sic!) ibi dicit, quomodocunque conveniant firmam esse electionem.

9. Quia adorationis forma ex se mala non est possuntque multa inconvenientia tolli, si adoratio purgetur; si enim fiat tempore scrutinii et peracto scrutinio, cessabit pars non modica inconvenientium poteruntque excogitari alii etiam modi, quibus possit purgari.

10. Quia Pontificis nepotes et ii Cardinales, qui placere eis volunt, quique auxilium ab eis sperant, non admittent tolli adorationem, quod quidem argumentum, licet ad iustitiam causae non faciat, tamen quoad factum erunt (sic!) impedimento, quominus adoratio tollatur.

11. Quia verisimile est, hanc adorationem non fuisse a prioribus introductam, nisi ex inconvenientibus multis, quae in scrutiniis illi experiebantur, quae inconvenientia modo non apparent, quia per adorationis formam ablata sunt, verendum igitur est, ne, si adoratio removeatur, resurgant illa et plura alia, quae nunc ignorantur.

12. Quia hac adorationis forma multi Pontifices optimi et ecclesiae utilissimi electi fuerunt, et quamvis multae praecesserint in electionibus aliquando discordiae, postea vero quasi quodam Spiritus Sancti ductu et impulsu Cardinales concordarunt in unum.

13. Quia in scrutiniis multa etiam perpetrantur, scilicet promissiones, violentiae, secreti revelationes et negociationes plurimae, quia cum pluribus est negociandum, ubi non sunt capita factionum ita aperta, et tamen propterea non tolluntur scrutinia.

At vera pro parte affirmativa, quod forma haec adorationis tolli debeat, multa faciunt.

1. Quia non est de jure, nam cap. Quia propter, de elect. tres formae statuuntur caeteris reiectis, nempe scrutinium, compromissum, inspiratio vel quasi inspiratio; haec autem adoratio non potest ad illam pertinere, nam inspiratio, quae similis videtur, fieri debet omnibus consentientibus et nullo praecedente contractu.

2. Quia per adorationem minuitur libertas eligentium propter respectus varios tum ad principes, tum ad ipsosmet Cardinales, qua de causa iura voluerunt, suffragia in electionibus esse secreta.

3. Impeditur justitia, qua tenentur Cardinales eligere digniorem et quem magis idoneum gubernandae ecclesiae iudicaverint, at per adorationem manifestam frequentius eligitur is, qui magis placet

principibus aut nepotibus Pontificum, quos quidem noscere digniores difficile est, et si agnoscant dubitandum est, eos non habere rationem dignitatis aut idoneitatis, sed propriae utilitatis.

4. Impeditur communitas electorum in electione, nam re vera duo vel tres aut pauci eligunt Pontificem, multitudo sequitur tracta, et forsan electio fit multis ignorantibus et nescientibus, quid sit factum.

5. Quia sanior pars, quam iura magnificant, et antiquiores ac prudentiores Cardinales removentur a iudicio electionis, dum iunioribus et minus expertis et adhuc paucis pondus electionis nititur, quod est contra rationem naturalem.

6. Est maxima electorum perturbatio, dum multae exclusiones aut inclusiones sollicite et importune inquiruntur, nocteque fere tota et die nulla est quies inter electores, sed continua formido, ne ipsis ignorantibus eligatur Pontifex.

7. Perpetrantur gravissima peccata in scrutiniis propter hanc adorationem, dum suffragia non feruntur iis, quos dignos iudicant, nec iis, quos volunt eligere, sed aliis et aliquando personis extra numerum Cardinalium, quas certo sciunt non futuras Pontifices, ut sic eludant scrutinia, quod quam enorme sit peccatum nemo non videt.

8. Quia contingit, fieri promotiones Cardinalium non necessarias, imo forsan aliquando inutiles et non pro merito promovendorum, ut sic consulatur nepotibus Pontificum aut principibus postulantibus, habeantque sequaces multaque suffragia in electione, quod non fieret, si suffragia essent secreta et ablata esset adoratio.

9. Inimicitiae excitantur, dum aperte quidam alios excludunt aut capitibus factionum contradicunt.

10. Maior praebetur occasio colloquendi cum his, qui sunt extra conclave, litteras mittendi et accipiendi ac principum responsiones expectandi, ex quo et censurarum contemptus et bonorum scandalum emanant.

11. Aperitur via lata negociationibus, promissionibus illicitis ad suffragia comparanda non solum in conclavi, sed quod detestabilius est, Pontifice vivente; cum enim manifestum sit, quis ferat suffragium, quis repugnet, facile ambitio tentare audet, modis illicitis et oblationibus ac promissionibus alios ad se pertrahere.

12. Interdum differtur electio, dum capita factionum discordant aut principum externorum consensum exquirunt; hinc etiam inter ipsosmet principes discordiae et inimicitiae nascuntur, dum unus uni, alter alteri parti favet.

13. Hoc malum adeo se diffundit, ut Cardinales in concistoriis

et congregationibus, quae vivente Pontifice celebrantur, non audeant libere suas proferre sententias in gravibus negotiis publicis, timentes principibus displicere et in Pontificis electione excludi ab iis, qui principum partes aperte sequuntur, quod quidem malum magna ex parte tolleretur, si suffragia occulta essent, nec possent a principibus dignosci, quod fieri non potest in adoratione.

14. Quia tribus inconvenientibus, quibus electio haec maxime perturbatur, magna ex parte obviatur, si adoratio haec removeatur, nempe principum flagitationibus, nepotum Pontificum praetensionibus et eligendorum nonnullorum ambitionibus, haec enim tria huic adorationi praecipue nituntur.

15. Quia ablata adoratione scrutinio facilius electio terminabitur, spe enim adorationis huius multi Cardinales eludunt scrutinia, nec ferunt suffragia animo eligendi Pontificem, cum autem illa remota fuerit et scrutinia purgata sint, electores convertent animum totum ad ea, sicque non extimenda dilatio in eligendo Pontificem.«

[7.] *Cod. Barberin. XXX. 105.*

»Ragioni, con le quali si potrà facilmente persuadere al Sr Card^l^ Padrone la riforma del Conclave.«

[Randvermerk: M. Vulpio autore].

Inc. »Li disordini, che seguirono nel Conclave, nel quale fù assunto al Pontificato la santa memoria di Pio 4°.« . .

Der Verfasser führt punktweise eine Reihe von Gründen an, mit welchen man den Cardinal Ludovisio überreden könne, den in den letzten Conclaven vorgekommenen Scandalen vorzubeugen und an das Heil der Kirche zu denken. Aus dem Inhalte wäre etwa folgendes hervorzuheben:

»La riforma del Conclave è necessaria, per moderare la potenza e l'autorità appropriatasi da alcuni, i quali col trovarsi buon numero di seguaci hanno fini molto diversi dalli bisogni presenti, et all' altrui forze non deve il S. Cardinal Padrone procurare di far contraposto con numeroso stuolo di creature, convenendo in simil caso d'haver più riguardo al zelo, che al numero degli eligenti . . . Leverà (scil. la riforma) l'occasione de' trattati simoniaci e si procederà all' elettione dei Pontefici col debito candore.

Si ridurrà ai debiti termini la potenza dei principi nel negotio dell' elettione del Papa, nel quale non conviene, che i laici habbiano tanta parte, quanta n'è toccata loro sin qui. Si provederà alla libertà de' voti de' Cardinali, buona parte de' quali hora per diversi rispetti difficilmente possono disporre di se stessi . . .

Si leveranno l'occasioni d'odii e di rancori tra i Cardinali per rispetto dell' esclusioni, che si fanno, e delle violenze usate alle volte . . . Si acquisterà gli animi di tutti quei principi, che fin qui non hanno havuto molta parte nell' elettioni dei Pontefici, non dovendo essi desiderare altro, che d'havere un Papa Santo et un padre commune, il che di sicuro si conseguirà con la riforma del Conclave . . . Si assicureranno le coscienze degli elettori, le quali possono hora facilmente pericolare, mentre essi non ardiscono alle volte, di negare il voto a soggetto non stimato da loro degno del Pontificato, ma portato solamente dal capo di fattione, a cui per humani rispetti non vogliono contradire. Li Cardinali, che non sono capi di fattione, saranno più stimati, che hora non sono, poiche il loro voto sarà independente dalla volontà d'altri, la dove di presente non si tien conto, se non delli capi, che li guidano, dove vogliono.«

[8.] *Cod. Barberin. XXX. 105.*

»Alcune considerationi, per le quali oltre il ben publico, che può avvenire dalla riforma del Conclave, si possono anco prevedere alcuni commodi e servitii privati dell' Illmo Sig^{r} Card^{l} Ludovisio.«

[In tergo: »Scrittura sopra la bolla data da Ott^{o} Vestri«].

Inc. »Facendosi la riforma dell' elettione del Papa con ridurla a voti segreti nel modo, che si è detto, ò altro simile, senza dubbio sempre si eleggerà soggetto atto al governo e che non abbia apparente difetto« . . . .

Eine im allgemeinen nicht gerade übermässig bedeutsame Schrift, welche bemüht ist, dem Cardinal Ludovisio die mannigfachen aus dem Erlass der projectirten Bulle für ihn resultirenden Vortheile darzulegen. Als Abfassungszeit derselben ergibt sich, da einerseits die Cardinäle der zweiten Promotion Gregor's XV. bereits genannt sind, andererseits Cardinal Bonzi noch als lebend erwähnt wird, der Raum zwischen dem 19. April und 4. Juli 1621. Der Autor hält vom Standpunkte des Nepoten gerade den gegenwärtigen Moment der Reform für besonders günstig. Im letzten Conclave seien nämlich eine Menge alter Cardinäle von den Spaniern und Cardinal Borghese ausgeschlossen worden; durch die neue Wahlbulle müssten aber gerade die Chancen der alten und verdienten Cardinäle, wie z. B. Aracoeli's u. A. sich sehr günstig gestalten, und sie alle daher Ludovisio zu Dank verpflichtet werden, während das Odium einer eventuellen Ausschliessung ganz auf Cardinal Borghese fallen werde.

»È anco da considerare, che il Cardinal Borghese è tuttavia molto potente di seguito di 30 creature, che sarà sempre congionto

con questo Ambre di Spagna per mantenere le esclusioni gia fatte, come si è detto, da loro unitamente. Che il Cardinal Bentivoglio è con lui strettissimo di sangue e d'obligo et è comprotettore di Francia, e perciò può havere *le fattioni di tutti due li Rè* congionte con la sua . . . . . Mà con questa riforma se li snervano le forze di tanto sequito e si farebbe (come si è detto) il gioco più alle Cardinali delle altre fattioni, che a suoi« . . . . .

In Summe, wenn dann in der Folge einer gewählt würde, so werde er überzeugt sein, solches nur der Constitution und ihrem Urheber zu danken.

Es werden nun Rathschläge ertheilt, wie an das Werk zu gehen sei, um die Constitution zu Stande zu bringen.

»E per cominciare un tanto negocio, dovendosi prima d'ogn' altra cosa invocar l'aiuto di Dio, V. S. Illma con orationi private e con farne fare da religiosi e servi di Dio e con elemosine ricorrerà al divino aiuto.

Poi per cattivar' gl' animi de Cardinali più vecchi haverà gran forza il metterli a parte di si grande attione. Però pare bene, che V. S. Illma cominci con quelli, che sono fuori di Roma, con scriver' di suo pugno alli SSri Cardinali d'Araceli e Borromeo il pensiero di N. S. e di V. S. Illma, con pregarli a volerli mandare in scritti un modo da far' l'elettione a voti secreti, acciò ogni Cardinale sia libero in dare il suo voto e, se è possibile, non si muti la constitutione antica circa li due terzi, che devono concorrere ad eleggere il Papa.

Andar' poi sotto specie di visita da gli altri Cardinali più vecchi accennati di sopra e più confidenti di V. S. Illma, con ricercarli dell' istesso parere in scritto (e ciò per haver' diversi modi da poterne poi sceglierne ò da tutti cavarne uno migliore) con accennarli, che V. S. Illma per ben publico vuol posponere gl' interessi privati e con insinuarli anco modestamente, che più facilmente li meriti e bontà loro possono esser' remunerati in questa maniera col suffragio secreto de Cardinali ne' Conclavi, che con fidarsi dell' arbitrio de capi de fattioni; pregarli del secreto e che quanto prima le diano ò mandino il parer' loro.

Saria anco bene, havere l'istesso parere dal Generale del Giesù, di S. Domenico e di altri ordini e da altri religiosi et huomini dotti e veraci ne' sacri canoni suoi confidenti; e da qualche cavaliere di Malta, poiche il Gran Mro si fà per voti secreti, come si fanno anco li Generali di detti ordini.

Tra tanto V. S. Illma potria ogni giorno ragionare di ciò con qualche Cardinale, Generale ò religioso di questa materia, acciò più

presto si possa compire e V. S. Illma se ne faccia padrone, et acciò lei con l'autorità e suo sapere possa convincere quelli, che volessero contradire, se bene si può credere, che nissuno potrà biasmare il pensiero, ma si cercarà di proporre infinite difficoltà, per impedire ò differire la risolutione.

Ma non è da dubitare, che V. S. Illma (con impossessarsi cosi del negotio con tanti pareri e con la propria vivacità del suo ingegno e retto zelo) da quello, che sentirà da molti, e da quello, che sovvenirà a lei stessa, non trovi modo sicuro e sufficiente a stabilire questa santa constitutione.

Per fare esperienza del modo dato ò simile, saria profitevol' cosa, molte volte farne la prova con havere da sessanta ò più persone confidentissime di V. S. Illma a Monte Cavallo ò altro luogo più commodo, dalle quali (havendo prima messe in ordine tutte le cedole, palle et altri requisiti, che ci vanno) si facesse lo scruttinio nel modo descritto, secondo la coscienza di ciascuno, come se fossero li Cardinali elettori, che cosi si vedria, come il negotio riesce, e si remediarebbe a quello bisognasse, et ancora migliorare il modo in qualche cosa.

Si può finalmente stabilire una congregatione di quei Cardinali e Generali di religioni et altri, che haveranno dato li loro pareri, nella quale si ventilaranno tutti e se ne cavarà una forma buona e sicura; a quale si darà il modo scritto, acciò ciascheduno consideri i motivi in cosa tanto importante. La quale congregatione, etiam dopo che sarà fatta la constitutione, converria continuare per qualche tempo et ordinare, che si facesse ogni 15 giorni una volta, e che in quella si proponesse quello, che occorrerà alla giornata.

E quando sarà stabilito il modo, e che V. S. Illma si sarà assicurata et haverà cattivati gli animi de Cardinali più prudenti e più arditi nel dare il loro parere, converria, che N. S. in un Consistoro proponesse il negotio, in modo di rendere la libertà al Sacro Collegio per la gratitudine, che li deve per haverlo eletto Papa, che nissuna più pretiosa ricompensa può darli di questa di fare, che ciascuno nell' elettione del Papa habbia il voto libero, ò con altre simili parole, che cosi sicuramente haverà applauso grandissimo; e poi venir subito al giuramento et a far' tutte le cose necessarie; publicata e stampata la detta constitutione mandarla a tutti li Cardinali assenti et a tutti li principi della Christianità.«

Gleichzeitig sollen auch die Apostolischen Constitutionen »contra ambientes et simoniacos ac tractantes de successore vivente

Pontifice« entweder in der Bulle selbst oder nebenher erneuert und nochmals beschworen werden.

Ausser der herkömmlichen Publication solle jeder Cardinal gehalten sein, die neue Bulle an einer Tafel in seiner Anticamera leicht sichtbar angebracht zu haben.

Die Beichtväter von Cardinälen, Prälaten, Curialen sollen dieselben bei jeder Gelegenheit an die Bedeutung jener Bulle und ihre genaue Beobachtung erinnern.

»Et ancora che per l'osservanza della riforma del conclave ammonissero li Card[li] et Ambasciatori et altri, ad osservarla inviolabilmente *e non lasciarsi alcuno tirare a promettere il suo voto*, ne per questo, ne per quel soggetto, da nessuno per qual si voglia interesse, etiam per titolo di gratitudine, poiche la gratitudine prima si deve a Dio e non ha luogo, dove si macchia la coscienza« . . . .

[9.] *Cod. Barberin. XXX. 105.*

Schrift eines unbekannten Autors, in welcher der Erlass einer neuen Wahlbulle vorgeschlagen und der Inhalt derselben angegeben wird; (ohne Titel), in tergo des letzten Blattes »Scrittura della Bolla del Conclave.«

Aus der Thatsache, dass der Name des Card. *Alessandro* Ludovisio in der Schrift genannt ist [er wird nämlich als Beispiel für die Ausfüllung eines Stimmzettels angeführt], ergibt sich als Zeit der Abfassung wohl der Pontificat Gregor's XV.

Es folgen die Rubriken der einzelnen Capitel mit den nöthigen Erläuterungen:

Cap. 1. »Che dalla providenza divina procedono tutte le cose ancorche minime e da quella si concedono li dominii e principati« . . .

Cap. 2. »Che Dio con particolar providenza dispone li dominii della Christianità e con l'assistenza dello Spirito Santo concorre nell' elettione de Papi« . . .

Cap. 3. »Che il modo, col quale si elegge il Papa per li privati interessi de gli elettori pare scandaloso, tuttavia Dio sempre ne cava il bene« . . .

Cap. 4. »Che diversi Pontefici a tempi nostri hanno pensato e cercato, di rimediare a questo inconveniente e perche non si è fatto.«

»Però alcuni Pontefici hanno havuto pensiero, di trovar' modo, con il quale (tolti di mezzo gli abusi) si riducesse l'elettione del Papa alla libera volontà di ciaschedun' Cardinale, di maniera che ciaschedun' di loro — *senza dipendenza alcuna ò da prencipi secolari ò da altri Cardinali* — potesse dare il suo voto liberamente a quel sogetto, che per conscienza reputasse più meritevole e più atto al servitio di Dio e della sua santa chiesa; mà perche alcuni

per l'immatura morte et altri per altri accidenti sopravenuti non hanno potuto mettere in essecutione cosi santo pensiero, e perche forsi alcuni per le difficoltà, che a prima vista si rappresentano molto grandi in un negotio di tanta importanza, dove pare, che sotto specie di ridurre li voti de Cardinali in libertà, sia un voler' levare *a' principi secolari et ad alcuni Cardinali, che si fanno capi de fattioni, ogni autorità nel Conclave,* non sono proceduti con quell' ardore, che si conveniva a tirar' a perfettione un tanto negotio, anzi hanno ceduto facilmente alle prime difficoltà, che si rappresentano in quello, l'una de quali è, di poter' accordar' per suffragii secreti li voti di due terzi de Cardinali in un soggetto, l'altra di lasciar' l'uso degli accessi senza l'istesso pericolo di prima, di tener in qualche maniera soggettate le volontà de Cardinali alla volontà di altri; poiche quelli, che professano qualche obligo ò qualche rispetto ad alcun Cardinale, possono facilmente essere ridotti a dar' l'accesso a quel soggetto, al quale vedessero darlo il detto Cardinale.«

Cap. 5. »Che potendosi ritener l'uso antico, che li due terzi de Cardinali facciano il Papa, e togliere li sudetti inconvenienti saria cosa utile et honorevole alla Sede Apostolica« . . .

Cap. 6. »Che il modo di questa elettione saria libero da ogni scandalo, mentre non si potesse interporre alcun interesse mondano« . . .

Cap. 7. »Che il modo dell' elettione del Papa molte volte si è variato e però non sarà novità lo stabilire detta nuova forma« . . .

Cap. 8. »Che dopo S. Pietro sono stati usati diversi modi nell' elettione de Papi suoi successori« . . .

Cap. 9. »Che si doveria osservare la forma di eleggere per voti secreti, ma senza accessi« . . .

Cap. 10. »Che la forma hoggi usitata di eleggere il Papa è per via di adoratione et in che modo si fà.«

»Da molti anni in qua forsi per il numero grande de Cardinali (il qual numero da Leone X. con la promotione di trent' uno, che fece in una mattina, fù accresciuto et ultimamente da Sixto V. è stato limitato al numero di settanta) e per le fattioni, che sono state nel Collegio de Cardinali, *così per l'adherense, che molti Cardinali hanno chi ad un re e chi ad un' altro e chi ad altro principe,* come anco per il seguito, che hanno li nepoti de Papi della maggiore parte delle creature del Papa suo zio, trovandosi sempre il collegio de Cardinali nel Conclave diviso in diverse fattioni, avviene, che se non si accordano alcuni capi de fattioni insieme, che guidino almeno due terzi de Cardinali, l'elettione del Papa si trattiene settimane e mesi; ma quando due terzi de Cardinali, quali bastano a

fare il Papa, parte tirati dalla gratitudine ò da altro interesse ò timore, overo perche giudichino degno quel Cardinale, sono accordati in un soggetto, questi ò buona parte di essi vanno alla cella di detto Cardinale e lo conducono in capella et ivi lo eleggono Papa per adorazione, la quale si fà in questa maniera: pongono a sedere il Cardinale sopra l'altare e poi li Cardinali ad uno ad uno li vanno avanti e li fanno un' inchino profondo. A simile adoratione, subito che è publicato esser accordato numero bastante de Cardinali per detta elettione, tutti gli altri (quasi tumultariamente) sogliono concorrere, dubitando ciascuno d'esser notato, di essere l'ultimo ò di non concorrerci di buona voglia. Questa forma di elettione per via di adoratione si canoniza magiormente poi con vivi suffragii, cio è con scrutinio aperto, quale però si fà senza pregiuditio dell' elettione.«

Cap. 11. »Da chi et a che fine fu introdotto questo modo di elettione per via d'adoratione« . . .

(Von Cardinal Giulio de Medici (Clemens VII.), um den Pontificat zu erlangen).

Cap. 12. »Che se bene l'adoratione fosse de jure divino non è necessario, che precedi alla elettione, con l'essempi» . . .

Cap. 13. »Che tal modo di elettione per adoratione pare havere in se qualche atto di violenza» . . .

(Werden die aus dem folgenden Briefe des Card. Ludovisio an Card. Borromeo [s. 11] ersichtlichen Gründe angeführt).

Cap. 14. »Che se bene Dio si serve alle volte de gl'interessi mondani per eleggere chi a lui piace, tuttavia saria ottima cosa a levar ogn' ombra di tali interessi« . . .

Cap. 15. »Che tre difficoltà principali pare, che impediscano l'effetto dell' elettione per suffragii secreti, e per levarle si propone il rimedio.«

. . . »La prima, come si possano concordare due terzi de Cardinali al numero prescritto di settanta ò poco meno, che potranno trovarsi in Roma nella sede vacante, per voti secreti in un soggetto . . .

La seconda, che se per supplemento delli suffragii secreti si permettono gli accessi, non si provederia a bastanza alla libertà delli voti, perche quelli Cardinali, che pretendessero havere altri Cardinali dependenti', potrian' accordarsi con loro, che accedessero solamente a quelli soggetti, alli quali vedessero accedere li loro capi, ò almeno che l'istessi Cardinali dipendenti per la speranza di far' cosa grata alli capi loro dessero sempre li loro accessi ciascuno a quel soggetto, dove vedesse inclinare il suo capo.

La terza, levando l'uso delli accessi come si debba provedere,

che non si possino dare li contrasegni ne' scrutinii, acciò siano liberi affatto.«

Cap. 16. »Che queste difficoltà forsi col modo infrascritto si levariano.«

Cap. 17. »Modo, che si propone.«

Es ist eine neue Wahlconstitution zu erlassen, welche ungefähr folgende Bestimmungen enthält:

1. Die gegenwärtige Form des Conclaves und die neuntägigen Exequien werden beseitigt. Der Leichnam des verstorbenen Papstes wird einbalsamirt, in die Pontificalgewänder gekleidet und in der Capella Sistina aufgebahrt. In allen Kirchen Rom's werden für den Todten Seelenmessen abgehalten.

2. Vom Tode des Papstes an dürfen sich die Cardinäle weder besuchen, noch Botschaften senden; insbesondere aber keine solchen von Fürsten und sonstigen Würdenträgern empfangen.

3. Am ersten Tage nach dem Tode des Papstes können die Cardinäle, nachdem sie die Responsorien über dem Sarge des Papstes gesungen haben, eine Congregation halten, um alle nöthigen Anordnungen zu treffen und den Gesandten der Fürsten öffentlich Audienz zu ertheilen.

Cap. 18. »Che renderia l'elettione del Papa più venerabile la presenza visibile del Santissimo Sacramento.«

4. Am folgenden Tage (d. i. also der zweite nach dem Todestage des Papstes) versammeln sich die Cardinäle in der Capella Sistina, wo die Leiche des Papstes aufgebahrt steht. Ueber dem Altare soll das Sacrament ausgesetzt werden (acciò si renda più venerabile e più tremenda l'elettione del nuovo Papa e si faccia lo scrutinio con maggior' devotione e decoro), der Decan oder Vicedecan soll die »messa dello Spirito Santo« celebriren und den Cardinälen das Abendmahl reichen. Ein als Prediger berühmter Mönch soll die übliche Mahnrede halten.

Cap. 19. »Del giuramento, che doveranno fare li Cardinali avanti lo scrutinio.«

5. Nach Empfang des Abendmahles und Absingung des »Veni creator Spiritus« beschwören die Cardinäle einzeln und feierlich die Beobachtung der Wahlbullen, worauf sich jeder sofort an seinen Platz zurückzieht, um in noch näher zu bestimmender Weise auf bereitliegende Zettel den Namen desjenigen aufzuschreiben, welchen er für den Würdigsten hält.

Cap. 20. »Che per memoria della fragilità mondana e per render'

più tremenda l'elettione del nuovo Pontefice pare convenevole, che nel luogo dello scrutinio vi sia il corpo del Papa morto.«

6. Der ganze Wahlact ist in Gegenwart der Leiche des verstorbenen Papstes abzuhalten, die so aufgebahrt sein soll, dass jeder Cardinal sie von seinem Platze aus sehen muss, damit er stets eingedenk sei der Vergänglichkeit alles Irdischen.

Cap. 20. »Come doveranno essere le cedole delli voti, acciò siano secretissimi.«

7. Wird ausführlich die Form und Beschreibung der Stimmzettel behandelt u. z. im allgemeinen übereinstimmend mit den Vorschriften der Bulle »Aeterni patris filius.«

Cap. 21. »Che ciascun Cardinale nel riporre la cedola del suo voto nel calice dell' scrutinio ogni volta reiteri il giuramento nella forma infrascritta.«

Die beschriebenen Stimmzettel werden von den Cardinälen der Reihe nach zum Altar getragen und in den daselbst stehenden Kelch hineingelegt. Hiebei kniet jeder einzelne vor dem Altare nieder und schwört: »che esso Cardinale presente avanti il Santissimo Sacramento per l'elettione del futuro Pontefice non si muove per alcun privato interesse ò passione, ne ad instanza ò richiesta d'alcun Cardinale ò di alcun Principe secolare ò d'altra persona, a dare ò negare il suo voto più ad uno, che ad un' altro Cardinale degno del Sommo Pontificato, ma solamente per quanto giudica in conscienza sua esser servitio della S[ta] Chiesa Cattolica da liberamente il suo voto nella presente cedola, e che se altramente è, prega Dio, nel cui conspetto sta e sarà doppo la morte e nel giorno del giuditio, che severissimamente castighi con perpetua dannatione il suo periurio, ne mai li perdoni quel peccato.«

Hierauf zieht sich jeder wieder auf seinen Platz zurück und erwartet die Verlesung des Scrutiniums.

Cap. 23. »Come si doverà osservare per li Cárdinali infermi.«

Für die Votirung der kranken Cardinäle werden im Allgemeinen dieselben Vorschriften gegeben, wie in der Bulle »Aeterni patris filius.«

Cap. 24. »Come si doveranno aprire e leggere li scrutinii.«

Die Publication und Prüfung des Scrutiniums erfolgt ungefähr ebenso wie nach der Bulle »Aeterni patris filius«. Wer die $^2/_3$ Majorität erlangt hat, ist Papst, und man schreitet sofort zu seiner Adoration und Inthronisation. Die Stimmzettel sind nach jedem Scrutinium zu verbrennen.

Cap. 25. »Che in tutti li scrutinii mancando un solo voto al

complimento di due terzi uguali in un soggetto pare convenevole, ch'egli acceda a se stesso.«

Cap. 26. »Riforma, in qual modo si doveranno fare cinque ò sei scrutinii, acciò in uno di quelli facilmente possa sortire l'elettione del Papa con due terzi de voti, e forsi avanti si venga all' ultimo rimedio del compromesso.«

. . . . . . »Nel *primo scrutinio* sia lecito a ciascuno Cardinale, dare il suo voto nel modo detto di sopra a quel Cardinale, che giudicarà più degno; purche non dia il voto a più d'uno, e con pene gravi a chi desse il voto a se stesso. Et se in questo scrutinio concorressero due terzi de voti in un soggetto, quello sarà Papa, ne occorrerà procedere ad altro scrutinio; ma perche ciò pare difficile a riuscire in tanto numero de soggetti, però pare bene, che nelli seguenti scrutinii si vada restringendo il numero in quelli soggetti, che dal maggior numero de voti si conoscerà, che dal Sacro Collegio sono reputati più degni . . . . . .

Per il *secondo scrutinio* si doveranno scegliere cinque soggetti, che haveranno havuto più numero de voti degli altri nel primo scrutinio, e sopra detti cinque soli corra il detto secondo scrutinio, osservandosi l'istesso modo, che nel primo scrutinio, circa le cedole e giuramento, il che si doverà sempre osservare in tutti li scrutinii . . . .

Ma perche potria avvenir' caso de parità de voti in tutti cinque li soggetti, ... si potria reiterare lo scrutinio sopra l'istessi cinque soggetti (quale scrutinio non si numerarà per terzo, ma si dirà scrutinio reiterato), con questa dechiaratione però, che si estrahesse a sorte dal Cardinale antiano delli quattro assistenti un Cardinale, il quale non potesse dar' voto per quella volta, ma acciò non restasse affatto otioso in quello scrutinio, assistesse con li quattro Cardinali assistenti ad aprire et leggere li voti di quello scrutinio« . . . . . . Auch erhält er einige Privilegien.

Cap. 27. »Di altri casi de parità.«

Es werden noch andere Möglichkeiten von Stimmengleichheit bei mehreren Candidaten in Betracht gezogen und für dieselben nach dem gleichen Grundgedanken wie zuvor und unter Zuhilfenahme des Looses Vorsorge getroffen.

»Nel *terzo scrutinio* si haverà da restringere il numero delli candidati da cinque in quattro, che haveranno havuto più numero de voti nel secondo scrutinio.

Et in caso, che in questi quattro succedesse parità de voti, si reiterarà lo scrutinio nel modo e forma detto di sopra nel secondo,

con privar' di voto un Cardinale da cavarsi per sorte, il quale habbia l'istesse prerogative, che si sono dette di sopra.

Il *quarto scrutinio* si doverà restringere da quattro soggetti a tre più copiosi de voti del terzo scrutinio lasciando il quarto, che n'haverà havuto minor numero.

E perche nello scrutinio di questi tre può concorrere parità de voti«, u. s. w. wie oben . . . . .

»Nel *quinto scrutinio* dunque doveranno correre il partito due soli soggetti, come si è detto. Ma se in questo non concordassero due terzi de Card[li] in uno di esso, all' hora ex abundanti si proceda al sesto ed ultimo scrutinio sopra li due medesimi in questa forma.

Tutti li Cardinali prostrati avanti il Sant[mo] Sacramento di nuovo invochino divotamente la gratia dello Spirito Santo (ut ostendat, quem ex duobus elegerit), si recitarà perciò di nuovo submissa voce alternatim da tutti l'hinno »Veni creator spiritus« et il decano ò altro Cardinale più antiano, che non sia uno delli due soggetti dello scrutinio, dirà l'oratione solita dello Spirito Santo e potrà fare una essortatione alli Cardinali, che vogliano unitamente concorrere in uno di detti due, già da tutti communemente stimati più degni del Pontificato.«

Cap. 28. »Come si potrà provedere in caso, che nell' ultimo scrutinio non si facci l'elettione.

Ma se ne anco in questo ultimo scrutinio succedesse l'elettione, all' hora finito lo scrutinio dal più antiano Cardinale delli quattro assistenti si cavino per sorte dal vaso (dove si imbossolaranno tutti li Cardinali, eccetto li due concorrenti al Papato) cinque Cardinali ad uno ad uno. Quali cinque Cardinali habbiano facoltà di eleggere per Papa uno delli due soggetti scrutinati nelli due ultimi scrutinii.

E l'eletto sarà quello, nel quale concorreranno almeno tre voti di essi cinque Cardinali« . . . .

Cap. 29. »Che detto partito dell' elettione da farsi da cinque Cardinali ha forza di compromesso osservato alle volte in casi di discordia e però non si può giudicar' contrario alle constitutioni antiche.«

Cap. 30. »Modo per una pernottatione, che fosse necessaria.

Sovviene ancora, che se per la reiteratione di tanti scrutinii si protrahesse l'elettione, onde fosse necessario, che li Cardinali pernottassero una notte, si potria fare, che nelle stanze più vicine alla capella i Cardinali havessero i suoi letti, overo nel palazzo, il quale in tal caso dovrà esser chiuso con le guardie, e non si doverà permettere l'ingresso a nessuno di qualsivoglia conditione et mentre dura il tempo dello scrutinio.«

Cap. 31. »Altro modo, che per causa del detto compromesso di cinque facilmente si potria venire ad una presta elettione del Papa in alcuni delli scrutinii, come si dirà.

Si può (con osservare il modo proposto con giuramenti et altre circonstanze proposte per li scrutinii a voti secreti) ordinare, che non solo nel primo scrutinio, ma ancora in altri quattro susseguenti sia libero a ciascun' Cardinale, dare il suo voto ad un' altro Cardinale per le sudette raggioni solo per ciascuna volta, che in sua coscienza stimarà più degno; senza venire restringendo il numero delli soggetti ne in cinque, ne in quattro e meno, come si è detto; ma che non si possano fare più di cinque scrutinii generali, et se in uno di quelli non succederà l'elettione del Papa col voto de due terzi de Cardinali, all' hora si proceda subito alla forma del compromesso, facendo che il Cardinale antiano delli quattro assistenti del quinto scrutinio cavi a sorte cinque Cardinali dal vaso dell' imbossolatione fatto nell' istesso modo, che si dirà appresso, quale può servire a tali usi all' una e altra forma, che si propone« . . . .

Die Einzelheiten, welche die 5 Compromissare zu beobachten haben, werden näher beschrieben.

»Non concordandosi li detti cinque compromissarii ò almeno tre di loro in un soggetto, subito spiri la loro autorità e si cavino a sorte dal Cardinale antiano delli assistenti altri cinque Cardinali, quali nell' istesso modo delli primi cinque facciano lo scrutinio per l'elettione del Papa« . . . .

Cap. 32. »Che si doveranno cavare le sorti tanto per li Cardinali assistenti delli scrutinii dopo, quanto per li Cardinali compromissarii.«

Cap. 33. »Come doverà essere il vaso per le sorti e come si doverà fare l'estrattione in ciascuna occorrenza.«

Cap. 34. »Che questa forma d'elettione non è contraria alli sacri canoni.«

Cap. 35. »Che farà ancora d'edificatione e d'utile per tutta la Christianità.

1. Sarà ancora simil elettione di molta edificatione a tutti li buoni, perche indubitatamente sarà netta d'ogni ambitione e d'ogni interesse ò passione mondana, poiche non si darà luogo, ne tempo, ne occasione ad alcuno di poter' far' prattiche, ne di affettare li voti de Cardinali . . . .

4. Si toglierà ogni pericolo di violenza d'alcun principe ò d'altra persona potente e straniera, poiche non potranno haver' così presto avviso della morte del Papa, che poco appresso non l'habbino

dell' elettione del successore, onde nissuno haverà tempo di far' alcun' motivo.

5. Sarà occasione di grandissima riforma nella chiesa d'Iddio e nella corte, perche li Cardinali vedendo, che la speranza del Pontificato consiste nella bontà della vita e nell' aura del Collegio e non dependerà più da favori de principi, ne da adherenza de capi de fattioni, tutti garreggiaranno di virtù e di bontà e trà loro sarà continuamente viva la carità, ne vi haverà luogo apertamente l'odio ò malevolenza« . . . .

Cap. 36. »Difficoltà, che si oppone a simil forma d'elettione e remedio.

Una difficoltà si rappresenta intorno a questa forma di elettione, che è il non darsi alcun' tempo d'aspettare li Cardinali assenti, per li quali nella constitutione fatta sopra la riforma del Conclave si assegnano dieci giorni avanti, che si serri il Conclave, onde li Cardinali assenti, massime quelli, che saranno in legatione ò altri servitii della Sede Apostolica, si potriano dolere d'havere questo pregiuditio di non intervenire all' elettione di nuovo Pontefice. Ma però questo pregiuditio quanto alla voce attiva può esser tollerabile, perche non vi resta più occasione de fattioni, le quali hoggi sono occasione, che li Cardinali assenti accelerino la loro venuta per essere uniti a qualche fattione per l'esclusione ò inclusione di qualche soggetto, dove la passione ò l'interesse li tira; tuttavia quanto alla passiva si può provedere, che quelli, che saranno impiegati in servitio della Sede Apostolica, overo alla residenza della loro chiesa, se haveranno chiese di residenza, ancorche assenti possano essere eletti per Papi, restando esclusi ancora della voce passiva quelli, che per loro capriccio si troveranno assenti, e cosi saria occasione, che li Cardinali stessero tutti in Roma e non andassero vagando extra loro residentie per starsene in delitie ò fuori di suggettione, overo per avanzar' l'entrate.«

Cap. 36. »Che per facilitar l'elettione, acciò possa succedere in alcuno delli scrutinii generali, si potriano fare alcune dechiarationi.«

Zur Erleichterung einer raschen Wahl könnten in der Bulle auch einige Erklärungen »circa le qualità delli soggetti da eleggersi« und über »li difetti, che rendono incapace ò esoso alcun soggetto del Pontificato« abgegeben werden.

Cap. 37. »Ragioni per le quali si propone nel sopradetto modo.«

Es werden nochmals in Kürze die Hauptgründe, welche zu den vorstehenden Vorschlägen Anlass gaben, wiederholt. Dieselben bringen

nichts neues mehr; als charakteristisch möge nur noch folgender Passus hervorgehoben werden:

»Che si debba tenere in capella il corpo morto del Papa per terrore cosi delli Cardinali come del futuro Papa, li quali dalla presenza di quel cadavero potranno considerare la fragilità e debolezza delle grandezze e gloria di questa vita, il che saria cagione a quelli di non troppo ambirle et a questo di farci poco fondamento e di stare con molta humiltà nella sublimità del Pontificato. Anzi per ridurli più a memoria la miseria humana fa bene, che doppo che sarà finita la cerimonia della sua adoratione in cappella conforme al solito, il nuovo Papa col collegio de Cardinali cali in S. Pietro facendosi come si è detto portare avanti il corpo morto del Papa antecessore; nell' ingresso della chiesa uno delli mastri delle cerimonie gli ricordi con dire ad alta voce: »Pater sancte vide, quomodo iacet antecessor tuus et cogita, quod sic transit gloria mundi.« E questo può servire in luogo della stoppa, che si suol brugiare all' ingresso di detta chiesa con dire quelle parole: »Sic transit gloria mundi.« . . . .

Expl. »L'elettione del vicario di Christo è la maggior' attione, che si facci, però un parer' solo non par', che sia sufficiente a si grand' impresa, ne è cosa da far', se non con gran' maturità, cavando da questo et altri diversi pareri una forma senza eccettione. Questa attione sarà tra le più egregie, che habbia mai fatto alcun Pontefice, etiam in qual si voglia Concilio.«

[10.] *Cod. Vallicell. M. 8. Carteggio di lettere Malatesta.*

(Sammelband der verschiedensten Briefe und Schriftstücke aus dem 16. und 17. Jahrhundert.)

fol. 206. »Del Sig^r^ Card^le^ Ludovisio a Mons^re^ Nunzio di Firenze.«

»La migliore maniera dell' elettione del Pontefice tanto importante alla chiesa Sta è stata nel secolo passato più desiderata, che sperata da tutti i zelanti del ben publico e del servigio della sede Apostolica, perche essendosi nello spazio di cento ò più anni intralasciati i modi ordinati da sacri canoni, e fatte tutte l'elettioni per via d'adorazione, ogn' uno confessava, che quantunque per dono dello Spirito Santo, anzi che per consiglio humano si siano veramente eletti li Papi, che sono stati in questo corso d'anni. Il modo però tenuto in quelle haveva per lo più del violente e pericoloso, non lasciava in libertà il Sacro Collegio et era cagione di numerosissimi mali nella chiesa di Dio. Ma perciochè con tal modo le fattioni si mantenevano in piedi, l'autorità del Collegio si scemava e quella dei Nipoti

dei Papi veniva a crescimento, e si è sempre creduto, che gli Nipoti stessi e li capi di fattione per non privarsi di questa maggioranza e sovranità rispetto a gli altri haurebbono impedita una deliberatione così grande, la quale però si temeva, che giammai alcuno Papa fosse per mandare ad effetto. Ma N. S^re^ pieno di S^to^ zelo, e che in un di' solo di Conclave, oltr' alla notizia, che ne haveva prima, connobbe maggiormente l'importanza del negotio, vi pose incontinente l'animo, et io lasciati tutti li humani interessi in abbandono, mi son' mostrato in ciò così pronto, che non ardirei gia di dire, di haver potuto andare avanti a S. S^tà^, ma certo non le son' rimasto addietro nel desiderarlo e procurarlo efficacemente contro l'opinione di tutta questa corte, e non ostante gli artificii incredibili, che si sono usati da altri per divertirmene ò per difficultare il negotio a S. Beatitudine. Ma essendo veramente l'opera un' effetto della divina misericordia, ha ricevuto dal cielo l'aiuto, che conveniva, perche quanto più ci si sono fatti incontro gl' intoppi, più ci siamo infiamati di zelo di condurla a fine. La onde dopo essersi ventilato il soggetto alcuni mesi e distesa la minuta della costituzione, S. S^tà^ l'ha fatta communicare al Collegio, et indi preso il parere di ciascuno in camera, non solo in voce, ma in iscritto, ne ha fatti raccogliere li varii avvertimenti loro e metterli in opera per quanto è stato di bisogno, e finalmente col consiglio di una numerosa Congregatione de' Cardinali vi si è posta l'ultima mano. La onde in Concistoro di questa mattina S. S^tà^ a laude di Dio e della Beata Vergine e delli SS. Apostoli ne ha di commun consentimento e con applauso grande del Collegio fatto il decreto et appresso si stamperà la Bolla, nella quale si ritorna il modo dell' eleggere alle tre antiche forme poste ne' sacri canoni, dell' inspiratione, dello scrutinio e degli accessi, levata l'adorazione e levati intorno a ciò tutti gli abusi et aggiontevi le cautele, che humanemente et col divino aiuto si sono potute prevedere. Ne ho voluto dare questo avviso a V. S., non solo perche ne sia informata, ma perche ne possa fare parte a istesse AA. et a loro ministri, havendosi per fermissimo, che per il divoto affetto, che portano a questa Santa Sede, et pel gran beneficio, che si spera, sia per conseguirne la republica Christiana, ne sentiranno particolare piacere, poiche dalla maggiore libertà del Sacro Collegio, di poter meglio sodisfare alle coscienze loro nell' eleggere, si aspettano col favore divino ottime elettioni e per conseguente un' ottimo governo della chiesa santa, che il S. Iddio ce la conceda, et a V. S. doni la felicità, che desidera.« — Datum fehlt, doch ergibt sich als solches aus dem Inhalte des Schreibens der 15. November 1621; an diesem Tage fand näm-

lich das vorstehend erwähnte Consistorium statt, in welchem Gregor XV. die Publication der neuen Wahlbulle decretirte.

[11.] *Cod. Barberin. XXX. 105.*

»Del Cardinal Ludovisio al Card. Borromeo.«

»Illmo et Rev^mo^ S^r^ mio Oss^mo^.

Havrà V. S. Illma molto bene a memoria, che in quei giorni, ch'ella si trattenne ultimamente in questa corte, mi favori d'aprirmi il senso suo in materia del Conclave, e con quella pietà et zelo, col quale accompagna tant' altre sue virtù, mi rappresentò vivamente le necessità, che habbiamo di opportuno provedimento, per ovviare a molti disordini, che per li tempi adietro et in specie nel precedente Conclave, per informationi da lei havute, pareva, che havessero turbata e potessero anco per l'avvenire pregiudicare a quella quiete, che ricerca il negotio dell' elettione del Vicario di Christo. Si ricorderà parimente V. S. Illma, che riconoscendo io in questo suo santo pensiero la divina inspiratione l'approvai et commendai sommamente e resi gratie alla sua singolare humanità, che me l'havesse comunicato. Ma ben le soggiunsi, che essendosi per allhora formato concetto assai comune della brevità del nuovo Pontificato, e non havend' io per ancora stabilmento alcuno di forze, stimavo, che la riforma del Conclave non haurebbe in quel tempo ricevuto se non sinistra interpretatione, quasi che con modi repentini e violenti si fusse voluto precipitar risolutione di tanto momento più tosto per timore ò per invidia dell' altrui potenza, che per impulso di spirito zelante del ben publico e per conservar' incontaminata attione di tante conseguenze nella chiesa di Dio. Ma sicome per questi capi giudicai espediente il soprassedere di metter la mano a negotio di tanto rilievo, cosi anco è vero, che a V. S. Illma et ad altri SS^ri^ Cardinali, che caminando coi medesimi sentimenti m'havevano fatto instanze conformi, e specialmente al S^re^ Cardinal Bellarmino, che hora è in luogo di requie, promisi e con inculcate manieri obligai la mia fede, che non havrei pretermesso d'applicarvi efficacemente ogni mio potere et industria, quando la S^tà^ di N. S^re^ havesse col divino aiuto mostrato d'essersi ben confermata in stato di salute et io havessi potuto far tant' acquisto di forze, quanto fusse sufficiente per abolire la falsa opinione, ch'altri potesse haver concetta della mia pusillanimità ò di simil' altra passione: poiche dal concorso di queste circostanze sarebbe restata l'attione della sudetta riforma cosi giustificata, che non haurebbe potuto se non da soverchia malignità e livore esser poi sinistramente interpretata. E con una viva memoria di questa mia pro-

missione, quanto più la conditione delle cose mie si è andata avantaggiando, tanto più ho nutrito e confermato il mio propominento, e per effettuarlo son' di continuo andato interponendo appresso a S. B^ne tutti quelli offitii, che dovevo, e sono stati da me interposti con si ardente maniera e con tanta espressione di premura, che la S^tà S. non senza eccesso di benignità si è degnata di dire più volte, che restava molto edificata, che posposto ogni altro pensiero io mi fussi determinato in questo, sacrificando a Dio i miei sensi e riputando mio privato interesse il beneficio publico: se bene alla sudetta riforma ha sempre havuto Sua Santità molta propensione, si che gli offitii sudetti sono stati più affettuosi, che necessarii, e cosi finalmente il negotio si è condotto ad ottimo termine.

Ben' è vero, che non sono mancati spiriti di contradittione, i quali invidiando questo benefitio alla republica Christiana e questa gloria al Pontificato di S. B^ne hanno con troppa animosità biasmato la riforma già dissegnata, come poco aggiustata con le buone regole, e hanno specialmente notata la mia persona con tre imputationi. L'una è, ch'io da principio non volessi effettivamente la sudetta riforma, ma che poi habbia procurato d'accomodarvi il mio senso, per non haver potuto con efficace resistenza oppormi alla forza del commandamento di Sua S^tà, che cosi ha voluto. L'altra, che il desiderio da me mostratone sia stato artifitioso, coprendo io sotto pretesto di riforme qualche occulto mio interesse; e finalmente, ch'in questo negotio io sia stato per mancamento di prudenza circonvenuto et ingannato, parendo loro, che col promoverlo io mi privi dell' uso delle mie forze, soggetando ad altri la mia volontà e faccendomi seguace, dove potrei esser guida di molti. Ma per quello, che tocca la prima di queste note, io non voglio con altro argomento confutarla, che con quello, che mi sumministra la notitia, che hanno molti di quest' Ill^mi miei SS^ri, degli offitii efficacissimi, coi quali sono stati da me continuamente animati e sollecitati a concorrere con vehemenza d'affetto e con ogni loro potere a cosi sant' opera. Quanto alla seconda, non voglio tacere, che a me pare temerario giuditio il presupporre artifitii in cosa, che ha per se stessa tante ragioni, che la giustificano e commendano, e mentre tanto evidenti sono gl'incommodi, che patisce l'elettione del Sommo Pontefice per via d'Adoratione: poiche impedisce la libertà degli elettori non solamente per gl'interessi dell' amicitie, ma anco per il timore de' prencipi e de' Cardinali più potenti e per il dubbio, che altro non sia eletto contro lor voglia ò senza il concorso del loro voto. Rende i Cardinali più timidi nel dire il parer loro, massimamente in quelle cose, che tendono all' amministratione della giustitia et alla difesa

e manutentione dell' autorità della Sede Apostolica. Partorisce e fomenta gravi inimicitie trà gli escludenti e gli esclusi. Cagiona, che il Pontefice si elegga senza la debita premeditatione, mentre i capi di fattione manifestano improvisamente la loro volontà. Fà, che la somma dell' elettione sia per lo più appoggiata a' Cardinali giovani et inesperti. Apre la via a patti e conventioni sacrileghe, mentre anco in vita de' Pontefici si tratta dell' elettione de' loro successori. Rende inutili gli scrutinii non senza scandalo e peccato, mentre si danno talvolta i voti ai più giovani e manco idonei. È cagione, che molte volte i soggetti più gravi e di più saldo giuditio vengano per l'eminenza della lor' virtù esclusi dal Pontificato. Dà occasione, che alle volte si facciano promotioni di Cardinali inutili, anzi che si escludano da tanta dignità gli soggetti più meritevoli, solamente per fortificar le fattioni, con debilitar' il vigore e diminuir' la maestà del Sacro Collegio. Causa, che gli elettori stiano sempre angustiati da un grave timore, che senza loro saputa si venga all' elettione, e vivano trà inclusioni et esclusioni con l'animo del continuo agitatissimo. Avilisce l'autorità de' Cardinali trà di loro et appresso ai prencipi e porge occasioni a gli Heretici di lacerarli con titoli ingiuriosi. Induce pericolo di scisma per il dubbio, che huomini gravissimi e dottissimi hanno havuto, se nell' elettione per voti aperti si richieda il concorso di tutti e di ciascuno degli elettori. Deprime i meriti e fà, che troppo vaglia il favor de' potenti, onde nasce, che nella corte prenda forza l'ambitione e l'adulatione e la perda la virtù; e se bene si sono havuti ottimi Pontefici, ciò si deve più tosto riferire alla soavita della divina providenza, che alla forma dell' elettione. Et in somma si somministra a gl' ingegni poco modesti e troppo curiosi ampia materia di scriver Conclavi e d'andar tessendo historie, che dai nemici e calunniatori di questa S[ta] Sede sono lette con riso e divulgate con vilipendio del Collegio Apostolico.

Per quello poi, che concerne l' ultima nota, che mi vien data, io confesso ingenuamente a V. S. Ill[ma], che quando l'altrui sagacità havesse saputo artificiosamente indurmi a procurar' inavvedutamente la sudetta riforma, gradirei sommamente d'esser stato circonvenuto, non essendo più dolce inganno di quello, dal qual risulta la gloria del ingannato e quel, che più importa, il servitio di Dio benedetto, al che si è principalmente in quest' attione havuto riguardo, se bene dopo haver dato in cosi grave consultatione il primo luogo à tante pie considerationi di sopra accennate, non si sarebbe tralasciato d' haver' anco il conveniente riguardo a motivi suggeriti dalla pru-

denza civile, e molti potrei rappresentarne a V. S. Illma; ma dove milita la forza delle ragioni divine, è superfluo l'inculcare i rispetti humani, i quali tanto meno in questo particolare si sono attesi, quanto è più sacrosanta l'attione, di cui si tratta, e quanto è più sicuro il regolarsi con le leggi di Dio, che coi discorsi degli huomini« . . . .

Dat. Roma 1621.

II.

Aus der Feder eines der hervorragendsten Gewährsmänner, nämlich des Cardinals Ludovico Ludovisio selbst, haben wir die Notiz, dass die Bulle »Aeterni patris filius« von mehreren gelehrten Männern commentirt worden sei[1]). In der That findet sich zu derselben in römischen Archiven eine ganze Reihe von ausführlichen Glossenwerken und kurzgehaltenen Erläuterungen, aus denen die Bedeutung klar ersichtlich ist, welche man ihr seinerzeit beilegte. Wer also zu einem gründlichen Verständnisse des neuen Wahlgesetzes gelangen, wer vor allem die Urtheile der Zeitgenossen darüber kennen lernen will, der wird sich in erster Linie an jene Commentare halten müssen. Auch wir wollen in dem Versuche, zu einem definitiven Resultate über Inhalt und Zweck des §. *Cardinales* unserer Bulle zu gelangen, diesen Weg einschlagen, doch möge es uns zunächst gestattet sein, etwas weiter zurückzugreifen.

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts gab es nur zwei Factoren, welche in Wahrheit die Papstwahlen beherrschten; das waren die mächtigen Papstnepoten und die Krone von Spanien. Die Grundlage und Stütze jener Herrschaft war auf beiden Seiten ganz die gleiche, nämlich die Stimmenzahl einer geschlossenen Partei. Gleichwie die von ein und demselben Papste creirten Cardinäle sich in den damaligen Conclaven fast ausnahmslos dem Nepoten ihres Creators anschlossen und nach seinen Weisungen stimmten, so geboten auch die Bevollmächtigten des katholischen Königs im Cardinalcollegium über einen so zahlreichen und meist auch so wohl disciplinirten Anhang, dass es unmöglich erschien, gegen ihren Willen irgend eine Wahl durchzusetzen. Man weiss, welches Gewicht Phi-

1) Vgl. die später ausführlich besprochenen »Glossemata« des J. B. Coccini. Das in Cod. Barberin. XXVIII. 48 vorliegende Exemplar derselben wurde mit einer Widmung von Cardinal Ludovico Ludovisio Papst Urban VIII. überreicht; dortselbst heisst es: »Comitialem patrui mei Gregorii XV. constitutionem Beatissime Pater complures viri divinas humanasque litteras apprime docti suis commentariis illustraverunt« etc.

lipp II. von Spanien gerade auf diesen seinen Einfluss legte, und wie er keine Opfer scheute, denselben zu erhalten[1]). Dergestalt also kam es, dass die Papstwahlen jener Zeiten kaum als Ausdruck der freien Ueberzeugung der gesammten Wählerschaft, sondern vielmehr als das Werk einzelner Männer zu betrachten sind, welche den Willen der übrigen Cardinäle dirigirten. Nur die Parteihäupter machten den Papst; sie einigten sich oft rasch, häufiger erst nach langen Kämpfen auf einen bestimmten Candidaten, instruirten und sammelten alsbald ihre Anhänger, führten mit deren ganzem Schwarme den Ausersehenen lärmend und ostentativ in die Wahlcapelle und rissen den etwa widerstrebenden Rest der Wähler mit sich fort zur Adoration. Letztere, den obwaltenden Verhältnissen geradezu auf den Leib geschnitten, war damals der fast ausschliesslich übliche Wahlmodus geworden.

»Sie wird — berichtet der früher schon erwähnte Anonymus[2])

---

1) Ich verzichte hier auf Citate, da es sich um allbekannte Dinge handelt und ich seinerzeit in meinem »Ausschliessungsrecht« wiederholt darauf Bezug genommen habe. Dass auch unter Philipp III. die der Papstwahl zugewendete Aufmerksamkeit nicht nachliess, haben schon Gindely's Studien dargethan. Eine nicht uninteressante einschlägige Quelle aus dem Beginne des 17. Jahrhdts., welche d. z. noch unbekannt sein dürfte, ist das »Parere di Don Rodrigo di . . . al Conte di Monterei Ambasciator Cattolico in Roma sovra l'elettione del Sommo Pontefice.« Arch. Vat. Cod. Miscell. XI. 119, n. 1.

Inc. »Si può con verità affermare questa propositione, che intorno alla corona del Cattolico si aggira il sole . . . Questo è quel motivo sovra gl' altri, che ha da servir per incentivo al Cattolico di procurar Pontefice ben' inclinato alle cose sue . . . A questo fine dunque si come importa molto, *tener con ogni possibil' industria et arte li Cardinali ben affetti*, cosi e molto più importa nell' elettione d'alcuno di questi non ingannarsi della loro ordinatione, ne l'aviso è disprezzabile ò pur facile a praticarsi, perche importando ciò, quanto importa ad un Cardinale d' esser trasferito da uno stato commune a molti ad un grado di sublimità trascendente e d' incomparabile autorità, quale è la sedia di Pietro, ogni Cardinale, il quale senza patenti eccettioni si trova correr questo aringo, paventa ogni attomo valevole ad impedirli lo conseguimento di questo palio, onde coprendo le sue inclinationi con le più esquisiti artificii, che li somministra la natura ò la prudenza, vorrebe (se possibil fosse) render il corpo suo, non che le sue passioni e suoi costumi invisibili a gli occhi di quelli, i quali (per il contrario), non mai chiusi e sempre desti schernendo l'arte con larte, devono invigilare per penetrare i più intimi nascondigli di quel core, a cui può darsi il sorte, regger un di l'impero di questa ecclesiastica monarchia, per secondare ò impedire l'effetto secondo portano gl' interessi, concedono le forze e facilitano le congieture« . . . Der Autor geht sodann zur Charakteristik eines für Spanien günstigen Papstes über. Die Schrift ist jedenfalls *nach* dem Conclave Paul V. verfasst.

2) Cod. Barberin. XXX. 105, vgl. Abschnitt I, Anh. n. 9.

— in folgender Weise vollzogen. Man setzt den zu wählenden Cardinal auf den Altar der Wahlcapelle, und sodann treten die übrigen Cardinäle der Reihe nach vor ihn hin und machen ihm eine tiefe Verbeugung. Sobald es bekannt wird, dass sich die genügende Anzahl von Wählern zu einer derartigen Adoration vereinigt habe, pflegen alle übrigen fast tumultuarisch herbeizueilen, da jeder besorgt, es könne bemerkt werden, dass er der letzte sei oder etwa nicht bereitwillig mitwirke. Diese Form der Wahl durch Adoration wird sodann noch in höherem Grade solennisirt durch mündliche Abstimmung, resp. durch offenes Scrutinium, welches man jedoch ohne Präjudiz der Wahl vornimmt.«

Hieraus ist zu ersehen, wie die Adoration eigentlich immer eine Ueberrumpelung der Minorität bedeutete, wie aber zweifellos auch gar manche Mitglieder der Majorität oftmals nur unter grossem moralischem Drucke gehandelt haben dürften. Thatsächlich liefern die Papstwahlen des ausgehenden 16. und beginnenden 17. Jahrhunderts nur zu häufige Beispiele von der Unfreiheit der Wähler, dem Terrorismus der Nepoten, der Hartnäckigkeit der spanischen Parteiführer; wir brauchen zum Beweise dessen ja blos an die bekannten Ereignisse in den Conclaven von 1590—91 zu erinnern[1]).

Wer also diesen Uebelständen abhelfen wollte, der musste nothwendigerweise vor allem darnach trachten, die unmittelbare Ingerenz und Aufsicht der Parteihäupter über die Abstimmung ihres Anhanges zu beseitigen; und daher war es denn damals, wie schon erwähnt, an der Curie die herrschende Anschauung, dass eine zielbewusste Reform unbedingt den Adorationsmodus abzuschaffen und durch das geheime Scrutinium, welches die Abstimmung des Einzelnen der Controle der Führer entzog, zu ersetzen habe. Selbstredend lief solches auf eine empfindliche Schwächung der Autorität der Nepoten sowohl, als auch der bevollmächtigten Kroncardinäle hinaus, denn jeder einzelne Wähler konnte ja nunmehr unbeaufsichtigt nach seinem Gutdünken votiren, ohne deshalb wie früher wegen seiner Abhängigkeit von diesem Fürsten oder jenem Cardinal — und letztere Abhängigkeit in ihren verschiedensten Formen bildete eben seit jeher den eigentlichen Kitt der Wahlparteien[2]) — Nachtheile befürchten zu müssen. Darum finden wir denn auch in den seinerzeit citirten Quellen die Besorgniss ausgesprochen, es könnte die Reform auf den Widerstand der Nepoten oder der weltlichen Fürsten stossen. Mit

1) Mein Ausschliessungsrecht, S. 201 ff.

2) Vergl. bes. die Schrift des Cardinals F. Borromeo; Abschnitt I, Anh. n. 4.

Bezug auf die letzteren scheint solche Besorgniss allerdings grundlos gewesen zu sein; von dieser Seite wurde, soviel bekannt ist, keinerlei Agitation gegen die Wahlreform unternommen[1]); dagegen mag deren Verzögerung durch so viele Jahre, wie früher bemerkt, immerhin von dem geheimen Widerstande der Nepoten herrühren, und es würden sich dergestalt auch jene Bemühungen einzelner Autoren erklären, den Cardinal Ludovisio davon zu überzeugen, dass ihm die projectirte Wahlbulle nicht Nachtheil, sondern Nutzen bringen werde.

Mit einem Worte also, die Reform und das geheime Scrutinium drohten den Zusammenhang und die Disciplin der Wahlparteien zu zerstören; diese aber bildeten die eigentliche Basis jeglichen Einflusses im Conclave, das Werkzeug zur Realisirung der Inclusions- und Exclusionslisten; ihrer konnte man nicht entbehren. Sollte daher künftighin die Stimmabgabe beim Wahlacte selbst uncontrolirbar sein, so war die Erkenntniss überaus naheliegend, dass gerade hiedurch die auch schon mehrfach von früheren Constitutionen verbotenen, der Wahl *vorausgehenden* Zusagen, Verträge und sonstigen *eine moralische Gebundenheit* der Wähler bezweckenden Agitationsmittel erhöhte Bedeutung gewinnen würden. Wer nicht darauf verzichten wollte, eine Rolle im Conclave zu spielen, der musste eben darnach trachten, sich den nöthigen Stimmenanhang schon früher auf jede mögliche Art zu sichern.

Es erscheint demgemäss ganz selbstverständlich, dass die Verfasser der neuen Wahlbulle sich veranlasst fanden, letzterem Punkte besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und alle zur thunlichsten Hintanhaltung jener Wahlumtriebe geeigneten Bestimmungen zu treffen.

Aus diesem Bestreben heraus entstand nun der §. *Cardinales* der Gregorianischen Constitution, welcher genau betrachtet im Verhältnisse zu den älteren Wahlgesetzen wenig wesentlich Neues bringt. Wie sich derselbe eigentlich ganz unmittelbar aus dem §. Cardinales der Bulle »In eligendis« entwickelt hat, darüber gibt eine Vergleichung der einzelnen, schon erwähnten Entwürfe den besten Aufschluss.

Cap. XVI des Clementinischen Entwurfes lautete seinem vollen Texte nach:

»Eisdem Cardinalibus praecipimus et mandamus, ut tam in ferendis suffragiis, quam in caeteris omnibus electionem quomodolibet

1) Die Bulle »Aeterni patris filius« wurde im Gegentheile von den katholischen Grossmächten mit Freude begrüsst, wie solches aus dem später angeführten Commentar Justiniani's und dem gleichfalls mitgetheilten Briefe des kaiserlichen Beichtvaters P. Beccanus zur Genüge hervorgeht.

concernentibus omni charitate et remotis omnibus mundanis affectibus procedant, praesertim vero quam longissime arceant ab ipsius Pontificis electione conspirationes, promissa, conventiones, pactiones et alios illicitos contractus, nec denique eorum quispiam signa aut contrasigna votoram alteri dare, libertatem in dandis suffragiis adimere, minisve alios perterrere, aut vim inferre, tumultus excitare, aut alia facere, per quae electio impediatur seu retardetur, vel minus libere suffragia praestentur, per se vel alium, directe vel indirecte, quovis colore vel ingenio audeat vel praesumat. Quinimo Cardinales etiam atque etiam monemus, hortamur atque obtestamur in domino, cuius causa maxime agitur, vel (sic!) cum ea, qua decet sanctitate, veritate, unitate, pace et charitate ad rei plene sacrae deliberationem procedant [1]).«

Die in den Hauptsachen fast wörtliche Uebereinstimmung dieser Stelle mit dem §. *Cardinales* der Constitution Pius' IV. [2]) braucht kaum hervorgehoben zu werden; sie ist einfach nichts anderes als eine etwas kürzere Fassung des letzteren. Bemerkenswerth erscheint für uns nur, dass hier die »intercessiones principum saecularium« — selbstredend absichtlich — hinweggelassen sind. Offenbar hatte diese Hinweglassung bei den Verfassern des späteren Paulinischen Entwurfes Bedenken erregt, und sie unternahmen daher in Anlehnung an die weiter zurückliegenden päpstlichen Wahlgesetze, besonders wohl an die Bulle »Cum secundum Apostolum« Paul's IV. [3]) eine Reconstruction der obigen Stelle in folgender Weise:

»Praecipitur Cardinalibus, licet defunctorum pontificum nepotes sint, atque omnibus aliis personis, tam ecclesiasticis quam laicis,

---

1) Cod. Barberin. XXX. 105.

2) §. »Cardinales autem per viscera misericordiae D. N. Jesu Christi enixe rogamus et hortamur ac eis nihilominus sub divini interminatione judicii praecipimus et mandamus, ut attendentes magnitudinem ministerii, quod per eos tractatur, in dandis suffragiis ac aliis omnibus et singulis electionem quomodolibet concernentibus, omni dolo ac fraude, factionibus et animorum passionibus remotis, ac principum saecularium intercessionibus ceterisque mundanis respectibus minime attentis, sed solum Deum prae oculis habentes, sese pure, libere, sincere, quiete et pacifice gerere et habere debeant. Nec pro ipsius Pontificis electione conspirationes, condicta, pactiones et alios illicitos tractatus inire, signa aut contrasigna votorum suorum alteri dare, minasve aliquibus inferre, tumultus excitare, aut alia facere, per quae electio retardetur vel minus libere suffragia praestentur, per se vel alium, directe vel indirecte, quovis colore vel ingenio audeant vel praesumant. Quod si secus fecerint, aut contra prohibita in praesenti constitutione aliquid admiserint, ultra divinam ultionem arbitrio futuri Pontificis pro modo culpae in eos quandocunque animadverti possit.«

3) Vgl. mein Ausschliessungsrecht, S. 14 ff.

etiam principibus summis, quacumque dignitate praefulserint, eorumque oratoribus et ministris, ut in hac summi pontificis electione omnino abstineant a quibuscumque pactionibus, conventionibus, promissionibus, obligationibus, condictis, federibus, intendimentis, tam praestandis quam recipiendis et exigendis, *tam respectu inclusionis quam exclusionis.* Quae eo ipso, quod hac in re interposita fuerint, etiam iuramento adiecto, etiam praetextu grati animi significandi, illicita ac nulla ac viribus prorsus carere declaramus. Nolentes quempiam ad talium observantiam teneri, aut ex transgressione notam incurrere fidei non servatae. His tamen nequaquam prohibitus intelligatur tractatus vel explicatio sententiae aut animi declaratio ad electionis negotium conficiendum, dum tantum absint promissiones et alia praedicta. Et quatenus de facto intervenerint, nullam omnino vim obtineant. Quod si quis in aliquo praedictorum contrafecerit, incurrat eo ipso absque ulla alia declaratione in penam excommunicationis latae sententiae, cuius absolutio Sedi Apostolicae tantum reservata sit, ita ut nec etiam summus penitentiarius vigore quarumcumque facultatum talem absolutionem, praeterquam in articulo mortis, impertiri queat [1]).«

Man bemerkt, wie hier neben den Cardinälen, unter welchen die päpstlichen Nepoten besonders hervorgehoben erscheinen, nun auch wieder die weltlichen Fürsten und ihre diplomatischen Vertreter direct genannt und beiden Theilen alle möglichen Arten von Uebereinkünften, Versprechungen, Verträgen *zum Zwecke der Herbeiführung von Inclusion und Exclusion* verboten werden. Diese Ausdrücke »Inclusion« und »Exclusion«, welche sich hier zum ersten Male in einen Gesetzentwurf eingeschaltet finden, bedeuten selbstverständlich nichts Neues, Unbekanntes, unter den damaligen Verhältnissen etwa Zweifel Erregendes; sie sind im Gegentheil als eine Erläuterung und Präcisirung zu der ein wenig gedrängten Formulirung des Clementinischen Entwurfes aufzufassen. Letzterer hatte den Cardinälen schlechthin »illicitos contractus« untersagt. Natürlich musste hierüber die Frage entstehen, was denn des Näheren unter solchen »contractus illiciti« zu verstehen sei; die Unklarheit in diesem Punkte konnte ja im Conclave die verschiedenartigsten, schädlichen Consequenzen nach sich ziehen. Derartiges will nun der zweite Entwurf verhüten und erklärt: Unerlaubt und verwerflich sind alle jene wie immer gearteten Verträge, welche bezwecken, die Inclusion oder Exclusion jemandes zu bewerkstelligen; anderweitige Verträge hingegen

1) Cod. Barberin. XXX. 105; s. Abschnitt I, Anh. n. 3.

»ad electionis negotium conficiendum« sind nicht unerlaubt, »dum tantum absint promissiones et alia praedicta.

Wie verhält sich nun hiezu die dritte Ueberarbeitung des vorliegenden Paragraphen, resp. die »prima minuta« des Gregorianischen Entwurfes? Dieselbe lautete:

»Cardinales vero abstineant ab omnibus pactionibus, conventionibus, promissionibus, condictis, foederibus aliisque quibuscunque obligationibus, tam respectu inclusionis quam exclusionis, *seu* de suffragio alicui dando vel non dando: quae omnia et singula, si de facto intervenerint, et iuramento adjecto, nulla et irrita, neque ad eorum observantiam quemquam teneri, aut ex transgressione notam incurrere fidei non servatae, decernimus et declaramus [1]).«

Die Autoren dieser Redaction erachteten also offenbar neuerlich das Zurückgehen auf eine kürzere Formulirung des Textes angezeigt, und liessen demgemäss zunächst die Wahlumtriebe der weltlichen Fürsten und ihrer Vertreter ganz aus dem Spiele. Des Ferneren kürzten sie den Paragraph auch am Schlusse um ein gutes Stück, indem sie die Bestimmungen des Paulinischen Entwurfes über die nicht verbotenen Wahltractate und endlich die Strafsanction ebenfalls hinwegliessen. Stehen blieb sohin nur die Hauptsache, nämlich *das speciell an die Adresse der Cardinäle gerichtete Verbot* von wie immer beschaffenen Verträgen und Uebereinkünften zur Herbeiführung der Inclusion oder Exclusion. Damit aber nun in Folge der eben erwähnten Streichungen ja nicht etwa irgend welche Zweifel über die richtige Interpretation dieser Rechtsnorm entstünden, fügten die Redactoren dem Passus »tam respectu inclusionis quam exclusionis« noch den weiteren erklärenden Zusatz bei »*seu de suffragio dando vel non dando.*« Dem Gesetze zuwider sind also alle Arten von Uebereinkünften, Bündnissen, Versprechungen, Verträgen, »*sowohl im Hinblick auf die Inclusion*, *als die Exclusion*, *d. h. zum Zwecke der Stimmenzuwendung oder der Stimmenentziehung*«, ausführlicher gesagt: Verträge, welche einen Cardinal veranlassen sollen, diesem oder jenem Candidaten seine Stimme zu geben, oder aber sie ihm nicht zu geben. Irgend welche Unklarheit über die richtige Interpretation vorliegender Stelle kann somit nicht bestehen; sie wendet sich gegen die allbekannten und längst üblichen Wahlagitationsmittel, und alle Versuche, einen veränderten Sinn in dieselbe hineinzukünsteln, gehören in das Reich der Phantasie. Durch

1) Man beachte hiezu in Cod. Barberin. XXX. 105, auf dem von Cardinal Sforza begutachteten Exemplar die Randnote desselben: »Optime et est iuxta sacros canones *et alias bullas.*«

die späteren, bei endgiltiger Redaction des Textes gemachten Einschiebungen ist zwar der unmittelbare, d. h. örtliche Zusammenhang zwischen den Worten »tam respectu inclusionis quam exclusionis« und »seu de suffragio dando vel non dando« gelöst worden, doch konnte deren inhaltliche Zusammengehörigkeit jedem aufmerksamen Leser von vorneherein niemals zweifelhaft erscheinen [1]).

Was nun die genannten textlichen Erweiterungen des §. *Cardinales* der »prima minuta« anbelangt, so lauteten die von den einzelnen, zu Rathe gezogenen Cardinälen beantragten Verbesserungen nach der vor die Congregation der Siebzehn gebrachten Zusammenstellung folgendermassen:

§. XI. [2])

a. »Addenda intendimenta, signa, contrasigna votorum minaeque.« Nazarettus.

b. »et contrasigna tam petere quam dare.« Bandinus.

c. »Videtur imponenda poena censurarum, quia possunt esse simoniacae.« Nazarettus.

d. »Imponenda etiam poena excommunicationis reservatae.« Bandinus.

e. »Imponendum magis silentium super voto praestando, ut non liceat exquirere votum, nec in quem velit consentire vel nolit, ad secretum perficiendum.« A.

f. »Pactiones etc. omittendum videtur et relinquendum in dispositione iuris, quia suas poenas habent.« Gymnasius.

g. »Imponendae poenae etiam promissiones petentibus.« Caetanus.

h. »Declarandum, an tractatus prohibeatur.« Tressius.

i. »Prohibendae non solum promissiones, ut in constitutione, sed etiam cuiusvis inclusionis aut exclusionis, tam unius personae quam plurium, aut certi generis veluti creaturarum, et neque queri aut peti possint a S. D. N., et non solum verbis, sed neque signis, neque scripto, neque ullo modo, ut voluntas cognoscatur gratificandi active et passive.« Idem. [3])

1) S. mein Ausschliessungsrecht, S. 21.

2) Die Bezeichnung der aufeinanderfolgenden Vorschläge mit römischen Buchstaben findet sich in Cod. Barberin. XXX. 105 nicht und ist von mir blos zum Zwecke grösserer Uebersichtlichkeit angewendet worden.

3) Bezüglich der Originalgutachten, aus welchen obige Zusammenstellung angefertigt wurde, haben wir schon seinerzeit erwähnt, dass dieselben grösstentheils in Cod. Barberin. XXX. 105 vorliegen; manches aus ihnen wurde natürlich bei der Compilation hinweggelassen; kleine Veränderungen im Wortlaute dürften sich zweifellos aus den mündlichen Berathungen in den Congregationen ergeben haben. Beispielsweise hatte Cardinal Nazarette auf seinem Entwurf-

An dieser Zusammenstellung erscheinen weiters auf den obiger Congregation vorgelegenen Exemplaren nachstehende Modificationen für gut befunden:

---

exemplare nach dem Vorschlage, zwischen die Worte »condictis« und »foederibus« den Passus »intendimentis, signis aut contrasignis votorum minisque« einzuschieben, an den Schluss des §. Cardinales folgende Bemerkung gesetzt: »Videtur, quod specifice imponenda esset poena censurarum adversus contrafacientes, praesertim cum pactiones et similes possint esse symoniacae. Item videtur magis specifice imponendum silentium super voto praestando, ita ut non sit nec etiam licitum exquirere ab alio, in quem velit necne praestare votum suum; tanto magis cum tale secretum comendetur in scribendo voto, tam in prima quam in secunda schedula, et propterea tale secretum videtur et imponendum ante ipsum scrutinium, ut quantum fieri potest tollantur pactiones, iurgia (?) et conventiones inter Cardinales (?) et electio sequatur libera.« — Card. Gaetano (s. oben lit. g) hatte seinerseits beantragt: »Videretur, magis expresse similes poenas et censuras Cardinalibus esse imponendas, tam scilicet iis, qui petunt, quam qui similes promissiones dant, ita ut in his verbis nulla tergiversandi occasio remaneret.« — Die auf der »minuta« des Cardinals Bandino notirten Verbesserungen stimmen mit der obigen Zusammenstellung beinahe wörtlich überein. Hiegegen zeigt letztere gegenüber dem — in Form eines Briefes an den Papst vorliegenden — Gutachten des Card. Trejo wieder eine etwas kürzere und freiere Formulirung. Trejo äusserte im Wesentlichen seine Meinung dahin, dass man entweder den bisherigen Wahlmodus nicht aufheben oder aber zur völligen Wahrung des Wahlgeheimnisses noch eingehendere Bestimmungen als die im Gesetzentwurfe projectirten treffen solle, zu welchem Behufe er eine Reihe von Vorschlägen machte, die jedoch meist reine Formalien betreffend hier — von Obigem abgesehen — minder wichtig erscheinen. Der Schluss des Gutachtens lautet: »Haec sunt Beatissime Pater, quae de re ista dicere valeo, quae ut uno verbo concludam, in ea sum sententia, ut aut omnino res in consueto eligendi modo relinquatur, aut tale omnino secretum imponatur, modo supradicto aliove simili, ut intimum secretum et omnimoda libertas servetur, quod in scrutinio manu eligentium schedulis scriptis et in accessu vix comprehendi posse credo.«

Endlich wäre noch das gleichfalls in Briefform (sin. dat.) gehaltene Gutachten des Cardinals Borgia zu erwähnen, welches anscheinend in den Congregationsberathungen nur geringe Berücksichtigung fand. — Inc. »Ut Apostolicis verbis utar, insipiens factus sum, sed V. S^tas^ me coegit, dum nuper pro sua, qua semper in me usa est, benignitate voluit audire, quid de recenti bulla de eligendo Summo Pontifice sentirem. Cumque coram breviter sensum meum explicassem, placuit V. B^ni^, ut hoc ipsum scripto sibi offerrem.« . . . Zu §. Cardinales wird bemerkt: »XI. §., in quo agitur de pactionibus, promissionibus, inclusionibus, exclusionibus etc., aliqua indiget declaratione, extensione ac modificatione. In primis enim omnia, quae in eo prohibentur, valde utile apparet, si non solum electores, sed omnes alios, tam absentes quam praesentes, cuiuscunque status et conditionis fuerint, sive ecclesiastici sive saeculares, comprehendant; hac enim ratione electio syncerior et a corruptela magis immunis erit. Secundo declarandum, prohibitionem hanc cum paenis ei adiunctis, utrum debeat incipere ab ipso Pontificis obitu usque ad novi electionem inclusive.

Die Vorschläge c, e und f sind nicht acceptirt resp. gestrichen.

Zu b ist bemerkt: »Hoc caput melius extendatur, *etiam petere*«.

Zu h lautet der Bescheid: »Non prohibeatur«.

Zu i findet sich die Verbesserung: »Melius dictaretur, *tam ad exclusiones, quam ad inclusiones*«; der Schlusspassus nach den Worten »peti possint« ist gestrichen.

Die Vorschläge a, d, g sind unverändert angenommen.

Hienach wurden also von der Congregation zunächst über Antrag der Cardinäle Nazarette und Bandino in die »prima minuta« nach dem Worte »promissionibus« das Wort »intendimentis« und nach »obligationibus« die Worte »minis, signis, contrasignis suffragiorum seu schedularum, aut aliis tam verbo quam scripto, aut quomodocunque dandis, aut petendis« eingeschaltet. Darüber ist wenig zu sagen; es handelt sich hier einfach um einen näheren textlichen Anschluss an den §. *Cardinales* der Bulle »In eligendis«. Dort hatte es geheissen: »signa aut contrasigna votorum suorum alteri dare, minasve aliquibus inferre«; das wurde nun blos in anderer Wortstellung, und durch den Nachsatz: »aut aliis — petendis« mehr generalisirt, ebenfalls herübergenommen.

Der ferneren wurden auf Antrag des Cardinals Trejo nach dem Worte »exclusionis« die Worte: »tam unius personae quam plurium, aut certi generis veluti creaturarum, aut huiusmodi« eingefügt. Dieselben bezwecken nichts anderes, als eine weitere Erläuterung zu »inclusio« und exclusio«. Cardinal Trejo meinte nämlich, man solle sich nicht mit der Diction des Entwurfes begnügen, d. h. nicht von Inclusion oder Exclusion schlechtweg sprechen, sondern hier auch die verschiedenen Möglichkeiten mit Bezug auf die eine und andere in Betracht ziehen, nämlich sowohl die Inclusion oder Exclusion eines Einzigen, als auch mehrerer Personen, als auch einer ganzen Kategorie von Personen, wie etwa aller Creaturen dieses oder jenes Papstes oder Aehnliches [1]).

Tertio et si bene cautum sit, ne quis agat pro includendo vel excludendo alio, tamen declarare oportet, non esse contra huiusmodi prohibitionem, quicquid ex vi iuris naturalis ad bonam requiritur electionem (ne in re tam gravi errare contingat), quale sine dubio esset, informationem ab aliquo ex electoribus petere de aliquo vel aliquibus, num apti sint ad Pontificatum etc.«

1) *Sägmüller* (l. c. S. 270) hat in obiger Unterscheidung von Inclusion resp. Exclusion »unius personae« oder »plurium« oder »certi generis veluti creaturarum« anscheinend einen hochwichtigen Beleg für die Richtigkeit seiner Ansicht erblickt. »Und als ob sich der Papst nicht genugthun könnte, fährt er fort, die Inclusive und Exclusive noch näher zu charakterisiren, zunächst als »einen« treffend, wobei man unwillkürlich an die von den Cardinälen im Conclave Gregor's XIV. geäusserte Furcht denkt, der spanische König könnte

Dergleichen kam in den Conclaven bekanntlich überaus häufig vor; so war es beispielsweise fast Regel, dass die verschiedenen Parteien der älteren Cardinäle sich über die Exclusion der Creaturen des letztverstorbenen Papstes einigten, oder etwa dass die spanische Partei alle Mitglieder der französischen excludirte und umgekehrt.

Endlich wurde in unseren Paragraph über Initiative des Cardinals Bandino noch die Strafandrohung der Excommunikation, und auf Antrag Trejo's in gekürzter Form aus dem Paulinischen Entwurfe die Erklärung aufgenommen, dass die gewöhnlichen Wahltractate nicht verboten seien.

Dem entsprechend erhielt der §. »*Cardinales*« nach Abschluss der Redaction folgende Form:

»Cardinales praeterea omnino abstineant ab omnibus pactionibus, conventionibus, promissionibus, intendimentis, condictis, foederibus, aliisque quibuscunque obligationibus, minis, signis, contrasignis suffragiorum seu schedularum, aut aliis tam verbo quam scripto, aut quomodocunque dandis, aut petendis, tam respectu inclusionis quam ex-

---

schliesslich nur noch »einen« Cardinal includiren, so dass ihnen gar kein Wahlrecht mehr bleiben würde, oder auch denkt an die uns zwei Dezennien später schon fertig entgegentretende allgemeine Anschauung, der König dürfe in demselben Conclave nur »einen« excludiren, wogegen das »plurium« auf die mehreren Includirten der Conclaven am Ende des 16. Jahrhunderts zurückweist. Und damit ja alle Eventualitäten in Betracht gezogen seien, fügt Gregor noch »aut huiusmodi« hinzu. Der Papst meint also unzweifelhaft die ganze Inclusive und Exclusive, die exclusiva votorum und die exclusiva formalis.« — Man wird aus diesen phantasievollen Träumen jählings in die rauhe Wirklichkeit zurückversetzt, wenn man vernimmt, dass gerade der von Sägmüller so schön ausgeschmückte Passus *auf Vorschlag eines spanischen Kroncardinals* in den Text des §. Cardinales aufgenommen wurde. »Gabriel Tressius seu Trejo Paniaqua natione Hispanus« war — wie *Ciaconius*, l. c. IV. 436 uns berichtet — Doctor von Salamanca, Religiose und Archidiacon des Ritterordens von Calatrava und Richter der königlichen Curie. Er wurde von Paul V. *auf Bitten Philipp's III. von Spanien* zum Cardinalpriester (tit. S. Bartholomaei in insula) ernannt, war sodann einige Zeit Erzbischof von Salerno, wurde 1627 auf die Cathedralkirche von Malaga transferirt und um seiner mannigfachen Verdienste willen vom Könige zum Vorstande des obersten Rathes im Königreiche Castilien ernannt. »*Romanae Curiae* — fügt Ciaconius hinzu — *parum addictum se praebuit.*« Man kann sich nun wohl lebhaft vorstellen, wie dieser Mann, der bekanntlich Bedenken geäussert hatte, die bestehende Wahlform überhaupt abzuändern, mit seinem erwähnten Vorschlage *gar nichts anderes bezweckte*, als der spanischen Krone, resp. dem ihr von Sägmüller verliehenen »*Rechtsanspruch auf die Exclusiva*,« zu Leibe zu gehen. Ganz abgesehen natürlich davon, dass sich für den Bestand einer »exclusiva formalis« in der ganzen ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts auch nicht die Spur eines Beleges findet.

clusionis, tam unius personae quam plurium, aut certi generis veluti creaturarum, aut huiusmodi, seu de suffragio dando vel non dando, quae omnia et singula, si de facto intervenerint, etiam juramento adiecto, nulla et irrita, neque ad eorum observantiam quemquam tenere, aut ex transgressione notam incurrere fidei non servatae decernimus et declaramus; et contrafacientes ex nunc excommunicationis poena innodamus: tractatus tamen pro electione habendos vetare non intelligimus.«

Wir wenden uns nunmehr der zeitgenössischen Litteratur über die Bulle »Aeterni patris filius« zu.

Aus der ansehnlichen Zahl von grösseren und kleineren Schriften, welche sich von den verschiedensten Gesichtspunkten aus die Besprechung und Erläuterung unseres Wahlgesetzes zur Aufgabe stellten, ragen besonders vier umfassende Arbeiten hervor, die von damals an der Curie lebenden und zum Theil mit einflussreichen Aemtern bekleideten Männern verfasst, zweifellos als überaus wichtige Zeugnisse für die Interpretation der Bulle in jener Zeit gelten können. Dieselben sollen hier der Reihe nach angeführt und unter specieller Berücksichtigung ihrer Ansichten über den §. Cardinales erörtert werden.

1. *Joannis Baptistae Coccini Veneti, Sacrae Rotae Decani et Sacrae Poenitentiariae Regentis Glossemata ad Bullam S. D. N. Gregorii XV. Pont. Max. de electione Romani Pontificis ad Ill^mum et Rev^mum Principem D. Ludovicum Cardinalem Ludovisium S. R. E. Vicecancellarium, XVII. Calendas Julii 1623.*

Unter vorstehendem Titel liegt uns in zahlreichen Handschriften [1]) ein überaus umfangreicher und eingehender Commentar vor,

---

1) Das vatikanische Archiv allein besitzt fünf Exemplare der *Glossemata* in den Codd. Miscell. XI, 9—13. In Cod. Miscell. XI, 9 findet sich nach der Ueberschrift »Explicatio Constitutionis S. D. N. Gregorii XV. de electione Romani Pontificis« folgende Notiz: »Questa opretta è stata composta ò stesa da Monsr Gio. Batt. Coccino Venetiano, Decano della Sacra Rota e Regente della Penitentiaria. Circa la autorità de' dottori e loro opinioni fu aiutato da me Felice Contelori.« In Cod. Miscell. XI, 10 liegt die Arbeit nicht vollständig vor; in Cod. Miscell. XI, 11 erscheint sie gegenüber XI, 9 an einigen Stellen gekürzt; die besten Exemplare sind XI, 12 und XI, 13. Obige Excerpte wurden nach XI, 13 unter Collation mit XI, 12 angefertigt. Ferner finden sich die *Glossemata* in der Bibl. Barberin. in drei Handschriften, u. z. in den Cod. XXVIII, 24; XXVIII, 47 und XXVIII, 48. Letzteres Exemplar trägt Eingangs die schon erwähnte Widmung des Card. Ludovico Ludovisio an Urban VIII.

Inc. »Comitialem patrui mei Gregorii XV. constitutionem Beatissime Pater complures divinas humanasque litteras apprime docti suis commentariis illustraverunt. Ex utroque genere hominum ipse aliquem selegi, atque ut antea

durch welchen nach der Absicht des Autors »nicht nur der Sinn des Gregorianischen Gesetzes selbst, sondern auch die Schwierigkeiten der sich daraus ergebenden Rechtsfragen erklärt werden sollen.« Coccini äussert sich hierüber in der Widmung seines Werkes an den Cardinal Ludovisio wie folgt:

»Illustrissimo et Reverendissimo Principi Domino Ludovico Ludovisio S. R. E. Vicecancellario Joannes Baptista Coccinus S. D.«

»S. D. N. diploma de electione Romani Pontificis *tuo potissimum hortatu* Cardinalis Amplissime conditum aequum fuit, ut interpretem quoque tui observantissimum nancisceretur. Videbam et laetabar, electionem Summi Pontificis magno reipublicae Christianae bono eo reductam esse, ut suffragiorum libertas, quolibet assensus vinculo exsoluta, minus idoneos declinaret facilius et laudabili secretae voluntatis securitate adiuta in optimum quemque facilius collimaret. Verum cum ea sit fere humanarum rerum conditio, ut saepenumero utilissimae sanctiones, dum earum verba pro suo quisque arbitrio interpretatur et commodo, eludantur penitus et fine suo frustrentur. Ideo ne haec post homines natos praestantissima diversos distraheretur in sensus et abhorrentibus a santientis mente interpretationibus deformaretur, haec in eam *Glossemata* conscribere sum agressus, quibus non ipsius tantum legis intellectus, sed emergentium quoque ex ea quaestionum difficultates enodarentur. Operosa res erat. Verum eo mihi dulcior labor videbatur, quo manifestius optimi Pontificis pietatem et prudentissimi consilii tui gloriam per eum populis innotescere intelligebam. Accipe igitur bonique consule, Cardinalis magne adnotationes hasce re vera tuas, cum sanctissimum diploma ab tua profectum prudentia, quicquid inaedificatum fuerit, iure vendicet sibi. Vale.«

Datum Romae, XVII. Kal. Jul. MDCXXIII.

Genanntem Vorhaben sucht Coccini in der Art gerecht zu werden, dass er dem Texte der Bulle folgend, zu jedem einzelnen Paragraphen derselben eine Reihe von Quaestionen — im Ganzen deren 194 [1]) — aufstellt und beantwortet. Hiebei operirt die Darstellung

---

Benedictum Justinianum intimae scientiae theologum, ita nunc auctorem primariae prudentiae consultum ad Te litterarum omnium principem supplex affero« ...

Schliesslich wäre noch das Exemplar der Bibl. Vittor. Emman. Cod. Gesuit. 491 (2620) zu erwähnen.

1) Die genauere Eintheilung ist folgende: Zu »Initium Constitutiones,« Quaestiones VI; §. Igitur, Qu. V; §. Nos igitur, Qu. IV; §. Hac nostra, Qu. LXXXII; §. Numerum autem, Qu. II; §. Rursus nemo, Qu. I; §. Ac si contingat, Qu. II; §. Insuper, Qu. IX; §. Suffragiorum autem, Qu. IX; §. Po-

mit dem ganzen Apparate canonistischer Gelehrsamkeit und zeichnet sich durch scharfe Distinction und grosse Quellenkenntniss aus. In rechtshistorischer Beziehung allerdings wird wenig bemerkenswerthes geboten; wohl aber äussert sich allenthalben das Bestreben, die mit dem Thema zusammenhängenden Fragen in möglichst umfassender Weise in die Untersuchung einzubeziehen. So handelt der Autor z. B. in den an die Einleitung der Bulle geknüpften Quaestionen ausführlich über die Erlaubtheit von Wahltractaten bei Lebzeiten des Papstes (»An sit licitum vivente Romano Pontifice de successore eligendo tractare« und »An omnes tractatus sint prohibiti vivente Romano Pontifice, quoad electionem successoris, ad intellectum concilii Romani et bullae Pauli IV.«), worauf dann unter besonderer Rücksichtnahme auf die Constitution Julius' II. »Cum tam divino« zum Capitel der Simonie bei den Papstwahlen, und in den Quaestionen zu §. Igitur auf die älteren Wahlgesetze übergegangen wird. Nebenher lässt Coccini aber auch nicht unerörtert, ob der Papst sich selbst einen Nachfolger wählen dürfe, wie es sich *sede vacante* mit der Jurisdiction der Cardinäle verhalte, welche Spesen letztere machen dürften, wie die Exequien des verstorbenen Papstes zu feiern seien, u. A. m. Dass die Glossemata auch die unmittelbare Vorgeschichte der Bulle »Aeterni patris filius«, mit kurzen Worten berühren, wurde bereits früher erwähnt. In Quaest. I. zu §. *Nos igitur* heist es:

»Bullam istam S. D. N. diu desideratam fuisse.«

»Antequam ad alia huic §. pertinentia deveniamus firmandum est, hanc bullam diu desideratam fuisse, et ad hoc probandum sufficeret, quod Summus Pontifex dicat, quod multorum votis et postulationibus ista bulla expetita fuerit, quia huic assertioni credendum esset, cum sit assertio Papae de facto secum gesto. Clement. unica et ibi Imol. n. 9. de probationib. Bart. in l. ambitiosa n. 28 ff. de decret. ab ordin. fac. Soc. cons. 87. n. 19. lib. 3. Cresc. dec. 2. n. 2. de renunc. Caputag. dec. 286. p. 2. Mohed. dec. 4. n. 4. de restit. spol. Sed hoc clarissimum redditur omissis antiquis temporibus Clemens 8. fel. recordat. statim ac creatus fuit, congregationem depu-

---

stea vero, Qu. V; §. Ac si inter, Qu. IV; §. Quod autem, Qu. III; §. Et ut accessus, Qu. III; §. Nulli autem, Qu. II; §. Neque in quolibet, Qu. IV; §. Insuper, Qu. II; §. Si quis autem, Qu. I; §. Praeterea, Qu. XIII; §. Ad haec, Qu. VII; §. Similiter, Qu. V; §. Cardinales, Qu. III; §. Quod si, Qu. VI; §. Postremo, Qu. II; §. Ut autem, Qu. II; §. Volumus autem, Qu. VI; §. Coeterum, Qu. I; §. Non obstantibus, Qu. I; §. Volumus quoque, Qu. I; §. Quibus constitutionibus, Qu. I; §. Denique, Qu. I; §. Nulli ergo, Qu. I.

tavit super hoc negotio, quam congregationem reassumpsit Paulus V. S. M. Et quia in mente divina hoc praeclarum facinus erat praeservatum S. D. N. et nunquam satis laudandae religionis Illmo et R^{mo} DD. meo Ludovico Ludovisio S. R. E. Presb° Cardinali Camerario, hisce temporibus gloriosissime fuit perfectum« . . . .

Was nun speciell die Interpretation des §. *Cardinales* betrifft, so scheidet Coccini den Text desselben von vorneherein in zwei Theile. Der erste Theil umfasst die Worte: »Cardinales . . . abstineant ab omnibus pactionibus, conventionibus, promissionibus, intendimentis, condictis, foederibus, aliisque quibuscunque obligationibus, minis . . . tam verbo quam scripto, aut quomodocunque dandis aut petendis, tam respectu inclusionis quam exclusionis« etc., bezieht sich somit auf das Verbot der verschiedenartigen Verabredungen und Verträge, sowie der Drohungen zur Herbeiführung der Inclusion oder Exclusion, woran sich dann die schliessliche Erklärung knüpft, dass sonstige Verhandlungen zur Beförderung der Wahl nicht verpönt seien. Der zweite Theil umfasst den Passus: »Cardinales . . . abstineant ab omnibus . . . signis, contrasignis suffragiorum seu schedularum, aut aliis tam verbo quam scripto, aut quomodocunque dandis aut petendis, tam respectu inclusionis quam exclusionis« etc., betrifft also jene Wahlumtriebe, welche den Zweck verfolgen, durch vorausgängige Bekanntgabe der Signirung der Stimmzettel die Controle zu ermöglichen, ob beim Scrutinium von den betreffenden pactirenden Cardinälen thatsächlich im Sinne der früheren Abmachung gestimmt wurde.

Den ersten Theil, auf dessen Analogie mit der Constitution »Ubi periculum« — c. 3 in VI^{to} I. 6. — besonders hingewiesen wird, scheidet Coccini wieder in zwei Unterabtheilungen. In die eine weist er die vom Gesetze verbotenen, in die andere hingegen die nicht verbotenen Wahltractate und Agitationen. Sonach wird in die nähere, etwas scholastisch gehaltene Erläuterung der einzelnen Theile und Unterabtheilungen eingegangen, bezüglich deren wir, um unnöthige Wiederholungen zu vermeiden, einfach auf den nachstehenden Text verweisen.

§. »Cardinales praeterea omnino abstineant« . . . .

»Quod textus iste in §. Cardinales contineat duas partes, et quae in unaquaque ipsarum contineantur«.

»Textus iste potest dividi in duas partes, in prima parte determinat, quod Cardinales omnino abstineant ab omnibus pactionibus, promissionibus, intendimentis, condictis, foederibus, aliisque quibuscunque obligationibus, minis tam verbo quam scriptis, tam respectu

inclusionis quam exclusionis, tam unius personae quam plurium, aut certi generis veluti creaturarum, aut huiusmodi, seu de suffragio dando vel non dando. Tractatus tamen pro electione habendos, vetare non intelligit. In secunda, ut abstineant ab omnibus signis, contrasignis suffragiorum seu schedularum, aut aliis tam verbo quam scripto, aut quomodocunque dandis aut petendis, tam respectu inclusionis quam exclusionis, tam unius personae quam plurium, aut certi generis veluti creaturarum, aut huiusmodi, seu de suffragio dando vel non dando, ut etiam supra relatum est.

Et respectu istorum omnium contentorum tam in prima, quam in secunda parte disponitur, quod si praedicta de facto interveniant, etiam iuramento adiecto, nulla et irrita, neque ad eorum observantiam quemquam teneri, aut ex transgressione notam incurrere fidei non servatae, et contrafacientes excommunicationis poena innodat.

Et quoad primam partem idem reperitur dispositum in c. ubi periculum, §. caeterum, de electione in 6°. Et etiam ibi cassat omnia pacta, conventiones, obligationes et iuramenta, quae data vel facta sunt, ibi »Cardinales obsecrantes per viscera misericordiae Dei nostri, per aspersionem sui pretiosi sanguinis obtestamur, ut pensantes attentius, quid eis imminet, cum agitur de creatione Vicarii Jesu Christi, omni privatae affectionis inordinatione deposita, et cuiuslibet pactionis, conventionis, obligationis necessitate, nec non condicti et intendimenti contemplatione cessantibus, non in se reciprocent considerationis intuitum, vel in suos, non quae sua sunt quaerant, non commodis privatis intendant, sed nullo arctante ipsorum in eligendo iudicium nisi Deo, puris et liberis mentibus, nuda electionis conscientia, utilitatem publicam libere prosequantur omni conatu et sollicitudine, prout possibilitas patitur, id acturi tantummodo, ut eorum ministerio acceleretur utilis et pernecessaria totius mundi provisio, idoneo celeriter Ecclesiae sponso dato.«

Et subditur, »qui autem secus egerint, divinae subiaceant ultioni, eorum culpa (nisi gravi propter hoc peracta poenitentia) nullatenus abolenda.« Ac tandem textus in d. c. ubi periculum de elect. in 6°. concludit: »Et nos nihilominus pactiones, conventiones, obligationes, condicta et intendimenta omnia, sive iuramento, sive cuiuslibet alterius vinculo firmitatis innixa, cassamus, irritamus et viribus decernimus omnino carere, ita quod nullus ad illa observanda quomodolibet sit adstrictus, nec quisquam ex eorum transgressione notam vereatur fidei non servatae, sed non indigne laudis titulum potius mereatur, cum lex etiam humana testetur, Deo magis transgressiones huiusmodi, quam iusiurandi observationes acceptas.«

Explicatur prima pars textus in dicto §. Cardinales praeterea, quoad pacta et conventiones etc.

Hanc primam partem huius textus nostrae constitutionis dividemus in duas partes. In prima declarabimus prohibita. In secunda quae non veniant sub prohibitione, ad intelligentiam illorum verborum: Tractatus autem pro electione habendos vetare non intelligimus.

Et quantum attinet ad primam partem, constitutio disponit, ut omnino abstineant a pactionibus, conventionibus etc., hoc est de necessitate et ab omni parte, l. si cum exceptione §. quatenus, et ibi gloss. in v° omnimodo ff. quod metus causa; l. ubi autem §. fin. ff. de verb. oblig. Clem. I. ubi gloss. in v° omnino, de vit. et honest. cleric., et non simpliciter a pactis, conventionibus etc., sed ab omnibus, ita ut propter istam dictionem omnibus, comprehendat omnes species sub generibus expressis contentas, l. Julianus et l. textoribus in princ. ff. de leg. 3. l. hoc articulo ff. de hered. instit. l. pediculis §. labeo ff. de aur. et arg. leg. illicitis tamen, et hoc idem fuit dispositum in c. ubi periculum, §. caeterum, de elect. in 6°. Dum vero constitutio vult *primo*, quod Cardinales abstineant ab omnibus pactionibus, intelligit etiam ab illis, quae praeter verborum promissionem nihil habent, puta si nulla causa adiecta est, aut adiecta, sed non impleta, aut impleta, sed non propter conventionem, aut propter conventionem impleta, sed quaeturpis sit et iniusta, Connan. lib. 5. c. 2. n. 5. Ceras. ad l. 1. ff. de pact.; *secundo* ab omnibus conventionibus, quod nomen est adeo generale, ut nullus sit contractus, aut obligatio, quae sub isto nomine non comprehendatur, l. 1. ff. de pact.; *tertio* a promissionibus hoc est tam tacitis quam expressis, l. sciendum ig. ff. de edilit. edict., l. delegare ff. de novat., l. nutu ff. de leg. 3. Verbum enim promissio significat tam pactum, publicationem et quamlibet aliam conventionem, quam stipulationem, d. l. sciendum §. 1. et seqq. l. 3. ff. de pollicit. l. 2. et 3. et l. fin. ff. de aleat. *Quarto* ab intendimentis, hoc est quando alii malis artibus trahunt alios ad suam intentionem, veluti si dicatur, si talem eligis, potius eris Papa tu, quam ipse, vel quid simile, ut post Guidon. de Susar. dicunt Archid. in c. ubi periculum, col. 4. in princ° in v° intendimentum, Guilelmus de Montelaudun. col. 2. in v° intendimenta, Jo. Andr. n. 7. in fin. in v° intendimenta, Gemin. in §. caeterum n° 2. *Quinto* a condictis, hoc est simul dictis, ut fit in pactionibus, l. in vendendo 66. ff. de contrahen. empt. Hinc fest. lib. 3. condictum interpretatur simul dictum, ut dicit Archid. in d. c. ubi periculum col. 4. in princ° in v° condicti, quod condictum est, quando aliqui simul dicunt secreto, et ordinant de aliquo faciendo, et dicitur a condico condicis,

et hoc fuit determinatum propter id, quod aliquando faciebant Domini Cardinales, nam tempore vacationis faciebant inter se condicta, puta, ut non eligatur extra collegium aliquis, quod non erat bene factum, Guilelmus de Montelauduno col. 2. in v°. condicti, Gem. ibidem in §. caeterum n. 3, Jo. Andr. n. 7. in fin., et quodammodo importat facere legam, ut dicunt pred[1] DD., quod ego intelligo procedere, si in collegio adsit persona digna, c. oportebat et c. nullus 79., secus vero si non adsit. *Sexto* a foederibus, scilicet a conventionibus ab utraque parte factis, sive sint pares, sive dispares, l. 7. ff. de captiv. et postlimin. revers., et videtur idem importare, quod condictum, cum sit species ligae, quae comprehenditur sub nomine condicti, ut supradictum est. *Septimo* ab aliis quibuscunque obligationibus etc., nam dictio aliis, cum sit coniuncta cum dictione quibuscunque, quae est dictio universalis omnia comprehendens, et quasi immutans naturam eorum, quibus adiungitur, Menoch. cons. 335. n° 23. Cened. sing. 91. n. 1. comprehendit casus praecedentes etiam dissimiles, Couar. pract. c. 25 n. 3. et in terminis huius dictionis quibuscunque Bertaz. de clausul. claus. 27. gloss. 12. n. 2. Intrigliol. dec. Siciliae 3. n°. 139., et propterea constitutio vult, quod Cardinales abstineant ab aliis quibuscunque obligationibus, quod etiam verbum est generale, et comprehendit obligationes, tam ex contractu vel quasi, vel ex alio capite, ut colligitur ex l. 1. in princ°. ff. de pact. Dicunt tamen doctores in c. ubi periculum de elect. in 6°, quod verba obligationis, pactionis, conventionis et promissionis, licet de jure habeant plures significationes, tamen in materia dicti textus et sic etiam in casu nostro, ut latius infra explicabimus, pro eodem verbo ponuntur, Archid. ibid. col. 3. in fin. vers. obligationes, Gemin. in §. caeterum n°. 2°. vers. quaero in aliquo sit difficile. *Octavo* a minis, id est comminationibus, incussionibus et metu per verba aut signa, Bart. in l. 1. §. quae onerandae in fin. ff. quar. rer. actio non dat., et constitutio ex abundanti dicit, quod abstineant a praedictis tam verbo, quam scripto, aut quomodocunque dandis aut petendis, quae tamen non comprehendebantur in praedictis verbis, ut supra explicavi, et obligat ad praedicta tam respectu inclusionis, quam exclusionis, tam unius personae quam plurium, aut certi generis, veluti creaturarum, aut huiusmodi, seu de suffragio dando vel non dando, quae fere omnia virtualiter comprehendebantur sub verbis praedictis, ut supra explicatum est.

Quantum attinet ad secundam partem huius primae partis nostri textus, quae non veniant sub prohibitione, ad intelligentiam illorum verborum: Tractatus autem super electione faciendos vetare

non intelligimus. Pro resolutione huius quaestionis videretur dicendum, quod omnia censentur permissa, quae non reperiuntur prohibita, scilicet quae non continentur sub pactionibus, promissionibus, intendimentis, condictis, foederibus aliisque quibuscunque obligationibus et minis etc. In edictis enim prohibitoriis, quale est istud, quod non est prohibitum, censetur per legem permissum, l. nec non 27. vers°. quae clausula ff. ex quibus caus. major. l. ab ea ff. de probat. l. 1. §. 1. ff. de testib. l. mutus, §. cum quaeritur ff. de procurat. l. statuas, de relegat. gloss. in d. l., nec non in verbo prohibetur, quod est verum, nisi id, quod non est prohibitum, alias per se sit malum vel illicitum, l. 3. §. 1. ff. de colleg. illicit. gloss. p[ta] in fin. Et in hoc edicta prohibitoria differunt ab edictis permissoriis, quia in istis, quod non est permissum, censetur expresse prohibitum, c. consuluisti 2. q[e]. 5, c. hoc tantum 18. q[e]. 2, c. 2. de transact. l. 1. ff. de colleg. illicit. Clem. exivi §. porro, de verb. signif. Calderin. de interdict. in 2[a]. p[e]. n. 3. Haec simpliciter loquendo verissima sunt, sed videndum est, an tractatus sine aliqua conclusione sint permissi, vel etiam sint permissi cum conclusione. Et ego credo, esse permissos cum conclusione, quia cum constitutio dicat: Tractatus vero etc., illud verbum tractatus accipitur pro discurrere, agere, deliberare seu disserere, sic tractare jus, l. miles XI. §. fin. ff. ad leg. Jul. de adult., l. qui domum 9. eod. titulo, Clem. Pastoralis post princ. de re iudic., Alberic. in leg. quisquis n. XI. ff. ad leg. Jul. maiestatis, latissime Brisson. de verb. signif. in v°. tractare 4°.

Cum vero tractatus sint permissi, et sic quod Cardinales possint discurrere, agere, disserere circa electionem faciendam, et sic etiam circa illam deliberare licitum est. Videndum igitur restat, quibus modis haec possint fieri, ne incurratur in poenas facientium pacta, condicta, intendimenta et alia, de quibus dictum fuit in prima parte huius quaestionis.

Pro resolutione huius articuli meo iudicio recurrendum est ad disposita in prima constitutione, quam scriptam habemus editam in concilio Romano de anno Domini 499 sub Symaco Papa, de qua in c. si quis Papa, 79. distinct., in cuius 2[a]. parte disponitur, quod non licet presbyteris, diaconis, aut clericis subscriptionem pro Romano pontifice commodare, aut pyctacia promittere (hoc est scripturam, obligationem aut sacramentum praebere, aut aliquod certe suffragium polliceri, aut de hac causa privatis conventiculis factis deliberare atque decernere), qui textus licet loquatur Papa vivente, tamen cum prohibeat id, quod de sui natura est simoniacum, ut statim dicam, habet locum quoad rationem etiam Papa mortuo, quia adhuc incurritur simonia et Papa vivente etiam crimen laesae maiestatis, Jo. de

Turrecrem. ibid. n. 3. et 4. in 2ª. et 3ª. conclusione post Hugonem, quem allegat.

Quod autem praedicta prohibita intelligantur de illis actibus, ex quibus resultat simonia, dicit Turrecrem. ibidem locis modo allegatis, quia haec dicuntur fieri diabolo instigante, et symoniaci dicuntur, quando circa electionem Romani Pontificis fiunt subscriptiones, pyctacia aut iuramentum, conventicula seu conventio, c. si quis clericorum 2°. in ordine 25. 11. qᵉ. 1. et idem est de pollicitatione, quae est solius offerentis promissio, absque alterius praecedente consensu, et in hoc differt a pacto, gloss. in v°. pollicitetur in Extravaganti quia futurum Joann. XXII., si tamen acceptetur ab illo, cui pollicitatio ipsa fit, quia textus praedictus intelligitur de pollicitatione, ex qua resultat simonia, Turrecrem. post Hugon. loco cit°. n°. 4°., dum vult, quod comprehensa in textu causent simoniam, et iuxta istos terminos bulla nostra est intelligenda.

Ex quibus sequitur, quod si Cardinales aliqui in aliquo loco convenirent simul, ut tractaretur de electione successoris, et licito modo tractaretur, et non fiant pacta, pollicitationes, subscriptiones et iuramenta et alia, ex quibus resultet simonia, etiam quod conveniatur de certa persona eligenda, quae digna sit, non censetur prohibitum per constitutionem, nec est facienda vis in hoc casu, quod in d. c. in nomine Domini sint prohibita conventicula et coniuratio, quia quod aliqui Cardinales in aliquo loco conveniant simul, ut tractetur licito modo de electione successoris, proprie non dicuntur conventicula, nec coniuratio, cum sit ad bonum finem, sed potius congregatio licita, gloss. in v°. conventicula in Extravag. Joannis XXII. incipiente S. Romana, gloss. 1. in c. si quis clericorum XI. q. 1., modo tamen votum remaneat secretum. Et hoc est, quod subsequitur in constitutione nostra, dum prohibet signa, contrasigna suffragiorum seu schedularum etc., ut supra relatum est in explicatione textus, et modo declarabitur. Et idem censeo, si agatur de exclusione personae, quae ex iusta causa excludi potest, etiam ut alius includatur, modo caveatur a praedictis. Et si aliter intelligeretur constitutio, difficile esset et quasi impossibile, quod Cardinales inter se possent tractare de successore eligendo.

Unde concludo, quod cum non sint vetiti tractatus super electione successoris, quod licet sint prohibita pacta, conventiones, promissiones, intendimenta, condicta, foedera, aliaeque obligationes et minae, tamen constitutio est intelligenda de illis, quae alias quam simoniaco modo fieri minime possint, et de illis, quae modo licito et illicito fieri possunt, sed tamen fiant modo illicito, secus vero si modo

licito fiant ex supradictis. Et ut materia clarius dilucidetur, pacta, conventiones, promissiones et obligationes, licet sint inter se diversa, nihilominus in hac materia verba obligationes, pactiones, conventiones, promissiones pro eodem accipiuntur, ut dicunt Archid., Jo. Andr. et Gemin. locis supra allegatis, quorum sensus est, quod si conventiones et promissiones non habeant vim obligationis, et pactum non contineat obligationem, sed nudam promissionem de re licita, scilicet de eligendo personam dignam, non sunt improbata, et merito, quia si non adest obligatio, sed tantum voluntaria promissio libera, per modum concordiae circa electionem non possit dici simoniaca, quia sic convenientes non habent propositum emendi aut vendendi spiritualia, id est non gratuito eligendi, prout habent illi, qui faciunt pactum obligatorium aut obligationem, quia illa obligatio seu simile pactum est illud, quod causat simoniam, ut supra ex Turrecrem. dictum fuit. Unde conventiones, quae fiunt, et pacta non excedentia naturam contractus, qui continet in se conlusionem, ut supra dictum est, non causant simoniam et sic sunt permissa, gloss. in c. ad audientiam 2. in v°. renunciantes de rescript., quam sequitur Abb. ibid. n. 6. vers. in gloss. et Felin. n. 19. vers. exprimere quod inest, ubi alios idem sentientes refert gloss. et ibidem etiam Abbas in c. significasti in v°. conditione de elect., et gloss. in c. olim in v°. sub eo, de restit. spol., Redoan. de simon. p°. 2. c. 3. n. 4., Jason. in l. 3. n. 14. vers. adde pro ampliatne ff. de leg. 1., Navar. cons. 17. n. 1. de simon. lib. 5. Et idem dicendum est de intendimentis, condictis et foederibus, quia etiam in istis, si detur casus, qui sit de natura tractatus, de iure permissis, quae non causent simoniam in tractatu, possunt fieri, non accipiendo tamen intendimenta, condicta et foedera in malam partem, prout supra explicata fuere in prohibitione, quia nunquam essent de natura contractus.

Neque potest fieri vis, quod constitutio prohibeat praedicta tam respectu inclusionis, quam exclusionis, tam unius personae, quam plurium aut certi generis, veluti creaturarum, aut huiusmodi, seu de suffragio dando vel non dando, quando haec fiunt modo licito, ut quia natura tractatus pro electione facienda hoc exigat, et sit de natura ipsius tractatus, et haec innuit expresse Bulla nostra, dum dicit, si de facto interveniant, nulla et irrita etc. decernimus, hoc est si de facto, absque adminiculo juris, est anthiteton de iure et sic contra ius, c. nisi in fine, ubi Bald. n. 5. exponit, id est contra ius de offic. legat., subdens alibi dici, fieri de facto, quod fit omisso iuris ordine, in hac significatione contra ius accipit gloss. in l. sive apud in v°. ex pacto ibi quia saltem de facto agere possunt, de

transact., prout illam glossam ad hoc inducit Angel. cons. 176. in princ°., quem sequitur Dec. in cons. 313. n. 12.«

»*An contravenientes dispositis in hoc §. Cardinales incurrant in poenas Bullae Julii II.*«

.... »Respondendum venit, quod, ut supra dictum est in explicatione illius Bullae, illa constitutio prohibet simoniam realem et conventionalem circa pecunias, bona cuiuscunque generis, castra, officia vel beneficia, nostra autem constitutio prohibet pactiones, promissiones aliasque obligationes, tam respectu inclusionis, quam exclusionis etc. Unde si non dentur aut promittantur pecuniae, bona cuiuscunque generis et alia comprehensa in constitutione Julii 2., sed solum fiant simpliciter pacta, conventiones, intendimenta et condicta etc., modo supra explicato, non incurritur poena, de qua in d^a constitutione Julii 2. Ratio est, quia sumus in constitutione poenali, quae non extenditur de casu ad casum, sed stricte est interpretanda« ....

»*Explicatur secunda pars principalis huius textus in §. Cardinales.*«

»Quantum attinet ad secundam partem, textus noster prohibet, ut dictum est, signa, contrasigna suffragiorum seu schedularum, aut alia tam verbo, quam scripto, aut quomodocunque danda aut petenda, tam respectu inclusionis, quam exclusionis, tam unius personae quam plurium, aut certi generis veluti creaturarum, aut huiusmodi seu de suffragio dando vel non dando. Et dum praecipit *primo*, quod Cardinales abstineant a signis, hoc est a demonstrationibus, l. 1. §. si inter legatos ff. quib. mod. pign. et bene ad propositum Ovid. lib. 4. Metamorphos. pro nomine signis.

Secundo a contrasignis, scilicet ab alio signo post signa data, quod vulgo contrasignum appellatur, et vult constitutio, quod abstineant a signis et contrasignis suffragiorum, seu schedularum, aut aliis tam verbo, quam scripto, aut quomodocunque dandis aut petendis, tam respectu inclusionis quam exclusionis, tam unius personae quam plurium, aut certi generis veluti creaturarum, aut huiusmodi, seu de suffragio dando vel non dando.

Ultimo loco constitutio dicit, quae omnia et singula, si de facto intervenerint et iuramento adiecto, nulla et irrita, neque ad eorum observantiam quemquam teneri, aut ex transgressione notam incurrere fidei non servatae decernimus et declaramus.

Unde notandum est, quod dum constitutio dicit, quae omnia et singula, perinde est, ac si specialiter et individualiter supra narrata expressisset, Surd. cons. 308. n. 41. et cons. 331. n. 7. et cons. 412.

n. 27. lib. 3. et cons. 567. n. 3. 7. Ita ut includat omnia absque limitatione, gloss. in c. ut circa post medium in verb. omnia et singula, de elect. in 6°. Et denotant separationem, ita ut annullent, sive ab omnibus non abstineant, sive ab aliquibus tantum, l. huiusmodi, §. pen. ff. de legat. 1. Surd. decis. 168. n. 4. Repetit enim praecedentia coniunctim et divisim, Seraph. de priv. iur. priv. 49. n°. 28. Advertendum tamen venit, quod constitutio non simpliciter annullat, sed si de facto intervenerint, hoc est contra jus, ut supra relatum fuit, et quoad signa et contrasigna suffragiorum semper sunt annullata, quia cum secretum semper sit servandum, ex ista constitutione nunquam possunt intervenire nisi de facto, quod vero ad reliqua, si interveniant de iure, ut supra demonstravi, non annullantur nec improbantur. Et constitutio annullat et irritat etiam quod fuerit adiectum iuramentum et declarat, neminem ad illius observantiam teneri. Juramentum enim tanquam contra bonos mores non est obligatorium c. non est obligatorium de reg. iur. in 6°. Ex utraque enim consideratur turpitudo, unde non intrat id, quod solet dici, quod iuramentum non obligat, quando turpitudo est ex parte exigentis, c. si vero et c. debitores de iur. iur., et quod non dat robur contractui, quem iura improbant c. cum contingat et c. licet eod. tit., quare merito dicitur in d. c. ubi periculum, in §. caeterum in fine, Deo magis transgressiones huiusmodi, quam iusiurandi observationes acceptas, ubi bene notat Anchar. n. 3. Archid. col. fin. v°. fidei non servatae. Et tandem dicitur, quod ex transgressione non incurritur nota fidei non servatae, quod etiam dicitur in d. c. ubi periculum, in §. coeterum. Et ista nota non incurritur ex auctoritate d. c. ubi periculum et huius constitutionis, quia, quod fit lege permittente, non est punibile, l. Gracchus C. de adult. et in istis terminis dicit Archid. in d. c. ubi periculum in fine in v°. fidei non servatae.«

Damit ist der Commentar zu §. Cardinales erschöpft.

---

2. J. B. Coccini's »Lucubrationes historicae.«

Wohl in der Absicht, seine vornehmlich dogmatisch gehaltenen Glossemata durch eine historische Arbeit zu ergänzen, verfasste Coccini aus Anlass der Bestätigung der Gregorianischen Constitution durch Urban VIII. im J. 1626 auch zu der Confirmationsbulle (»Ad Romani pontificis«) des Letzteren einen Commentar, welcher jedoch geringere Verbreitung als die Glossemata gefunden zu haben scheint und mir nur in einer einzigen Handschrift — Bibl. Vittor. Emman. Cod. Gesuit. 729 (2858), paginar. 272 — bekannt geworden ist. Nachdem dieselbe eines Titels entbehrt, habe ich vorstehende

Ueberschrift einer zum Schlusse folgenden Bemerkung des Autors entlehnt. Das Werk beginnt mit nachstehender Widmung an Papst Urban VIII.

»Smo D. N. D. Urbano VIII. P. O. M. Joannes Baptista Coccinus Venetus S. Rotae Decanus et S. Poenitentiariae Regens, humillimus servus.«

»Cum fel. rec. Gregorius XV. Sanctitatis Vestrae praedecessor diploma de eligendo Romano Pontifice, Christianae utilissimum reipublicae condidisset, ego cum sanctionis dignitate, tum erga conditorem obsequio motus, nec non quaestionum ex ea tacite emergentium involucra perspiciens, dilucida pro viribus in illam glossemata concinnavi, ne, dum, ut fere accidit, affectibus quisque suis inserviret, diversos verba illius traherentur in sensus, lexque post homines natos saluberrima fine suo fraudetur. Jam vero postquam S. V. laudatissimo constitutionem illam consilio confirmavit, occasio se offerre visa est, ut meum erga S. V. obsequium simili quoque officii genere testarer. At quoniam in confirmationis diplomate, nihil implicati quod evolveretur apparebat, ea tantum paucis adnotanda existimavi, quae *ad historiam* eodem quoquo modo pertinentem spectare viderentur, cognitu ut arbitror utilia et lectu fortasse non iniucunda. Accipe igitur bonique consule Beatissime Pater laborem hunc meum paratissimo animo non susceptum modo, sed quaesitum, quod mihi persuadebam, eum id saltem iucunditatis S. V. allaturum fore, ut quae ad hanc historiae partem attinentia sparsim hactenus ipsa perlegerat sapientissimaeque mentis arcano una cum coeteris disciplinarum omnium ornamentis concluserat, nunc in illum collecta, uno plane intuitu perspiceret universa.«

pag. 1. S. D. N. D. Urbani divina providentia Papae VIII. confirmatio bullae Gregorii XV. de electione Romani Pontificis et Caeremonialis continentis illius ritus.

Introductio.

Inc. »Quemadmodum omnipotens rerum omnium conditor et moderator« . . .

Es folgt die Einleitung obiger Bulle und die Interpretation derselben, welche hier als unwesentlich übergangen werden kann.

pag. 6. Initium Constitutionis.

»Ad Romani Pontificis providentiam spectare dignoscitur, ut ea, quae salubriter a praedecessoribus suis, praesertim sedis Apostolicae et universalis ecclesiae utilitati conducentia statuta sunt, firma et inconcussa, quantum ex alto conceditur, perseverent.«

Hieran schliesst sich wieder eine Erörterung dieses Passus.

In derselben bezieht der Autor die schon bekannte Arbeit des P. Benedict. Justiniani und schaltet sie per extensum ein.

pag. 7. »Et ad hoc opportunum videtur, hinc quandam de canonica Summi Pontificis electione a Cardinalibus facienda disputationem inserere, quam R. P. Benedictus Justinianus Jesuita tempore, quo agebatur de edenda constitutione Gregoriana, satis eleganter conscripserat, quamvis eam in 4°, 5° ac 6° capitulo non approbemus, in 7° autem plures desiderari declarationes videantur, quas breviter adnotabimus, cum nostrum non sit, aliorum scripta reprobare, id eis libentissime relinquentes, qui haec sibi vendicant. Licitum tamen erit ac citra quamcunque iniuriae aut individiae notam, si simpliciter sensum nostrum aperiamus. Prefatae autem disputationis tenor est, ut sequitur.«

»De canonica Summi Pontificis electione a Cardinalibus facienda disputatio.«

»Praetermissa varia ac multiplici Romani Pontificis electione« ...

pag. 7—97 folgt nun Justiniani's Tractat; (vgl. Cod. Gesuit. 744 (2873), fol. 157—232).

pag. 99 (pag. 98 vacat), »Animadversiones ad praecedentem dispositionem de canonica Romani Pontificis electione.«

Dieselben bieten für unseren Zweck nichts bemerkenswerthes.

pag. 101 beginnt sodann der eigentliche historische Theil der Arbeit, in welchem der Autor sehr viel interessantes Material zusammengetragen hat. Zur Charakterisirung des Inhalts folgen hier die Ueberschriften der einzelnen Capitel.

pag. 101. »Modus eligendi Pontifices Maximos ab electione B. Petri usque ad haec tempora.«

pag. 121. »Ratio cur conclavis usus in creatione Pontificis inventus fuerit.«

pag. 124. »Nonnulla circa canonem editum a Gregorio X. in Concilio Lugdunensi 3° (sic!) super electione Pontificis notanda.«

pag. 127. »De aliis, qui disposuerint circa electionem Papae.«

pag. 129. »Qua ratione Summus Pontifex eligi et consecrari solebat, sive eligeretur Laterani sive ad S. Petrum, in urbe sive extra, aut si creatus et non consecratus ad urbem accederit, quid fieri solebat.«

pap. 135. »De Presbyteriis« (höchst beachtenswerth mit Bezug auf päpstliches Cameralwesen).

pag. 151. »Alia notatu digna circa modum antiquum eligendi et consecrandi Romanos Pontifices.«

pag. 153. »Quae habentur in Caeremoniali Romano circa praedicta.«

pag. 160. »De professione fidei, quam Summi Pontifices olim facere solebant.«

pag. 163. »An hodie electi Summi Pontifices praestent praedictum juramentum.«

pag. 165. »De protestationibus, quas Summi Pontifices in fine vitae coram Cardinalibus facere consueverunt.«

pag. 169. »Ratio creandi Romanum Pontificem ante constitutionem S. M. Gregorii XV.«

pag. 171. »Quae hodie observentur post electionem.«

pag. 174. »De episcoporum electione et provisione.«

pag. 178. »De Cardinalibus eorumque origine« (zerfällt wieder in einzelne Unterabtheilungen).

pag. 195. »De maiore poenitentiario.«

pag. 221. »De camerario.«

pag. 226. »De vicecancellario.«

pag. 228. »Bibliothecarii, cancellarii, procancellarii et vicecancellarii summae ac Apostolicae sedis, quorum extat apud veteres scriptores memoria.«

pag. 253—272 kehrt der Autor zur Bestätigungsbulle Urban's VIII. zurück und erörtert einige formellrechtliche Fragen, die hier ohne Belang sind; so z. B. warum der ganze Tenor der Gregorianischen Bulle und des Ceremonials von Urban VIII. neuerlich in seine Bulle aufgenommen worden sei? welche Bedeutung die neuerliche Confirmation habe? u. dgl.

Explic. pag. 273. »Et cum his expedita sint haec *glossemata seu potius* *historicae lucubrationes*, quas praeteritis vacationibus, detracto furtim a solitis laboribus nostris Rotalibus tempore, ad bullam S. D. N. Urbani VIII. benefactoris nostri clementissimi confirmatoriam constitutionis S. M. Gregorii XV. super electione Romani Pontificis concinnavimus. Ad laudem et gloriam Omnipotentis Dei, gloriosissimae illius genitricis ac BB. Petri et Pauli, anno Domini 1626.«

---

3. »Benedicti Justiniani Genuensis e societate Jesu de legitima Romani Pontificis electione libri sex. Ad auream constitutionem S[mi] *D. N. Gregorii XV., qua canonica in posterum Summos Pontifices eligendi forma praescribitur.«*

Ebenfalls nur in einer einzigen Handschrift — Cod. Barberin. XXVIII. 46, folior. 412 — zur Zeit nachweisbar, ist dieses überaus

interessante Werk des schon an der Ausarbeitung der Gregorianischen Constitution betheiligten gelehrten Jesuiten den Glossemata Coccini's mindestens gleichwerthig an die Seite zu stellen. Gleich den letzteren wurde es auch von dem Cardinalnepoten Ludovisio selbst seinerzeit Papst Urban VIII. zur Information überreicht, als derselbe daran ging, obige Constitution zu erneuern. Die auf das Titelblatt folgenden Widmungszeilen des genannten Cardinals geben darüber Aufschluss.

fol. 3. »Sanctissimo Domino Nostro Urbano Octavo Pontifici Optimo et Maximo L. Ludovisius S. R. E. Vicecancellarius.«

»Commentarius hic a Benedicto Justiniano Societatis Jesu conscriptus mihique olim traditus ille est Beatissime Pater, cuius incidit mentio aliquot ante diebus, cum benignitati tuae visum est, aperire mihi consilium, quo apud Te decreveras, Gregorii quintidecimi patrui mei de creando Pontifice sanctionem auctoritate tua, iudicioque firmare« . . .

Der Schreiber geht sodann auf eine allgemein gehaltene Würdigung der Vorzüge des zu erneuernden Wahlgesetzes über. Daraus wäre etwa noch folgender Passus hervorzuheben:

fol. 4. »Immo nec Christianorum principum, quos novae constitutioni adversaturos opinabantur aliqui, voluntatem gratulationemque desideravimus. Nam et Caesarem scimus reliquosque per Germaniam Catholicos principes gaudio gestiisse visa ea lege, qua haereticorum adversus Pontificem oblatrantium ora clausuros sese in perpetuum dicerent. Nec aliam fuisse regis Galliae sententiam studiumque ex eius litteris luculenter accepimus. Et Hispaniae rex, dum eius oratorem hisce verbis imperium tibi gratulantem audivimus, quod ex Gregoriana lege Pontifex creatus sis, satis ostendit, haud improbasse se, quod tibi ad laudem, sibi ad gratulationem conquisivit« . . .[1]).

---

1) Aus diesen überaus wichtigen Daten ergibt sich neuerlich zur Evidenz die Irrigkeit der Ansicht Sägmüllers; denn dass die katholischen Souveräne über den Erlass einer Bulle, welche ihre angeblichen — oder wohl gar schon verjährten (?) — »Rechtsansprüche« auf die Exclusiva bei der Papstwahl zerstört, wohl kaum Freude geäussert und den Papst hiezu beglückwünscht hätten, bedarf gewiss keines Beweises. Man vergl. zu Obigem aber auch noch das nachstehende — gleichfalls in Cod. Barberin. XXX. 105 enthaltene — Schreiben des kaiserlichen Beichtvaters an den Jesuitengeneral zu Rom.

»Revo. Patri in Christo P. Mutio Vitellesco, Societatis Jesu Praeposito Generali. Romam.«

»Admodum Reve. in Chro. Pater Pax Christi.«

»Accepi cum debita observantia ternas, quas Ra. admodum P. V. die 4. Decembris ad me dedit. Vix inspexeram primas, quae erant de electione Ro-

An obige Widmung schliesst sich unmittelbar ein genaues Inhaltsverzeichniss an, aus welchem die Mittheilung des Gegenstandes der einzelnen Bücher zur beiläufigen Information über die stoffliche Gliederung des Werkes genügen dürfte.

fol. 7. »Librorum Synopsis.«

»Liber I. agit de praesulibus et ministris ecclesiasticis deque eos eligendi suprema facultate, quae jure divino soli Pontifici est attributa.

Liber II. disserit de ministerio elegendi, quod iure ecclesiastico praecipuis quibusdam clericis concessum est, respectu episcoporum et inferiorum praesidum.

Liber III. de eodem ministerio agit, ut inest in Sacro Cardinalium Collegio Romani Pontificis respectu.

Liber IV. primam Constitutionis partem explanat.

Liber V. explicat ea, quae pertinent ad secundam eiusdem Constitutionis partem.

Liber VI. et ultimus postremam Constitutionis partem expedit.«

In den drei ersten Büchern handelt also der Autor, wie man sieht, allgemein über die Wahlen der kirchlichen Amtsträger und die hiemit zusammenhängenden Fragen, während er sich in den drei letzten Büchern speciell der Interpretation des Gregorianischen Wahlgesetzes zuwendet; die einzelnen Bücher zerfallen in Capitel.

---

mani Pontificis, et ecce Imperator (in cuius eram conclavi) *laetabundus obtulit mihi* Apostolicam Constitutionem de hac ipsa re, quam cum magna consolatione perlegi. *Certe S. Caes Mtas valde probat hoc factum.* Et dabo operam, quantum in me erit, ut omnes intelligant, Sanctissimum D. N. rem maximi momenti in primo sui Pontificatus anno praestitisse. Poterimus deinceps maiori cum satisfactione occurrere objectionibus haereticorum, quas plausibiliter contra Papatum, ut vocant, soliti sunt opponere. Et qui ex illis modestiores ac prudentiores sunt, facilius ad ecclesiam redibunt, si videant, Pontifici curae esse, ut seria fiat reformatio in domo Dei. Catholici quoque, qui dudum optarunt, electionem fieri per suggestionem Spiritus Sancti et non per viam carnis et sanguinis, valde recreabuntur, cum intelligent voto suo satisfactum esse . . . Viennae.

Admod. R. P. V. servus in Christo Martinus Becanus.

Der hier erwähnte Brief des Generals an Becanus de dat. Romae, 4. Decembr. 1621 liegt ebenfalls vor; er beginnt: »Quod iam pridem a multis pro maiori ecclesiae Catholicae bono desideratum fuit et a quibusdam etiam Summis Pontificibus aliquando cogitatum, ut nimirum electio Summi Pontificis ad secreta suffragia reduceretur eaque ratione incommoda, quae ex altera eligendi formula existere solebant, tollerentur, tandem singulari Dei beneficio est perfectum« . . .

Ueber P. Becanus vgl. *Ranke,* l. c. III. 120, Analecta.

Nachdem ein detailirtes Eingehen auf den Gesammtinhalt der Arbeit uns zweifellos zu weit führen würde, wollen wir uns auch hier mit einer Hervorhebung jener Stellen begnügen, welche mit dem Gegenstande dieser Untersuchung in näherem Zusammenhange stehen.

Lib. III. cap. 10. »An Papa superstite liceat Cardinalibus de successore sufficiendo aliqua ratione deliberare, vel eo vita functo contra Gregorianam Constitutionem ante conclavis ingressum agere.«

Justiniani erörtert hier zuerst die einschlägigen Gesetze des Papstes Symmachus (c. Si quis D. 79) und sodann Paul's IV. (»Cum secundum Apostolum«) und gelangt zu dem Schlusse, dass es hiernach den Cardinälen nicht verboten sei, auch bei Lebzeiten des Papstes die Tugenden und Verdienste irgend eines Cardinals zu besprechen, welche ihn des Pontificates würdig erscheinen lassen.

»Non possum autem eos omnino excusare, qui per se ipsi vel per interiectam personam cum regibus magnisque principibus agunt et interdum infimis precibus contendunt, ut se vel alium quempiam nominent aut proponant: hoc enim ad futuram electionem omnino refertur spectatque ad tractatum de eligendo. Neque ab eo crimine alieni sunt principes, si hoc modo quempiam nominent tamquam eligendum. Secus existimarem, si solum universim quempiam proponant tamquam amicum, cuius prudentiae ac benevolentiae plurimum tribuant, et a quo sibi iusta omnia atque honesta polliceantur. Id enim non tam videtur referri ad electionem futuram, quam indicare, sibi gratum fore, si forse alias Pontificatu dignus censeatur. Non puto tamen ullo pacto cuiquam licere, preces multoque minus pollicitationes aut contra minas adhibere. Nec mihi quisquam objiciat definitionem Symmachi, ibi enim loquitur, ut ait Glossa, de ipso Pontifice, qui ante obitum potest cum fratribus de successore deliberare, quod nonnulli Pontifices non sine laude fecerunt. Haec autem omnia, quae modo commemoravi, procul dubio eo spectant, ut ille eligatur, quod Paulina Constitutio execratur ac damnat, gravissimaque censura innectit. Caeterum haud mihi facile persuaserim, ad tractatum pertinere speciosa quaedam et honorifica verba, quae plerumque vel imprudentibus et nihil minus cogitantibus excidunt, cum suam quis benevolentiam et propensam voluntatem declarat in quempiam Cardinalem, quem fama est posse aliquando ad Summum Pontificatum promoveri. In eodem genere colloco verba, quae gratam ac beneficiorum memorem voluntatem declarant, quamvis fortasse is, qui loquitur, quam qui audit, futuram electionem spectet. Denique, ut paucis multa complectar, is censendus est de futuro Pontefice tractare, qui quempiam eligendum sedulo commendat eique suffragia

palam vel occulte colligit, adversarios in gratiam revocat, alia denique ratione satagit, ut si Pontificis obitus contingat, is, cui favet, gratiosus et plurimorum studiis suffragiisque suffultus conclave ingrediatur. (Si quis autem laboret, ut quempiam excludat, modo illa exclusio non sit cum alterius inclusione, ut res humanae sunt, pene necessario connexa, meo quidem iudicio huius constitutionis censuram metuere nequaquam debet, cum quidquid agat aut moliatur, licet respiciat futuram electionem, non tamen ad eligendum referatur).[1]).

Itaque quamdiu Pontifex inter mortales vivit, nefas est Cardinalibus de successore deliberare ac statuere, atque idcirco non videtur ullo pacto probandum, quod tamen interdum a nonnullis fieri solet, qui suffragia numerant, quae hunc vel illum promovent, idque aliis etiam significant, nisi forte id per incuriam atque oscitantiam accidat; id enim perpetuo retinendum est, absque gravi piaculo tam gravi censura neminem posse adstringi. Caeterum Baldus reum ait esse laesae maiestatis, qui absque principis consensu de successore eligendo agit, quod etiam sua constitutione confirmat Paulus.

Percontari tamen quispiam posset, an Pontifice vita functo, si forte Cardinales aliquid eorum faciant, quae hac Gregoriana constitutione prohibentur, idque antequam in Conclave ingrediantur, censendi sint Gregoriana censura involvi. Et quidem praetermissis iis, quae alibi quam in Conclavi fieri non possunt, plurima non videntur conclavi adstricta, atque idcirco, quae comprehenduntur *§. Cardinales praeterea* absolute vetantur, et si ante ingressum Conclavis aliquid eorum admittatur, certum atque exploratum videtur subesse censurae latae. Decem igitur illis diebus, qui Conclavis ingressum praevertunt, si quis pactiones, conventiones, promissiones caeteraque eo loco enumerata usurparet, et violatae constitutionis reus, et censura adstrictus censendus esset. Quod idem dixerim, si quis signa aut contrasigna suffragiorum alteri det, aut suum suffragium patefaciat vel alienum exposcat, hoc enim etiam eodem §. prohibetur, eidemque censurae subditur. Denique ne longum faciam, quidquid in hac constitutione praecipitur, quod cum Conclavi necessariam connexionem non habeat, etiam extra Conclave mortuo Pontifice Cardinales afficit.

Illud video quaeri a nonnullis posse, fas ne sit Cardinalibus superstite Pontifice mutuo sibi suffragiorum signa seu contrasigna patefacere, aut de quopiam includendo excludendove pacisci. Et quidem, si quis alteri significet, se numquam cuipiam suffragaturum,

---

1) Der eingeklammerte Passus ist in der Handschrift durch Durchstreichung getilgt.

is profecto, ut ex superioribus liquet, Paulina constitutione non tenetur. Non idem dixerim de hac Gregoriana sanctione, quae aperte prohibet, ne cuiquam prodatur suffragium, sivi ad excludendum, sive ad includendum. Nam qui de quopiam eligendo inter se paciscuntur, utraque constitutione, hoc est Paulina et Gregoriana comprehenduntur. Et de Paulina quidem res extra omnem controversiam certa atque explorata videtur. Gregorianam autem constitutionem eo potissimum referri existimo, ut futura Pontificis electio ab omni vitio, quoad eius fieri possit, libera atque aliena instituatur. Quocirca non ad solum Conclave arctatur, sed ad omne tempus, quod electionem praecurrit, procul dubio pertinet. Frustra enim ea omnia prohiberentur, quae in ea commemorantur, si quae in Conclavi vetantur, extra Conclave rite ac recte usurpari possent. Interim enim dum Pontifici vita functo parentatur, possent Cardinales sibi vicissim signa et contrasigna votorum prodere, de excludendo vel includendo quopiam pacisci, huic aut illi suffragia curare, quae omnia futurae electioni magnopere incommodare possunt, nihilominus enim eam retardare possunt, cum fiunt extra Conclave, quam si in ipso Conclavi peragantur, ut minime dubitandum videatur, ea simpliciter atque absolute a Sanctissimo Gregorio prohiberi. Viderint igitur Cardinales ante et sub obitum Pontificis, quid Gregoriana constitutio interdicat, et suae conscientiae, ut viros ecclesiasticos et in sublimi quadam dignitate positos maxime decet, quam diligentissime consulant, ne excommunicationis nexu adstricti, a qua nonnisi a futuro Pontifice solvi possunt, in eas angustias incidant, quibus premi necesse est eos, qui persimili vinculo alligati sacris prohibentur, quibus tamen aliqua ratione interesse coguntur« . . . . .

Auf den Inhalt des §. *Cardinales* geht Justiniani, der sich im allgemeinen keineswegs so streng wie Coccini dem Texte der Constitution anschliesst, noch an zwei Stellen näher ein, u. z. in Lib. IV. cap. VIII. und Lib. VI. cap. VII. Er erwartet sich von diesem Paragraph einen überaus günstigen Einfluss auf den ruhigen und friedlichen Verlauf der Wahl. Zunächst, meint er, dürften sich künftighin die körperlichen Beschwerlichkeiten und Aufregungen vermindern, welche in der Enge des Conclaves besonders den älteren und kränklichen Cardinälen stets so fühlbar wurden. Weit wichtiger aber sei, dass der Rangsunterschied zwischen den Cardinälen fallen werde, dass nicht die einen als »principes senatus« und die anderen als »proletarii« gelten, vielmehr alle die gleiche Freiheit und den gleichen Einfluss besitzen würden. Ueberdies müsse durch die strenge Geheimhaltung des Scrutiniums jeder weitere Anlass zu der gewöhn-

lichen Feindseligkeit zwischen dem neuen Papste und dem Nepoten des Vorausgehenden hinwegfallen.

Im Tenor des Paragraphs — welcher s. E. zum grossen Theile den Constitutionen *Gregor's X.* und *Pius' IV.* entnommen ist [1]) — unterscheidet Justiniani das Verbot der verschiedenartigen Verträge, die als simonistisch speciell *die Reinheit* der Wahl beflecken, ferner das Verbot der Drohungen, die vor allem *die Freiheit* der Wahl ausschliessen, und endlich das Verbot der gegenseitigen Bekanntgabe der Signirung der Stimmzettel und all' dergleichen, wodurch *das Geheimniss* der Wahl zu nichte gemacht wird. Den Passus »tam inclusionis quam exclusionis« bringt Verfasser hauptsächlich mit diesem letzteren Verbote in Zusammenhang. »Es ist aber hier — bemerkt er — eine sehr schlüpfrige und gefährliche Stelle, besonders da der Papst alsbald hinzufügt, er wolle die zur Wahl nothwendigen Verhandlungen nicht verbieten. Niemand darf also das Signum oder Contrasignum seines eigenen oder eines anderen Stimmzettels mündlich oder schriftlich oder auf welche andere Weise immer irgend jemandem bekannt machen, mag es sich nun um die Inclusion oder Exclusion jemandes handeln, u. z. auch dann, wenn die Inclusion oder Exclusion nicht eine einzelne Person, sondern eine ganze Gattung oder Partei betrifft, und noch viel weniger darf einer zu verstehen geben, er werde für oder gegen jemanden stimmen« [2]).

---

1) Vergl. hiezu in dem Tractate »Quaeritur an liceat in electione Summi Pontificis excludere modum eligendi per adorationem« (Cod. Gesuit. 744 fol. 150v) die Interpretation der Bulle »In eligendis«; namentlich den Passus: »Quarto prohibet humanos respectus, qui tamen in hac forma (scil. adorationis) ita foventur ac vigent, ut vix quisquam libere suffragium ferat, dum alii principibus gratificantur, alii suo creatori (ut vocant) grati videri volunt; ita saepe et inviti contra propriam sententiam et conscientiam faciunt, sive dum alicui suffragantur, sive dum quosdam excludunt.

Quinto vult solum Deum prae oculis haberi, quod sine dubio in hac aperta suffragandi ratione raro aut nunquam contingit, dum suffragium praecipui quidam Cardinales quasi pro imperio ac suo iure exigunt et extorquent ab iis, qui aliquo sibi nomine videntur obstricti, eosque veluti mancipia aut mutas potius pecudes nutu suo moderantur et ad includendum aut excludendum pro sua libidine urgent et impellunt« . . .

2) Das am Schlusse des Cod. Barberin. XXX. 105 unter der Ueberschrift »Padre B. Giustiniani« vorliegende Gutachten (in 31 Punkten) gibt in Kürze denselben Gedankengang wieder.

. . . . »27. Jam dictum est, supra adhibita censura reservata prohibenda esse signa et contrasigna votorum, idque tam dantibus, quam petentibus, ita ut non liceat exquirere aut indicare, quem quis velit aut nolit eligere. Eodemque modo

Lib. IV. cap. VIII.

»Cardinales praeterea . . . dando vel non dando.«

»His autem omnibus sublatis pacata et quieta evadet conclavis alioqui angusta et incommoda mansio. Sublata enim sunt ea, quae antea cunctos perpetua quadam solicitudine ac formidine torquebant, cum verendum esset, ne factionum capita subito quodam esseclarum agmine circumsepta quempiam caeteris minus gratum ac fortasse tanto muneri imparem, ne dicam indignum, proclamarent. Nemo enim ignorare potest, nullam prorsus electionem posse consistere, nisi scrutinio atque accessu, vel compromisso, vel denique quasi inspiratione nemine dissentiente peragatur.

Ita aegritudinis ac morbi periculum amovetur, quod senioribus praesertim Cardinalibus et aliis, qui viribus non satis firmis praediti essent, non raro imminebat, cum praeter loci angustias caeteraque conclavis incommoda multa perferre ac tolerare cogebantur, quae curando corpori et valetudini tuendae admodum molesta et importuna erant, sive quia somnum et nocturnam quietem incredibiliter perturbabant, sive quia consuetas vivendi rationes non sine gravi damno immutare atque interrumpere compellebant, quod quam sit senibus praesertim noxium nemo ignorat. Sed illa longe maiora et praestantiora censenda sunt, quae sacrosancti collegii splendorem ac dignitatem magnopere extollunt. Sublatum est enim invidiosum Cardinalium discrimen, dum alii veluti principes senatus, alii pedarii ac minorum gentium senatores, vel etiam quod deterius est, quasi proletarii haberentur. Aequata est autem omnium Cardinalium conditio, omnes aeque suo, quod aiunt, remigio vehuntur, sua cuique libertas et auctoritas constat, nemo cuiusquam ductu aut auspiciis huc illuc flectitur aut trahitur. Restituta denique est suffragiorum libertas, quo nihil electoribus carius aut optabilius esse potest.

Quin etiam sublata est offensionum occasio inter novos Pontifices aut praedecessorum nepotes, quas olim non paucas neque leves extitisse accepimus, cum Pontifex renunciatus praedecessoris nepotem

---

prohibenda sunt intendimenta, pacta, promissiones respectu tam eorum, qui promittunt, quam qui exigunt.

28. Certum est, non prohiberi tractatus de eligendo Pontifice tanto munere digno ac proinde de pluribus personis agere; sed prohibendae tamen sunt *conventiones* de includenda vel excludenda certa aliqua persona, aut ex certo genere vel natione aut, ut loquuntur, ex creaturarum numero, ita ut neque verbis, neque scripto, neque signo, aut alio quovis modo eiusmodi inclusiones vel exclusiones promitti, significari aut exigi possint, neque ullo modo gratificandi voluntas indicetur.« . . . .

adversarium aut parum certe aequum expertus esset. Nunc enim non paucorum studio, non huic aut illi potissimum factioni, sed singulis Cardinalibus electi Pontifices eam dignitatem acceptam referant necesse est; singuli enim libere ac sponte suffragati sunt, ut merito Pontificatus non paucorum Cardinalium, sed totius collegii beneficium censendum sit.

Cum vero res secreto transigatur, suffragiorum discrimen, unde omnis offensionum materia oriebatur, dignosci nequaquam potest. Ita fit, ut inter novos Pontifices eorumque nepotes ac propinquos et praedecedentium Pontificum cognatos et affinitatis iure connexos christiana benevolentia et charitas retineatur, cum nulla odii aut inimicitiae vel probabilis causa saltem ex ipsa electione fingi queat. Inter ipsos vero purpuratos patres omnis dissensionum ac simultatum seges amputata est, cum alias, ut supra dixi, adorationis forma odia atque inimicitias pareret, dissensiones foveret et inter ipsos etiam cognatos dissidia spargeret.

Eadem vero opera simoniacae labi aditus est interclusus, cum omnes sponsiones, pactiones, conventionesque severissime interdicantur et gravissimis poenis atque ecclesiasticis censuris subjiciantur, et quod caput est, vim nullam habeant obligandi, omnique penitus auctoritate destituantur et secreta suffragatione eludi facile queant. Ita fiet, ut iis nemo prudens quidquam aggredi aut tentare ausit. Itaque ut appareat huius aureae constitutionis utilitatem latissime patere, id mihi videor posse omnino vere affirmare, omnium ordinum spem et alacritatem mirum in modum erectam, germanaeque virtutis studium esse excitatum, cum omnes animadvertant, non fore in posterum Summos Pontifices magnopere solicitos, ut nepotes assectarum turba et sectatorum multitudine muniant, ut in futuris comitiis dominatum exercere queant et cum aliis factionum capitibus aeque vel etiam maiori potentia contendant. Quamobrem viros prudentes, pietate et doctrina insignes, caeterisque animi bonis praestantes ad summos honores atque ipsam Cardinalatus dignitatem promovendos esse, ut aulae Romanae incredibilis quaedam innovatio expectanda videatur« . . .

Lib. VI. cap. VII.

. . . . »Octavum denique et ultimum multa capita complectitur, quae singillatim expendenda sunt. Magna enim ex parte desumpta sunt ex constitutionibus Gregorii X. et Pii IV., eaque ad liberam Pontificis electionem magnopere pertinent. Prohibet enim pactiones, conventiones, promissiones, intendimenta, condicta, foedera, aliasque

quascunque obligationes. Quae omnia in rebus ecclesiasticis, praesertim in Summi Pontificis electione adeo iuri naturae repugnant, ut citra gravem culpam admitti non queant. Jure autem ecclesiastico olim quidem severissime prohibebantur, c. final. de pact. Quatenus autem simoniam continent, quae electionem aliquo pacto afficiat, ex Juliana constitutione, de qua supra plura diximus, irritam ac penitus inanem Pontificis electionem reddunt, eiusdemque constitutionis plurimis gravissimisque poenis subjiciuntur, ut supra copiosius docui. Non me quidem fugit, haec omnia a nonnullis subtiliter distingui, sed tam minuta diligentia non videtur necessaria, cum certum sit, *ea omnia reciproca promissione transigi* et electionis sinceritatem non modo laedere sed penitus corrumpere ac violare, etiamsi a vera simoniae ratione subtili aliquo excogitato consilio liberari posse videantur.

Nam si quis spondeat, se suo muneri non defuturum, seque omnibus iustitiam aeque administraturum, nihilque negaturum eorum, quae honeste concedi possunt, haud facile admiserim, huic Apostolico praecepto adversari. Quidquid enim his generalibus promissionibus continetur, ipso iure Apostolicae praefecturae videtur annexum atque adeo seclusa quacumque pollicitatione iure deberi.

Deinde interdicit minas, quae ex adverso cum electionis libertate pugnant et, ut philosophi atque theologi loquuntur, incusso metu voluntarium tollunt. Atque ita non prorsus temere Urbani VI. electio in dubium revocata est, quod populus Romanus eam minis extorsisse videretur, quamquam, ut suo loco dixi, alia omnia magno bonorum consensu definita sunt. Eadem ratione detestatur signa, contrasigna suffragiorum seu schedularum, aut alia tam verbo, quam scripto, aut quomodocunque danda aut petenda, tam respectu inclusionis, quam exclusionis, tam unius personae quam plurium, aut certi generis veluti creaturarum, aut huiusmodi, seu de suffragio dando vel non dando. Pugnant enim haec omnia cum secreto, quod ad liberam electionem videtur imprimis necessarium. Est autem hic locus valde lubricus et periculosus, cum praesertim mox subjiciat Pontifex, nolle se tractatus ad electionem necessarios prohibere. Nemo igitur signum aut contrasignum sui vel alterius suffragii verbo aut scripto, aliave quapiam ratione cuiquam indicare potest, *sive agatur de quopiam includendo seu excludendo*, etiamsi inclusio seu exclusio non singularem aliquam personam, sed genus ipsum, *seu factionem respiciat*, multoque minus significare quis potest, se cuipiam suffragaturum, aut contra refragaturum. Nec dubium est, quidquid horum fiat, quae hoc praecepto vetantur, censurae hac constitutione saepius latae

subjici. Atque idcirco mox subdit Pontifex: Et contrafacientes ex nunc excommunicationis poena innodamus« . . .

---

4. Considerationi sopra 'l modo, che s'è tenuto in diversi tempi nell' elettione dei Sommi Pontefici Romani con gl'accidenti occorsi, dove s'esplicano alcune cose della constitutione fatta da N. S. Papa Gregorio XV. sopra tal materia, dedicate alla Santità di N. S. Papa Urbano VIII. da fra Girolamo Ghetti Romano, Generale dell' ordine Eremitano di S. Agostino [1]).

Es ist nicht die Arbeit eines Juristen oder Politikers, sondern eines Theologen, welche uns hier unter dem Motto: »Sors mea mortalis, non est mortale, quod opto« geboten wird. Wenngleich Urban VIII. gewidmet, ist sie doch zweifellos schon unter dem Pontificate Gregor's XV. geschrieben worden (vergl. fol. 63ᵛ. »Gregorio XV., che hoggi felicissimamente regna«, analog fol. 75ᵛ) und zerfällt in 16 Abschnitte oder Considerationen, deren Inhalt jedoch nur zum geringen Theile auf die Gregorianische Wahlbulle directen Bezug hat [2]). Ueber die Motive, die ihn selbst zur Abfassung seines Wer-

---

1) Die *Considerationi* liegen handschriftlich vor in Bibl. Vat. Cod. Cappon. 144; Bibl. Angelica, Cod. C. 6. 20; Bibl. Barberin. Cod. LI. 6. Die obigen Textstücke sind nach dem Vaticanischen MS. mitgetheilt.

2) »Considerationi, che si contengono in tutta l'opera.«

»Preambolo etc.

Che Christo Salvator nostro ha lasciato nella sua chiesa la monarchia in persona del suo vicario. Cons. 1.

Che il Papa è prencipe, che entra nella sedia di Pietro per via di elettione. Cons. 2.

Conditioni, che devono risplendere in un prencipe elettivo, che habbia il mero e misto impero. Cons. 3.

Che l'autorità et il numero degli elettori pende dall' autorità del Papa. Cons. 4.

Che l'elettione dei Papi nelle cose sostantiali non ha mai patito difetto, anchorche molti habbiano cercato di calunniarla. Cons. 5.

Che nelle cose accidentali secondo la calamità de' tempi e delle occasioni è stato variato il modo di elegger il Papa. Cons. 6.

Digressione dell' autore, dove si mostra, che le calamità e sacchi, che ha patiti la città di Roma, sono succeduti per le violenze fatte nelle elettioni dei Papi. Cons. 7.

Che per acclamatione, compromesso, scrutinio et adoratione era solito farsi l'elettion del Papa. Cons. 8.

Che nel tempo, che l'elettione è stata fatta per via di adoratione, non mai le fattioni hanno fatto il Papa. Cons. 9.

Che i Papi fatti per via di adoratione sono stati ottimi e santissimi, non solo nella primitiva chiesa, ma ancora in questo nostro secolo. Cons. 10.

kes veranlassten, bemerkt der Autor in dem »Preambolo a tutte le considerationi, che si fanno in questa opera« folgendes:

fol. 4v. »Per dare sodisfattione a persona di grandissima autorità, che con accenarmi ha comandato, ho presa la penna, non per dar autorità ad un' attione tanto santa e cosi necessaria, com' è all' elettione de Sommi Pontefici questa constitutione fatta dalla soprema podestà nella chiesa di Christo e *consultata molto prima da molti antecessori*, che con mano ne havevano toccato il bisogno. Nè tampoco per esprimere tutte quelle utilità e commodi, che a cosi gran negotio infallibilmente è per apportare, benissimo conosciuti da chi con sincerità d'animo l'anderà maturamente considerando. Nè tampoco per frenar la furia degli heretici, non mi conoscendo di tanto sapere e di tanto valore, che mi voglia dar vanto die poter far quello, che non hanno potuto fare i maggiori lumi di S. Chiesa, e che opera per se stessa questa santissima constitutione, rispondendo ad ogni maledicenza con la sua ottima dispositione, con le ben' aggiustate regole, con il santo zelo, che si vede rilucere in essa del ben publico, della pace universale e della gloria di cosi grande attione. Ma solo per mostrare con quanto gusto da me è stata letta, e per le considerationi, che si vanno ponderando, inanimire altri a leggerla et a stabilir l'animo, quando si darà il caso di esseguir con sincerità di cuore e con zelo di charità, quanto in essa s'insegna e si comanda; dovendo tutti gli elettori gettarsi doppo le spalle ogni mondano interesse, havere per iscopo singolare il servizio divino et il benefitio publico, che assolutamente intende in essa il Sommo Pontefice.«

Oberstes Ziel der Schrift ist die Verherrlichung der Kirche, die Vertheidigung des Ansehens der Papstwahlen gegen so viele ungerechtfertigte Angriffe. »L'impeto delle persecutioni, che contro il capo visibile della chiesa Catholica ha vomitato l'inimico della hu-

---

Che con giuste cause e con molta vigilanza è stato rimosso il modo di elegger i Pontefici per via di adoratione. Cons. 11.

Che la clausura del Conclave ovviando a molti mali ha partoriti infiniti beni. Cons. 12.

Che il giuramento, che si deve prestare dagli elettori nel dar il suo voto, dimostra la sincerità dell' attione e pon' freno a gli interessi humani. Cons. 13.

Che la promessa, che fanno gli elettori prestando il giuramento, s'intende della volontà interpretativa di Dio, chiamata volontà di segno. Cons. 14.

Che essendo eletti i SSri Cardinali per divino impulso, doveranno esser giudicati secondo la divina volontà idonei al Papato. Cons. 15.

Che questa constitutione per l'ottimo modo, con cui dispone le cose della elettione dei Papi, si deve sperare, che haverà ottimo effetto et lunga duratione. Cons. 16.

mana natura« etc. beginnt die erste Consideration. Für den Autor regirt im Conclave ausschliesslich der heilige Geist; den Gedanken, dass bei der Papstwahl auch andere Factoren als der Wille Gottes und das Heil der Kirche entscheiden könnten, weist Ghetti unbedingt von sich; selbst unter der Herrschaft des Adorationsmodus haben niemals die Parteien, sondern stets Gott den Papst gemacht.

fol. 60. Cons. IX. »Che nel tempo, che l'elettione è stata fatta per via d'adoratione non mai le fattioni hanno fatto il Papa.« »Non è stata mai volta, ch'entrando in Conclave i nepoti dei Papi con grosso numero di creature, i Cardinali Protettori delle nationi, ò Francese ò Spagnola, *con grosso numero d'adherenti, obligati per molti benefitii ai loro prencipi*, che non siano entrati con il Papa fatto, et essergli poi successo tutto l'opposito di quello, che s'erano disegnati nella mente . . . . . .

Stanno con ardentissima ansietà i Signori Cardinali aspettando questo parto del capo della chiesa, e perche veggono comparir fuori il braccio *della potenza delle fattioni*, subito mettono il regnum mundi in testa a quello, che vien portato ò dal nipote del morto Papa *ò dalle fattioni delle potenze Christiane*, ma succedendo poi tutto l'opposito di quello, che s'havevano proposto, sono forzati a confessare, che in questa materia non sempre possono far quello, che vogliono, ma che sono puri ministri di quello, che regge la volontà et ha in mano i cuori degli huomini« . . . .

Sind trotz alldem bei den Papstwahlen von altersher oftmals Unzukömmlichkeiten vorgekommen, und Ghetti bestreitet diese Thatsache nicht, so waren hieran eben hauptsächlich die Laien schuld, welche sich in eine Angelegenheit einzumengen suchten, die ihrer Ingerenz durchaus entzogen ist. Darum wurde denn auch nunmehr aus triftigen Gründen die Wahl durch Adoration beseitigt.

fol. 77. »Che con giuste cause e con molta vigilanza è stato rimosso il modo di eleggere i Sommi Pontefici per via die adoratione.« Cons IX.

»Havendo gia dimostrato gli ottimi parti dell' elettione per adoratione, per istabilire la legitima successione dei passati Pontefici e serrar l'addito agli heretici ò ai mali affetti di questa S^ma^ Sede prevenendo l'arrabbiato dente delle ingiuste censure, con cui s'affaticano ogni giorno, di lacerare le attioni dei Papi e del Sacro Collegio, resta hora di dimostrare le giuste cause, con cui è stato rimosso per questa nuova constitutione.

Alcuni per ragion di stato, non entrando in materia di religione, ma solo negl' interessi politici, perche res recipitur per modum reci-

pientis, diranno, che sia stato escluso per debilitare la fattione di qualche nepote di Papa, acciò non faccia succedere con la moltitudine delle sue creature quel soggetto, che più gli sarà a cuore.

Ma come le cose, che potranno dire gli heretici, saranno importune, quelle di questi politici si potranno battezzare leggierissime vanità, se andaremo senza passione discorrendo il tutto« . . . .

Der Autor führt sodann aus, dass obiges Bestreben an sich zwecklos sein würde. Man wisse ja ohnehin, dass die Macht der Nepoten niemals über den Tod ihres päpstlichen Oheims hinausreiche, dass der Nepot des einen Papstes eben durch den Nepoten des anderen verdrängt werde. Der gerade regierende Papst aber könne, so lange er lebe, hinlänglich für die Interessen seines Hauses und seiner Familie sorgen und brauche sich also in dieser Richtung nicht darum zu bekümmern, wer sein Nachfolger sein werde.

fol. 78v. »Si doveva dire adunque, che l'interesse di S. Stà, ancorche quella di qualche consigliero, haveva havuto altro fine ò qualche particolare interesse, non è stata per effetto terreno, nè per opprimer niuno, havendo per proprio la nazione Bolognese di far con molta piacevolezza bene a tutti, ma per interesse più alto e più importante.

Dirò dunque con quell' humiltà, che devo, il mio parere, che il rimovere il modo di eleggere per adoratione non fù per ributtarlo, come non buono ò come non legitimo e canonico, come habbiamo discorso, ma come modo, che facilmente poteva aprir la porta alle lagrime passate et ai grandi inconvenienti successi in tal negotio per il tempo addietro, con tanta difficoltà rimediati. Vidde con molto cordoglio la Stà S. e seco vidde tutto il Sacra Collegio la confusione, che nel Conclave cagionavano i laici introducendosi a far prattiche per l'elettione del nuovo Papa. Il pensiero, che si pigliavano non solo gli oratori dei prencipi et i maggiori baroni Romani, ma ogni persona, ancor mediocre, e con tanto fervore s'andavano intromettendo, che pareva, che volessero ancora metter in opera la violenza. E con grandissimo travaglio alle 8 hore di notte non si erano ancor potuti mandar fuori per serrar il Conclave, cosa non solo di brutto essempio, mà seme di qualche grandissimo periglio, non rimediandosi a questo principio, perche crescendo la licenza haveriano potuto con violenza, fomentati da qualche potenza prender ardire di volersi intromettere ancora nell' atto dell' elettione. Il pericolo era grandissimo e forsi più vicino, che altri non s'imagina, non si potendo sapere i cuori degli huomini; vedendosi per isperienza, quanto i laici abbagliati dallo splendore delle dignità si vadano arrogando autorità nelle cose ecclesiastiche, hora sotto nome di Juspatronati, hora sotto nome

di nominatione. Vogliono hormai conferire non solo i beneficii semplici, mà le badie et i vescovati, procurando per questa via d'intromettersi nell' autorità ecclesiastica prohibitagli, essendo preucipi laici e non sacerdoti« . . . . .

Es folgt nun eine Reihe von historischen Citaten.

fol. 81v. »Per ovviare a pericolo cosi grande e cosi eminente di ritornar alle disgratie antiche, quando essendo chiamati, perche assistessero, favorissero et applaudessero all'elettione del creato Pontefice, s'intrusero di maniera, che non solo ci volsero haver parte, ma se l'usurporno affatto, come si vede nelle vite de Sommi Pontefici. Per conservare addunque quella libertà al Sacro Senato dei Cardli et al Conclave, che costa alla chiesa tanto denaro, tante lagrime, tanto sangue, ha voluto con questa constitutione serrar la porta alle prattiche dei laici, per non lasciar poi alla chiesa necessità, di haverli a cacciare con maggiore difficoltà.

Evvi un' altra ragione et un' altra causa, se non cosi grave per la sostanza dell' elettione, almeno importante per alcuni inconvenienti e biasimi, che solevano cagionare alle persone, che con tanta maestà si chiudevano nel Conclave.

Con occasione *dei trattati*, *che si facevano per congregar il numero dei voti*, e degli accidenti, che occorevano, ogniuno si faceva lecito, e forsi ancora quelli, che manco vi si dovevano ingerire, di far il menante, il novellista, il Parnasista, e con troppa licenza sotto nome di relatione del Conclave mandar fuori tutte quelle attioni, che si facevano, e tutti gli accidenti, che occorrevano.«

Auch diesem Uebelstande, meint Ghetti, werde durch die neue Constitution abgeholfen werden.

In Cons. XII. handelt der Autor vornehmlich über die Clausur des Conclaves und über die grossen Vortheile, welche die diesbezüglichen strengen Vorschriften mit sich brächten. fol. 88. »Queste conditioni e questi mezzi scaccieranno dalla volontà degli elettori quel timore servile dei mondani rispetti, *ò d'amicitia dei grandi*, *ò d'interesse di pensioni*, ch'essendo cagionato dall' amor del mondo si chiama amor mondiale, e resterà solo quello, ch'è filiale, che timet separari a Deo; ò se pure restarà il servile, non sia quello di perder l'amicitia degli huomini, ma quello, che timet puniri a Deo«.

Ueberdies müsse aber auch noch der schwere Eid in Betracht gezogen werden, mit welchem sich die Cardinäle bei der Wahl binden, und der ja zur vollsten Beruhigung der Kirche jede Rücksichtnahme auf menschliche Interessen unbedingt ausschliesse.

Cons. XIII. fol. 92v. »Potrà dormire sempre sicura lo chiesa sotto questa promessa sigillata con si solenne giuramento, d'haver quello sposo, che al suo candore, alla sua purità et alla sua maestà richiede, potendo sempre, quando il contrario succedesse, querelarsi degli elettori e chiamar questo giuramento avanti a quel tribunale severissimo, che de simil' cause contro li spergiuri ammette sempre l'appello.

Mi persuado, anzi tengo per fermo, che l'intentione del Sommo Pontefice non sia stata altra, se non per metter una sicurissima guardia alla volontà degli elettori et un muro saldissimo alle porte del Conclave, acciò vadano in bando tutte le passioni, le simonie et ogn' altro difetto da questa santissima elettione, perdano lo scherma le stratagemme, et i laici di qualsivoglia stato e conditione non si possono più dar vanto, come solevano d'haver parte nell' elettione dei Papi, et il mondo non dica più, come diceva falsamente, *che i prencipi grandi, per haver parte nel Papato, si tenevano obligate le volontà degli elettori con grosse pensioni.*«

Eine fernere Gewähr für die Unantastbarkeit der Papstwahl erblickt Ghetti (Cons. XV.) noch darin, dass ja auch schon die Cardinäle selbst über göttlichen Impuls creirt würden, und sohin von vorneherein alle geeignet seien, den Papat zu erlangen. Den Einwurf mancher, dass sich die Päpste bei der Creation der Cardinäle beeinflussen liessen durch ihre Nepoten, »che, per volersi fare una fattione a lor modo, persuadono a scieglier quei soggetti, che potessero riputar per più confidenti« (fol. 100), weist er als böswillig und unbegründet zurück.

fol. 104v. »Hora tornando al punto, essendo chiamati da Dio i soggetti al Cardinalato, potremo dire ancora, che tutti siano idonei per esser eletti al Pontificato secondo la volontà interpretativa di Dio, facendosi comparatione fra persona e persona si renderà sicura la conscienza in eleggere uno del Collegio, perche cosi è determinato per decreto dei Sommi Pontefici.«

Auf die einzelnen Normen der Bulle »Aeterni patris filius« geht Ghetti nicht näher ein und beruft sich darauf, dass solches schon von vielen Anderen geschehen sei (Cons. XVI. fol. 111). Ein Commentar zu obiger Bulle kann also seine Arbeit strenge genommen nicht genannt werden. Die Schreibweise der letzteren entspricht ihrer Zeit; die Ausführungen sind von häufigen Citaten unterbrochen, wobei die Kirchenväter und Classiker, die Genesis und Aristoteles in einem Athem genannt werden (vgl. z. B. fol. 96—97 u. A.). Neues gegen-

über den bereits im Verlaufe unserer Untersuchungen angeführten Arbeiten erscheint in keiner Weise gebracht[1]).

1) Das Bestreben nach möglichster Vollständigkeit in der Zusammenstellung des einschlägigen Quellenmaterials rechtfertigt es wohl, im unmittelbaren Anschlusse an Vorstehendes hier auch noch einige Worte jener Reihe von minder bedeutsamen, meist anonymen Tractaten zuzuwenden, welche gleichfalls die Verbreitung und Erklärung des neuen Wahlgesetzes zum Gegenstande haben.

a) Arch. Vat. Bibl. Pio, tom. 15, fol. 106 ff. »Animadversiones in bullas Pauli IV. et Gregorii XV.«

Die erste dieser beiden Animadversionen, welche sich auf die Bulle »Cum secundum Apostolum« Paul's IV. vom Jahre 1558 bezieht, unternimmt es nachzuweisen, dass derjenige nichts Gesetzwidriges thue, »qui tractet de illis Cardinalibus, qui sunt ad dignitatem pontificiam idonei et apti, et de aliquo habente qualitates requisitas, ut suo tempore posset eligi, dummodo nullo modo concludatur, quod ipse sit eligendus, sed solum quod sit aptus dignusque, ut eligatur, reservando definitionem voti et caeterorum pro suo tempore« u. s. w.

Die zweite Animadversio »in bullam Gregorii XV. de electione Summi Pontificis, editam anno 1621 et confirmatam a S. D. N. Urbano VIII. anno 1625« wendet sich speciell der Erörterung des §. Cardinales zu und meint: »Oritur ex hoc §. non leve dubium, an Cardinalis semper incurrat excommunicationem appositam in fine dicti §., si dicat, se alteri daturum suum suffragium etc.« Dieser Zweifel wird unter Bezugnahme auf zahlreiche canonistische Autoritäten dahin gelöst, »quod, si aliquis Cardinalis dicat, alteri se suum suffragium daturum, vel quodcunque aliud, per quod significetur solum suum firmum propositum sine obligatione ulla facta alteri, non videtur, quod contraveniat prohibitioni factae per bullam de abstinendo se ab omnibus pactionibus etc., et sic quod non incurrat excommunicationem.

Quod tripliciter videtur probari. Primo, quia in dicto §. post alia additur »*aliisque quibuscumque obligationibus*,« ergo videtur, quod antea prohibita intelliguntur cum obligatione. Secundo ibi dicitur, quod omnia et singula declarantur irrita et quemquam ad eorum observantiam non teneri, ergo de singulis eorum intelligi debent cum obligatione, si enim solum significetur firmum propositum de praesenti, quod nullam inducat obligationem alteri factam, non irritatur, cum per illud non inducitur obligatio, neque quis teneatur ad observantiam. Tertio. Haec, quae dicuntur in hoc §. *desumpta sunt ex c. Ubi periculum de elect. in 6°.*, ubi eadem prohibentur sub poena excommunicationis, et in dicto §. Caeterum (initio) redditur pro causa, quia adimitur libertas eligendi per cuiusque obligationis necessitatem, ergo prohibentur solum in eo sensu, in quo inducunt obligationis necessitatem.

His addendum, quod ibi dicitur »obligationes, condicta, intendimenta omnia, sive iuramenti, sive cuiuslibet alterius fuerint vinculo firmitatis inuixa cassamus, irritamus« et cet. Ubi autem nulla inducitur obligatio facta alteri, cassatio aut irritatio esse non potest. Denique constitutio Pii IV., quae est in ceremoniali fol. 54., in §. »Cardinales autem per viscera« etc. prohibet condicta, pactiones et alios illicitos tractatus sub poena excommunicationis, neque tamen usque adhuc ullus ex Cardinalibus, quamvis timoratae conscientiae, illum scrupu-

III.

Wenn es nunmehr nach all' dem Vorgebrachten gestattet ist, auf die Frage zurückzukommen, ob sich im Zeitalter der Bulle »Aeterni patris filius« bereits der Bestand, beziehungsweise die staat-

---

lum habuit dicere, se velle alicui dare suum suffragium seclusa obligatione et pacto.

Ergo ex his omnibus concludi videtur, non prohiberi supradicta, nisi intelligantur cum obligatione facta alteri.«

b) Arch. Vat. Cod. Miscell XI. 119.

n. 7. »Porfinis Anacleus Curiolo Varardo amico suo salutem.«

Inc. »Constitutionem seu bullam de modo novi creandi pontificis a Gregorio XV. editam« . . .

In fine dat. »Patavii, V. Cal. Decembr. 1621.« Eine Schrift, welche ausführlich über das Latein der Bulle, über das Wort »bulla« und seine Herkunft etc. handelt, über den juristischen Inhalt derselben hingegen gar nichts bietet.

n. 8. »Copia d'un discorso sopra la nuova bolla del Conclave et suoi effetti, che potrà partorire.«

Inc. »La bolla del Conclave, che la Santità di N. S. Gregorio XV.«. . . .

Der ungenannte Autor bemüht sich um die Aufzählung der guten und üblen Folgen, welche die neue Bulle haben könne. Das Ganze ist ziemlich kurz gehalten, geht auf die einzelnen Bestimmungen der Bulle nicht näher ein und thut der staatlichen Exclusion keine Erwähnung. Zu bemerken wäre etwa folgende Stelle:

pag. 1. »Tutto questo pare, che habbia particolare mira, di levar via *il seguito a' capi di fattione*, a nepoti di Papi et principi, *che hanno seguela de Cardinali*, i quali nell' accesso publico et adoratione *ò per causa di gratitudine ò di altro obligo* non dariano il loro voto, se non a quelli, a quali era stato loro comesso et praticato prima, il che non può negarsi non fosse di cattivo esempio, ma quest' istesso vogliono anco, che hora potrà seguire nello scrutinio secreto, perchè si trattarà et si assodarà la prattica per prima, si che in ogni modo veranno li capi di fattione ad haver li loro dependenti et seguaci et il loro intendo. Ma si risponde, che se bene alcuni prometteranno il loro voto, che nell' accesso publico et adoratione non potevano negar di darlo conforme il trattato seguito, nello scrutinio secreto, se la coscienza loro detterà altrimente, perche non si potrà venire a notitia di chi habbia mancato, faranno quel che lor' torna, et ci saranno anco di quelli, che havendo data l'esclusione, si vantaranno del contrario« . . .

n. 9. »Graviora aliquot dubia Constitutionis Sanctissimi D. N. Gregorii XV de Romani Pontificis electione« . . .

Inc. »Sanctissimae huic constitutioni de Romani Pontificis electione« . . .

Die erörterten Dubia betreffen hauptsächlich die Clausur des Conclaves und die Wahl per adorationem; mit Bezug auf letzteren Punkt ist in ausgedehntem Maasse die bereits bekannte Schrift »Quae faciunt pro forma adorationis, quae contra« benützt; vergl. Cod. Barberin. XXX. 105; Cod. Vallicell. J. 38, fol. 39; Arch. Vat. Pio, 15. Die nach Angabe des Katalogs in Arch. Vat. Varia politicor. tom. 132, p. 26 enthaltene »Scrittura di D. Virginio Cesa-

liche Inanspruchnahme eines Exclusions*rechtes* bei den Papstwahlen nachweisen lasse, und ob es weiters die Intention des Gesetzgebers gewesen sei, in dem erörterten §. *Cardinales* einem derartigen Ex-

---

rini sopra la bolla di Gregorio XV. del elettione« war unter genannter Signatur nicht aufzufinden.

c) Cod. Vallicell. J. 38, fol. 66 ff.

»Summarium constitutionum Apostolicarum sive bullarum Summorum Pontificum circa electionem Papae.«

Es werden auszugsweise die Wahlbullen des Symmachus, Nicolaus II., Alexander III., Gregor X., Clemens V., Clemens VI., Julius II., Paul IV., Pius IV. und Gregor XV., sowie zum Schlusse einige andere, nicht auf die Papstwahl bezügliche Bullen vorgeführt. Zu §. Cardinales der Gregorianischen Constitution ist blos bemerkt: »Pariter prohibet omnes pactiones, conventiones, promissiones, obligationes, minas, contrasigna suffragiorum, etiam juramento adiecto, quae omnia irrita et inania declarat et contrafacientes poenam excommunicationis incurrere statuit.« Dieselbe Arbeit findet sich auch in Cod. Casanat. X. VI. 37.

d) Cod. Vallicell. J. 39, fol. 198 ff.

»Risposte ad alcuni dubbii in materia dell' elettione del Papa doppo la bolla di Gregorio XV. domandatemi dal S[r] Card[l] Crescentio in tempo di sedia vacante dell' istesso Gregorio. Scrittura del P. Gio. Severani della Congregatione dell' oratorio di Roma.«

Inc. »Sede vacante circa electionem« . . .

Eine 5 fol. umfassende Gelegenheitsschrift zur Beseitigung gewisser aus der Wahlconstitution sich ergebender Zweifel. Von §. Cardinales wird nur der Passus: »Abstineant ab omnibus minis . . . . vel non dando« in Betracht gezogen und hierüber gesagt:

fol. 202. »In quibus verbis ultra minas prohibetur manifestatio signorum et contrasignorum, nempe sigillorum, numerorum et dictorum sacrae scripturae. Ratio autem, quare prohibeatur ista manifestatio est, quia Cardinalis manifestans signum vel contrasignum remanet obligatus de eligere in Pontificem illum, quem dixit, se fore electurum, ne de mendacio convincatur. Verba autem illa, quae sequuntur »aut alio tam verbo quam scripto etc.« referuntur ad omnia antecedentia et comprehendunt quemcunque alium modum non expressum in antecedentibus verbis conventionalem et obligatorium, seu manifestationem signi vel contrasigni et sunt clausulae apponi solitae propter inexcogitatos modos fraudandi legem in his, quae prohibet« . . .

e) Arch. Vat. Cod. Miscell. III. 11. fol. 433 ff.

»Ristretto del contenuto nella bolla di Papa Gregorio XV. sopra l'elettione del Sommo Pontefice.«

Wie schon der Titel sagt, eine einfache Inhaltsangabe der Bulle in frei erläuternden Worten. Zu §. Cardinales: »Proibisce di più ogni patto, conventione, promessa, intentione et ogni altra obligatione, di dare ò domandare segni ò contrasegni de voti ò cedole in voce ò in scritto, tanto per l'esclusione, quanto per l'inclusione d'uno ò di più ò d'una fattione particolare, come sarebbe le tali creature ò simile, ò vero di dare ò non dare il voto, annullando tutte le cose sopradette e disobligando ciascuno dall' osservarle, quando de facto v'intervenisse etiandio con giuramento, ne vuole, che per non osservarle alcuno

clusions*rechte* entgegenzutreten, es für die Zukunft zu verbieten, so muss m. E. eine sorgfältige Zusammenfassung der bisherigen Resultate unbedingt zu einer *Verneinung* dieser Frage führen.

In erster Linie dürften wohl gesunde Vernunft und Logik zur Ueberzeugung führen, dass, wenn damals überhaupt und in irgend einer Weise von einem Exclusions*rechte* die Rede gewesen wäre, wenn z. B. die Exclusive einen schon seit der Mitte des 16. Jahrh. bewusst und consequent geübten staatlichen *Rechtsanspruch* repräsentirt hätte, dieser Umstand vielleicht nicht in allen aus jener Zeit stammenden Quellen, — denn die Anschauungen brauchten ja nicht nothwendigerweise allenthalben geklärt zu sein — aber doch zum mindesten in einer oder der anderen Quelle klaren Ausdruck gefunden haben müsste, wie wir solches ja auch analog in den aus dem Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrh. stammenden Ueberlieferungen bestätigt finden. — Darum wurden von uns in obiger Hinsicht die eingehendsten Nachforschungen angestellt, darum alles mit der Gregorianischen Constitution im Zusammenhange stehende lit-

---

s'intenda mancar di parola, e scommunica, chi contro di ciò farà. Non vieta però i trattati per l'elettione« . . .

Diesem Tractat folgen dann noch fol. 435v. »Annotationi sopra la bolla di Papa Gregorio XV. dell' elettione del Papa cavate dal ceremoniale publicato dall' istesso Pontefice,« blos auf das Ceremoniell bezüglich.

f) Arch. Vat. Cod. Miscell. XI. 117, n. 2.

»Articuli constitutionis seu bullae« und »Dubia.« Punktweise Anführung der einzelnen Normen der Gregorianischen Constitution und der Zweifel, welchen sie Raum lasse. Die erstere dieser beiden kurzen und unbedeutenden Arbeiten findet sich auch in Arch. Vat. Cod. Miscell. XI. 120, n. 1; hierselbst folgt als n. 2. »Quae sint communiter in electione Summi Pontificis interdicta, tam ex antiquo iure quam ex speciali constitutionis Gregorianae«, ebenfalls bedeutungslos; weiters sub n. 21. »Sommario della bolla di N. S. Papa Gregorio XV. sopra l'elettione del Pontefice Romano disposto per capi distintamente.« Zu §. Cardinales: »I Cardinali debbano in tutto astenersi da ogni patto, promessa, conventione, occulta corrispondenza, lega et da qualche si voglia altr' obligo et parimente da minaccie et dal dimandare ò dare segni, contrasegni di suffragii, di polize ò di altre cose, si' in parole come in iscritto ò in qualunque altro modo, si' per inclusione come per esclusione, si' d'una persona come di più ò di certa qualità come di creature ò simili, ò di dare il suffragio ò di non darlo« . . .

g) Cod. Barberin. XXXIII. 148, fol. 63.

»De iis, quae sunt vitanda circa electionem Romani Pontificis«; eine der letztgenannten völlig analoge Arbeit.

h) Cod. Casanat. D. V. 18. »Compendium Gregorianae Constitutionis de electione Romani Pontifis«; der Inhalt unserer Bulle in Fragen und Antworten zerlegt, wobei nichts Neues geboten wird; dieselbe Schrift auch in Cod. Casanat. F. IV. 28, fol. 19.

terarische Material, so weit nur irgend möglich, herbeigezogen und dem geneigten Leser zur Einsicht vorgelegt. Das Ergebniss ist, dass sich keine einzige unzweideutige Bestätigung jener Annahme nachweisen lässt, wohl aber in vielen Fällen das gerade Gegentheil derselben bezeugt wird.

Es erscheint unthunlich, hier nochmals alle Einzelheiten zu recapituliren; das Meiste kann ja ohne weiteres der Einsicht und ruhigen Erwägung Anderer überlassen bleiben; nur den angeführten grossen Commentaren zu unserer Bulle mögen vielleicht noch einige Worte geschenkt werden. Was zunächst Coccini betrifft, so hat sich gezeigt, dass er in seiner Erklärung des §. *Cardinales* nicht nur den weltlichen Einfluss auf die Papstwahlen gar nicht berührt, sondern auch, dass er — der sonst mit offenkundiger Vorliebe allüberall und bis in's kleinste Detail die Distinction anwendet — mit Bezug auf die Begriffe »Inclusion« und »Exclusion« *nicht im entferntesten irgendwelche Scheidungen vornimmt.* Für ihn liegen in letzteren Begriffen einfach die bekannten Abstimmungsresultate vor, welche eben durch Wahlumtriebe nicht beinflusst werden sollen, *wie solches ja schon in der Constitution »Ubi periculum« vorgesehen.* Es braucht wohl kaum darauf hingewiesen zu werden, dass eine derartige Auffassung bei einem Manne wie Coccini zweifellos nicht auf Unkenntniss der Conclavengeschichte und der politischen Verhältnisse seiner Zeit beruhen konnte; schon seine Stellung an der Curie, nochmehr seine spätere historische Arbeit müsste diese Annahme von vorneherein ausschliessen. Aber auch die Glossemata selbst lassen in manchen hier und dort verstreuten Bemerkungen [Quaest. I—VI zu Init. Const., Quaest. XXXV zu §. Hac nostra u. A. m.] den aufmerksamen Leser erkennen, wie gut ihr Autor über sein Thema informirt war. So unterscheidet Coccini beispielsweise innere und äussere Hemmnisse der Wahl, als da sind: die Privatinteressen der Parteihäupter, oder das gemeinsame Interesse einer ganzen Faction, oder die Wünsche und Bestrebungen der weltlichen Fürsten; er kennt ferner Rücksichten, welche die Cardinäle zu nehmen haben; er deutet die mannigfachen Abhängigkeitsverhältnisse derselben an; er spricht endlich ganz offen von Pensionen und Aemtern, welche sie seitens der Fürsten empfangen, um im Conclave deren Sache in Schutz zu nehmen, u. s. w. Nirgends aber finden sich Anhaltspunkte, aus denen mit einiger Sicherheit der Bestand staatlicher *Rechtsansprüche* im Conclave zu erschliessen wäre, nirgends wird überhaupt eine juristische Construction des weltlichen Einflusses auf die Papstwahlen auch nur versucht.

Ganz dasselbe gilt von dem Commentar Justiniani's, wenngleich dessen Auffassung und Darstellungsweise sich sonst von jener Coccini's in vielen Punkten merklich unterscheidet; während letzterer überall den geschulten Juristen hervorkehrt, überwiegt bei Justiniani eher das kirchenpolitische Moment. Mit Bezug auf den §. *Cardinales* springt hier der ausdrückliche Hinweis auf dessen Analogie mit den älteren Wahlconstitutionen bis zurück auf Gregor X. fast noch mehr in's Auge wie bei Coccini. Des ferneren findet sich auch hier keine Definition oder begriffliche Distinction von Exclusive und Inclusive; dagegen weist Justiniani allerdings auf jene Cardinäle hin, welche mit Königen und Fürsten verhandeln und sich zuweilen zu Bitten erniedrigen, um von denselben nominirt oder vorgeschlagen zu werden, er basirt aber hierauf nicht etwa ein staatliches Inclusionsrecht, sondern nennt solches einfach »*tractatus* de eligendo«, an anderer Stelle »de quopiam includendo excludendove *pacisci*«. Am klarsten leuchtet seine Auffassung der Sache dort hervor, wo er auf die verschiedenen Formen der Wahlagitationen zum Zwecke der Inclusion oder Exclusion zu sprechen kommt (L. VI, c. VII), als pactiones, conventiones, promissiones, intendimenta u. s. w.

Eine derartige minutiöse Scheidung — meint er — erscheint gar nicht nothwendig, »cum certum sit, *ea omnia reciproca promissione transigi*«. Um Verträge, um wechselseitige Zusagen behufs Einflussnahme auf das Resultat der Scrutinien handelt es sich also *durchwegs*, und höchstens *vertragsmässige Rechtsansprüche*, *privatrechtliche Verbindlichkeiten* könnten hier äussersten Falls in Frage kommen, wenn sie nämlich nicht schon von vorneherein durch den Gesetzgeber irritirt worden wären; an anders geartete, von Aussen her an das gesammte Wahlcollegium herantretende Rechtsansprüche denkt Justiniani nicht im entferntesten.

Um schliesslich auch Ghetti's Arbeit zu erwähnen, so ist die Ausbeute aus derselben in juristischer Beziehung die denkbar dürftigste; nebenbei bemerkt kommt in ihr nicht einmal das Wort »Exclusiva« auch nur ein einziges Mal vor. Was der Autor über Veranlassung und Zweck der Wahlbulle sagt, wurde zuvor mit seinen eigenen Worten angeführt. Er bezieht sich dabei hauptsächlich auf die im Conclave Gregor's XV. selbst vorgekommenen Unzukömmlichkeiten; die weltlichen Gesandten, die grösseren römischen Barone, *ja sogar ganz mittelmässige Personen* hätten sich dabei übernommen, man habe ihrethalben das Conclave trotz aller Bemühungen nicht um die Abendstunde schliessen können, ja sie hätten sich am Ende noch in den Wahlact selbst eingemengt. Solches habe S. Heiligkeit und das ganze heil. Collegium mit grossem

Schmerze[1]) erfüllt und für die Freiheit der Wahl drohende Gefahren ahnen lassen, und so sei denn die Constitution verfasst worden, um den Practiken der Laien die Thüre zu verschliessen.

Dass nun Ghetti dieser seiner Darstellung nach, wie es scheint, die dreissigjährige Vorgeschichte der Bulle »Aeterni patris filius« nicht kannte, wollen wir als nebensächlich betrachten; dass er die Spitze des Wahlgesetzes gegen die Laien gerichtet sein lässt, finden wir bei seiner principiellen Anschauung, nach welcher an allen Uebelständen bei der Papstwahl seit jeher *die Laien* Schuld tragen, nur begreiflich; dass er aber mit seinem Hinweise auf eine grosse, nahe Gefahr, auf die Anmassungen der Laien in kirchlichen Dingen, — zu welchen Anmassungen er als strenger Theologe auch das Patronatrecht, die Nomination auf Bischofstühle u. dgl. zählt — und sonstigen allgemeinen Redensarten *für den Bestand eines staatlichen Rechtsanspruches auf die Exclusive* Zeugniss ablegen wollte, und sich nur etwa scheute, die Sache beim rechten Namen zu nennen[2]), das möchten wir denn doch einigermassen in Zweifel ziehen. In Wahrheit bedarf es ja auch blos einer kleinen Rücksichtnahme auf den Gesammtinhalt der obigen Schrift, einer Vergleichung von Wendungen, wie »i Cardinali Protettori delle nationi ò Francese ò Spagnola con grosso numero d'adherenti, obligati per molti benefitii ai loro prencipi«; »potenza delle fattioni«; »fattioni delle potenze Christiane«; »trattati, che si facevano per congregar il numero dei voti«; »timore servile dei mondani rispetti, ò d'amicitia dei grandi ò d'interesse di pensioni«; »che i prencipi grandi, per haver parte nel Papato, si tenevano obligate le volontà degli elettori con grosse pensioni« etc., um zu erkennen, dass Ghetti sehr wohl weiss, worauf eigentlich der staatliche Einfluss bei den Papstwahlen beruhe, und dass sein Standpunkt sich in nichts von jenem der anderen gleichzeitigen Quellen unterscheidet.

Wir glauben, in Anführung der letzteren genug gethan und unseren Standpunkt hinlänglich präcisirt zu haben, wollen aber zu allem Ueberflusse schliesslich noch eine interessante Schrift citiren, deren ungenannter Autor zwar nicht die Gregorianische Constitution, wohl aber die Papstwahlen überhaupt zum Gegenstand

---

1) Was diesen Schmerz des heil. Collegiums anbelangt, so darf hier vielleicht der Wahrheit gemäss darauf hingewiesen werden, dass damals die weltlichen Gesandten von einzelnen hervorragenden *Cardinälen* im Conclave *zurückgehalten* wurden; vgl. die Conclavi de' Pontefici, pg. 377 ff.; die bei *Sägmüller* l. c. 266, n. 1 citirten Memoiren des Marschalls d'Estrées und die Darstellung des Petruccelli della Gattina.

2) So beiläufig die Ansicht von *Sägmüller*, l. c. S. 265 ff.

seiner Untersuchungen machte[1]). Derselbe äussert sich über die Exclusion in folgender Weise:

»Die Exclusion ist der Inclusion entgegengesetzt, sie erfolgt, *wenn mehr als ein Drittel der Wähler* sich förmlich vereinigen und erklären, irgend eine Person nicht zu wollen, ob sie nun den Grund hiefür angeben oder nicht; *und wer immer* diese Zahl finden und vereinigen und festhalten kann, den nennt man Haupt der Exclusion, mag letztere nun des Ansehens oder öffentlichen Wohls halber gemacht worden sein, wie in unseren Tagen einzelne stattfanden, oder *aber um des Privatinteresses eines Parteiführers oder mächtigen Fürsten willen*, wie man im Conclave Gregor's XIV. sah, woselbst der König von Spanien Einige namentlich excludirte; die einen und die anderen Arten von Exclusionen wurden in unserer Zeit offenkundig gesehen«.

Es dürfte wohl kaum nöthig sein, diese Stelle noch mit einem Commentar zu versehen, denn klarer und einfacher kann schliesslich das Wesen der damaligen Exclusion nicht mehr auseinandergesetzt werden. Mag dieselbe auf öffentlichem oder privatem Interesse beruhen, mag sie von einem Nepoten oder Fürsten ausgehen, mag sie im Geheimen oder offenkundig vollzogen werden, ihre unerlässliche Grundlage ist in allen Fällen *die Exclusionspartei*, die eben vorerst zusammengebracht werden muss durch Versprechungen, durch Verträge, durch Bündnisse, kurz durch alle jene materiellen und mora-

1) Cod. Barberin. LI. 21, folior. 192. »Trattato de Conclavi et creatione de Sommi Pontefici. All' Illmo et Revmo Sigr Cardinal Ludovisio Vice-Cancellario di Sta Chiesa, Arcivescovo di Bologna e Principe.« In der einleitenden Widmung bemerkt der ungenannte Autor, er habe das Werk seinerzeit für seinen früheren Herrn geschrieben, da aber derselbe gestorben, überreiche er es nunmehr dem Cardinal Ludovisio. Derart erklärt sich, dass der behandelte Stoff nur bis auf Paul V. reicht, während die Widmung vom 22. August 1624 datirt ist. Der Tractat zerfällt in 5 Bücher; die beiden ersten »trattano de modi da osservarsi per ascendere al Pontificato. I tre sequenti riferiscono le diverse maniere osservate nella creatione di XX Pontefici, cominciando da Innocenzo VIII. sino a Paolo V.« Die einzelnen Bücher theilen sich in Capitel. Obiges Citat findet sich in Lib. I, cap. 6. fol. 14v. »L'esclusione è all' inclusione contraria, questa segue, quando più di un terzo de gl' elettori formalmente si uniscono et si dichiarano, di non voler alcuno particolar', ò ne rendano essi la ragione ò non; et chi può trovar' et unir' questo numero et tenerlo fermo, si chiama capo dell' esclusione, ò sia ella fatta per honor' ò ben publico, come a nostri di sono seguite alcune, ò vero per interesse privato d'alcun capo ò di principe potente, come nel conclave di Gregorio XIV. si vidde, dove il rè di Spagna nominatamente n'escluse parecchi, le quali sorti d'esclusioni si sono vedute alli nostri tempi e di queste altre palesi« . . .

lischen Beeinflussungsmittel, welche die Stimmen der einzelnen Wähler zu gewinnen geeignet sind. In diesem und in keinem anderen Sinne hat auch die Bulle »Aeterni patris filius« die Exclusive aufgefasst.

Dass sonach der §. *Cardinales* nicht etwa blos gegen die Cardinäle, sondern auch gegen die weltlichen Machthaber gerichtet war, die sich obiger Mittel bedienten, um Ingerenz auf die Papstwahl zu üben, ist selbstverständlich; was aber *darüber* hinausgeht, fällt in das Gebiet gewaltsamer, durch nichts zu erweisender Interpretation. Und nicht etwa blos zu den Zeiten Gregor's XV., auch noch Jahrzehnte lang später blieb in den Conclaven die Exclusionspartei, auf deren Stimmen sich der Exclusionswille resp. die Exclusionserklärung stützte, »conditio sine qua non« des Erfolges. Nur vollzog sich, wie schon seinerzeit dargelegt[1]), in dem Verhältnisse der Exclusionserklärung zur Abstimmung der Exclusionspartei ein allmäliger Umschwung; während letztere ursprünglich stets das primäre Element repräsentirt hatte, wurde sie nunmehr allgemach das secundäre.

Zum Theil *nothgedrungen* in Folge des Umstandes, dass mit dem Hinwelken des Nepotenthums seit der Mitte des 17. Jahrhunderts und mit der zurückgehenden Präponderanz namentlich der spanischen Krone die starken Cardinalsparteien von einstmals nicht mehr zusammenzubringen waren, zum Theil *gestützt auf die Erfahrung*, dass in den Conclaven die Mehrheit der Wähler stets zur Exclusion hinneigte, weil viele dadurch die eigenen Chancen zu vermehren hofften, liessen die staatlicherseits bevollmächtigten Cardinäle öfters auch Exclusionen bekannt werden, für welche von vorneherein die erforderliche Stimmenzahl noch nicht sichergestellt war, und sie konnten solches um so eher wagen, als es den Gegnern begreiflicherweise zuweilen überaus schwer fiel, das thatsächliche Vorhandensein oder Nichtvorhandensein jener Stimmenanzahl zu constatiren. Nur zu häufig hing ja der Erfolg von der richtigen Ausnützung eines einzigen Augenblickes ab.

Man denke sich nur in einen praktischen Fall hinein. Eine Candidatur, von Einigen vielleicht schon länger im Geheimen geplant, tritt in die Oeffentlichkeit und gewinnt Boden; es wird lebhaft agitirt, die Anhänger mehren sich, fasst glaubt man das Spiel schon gewonnen. Da verlautet plötzlich von dieser oder jener Seite eine Exclusion des Candidaten; sein Anhang wird stutzig, die Privatinteressen jedes Einzelnen treten sofort wieder in den Vordergrund; dieser wird kühl, jener fällt ganz ab; die Führer opponiren

1) Vgl. mein Ausschliessungsrecht, S. 203 ff. und m. Beiträge zur Gesch. des Exclusionsrechtes, S. 38 ff.

natürlich, bemühen sich das Stimmenverhältniss ziffermässig klarzulegen; für einen Moment geräth die ganze Praktik in's Stocken. Diesen Moment aber erfasst die vielleicht kleine Gegenpartei und sammelt fieberhaft Streitkräfte; nach wenigen Stunden kommt es zum geheimen Scrutinium und die Candidatur ist gefallen. Solche Fälle mögen in den Conclaven zu Hunderten vorgekommen sein, wer aber vermöchte hienach das entscheidende Moment so ohne weiteres zu generalisiren; wer kann mit Bestimmtheit sagen, welche Anschauungen und Rücksichten hier und dort für die handelnden Personen den Ausschlag gaben. Allerdings ist unbedenklich zuzugeben, dass die von Anfang an *noch nicht* ziffermässig fundirte, offene Exclusion gewissermassen *Stimmen werbend* an die übrigen Wähler herantritt, aber sie desshalb auch schon zu einem *an das gesammte Cardinalcollegium herantretenden Rechtsanspruch* zu machen, heisst unbedingt zu weit gehen.

Sicher und ausser Zweifel ist nur die *Intention* des Excludirenden, *der Excludirte solle de facto nicht gewählt werden*, und dieser Erfolg ist schon erreicht, sobald mehr als ein Drittel der vorhandenen Wähler dem Excludirten nicht ihre Stimme geben; mit anderen Worten, sobald sich gegen ihn thatsächlich eine Exclusionspartei gebildet hat. Die Exclusionserklärung ist somit das Agens oder — wie ich mich an anderer Stelle ausdrückte — der Motor, welcher den Zusammentritt, resp. die Completirung der Exclusionspartei bewirken soll. Letztere Bedeutung hatte die sogenannte offene Exclusion der Fürsten etwa seit der Mitte des 17. Jahrhunderts längere Zeit hindurch, wie die Quellen deutlich zeigen [1]).

1) Vgl. bes. Cod. Corsin. 220, fol. 79. »Considerationi sopra l'esclusiva, che danno i rè ai Cardinali in Conclave.« (M. E. eine Ueberarbeitung des in meinen »Beiträgen« publicirten Tractats des Card. Albizzi). Inc. »Sono tenuti per debito del loro offitio i Cardinali« . . .

pag. 91. bespricht der Autor die Frage, »se i Cardinali possino *aderire all' esclusione de prencipi secolari,*« was er aus mehrfachen Gründen verneint; hiebei wird u. A. gesagt (pag. 94): »Il terzo da astenersi da ogni consideratione e fattione in Conclave, il che promettono non solo nel giuramento della detta constitutione di Pio quarto nelle parole sudette, ma di quella di Gregorio XV. nel §. 8, dove più strettamente viene ciò proibito, il che da essi vien trasgredito senza rispetto, *mentre aderendo all' esclusione de prencipi concorrono a formare fattione sotto de nomi loro.* E perche nel practticare queste confederationi convengono in varii appuntamenti col dare il voto a quelli a quali tal volta senza intentione di eleggere, e si danno contrasegni per rinvenire chi manca, non ha dubio, che tante volte contravengono al giuramento e di tanti spergiuri gravano l'anime loro, quanti sono gl' atti, che fanno della natura sudetta espressamente e nominatamente proibiti nelle dette

Erst durch die gleichzeitig entstehende Litteratur, welche die staatliche Exclusiva auch vom *theoretischen Standpunkte* aus zu er-

constitutioni« . . . S. ferner Arch. Vat. Bibl. Pio, n. 8, fol. 120. »Memoriale presentato al Sor Ambasciatore di Spagna per esclusione fatta al Sor Cardinal Sacchetti« . . . »La professione, che hanno sempre fatto li Spagnuoli, d'escludere in tutti i conclavi uno ò più Cardinali dal Pontificato, viene giudicata da gli huomini savii e ben intendenti delle cose di questa corte per massima particolare et pregiuditiale al buon servitio del rè . . . Ecco dunque Eccmo Sigre la fallacia di questa massima, li Cardinali ci temono, ma i Papi n'odiano *e doppo lunghe fatiche e travagli per escludere* hor gl' uni, hor gl' altri, alla fine succede, che i Francesi senza strepito e senza gridi si guadagnino l'affetto e l'inclinatione de Papi. In ogni tempo dunque l'esclusioni ci devono essere odiose e sospette, ma in questo conclave particolarmente devono essere lontanissime dal nostro pensiero, *perche non havendole sicure in nostra mano e nella nostra sola fattione, ma convenendoci procurarle e dalli vecchi e dalle medesime creature di Barberino*, alla cui potenza da tanto aiuto e riputatione l'unione de' Francesi, stiamo esposti a diverse mutationi et accidenti, e mentre procuriamo, che i Barberini non habbiano un Papa di loro fattione, corriamo rischio d'haverne noi un nemico« . . .

fol. 123v. »Ne si fidi Vra Eccza nel timore, che possono apportare al collegio l'armi del rè ò altri principi in Italia e molto meno *nelle minaccie e promesse fatte a' Cardinali sudditi* di S. Mtà. Questi sono consigli pericolosi e rimedii esterni« . . . »Concludo dunque, che una delle due cose sia per succederci, ò che questa esclusione sia col tempo per mancare, ò se la sosterremo, non potremo gia poi impedire, che non succeda nel Pontificato un' altra delle creature de' Barberini non già quella, che vorremo noi, ma quella, che più piacerà loro, perche non si possono ogni giorno fare nuove esclusioni« . . .

Man ersieht aus Vorstehendem auch, welche Bedeutung noch immer die abhängigen Cardinäle — »cardinali sudditi,« »c. dipendenti« — für das Gelingen der Exclusion hatten. Freilich waren die abhängigen Cardinäle der Kronen etwa seit der Mitte des 17. Jahrhunderts meist nicht mehr zahlreich genug, um für sich allein eine Exclusion durchzusetzen, aber sie repräsentirten doch wie zuvor *die Partei* ihres Souveränes, an welche dessen Exclusionsaufträge zunächst ergingen, und welche die letzteren unter Zuziehung weiterer Stimmen, die sich ja immer gewinnen liessen, auszuführen hatte. Sehr beachtenswerth ist in dieser Hinsicht die »*Instruttione politica sopra li Conclavi*« von *Andrea Morelli* wahrscheinlich unter dem Pontificate Urban VIII. verfasst; vorliegend in Cod. Urbin. 974, pag. 1; Arch. Vat. Cod. Miscell. XI. 117, n. 5; Cod. Barberin. LI. 6, fol. 149 u. A. Sie ertheilt in dem Abschnitte »De Cardinali Protettori« den staatlicherseits bevollmächtigten Cardinälen Rathschläge, wie sie die Partei ihres Fürsten zu lenken, zu erhalten und zu vermehren bestrebt sein und für den Fall einer Exclusion ihre Streitkräfte stets bereit halten müssten, um Misserfolge zu vermeiden. Hiezu vergl. auch den anonymen »Ristretto dell' attioni in Conclave« in Arch. Vat. Cod. Miscell. XI. 119, n. 6. — Inc. »Non potendosi esplicare chiaro« . . .

pag. 9. »Li capi delle fattioni regie circa l'esclusione servono intieramente il loro rè, nel resto si servono *dell' autorità di lui, per tener uniti*

örtern begann und die *Gewissensfrage* aufwarf, ob die Cardinäle *verpflichtet* seien, die Exclusionen der Fürsten zu berücksichtigen, was mit den verschiedensten Gründen erörtert und meistens *bejaht* wurde, erst durch diese Litteratur wurde eine neue Auffassung in die Sache hineingetragen. Und indem sich letzere Auffassung dann mehr und mehr consolidirte, andererseits auch die alten Stützen der weltlichen Exclusionen, die geschlossenen Parteien im Conclave, fast ganz hinwegfielen, kam es schliesslich dazu, dass die grösseren katholischen Staaten — beiläufig seit dem Ende des 17. Jahrhunderts — bei den Papstwahlen wirklich ein *Recht der Exclusiva* beanspruchten und übten, was wir ja hier nicht mehr weiter auszuführen brauchen.

Aus Vorstehendem ergibt sich also, dass die Bulle »Aeterni patris filius« allerdings auch im allgemeinen auf den Ausschluss jeder weltlichen Ingerenz bei den Papstwahlen gerichtet war, und dass sich somit die Uebung der Exclusiva mit Bezug auf dieses Gesetz zweifellos als eine »consuetudo contra legem«, nämlich als eine Uebung *gegen den Geist* des Gesetzes darstellt, dass jedoch andererseits zur Zeit des Erlasses genannter Bulle von dem Bestande eines wirklichen Exclusions-*Rechtes* noch gar keine Rede war, und dass ein solches Recht in derselben auch keineswegs direct verboten worden ist. Diesem von mir schon seinerzeit vertretenen Thatbestande gegenüber erscheint nun aber immerhin noch die Frage denkbar, ob denn das staatliche »jus exclusivae« ungeachtet des Umstandes, dass seine formelle Vollendung erst in spätere Zeit fällt, nicht dennoch durch

---

li voti di quella parte, che per servitio suo avvenga, che li capi non sempre habbino li fini del prencipe, lasciandosi trasportare da proprii interessi a quel soggetto, dal quale più sperano« . . . Die zahllosen anderen Beispiele, welche die Exclusiva der Fürsten immer wieder mit Parteibildung und Abhängigkeitsverhältniss in Zusammenhang bringen, hier nochmals zu citiren, halte ich für überflüssig; s. diesbezügl. meine »Beiträge,« S. 11 (»Cardinali sudditi«), S. 21 (Cardinali amorevoli ò dependenti«), die »Conclavi de' Pont.« p. 243 (»amici e confidenti«) u. A. m. Nicht zu vergessen sind endlich noch die »Afforismi politici per il conclave« aus der Feder des Card. Azzolini, nach dem Conclave Innocenz' X. verfasst und in vielen Exemplaren erhalten, z. B. Arch. Vat. Cod. Miscell. XI. 119, n. 19; ibid. Bibl. Pio, n. 15, fol. 81; Cod. Casanat. X. VI. 37, n. 6; Bibl. Vittor. Emman. Cod. Andrea della valle, 124 (1733), n. 5 etc. Die von *Sägmüller*, l. c. S. 272, n. 1 bezogene Schrift »Quale e quanta sia l'obligatione de' Sig[ri] Cardinali circa l'osservanza del segreto di quelle cose, che si trattano in Conclave e spettano all' elezione del futuro Pontefici,« welche zwischen formaler und virtualer Exclusiva unterscheidet, stammt bereits aus dem Beginne des 18. Jahrh., vergl. Bibl. Vittor. Emman. Cod. Gesuit. 1387 (3516), n. 2.

den §. »Cardinales« unserer Bulle in seinem späteren *rechtlichen* Zustandekommen behindert worden sei.

Letztere Frage wurde gelegentlich von *Lingen* im Archiv für kath. K. R. (Bd. LIX, S. 162 ff.) aufgeworfen und unter Berufung auf mehrere Autoritäten im bejahenden Sinne beantwortet; es möge mir daher noch gestattet sein, hier zu untersuchen, ob eine derartige Ansicht nach unseren speciellen Rechtsquellen oder etwa doch aus dem Wesen des Gewohnheitsrechtes heraus aufrecht erhalten werden könne.

Lingen äussert sich am angegebenen Orte folgendermassen: »Es hat also die Bulle m. E. entschieden die Kraft, irritirend auf eine später sich bildende Gewohnheit zu wirken, dass aber, wenigstens auf dem Gebiete des Kirchenrechtes, ein Gesetz eine später entstehende Gewohnheit für ungiltig erklären kann, geben doch ziemlich alle Canonisten zu. So sagt z. B. *Vering*, Lehrbuch des K. R. §. 48, VI. (I. Aufl.): »Die rechtl. Geltung des kirchl. Gewohnheitsrechts beruht auf der Einwilligung und zwar ausdrücklichen Einwilligung der kirchlichen Gesetzgebung, dass sich unter den und den Voraussetzungen kirchliches Gewohnheitsrecht bilden dürfe. Desshalb kann auch bei Erlass eines Gesetzes eine sich gegen dieses Gesetz etwa bildende Gewohnheit im Voraus für ungiltig erklärt werden . . . Auch kann ein blosses Stillschweigen der Kirchengewalt zu einer Uebung nicht immer als Billigung angesehen werden, indem dieses Stillschweigen oft nur aus politischen Gründen, mit Rücksicht auf die bestehenden Zeitverhältnisse beobachtet wird, um nicht durch ein gegenwärtiges Einschreiten etwa mehr zu schaden, als zu nützen.« Alles dies trifft in unserm Falle zu. Ich verweise ferner auf *v. Scherer*, Handbuch des K. R. §. 23, S. 131: »Der Brauch des gläubigen Volkes besitzt demnach als solcher keine Rechtskraft, ihm eignet rechtsschaffende Funktion erst, wenn die zuständige legislative Autorität demselben beistimmt. Dieser Consens kann für den einzelnen Fall ausdrücklich oder stillschweigend erklärt werden, er kann aber auch im vorhinein und allgemein gegeben sein durch die gesetzliche Norm (consensus legalis), dass unter gewissen Voraussetzungen rechtliche Gewohnheiten als Gewohnheitsrecht anzusehen seien . . . . Dieser consensus legalis darf nicht verwechselt werden mit dem consensus praesumptus. Letzterer gründet sich lediglich auf der nach Lage der Dinge aus anderen Gründen leicht zu erklärenden Thatsache des Zurückhaltens der Autorität in ihrer Beurtheilung oder Verurtheilung einer Uebung: conticentia mere oeconomica; multa per patientiam tolerantur: c. 18, i. f. X, 3, 4 (Innocenz III.).« Die-

ser consensus legalis liegt in unserm Falle nicht vor; im Gegentheil ist in der Bulle Gregor's XV., wenn ich mich so ausdrücken darf, ein dissensus legalis der schärfsten Form zum Ausdruck gekommen. Ferner sagt *v. Scherer* §. 23, S. 134: »Das Gesetz kann nicht nur vorhandene Gewohnheiten aufheben, oder als irrationabel erklären, es kann letzteres auch von vorneherein thun und derart der Bildung entgegenstehender Gewohnheiten einen Riegel vorschieben. Dabei muss aber die Möglichkeit, dass trotz dieser vorausgegangenen Leugnung der Legitimität solcher Gewohnheiten gleichwohl einer solchen die gesetzlichen Requisite, besonders Rationabilität eignen können, zugegeben werden.« Mit diesem letzten Satze weiss sich v. Scherer in Widerspruch mit vielen Entscheidungen der römischen Behörden und mit Bouix.«

Gegen diese Ausführungen Lingen's wäre nun vor allem einzuwenden, dass sich seine Ansicht schon aus dem Texte des von ihm selbst bezogenen c. 11, X. I, 4 (de cons.) widerlegen lässt. Wird nämlich als feststehend angenommen, — und es erscheint solches ja auch von keiner Seite bestritten — dass im canonischen Rechtsbuche die Zulässigkeit einer »consuetudo contra legem« unzweideutig declarirt und derselben unter bestimmten Voraussetzungen eine dem Gesetze derogirende Kraft beigelegt ist, dann darf wohl consequenterweise die entsprechend beschaffene »consuetudo contra legem« jene derogatorische Kraft *jedem Gesetze* gegenüber (ausgenommen ist selbstredend das jus divinum) in Anspruch nehmen.

Mag also immerhin der Gesetzgeber eine seinen Vorschriften widersprechende Gewohnheit im Voraus auch noch so nachdrücklich für ungiltig erklären, so kann er hiedurch doch niemals verhindern, *dass diese seine gesetzgeberische Ungiltigkeitserklärung selbst* durch eine mit den erforderlichen Requisiten ausgestattete Gewohnheit später einmal ausser Kraft gesetzt, und hiemit auch der von ihm angestrebte rechtliche Erfolg vereitelt wird.

Dieser nothwendigen Folgerung haben sich auch gerade die von Lingen citirten Autoren keineswegs verschlossen. So erklärt ja eben v. Scherer in der oben angeführten Stelle ausdrücklich: »Dabei muss aber die Möglichkeit, dass trotz dieser vorausgegangenen Läugnung der Legitimität solcher Gewohnheiten gleichwohl einer solchen die gesetzlichen Requisite, besonders Rationabilität eignen können, zugegeben werden.« Und in der correspondirenden Anmerkung fügt er hinzu: »Nicht nur steht der rein formellen Derogation *auch des irritirenden Gesetzes* nichts im Wege, sondern es muss bei der Mannigfaltigkeit der Verhältnisse des Rechtslebens als reine Unmög-

lichkeit erklärt werden, dass der Gesetzgeber dieselben im Bewusstsein habe und sämmtlichen die Rationabilität ausdrücklich aberkenne.«

Aehnlich sagt *Vering* (Lehrb. 3. Aufl. S. 338): »Die Clausel non obstante quacunque consuetudine erklärt übrigens nur dann die gegen das Gesetz sich etwa bildende Gewohnheit voraus als ungiltig, wenn die widerstreitende Gewohnheit vom Gesetzgeber als perniciosa corruptela erklärt worden ist; in allen anderen Fällen hat sie einfach die Kraft eines geschriebenen Gesetzes, *gegen das sich gleichfalls unter den gewöhnlichen Voraussetzungen kirchliches Gewohnheitsrecht bilden darf.*«

Zu allem Ueberflusse aber möge hier auch noch die Meinung zweier anderer, von Lingen nicht bezogener Canonisten Platz finden. Zunächst *Phillips* (K. R. t. III, S. 727): »Die vorhin erwähnte Clausel non obstante quacunque consuetudine bezieht sich aber nur auf die vorhandenen, nicht auch auf zukünftige Gewohnheiten und würde diese an sich nicht ausschliessen.« Ferner *Schulte* (K. R. t. I, S. 244, n. 7): »Wer in c. ult. X. h. t. die Bestimmung über ein dem jus commune derogirendes Gewohnheitsrecht findet, muss hieraus nothwendig die *principiell unbeschränkte* Zulässigkeit der Derogation durch eine mit den nöthigen Erfordernissen versehene Gewohnheit ableiten.«

Man sieht also, die von mir zuvor geäusserte Ansicht ist eine ziemlich verbreitete, und wenn es blos darauf ankommt, dafür Gewährsmänner zu citiren, so findet man deren genug. Doch das allein könnte wohl mit Recht für nicht zureichend angesehen werden, und ich will daher versuchen, obige Ansicht auch noch durch einige selbständigere Erwägungen zu stützen, wobei ich mich freilich von vorneherein auf jenes Maass von Ausführlichkeit beschränken muss, welches der vorliegende Anlass gestattet.

In welcher Weise die canonistische Doctrin die unbedingte Herrschaft des Gesetzgebers über das Gewohnheitsrecht begründet hat, — trotzdem sie letzteres als selbständige Rechtsquelle anerkannte — ist wohl geläufig. Ich greife hier beispielsweise die Worte *Scherer's* heraus, da nun schon einmal gerade dieser Autor früher bezogen wurde. *Scherer*, welcher in dem zu erörternden Punkte auf dem Boden der traditionellen Lehre steht, dieselbe in seiner gewohnten juristisch-präcisen Weise charakterisirt und sehr bezeichnend »eine doctrinelle Consequenz aus der Grundverfassung der Kirche« nennt, äussert sich hierüber (l. c. I. 1. S. 130) wie folgt:

»Dass es in der Kirche factisch wie juristisch »Gewohnheiten« geben könne, wird nicht bestritten. Schwierig ist nur die Theorie

des Gewohnheitsrechtes zu entwickeln, da über den Rechtsgrund desselben eine authentische Erklärung nicht vorliegt. Wird jedoch im Auge behalten, dass Gesotzes- wie Gewohnheitsrecht aus einer Urquelle (§. 4) fliessen, wird damit verbunden, dass Christus die kirchliche Gewalt, also auch die Legislative im weiteren Sinne, nicht den Gläubigen zumal, sondern einer gewissen Classe derselben, der Hierarchie (§. 8), [1]) verliehen hat, so erscheint es auf den ersten Blick als widerspruchsvoll, Personen, welche keine Kirchengewalt haben, als Organe der Rechtsschaffung zu erklären. Etwas anderes ist es, von einer Gewohnheit der berechtigten kirchlichen Autoritäten, der Bischöfe, des Papstes zu reden, etwas anderes ist es selbst anzunehmen, dass in einem seitens des christlichen Volkes geübten Brauche sich entweder das noch unklare Bewusstsein einer von Christus grundgelegten Idee des kirchlichen Gemeinlebens oder das Bedürfniss einer rechtlichen Ordnung, etwa Neuordnung factischer Verhältnisse ausdrücke. In beiderlei Beziehung ist vielfältig altes Herkommen der Vorläufer gesetzlicher Regelung eines Rechtsinstitutes geworden.«

Offenbar kommt nun zum Behufe der Kritik dieser Ausführungen zunächst alles darauf an, wie wir oben die *»Legislative im weiteren Sinne«* zu interpretiren haben. Ist hierunter lediglich die Gesetzgebung, soweit sie eben überhaupt reicht, verstanden, hat also Christus blos die *gesetzgebende* Gewalt jenem besonderen Stande der Gläubigen übertragen, so ist wohl nicht recht einzusehen, warum denn der übrige Theil des gläubigen Volkes deshalb von der *gewohnheitsmässigen* Rechtsbildung ausgeschlossen sein soll [2]). Denn die Kirche hat ja, wie erwähnt, seit jeher Gesetz und Gewohnheit sehr wohl geschieden und auch die letztere als Quelle ihres Rechtes angesehen, wenngleich bekanntlich eine *eigene* Theorie des *kirchlichen* Gewohnheitsrechtes sich kaum construiren lässt. Zum mindesten könnte hiernach der Ausschluss des gläubigen Volkes von der gewohnheitsmässigen Rechtsbildung als eine etwas gewaltsame Auslegung eines Fundamentalsatzes auf Kosten der geschichtlichen Thatsachen betrachtet werden, denn dass im Rechte der katholischen

---

1) An letzterer Stelle (S. 26) sagt *Scherer:* »Diese ursprüngliche Unterscheidung der *Laien* vom *Klerus*, sowie des letzteren Abstufung bildet die Grundlage der Verfassung der Kirche und wurde nachher passend Hierarchie genannt.« Die oben unter Bezug auf §. 4. erwähnte Urquelle ist der göttliche Wille.

2) Vergl. hier zum Beispiel c. 7. D. XI: »In his rebus, de quibus nihil certi statuit divina scriptura, *mos populi Dei* et instituta maiorum pro lege tenenda sunt. Et sicut praevaricatores divinarum legum, ita contemptores ecclesiasticarum consuetudinum coercendi sunt« (B. Augustinus).

Kirche gar zahlreiche Normen nachzuweisen sind, welche nicht im Schoosse der Hierarchie entstanden, braucht doch wohl hier nicht bewiesen zu werden. Aber auch durch die letztliche Zurückführung alles Rechtes auf den Willen Gottes — welche Zurückführung in jeder religiösen Gemeinschaft durchaus einleuchtend und berechtigt erscheint — lässt sich obiges Bedenken schwer beseitigen. Ja es will mich im Gegentheil sogar bedünken, je strenger und förmlicher wir an der Ableitung alles Rechtes aus dem Willen Gottes festhalten, desto weniger sei mit jenem Ausschlusse des Laienelements *von der gewohnheitsmässigen Rechtsbildung* das Auslangen zu finden. Besteht nämlich alles Recht nur, *weil* Gott es will, und nur so, *wie* Gott es will, dann sind wir eben alle, ob Cleriker ob Laien, nur willenlose Werkzeuge in der Hand Gottes, und es ist also ganz gleichgiltig, ob der *allein rechtserzeugende* Wille Gottes nun durch den Cleriker oder durch den Laien zum Ausdruck kommt. Nicht der Wille des Clerikers oder des Laien ist es ja, den wir vernehmen und befolgen, sondern der Wille Gottes. Und wir können sonach die Auswahl des Werkzeuges im einzelnen Falle getrost Gott überlassen.

Noch gar manche andere Erwägungen könnten zu diesem Punkte vorgebracht werden, und man sieht sonach, dass sich über denselben immerhin disputiren liesse. In der That nehmen denn auch viele Canonisten keineswegs einen principiellen Ausschluss des Laienelements von der gewohnheitsmässigen Rechtsbildung an, sondern beschränken bloss dessen Antheilnahme daran mit Rücksicht auf *die Beschaffenheit des Objectes*, dergestalt dass den Laien lediglich jede Einwirkung auf das spirituelle Gebiet entzogen ist [1]).

Ich selbst will Vorstehendes nur ganz nebenher berührt haben, denn es ist für unseren speciellen Fall, in welchem es sich um die Bulle »Aeterni patris filius« und die staatliche Exclusiva handelt, ohne jeden Belang.

Eine gewohnheitsrechtliche Bedeutung der Exclusiva kann vom kirchlichen Standpunkte wohl nur aus einer mit den gehörigen Erfordernissen ausgestatteten *Uebung im Cardinalcollegium* abgeleitet werden, und dass eine solche nicht *als Brauch des gläubigen Volkes* gelten wird, erscheint gewiss von vorneherein ausser Zweifel.

---

1) So *Schulte*, K.-R. I. 221 und *Richter*, Lehrb. d. K.-R. (8. Aufl.), S. 278, n. 4. *Gerlach*, Lehrb. d. K.-R. (2. Aufl.) spricht S. 7 nur ganz allgemein von *verschiedenen Personen*, deren Handlungen in Betracht kommen. Besonders vgl. auch die Ausführungen *Walter's*, Lehrb. d. K.-R. (14. Aufl.), S. 45 ff. und dagegen *E. Meier:* Die Rechtsbildung in Staat und Kirche, S. 186 ff.

Wir wollen somit auf die zweite Möglichkeit der Interpretation von »Legislative im weiteren Sinne« übergehen, nach welcher letzterer Ausdruck überhaupt mit *Rechtsbildung* oder *Rechtsschaffung* gleichbedeutend zu nehmen wäre. In diesem Sinne dürfte wohl auch *Scherer* den genannten Ausdruck aufgefasst haben, und ich schliesse mich solcher Auffassung um so bereitwilliger an, als m. E. gerade aus ihr zur Evidenz hervorgeht, dass es ein Irrthum sei, in der Kirche das Gewohnheitsrecht aus kirchlichen Verfassungsgründen völlig der Willkür des Gesetzgebers zu unterordnen.

Christus hat also *die gesammte Rechtsbildung* in seiner Kirche einem besonderen Stande unter den Gläubigen, nämlich dem Klerus übertragen, und diese Rechtsbildung kann nun wieder, wie bereits erwähnt, anerkanntermassen sowohl im Wege der Gesetzgebung als im Wege der Gewohnheit vor sich gehen.

Zu beiden rechtserzeugenden Functionen ist somit der gesammte Klerus an sich in gleicher Weise *befähigt*. Entspricht nun aber dieser Befähigung auch die positive Competenz? Ein Blick auf die Organisation der Kirche zeigt uns, dass solches *mit Bezug auf die Gesetzgebung* offenbar nicht der Fall ist. Niemandem wird es einfallen, etwa den Subdiacon oder gar den Lector oder Ostiarius einen kirchlichen Gesetzgeber zu nennen. Kirchliche Gesetzgeber sind strenge genommen blos die Bischöfe und der Papst[1]).

Mit Bezug auf die Gesetzgebung ist also, wie man sieht, innerhalb der Hierarchie offenbar zwischen allgemeiner Berufung und positiver Berechtigung zu unterscheiden. Mit anderen Worten, innerhalb des gesammten Klerus, welchem von Christus die »Legislative im weiteren Sinne« übertragen wurde, gibt es wieder einen kleineren Kreis von Personen, welche die *Legislative im engeren Sinne* factisch ausüben. Nur diese letzteren sind eigentliche Gesetzgeber, und wenn also von einem *Stande der Gesetzgeber* in der Kirche die Rede ist, so kann *sensu stricto* nur an diese Personen gedacht werden. Was bleibt somit dem übrigen Klerus, dem grösseren Kreise der Rechtsbildner?

---

1) Hierüber auch ganz zutreffend *Meier*, l. c. S. 190. »Wenn die Laien von aller Kirchengewalt ausgeschlossen sind, so hat nun ferner an der Seite derselben, auf die es hier ankommt, an der jurisdictionellen, regimentlichen nicht einmal der Klerus in seiner Gesammtheit Antheil, sondern nur einzelne hervorragende Glieder innerhalb desselben, die auch demgemäss allein einen Platz haben in der Hierarchie der Jurisdiction; es gehören dahin blos der Papst und die Bischöfe und die wenigen Anderen, die wie Aebte zur Prälatur gehören, indem sie eine kirchliche Regierungsgewalt zu eigenem Recht ausüben« . . .

Man sollte meinen, doch wenigstens die Rechtsbildung im Wege der Gewohnheit, u. z. wohl auch *ganz unabhängig* vom Stande der *eigentlichen Gesetzgeber*, denn nicht letzterer, sondern Christus der Herr hat ja dem Klerus die »Legislative im weiteren Sinne« übertragen, und jene Scheidung des kleineren und des grösseren Kreises ist doch wohl nicht nothwendige Consequenz des Dogmas, sondern einfach das Product positiver Entwicklung.

Wird nun aber auch das bestritten, wird auch hier daran festgehalten, dass zum giltigen Zustandekommen eines Rechtssatzes im Wege der Gewohnheit die Approbation *des Gesetzgebers* erforderlich sei, dann kann zweifellos unter letzterem nur *der Gesetzgeber im engeren Sinne* verstanden sein, denn anzunehmen, dass der zur Rechtsbildung berufene Gesammtklerus (als »Legislator im weiteren Sinne«) bei der Rechtsbildung *sich selbst* zustimmen müsse, dürfte wohl *sinnlos* erscheinen. Was ergibt sich aber hieraus weiter? Wir brauchen lediglich den Ausführungen *Scherer's* bis dorthin zu folgen, wo er von einer Gewohnheit »*der berechtigten kirchlichen Autoritäten der Bischöfe und des Papstes*« spricht und von »altem Herkommen,« welches vielfältig »*der Vorläufer gesetzlicher Regelung* eines Rechtsinstitutes« geworden, um sofort Klarheit zu erlangen. All' das bedeutet nicht anderes, als dass *Recht in der Kirche*, ob nun ausdrücklich oder ob stillschweigend, eben nur durch das Zuthun der *eigentlichen gesetzgebenden* Gewalt geschaffen werden könne, dass *jedem anderen Factor*, ob er nun zur Rechtsbildung an sich befähigt (Klerus) oder nicht befähigt sei (christliches Volk), der *entscheidende Einfluss* auf das Zustandekommen von Recht in der Kirche entzogen ist[1]).

1) Was ist etwa »eine Gewohnheit der berechtigten kirchlichen Autoritäten, der Bischöfe, des Papstes«? Nichts anderes als ein Gesetz, dessen Publication sich der Gesetzgeber vor der Hand noch — sozusagen — in pectore reservirt hat. [Ganz übereinstimmend und folgerichtig seiner Anschauung nennt denn auch beispielsweise *Pachmann*, K.-R. I, §. 15, 17 das Gewohnheitsrecht »*ein stillschweigend gegebenes Gesetz*«].

Der Gesetzgeber — wird damit gesagt — kann einen von ihm gewollten Rechtssatz entweder ausdrücklich in der entsprechenden Weise publiciren, oder dessen Inhalt auch blos thatsächlich befolgen, resp. seine Befolgung von anderen verlangen. In beiden Fällen ist es also doch der Wille des Gesetzgebers, welcher jenem Satze Geltung verschafft.

Und wie können wir ferner das »*unklare* Bewusstsein einer von Christus grundgelegten Idee des kirchlichen Gemeinlebens« oder »*das Bedürfniss* einer rechtlichen Ordnung« verstehen, welches sich »in einem seitens des christlichen Volkes geübten Brauche« ausdrückt? M. E. nicht anders, als dass in der Kirche zwar jedermann das Recht ahnen, empfinden, wünschen etc., aber nur der Gesetzgeber es *schaffen* kann.

Wozu dann aber, wird man vielleicht fragen dürfen, die Berufung auf den Satz, dass Christus die Rechtsbildung in seiner Kirche nicht allen Gläubigen, sondern blos dem Klerus übertragen habe, *zur Stütze der Lehre vom consensus legislatoris*, da doch Schluss und Prämisse so wenig mit einander stimmen?

Allerdings muss ohne Weiteres zugegeben werden, dass jene Lehre mit der strengen und allseitigen Centralisation der katholischen Kirche im völligen Einklange steht; bekennt man sich aber zu derselben, dann wäre es doch wohl ein blosses Erforderniss der Consequenz, auch zu erwägen, dass ein Satz, welcher erst durch die Zustimmung des Gesetzgebers rechtliche Geltung erlangt, nimmer Gewohnheitsrecht sein kann, und sonach *die Geltung von Gewohnheitsrecht in der Kirche einfach zu läugnen.*

Eine derartige Negation lässt sich auch durch eine nicht extensive Auslegung des Dogmas völlig rechtfertigen. Christus hat bekanntlich die Fülle der Gewalt zunächst und unmittelbar nur seinen Aposteln übertragen (Matth. XXVIII. 18—20). Freilich ward letzteren gleichzeitig eine dem Raume und der Zeit nach universelle Aufgabe ertheilt, welche sie bei der beschränkten Lebensdauer des einzelnen Menschen naturgemäss *nicht allein* erfüllen konnten, und es war daher in jener Mission stillschweigend auch die Befugniss enthalten, die überkommenen Vollmachten auf andere, geeignete Personen weiter zu übertragen. Diese Weiterübertragung aber musste selbstverständlich keineswegs an Alle in demselben Ausmasse erfolgen, und wir finden denn auch schon in der ältesten christlichen Zeit bei den von den Aposteln bestellten Functionären verschiedene Abstufungen der Kirchengewalt.

Es erscheint sonach durchaus nicht als unzulässig, anzunehmen, dass eine der allerwichtigsten und für die äussere Entwicklung der Kirche bedeutsamsten unter den verliehenen Vollmachten, nämlich die Gewalt, *Recht in der Kirche zu erzeugen*, bei den eigentlichen Nachfolgern im Apostolate, den Bischöfen [und nur bei ihnen] verblieben sei. Nimmt man jedoch solches an, dann möge man sich auch ohne Zagen zu dem Satze emporschwingen: Es gibt in der katholischen Kirche *kein eigentliches Gewohnheitsrecht.*

Ob man sich hiebei nicht mit einer mehr als tausendjährigen Entwicklung, mit zahlreichen autoritativen Anerkennungen der Gewohnheit als Rechtsquelle, mit dem Corpus juris canonici selbst in Widerspruch setzt, ist eine andere Frage; aber sie braucht ja denjenigen nicht zu kümmern, welcher Bestand oder Nichtbestand eines kirchlichen Gewohnheitsrechtes eben aus dem Dogma ableiten und dabei blos folgerichtig denken will.

Andererseits — hält man daran fest, dass Gesetzgebung und Gewohnheit ihrem juristischen Wesen nach durchaus verschieden sind, und dass die Kirche die Bedeutung der Gewohnheit als einer selbständigen Quelle des Rechtes — neben der Gesetzgebung — niemals bestritten hat, dann erscheint es wohl unabweislich, diese beiden Elemente, wie auf anderem, so auch auf kirchlichem Rechtsgebiete sorgfältig getrennt zu halten und dem Consense des Gesetzgebers, sei er nun ein ausdrücklicher oder stillschweigender, ein allgemeiner oder specieller, ein vorausgehender oder nachfolgender, keinerlei Einfluss auf die Bildung von Gewohnheitsrecht einzuräumen. Und man wird solches m. E. auch ohne jede Besorgniss, mit dem Dogma in Widerspruch zu kommen, thun können; einen Fundamentalsatz, aus welchem die willkürliche Herrschaft der Legislative über die Gewohnheit in obigem Sinne *mit zwingender Nothwendigkeit* abzuleiten wäre, weist die Lehre der katholischen Kirche nicht auf.

Letzterer Erkenntniss dürften sich wohl nur wenige Canonisten verschliessen; eine stattliche Reihe anerkannter Gewährsmänner stimmt hingegen darin überein, dass Entstehung und Geltung des kirchlichen Gewohnheitsrechtes von der Approbation der gesetzgebenden Gewalt gänzlich unabhängig sei [1]). Zur Begründung wird angeführt, dass

1) So erklärt *Phillips*, l. c. III. 739 das »von der Glosse für die canonische Gültigkeit der Gewohnheiten« aufgestellte Erforderniss des consensus legislatoris ausdrücklich für falsch. Moy bemerkt in seinem Aufsatze »Naturrecht und Gewohnheitsrecht als Quellen des Kirchenrechtes,« Arch. für kathol. K.-R. I, 77: »Nichts kann dem inappellablen Urtheile des Papstes in dieser Hinsicht sich entziehen; was aber *an sich* recht und vernünftig ist, das *muss* er anerkennen und gelten lassen, selbst wenn es gegen seine Anordnung geschehen, sobald es *durch seinen Bestand* als den Umständen angemessen und als der Ausdruck eines redlichen, durch das Bewusstsein der Wahrheit und vernünftigen Nothwendigkeit gekräftigten Willens sich bewährt hat.«

Nach *Schulte*, K.-R. I, 251 ist es »lediglich die Identifizirung von Recht und Gesetz,« welche zur Annahme des consensus legislatoris geführt hat. »Unsere Quellen enthalten von diesem Erfordernisse keine Spur.« »Ein solcher consensus ist juristisch keiner. Wohl lässt sich eine positive Billigung des Gewohnheitsrechtes denken, wie eine solche rücksichtlich der Gesetze der Bischöfe durch den Papst praktisch ist, ohne ihren Charakter zu ändern. Ein *Gewohnheitsrecht* aber, das erst *Recht* würde durch den Consens des Gesetzgebers, wäre offenbar ein an innerem Widerspruch leidendes Ding.« *Richter* (Lehrb. d. K.-R. 8. Aufl.), S. 280, n. 12 bekundet seine völlige Uebereinstimmung mit Schulte's Ausführungen. Auf demselben Boden stehen Scheurl's Artikel über kirchliches Gewohnheitsrecht in der Zeitschrift f. K.-R. II. 184 ff., III. 30 ff. und 387 ff. Nicht minder ergibt sich aus *Walters* Lehrb. des K.-R. (14. Aufl.)

die gegentheilige Meinung mit dem Begriffe des Gewohnheitsrechtes collidire, dass die kirchlichen Rechtsquellen jenes Erforderniss (des consensus legislatoris) niemals aufgestellt haben, dass vielmehr im Corpus iuris canonici (c. 1, in VI^to I, 2) ausdrücklich auch Gewohnheiten, von welchen der Gesetzgeber gar keine Kenntniss hatte, als rechtsgiltig anerkannt werden, dass endlich in der Befugniss des Gesetzgebers, eine dem kirchlichen Leben nachtheilige Gewohnheit aufzuheben (c. 1, X. I, 4), ohnehin eine hinlängliche Garantie gegen das Ueberwuchern derartiger Gewohnheiten gelegen sei [1]). Aus der Befugniss des Gesetzgebers, ein schon bestehendes Gewohnheitsrecht unter Umständen zu beseitigen, kann aber selbstredend unmöglich die Nothwendigkeit gesetzgeberischer Mitwirkung zum *Zustandekommen* eines Gewohnheitsrechtes abgeleitet werden [2]).

Man könnte hier vielleicht noch einwenden, dass sich im canonischen Rechte zahlreiche *gesetzliche* Bestimmungen finden, welche Rechtsgewohnheiten betreffen und sich darüber aussprechen, wie, wann, unter welchen Voraussetzungen die letzteren gelten sollen, und dass also hierin eine allgemeine gesetzgeberische Gestattung des Gewohnheitsrechtes zu erblicken sei. Das erstere ist nun allerdings durchaus richtig, wer aber vermag die Behauptung zu entkräften, dass alle jene gesetzlichen Bestimmungen *keine constitutive* Bedeutung besitzen; wer vermag den Nachweis zu führen, dass ohne diese Bestimmungen nicht ganz ebenso Gewohnheitsrecht vorhanden sein und

---

S. 45—46 und S. 150—151 ganz deutlich, dass er das Erforderniss des gesetzgeberischen Consenses nicht anerkennt.

Gerlach (Lehrb. d. K.-R. 2. Aufl.), S. 8 äussert sich: »Der Consens des Gesetzgebers ist für eine consuetudo nicht nothwendig. Ein richtiges Verständniss von der Entstehung der consuetudo verlangt ihn nicht und die Quellen fordern ihn auch nicht.« S. 9, n. 6. »Wenn die Zustimmung des Gesetzgebers für ein Gewohnheitsrecht nothwendig wäre, so würde das Gewohnheitsrecht als eigene Rechtsquelle beseitigt, da dasselbe ja dann erst durch den gesetzgeberischen Consens zu einer Rechtsquelle erhoben würde; die consuetudo würde dann zu einer Unterart der legislatio werden. Auch würde dann eine consuetudo niemals verbindlich sein, welche der Gesetzgeber nicht kennt, während es sich nach dem Decretalenrechte umgekehrt verhält.«

Friedberg, Lehrb. d. K.-R. (3. Aufl.), S. 110 ff.; *Zorn*, Lehrb. d. K.-R., S. 434—435 u. A. übergehen den consensus legislatoris einfach mit Stillschweigen.

1) Auch das oft betonte Moment, dass Gewohnheitsrecht galt, lange bevor ein Gesetzgeber — wenn auch nicht da war, so doch — über dessen Geltung reflectirte, kann ohne weiteres auf das kirchliche Rechtsgebiet angewendet werden.

2) Vgl. hiezu die treffende Aeusserung *Puchta's*, Gewohnh.-R. I. 210.

in der Kirche gelten würde, dass dessen Existenz lediglich von solchen Bestimmungen abhängt?

Was ich mit den bisherigen Erörterungen in Kürze andeuten wollte, ist folgendes. Der Versuch, die Lehre vom consensus legislatoris in ihrem ganzen Zusammenhange dogmatisch zu begründen, erscheint m. E. an sich verfehlt. Die in der kirchlichen Verfassung begründete, ganz verschiedenartige Stellung des Klerus einerseits und des gläubigen Volkes andererseits zu den Kirchengewalten hat mit jener Lehre überhaupt nichts zu schaffen. Das Laienelement ist eben von der Ausübung der Kirchengewalten ausgeschlossen, es kann daher auch *aus sich selbst heraus* weder auf gesetzgeberischem noch gewohnheitsmässigem Wege Recht in der Kirche erzeugen. Um das zu begreifen und die eventuellen Conseqnenzen daraus zu ziehen, bedarf niemand »eines consensus legislatoris.« Was hingegen den Klerus anbelangt, so ist innerhalb desselben wieder die Abgrenzung eines engeren Kreises der eigentlichen Gesetzgeber, und deren (angeblich) dominirender Einfluss auf das giltige Zustandekommen eines kirchlichen Rechtssatzes im Wege der Gewohnheit lediglich und ganz ebenso das Product *positiver Entwicklung*, als überhaupt der Unterschied zwischen gewohnheitsmässiger und gesetzgeberischer Rechtsbildung blos auf letztere zurückführt.

Ist es aber weiters die positive Entwicklung, an die wir uns hier halten können, dann dürften zur richtigen Beurtheilung der vorliegenden Frage etwa noch folgende Erwägungen in Betracht kommen.

Christus hat seiner Kirche bekanntlich kein vollkommen und bis in's Detail ausgebildetes Recht hinterlassen, sondern vielmehr nur eine Summe von Normen, welche die unwandelbare Grundlage der ferneren kirchlichen Rechtsentwicklung und gleichzeitig auch die Grenze repräsentiren, die letztere niemals überschreiten darf. Mit diesen Normen, dem jus divinum der Kirche, kann somit in gleicher Weise weder Gesetz noch Gewohnheit irgendwie in Widerspruch treten; das ergibt sich mit zwingender Nothwendigkeit aus der *letztlienigen* Zurückführung alles kirchlichen Rechtes auf den göttlichen Willen und ist von der Kirche zu oft wiederholten Malen declarirt worden [1]).

Innerhalb der Grenzen des jus divinum aber ist von Gott der Rechtsentwicklung in dieser oder jener Form freier Spielraum gelassen worden, und insoweit sich dieselbe daher in jenen Grenzen

---

1) Ich verweise hier blos, da es sich um geläufige Dinge handelt, ganz allgemein auf Gratian, Dist. I. und ferner Dist. XI, XII, woselbst sich besonders die Aussprüche der Kirchenväter bezogen finden.

hält, kann sie unmöglich gegen den Willen Gottes sein, bewegt sich vielmehr auf dem menschlicher Bethätigung zwanglos zugewiesenem Gebiete. Sind wir also einmal auf diesem Gebiete angelangt, dann erscheint es am besten das göttliche Willensmoment in der Argumentation fernerhin ganz aus dem Spiele zu lassen, ob wir es nun mit der Erörterung kirchlicher oder weltlicher Rechtsinstitute zu thun haben. Es lässt sich allerdings nicht läugnen, dass es sehr bequem fällt, als Grund aller und jeder Erscheinung einfach den Willen Gottes zu bezeichnen, — man erspart sich dadurch zum mindesten die Mühe, nach einer anderen, vielleicht schwierigeren Erklärung zu suchen — aber es ist auch schon oft genug betont worden, dass man damit sofort am Ende jeder wissenschaftlichen Forschung angelangt sei.

Mit einem Worte, die Erkenntniss, dass das Recht überhaupt — oder sagen wir vielleicht lieber, dass die ganze Weltordnung — *in letzter Linie* durch Gottes Willen da sei, bildete seit jeher kein eigentliches Hinderniss, zu untersuchen, ob die Entstehung und alle Einzelheiten des Bestandes von Recht auf Erden nicht auch noch aus anderen, uns näher liegenden Gründen erfasst werden könnten. Im Gegentheil der menschliche Forschergeist hat sich gerade an diesem Problem mit besonderem Eifer versucht, und so sind denn auch über Begriff, Ursprung und Geltung des *Gewohnheitsrechtes* zahlreiche Theorien aufgestellt worden. Diese Theorien hier der Reihe nach vorzuführen und zu kritisiren ist nicht im entferntesten meine jetzige Aufgabe und würde selbstredend über die der vorliegenden kleinen Arbeit gezogenen Schranken hinausgehen [1]. Blos die Betonung einiger fernerer gegen die herkömmliche canonistische Begründung des consensus legislatoris sprechender Momente allgemeinrechtlichen Charakters wird unter Bezugnahme auf jene Theorien an dieser Stelle vielleicht noch als zulässig erachtet werden dürfen.

Es ist eine wiederholt hervorgehobene Thatsache, dass die Behandlung der Lehre von der Geltung des Gewohnheitsrechtes in der canonistischen Doctrin anfänglich im unmittelbaren Anschlusse an

1) Die älteren Ansichten vgl. besonders bei *Puchta:* Das Gewohnheitsrecht, I. S. 56 ff., 123 ff. Gegen dessen Theorie der nationalen Rechtsüberzeugung s. mit Bezug auf das kirchliche Gebiet namentlich *Scheurl:* Kirchliches Gewohnheitsrecht, Zeitschr. f. K.-R. II. S. 184 ff., III. S. 30 ff., 387 ff., woselbst auch auf *Meier:* Rechtsbildung in Staat und Kirche, Bezug genommen wird. Scharfsinnige Erörterung auch der neueren Theorien bei *Zitelmann:* Gewohnheitsrecht und Irrthum, Arch. f. civ. Prax. LXVI. S. 323 ff. Hiezu die rechtsphilosophische Arbeit von *Schuppe:* Das Gewohnheitsrecht.

die Auffassungen des römischen Rechtes, an die Theorie vom »tacitus consensus populi,« »consensus utentium,« von der »tacita civium conventio« etc. erfolgte[1]).

Wir finden letztere Ausdrücke nicht nur bei Gratian, sondern sehen sie auch in der Glosse und älteren Literatur constant wiederkehren. Im directen Zusammenhange hiemit findet sich beiläufig seit Innocenz IV. das Erforderniss des *consensus legislatoris* aufgestellt, und an letzterem Erforderniss wurde in verschiedenen Varianten — »cons. expressus, cons. tacitus, cons. legalis« etc. — bis zu Beginn unseres Jahrhundertes unbedingt festgehalten.

Dass es so kam, erscheint bei näherer Betrachtung nicht nur nicht auffällig, sondern im Gegentheil durchaus selbstverständlich. Eine Anschauung, welche die Existenz von Gewohnheitsrecht auf den Willen, auf die stillschweigende Uebereinkunft des Volkes, dass ein Satz in der That für Recht gelten solle, zurückführte, war in der katholischen Kirche mit jener Scheidung der beiden Stände, mit dem Verfassungsgrundsatze, dass dem gläubigen Volke jegliche Kirchengewalt entzogen sei, schlechterdings unvereinbar. Solches konnte auch einer wenig in das innerste Wesen der Dinge eindringenden Wissenschaft nicht lange verborgen bleiben. Es wäre nun natürlich zur Beseitigung des Widerspruches sehr naheliegend gewesen, obige Volkswillens-Theorie einfach über Bord zu werfen, aber dazu war man wohl wissenschaftlich nicht genug selbständig; und so wurde denn eben schlecht und recht eine Verquickung jener beiden contrastirenden Elemente vorgenommen. Die consuetudo soll also allerdings ein »jus non scriptum, de moribus hominum tractum« oder »diuturnis moribus populi inductum« sein (und auch der »animus se obligandi« wird hierin vorausgesetzt), aber *für Recht* gilt sie eben doch nur in Folge der Zustimmung des Gesetzgebers, nur mit dem consensus legislatoris — neben den sonstigen Erfordernissen — ausgestattet, kann sie den *leges* derogiren[2]).

Spätere Zeiten waren wenig geeignet, daran eine Besserung vorzunehmen; sorgliches Festhalten an dem Ueberkommenen, schablonenmässige Behandlung des Stoffes erscheint vorherrschend; gar viele hatten, wie *Puchta* (l. c. I. 175) hervorhebt, überhaupt keine klare Vorstellung von dem Entstehen des Gewohnheitsrechtes.

Durch die historische Schule erfolgte nun allerdings eine völlige Wiedergeburt der Lehre vom Gewohnheitsrecht, und die gewiss grosse

1) S. hierüber *Puchta*, l. c. I, 83 ff. und II, 172 ff.; *Schulte*, l. c. I, 205 ff.; *Scherer*, l. c. I. 1. S. 131 u. A.

2) *Phillips*, l. c. III. 733 ff.; *Schulte*, l. c. I. 207 ff.

Anerkennung verdienenden Errungenschaften derselben wurden, wie besonders die Darstellungen *Schulte's*, *Scheurl's* u. A. zeigen, auch auf kirchlichem Rechtsgebiete zu verwerthen gesucht. Allein dasjenige, was die Führer der neuen Richtung, *Puchta* und *Savigny* an die Stelle der romanistischen Willenstheorie setzten, war — zum mindesten vom Standpunkte des Formalismus — wenig darnach angethan, die eingewurzelte Befestigung des consensus legislatoris auf kirchlichem Boden zu lockern. Freilich läugneten sie von ihrem Standpunkte aus mit den besten Gründen die rechtliche Existenz obigen Erfordernisses; aber *Puchta* selbst hatte anerkannt, dass seine Theorie *der volksthümlichen Rechtsüberzeugung* sich in's Kirchenrecht nicht übertragen lasse. Und wenngleich *Scheurl* dem entgegen betonte, dass eine gemeinsame Rechtsüberzeugung eines handelnden Personenkreises auch auf anderer als *nationaler* Grundlage denkbar sei, und Andere hinwiederum die Ueberzeugungstheorie an sich weiter modulirten [1]), so liessen es trotz allem manche Canonisten unter Berufung auf die Verfassung der Kirche beim Alten, d. h. beim consensus legislatoris bewenden.

Man wird zugestehen müssen, dass diesen letzteren in gewissem Sinne Consequenz nicht abzusprechen ist. Alle obigen Theorien stimmen nämlich trotz ihrer sonstigen Verschiedenheit darin überein, dass sie als Quelle des Gewohnheitsrechtes *das Moment der Bewusstheit und Absichtlichkeit* erklären, welches nach einer bestimmten Richtung hin das Handeln eines gegebenen Personenkreises in gleicher Weise beeinflusst und leitet. Mit anderen Worten, mag nun der gemeinsame Wille, dass ein *thatsächlich* geübter Satz erst Recht werde, oder aber die gemeinsame Ueberzeugung, dass das Geübte schon Recht sei, oder dass es doch Recht sein *sollte* etc., die Geltung des Gewohnheitsrechtes begründen, auf die eine wie die andere Art liegt bei den Uebenden eigenthätige Selbstbestimmung in der Rechtsproduction, ich darf vielleicht — in Ermanglung eines besseren Ausdruckes — sagen, es liegt *gewillkürte Rechtserzeugung* vor. Geht man nun aber demgegenüber davon aus, dass in einer gewissen rechtsbedürftigen Gemeinschaft *die Willkür* (im weitesten Sinne des Wortes) eines gegebenen kleineren oder grösseren Personenkreises *eben gar keinen Einfluss* auf die Rechtsbildung überhaupt ausüben könne, dann wird natürlich jener Personenkreis von der Rechtsbildung ausgeschlossen bleiben, mag man sich nun zur Willens- oder zur Ueberzeugungstheorie in ihren verschiedenartigsten Nüancen bekennen.

1) S. zur Kritik dieser Theorien bes. *Zitelmann*, l. c. S. 374 ff.; dagegen aber auch *Schuppe*, l. c. S. 17 ff. über Wille und Ueberzeugung.

Anders aber verhielte sich m. E. die Sache, wenn man zur Annahme griffe, dass das Moment der Willkürlichkeit in der gewohnheitsmässigen Rechtsbildung keineswegs die Hauptrolle spiele, dass vielmehr die Rechtsbildung im allgemeinen — wie besonders *Zitelmann* (l. c. S. 455) solches scharfsinnig ausgeführt — nach gewissen in der menschlichen Natur tiefbegründeten Denkgesetzen vor sich gehe, welche die Menschen nicht als Product ihrer Willkür im einzelnen Falle erzeugen oder nach freiem Belieben annehmen, sondern denen sie sich, wenn auch widerwillig, beugen. Wenn die Menschen — meint *Zitelmann* (S. 465) — einen Satz im Rechtsleben in *thatsächlicher* Anwendung sehen, und wenn sich diese Beobachtung längere Zeit hindurch öfter wiederholt, und wenn endlich auch — was besonders wichtig erscheint — genügender Anlass zur Annahme vorhanden ist, dass jenes *thatsächliche* Herrschen andauern werde, so erzeugt sich allmälig in dem »korrekt denkenden Beobachter« *von selbst* die eigenthümliche Vorstellung, dass diese *thatsächliche* Rechtsordnung eine *rechtlich geltende* Ordnung sei [1]).

Dagegen wurde nun allerdings von *Schuppe* (l. c. S. 164) eingewendet, es liege nicht recht klar, »wie sich das rechtliche Gelten von dem thatsächlichen unterscheide«; nach seiner Ansicht sei vielmehr die »rechtlich geltende« Ordnung absolut gleichbedeutend mit dem »durch vorhandene Ursachen auf längere Zeit verbürgten thatsächlichen Herrschen«; und es mag vielleicht auch sein, dass *Zitelmann's* Theorie — was für uns hier gar nicht in Betracht kommt — nach der einen oder anderen Seite noch einer Vervollkommnung fähig ist [2]); ein grosses Verdienst aber scheint mir dieselbe unter allen Umständen zu besitzen, nämlich jenes, das Moment der *Nichtwillkürlichkeit* in der gewohnheitsmässigen Rechtsbildung besonders klar hervorgehoben zu haben.

Hält man an Obigem fest, so kommt man nothwendigerweise auch zur Anschauung, dass es von ganz untergeordneter Wichtigkeit

---

1) Vergl. hiezu die Ansicht von *Windscheid* (Pandekten, §. 15, n. 2): »Der Macht der Thatsache, welche sich eine längere Zeit hindurch zu behaupten im Stande gewesen ist, vermag sich kein menschliches Gemüth zu entziehen; was lange Zeit gewesen ist, erscheint uns blos desswegen, weil es gewesen ist, als Recht.« S. auch bei *Bluhme*, Encyclopädie I. S. 31 ff. die Anschauung, dass die Entstehung des Gewohnheitsrechtes häufig durch die Autorität und Macht des Beispiels vermittelt werde.

2) »Eine Theorie von so einleuchtender Gewissheit, dass sie überall gleichmässig als richtig anerkannt werden würde,« wird — wie Z. (S. 452) sehr zutreffend bemerkt — überhaupt niemals aufgestellt werden können.

ist, welche äusseren Ursachen *im einzelnen Falle* eine Uebung veranlasst haben. Für unsere specielle Frage aber würde sich aus jener Construction vor allem ergeben, dass in einer gegebenen rechtsbedürftigen Gemeinschaft ein *aus den zuvor genannten Gesichtspunkten heraus* decretirter Ausschluss bestimmter Personenkreise von der gewohnheitsmässigen Rechtsbildung ganz unmöglich und — wenn formell aufgestellt — thatsächlich wirkungslos sei. Denn besteht eben nur die Intention, — und hier beziehe ich mich besonders auf das kirchliche Rechtsgebiet — *der Willkür* gewisser Elemente der Gemeinschaft keinen Einfluss auf die Rechtsbildung zu gestatten, und ist andererseits die gewohnheitsmässige Rechtsbildung eine von der Willkür der Uebenden gar nicht abhängige, eine mit Nothwendigkeit nach gewissen unabänderlichen Regeln vor sich gehende, dann zerfällt eine äussere Formulirung jener Intention in nichts, sie ist gegen das Wesen der Sache, welche sie selbst betrifft. Des Weiteren aber folgt aus unserer Annahme, die ja *ursprüngliche Einheitlichkeit* aller Rechtsentstehung in sich schliesst, auch noch, dass der Bildungsprocess von Gewohnheitsrecht dem Bereiche gesetzgeberischer Willkür *überhaupt entzogen ist*.

Bei der Production des sogenannten Gewohnheitsrechtes liegt eben nichts anderes vor, »als bei der Production jenes allgemeinsten das Gesetzesrecht erst ermöglichenden Rechtssatzes [1]),« wesshalb denn auch nicht das Gewohnheitsrecht auf das Gesetz, sondern umgekehrt das Gesetz auf ein Gewohnheitsrecht im weiteren Sinne zurückzuführen ist [2]).

Es erscheint sehr beachtenswerth und möge hier nicht unerwähnt bleiben, dass *Schuppe*, dessen rechtsphilosophische Erörterungen, wie schon angedeutet, *Zitelmann's* Ansicht in einigen Punkten bekämpfen, doch in der hier verhandelten Frage (S. 165) ganz zu demselben Resultate gelangt. Nach *Schuppe*, welcher das Gewohnheitsrecht auf eine aus dem Begriffe des Rechts hervorgehende, in ihm begründete Verschiedenheit der Rechte zurückführt, hat dasselbe »die Geltung des Rechtes überhaupt« (S. 148).

Das Recht aber »hat seine Existenz und seine Geltung nicht durch das Gesetz, sondern umgekehrt Gesetze gibt es erst als eine Bethätigung des Rechtswillens, welcher als eine eigenartige selbst-

---

1) *Zitelmann*, l. c. S. 459.

2) *Scheurl*, l. c. II. 195. »In der Kirche, wie in der Volksgemeinschaft ist stets das ursprüngliche Recht Gewohnheitsrecht, d. h. unmittelbar, ohne gesetzgeberische Thätigkeit entstehendes Recht; darnach erst erfolgt Rechtssatzung durch Gesetzgebung« etc.

ständige Macht in den Menschen lebt, sich zwar je nach den oft genannten verschiedenen Bedingungen verschieden gestalten muss, aber aus Beweggründen quillt, welche zum Wesen des Menschen gehören.« (S. 150).

Hievon ausgehend formulirt *Schuppe* seine Ansicht über die Unmöglichkeit eines gesetzlichen Verbotes zukünftiger Rechtsgewohnheiten in folgender Weise: »Jedes Gesetz schliesst durch sich Zuwiderhandlungen aus; der ausdrückliche Zusatz, dass künftige Zuwiderhandlungen, auf welchen doch die Gewohnheit beruhen muss, nicht erlaubt seien, also auch keine rechtschaffende Kraft haben, sagt nicht mehr und ist nicht wirksamer als das Gesetz ohne solchen Zusatz [1]).«

Kehren wir nunmehr wieder auf das kirchliche Rechtsgebiet zurück, so ist schlechterdings kein Grund erfindlich, wesshalb hier — zumal, wie gesagt, dogmatische Schwierigkeiten absolut nicht bestehen — nicht dieselben Principien zur Anwendung kommen sollten, wie auf irgend einem anderen Rechtsgebiete. Gleichwie das canonische Recht sich all' die Jahrhunderte hindurch in beständiger Wechselbeziehung mit anderen Rechten entwickelt und dabei doch seine Eigenart behalten hat, so wird es auch in Zukunft, ohne deshalb jene Eigenart preisgeben zu müssen, nur durch rege Betheiligung an den allgemeinen Fortschritten der Rechtswissenschaft, durch stete Rücksichtnahme auf neue Resultate in anderen Wissenszweigen vor der Veralterung bewahrt bleiben.

Das sog. Gewohnheitsrecht *als solches* ist seinem Wesen nach etwas unveränderliches. Es gibt der Wesenheit nach nicht etwa drei, vier, sondern nur *ein* Gewohnheitsrecht. Wohl kann auf verschiedenen Rechtsgebieten mit Bezug auf Aeusserlichkeiten, praktische Anwendung, Erkenntnissmittel u. dgl. verschiedenes beobachtet werden; aber was immer mit dem Wesen des Gewohnheitsrechtes in unmittelbarem Zusammenhange steht, das muss auf allen Rechtsgebieten ein und dasselbe sein, wenngleich natürlich die Gelehrten in letzterer Hinsicht immerhin divergirende Ansichten aufstellen können. Ist also das zuvor Behauptete *an sich* richtig, so muss es mit Naturnothwendigkeit überall richtig sein.

---

1) »Wenn es überhaupt vor der Theorie einen Fall gibt, in welchem Gewohnheit contra legem Rechtskraft hat, so ist in diesem Falle aus demselben Grunde, welcher ihr überhaupt Rechtskraft zu geben vermag, nicht nur das früher Anderes vorschreibende Gesetz, sondern mit einem Schlage zugleich die die künftige Gewohnheitsrechtsbildung verbietende gesetzliche Bestimmung aufgehoben.« (l. c. S. 142).

Für unsere specielle Frage, ob auf dem Gebiete des Kirchenrechtes ein Gesetz eine später entstehende Gewohnheit für ungiltig erklären könne, ergibt sich somit als Resultat:

Formell kann der kirchliche Gesetzgeber eine derartige Norm allerdings jederzeit aufstellen, und es ist auch klar, dass, so lange sich diese Norm wirklich *in Kraft und Geltung zu behaupten weiss*, die Geltung eines entgegenstehenden Gewohnheitsrechtes ausgeschlossen erscheint. Aber seinem Gesetze auch dauernden Bestand zu sichern, durch dasselbe in der That für alle Zeiten die Bildung von Rechtsgewohnheiten dieses oder jenes Inhaltes unmöglich zu machen, das vermag kein Gesetzgeber der Erde. Die Ursache hievon liegt einfach darin, dass die Rechtsbildung im Grossen und Ganzen von dem Willen eines Gesetzgebers völlig unabhängig ist. Wie immer auch die Gelehrten den ideellen Entstehungsprocess des Rechtes in seinen Einzelheiten erklären mögen, darüber sind wohl alle einig, dass die irdische Rechtsordnung überhaupt in ihrem letzten Ende aus der menschlichen Gemeinschaft, aus dem untilgbaren *Rechtsbedürfnisse* derselben hervorquillt. Denn auch wer den Bestand des Rechtes auf den Willen Gottes zurückführt, wird nicht läugnen können, dass Gott es um der Menschen willen geschaffen hat. Ist aber Recht da, weil Menschen da sind, ist es in seiner äusseren Gestaltung ein Product des Lebens, dann wird es auch mit dem raschen Fortfluthen, mit den tausend Wechselfällen desselben in nahem Zusammenhange stehen müssen.

Aufgabe des einzelnen Gesetzgebers ist es lediglich, zu seiner Zeit das Leben sorgfältig zu beobachten und dessen Bedürfnissen nach bestem Wissen und Können Rechnung zu tragen; nicht aber dem Leben zu gebieten, es gewaltsam einzudämmen, in künstliche Bahnen hineinzuzwängen. Solches wäre Widersinn und *auf die Dauer wenigstens* undurchführbar; was weiss der Gesetzgeber von heute, welches Rechtsbedürfniss in hundert Jahren vorliegen wird.

Wohl ist es oftmals vorgekommen, dass Gesetzgeber ihre Aufgabe missverstanden oder die Anforderungen ihrer Zeit — bei dem besten Willen vielleicht — nicht völlig begriffen; aber die Geschichte lehrt, welches Schicksal den Producten solcher gesetzgeberischer Thätigkeit in der Regel beschieden war; eine Spanne lang mit Mühe behauptet, haben die Jahrhunderte sie spurlos hinweggefegt.

So wenig also der einzelne Gesetzgeber die gesetzgeberische Thätigkeit seines Amtsnachfolgers bevormunden, so wenig er den Satz umstossen kann »lex posterior derogat priori,« ebensowenig ist er auch im Stande zu verhindern, dass sein eigenes Gesetz durch eine

spätere entgegenstehende Rechtsgewohnheit ausser Geltung gesetzt und damit auch dessen Vorschrift, welche gegentheilige Gewohnheiten verbietet, zu Nichte gemacht wird. Es ist ein Glück für die Menschheit, dass es sich so verhält, denn nur auf diese Weise vermag das Recht sich in frischer, lebendiger Fortbildung zu erhalten; es wäre aber auch wider jede Logik, das Gegentheil anzunehmen, denn liesse sich die Rechtsbildung durch den Buchstaben des Gesetzes — welches doch offenkundig nur existirt, weil es vorerst Recht gibt — beherrschen, dann müsste ja auch consequenterweise durch den Willen eines Gesetzgebers das Recht überhaupt aus der Welt geschafft werden können.

Am Ende angelangt gebe ich gerne zu, dass meine vorstehenden Ausführungen keineswegs erschöpfend sind, doch glaube ich diesbezüglich auf die Nachsicht des geneigten Lesers insoferne rechnen zu dürfen, als die vollständige Entwicklung einer Theorie des kirchlichen Gewohnheitsrechtes den engen Rahmen dieser Abhandlung zweifellos weit überschritte. Ich wollte letztere blos mit einigem Anspruch auf Glaubwürdigkeit mit der Behauptung abschliessen, dass in unserem speciellen Falle die gewohnheitsrechtliche Bedeutung des staatlichen »jus exclusivae« möglicherweise aus anderen Gründen, niemals aber aus der angeblich irritirenden Kraft der Bulle »Aeterni patris filius« bekämpft werden könne.

XXIII.

Die Rechtsverhältnisse der Oratorien.

Von *Augustin Arndt* S. J., Prof. des canon. Rechtes in Krakau.

(Fortsetzung s. *Archiv* LXXII. S. 63 ff.).

Die Privat-Oratorien.

Wenngleich in dem Zeitalter der Verfolgungen auch die Häuser der Gläubigen oft den kirchlichen Verrichtungen eine Stätte boten, so waren doch diese Räume nicht einzig dem Gebrauche weniger Personen oder Familien vorbehalten, sondern dienten der ganzen christlichen Gemeinde als Versammlungsort, so dass wir sie nach heutigem Sprachgebrauch als öffentliche Oratorien bezeichnen können. Indess gab es auch, wenigstens von der constantinischen Zeit an, wirkliche Privatcapellen, in denen die heiligen Geheimnisse gefeiert wurden. Freilich erliess das Concil von Laodicaea die Bestimmung, »dass in den Häusern das heilige Opfer von Bischöfen und Priestern nicht dargebracht werden solle«. (C. 58.). Wie es scheint, sagt Kirsch, ward dies Verbot dadurch veranlasst, dass nach dem Bau neuer und grösserer Kirchen in der constantinischen Zeit einzelne Bischöfe und Priester dennoch häufig in Privathäusern die Eucharistie feierten, zum Nachtheil der ganzen Gemeinde [1]). In der That haben spätere Synoden keine ebenso umfassenden Bestimmungen in gleichem Sinne erlassen, wie es auch keinem Zweifel unterliegt, dass auch später noch in den Häusern der Gläubigen die heilige Messe dargebracht ward. Im Gegentheile erkennen die Concilien bisweilen den Gebrauch an und suchen einzig die Missbräuche zu verhüten oder abzustellen. Als die Secte der Eustathianer im Anfange des vierten Jahrhunderts die öffentliche, mit äusserem Glanze umgebene Feier des Gottesdienstes verwarf und nur in einfachen Räumen von Privathäusern ihre Versammlung hielt, belegte die Synode von Gangra (328) alle Diejenigen mit dem Anathem, welche das Haus Gottes und die darin abgehaltenen Versammlungen verachteten, sowie alle, welche eine eigene Kirche neben der Kirche haben und darin kirchliche Handlungen vornehmen wollten, wenn nicht ein Priester mit

1) Dr. *J. P. Kirsch*, Die christlichen Cultusgebäude im Alterthum (Görres-Gesellsch. 1893) S. 76.

Zustimmung des Bischofs zugegen war. (Can. 5. 6.). Aehnliche Bestimmungen erliess das Concil von Antiochien (341) und das zweite Concil von Carthago. »Diese Quellen«, sagt Kirsch, »sprechen nur von der Darbringung des h. Opfers in Wohnhäusern, ohne zu erwähnen, ob dazu stets derselbe Raum, also Privatcapellen, benutzt wurden. Durch andere Zeugnisse erfahren wir, dass die Christen bisweilen in ihren Häusern ein besonderes Zimmer als Oratorium eingerichtet hatten, in welchem sie ihre Privat-Andachten verrichteten.« War es also in Ausnahmefällen und mit der Erlaubniss des Bischofes gestattet, in den Wohnungen der Gläubigen das heilige Messopfer darzubringen, so benutzte man dazu ohne Zweifel diese Privat-Oratorien. Ausdrücklich spricht die Trullaner Synode davon in ihrem 31. Canon: »Die Kleriker, welche in den Oratorien, die innerhalb der Häuser liegen, die heilige Messe feiern oder taufen, sollen dies, so bestimmen wir, einzig mit Zustimmung des Ortsbischofes thun. Wenn ein Kleriker dies nicht beobachtet, soll er abgesetzt werden.« Deshalb wird die 58. Novelle Justinians, welche einzig das Gebet, nicht aber das hl. Opfer in den Häusern darzubringen gestattet, nur von einer regelmässigen Feier, nicht von einzelnen Fällen sprechen. In Gallien erwähnt Avitus im fünften Jahrhunderte ausdrücklich Privat-Oratorien in einem Briefe, in welchem er die Frage erörtert, ob die öffentlichen Kirchen und die Oratorien (basiliculae privatae) der Arianer dem katholischen Cultus übergeben werden sollen. Mehrere abendländische Concilien enthalten nicht allein Bestimmungen über die Gebete in Oratorien, sondern auch über die Feier der hl. Messe in solchen. Wir erwähnen hier einzig die für die Folgezeit massgebliche Bestimmung des Concils von Agde (Agathense) aus dem Jahre 506: »Wenn Jemand ausserhalb der Parochien, in welchen ein regelrechter und gewöhnlicher Versammlungsort ist, ein Oratorium auf dem Lande haben will, um dort die h. Messe wegen der Ermüdung der Gutsbewohner feiern zu lassen, so gestatten wir dies durch billige Bestimmung. Jedoch zu Ostern, Weihnachten, Epiphanie, Christi Himmelfahrt, Pfingsten, dem Feste der Geburt des hl. Johannes des Täufers, oder wenn andere sehr hohe Festtage gefeiert werden, sollen sie die h. Messe in den Städten oder in den Parochien besuchen. Kleriker jedoch, welche an den angegebenen Festtagen ausser auf Befehl oder mit Erlaubniss des Bischofes die h. Messe feiern, sollen excommunicirt werden.« Aehnliche Bestimmungen erliessen für die drei Hauptfeste Weihnachten, Ostern und Pfingsten die Synode von Clermont (511) und für Ostern die Synode von Orleans (541).

Da bei den Orientalen nach strengem Gesetze auf jedem Altare

täglich nur eine Messe zu feiern war, entstand bei ihnen die Gewohnheit, die von der Trullaner Synode geforderte Erlaubniss des Bischofes als gegeben anzusehen, wenn sie nur auf einem von demselben geweihten Antiminsion das heilige Opfer darbrachten.

»Wenn nicht von dem Bischofe ausdrücklich untersagt ist, in einem Oratorium das heilige Opfer darzubringen oder zu taufen,« sagt *Balsamon* zum 31. Canon der Trullanischen Synode, »thut man dies aus stillschweigender Erlaubniss des Bischofes. Aus diesem Grunde sind ja die Antimensia erfunden.«

Im Abendlande kam die Einrichtung von Privat-Oratorien im 9. und besonders im 10. Jahrhunderte mehr und mehr ausser Gewohnheit, zumal in die gleiche Zeit die Einrichtung von tragbaren Altären fällt[1]). Da zudem die öffentlichen Kirchen und Oratorien sich mehrten, trat für die kleineren Kirchen die Benediction an die Stelle der Consecration, und so war die Errichtung öffentlicher Oratorien erleichtert. Immerhin gehörte es zu den Befugnissen des Bischofes Haus-Oratorien zu gestatten, wie *Gattico* ausführlich nachweist. Wir begnügen uns damit, die Resultate seiner Darlegungen wiederzugeben: 1. Stets war es der Wunsch der Kirche, dass das heilige Opfer vorzugsweise in öffentlichen, consecrirten Kirchen dargebracht wurde, in denen das Volk demselben beiwohnte. 2. Stets war es auch einigen Personen gestattet, Privat-Oratorien, sei es in Häusern, sei es auf Landgütern, zu haben, nicht allein zum Beten, sondern auch um in denselben die h. Messe feiern zu lassen. 3. Indess ward die Erlaubniss, solche Privat-Oratorien zu haben, nicht allen Gläubigen gegeben, sondern einzig Vornehmen und Mächtigen ertheilte der Bischof dieselbe. Jene allein fanden sich ja bisweilen verhindert, die öffentliche Kirche zu besuchen und in ihren Oratorien war weniger eine Verletzung der Ehrfurcht zu befürchten, als wenn die Kirche auch den Armen gestattet hätte, Privat-Oratorien zu haben. 4. Niemand durfte in einem Haus-Oratorium ohne die besondere oder allgemeine Erlaubniss des Bischofes das heilige Opfer darbringen, wenn er sich nicht anders den schwersten Strafen aussetzen wollte. Das Recht, Oratorien zu gestatten, war mit der Erhebung zur Bischofswürde gegeben[2]). Honorius III. kannte die kirchliche Uebung in dieser Beziehung genau, dennoch beschränkte er das Recht des Bischofes nicht. Cap. *In his* de privileg. erklärt er, in welchem Umfange den Predigermönchen und den Minoren das Recht eines

---

1) *Gattico*, De orat. domest. cap. XI. n. 14 sequ. cap. XII. n. 5. De usu altar. port. c. I. n. 14. et II. n. 8.

2) *Gattico*, De orat. dom. cap. 11. n. 35.

altare viaticum zustehe, nämlich nur mit Vorwissen des Bischofes, während sonst »eis nihil conferret memorata indulgentia, sine qua id praelatis annuentibus liceret eisdem.«

Im Laufe der Zeit kam es indess dahin, dass die Absicht der Kirche bei der Gestattung von Privat-Oratorien mehr und mehr ausser Acht gelassen wurde. Die Bischöfe ertheilten allzu leicht die Genehmigung, so dass die Zahl der Privat-Oratorien in's Uebermass anwuchs. Ein jeder reiche oder mächtige Laie sah es als äusseres Zeichen seiner gesellschaftlichen Stellung an eine Privatkapelle zu haben, die es ihm gestatte, selbst beim Gottesdienste von den gewöhnlichen Sterblichen fern zu bleiben. »Quidam laici,« klagt bereits im 9. Jahrhundert die Synode von Ticin, »et maxime potentes ac nobiles, quos studiosius ad praedicationem venire oportebat, iuxtas domos suas basilicas habent, in quibus divinum audientes officium ad maiores ecclesias rarius convenire consueverunt.« Aber auch dem geistlichen Stande ward eine harte Wunde geschlagen, da viele Priester als Hauskapläne der Grossen gänzlich von deren Willkür abhingen, derart, dass sie, wie der hl. Agobard bezeugt, oft zu dem Range von Dienern herabstiegen. Auch die Regularen behielten die Absicht der Kirche, die ihnen das Vorrecht eingeräumt, in den Haus-Oratorien der Laien das h. Opfer darzubringen, nicht im Auge und feierten, ohne nach einer rechtmässigen Ursache zu fragen, die heiligen Geheimnisse in denselben.

Eine Neuordnung war nothwendig geworden, das Concil von Trident stellte, wie für alle die Kirche berührenden Dinge so auch für die Haus-Oratorien, eine neue Richtschnur auf, die wir in dem Decret De observandis et evitandis in celebratione missarum der XXII. Sitzung finden: »Neve patiantur [Ordinarii] privatis in domibus atque omnino extra ecclesiam et ad divinum tantum cultum dedicata oratoria ab eisdem Ordinariis designanda et visitanda sanctum hoc sacrificium a saecularibus aut regularibus quibuscunque peragi.« Der allgemeine Schluss aller im gedachten Decret gegebenen Vorschriften bezieht sich im Besonderen auch auf die Privat-Oratorien: »Haec igitur omnia quae summatim enumerata sunt, omnibus locorum Ordinariis ita proponuntur, ut non solum ea ipsa, sed quaecunque alia huc pertinere visa fuerint, ipsi pro data sibi a Sacrosancta Synodo potestate, ac etiam ut delegati Sedis Apostolicae, prohibeant, mandent, corrigant, statuant; atque ad ea inviolate servanda censuris ecclesiasticis aliisque poenis, quae illorum arbitrio constituentur, fidelem populum compellant; non obstantibus privilegiis, exemptionibus, appellationibus ac consuetudinibus quibuscunque.«

Das vorstehend angeführte Decret enthält drei Einzelbestimmungen:

1. Das Recht Laien Haus-Oratorien zu gestatten, in denen die heiligen Geheimnisse gefeiert werden, ist den Bischöfen genommen und wird dem h. Stuhle vorbehalten. Als Privathäuser gelten hier nicht allein die Wohnungen einfacher Bürger, sondern selbst Königs- und Fürsten-Paläste, Rathhäuser u. s. f., wie Ferraris und Gattico sagen, denen spätere Autoren zustimmen. Hingegen sind der Palast des Bischofes, die Seminarien, Klöster und alle loca religiosa oder pia keine Privathäuser im Sinne des Decretes.
2. Den Religiosen werden nur noch solche Oratorien gestattet, welche einzig dem Gottesdienste gewidmet sind und die von den Ordinarien zu bezeichnen und zu visitiren sind.
3. Da ausserhalb der Kirchen und der gedachten Oratorien die heiligen Geheimnisse nicht gefeiert werden dürfen, sind die Privilegien auf tragbaren oder Reisealtären zu celebriren, die Ordens- oder weltliche Personen zuvor besassen, aufgehoben. Immerhin aber bleibt für die Bischöfe das Privileg des altare portatile unberührt.

Artikel I. Die Haus-Oratorien der Laien.

§. 1. Das Recht, die Feier der h. Messe in Haus-Oratorien zu gestatten.

1. In der Erklärung des citirten Tridentiner Decretes gingen die Ansichten der Autoren nach verschiedenen Richtungen auseinander, wie auch die Beobachtung desselben je nach der Verschiedenheit der Länder eine verschiedene war. Ehe wir indess zur Darlegung dieser Ansichten übergehen, ist es nothwendig, zuvor die weiteren Bestimmungen des h. Stuhles und der Concils-Congregation anzuführen, welche eine Erneuerung und Einschärfung des Tridentiner Decretes enthalten. Bereits am 9. März 1577 antwortete die h. Congregation auf die Frage: Kann der Bischof nach dem Decrete des Tridentiner Concils aus gewissen Ursachen die Erlaubniss ertheilen, in Privat-Oratorien die h. Messe zu lesen? »Nein, sondern eine solche Erlaubniss ist von dem h. Stuhle zu erbitten, zumal nach der allgemeinen Beobachtung des Tridentiner Concils.« Eine ähnliche Antwort erhielt bald darauf der Bischof von Perugia: »Es ist bereits sonst als Ansicht der h. Congregation ausgesprochen worden, dass der Bischof die Genehmigung in Privathäusern zu celebriren nicht geben kann, sondern, wie dies auch bisher beobachtet worden ist,

der h. Stuhl um die Erlaubniss angegangen werden muss.« Auch die h. Congregation der Bischöfe und Regularen schritt energisch gegen Licenzen ein, welche Bischöfe aus eigener Machtvollkommenheit gegeben[1]). Paul V. befahl einer besonderen Congregation von acht Cardinälen die Frage zu prüfen, ob ein Bischof berechtigt sei, Privat-Oratorien zu gestatten. In zwei Sitzungen, am 20. December 1614 und am 10. Januar 1615 erklärten die Cardinäle einmüthig, eine jede derartige Erlaubniss auch ausserhalb Italiens für einen Missbrauch und richteten an die Nuntien ein Rundschreiben, welches vom Papste bestätigt ward. Das Schreiben sollte von jedem einzelnen Bischofe, so befahl Paul V. weiter, den öffentlichen Akten eingereiht werden, damit die Kenntniss desselben allen Nachfolgern vermittelt würde. »Tametsi S. Congregatio Cardinalium Conc. Trid. Interpretum optimis innixa rationibus saepissime responderit licentias in privatis oratoriis non nisi a Sede Apostolica esse concedendas, compertum est tamen per plures Antistites eiusdem Concilii verba in alium sensum detorquentes passim illas ac nullo prope delectu impertiri . . . Quod sane teterrimum exemplum ut de christiana republica evellant Patres, Amplitudini Tuae ceterisque Nuntiis Apostolicis, Archiepiscopis et Episcopis universis, Sanctissimi Domini iussu significandum duxerunt, facultatem huiusmodi licentias dandi ipsius Concilii decreto unicuique ademptam esse, solique Beatissimo Romano Pontifici esse reservatam, proindeque Amplitudini Tuae abstinendum esse ab illis atcunque tribuendis, ac si quas hactenus . . . alias quoquo modo quam a praedicta Sede concessas reperit, nullas atque irritas esse quamprimum decernat[2]).« Da Paul V. einzig den Sinn des Tridentiner Decretes erklärt und seine Beobachtung urgirt, so sind alle späteren Entscheidungen des h. Stuhles, welche sich auf das Rundschreiben Pauls V. berufen, nur eine Neueinschärfung der Bestimmungen des Concils, auch wenn dessen Name nicht genannt wird.

---

1) Siehe *Gattico,* l. c. Cap. XIV. n. 9.

2) Siehe *Gattico* cap. XIV. n. 11. 12. *Bened. XIV.*, De Sacrif. missae lib. III. c. 6. Const. *Magno* §. 11. Fagnanus, der damals Secretär der h. Congregation war, bezeugt ausdrücklich, dass dieser Brief an alle Bischöfe wirklich gesandt wurde. Noch am 23. Jan. 1847 sandte die h. Congregation das Schreiben dem Bischof von Münster zu. Freilich gab Paul V. einzelnen Bischöfen, die darum nachsuchten, die Erlaubniss als Delegaten des h. Stuhles Haus-Oratorien errichten zu lassen, indess dauerte eine solche Bevollmächtigung nicht über die Regierungszeit Urbans VIII. hinaus. Nicht einmal die Nuntien, mit Ausnahme des portugiesischen und polnischen, für die besondere Umstände in Betracht kamen, erhielten eine derartige Vollmacht. Siehe *Gattico* a. a. O. n. 19. 20.

Leider schlichen sich an vielen Orten, besonders in Neapel, Uebelstände ein, welche ein erneutes energisches Einschreiten des h. Stuhles nothwendig machten. Einige Bischöfe missbrauchten das ihnen aus Cap. *Quoniam* de privileg. in 6. zustehende Vorrecht des Reisealtares und feierten die heiligen Geheimnisse ohne jede drängende Ursache in den Häusern von Laien, einzig, wie *Benedict XIV.* sagt (Const. *Magno* §. 6), um mit ihrem Vorrechte zu prangen und ihnen von Laien ausgesprochene Wünschen zu entsprechen. Am 15. December 1703 erliess deshalb *Clemens XI.* nach dem einstimmigen Vorschlage der Cardinäle, welche zur Congreg. Interpret. S. Conc. gehörten, das Decret *Quoniam sancta:* »Es ist den Bischöfen weder auf Grund eines im Corpus juris enthaltenen, noch auf einen anderen Titel begründeten Rechtes gestattet ausserhalb ihrer eigenen Wohnung in Häusern von Laien innerhalb ihrer eigenen Diöcese, noch viel weniger aber ausserhalb derselben (selbst wenn der Diöcesanbischof zustimmte) einen Altar zu errichten und auf demselben das heilige Opfer darzubringen oder die h. Messe feiern zu lassen.« Den Regularen wird eingeschärft, die Grenzen der für Hauskapellen vom h. Stuhle gewährten Erlaubnisse genau innezuhalten, sei es was die Tage der Feier, sei es was die Zahl der h. Messen angeht, ohne dass irgend ein Orden ein Privileg dagegen geltend zu machen vermöge. Die Erlaubniss, einen tragbaren Altar zu haben und auf demselben ohne die Erlaubniss des Bischofes zu celebriren, ist durch das Tridentiner Concil gänzlich aufgehoben.

2. Auf beide Bestimmungen kommen wir weiter unten noch zurück. Hier sei einzig bemerkt, dass das Decret *Clemens XI.* alle Länder gleichmässig verpflichtete, da es ja nur eine Erklärung des Tridentiner Concils enthielt [1]), und dass alle entgegenstehenden Gewohnheiten ihrer Kraft beraubt wurden. *Reiffenstuel* hatte in seiner Moraltheologie noch die Gewohnheit als rechtmässigen Grund für die Bischöfe bezeichnet, Privat-Oratorien aus eigener Machtvollkommenheit zu gestatten. In seinem Jus canon. widerruft er indess diese Ansicht, welche nach dem Decrete *Clemens XI.* nicht mehr haltbar war, da es in demselben ausdrücklich heisst: »Nullo modo licere neque sub praetextu privilegii clausi in Corpore iuris neque alio quoquo titulo.« Auch *Leuren* S. J. [2]) bezeugt, dass durch dies De-

1) *Benedict XIV.* sagt ausdrücklich, es sei an alle Ordinarien innerhalb und ausserhalb Italiens gesendet worden. Constit. *Magno* §. 33. Für Deutschland bezeugt dies insbesondere An. *Reiffenstuel*, Jus canon. lib. III. Tit. 41. n. 9.

2) In lib. III. Titul. 41. qu. 975.

cret die Strenge des Tridentiner Decretes gegen jede Gewohnheit wiederhergestellt sei.

Am 13. Mai 1723 erliess *Innocenz XIII.* für Spanien die Constitution *Apostolici ministerii*, die *Benedict XIII.* seinem apostolischen Schreiben *In supremo* 23. Sept. 1724 wörtlich einreihte. Da diese Constitution *In supremo* auch dem Römischen Provinzial-Concil vom Jahre 1725 beigegeben ist, sollte sie nach dem Wunsche des Papstes auch anderen Provinzen als Richtschnur dienen. »Da über die Feier von Messen in Privat-Oratorien sowie über den Gebrauch tragbarer Altäre von Clemens XI. ein Decret veröffentlicht ist . . ., mögen die Bischöfe Sorge tragen, dass alles, was in demselben bestimmt ist, auch in Spanien beobachtet werde und dies Decret in ihren Diöcesen veröffentlichen.« (§. 22) Das Decret Clemens XI. soll, so schreibt Innocenz XIII. und nach ihm Benedict XIII. vor, beobachtet werden remota quacunque contraria consuetudine, etiam inmemorabili. Wie sehr den Päpsten an der Beobachtung des Tridentiner Gesetzes lag, ist hieraus wohl klar. Ebenso erhellt ihr Wille indess auch aus den Strafen, mit denen der h. Stuhl alle Widerspenstigen belegt wissen will. *Clemens XI.* hatte die Bischöfe ermuntert: »Ut contra quoscunque contravenientes, quamvis regulares, procedant tanquam Sedis Apostolicae delegati, ad poenas praescriptas per idem S. Concilium in dicto decreto . . usque ad censuras latae sententiae, tributa etiam iisdem facultate per hoc decretum ita procedendi perinde ac si per Sanctam Sedem specialiter concessa fuisset.« Und *Innocenz XIII.* wiederholt in der gedachten Constitution §. 21: »Contra regulares, si opus fuerit, procedant ex Apostolica delegatione in eo decreto ipsis indulta, postposita quocunque appellatione suspensiva, sed solum reservata in devolutivo super quocunque dubio quod excitari contingeret declaratione Congregationis . . . Cardinalium memorati Concilii interpretum.« *Benedict XIII.:* Adversus contravenientes speciali adhuc privilegio exemptos episcopi ipsi tanquam Sedis Apostolici delegati censuris etiam ecclesiasticis procedant.« Als letzte Erklärung des Tridentiner Decretes kann §. 11 der Constitution *Magno* Benedicts XIV. an die Bischöfe von Polen (2. Juni 1751) gelten: »Ex eo factum esse, ut non amplius episcopis facultas sit concedendi usum oratoriorum privatorum in domibus laicorum, causa in iisdem missam celebrandi; cum licentia, quae ab ipsis daretur celebrandi missam in oratoriis privatis, neutiquam stare possit cum praecepto a Concilio eisdem ipsis imposito, ne id permittere debeant ac proinde praedictum ius ad Sanctam Sedem devolutum fuisse.«

3. Nachdem wir die Erklärungen des h. Stuhles über den Sinn des Tridentiner Decretes kennen gelernt haben, wollen wir nunmehr einen Blick auf die Auslegungen werfen, welche die Autoren und die Praxis einzelner Länder demselben zu Theil werden liessen. *Zypaeus* [1]) ist der Meinung, das Concil habe nur einen Missbrauch abstellen wollen und deshalb absichtlich das Verbot in die Worte »non patiantur« gekleidet, welche den Bischöfen das Recht, eine Genehmigung zu ertheilen, zugestehen, indess auf das Vorhandensein einer entsprechenden Ursache basirt wissen wollen. Eine solche Ansicht kann indess angesichts der oben citirten Worte Benedict XIV. nicht mehr festgehalten werden. Die Ansicht des *Zypaeus* fand in Belgien Anklang, wie *van Espen* bezeugt [2]). In Frankreich blieb gleichfalls die Praxis freier als dies das Decret des Concils von Trident gestattet [3]). Ueber die deutsche Praxis schrieb der Bischof von Münster (Monast. 5. April 1851): »Die von dem Tridentiner Concil in der XXII. Sitzung gegebene Vorschrift ist in diesem Lande bisher in dem Sinne erklärt und beobachtet worden, dass dem Bischof durch dieselbe die Vollmacht in einem Privat-Oratorium die Feier der h. Messe zu gestatten nicht entzogen ist, wenn ein solches Oratorium nur dem Gottesdienste ausschliesslich geweiht ist.« In der That war Pichler selbst nach dem Decrete Clemens XI. der Ansicht, dass in Deutschland die Bischöfe durch rechtmässige Gewohnheit berechtigt waren, in Krankenzimmern aus gerechter Ursache, zu der indess durchaus nicht eine unbedingte Nothwendigkeit gefordert werde, die Errichtung tragbarer Altäre und die Darbringung des heiligen Opfers zu gestatten [4]). Auch *Maschat* »weiss nicht zu sagen, ob das Tridentiner Decret mit solcher Strenge in unseren Gegenden angenommen ist, dass selbst der Bischof nicht die Erlaubniss zu geben vermag, die h. Messe in einem Privat-Oratorium zu feiern.« *La Croix* schliesst sich ihnen an: »Die Praxis lehrt, dass die Bischöfe in Deutschland das Recht haben, aus gerechten Ursachen Privat-Oratorien selbst für lange Zeit zu gestatten, z. B. auf Lebenszeit, wenn Jemand sonst an den Festtagen der h. Messe nicht beiwohnen könnte.« Dass auch in Spanien sich eine derartige Uebung entwickelte, bezeugt der Secretär der h. Congregation auf dem folium der causa Calataieronensis 7. Juni

---

1) Juris Pontificii novi analytica ennarratio Lib. III. Tit. de celebratione missae n. 8. Ausführlich bespricht seine Ansicht *Van Gameren.*, De oratoriis publ. et priv. S. 144 sequ.

2) *Espenius*, Jus eccles. p. II. tit. 5. c. 8. n. 14.

3) *Bouvier*, Instit. theolog. Tract. de Euch. p. II. c. 6. art. 4. §. 7. n. 4.

4) *Pichler* S. J., Jus canon. lib. III. Tit. 41. n. 5.

1855, von welcher noch weiter unten die Rede sein wird. Die angeführten Autoren stützen sich, wie wir sehen, stets auf die Uebung, sie sind also über den eigentlichen Sinn des Tridentiner Decretes klar und räumen einzig der Gewohnheit die Gewalt ein, gewisse Milderungen zu schaffen. Dass die rechtmässige Gewohnheit bei dem fortgesetzten Widerspruche des h. Stuhles sich hätte bilden können, ist freilich zu verneinen.

Auf einem ganz entgegengesetzten Standpunkte steht mit Fagnani Benedict XIV. Fagnani, mit der Willensmeinung und Praxis des römischen Stuhles auf das beste vertraut, kommt an zwei Stellen auf das Tridentiner Decret zurück: »In Privathäusern kann der Bischof in keinem Falle die Genehmigung geben, dass Welt- oder Ordenspriester die h. Messe feiern. Das Recht, welches die Bischöfe aus der Disposition des c. *Missarum* De consecr. d. 1. hatten, ist aufgehoben[1]). »Das Verbot des Tridentiner Concils ist so streng, dass der Bischof auch nicht ex causa eine darauf hin zielende Erlaubniss ertheilen kann, sondern eine solche absolut dem h. Stuhle vorbehalten bleibt. Ja, selbst wenn bereits eine dem Gottesdienste geweihte Kapelle in einem Hause vorhanden wäre, könnte der Bischof die Erlaubniss nicht ertheilen in derselben die h. Messe darzubringen. Zwei Dinge verbietet das Tridentiner Concil nach ihm: Es soll in Privathäusern keine h. Messe gelesen werden (neve patiantur privatis in domibus), ausserhalb derselben aber einzig in Kirchen und Gott geweihten Oratorien (et omnino extra ecclesiam et divinum tantum cultum dedicata oratoria). Jede andere Erklärung, sagt Fagnani, muss nothwendigerweise annehmen, dass das Concil überflüssig Worte gemacht hat. Wäre es gestattet, mit Erlaubniss des Bischofes in einem Haus-Oratorium die h. Messe zu feiern, wenn dasselbe nur dem Gottesdienste gebührend geweiht ist, so wäre es ausreichend gewesen, wenn das Concil verbot, ausserhalb von Kirchen und rechtmässig geweihten Oratorien das h. Opfer darzubringen. Ferraris schliesst sich kurzweg an Fagnani an. Lambertini (Benedict XIV.) bekämpft in seinem Werke De SS. Missae sacrificio Gilbert: »Gilbert leugnet, dass durch das Tridentiner Decret dem Bischofe die Vollmacht genommen sei, in einem Privat-Oratorium die Feier der h. Messe zu gestatten. Er verwechselt aber diese Sache mit dem Rechte des Bischofes in seinem eigenen Hause das h. Opfer darbringen zu lassen. Ja, er geht dann noch weiter und behauptet, dass, wenngleich dem Bischofe von dem Concil die Ge-

1) Cap. *In his* De privileg. n. 16 folg. Cap. ult. de cens. n. 18.

walt im Allgemeinen genommen wäre, die h. Messe in Haus-Oratorien zu gestatten, er dennoch das Recht behalte, in besonderen Fällen Dispens zu ertheilen. Diese Behauptungen sind ganz und gar falsch und ihnen steht die Gewohnheit aller Diöcesen geradewegs entgegen.« Geht aber Lambertini so weit zu behaupten, dass diese allgemeine und streng verpflichtende Regel durchaus keine Ausnahmen zulasse? Will er nicht einmal im Fall einer keineswegs alltäglichen, sondern zwingender Nothwendigkeit eine Ausnahme zulassen? Jedenfalls hat er als Papst eine Ausnahme zugelassen, bestimmt er doch in der Constitution *Inter omnigenas* 2. Febr. 1744: »Extra summum necessitatis casum apud infirmos in aedibus non sacris missam celebrare non licet« (§. 22).

4. Hiermit sind wir zu einer dritten Ansicht gelangt, derer nämlich, die zwar als allgemeine Regel ein strenges Verbot für den Bischof gelten lassen, immerhin aber einige Fälle aufstellen, in denen eine Ausnahme platzgreift. »Es dreht sich heute der Streit darum,« sagt der Secretär der Concils-Congregation in causa Calataieron. 20. Dec. 1856[1]), »ob der Bischof non per modum habitus sed per modum actus et ad tempus, interveniente scilicet aliqua gravi causa, dispensiren könne, wie dies manche lehren. Besonders war dies die Ansicht der spanischen Doctoren, wie Diana Resol. 20 nachweist.« Da der hl. Alphons selbst sich dieser Ansicht zuneigte, sind ihr seit dem vorigen Jahrhunderte alle Autoren gefolgt. Auf die Frage: Können die Bischöfe bisweilen dispensiren, dass in dem Oratorium eines Privathauses die h. Messe gefeiert werden kann? antwortet er: »Nach dem gewöhnlichen Rechte kann die h. Messe nur an von dem Bischofe konsekrirten oder wenigstens benedicirten Stätten gefeiert werden, die eine auf die öffentliche Strasse führende Thür haben. Indessen[2]) macht erstlich die Nothwendigkeit eine Ausnahme: Wenn z. B. die Kirche zerstört ist, (Can. *Concedimus* 30 dist. 1. de consecr.) das Heer sich im Lager befindet, der Priester durch wüste Gegenden reisen muss u. s. f. Ausserdem kann der Bischof in einem besonderen Einzelfalle aus gerechter Ursache dispensiren. Ist ihm auch das ehemals ihm zustehende Recht, eine solche Erlaubniss nach Gutdünken zu geben, d. h. wie *Suarez* sagt, aus eigenem Rechte, nicht in Form einer Dispensation, genommen, so ist dies doch nur von der Berechtigung zu verstehen, eine ständige Erlaubniss per modum habitus zu geben: At minime est eis vetitum huiusmodi concedere li-

1) Siehe *Mühlbauer*, Decreta authentica Congreg. S. Rituum Monachi 1879 Suppl. Tom. II. v. Oratorium.

2) Theolog. moral. VI. n. 359.

centiam per modum actus pro aliquo tempore, si iusta adsit causa. Ita P. *Suarez:* Facultas haec est per modum dispensationis, Concilium autem ab episcopo non abstulit potestatem rationabiliter dispensandi, quam habet in huiusmodi rebus, maxime cum revera sit moraliter necessaria.« Nach Anführung noch anderer Autoritäten schliesst der hl. Alphons: »Die Decrete Pauls V., Urbans VIII. und Clemens XI. stehen dem nicht entgegen, da sie einzig die dispensatio per modum habitus verbieten. Die gedachte Meinung ist also mit Recht als eine allgemein angenommene Lehre zu bezeichnen. Fragen wir, wie oft also eine solche Dispensation statthaben kann, so antworten die Salmanticenser: Einmal oder zweimal, andere wie Suarez, Laymann, Bonacina, Elbel u. a., sie könne gegeben werden, so lange die Krankheit oder eine andere zufällige Ursache andauert. Mit Recht reden sie von einer unbestimmten Zeit, denn das Verbot, eine Dispens zu ertheilen, trifft eine fortlaufende dauernde, nicht aber eine zeitweilige Gestattung.« Als Beispiel citirt der heilige Lehrer das gleiche, welches Cardinal *Petra* (in Const. 2. Urb. II. n. 31) bietet, auf dessen Autorität sich der hl. Alphons auch beruft.

Unter den Canonisten, welche sich im vorigen Jahrhundert mit der vorliegenden Frage beschäftigt, nimmt Cardinal Petra nicht die letzte Stelle ein. »Es ist zur Zeit zweifelhaft, sagt er, ob diese Gewalt den Bischöfen von dem Tridentiner Concil genommen ist. Was andere auch sagen mögen, ich kann von der Ansicht nicht abgehen, dass dies in der That der Fall ist. Indess bleibt es doch wahr, dass das Recht nicht ganz und gar aufgehoben, sondern in einem, wenn auch sehr geringem Umfange noch vom Concil belassen ist. Die Absicht der h. Synode war es, die Missbräuche, welche sich im Laufe der Zeit eingeschlichen, abzustellen. Es sollten nicht unterschiedslos Privat-Oratorien mit dem grössten Schaden für die einem so grossen Sacrament geschuldete Ehre errichtet werden, mithin bleibt den Bischöfen die Befugniss, in den vom Rechte bestimmten Fällen die Genehmigung zur Errichtung eines Oratoriums zu ertheilen . . . Daher entschied die h. Congregation selbst, wie Valerus, Novarrus u. a. berichten, dass der Bischof einer hochgestellten Persönlichkeit für den Fall schwerer Krankheit eine solche Erlaubniss geben kann. Das gleiche gilt wohl, wenn eine andere gerechte und vernünftige Ursache dies erheischt [1].« »Aus gerechter Ursache, sagt *Reiffenstuel* [2]), könnte der Bischof die Genehmigung ertheilen,

1) Comm. in Const. Apost. In const. 8. Honor. III. n. 6—10.
2) Jus canon. lib. I. Tit. 31 n. 136.

ausser der Kirche die h. Messe zu lesen, ohne dass das Tridentiner Decret dies verbietet. Sein Verbot will nur die Willkür treffen und fordert einzig eine gerechte Ursache . ., es hat also dem Bischofe die ihm aus dem gemeinen Rechte erfliessende Dispensationsgewalt nicht genommen. Ganz besonders, so schliesst er, scheint dies aus der Gewohnheit gerechtfertigt, die in unserem Lande herrscht. Die Bischöfe geben zeitweise eine Dispense pro consolatione nobilis infirmi aut simili causa.« Indess ganz bestimmt wagt er sich dennoch nicht zu entscheiden und überlässt deshalb das Endurtheil Klügeren, besonders der h. Congregation. Barbosa hatte in seinen Collectionen unter den von anderen Autoren aufgeführten Beispielen auch das angegeben, dass eine grosse Volksmenge unter freiem Himmel versammelt ist, die an einem Sonntage nicht an anderem Orte die heilige Messe hören könnte. Auch Gattico schliesst sich im XV. Capitel seines Werkes der Ansicht der Autoren an, welche dem Bischofe das Recht zuschreiben, bisweilen die Feier der h. Messe in einem Privat-Oratorium zu gestatten.

Stimmen aber die vorgenannten und andere Autoren darin überein [1]), dass der Bischof für gewisse Fälle ein Dispensationsrecht üben kann, so gehen sie doch in der Formulirung derselben, wenn auch vielleicht nicht in der Sache selbst auseinander. Die einen, wie Gury und Gousset, fordern eine causa gravis, necessitatis, andere, wie Petra, La Croix, Schmier, der hl. Alphons eine justa, legitima, rationabilis. Da sie aber das gleiche oben angeführte Beispiel anzuführen pflegen, kommen sie wohl in der Sache selbst vollkommen überein.

5. Endlich ward auch der h. Stuhl um eine authentische Erklärung angegangen, ob der Bischof auch nach dem Tridentiner Decret und unbeschadet der späteren päpstlichen Constitutionen das Recht habe, die h. Messe in Privat-Oratorien zu gestatten. In zwei Entscheidungen [2]), welche die Münstersche Diöcese betrafen, stellte die h. Congregation das allgemeine Princip auf, dem das Tridentiner Decret Ausdruck verliehen; in einer anderen Entscheidung in Calataieron. [3]) wurde die Frage gelöst, in welchen Fällen trotz

1) Diese Facultät per modum actus ist eine potestas ordinaria. Auf Grund der Quinquennalfacultäten (n. 15) kann der Bischof ex causa gravi die Erlaubniss geben, in Privat-Oratorien zu celebriren. Die letztere Facultät kann subdelegirt werden (n. 20).

2) *Lingen* et *Reuss*, Causae selectae in S. Congr. Card Conc. Trid. Interpr. propositae Ratisb. pag. 855.

3) *Mühlbauer*, Decreta authentica Congr. S. Rit. Monachi 1879 Suppl. II. v. Oratorium.

des gedachten Decretes dem Bischof noch eine Dispensgewalt verbleibt.

Der Bischof von Münster setzte der h. Congregation auseinander, er habe erst jetzt von den Erklärungen derselben Kenntniss erhalten, nach denen die Bischöfe durch das Decret des Tridentiner Concils der Vollmacht beraubt sind, iure ordinario die Feier der h. Messe in Privat-Oratorien zu gestatten und es ihnen einzig zusteht, pro actu transeunte eine solche Erlaubniss zu geben. Die h. Congregation antwortete ihm am 23. Januar 1847: »Non licere ulli episcopo huiusmodi licentias quocunque sub obtentu concedere, ne pro actu quidem mere transeunte, hanc facultatem esse soli Romano Pontifici reservatam.« Gleichzeitig stellten sie ihm das von Paul V. approbirte Rundschreiben der h. Congregation zu. Wollte die h. Congregation hiermit zu erkennen geben, dass keine Ursache ausreichend sein könne, damit ein Bischof eine Dispens ertheile? Die Darlegungen des Secretärs legen eher den Gedanken nahe, dass die h. Congregation nur auf die Frage antworten wollte: Ist es den Bischöfen gestattet, die Errichtung von Privat-Oratorien auf kurze Zeit zu gestatten, so oft eine vernünftige Ursache vorhanden ist, wie dies viele Autoren behaupten und die Praxis mancher Diöcesen zu rechtfertigen scheint? Ganz ausserordentliche Fälle können ja nach der Constitution Benedict XIV. *Inter omnigenas* eine Dispense rechtfertigen, von solchen aber steht in dem Schreiben des Bischofes Nichts, mithin sind diese wohl in der Antwort nicht einbegriffen. Eine besondere Dispenssache legte der neue Bischof von Münster bald darauf derselben h. Congregation vor, dass er nämlich kranken Priestern die Erlaubniss gewährt habe, für die Dauer ihrer Krankheit in einem Oratorium die h. Messe zu lesen. Gleichzeitig bat er um die Vollmacht, Privat-Oratorien auf drei oder fünf Jahre gestatten zu können. Das Recht, kranken Priestern den Gebrauch des Privat-Oratoriums zu gewähren, bemerkt der Secretär zu diesem Gesuch im folium, ist dem h. Stuhle vorbehalten, wie die Constitutionen Clemens XI., Benedict XIV. und die tägliche Praxis lehren. Antwort der h. Congr.: »Der Bischof trage Sorge, dass die Decrete des h. Stuhles beobachtet werden.«

Eine endgültige Entscheidung der Frage, ob eine Ausnahme von dem Wortlaut des Tridentiner Decretes dem Sinne desselben entspreche, ward erst in der causa Calataieron. am 7. Juni 1855 und 20. December 1856 gegeben. Da die Entscheidung nicht einen Einzelfall betrifft, sondern vielmehr den Sinn des Tridentiner Decretes im allgemeinen erklärt, gilt es über den Kreis hinaus, der

die Lösung dieser Frage herbeiführte. Das dubium lautete: An episcopus possit iusta interveniente causa facultatem concedere celebrandi in oratoriis privatis? In einer Pastoralconferenz, welche der Bischof veranstaltet hatte, war die Ansicht der Anwesenden dahin gegangen, dass dem Bischofe zwar nicht zustehe, aus eigener Machtvollkommenheit auch nur ad modum actus die Feier der h. Messe in einem Privat-Oratorium zu gestatten, dass ihm aber auch nach dem Tridentiner Decret das Recht verbleibe, in Einzelfällen zu dispensiren. Dem Bischofe erschien diese Ansicht zu lax, da sie sein Recht nicht auf den Fall der Nothwendigkeit beschränkte. Die Congregation war in der ersten Sitzung geneigt, im Sinne des Bischofes zu entscheiden, beschloss aber zuvor noch ein anderes Gutachten einzuholen. Da die Gründe desselben für die folgende Entscheidung gewiss nicht ohne Einfluss blieben und zudem geeignet sind, den wahren Sinn derselben zu zeigen, werden wir auf die Darlegungen sofort zurückkommen. Die Entscheidung auf die Frage lautete: »Negative, nisi tamen magnae et urgentes adsint causae, et per modum actus tantum [1].« Eine gewöhnliche, vernünftige, gewichtige Ursache genügt also nicht, es wird eine causa magna et urgens erfordert.

Das Decret umfasst zwei Theile, einen negativen und einen positiven. Der Bischof hat nicht das Recht, die Celebration in Laien-Oratorien zu gestatten, wenngleich eine gewichtige Ursache dafür spreche. Es waren, sagt Gattico, nicht wenige Autoren, welche dem Bischofe zwar das Recht absprachen, eine Licenz zu ertheilen, indess auch andererseits in der Aufzählung der Fälle solche, in denen eine Nothwendigkeit zu dispensiren vorliegt, mit anderen, in denen solche wenigstens nicht streng vorhanden ist, vermischten [2]. »Aller Streit,« sagt der genannte Autor, »rührte daher, dass die Schriftsteller sich über den Grad der Nothwendigkeit, welchen eine jede Ursache enthalten muss, nicht genügend Rechenschaft gaben, so dass jeder bei der Lösung dieser Frage seiner Neigung folgte. Indess wurden die Meinungen doch immer strenger, ganz besonders in diesem (XVIII.) Jahrhundert.«

Ob die Meinung des hl. Alphons mithin als zu milde zu bezeichnen ist? *Gury* bejaht dies [3], *Ballerini* bestreitet es, da der

1) Das Decret entspricht ganz dem Can. 1. de Consecr. d. 1: In aliis quam Domino sacratis locis . . . missam cantare aut sacrificia offerre non licet nisi summa cogeret necessitas.

2) *Gattico*, De or. domest. c. 15. n. 5.

3) *Gury*, Theolog. mor. Ed. X. Romae 1889. n. 386.

heilige Lehrer ausdrücklich sagt: In casu necessitatis. Einzig also wäre zu sagen, dass das Wort necessitas hier nicht allzu streng zu nehmen ist, wie dies aus der Entscheidung der h. Congregation erhellt. Um so mehr, als auch das folium den hl. Alphons als Autorität citirt, welche bei der Entscheidung der Frage in Betracht kommt.

Der Zusatz, dass der Bischof aus grossen und dringenden Ursachen eine Erlaubniss ertheilen kann, zeigt, dass die Vertreter der an erster Stelle genannten Ansicht die Strenge des Tridentiner Decretes übertrieben hatten. Mit Recht also hatte *Gattico* geschrieben: »Eu non obstante magna coarctatione facta in Tridentino Concilio superstes aliquod vestigium episcopalis potestatis in permittendo Sacrificio intra oratoria privatarum domorum. Hanc facultatem episcoporum tam communiter et absque ulla haesitatione admittunt scriptores, ut ab istorum placitis recedere contentione plenum et veritati contrarium videretur. Loquor aperte de gravissimis eventibus.« Der Zusatz ad modum actus bedeutet, dass der Bischof nur vorübergehend und *nicht* auf unbestimmte Zeit eine Erlaubniss ertheilen kann. Das Folium der zweiten Verhandlung in der genannten Causa Calaiater. sagt ausdrücklich: »Für die Bejahung der gestellten Frage sprechen sich sehr viele Autoren von bewährtem Rufe aus.« Zu diesen gehört vor allem der hl. Karl Borromaeus, der selbst an dem Tridentiner Concil Antheil nahm und die Gesetze desselben in seiner Kirchenprovinz verkündete und durchführte. Drei Jahre nach der Verkündigung der Tridentiner Beschlüsse bestimmte er auf der ersten Mailänder Synode: »Den Bau und die Benutzung von Oratorien wird der Bischof nicht leicht, sondern nur aus gewichtigen Ursachen gestatten.« Noch klarer heisst es im vierten Concil: »Der Bischof hat alle Erlaubnisse, in Privat-Oratorien zu celebriren, auf ein bestimmtes Mass zurückzuführen und derart zu beschränken, dass es in Zukunft nicht gestattet ist, in Privat-Oratorien die h. Messe zu feiern, ausser es sind Gründe vorhanden, welche der Bischof für grosse und dringende hält (magnae et urgentes), oder der h. Stuhl selbst hat die Vollmacht gegeben.« Den Weisungen des hl. Karl Borromaeus schloss sich auch ein Tolosaner Concil gegen Ende des XVI. Jahrhundertes an: nisi pernecessarium sit. Weiterhin werden dann im Folium der hl. Alphons, Reiffenstuel, Barbosa, Gatticus angeführt, um zu beweisen, dass das Tridentiner Decret dem Bischof nicht jedes Recht unbedingt entzieht.

6. Wenn wir nunmehr dazu übergehen einige Fälle zu nennen, in denen die erforderliche causa magna et urgens vorhanden ist, so ist vorweg zu bemerken, dass die Entscheidungen der h. Congregationen zur Bestimmung von solchen Fällen nur wenig Beihülfe ge-

währen. Am 6. September 1890 war der h. Congregation die Frage vorgelegt, ob die nachfolgenden Fälle als causae magnae et urgentes zu gelten vermögen: 1. Wenn der Vater, die Söhne, der Mann nicht gestatten wollen, dass einem kranken Mitgliede ihrer Familie die h. Wegzehrung gebracht werde, ist es alsdann, damit der Kranke nicht ohne die Tröstungen der Religion sterbe, gestattet auf den Wunsch desselben in seinem Hause auf einem altare portatile die Messe zu lesen? 2. Wenn Priester Krankheits halber nicht das Haus verlassen können, und dem Bischof die Bitte aussprechen, zu gestatten, dass sie in einem Privat-Oratorium, wenigstens einmal im Monat und an grossen Festtagen celebriren, theils um die h. Communion zu empfangen, theils um Ablässe zu gewinnen? 3. Wenn eine unvordenkliche Gewohnheit besteht, dass der Bischof beim Tode einer angesehenen Person die Erlaubniss gibt, im Trauerhause praesente cadavere eine Messe zu lesen, und es schwer ist, diese Gewohnheit abzustellen? »Die S. C. C. antwortete nach reiflicher Erwägung der Frage, ob und in welchen von den genannten Fällen der Bischof die Erlaubniss geben kann, in einem Privat-Oratorium zu celebriren: Nicht vorgelegt.« Die vorgedachten Fälle finden sich bei den Autoren erörtert und bereits früher von der h. Congregation entschieden. Gattico legt vier fast gleichlautende Fälle vor, betreffs derer er die Frage zu lösen sucht, ob der Bischof gestatten könne, dass die h. Messe in einem Privat-Oratorium gefeiert werde.

Erster Fall: Ein vornehmer Mann, dem der Papst leicht das Privilegium einer Hauskapelle verleihen würde, bittet den Bischof in seinem Hause die h. Messe zu gestatten. Palaus, Fagundez, die Salmanticenser u. a. bezeichnen diese Ursache als ausreichend, ja Novarius behauptet, die h. Congregation habe selbst in diesem Sinne entschieden. In Wahrheit scheint indess die Antwort der h. Congregation weniger günstig gelautet zu haben, indess lässt sich dieselbe nicht mehr authentisch feststellen. Wohl aber ist eine andere Entscheidung vorhanden, welche ausdrücklich dem Bischofe ein jedes derartiges Recht bestreitet. (Collect. Lib. I. fol. 181). Uebrigens theilten stets nur sehr wenige Autoren die Ansicht von einem derartigen Rechte des Bischofes, während die meisten die hier geschilderte Voraussetzung als ungenügend ansahen ein solches zu begründen [1]), um so mehr als das Rundschreiben der h. Congregation aus dem Jahre 1615 durchaus für die verneinende Ansicht eintritt. Weiteres Licht wirft auf die Frage auch die am 27. Mai 1617 dem

1) Siehe *Gattico* cap. XV. n. 13.

Bischof von Syracus gegebene Antwort. Derselbe hatte die Frage vorgelegt: An Ordinarii possint concedere licentias celebrandi in oratoriis privatis, quando causa aliqua necessaria subest, ut cum persona titularis insignis rerumque publicarum primarius minister, nobiles item cum aegrotant aut senio confecti ad Ecclesiam accedere multifariam prohibentur? Die Entscheidung lautete: C. Concilii censuit non posse episcopum ex quavis causa (ob causas videlicet praedictas, fügt *Gattico* erklärend hinzu) cuique concedere, ut sacrum fiat in privatis oratoriis. Ein deutlicheres Zeugniss, schliesst der genannte Autor, lässt sich wohl kaum geben.

Der *zweite* Fall betrifft die Frage, ob der Bischof einem Kranken, der sonst nur mit Schwierigkeit das Viaticum empfangen könnte, gestatten kann in seinem Hause die h. Messe feiern zu lassen. Pasqualigo führt mancherlei Gründe an, die eine solche Erlaubniss seiner Ansicht nach rechtfertigen. Indess anderer Ansicht ist die h. Congregation, anderer Ansicht auch Papst Pius V. Cardinal Paleotti hatte dem Präfecten der h. Congregation mitgetheilt, dass sterbende Edelleute ihn oft schon ersucht, ihnen nicht allein die h. Wegzehrung reichen, sondern auch zu ihrem Troste die h. Messe in ihrer Wohnung feiern lassen zu wollen. Aber selbst wenn ich dies nur für ein Mal gestatten wollte, schrieb der Cardinal, so bliebe mir dennoch stets ein Zweifel, ob ich nicht damit gegen das Decret des Tridentiner Concils (22. Sitzung) handeln würde (26. October 1566). Die Antwort lautete: »Der h. Vater hat nach Kenntnissnahme deines Anliegens befohlen, eine solche Erlaubniss nicht zu geben.« Auch selbst wenn es nicht möglich war, die h. Wegzehrung einem Kranken zu bringen, gestattete der h. Stuhl nicht, dass die Bischöfe eine Dispense ertheilten, kraft welcher in einem Privat-Oratorium die h. Messe gelesen werden dürfte. Im Jahre 1575 fragte der Cardinal-Infant von Portugal dieserhalb bei dem h. Stuhle an. »Es sind in Portugal viele Orte und viele Häuser derart in den Bergen abgelegen, dass der Pfarrer im Winter wegen der Schwierigkeit der Wege und des Regens, im Sommer der Hitze halber nicht ohne Fährlichkeiten und Gefahren, ja auch nicht ohne Verletzung der gebührenden Ehrfurcht gegen das heiligste Sacrament, die h. Wegzehrung aus seiner Pfarrei zu dem Kranken der vorbenannten Orte bringen kann und so die Andacht des Volkes gemindert wird . . .« Die Antwort lautete trotzdem: »Die für die Bischöfe erbetene Erlaubniss, in solchen Fällen die Feier der h. Messe im Hause des Kranken zu erlauben, ist nicht zu geben, weil dies nicht gestattet ist« (22. Sept. 1575). Es schien den Cardinälen also ein geringeres

Unglück zu sein, wenn Jemand selbst ohne die h. Wegzehrung aus diesem Leben ging, als dass das Tridentiner Verbot modificirt und den Missbräuchen Thür und Thor geöffnet wurde, welche aus der Feier der h. Messe in einem Privathause allzu leicht folgen [1]. »So oft die kirchlichen Vorschriften betreffs der Weise, die h. Wegzehrung zu geben, derart verletzt werden müssten, dass daraus eine Verunehrung des heiligsten Sacramentes folgte oder wenigstens die Gefahr einer solchen drohte, gehen die kirchlichen Vorschriften dem Gebot die h. Wegzehrung zu empfangen voran,« sagt Gattico. — Was dem Sterbenden versagt bleibt, kann selbstverständlich auch einer vornehmen Familie nicht deshalb allein gewährt werden, weil dieselbe zufällig das Haus nicht verlassen kann.

Doch noch eine andere Bemerkung ist füglich zu dem von Gattico angeführten Beispiele zu machen. Die Möglichkeit, die h. Wegzehrung zu erlangen, bleibt in demselben ja die gleiche, mag die h. Messe in der Kirche oder in der Wohnung des Sterbenden dargebracht werden. Keinesweges also schliesst das Verbot der h. Messe das Imstichlassen des Kranken ein. Ein wirkliches Imstichlassen entspräche dem Sinne der Kirche in keiner Weise. »Das überaus schwere Uebel, dass viele Gläubige ohne die h. Wegzehrung abscheiden,« sagt *Benedict XIV.* in der Constitution *Inter omnigenas* 2. Febr. 1744 §. 2, »muss auf jede mögliche Weise verhütet werden. Wo die Priester also erfahren, dass ein Christ in Todesgefahr schwebt, sollen sie ihm das Sacrament des Altars so bald wie möglich spenden, und zwar, wenn es ohne Gefahr geschehen kann, die h. Eucharistie aus der Kirche, wenn eine solche am Orte vorhanden ist, herbeibringen, da es ausser dem Falle der äussersten Nothwendigkeit nicht gestattet ist, in einem nicht Gott geweihten Hause die h. Messe zu feiern.« In den letzten Worten ist stillschweigend die Erlaubniss gegeben bei den unter türkischer Herrschaft lebenden Serben, denn an diese ist der Erlass gerichtet, an Orten, wo keine Kirche vorhanden ist und wohin ohne Gefahr das h. Sacrament aus einer Kirche nicht gebracht werden kann, unter den gegebenen Umständen in einem Privathause das h. Opfer darzubringen. Gleiche Umstände werden sich schwerlich an anderen Orten finden. Eine Entscheidung ist indess hier noch anzuführen, die auch bei uns von Wichtigkeit sein kann. »Wenn in einem Nachbarhause sich ein

---

1) Am 20. Sept. 1698 entschied die S. C. C. die Frage: Kann ein Regulare ein altare portatile in einem Privathause aufstellen, um einem kranken Regularen die heilige Wezehrung spenden zu können, indem er selbst die h. Messe liest, mit: Nein.

Oratorium befindet,« entschied die h. Riten-Congregation am 27. Aug. 1836 (ad VIII) und ein Sterbender nur mit grösster Schwierigkeit aus der Kirche die h. Wegzehrung erhalten könnte, so ist es gestattet, auch in Abwesenheit des Indultarius in dem Privat-Oratorium die h. Messe zu lesen, um dem Sterbenden die h. Communion reichen zu können.« — Noch geringer scheint nach dieser Entscheidung die Schwierigkeit zu sein, wenn der Sterbende selbst ein Haus-Oratorium hat und die Umstände im übrigen die gleichen sind.

Das *dritte* Beispiel bietet die Feier der h. Messe in Häusern vornehmer Herrschaften praesente corpore. Pasqualigo trat dafür ein, dass dem Bischofe das Recht zustehe, die h. Messe zu gestatten. Freilich entspricht eine solche Ansicht dem Tridentiner Decret in keiner Weise. Auch das kann dem Bischof kein derartiges Recht verschaffen, dass die Sache wirklich per modum actus geschieht und mit einem einzigen Male ihr Ende findet. Immer bleibt es ja wahr, was Gattico wiederholt einschärft, dass ein Bischof ohne überaus schwere und nothwendige (gravissima et necessaria causa) Ursache auch nicht für ein einzelnes Mal aus eigener Autorität die Feier der h. Messe in einem Privathause gestatten kann. Sollte indess, bemerkt er zugleich, sich eine Art Gewohnheit, eigentlich Missbrauch, eingeschlichen haben und, wenn der Bischof die Genehmigung versagte, ein Tumult zu befürchten sein, so denke ich, kann der Bischof die Feier der h. Messe für dies Mal gestatten, nicht deshalb weil eine vom h. Stuhle gemissbilligte und gänzlich ungerechtfertigte Gewohnheit besteht, sondern weil sonst ein Tumult zu befürchten wäre, der einer sehr schweren Ursache gleich zu achten ist.

Aus den angeführten Beispielen geht hervor, dass eine genügende Ursache zur Dispensertheilung sich selten finden wird. Jedenfalls wird zudem die magna et necessaria causa viel gewichtiger sein müssen, wenn es sich um die Erlaubniss für eine einzelne Person oder Familie handelt, als wenn die Menge der Gläubigen der Fürsorge des Hirten bedarf. Sicher ist die Besorgniss, es möchte ein Missbrauch eintreten, da grösser, wo es sich um einzelne Personen handelt, als wo die Dispensation eine allgemeine Nothlage zur Voraussetzung hat. Ausserdem ist die causa ja an sich schon grösser, wenn sie eine Menge von Personen betrifft, mithin muss, was der Nothwendigkeit bei einer Einzelperson an Ausdehnung abgeht, bei ihr durch die Grösse derselben ersetzt werden. Leichter also kann der Bischof aus einer grossen und nothwendigen Ursache[1])

---

1) Nicht aus einer nur nützlichen, z. B. wenn fromme Pilger an einem

gestatten, dass ausserhalb der Kirche das h. Opfer dargebracht werde [1]), als er einer Privatperson Dispense zu ertheilen vermag, in einem Oratorium die h. Messe lesen zu lassen.

7. Ehe wir die besonderen für die Missionen geltenden Bestimmungen über Privat-Oratorien beifügen, ist eine Ausnahme von den bisher dargelegten Bestimmungen anzugeben. Die Kapellen von öffentlichen Gefängnissen fallen nicht unter das Tridentiner Decret, wie die h. Congregation mehrfach entschied. So am 14. November 1648. Wenngleich also die Erlaubniss des Bischofes erforderlich ist, damit in einer solchen Kapelle ein Altar errichtet werden kann, so geschieht dies doch nur in der Weise, wie dies für öffentliche Kapellen und loca pia vorgeschrieben ist, ohne dass für öffentliche Gefängnisse etwa eine Dispense des Bischofs statthätte. In einer solchen Kapelle kann also, sagt *Ferraris*, an jedem Tage die h. Messe gefeiert werden und es wird in ihr dem Kirchengebot betreffs der Anhörung der h. Messe Genüge geleistet. Sei es also, dass man die Gefängnisse den loca pia gleichstellt, weil die Gefangenen darin gebessert werden sollen, sei es, dass man, was richtiger scheint, die für die Gefangenen meist auf lange Zeit bestehende Unmöglichkeit als Grund annimmt, weshalb diesen Kapellen ein grösseres Recht zusteht, in jedem Falle verdienen dieselben die ihnen zugewiesene Ausnahmestellung.

8. Aus den verschiedenen für die Missionen erlassenen Anweisungen heben wir hier einige hervor, aus denen der Geist der Kirche in der Anwendung des Tridentiner Decretes noch deutlicher hervortritt. Am 14. December 1668 hatte die h. Congregation der Propaganda auf eine Frage zu antworten, die wir bereits oben besprochen.

Wenn die Kranken um das Brod des Lebens bitten 1. Darf alsdann ein Missionär im Hause derselben die h. Messe lesen? 2. Darf er dies selbst dann, wenn zwar der Tod nahe ist, indess die h. Wegzehrung insgeheim dem Kranken gebracht werden kann? 3. Ist es wenigstens gestattet, wenn das Viaticum weder öffentlich noch insgeheim ihm gebracht werden kann? Die Antwort lautete auf 1 und 2: Dies ist nicht gestattet, auf 3: In einem solchen Falle ist es erlaubt

---

Orte, wo ein Gnadenbild in einer kleinen Kapelle ist, ausserhalb derselben eine h. Messe wünschen. obwohl eine Kirche in der Nähe ist. S. R. C.

1) Da wir hier von den Oratorien handeln, liegt es ausserhalb des Planes die Frage zu erörtern, wenn eine Messe auch ausserhalb eines solchen statthaft ist, z. B. im Lager. Man sehe den hl. Alphons VI. 583, sowie Adone Synopsis canonico-liturgica Neapoli 1886. Lib. III. Cap. III.

im Hause des Kranken oder wenigstens im Nachbarhause, wenn die Oertlichkeit geziemend ist, damit der Kranke nicht der h. Wegzehrung beraubt werde. Eine ähnliche Antwort wurde am 17. April 1758 von derselben h. Congregation auf die Frage gegeben: Kann der Missionär in dem Hause eines Kranken oder in einer anderen Privatwohnung die h. Messe lesen, wenn am Orte weder eine Kirche noch die Behausung des Missionärs sich findet? »Es ist nicht gestattet aus Andacht, wohl aber aus Nothwendigkeit die h. Messe zu feiern.« — Bald darauf stellte der Apostol. Vicar von Constantinopel an den h. Stuhl die Frage, ob die Regularen in den Häusern von Privatpersonen, und besonders in Landhäusern, ohne Erlaubniss des Bischofes die h. Messe lesen dürfen. Die h. Congregation stellte ihm ein für Chios am 2. December 1720 und am 14. December 1746 gegebenes Decret zu. »Aus gerechten Ursachen hat die h. Congregation bestimmt, dass in Zukunft kein Welt- oder Ordenspriester das h. Messopfer in Privathäusern aus welcher Ursache immer feiern darf ohne die Erlaubniss des Ordinarius.« Gleichzeitig wies die h. Congregation den Apostolischen Patriarchalvicar an jeden Ungehorsamen zu suspendiren. — Für Smyrna war bereits am 30. April 1753 die Entscheidung getroffen worden: 1. Kein Missionar, sei es Welt-, sei es Ordenspriester, darf in Privathäusern, in denen schismatische und häretische Consuln wohnen, die h. Messe lesen. 2. Bricht eine ansteckende Krankheit aus, so können die Missionäre mit Erlaubniss des Apostol. Vicars an geziemendem Orte, den der Apostol. Vicar selbst gutheisst, innerhalb von Privathäusern, in denen weder Juden, noch Schismatiker, noch Häretiker weilen, die h. Messe lesen. 3. In Privathäusern Krankheits halber die h. Messe zu feiern, ist verboten. Es ist minder ungeziemend, dass ein Kranker ohne die h. Messe bleibe, als dass das hochheilige Opfer durch Indecenz leide. 4. In allen Städten, wo keine Kirchen oder öffentliche Kapellen sind, dürfen mit vorgängiger Erlaubniss des Apostolischen Vicars in einem Privathause, in dem keine Türken, Juden, Schismatiker und Häretiker wohnen, an Festtagen zwei Messen gelesen werden, indess muss der für die h. Feier erwählte Ort decent, von jedem profanen Gebrauch frei und vom Apostolischen Vicar geprüft und approbirt sein. — Wo also eine Kirche oder ein öffentliches Oratorium ist, dort ist die Feier der h. Messe in einem Privathause verboten, erklärte die h. Congregation (zunächst für den Bezirk des Apostol. Patriarchal-Vicars von Constantinopel) am 21. September 1840.

Instructiv ist auch das Schreiben der h. Congregation an den Apostol. Vicar von Bosnien vom 16. Juni 1827. »Es ist klar, dass

die h. Messe, ausser im Falle der höchsten Nothwendigkeit, nicht an einem profanen Orte zu feiern ist. Gerade für Serbien und die Nachbarländer hat ja *Benedict XIV.* in seiner Constitution *Inter omnigenas* §. 22 bestimmt: »Extra summum necessitatis casum apud infirmos in aedibus non sacris missas celebrare non liceat«. Damit ein Urtheil ermöglicht werde, ob in gedachtem Falle diese höchste Noth wirklich drängt, ist es nothwendig, dass die Art und die Schwere der Uebel auseinandergesetzt werde, welche die Priester zu fürchten hätten. Und da die höchste Nothwendigkeit nicht die einzige Schwierigkeit bildet, so ist noch mitzutheilen, ob das h. Sacrament in den gedachten Umständen vor jeder Beschimpfung durch die Türken sicher gestellt ist, ob die Priester auf einem Altarsteine die h. Messe lesen, ob der Ort decent ist, und endlich, ob die Feier in einem türkischen Hause nicht Aergerniss erregt.« Antwort des Apostol. Vicars: »Der Fall ereignet sich sehr selten, wenn aber, dann handelt es sich um Personen, welche uns vor den türkischen Gerichten viel schaden oder nützen können. Das Zimmer, in dem die Feier stattfindet, dient freilich Zwecken des täglichen Lebens, ist also allerdings nicht sehr decent, aber wenn wir dort nicht die h. Messe feierten, müssten unsere sterbenden Christen oft ohne die h. Wegzehrung bleiben, besonders an den Orten, die mehrere Stunden, oft eine ganze Tagereise von der Wohnung des Priesters entfernt sind. Das h. Sakrament wird keiner Profanation ausgesetzt, auch wird den Gläubigen kein Aergerniss gegeben.« Hierauf hin entschied die h. Congregation am 30. Juni 1828: »Es wird der Entscheidung und Klugheit des Apostolischen Vikars überlassen, im dargelegten Fall der Noth, und wenn es zugleich decent und ohne Gefahr geschehen kann, denjenigen, die es angeht, die h. Messe zu gestatten.«

Wir schliessen mit einer Instruction der h. Propaganda für den General-Vicar von Nanking (29. Februar 1836): »Du theilst die Kirchen und Oratorien in jenem Lande in vier Klassen, nämlich: 1. Diejenigen Kirchen, welche auf gemeinsame Kosten der Christen errichtet sind. 2. Diejenigen, welche in dem Hause einer reichen Familie zur Benutzung für das ganze Dorf eingerichtet sind. 3. Diejenigen, welche einzig einer Familie dienen, welche wegen weiter Entfernung oder aus anderen rechtmässigen Ursachen nicht zur gemeinsamen Kapelle kommen kann. 4. Endlich solche, welche von einer Familie aus Andacht errichtet sind, welche zwar keine Privatoratorien, auch nicht zur jährlichen Spendung der Sacramente eingerichtet sind, in denen aber die Missionäre an grösseren Festtagen zu celebriren ersucht werden, obgleich damit der Gottesdienst in den

gemeinsamen Kapellen ausfällt, welche letzteren auch, weil Niemand Opfer spendet, leicht verfallen. Du frägst also, welches die Rechte der Ordinarien oder der Missionäre sind, betreffs der Errichtung, Billigung oder Visitation von Kapellen. — Aus den Decreten des Tridentiner Concils erhellt, dass das heilige Messopfer in Kirchen oder Oratorien darzubringen ist, welche dem Gottesdienste geweiht, von den Ordinarien zu wählen und zu visitiren sind. Die Wahl also und die Visitation der Kapellen, in denen zur Bequemlichkeit der Gemeinde das h. Opfer darzubringen ist, gehört, wie klein diese Gotteshäuser auch sein mögen, der Jurisdiction des Ordinarius zu. Die zu diesem Behufe in China zu beachtenden Vorschriften können indess wegen der Entfernung der Orte, dem Mangel an Priestern und der Gefahr der Verfolgungen nicht dieselben sein wie in Europa. Desshalb haben die Ordinarien in China besondere, ihnen vom h. Stuhle gewährte Vollmachten, welche sie auch ihren Missionären mittheilen können. Sie vermögen also auch solche Orte zu wählen, welche unter christlichen Fürsten lebende Pfarrer nicht ausersehen dürften, indess müssen sie sich innerhalb der Grenzen der ihnen verstatteten Befugnisse halten. Welches nun für die Missionäre die betreffs der Wahl des Ortes geltende Regel ist, kannst Du aus der Synode von Sutcheu, Kap. 10 n. 15 ersehen. »Die Missionäre sollen nicht solche Orte wählen, wo sehr viele der Sacramente und der Predigt des göttlichen Wortes beraubt werden: An jeden Ort, er sei reich oder arm, wenn sich dort nur die Gläubigen leicht versammeln können, wenn er nur sicher ist und wenigstens zwanzig Personen anwesend sind, soll der Missionar sich begeben, seine persönliche Bequemlichkeit hintenansetzend, es sei denn, dass ein gewichtiger Grund einen anderen Versammlungsort rathsamer macht.« Was also die drei ersten Klassen von Oratorien angeht, so ist keine Aenderung nothwendig. Betreffs der vierten ist zu bemerken, dass es dem Ordinarius obliegt, nach Klugheit und Gewissen Sorge zu tragen, dass die Missionäre nicht zum Nachtheil der gemeinsamen Kapellen in Privatoratorien celebriren.«

§. 2. Weitere Rechtsbestimmungen für Haus-Oratorien.

1. Es erübrigt noch einige Bestimmungen des h. Stuhles den bisherigen Darlegungen beizufügen [1]. Ein jedes Oratorium muss, so heisst es in den entsprechenden Breven, eigene Wände haben, welche es von allen den Bedürfnissen des häuslichen Lebens gewid-

1) *Benedict XIV* Const. Magno cum animi §. 12 folg.

meten Zimmern trennen. Bevor es benützt wird, muss der Bischof oder eine von ihm bevollmächtigte Person das Oratorium visitiren, um sich zu überzeugen, dass es decent ist und dass alles vorhanden ist, was zur Feier der heiligen Geheimnisse erforderlich wird. Der Bischof giebt alsdann die Erlaubniss die h. Messe zu lesen, wie er auch das Recht hat, dieselbe nach seinem Ermessen zurückzuziehen. Es ist nicht gestattet, mehrmals an einem Tage die h. Messe in einem Privathause zu lesen. Ob ein Welt- oder Ordenspriester die h. Messe liest, ist gleich, indess muss der Ordenspriester von seinem Oberen dazu die Erlaubniss haben, der Weltpriester aber die Gutheissung des Ordinarius. Die Pflicht, die Erlaubniss des Ordinarius einzuholen, lastet selbst auf einem fremden Bischofe, der in dem Hause, in welchem das Oratorium sich befindet, nicht seine Wohnung aufgeschlagen hat. (Clem. XI. 15. Dec. 1703, Hl. Alph. VI. 959 not. III.) Die h. Messe kann nicht an den hohen Festen gefeiert werden, d. h. also nicht zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten, sowie an anderen Festtagen, wie Epiphanie, Himmelfahrt Christi, Verkündigung und Himmelfahrt Mariä, Allerheiligen, Peter und Paul und am Feste des Titularpatrons des Ortes. (Bened. XIV. §. 12), Weihnachten, Ostern und Pfingsten werden als ausgenommene Tage nur vom ersten Festtage verstanden. Wird eines der genannten Feste auf einen Sonntag verlegt, so bleibt das Verbot der h. Messe in der Privatkapelle für den Festtag selbst bestehen (S. R. C. 23. Mai 1835. Oratorien, die Kranken gestattet werden, unterliegen den Ausnahmen der gedachten Feste nicht. Desshalb können auch zu Weihnachten von dem celebrirenden Priester drei Messen in der Privatkapelle gelesen werden. (S. C. C. 2. Dec. 1724 und 13. Jan. 1725).

2. Weiter werden im Breve gewöhnlich die Personen genannt, welche gegenwärtig sein müssen, damit die h. Messe gefeiert werden kann. In der Regel wird beiden Gatten das Recht eingeräumt und beigefügt, dass die heilige Messe sowohl in ihrer Gegenwart wie in Gegenwart der Kinder, Verwandten und Verschwägerten, die mit ihnen in demselben Hause wohnen, gefeiert werden darf. Welches ist indess der Sinn dieser Clausel? Darf die h. Messe gelesen werden, auch wenn keines der beiden Ehegatten anwesend ist, wohl aber einer der Anverwandten u. s. f. die Messe wünscht? Wie es zu geschehen pflegt, gingen die Meinungen der Autoren über diesen Punkt auseinander. Die h. Congregation entschied indess in Marsicen. Orat., dass in einer Hauskapelle die h. Messe nicht gelesen werden kann, wenn nicht einer der mit dem Indult Begnadigten gegenwärtig ist, das heisst also der Mann oder die Frau, denn an diese beiden war

das Breve gerichtet (3. Dec. 1740). *Benedict XIV.* bestätigte diese Entscheidung, ja fügte noch die Vorschrift hinzu, in allen Breven, in denen der Verwandten u. s. f. Erwähnung geschieht, beizusetzen: »Volumus autem, quod nati et consanguinei et affines praedicti unicam missam vobis quidem praesentibus audire tantummodo, nunquam vero celebrari facere audeant.« Damit ferner die Personen, für welche das Indult gilt, ohne welche das h. Opfer nicht dargebracht werden darf, und ohne deren Gegenwart die Anhörung der h. Messe seitens der gedachten Verwandten dem Kirchengesetze nicht Genüge leistet, sofort zu erkennen sind, bestimmte er, dass dafür diejenigen zu gelten haben, welche an der Spitze des Breve mit Namen angeführt werden und an welche das Breve gerichtet ist. Sollte aber im Corpus des Breve noch eine andere Person genannt sein, deren Namen in der Ueberschrift nicht als Adressat genannt ist, so kann auch in ihrer Gegenwart die h. Messe gelesen werden, wenn dies im Breve ausdrücklich gesagt wird. Ein Beispiel wird das Gesagte erklären: Ein Mann und seine Ehegattin erhalten die Vollmacht, in ihrem Privatoratorium die h. Messe lesen zu lassen und zu diesem Behufe wird an sie ein Breve gerichtet. Der Mann hat noch eine Mutter, die aber in der Ueberschrift des Breve nicht genannt wird, wohl aber heisst es im Corpus selbst, dass auch die Mutter die h. Messe lesen lassen kann. Diese Erwähnung ist ausreichend, auch ihr ein Recht zu sichern (Bened. XIV., § 14—17)[1]. Auch das Privilegium der Bulle cruciata schafft hierin keine Ausnahme. S. C. C. in Santandr. 17. Juni und 15. Juli 1779.

Wer kann indess in einem Privatoratorium der Pflicht Genüge leisten, an Sonn- und Festtagen der h. Messe beizuwohnen? Die Verwandten und Verschwägerten des Mannes und der Frau, welche den Indult erlangt haben, wenn derselbe auch auf sie ausgedehnt ist, antwortet *Benedict XIV.* (§. 14). Diese Verwandten u. s. f. (bis zum vierten Grade, sagt Gattico), genügen ihrer Pflicht indess einzig, wenn die h. Messe in Gegenwart der Indultare gefeiert wird. (§. 15). Das Privileg für die Blutsverwandten und Verschwägerten gilt auch dann, wenn dieselben zwar in demselben Hause mit dem Hauptprivilegirten wohnen, indess innerhalb desselben besondere Familien bilden, einen eigenen Tisch haben. Der Grund hierfür liegt in dem Indulte selbst. Da es in demselben nur zu heissen pflegt: »Blutsverwandte und Verschwägerte«, so ist nicht mehr zu fordern,

---

1) Dasselbe hatte die S. C. C. in Marsic. 3. Dec. 1740 entschieden. Siehe das Decret *Bened. XIV.* in Decreta authentica S. Rit. C. Ausgabe Mühlbauer, München 1865, Bd. II. v. Oratorium S. 475.

als was der h. Stuhl selbst vorschreibt. Wenn ältere Schriftsteller (so Ferraris Oratorium n. 55.) das Privileg auf die Verwandten nur dann ausdehnen, wenn dieselben Commensalen sind, so bewog sie zu dieser Auslegung der Breven die damals übliche Formel: Familia, während jetzt in den Indulten die Blutsverwandten und Verschwägerten von den Familiares unterschieden werden.[1]) Familiaris ist im Gegensatz zu den Verwandten ein Diener, der für seine Hülfeleistungen von dem Herrn erhalten wird. Dass der Diener im Hause seines Herrn wohnt, wird nicht erfordert, wie aus Cap. *Licet* de privileg. erhellt, wo Bonifacius VIII, ausdrücklich Familiares domesticos von anderen unterscheidet. Andererseits aber ist ein Bediensteter nicht Familiaris, der zwar an seines Herrn Tische isst, aber, weil er nur selten einen Dienst zu verrichten hat, von demselben im übrigen nicht einen zum Unterhalte ausreichenden Lohn erhält. Der Besitzer des Privilegs kann auch einen Familiaris zur h. Messe dienen lassen, derart, dass dieser am Privileg des Herrn Antheil hat. Da es diesem nämlich gestattet ist, die ihm während der h. Messe moralisch nothwendige Dienerschaft an seinem Privileg theilnehmen zu lassen, so ist auch der ministrirende Diener mit Recht als nothwendig anzusehen. Dem Privilegirten selbst und seinen Verwandten legt ja kein Gesetz die Verpflichtung auf, zur Messe zu dienen. Da nun die h. Messe nicht gelesen werden kann ohne Ministranten, ist der zur Messe dienende dem Herrn wahrhaft nothwendig. Selbstverständlich ist damit die Anwesenheit eines anderen Dieners, der für seinen Herrn bereit steht, wenn er etwa seiner Dienste bedarf, nicht ausgeschlossen. Die hauptsächlich Privilegirten, deren Namen in der Aufschrift des Breve genannt sind, haben sicher das Recht, jeder einen Diener zu haben, denn wenn sie auch vereint der h. Messe beiwohnen, steht das gedachte Recht doch jedem von ihnen einzeln zu. Der Diener des Vaters wird indess zugleich für die Söhne, Brüder, Mutter u. s. f. eintreten dürfen, da der Vater verpflichtet ist, für diese ebenso wie für sich zu sorgen, hingegen könnten die weiteren Verwandten nicht mehr das Recht in Anspruch nehmen, einen eigenen Diener im Oratorium zu haben. — Ist in dem Decret das Privileg, die h. Messe zu hören, auch auf hospites nobiles ausgedehnt, so genügt eine Einladung zum Mittagessen, wie Gattico mit Pasqualigo bezeugt, auch wenn sie in der Absicht ergangen ist, den Freund des Privilegs der h. Messe theilhaftig zu machen. Jedenfalls pflegt, so oft auch die hospites genannt werden, der Beisatz gemacht

---

1) Siehe *Gatticus*, Cap. 25. n. 11.

zu werden, dass nur auf dem Lande (ruri) diese Vergünstigung für dieselbe Geltung haben soll. In der Stadt hindert sie ja nichts, die Kirche zu besuchen, nur auf dem Lande können die Wege und andere Umstände bisweilen Schwierigkeiten machen.

3. Wenn über die Tragweite der Worte des Breve Zweifel entstehen, so ist ebenso das Motiv und die Art der Gewährung in Betracht zu ziehen, wie die Worte des Breves. Die Art der Gewährung, denn es handelt sich um eine Wohlthat, welche die höchste Kirchengewalt ohne Schädigung des Rechtes dritter verleiht. Solche Gewährungen geniessen bekanntlich das Recht einer weitgehend günstigen Auslegung.[1] Andererseits freilich ist es wahr, dass das Privileg eines Privatoratorium contra ius ist,[2] also, trotzdem es eine Wohlthat des Kirchenoberhauptes ist, welche keinem Rechte eines Dritten zu nahe tritt, einer strengen Auslegung zu unterliegen hat, wenn kein anderer Grund dagegen spricht. Ein solcher trifft z. B. zu, wenn der Papst seinen Verwandten ein solches Privileg gewährt, oder wenn er anderen Familien dasselbe motu proprio ertheilt. Vor allem aber sind die Worte zu beachten, denn eine Erklärung nach Rechtsregeln ist erst dann zu suchen, wenn in den Worten selbst eine Dunkelheit liegt. Lässt sich also nachweisen, dass die Worte einen eigenen und präcisen Sinn haben, so ist ein weiteres Forschen nach der Meinung des Gesetzgebers nicht mehr nothwendig. Besonders ist zu beachten, welches das Ziel und die Absicht der Bittsteller war, da das Rescript nach diesen zu erklären ist. Ein Beispiel für die Schwierigkeit gewisser Auslegungen bietet die causa Romana Interpretationis Brevis vom 11. December 1886. Isabella, Fürstin von Montecalvo, eine Verwandte Benedict XIII. hatte von ihm das Privileg eines Privatoratoriums für sich, ihren Sohn Karl und ihren Enkel Pompeius Pignatelli und ihre Nachkommen (descendentes) auf ewige Zeiten erbeten. Am 8. Juni 1725 erhielt sie das Rescript »SSmus annuit iuxta petita pro aliis consanguineis SSmi.« Die Secretaria der Breven schrieb darauf, das Privatoratorium sei gewährt: »Eidem Isabellae ducissae eiusque natis et descendentibus in perpetuum.« Die männliche Linie nun starb aus und ein Nachkomme der weiblichen Linie bat um Anerkennung des Privilegs für sich. Es entstand die Frage: War er unter den descendentes miteinbegriffen und mit zu verstehen? Der

1) *Reiffenstuel*, Tit. De Rescript. n. 126. 127. *Fagnan.* zu c. Olim 16. De verb. signif.

2) Card. d'Annibale Summula.

Zweifel wurde in nachstehender Weise gelöst. Unter dem Worte Familie, so hatte die S. C. C. am 18. November 1769 erklärt, sind nicht die von der weiblichen Linie abstammenden, also die cognati zu verstehen, sondern einzig diejenigen, welche durch die männliche Nachkommenschaft von dem Stammhalter ihre Abkunft herleiten. Barbosa, de Luca, wie auch die Rota in zahlreichen Entscheidungen erklären demgemäss, dass die von der weiblichen Nachkommenschaft abstammenden, ausserhalb der eigentlichen Familie stehen. Mithin können sie der Familienprivilegien nicht theilhaftig werden. Für das Patronatsrecht kann, im Falle die männliche Linie erlischt, gleichsam successive et subsidiarie, und desshalb gleichsam ex gratia, die Nachkommenschaft der weiblichen Linie eintreten, denn da das Patronat eine facultas secundem ius ist, lässt es eine weitere Auslegung der Worte zu, so dass von der juridischen Bedeutung derselben abgesehen und der Gebrauch des Volkes zu Grunde gelegt wird. Privilegien hingegen, besonders wenn dieselben contra ius sind, lassen eine solche extensive und favorable Auslegung nicht zu, sondern fordern im Gegentheil eine buchstäbliche und strenge, zumal sobald es sich nicht mehr um die Person handelt, welcher das Privileg ursprünglich zu Theil wurde. Die Gleichheit der Gründe oder selbst ein Anwachsen derselben thut nichts zur Sache, wie Pitonius c. Quia nonnulli n. 2 und 25 sagt, weil das, was dem einen gratiose gewährt wird, nicht für andere als Beispiel und Vorbild anzuführen ist, gemäss Regel 74 in 6. Endlich aber, und damit wird die letzte Schwierigkeit gelöst, ist es die Praxis der Secretarie der Breven, die weitgehendsten Worte »eiusque natis et descendentibus in perpetuum« stets in Absicht und Auslegung so aufzufassen, dass mit dem letzten Agnaten oder der letzten Agnaten, die in gerader Linie von dem ersten Indultarius abstammen, das Privileg aufhört und auf die weiblichen Seitenlinien nicht ausgedehnt wird. Hiernach konnte die Bittstellerin nicht anders als abschlägig beschieden werden.

4. Bisweilen wird auch das Privilegium gewährt gleichzeitig zwei Oratorien in demselben Hause zu haben, wenngleich alsdann die h. Messe nicht an demselben Tage in beiden gelesen werden darf. So in Neocastr. 4. Mai 1715. Ebenso wird wegen besonderer Verdienste auch die Zahl der ausgenommenen Tage gemindert oder das Privileg in einer anderen Richtung ausgedehnt. Ein Beispiel für die letztere Vergünstigung bietet eine am 27. Februar 1814 gegebene Entscheidung. *Clemens XIII.* hatte einem vornehmen Ehepaare A. und B. ein Indult verliehen, in welchem es u. A. hiess: »Volentes igitur eosdem A. et B. specialibus favoribus et gratiis prosequi

. . motu proprio et ex certa scientia Nostrae deque Apostolicae potestatis plenitudine, eisdem A. et B. coniugibus, ac ipsorum filiis et descendentibus in perpetuum, ut in privatis . . Oratoriis Sacrosanctum Missae sacrificium . . in sua nec non familiae suae et quorumcunque aliorum, quos inibi adesse contigerit praesentia . . celebrare facere libere et licite possint et valeant, et quilibet eorum possit et valeat . . concedimus et indulgemus.« Nach dem Tode eines der Nachkommen des A. blieb einzig dessen Wittwe mit einem blödsinnigen Kinde übrig, das der h. Messe nicht beiwohnen konnte. War es nun der Wittwe des verstorbenen Descendenten gestattet, allein das Privilegium für sich in Anspruch zu nehmen? Die Entscheidung in Marsic., die wir oben angeführt, schien dagegen zu sprechen. Indess da das Privileg ein aussergewöhnliches, wegen besonderer Verdienste und ex motu proprio et certa scientia verliehen war, so konnte eine Gleichheit der Sachlage für den vorliegenden Fall nicht nachgewiesen werden. Andererseits war zu berücksichtigen, was *Benedict XIV.* in der Constitution Magno §. 16 und 17 über die etwa im Corpus des Breve genannten Personen sagt. Da nun im Corpus der Ausdruck *quilibet eorum possit et valeat* vorkommt, derselbe aber wegen des motu proprio nicht restringirt werden darf, wie bemerkt, so konnte die Wittwe die heilige Messe in ihrer Gegenwart lesen lassen, ohne dass einer der an erster Stelle Privilegirten zugleich anwesend war.

Wenn es in der Erlaubniss heisst: *In domo suae habitationis* oder: *In domo solitae suae habitationis*, so sind auch diese Worte wohl zu beachten. Es genügt, dass Jemand die Gewohnheit hat, den grösseren Theil des Jahres in einer bestimmten Wohnung zu weilen, damit diese im Sinne des Decretes des Vorrechtes der Privatkapelle theilhaftig werde. Eine Abwesenheit von kürzerer Dauer, ohne dass Jemand die Absicht hätte, auf immer an einem anderen Orte zu bleiben, bringt keine Verlegung des gewöhnlichen Wohnsitzes hervor. Hingegen, wenn sich der Indultarius an einen anderen Ort in der Absicht begibt, dort einen grossen Theil des Jahres zuzubringen, so findet wirklich eine Verlegung des Wohnsitzes statt, es kann mithin auch das Privileg an dem neuen Wohnorte benützt werden. Jemand also, der ein halbes Jahr an einem Orte, die übrigen sechs Monate (nicht etwa nur drei) an einem anderen zu verbringen pflegt, hat zwei Wohnsitze [1]). Sobald also die privilegirte Person in der Absicht den grösseren Theil des Jahres an einem der beiden

1) Cap. 2. *Cum quis* De sepulturis in 6.

Wohnsitze zu verbringen ankommt, kann sie ihr Privileg in Ausübung bringen und darf dasselbe so lange üben als sie nicht thatsächlich dasselbe verlässt, selbst also zu einer Zeit, wo sie sich bereits zur Abreise rüstet.

Wenn in dem Decret das Wort solitae (habitationis) fehlt, so geniesst dasselbe eine weitere Auslegung. Ja, Gatticus ist der Ansicht, dass die Formel »in privatis domorum vestrae habitationis oratoriis« das Recht verleiht in jedem Hause, das nicht anderen, sondern den Privilegirten angehört ein Oratorium zu haben, selbst wenn sie sich in demselben nur kurze Zeit aufhalten wollten. Selbst ein eintägiger Aufenthalt auf dem Lande genügt, damit das Privileg in Anwendung gebracht werde, wenn der Inhaber desselben nur im übrigen wirklich so lange daselbst zu weilen pflegt, dass er dort nicht nur ein Absteigequartier, sondern wirklich eine Wohnung hat. Wird ein Haus vermiethet, so hört das Recht auf, denn die Vermiethung bewirkt, dass die Wohnung nicht mehr diejenige des Privilegirten ist, sondern dessen, der sie in der That innehat. Es ist dies um so mehr festzuhalten, als auch die in den Indulten stehende Formel: *Ab omnibus domesticis usibus libero* die Intention offenbart, das Recht des Oratoriums nur an das zu eigen bleibende Haus zu binden.

Lautet das Indult: »In privato domus tuae civitatis N. oder dioecesis N. oder in privatis domorum vestrae habitationis in civitate et dioecesi N.,« so tritt der Name der Stadt oder der Diöcese beschränkend zu der Erlaubniss des Oratoriums hinzu und dient nicht nur als nähere Bezeichnung der Person[1]). Wäre das letztere beabsichtigt, so müsste der Name der Diöcese oder des Ortes dem Namen der Person beigesetzt werden, um diese von gleichnamigen Personen an anderen Orten zu unterscheiden. Wie nämlich der Beisatz, das Oratorium müsse im eigenen Hause errichtet werden, die gegebene Erlaubniss näher bestimmt, so thut dies sicher der Zusatz der Diöcese oder der Stadt. Ausserdem pflegen für einen Ort geringere Ursachen hinzureichen, um die Erlaubniss zu gewähren als für einen anderen, und diese Ursachen werden in der Bittschrift angegeben, so dass auch bei der Gewährung das Vorhandensein derselben Voraussetzung ist. Ausserdem gewährt der h. Stuhl bisweilen für den Landaufenthalt, was er ausdrücklich für die Stadt versagt.

Bisweilen findet sich auch die Clausel beigefügt: »dummodo in eadem domo celebrandi licentia, quae adhuc duret, alteri concessa non fuerit.« Es kann dies der Fall sein, wenn mehrere Personen

1) *Petra* in Const. 8. Honor. III. Gattic. cap. 22. n. 16.

ein solches Privileg erworben haben. Haben indess die privilegirten Personen derartig getrennte Wohnungen inne, dass der Palast dadurch gleichsam in mehrere Theile geschieden wird, so bleibt für die einzelnen Glieder der Familie jedes Specialprivilegium bestehen [1]). Dies ist nach römischer Praxis, wie Gatticus bezeugt, auch dann der Fall, wenn die betreffenden Familienglieder verschiedene Stockwerke innehaben. Ist in einem Hause nur ein Oratorium, bewohnen aber zwei Indultare dasselbe, so kann keiner von beiden in diesem Oratorium die h. Messe lesen lassen, da das Indult beider ausdrücklich die Bedingung stellt: *in privato domus habitationis oratorio.* Im entgegengesetzten Falle könnte es ja selbst geschehen, dass beide ihr Privilegium an demselben Tage benützten und also mehrere Messen in dem Oratorium gefeiert würden. Liegt aber das Oratorium innerhalb des Wohnbereiches des einen, so verbleibt diesem zwar sein Recht, der andere indess hat damit die Möglichkeit verloren, sein Privilegium auszuüben, da er auf das Oratorium kein Anrecht hat. Gehört das Oratorium beiden gleichmässig, so übt derjenige die erworbene Berechtigung aus, der zuerst von seinem Rechte Gebrauch gemacht hat, so dass der andere erst dann nachfolgt, wenn der Vorberechtigte von seinem Rechte absolut und allgemein absteht. Das inzwischen obwaltende Hinderniss macht die Befugniss nicht unnütz und wirkungslos, da dieselbe von Anfang an gültig besteht.

5. Ehe wir die liturgischen die Privat-Oratorien betreffenden Vorschriften erörtern, wollen wir, um zuvor alle auf die persönlichen Umstände bezüglichen Bestimmungen zu geben, die Frage beantworten, ob Jemand, der ein Privat-Oratorium hat, auch verpflichtet ist, dasselbe benützen und die h. Messe in demselben lesen zu lassen, wenn er die Kirche nicht besuchen kann. Die meisten Autoren verneinen dies, weil ein rein persönliches Privileg nach Belieben benützt oder unbenützt gelassen werden kann. Wenn in einer Sache, so gilt dies Princip in dieser Angelegenheit, handelt es sich doch um ein an sich odioses, dem allgemeinen Gesetze entgegenstehendes, der Ehrfurcht gegen das h. Sacrament weniger gleichmässiges Vorrecht, das zu gebrauchen Niemand gezwungen werden kann, sagen die Salmanticenser [2]) mit anderen. Wenn also Cardinal Lugo dies Privileg mit dem Privileg der Bulla cruciata während eines Interdictes der h. Messe beiwohnen zu können vergleicht, so entgegnet Diana mit Recht, dass beide Fälle sehr von einander verschieden sind. Bei

---

1) Vergl. *Alex. VI.*, Cap. un. De Consecr. Eccl. vel Alt. in 6.

2) Cursus Theolog. moralis Tract. 5. Cap. 6. n. 61. *Suarez*, De Euch. disp. 88. sect. 6. Ebenso *Gobat* u. a.

einem Interdict wird durch das Privileg der Bulla cruciata ein Hinderniss beseitigt, ohne dass eine Dispense vom jus commune nothwendig würde, denn die h. Messe wird ganz allen Vorschriften gemäss gefeiert, hingegen in unserem Falle wird nach Beseitigung des Hindernisses die Messe nicht, wie sie nach Vorschrift und Gewohnheit soll, gefeiert, wird sie doch ausserhalb der Kirche gehalten. Auch der hl. Alphons weicht von dieser Entscheidung nicht ab. »Mit Recht lehrt Busenbaum . . und dies ist die allgemeine Ansicht . . dass der, welcher ein Oratorium besitzt, nicht verpflichtet ist, einen Priester gegen Entgelt anzunehmen, damit er so die Messe hören könne [1]).« Ob aber die privilegirte Person einen Priester, der auf ihre Bitte die h. Messe lesen würde, verpflichtet ist darum zu ersuchen, hierüber gehen die Meinungen derart auseinander, dass eine solche Pflicht sich nicht mit Bestimmtheit behaupten lässt. — Bemerken wir hier noch, dass mit dem Tode der Personen, für welche das Indult gegeben war, nicht nur dessen Kraft aufhört, sondern auch das Oratorium seinen religiösen Charakter verliert.

6. Ein jedes Oratorium muss vor allem von Mauern umgeben sein, so allein wird dem h. Sacrament die gebührende Ehre erwiesen, so die alte Sitte der Kirche aufrecht erhalten [2]). Ein Schrank also, der geöffnet eine Art kleinen Oratoriums ausmacht, ist den Vorschriften nicht entsprechend, wie aus dem Verbote solcher Ersatz-Oratorien durch Clemens XII. 17. Februar 1738 klar hervorgeht. Wollte man einen Bogen benützen, um durch denselben das Oratorium abzutheilen, so müssten die Thüren demselben vollständig gleichkommen. Befindet sich das Oratorium in einem Theile des Palastes, wohin selten Jemand kommt, so kann die Thür des Saales als Kapellenthür gelten, wenn auch das Oratorium selbst von diesem nur durch einen Vorhang getrennt würde. Die Bedingung, welche seit Sixtus V. gestellt zu werden pflegt: *Clausa*, ist damit erfüllt.

Was gehört zur Decenz? (decenter). Die Norm der Decenz für Privat-Oratorien ist ohne Zweifel den öffentlichen zu entlehnen, wenngleich die Masse bescheidener sein können. Jedenfalls wird also das Oratorium weit genug sein müssen, um alle Berechtigten zu fassen, da es sich nicht ziemt, dass einige Personen in einem Wohnzimmer dem heiligen Opfer beiwohnen [3]). Ist der Altar so gestellt,

---

1) Theolog. mor. III. 324. Freilich schränkt er diese Ansicht bald ein: wenn der Entgelt nicht etwa ein ganz geringer ist.

2) S. C. C. bei *Gatticus* cap. 23. n. 1.

3) Der hl. Karl Borromaeus I. Conc. Mediol. p. II. Tit. Quae pertinent ad celebr. missae.

dass er grösserer Ehrfurcht halber noch mit einer besonderen Thür abgeschlossen wird, so dass die bei der h. Messe Anwesenden im Saale bleiben, so gehört also dieser eigentlich mit zu dem Oratorium. In solchem Falle muss aber alles Profane von demselben fern bleiben, denn sobald der Bischof den betreffenden Ort visitirt hat, darf derselbe nicht mehr anderen Zwecken dienstbar gemacht werden, der Altar mag offen dastehen oder aber verschlossen oder verhängt sein. Uebrigens ist es stets besser, wenn der Zugang zum Altare offen steht, damit der besondere Charakter des Saales desto klarer hervortrete. Schlafzimmer können über Privat-Oratorien viel leichter als über öffentlichen gestattet werden, weil in Privathäusern ein leerer Raum sich schwer entbehren lässt[1]) und die päpstlichen Verbote nur die öffentlichen Oratorien betreffen. Bilder und anderer Schmuck in Privatkapellen ist nicht unumgänglich, wenn nur die Vorschrift des Tridentiner Concils: »Nihil inordinatum aut praepostere et tumultuario accommodatum nihilque profanum nihilque inhonestum appareat« (Sess. XXV. Decr. de Sacr. Imagin.), beobachtet wird. Was ausserdem nach den allgemeinen Vorschriften für die Darbringung der h. Messe innezuhalten ist betreffs der Kleidung, der Messgeräthschaften und des Altares, bleibt in Kapellen so streng verpflichtend, wie in Kirchen. Der Altar ist am besten gemauert, damit schon seine äussere Form auf den Unterschied einer Feier in einem Privat-Oratorium und auf einem altare viaticum hinweist. Das Privileg des Privat-Oratoriums setzt ja die Stetigkeit des Ortes voraus, nichts aber gibt der erwählten Stätte höhere Weihe als ein bleibend aufgerichteter Altar. Ist der Altar aber von Holz, so muss er doch in jedem Falle so beschaffen sein, dass er einem altare fixum möglichst nahe kommt: »Habens Indultum a Sede Apostolica erigendi oratorium privatum in propria domo, si quis voluerit ibi aedificare altare ligneum non indiget facultate Apostolica — entschied die h. Congregation am 3. December 1661 — dummodo altare ligneum cum sacro lapide parieti colligatum amovibile non sit et altaris portatilis imaginem non prae se ferat.« Herabfallende Vela zum Schutze des Altares, ja selbst Schranken, sagt Gatticus, entsprechen den Wünschen der Kirche; auch wäre es wünschenswerth, dass sich neben dem Oratorium eine Sacristei befinde. Selbstverständlich ist die Verpflichtung den Raum des Oratoriums nicht zu profanen Zwecken zu benützen eine schwere.

Sobald ein Oratorium den vom h. Stuhle gestellten Beding-

1) La Croix Theolog. mor. Lib. VI. p. 2 n. 266.

ungen, gleichviel aus welcher Ursache, nicht mehr entspricht, darf die h. Messe in demselben nicht mehr gelesen werden. Ist der Uebelstand beseitigt, so muss nach der Ansicht Gatticos der Bischof von neuem den Ort visitiren, der wieder zur Darbringung des h. Opfers dienen soll. Ganz besonders gelten diese Ausführungen dann, wenn das Oratorium auf einige Zeit profanen Zwecken zurückgegeben war, ob selbst der Altar inzwischen stehen blieb. Wie in einer befleckten Kirche die Reconciliation, so ist in einem durch profanen Gebrauch ungeeignet gewordenen Oratorium die erneuerte Approbation des Ordinarius gefordert, nicht weniger als wenn das Oratorium aus einem Zimmer in das andere übertragen würde.

Da ein Privat-Oratorium nicht konsekrirt, noch auch feierlich benedicirt wird, ist es kein locus sacer oder religiosus, besitzt also auch nicht das Asylrecht, wie alle Autoren bezeugen und die Römischen Congregationen mehrfach entschieden haben.

7. Bevor das Oratorium in Gebrauch genommen wird, muss der Ordinarius dasselbe visitiren und approbiren oder durch einen Bevollmächtigten visitiren lassen. Ganz besonders ist bei der Visitation auf das Vorhandensein der Bedingungen zu achten, welche das Breve selbst nennt oder voraussetzt. Wie nun ohne die vorhergehende Visitation das Indult nicht in Kraft treten kann, so ist auch die Approbation des Ordinarius ungültig, wenn irgend eine der Voraussetzungen derselben nicht wirklich vorhanden ist. Hat der Ordinarius alles in Ordnung befunden, so muss er die Approbation gewähren, mündlich oder schriftlich, wie es ihm gut scheint oder die Gewohnheit es fordert. In Rom pflegt die Approbation schriftlich gegeben zu werden. Ohne genügende Gründe die Approbation verweigern, hiesse eine Gnadenverleihung des h. Stuhles unwirksam machen, wenngleich der Privilegirte inzwischen der Möglichkeit beraubt bliebe, in seinem Oratorium die h. Messe lesen zu lassen, da die Approbation zur Substanz des Privilegiums gehört. Die Approbation ist dem Gutachten (arbitrium) des Bischofes anheimgestellt, mithin gilt für ihn die Regel Lib. 50 Dig. Tit. 17 L. In personam D. de divers. regul. juris ant.: Ubicunque in bonae fidei iudiciis confertur in arbitrium Domini vel Procuratoris, eius conditio pro boni viri arbitrio hoc habendum est. Ein derartiges Gutachten nimmt aber sicher die Rechtsvorschriften als Richtschnur.

Was einmal ausreichte, damit der Ordinarius seine Zustimmung gab, genügt ebenso dazu, ihn zu verhindern, dieselbe zurückzuziehen. Stellt er aber fest, dass eine im Indult geforderte Bedingung nicht erfüllt wird, so steht es in seiner Macht, sofort die Erlaubniss im

Privatoratorium die h. Messe lesen zu lassen, zu suspendiren, wenngleich nicht er, sondern der Papst dieselbe gegeben hat, ist es doch der ausdrückliche und bestimmte Wille des h. Stuhles, dass das Privileg ebenso bei seinem ersten Gebrauche wie in der Folge stets von der Billigung des Bischofes innerhalb der beschriebenen Grenzen abhängen soll. Mag die Ursache der Suspension des Privilegs gerecht oder ungerecht sein, so lange die letztere andauert, darf kein Priester, unter dem Vorwande welches Privileges es immer sei, in einem solchen Oratorium die h. Messe lesen. S. C. C. in Toletana 21. Mai 1672. Aber wie kann es geschehen, dass der Ordinarius je erlaubterweise das Privileg suspendirt, da die Privatoratorien nach der ersten Visitation keiner ferneren mehr unterliegen [1]) und ohne eine neue Visitation die Kenntniss des Thatbestandes schwer in genügender Weise erworben wird? Wenn eine Anzeige gemacht wird oder das Gerücht sich verbreitet, dass das Oratorium nicht gut in Stand gehalten wird, die im Indult genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt werden u. s. f., so steht es dem Ordinarius frei, ja liegt ihm wohl sogar die Pflicht ob, sich von der Wahrheit oder Nichtigkeit der Anklage zu überzeugen. Eine Prokuration ist seitens der privilegirten Person nie zu entrichten, wie Fagnani in seiner Abhandlung de granciis nachweist.

8. Ein Privatoratorium wird nicht nach dem im Rituale für öffentliche Oratorien vorgeschriebenen Ritus geweiht. S. R. C. 11. März 1729. Es genügt, wie Gardellini mit Gattico bezeugt, wenn dasselbe mit Weihwasser besprengt und durch die allgemeine und gewöhnliche Formel der Weihe eines neuen Hauses benedicirt wird [2]).

Was die Functionen angeht, welche in einem Privatoratorium zulässig sind, gelten besonders die Bestimmungen, welche *Benedict XIV.* in der Constitution *Magno* §. 19 folg. giebt. Vorweg ist zu bemerken, dass, wenn in öffentlichen Oratorien die dem Pfarrer vorbehaltenen Verrichtungen nicht ausgeübt werden können, ein solches Verbot noch viel mehr von den Privatoratorien gilt. Feierliche Ceremonien irgend welcher Art gelten mit Recht als von den Privatoratorien

---

1) *Zitelli*, Apparatus iuris canonici II. ed. Rom. 1888 pg. 469 und *Ferraris*, Orator. n. 25. 26. Anderer Ansicht ist *Gatticus*, cap. 24. n. 11. Ein ausdrückliches Verbot existirt allerdings nicht, indess spricht die Praxis für Zitellis Ansicht.

2) Im Appendix des Rituale Romanum findet sich eine facultative Formel: Benedictio loci, in quo transitorie seu ad tempus missa celebranda est (approbata pro dioecesi Lugdunensi).

ausgeschlossen. Wenngleich also in den sogenannten inneren Kirchen von Collegien und Klöstern oft feierliche Messen gesungen werden, wird dies doch in den Privatkapellen der Klöster kaum je vorkommen, bleibt es jedenfalls von den Privatkapellen der Laien durch allgemeine Gewohnheit vollständig ausgeschlossen. Ein Laie, der in seinem Privatoratorium die h. Messe singen liesse, sagt Gatticus, verdiente, dass ihm das Privilegium entzogen würde, da eine derartige Feierlichkeit sicher gegen den Willen des h. Stuhles verstösst, der die Privatkapellen einzig zur Privatandacht gestattet.

Da die Rubriken des Messbuches indess auch für die stille Messe gestatten, vornehmen Personen, Prälaten und Magnaten mittels eines Kreuzes (oder Patene) durch den Ministranten den Friedenskuss zu senden, so wird dies auch gegebenenfalls in Privatkapellen zulässig sein. Die Besprengung mit Weihwasser vor der h. Messe ist sicher eine Feierlichkeit, weshalb sie ausser bei der Pfarrmesse nur in der feierlichen Conventualmesse geübt wird; auch sie muss also in einem Privatoratorium unterbleiben. Wasser indess zu weihen ist nicht verboten. Fassen wir die Absicht der Kirche bei der Weihe der Asche, der Palmen, Kerzen u. s. f. in's Auge, so kann auch darüber kein Zweifel sein, dass diese gleichfalls in Privatoratorien nicht gestattet ist. Durch die Bestreuung mit Asche wird das Volk gleichfalls der öffentlichen Busse unterworfen, durch die Lichterweihe das auf diesen Tag treffende heidnische Fest der Lupercalien verworfen und das Volk gleichsam Gottes Dienste geweiht, durch die Vertheilung der Palmen u. s. f., Christi feierlicher Triumpfzug von den Gläubigen dargestellt. Da zudem alle diese Feierlichkeiten Ceremonien verlangen, welche in Privatoratorien unzulässig sind, Incensation, Aspersion u. s. f., so verweist auch dieser Umstand derartige Andachtsübungen in die Kirchen und öffentlichen Oratorien.

Die Spendung der Taufe ist schon durch das Concil von Vienne untersagt, da Privatkapellen keinen Taufbrunnen haben. Das Sacrament der Busse darf in einem Privatoratorium gleichfalls nicht gespendet werden. Ausdrücklich sagt das Rituale Romanum (Tit. de Sacram. Poenit.): »In ecclesia, non autem in privatis aedibus confessiones audiat nisi ex rationabili causa, quae cum inciderit, studeat tamen id decenti ac patenti loco praestare.« — Der Bischof kann indess aus eben der genannten Ursache (rationabilis causa) für ein Privatoratorium die Erlaubniss geben, dass in demselben Beichte gehört werde.

Die h. Communion zur Osterzeit kann einzig in der Pfarrkirche empfangen werden, soweit es sich darum handelt, dem Kirchengebote

Genüge zu leisten. Aber darf an den übrigen Tagen die h. Communion in einem Privatoratorium gespendet werden? *Benedict XIV.* beruft sich in der citirten Constitution §. 23 auf seine Institutiones (34. §. 3): »Wenngleich das Tridentiner Concil wünschte, die Gläubigen möchten in jeder h. Messe, der sie beiwohnen, auch die h. Communion empfangen, so kann dies doch in einem Privatoratorium nur mit Erlaubniss des Bischofes geschehen.« In den Privilegien selbst wird überaus selten die weitere Erlaubniss beigefügt, im Privatoratorium die h. Communion zu empfangen [1]).

9. Auch in der orientalischen Kirche sind Privatoratorien nicht unbekannt. »Damit die Wohnung des Herrn überall gebührend zugerüstet werde,« bestimmt das Provinzial-Concil der Maroniten im Jahre 1736, Pars IV. Cap. I, »ist es keinem Welt- oder Ordenspriester gestattet, in Privatoratorien zu celebriren, welche der Bischof nicht recognoscirt und approbirt hat. Die Uebertretung zieht für den Priester die Suspension nach sich, für das Oratorium das Interdict, beides ipso facto. Ebenso verfällt ein Oratorium dem Interdict, wenn ein Weltpriester, der von seinem Bischof oder ein Ordenspriester, welcher von seinem Oberen keine Erlaubniss zu celebriren hat, in demselben zugelassen wird. Denselben Strafen unterliegen die Messe lesenden wie das Oratorium, wenn an einem Tage mehr als eine Messe in einem approbirten Oratorium ohne ausdrückliche Erlaubniss des Patriarchen und des Bischofs gelesen werden. Eine solche Erlaubniss ist nur an solchen Orten zu ertheilen, an denen sich keine öffentlichen Kirchen befinden, oder die weit von einem Orte entfernt ist, oder zahlreiche Gläubigen einer Kirche entbehren, und ganz besonders in Städten, in denen es Fremden untersagt ist, neue Kirchen oder Oratorien für uns zu bauen. Im letztgenannten Falle sind Oratorien in Privathäusern ohne Beschränkung der Zahl von Messen zu gestatten, auch an den sonst stets ausgenommenen Hochfesten. Ausserhalb der Städte aber ist an den Orten, wo die Gläubigen freie Religionsübung haben, die h. Messe nicht zu feiern am h. Weihnachtsfest, Epiphanie, Ostern, Pfingsten, Mariä Verkündigung und Himmelfahrt und der h. Apostel Petrus und Paulus, sobald die Kapelle nicht mehr als tausend Schritt von der nächsten Kirche entfernt ist. In Klöstern, welche mehr als zehn Professen zählen, kann der Abt ausser der Kirche innerhalb der Klostermauern ein Oratorium errichten, in dem selbst mehrere Messen gelesen werden. Es dürfen

---

1) Die Hofkapellen genossen früher das Recht der Exemtion. Wir lassen sie ausser Betracht, da dies Privileg nicht mehr besteht. Siehe Kirchen-Lexikon II. Aufl., Hofkapläne.

desshalb Chor und feierliches Amt in der Kirche an keinem Tage ausgelassen werden, auch können Frauen unter keinem Vorwande in die Kapelle zugelassen werden.«

Bei den Ruthenen in Galizien kann jeder Priester beider Riten in den öffentlichen, ja auch in den Privatkapellen das heilige Opfer darbringen. Immer aber hat er zuvor den Pfarrer des Ortes, in dessen Pfarrei ein Privatoratorium gelegen ist, um Erlaubniss zu bitten (Concord. Bb.) In lateinischen Oratorien kann ein lateinischer Priester nur auf einem Altarsteine die h. Messe lesen, nicht auf einem Antimension. *Benedict. XIV.* Const. *Imposito Nobis.*

Bei den Armeniern im Constantinopolitanischen Patriarchat kam im dritten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts der Gebrauch auf, in den Häusern ausserhalb der Kirche zu celebriren. Bis dahin waren nur feierliche Messen üblich [1]). Gregor XVI. bestimmte in der Constitution *Inter gravissimas*: »Haec consuetudo celebrandi sacrum in privatis aedibus, etsi certis legibus circumscribenda videatur, ne id sine iusta et gravi causa fiat, tamen tolerari poterit, quoad usque pro Armenis catholicis publicae adstructae fuerint ecclesiae.«

10. Beispiele von Indulten. I. Gewöhnliche Formel (*Ferraris*, Orat. n. 7): Dilecte Fili . . spirituali consolationi tuae, quantum cum Domino possumus, benigne consulere teque specialibus favoribus et gratiis prosequi volentes . . supplicationibus tuo nomine Nobis super hoc humiliter porrectis inclinati Tibi, qui ut asseris nobili genere procreatus existis, ut in privato domus tuae solitae habitationis in dioecesi N. existentis oratorio, ad hoc decenter muro exstructo et ornato (seu: exstruendo et ornando) ab omnibus domesticis usibus libero per Ordinarium loco prius visitando et approbando ac de ipsius Ordinarii licentia eius arbitrio duratura, unam missam pro unoquoque die, dummodo in eadem domo celebrandi licentia, quae adhuc duret, alteri concessa non fuerit, per quemcunque sacerdotem ab eodem Ordinario approbatum saecularem seu regularem, sine tamen quorumcunque iurium parochialium praeiudicio, ac Paschatis, Pentecostes, Nativitatis D. N. J. Chr. aliisque solemnioribus anni festis diebus exceptis, in tua ac familiae et hospitum nobilium tuorum praesentia celebrare facere libere et licite possis et valeas, auctoritate Apostolica tenore praesentium concedimus. Non obstantibus . . . volentes autem, quod familiares servitiis tuis tempore dictae missae actu non necessarii ibidem missae huiusmodi interessentes ab obligatione au-

---

1) Bei den Armeniern Galiziens und Ungarns wie bei den Mechitaristen waren stille Messen schon früher üblich.

diendi missam in ecclesia diebus festis de praecepto minime liberi censeantur . . .«

II. Formel für Kranke (Fol. des Secret. S. C. C. 2. Dec. 1724): »Cum sicut nuper exponi fecisti, alias tibi asserenti te nobilem existere, auctoritate Apostolica sub certis modo et forma tunc expressis indultum fuerit, ut in privatis domorum tuae habitationis oratoriis et c. unam missam pro unoquoque die, Paschatis tamen Resurrectionis, Pentecostes et Nativitatis Domini et c. festis diebus exceptis, in tua ac familiae tuae praesentia celebrari facere libere ac licite posses et valeres et c., tu vero cum quibusdam corporis infirmitatibus labores, propter quas domo etiam diebus supra exceptis missam audiendi causa egredi non potes et c. Nos te specialiter volentes et c., tibi ut durantibus infirmitatibus huiusmodi praedictam unicam missam in privatis oratoriis supra dictis etiam diebus uti supra exceptis, si in illis propter corporis imfirmitatem domo missam audiendi causa egredi non potes, ut praefertur, in tua ac unius personae servitiis tuis necessariae dumtaxat praesentia celebrari facere libere et licite possis et c. tenore praesentium concedimus et indulgemus.«

(Schluss folgt.)

XXIV.

Norwegische Staatskirchengesetze.

Mitgetheilt von Dr. *J. B. O. Fallise*, Weihbischof und Apostol. Vicar.

1.

Norwegische Verfassungsbestimmungen über das religiöse Bekenntniss seiner Bewohner und Beamten.

»§. 2. Die evangelisch-lutherische Religion bleibt die öffentliche Religion des Staates. Die Einwohner, die sich zu derselben bekennen, sind verpflichtet, ihre Kinder in derselben zu erziehen. Jesuiten und Mönchsorden [bedeutet nach norwegischem Sprachgebrauch: religiöse Männerorden] sollen nicht zugelassen werden.«

»§. 4. Der König soll sich stets zur evangelisch-lutherischen Religion bekennen, sie aufrecht erhalten und beschützen.«

»§. 16. Der König verordnet allen öffentlichen [lutherischen] Kirchen- und Gottesdienst, alle Zusammenkünfte und Versammlungen betreffend [lutherische] Religionssachen und achtet darauf, dass alle öffentlichen Lehrer der [lutherischen] Religion die vorgeschriebenen Normen befolgen.«

»§. 21. Der König wählt und ernennt nach Anhörung seines norwegischen Staatsrathes [Ministerium] alle civilen, *geistlichen* und Militär-Beamten. Diese schwören der Verfassung und dem Könige Gehorsam und Treue.«

2.

»§. 92. erhielt am 15. Juni 1878[1]) folgenden Wortlaut:

»Nur der, welcher sich zur öffentlichen Religion des Staates bekennt, kann Mitglied des königlichen Rathes [Ministerium] sein oder ein Richteramt bekleiden. Dasselbe gilt auch, bis es durch Gesetz anders bestimmt wird, bezüglich der übrigen Staatsämter.«

Durch Verfassungsveränderung vom 4. Juni 1892 (Siehe Norsk lovtidende, 2den afdeling, 1892, pag. 470) erhielt dieser Passus folgenden Wortlaut:

»Nur Der, welcher sich zur öffentlichen Religion des Staates

---

1) Der ursprüngliche Verfassungstext vom 4. November 1814 lautete wie folgt: »Zu Aemtern im Staate können nur norwegische Bürger ernannt werden, die sich zur evangelisch-lutherischen Religion bekennen u. s. w.«

bekennt, kann Mitglied des königlichen Rathes sein. Bezüglich der übrigen Staatsämter wird das Nothwendige durch Gesetz bestimmt.«

3.

In Folge dieser Verfassungsveränderung wurde durch Gesetz vom 6. Juli 1892 [ibid. pag. 582] Folgendes bestimmt:

»In §. 1. des Gesetzes vom 14. Juni 1880 betreffend die Confession der Beamten sollen die Worte »und den Richtern« gestrichen werden.«

Dieses Gesetz vom 14. Juni 1880 (Siehe Norsk lovtidende, 2den afdeling, 1880, pag. 287) lautete wie folgt:

»§. 1. Ausser den Mitgliedern des königlichen Rathes [Ministeriums] *und den Richtern* sowie den geistlichen Beamten und den zur theologischen Facultät gehörenden Lehrern und überhaupt den Beamten, denen es obliegt, [lutherischen] christlichen Religionsunterricht zu ertheilen, sollen alle bei dem [staatlichen oder communalen] Volksschulwesen oder zu dessen Förderung angestellten Beamten, die Leiter von [staatlichen oder communalen] Schulen für höhere Volksbildung *und die civilen Oberbehörden* [d. i. die Amtmänner, die ungefähr die Stellung eines preussischen Regierungspräsidenten oder eines französischen préfet bekleiden,] sich zu der öffentlichen Staatsreligion bekennen.

»§. 2. Andere Aemter können auch von Männern bekleidet werden, *die sich zur christlichen Religion bekennen, ohne Mitglieder der Staatskirche zu sein, oder solchen, die in Bezug auf freie Religionsübung diesen gleich gestellt sind* [zur Zeit die Juden].

»§. 3. Sofern Beamte, welche sich nicht zur öffentlichen Religion des Staates bekennen, sich an solchen zu ihrem Amte gehörigen Geschäften betheiligen sollten, welche die Staatskirche oder die Leitung des [staatlichen oder communalen] Schulwesens betreffen, bestimmt der König, wie man sich vorkommenden Falles bei der Ausführung dieser Geschäfte zu verhalten hat, doch so, dass daraus der öffentlichen Kasse keine Mehrausgabe erwächst.«

Dieses Gesetz wurde durch Beschluss des Storthings vom 24. April 1894, der auch vom Könige im Juli 1894 sanctionirt wurde (das betreffende Heft der »Lovtidende« ist noch nicht erschienen), durch folgendes Gesetz ersetzt:

»§. 1. Ausser den Mitgliedern des königlichen Rathes [§. 92 der Verfassung] sowie den geistlichen Beamten, den zur theologischen Facultät gehörenden Universitätslehrern und überhaupt den Beamten, denen es obliegt, christlichen Religionsunterricht zu er-

theilen, sollen alle bei dem Volksschulwesen oder dessen Förderung angestellten Beamten und die Leiter von Schulen für höhere Volksbildung sich zur öffentlichen Religion des Staates bekennen.

»§. 2. Andere Aemter können auch von Männern bekleidet werden, die sich nicht zur öffentlichen Religion des Staates bekennen.

»§. 3. (Unverändert wie im Gesetze von 1880).«

»§. 4. setzt die oben citirten Gesetze vom 14. Juni 1880 und 6. Juli 1892 ausser Kraft.«

4.

Bestimmungen im norwegischen Schulgesetz vom 26. Juni 1889 betreffend die Dissenter.

In §. 4. . . . »Die Kinder von Dissentern sind auf Verlangen der Eltern ganz oder theilweise [je nachdem die Eltern dies verlangen] vom [lutherischen] christlichen Religionsunterricht zu entbinden« [wenn sie überhaupt die Communalschule besuchen].

Im §. 28 . . . »Niemand kann fest zu einem vollständigen Lehrerposten [an einer Communalschule] angestellt werden, es sei denn, dass er der Staatskirche angehöre.«

In §. 40. . . . »Wenn ein Mitglied der [gewählten communalen] Schulbehörde der Staatskirche nicht angehört, dann kann er sich nicht an der Behandlung irgend eines Gegenstandes betheiligen, der den [lutherischen] christlichen Religionsunterricht betrifft.«

§§. 49—57. behandeln den Privatunterricht der Kinder von $6^1/_2$ bis 50 Jahren und die Privatschulen, *denen auch die katholischen Schulen zugerechnet werden.* Es wird nur gefordert, dass die Kinder etwas Ordentliches lernen, und nur wenn die Schulbehörde sich überzeugt hat, dass ein Kind versäumt wird, darf sie zuerst die Eltern ermahnen, dann die Kinder zur Prüfung durch den eigenen Lehrer der Kinder vorladen und, wenn sich dann zeigt, dass sie versäumt sind, die Eltern zwingen, sie in die Communalschule zu schicken. §. 56. sagt: »Jeder, der die *Leitung* einer privaten Elementarschule für Kinder unter 15 Jahren übernehmen will, hat unter Strafe von 50 Kronen dies bei der [communalen] Schulbehörde anzumelden. Personen, deren Moralität es unverantwortlich macht, dass sie einer Kinderschule vorstehen, kann es von der [communalen] Schulbehörde verboten werden, Schüler unter 15 Jahren anzunehmen . . .« §. 57. »Jeder Leiter einer privaten Elementarschule für Kinder unter 15 Jahren ist verpflichtet, in der ihm aufgegebenen Frist die Angaben über seine Schule einzusenden, welche die [communale] Schulbehörde verlangen sollte . . .«

Weitere Einschränkungen der Freiheit von Privatschulen bestehen nicht.

5.

Gesetz betreffend die christlichen Dissenter und Andere, die nicht Mitglieder der Staatskirche sind.

Wir, Oscar, von Gottes Gnaden König von Schweden und Norwegen und der Gothen und Wenden,

machen bekannt: dass Uns der Beschluss des eben versammelten Storthing vom 12. Juni dieses Jahres vorgelegt worden ist, der lautet wie folgt:

§. 1. Dissenter, worunter in gegenwärtigem Gesetze Solche verstanden werden, die sich zu der christlichen Religion bekennen, ohne Mitglieder der Staatskirche zu sein, geniessen freie öffentliche Religionsübung innerhalb der Grenzen des Gesetzes und der Ehrbarkeit und können Gemeinden mit eigenen Priestern oder Vorstehern bilden.

§. 2. Um der Rechte theilhaftig zu werden, die in diesem Gesetze geordneten Dissentergemeinden zuerkannt werden, muss eine gemäss §. 1. gebildete Dissentergemeinde der bürgerlichen Oberbehörde melden, wer ihr Priester oder Vorsteher ist, und muss überdies der Letztere bei derselben Oberbehörde das schriftliche Versprechen abgeben, dass er in seiner Stellung sich den Staatsgesetzen fügen und der Wahrheit und Pflicht treu verhalten werde, in welcher Beziehung er derselben Verantwortlichkeit unterliegt wie die öffentlichen Beamten. [Eben, 1894, wurde beim Storthing die Aufhebung der Verpflichtung zu diesem Versprechen beantragt. Anmerk. des Uebersetzers].

Ein Priester oder Vorsteher einer geordneten Dissentergemeinde braucht bei Versetzung nach einer andern Gemeinde seiner Religionsgesellschaft der Oberbehörde nur seine Versetzung anzumelden und dieser den Beweis zu erbringen, dass er als Priester bei der neuen Gemeinde angestellt ist.

Im Falle der Priester oder Vorsteher sein Amt aufgibt, soll er, oder, wenn er gestorben ist, der, welcher den Todesfall beim Erbgerichte anzumelden hat, sofort die Oberbehörde davon unterrichten. Während der Vacanz kann eine zeitweilige Ordnung getroffen werden, wovon die Behörde zu unterrichten ist.

Die Gründung von geordneten Dissentergemeinden und die Anstellung von Priestern oder Vorstehern sowie Veränderungen, die in dieser Beziehung eintreten, werden von der Behörde in dem öffentlichen Verkündigungsblatt veröffentlicht.

§. 3. Die Priester oder Vorsteher einer geordneten Gemeinde sollen die [Civilstands-] Register führen, welche vom Könige verordnet werden, und dieselben, so oft dies verlangt wird, der Behörde zur Einsicht vorlegen. Sie sind verpflichtet, Zeugnisse auszustellen und der Behörde Mittheilungen über ihre Gemeinden zu machen in derselben Weise, wie dies den Priestern der Staatskirche obliegt. Spätestens einen Monat nach Ablauf eines jeden Jahres haben sie der Behörde ein Verzeichniss einzusenden über die Anzahl der Mitglieder der Gemeinde zugleich mit einem Verzeichniss der im verflossenen Jahre aufgenommenen Mitglieder, begleitet, sofern diese aus der Staatskirche ausgetreten sind, von einer Erklärung des betreffenden [staatskirchlichen] Pfarrers, dass sie sich gesetzlich ausgemeldet haben, sammt [einem Verzeichniss] der im Laufe des Jahres vorgekommenen Ausmeldungen, Geburten und Sterbefällen sowie der gemäss §. 9. ausgeführten Eheschliessungen. Von diesen Verzeichnissen theilt die Obrigkeit dem [staatskirchlichen] Pfarrer die nothwendigen Auszüge mit Behufs Einführung in das Kirchenbuch [allgemeines Civilstandsbuch des Pfarrbezirkes].

Die Schemata zu den Registern, die von der Obrigkeit autorisirt werden, und für die jährlichen Verzeichnisse werden vom König vorgeschrieben. Wird die Gemeinde aufgelöst, dann wird das Register an die Behörde zur Aufbewahrung abgeliefert. Dasselbe gilt, wenn die Gemeinde auf Grund eingetretener Umstände nicht mehr als geordnete Gemeinde gemäss §. 2. angesehen werden kann, jedoch so, dass, wenn die Gemeinde später wieder zu einer geordneten wird, das Register auf Verlangen deren Priester oder Vorsteher ausgeliefert werden soll.

§. 4. Dissenter sind befreit von persönlichen Abgaben zu Gunsten der Staatskirche und ihrer Diener. Sind diese Abgaben einbegriffen in Beträgen, die als Personalsteuer an die [Civil-] Gemeinde ententrichtet werden, dann werden sie mit einem von der Gemeindeverwaltung zu bestimmenden Betrage ausser Betracht gesetzt [abgezogen] bei der Berechnung der Steuerbeträge, die auf Diejenigen fallen, welche in dem dem Steuerjahre vorausgehenden Jahre bis zum 30. September einschliesslich ununterbrochen Dissenter gewesen sind und bis zum folgenden 15. October bei der Steuervertheilungs-Commission als solche angemeldet sind. Die Gemeindeverwaltung bestimmt, ob diese Befreiung auch für die Steuer von dem [Grund-] Eigenthum gelten soll. Dagegen sind Dissenter nicht befreit vom Zehnten oder andern an festem Eigenthum haftenden Abgaben oder Lasten [die noch an einigen Stellen als alte Realabgaben bestehen,

aber auch abgelöst werden können gegen Erlegung des Werthes in Kapital].

Die Gemeindeverwaltung kann Dissenter ganz oder theilweise befreien von persönlichen oder den auf ihr festes Eigenthum fallenden Abgaben zu Gunsten der [lutherischen] Volksschule — doch ganz nur dann, wenn sie eine der Volksschule im Wesentlichen entsprechende vollständige Schule haben, welche die Schulbehörde befriedigend findet, und dazu für ihre Kinder die Volksschule nicht benutzen. Anträge um diese Befreiung müssen bis zum 30. September des dem Steuerjahre vorausgehenden Jahres eingereicht werden.

§. 5. Gottesdienst oder religiöse Versammlungen, die nicht als Hausandacht anzusehen sind, dürfen nicht bei geschlossenen Thüren abgehalten werden.

§. 6. Jeder Dissenter, der einen aus der Staatskirche Ausgetretenen in Religionsgemeinschaft mit sich aufnimmt, ohne dass der Betreffende dadurch einer geordneten Dissentergemeinde einverleibt wird, hat Dies innerhalb eines Monates der Ortsbehörde anzuzeigen und das Attest beizulegen, dass der Betreffende gesetzlich aus der Staatskirche ausgemeldet ist.

§. 7. Dissenter, die einer geordneten Gemeinde angehören, haben ihrem Priester oder Vorsteher Geburten und Sterbefälle anzuzeigen innerhalb eines Monates nachdem dieselben stattgefunden haben. Dissenter, die nicht einer geordneten Gemeinde angehören, haben innerhalb derselben Frist die gleiche Anzeige bei der Behörde zu machen.

Die Anzeigen müssen die Angaben enthalten, die der König bestimmt.

Bevor ein Dissenter begraben wird, hat Derjenige, der den Begräbnissceremonien vorsteht, den Beweis dafür zu verlangen, dass der Todesfall bei dem Erbgericht angemeldet ist.

§. 8. Der Priester oder Vorsteher einer geordneten Dissentergemeinde hat das Recht, Eheschliessungen zwischen Dissentern vorzunehmen, von denen Einer oder Beide seiner Religionsgesellschaft zugehören, sofern die Formen, unter denen die Heirath innerhalb der betreffenden Religionsgesellschaft abgeschlossen werden, vom Könige gutgeheissen werden.

Das Nothwendige darüber ist auf Veranlassung der weltlichen Oberbehörde in dem öffentlichen Verkündigungsblatte zu veröffentlichen.

§. 9. Heirathen zwischen Dissentern werden mit rechtsgiltiger Wirkung abgeschlossen entweder durch Einsegnung durch einen Priester oder Vorsteher einer geordneten Dissentergemeinde (§. 8),

oder auf bürgerliche Weise vor dem Notarius publicus an dem Orte, wo Einer von Denen, die heirathen sollen, sich aufhält.

Heirathen zwischen einem Mitglied der Staatskirche und einem Dissenter werden abgeschlossen entweder durch die staatskirchliche Einsegnung, oder, sofern der Dissenter zu einer Dissentergesellschaft gehört, die am Orte eine geordnete Gemeinde gebildet hat, vor deren Priester oder Vorsteher, oder auf bürgerliche Weise vor dem betreffenden Notarius publicus. Der betreffende Priester oder Vorsteher darf sich jedoch weigern, die Einsegnung vorzunehmen.

§. 10. Auf bürgerliche Weise wird die Heirath dadurch abgeschlossen, dass die betreffenden Mann und Weib vor dem Notarius publicus ihren Entschluss aussprechen, miteinander die Ehe einzugehen, und darauf von ihm als Ehegatten erklärt werden. Bei dieser Handlung geht der Notarius publicus vor gemäss einem vom Könige bestimmten Formular, und dazu wird eine Erklärung über das Vorgegangene sofort in das Notariatsregister aufgenommen und von den Ehegatten unterschrieben.

Ueber jede auf bürgerliche Weise geschlossene Heirath hat der Notarius publicus innerhalb acht Tagen Anzeige an den [staatskirchlichen] Pfarrer des Ortes zu machen, wo die Ehegatten ihren Wohnsitz haben, oder, wenn dieser Ort nicht angegeben werden kann, an den Pfarrer des Ortes, wo die Heirath geschlossen worden ist. Die Anzeige soll von den Angaben begleitet sein, die vom König bestimmt werden.

§. 11. Bevor die Ehe in der in §. 9. angegebenen Weise abgeschlossen wird, muss dafür gesorgt werden, dass dieselben Legitimationen beigebracht werden, welche für den Abschluss von Ehen zwischen Mitgliedern der Staatskirche gefordert sind; doch werden keine Proclamationen verlangt, sofern die Einsegnung nicht in der Staatskirche geschieht, und für den Dissenter kein Beweis dafür, dass er getauft ist und das Abendmahl empfangen hat.

§. 12. Wenn Dissenter vor dem Notarius publicus die Ehe eingegangen sind und Beide oder Einer von ihnen zur Staatskirche übertreten, oder wenn ein Mitglied dieser Kirche und ein Dissenter auf diese Weise die Ehe eingegangen sind, dann kann ihre Ehe, wenn sie selbst es wünschen und der betreffende staatskirchliche Priester Nichts dagegen einzuwenden hat, [staats-] kirchlich eingesegnet werden.

§. 13. Der durch Verordnung vom 18. October 1811 vorgeschriebene geistliche Versöhnungsversuch zwischen Ehegatten, die um Separation oder Ehescheidung einkommen, ist für Dissenter, die einer

geordneten Gemeinde angehören, von ihrem eigenen Priester oder Vorsteher vorzunehmen, fällt jedoch fort bei anderen Dissentern.

§. 14. Die Kinder von Ehegatten, von denen der Eine der Staatskirche angehört, werden als dieser zugehörig angesehen, es sei denn, dass die Eltern das Entgegengesetzte ausdrücklich erklären. Die Kinder von Eltern, die beide Dissenter sind, werden als nicht der Staatskirche zugehörig angesehen, es sei denn, dass die Eltern das Entgegengesetzte ausdrücklich erklären. Wenn die Eltern getrennt von einander leben, oder wenn der Eine von ihnen oder Beide todt sind, dann gibt derjenige, der die Erziehung der Kinder besorgt, in dieser Beziehung eine gültige Erklärung ab.

Die letztgenannte Regel gilt auch in Bezug auf Kinder, die wegen der Gleichgültigkeit oder Lasterhaftigkeit der Eltern von Fremden versorgt oder erzogen werden müssen, sowie auch in Bezug auf uneheliche Kinder, deren Vater oder Mutter Dissenter ist. Die Erklärung wird bei dem [staatskirchlichen] Ortspfarrer abgegeben.

Das Recht, gemäss der obigen Bestimmung eine Erklärung in Bezug auf die religiöse Erziehung eines Kindes abzugeben, dauert, bis das Kind das fünfzehnte Jahr zurückgelegt hat. Ist das Kind in dem Glauben der Staatskirche erzogen worden und hat die Vorbereitung zu einer Confirmation in dieser Kirche schon begonnen vor dem genannten Alter, dann soll diese [Vorbereitung], wenn das Kind es wünscht, vollendet und das Kind confirmirt werden.

§. 15. Die Bestimmungen, welche gelten in Bezug auf Ruhe und Einstellung der Geschäfte an den Sonn- und Festtagen der Staatskirche, sind auch bindend für Dissenter.

§. 16. Sofern die Dissenter nicht den allgemeinen Friedhof benutzen, sind sie bei der Wahl ihres Begräbnissplatzes den näheren Bestimmungen der Behörde unterworfen, wie sie auch verpflichtet sind, in Bezug auf die Begräbnisse den Vorschriften der Gesundheitspolizei zu gehorchen. Benutzen sie den allgemeinen Friedhof, dann soll es ihnen erlaubt sein, die [staatskirchlichen] Kirchenglocken zu benutzen.

§. 17. Dissenter können in der Staatskirche keine Anstellungen und Aemter bekleiden und sich nicht betheiligen an communalen Verhandlungen und Beschlüsssen betreffend die Staatskirche. [Gemäss andern Gesetzen kann ein Dissenter nicht König, Minister, Lehrer an einer (confessionellen) Gemeindeschule, Director oder Religionslehrer an einer höheren Staats- oder Gemeindeschule und Mitglied der Aufsichtsbehörde über Communalschulen sein, weil alle

Diese in staatskirchlichen Gegenständen zu entscheiden, resp. zu lehren haben].

§. 18. Niemand kann sich vor zurückgelegtem fünfzehnten Jahre aus der Staatskirche ausmelden. Die Ausmeldung geschieht entweder mündlich oder schriftlich bei dem betreffenden Pfarrer unter Beifügung der Angaben, welche vom König bestimmt werden. Die Ausmeldung wird darauf vom Pfarrer in's Kirchenbuch eingeführt. Dem Austretenden soll unentgeltlich ein Ausmeldungsattest ausgestellt werden.

§. 19. Kein Dissenter kann sich in die Staatskirche einmelden, bevor er sein fünfzehntes Jahr vollendet hat. Will ein Solcher zur Staatskirche übertreten, dann hat er sich zu diesem Behufe an einen [staatskirchlichen] Pfarrer zu wenden. Ist er nicht getauft, dann wird verfahren gemäss den Bestimmungen des Kirchenrituales bei der Taufe von Erwachsenen. Ist er getauft, dann soll er entweder confirmirt werden oder vor dem Priester und zwei Beihelfern die Erklärung abgeben, dass er sich zum Glauben der Staatskirche bekennt.

Führt der, welcher sich in die Staatskirche einmelden will. einen offenbar ärgerlichen Wandel, soll ihm die Aufnahme verweigert werden, so lange dieser Umstand fortbesteht.

Bevor Jemand aus einer geordneten Dissentergemeinde in die Staatskirche aufgenommen wird, soll er ein Attest vom Priester oder Vertreter der betreffenden Gemeinde, oder [Dies aus Rücksicht auf den katholischen Priester, der zu keiner Apostasie mitwirken kann,] eine schriftliche Erklärung zweier glaubwürdiger Zeugen vorlegen, um darzuthun, dass er sich aus der [Dissenter-] Gemeinde ausgemeldet hat. Das erwähnte Attest ist unentgeltlich auszustellen.

§. 20. Dissenter dürfen Niemanden taufen oder auf andere Weise mit sich in Religionsgemeinschaft aufnehmen, der nicht gesetzlich aus der Staatskirche ausgemeldet ist.

§. 21. Niemand darf durch Anwendung von Beweggründen, die der allgemeinen Sittlichkeit widerstreiten, durch Versprechen von zeitlichen Vortheilen, durch betrügerische Mittel oder durch Drohungen Jemanden von einem Religionsbekenntnisse zu einem andern zu bringen suchen.

§. 22. Die Uebertretung von den §§. 5 und 20 sowie die Unterlassung der unter den §§. 6 und 7 vorgeschriebenen Anzeigen wird mit Bussen bestraft. Die Uebertretung von §. 21. wird, sofern die Handlung nicht schon ohnehin eine höhere Strafe mit sich führt, mit Bussen und im Wiederholungsfalle mit Gefängniss oder Bussen bestraft.

§. 23. Sachen, welche die Uebertretung der §§. 6, 7 und 20 gegenwärtigen Gesetzes betreffen, werden als Polizeisachen behandelt. Für die Uebertretung des §. 5. ist verantwortlich der Gemeindevorsteher oder Derjenige, welcher in der Versammlung einen Vortrag gehalten hat, oder Derjenige, der das Local hergegeben hat, im Falle der Schliessung mit seiner Erlaubniss geschehen ist.

§. 24. Die Bestimmungen gegenwärtigen Gesetzes sollen auch anwendbar sein in Bezug auf Diejenigen, die sich zur mosaischen Religion bekennen, jedoch so, dass die Ehe zwischen Personen, von denen der Eine sich zur mosaischen Religion bekennt, mit rechtsgültiger Wirkung nur auf bürgerliche Weise vor dem Notarius publicus geschlossen werden kann, so wie es unter §. 9. vorgeschrieben ist. Die unter §. 12. besprochene Einsegnung einer Ehe, welche vor dem Notarius publicus abgeschlossen worden ist, in der Staatskirche, kann nicht stattfinden, so lange einer der Ehegatten sich zur mosaischen Religion bekennt.

Die Bestimmung im ersten Absatze des §. 4. betreffend die Befreiung der Dissenter von Abgaben zu Gunsten der Staatskirche und deren Diener, sowie die Bestimmung in §. 7, insofern derselbe Dissenter, die nicht zu einer geordneten Gemeinde gehören, verpflichtet, Geburten und Sterbefälle bei der Behörde anzuzeigen, und die Bestimmung in §. 13, insofern derselbe den für Separation oder Ehescheidung vorgeschriebenen Versöhnungsversuch fortfallen lässt für Dissenter, die keiner geordneten Gemeinde angehören, sammt §. 17 sollen ebenfalls anwendbar sein auf alle Diejenigen, die weder zur Staatskirche noch zu einer andern christlichen Religionsgesellschaft gehören.

§. 25. Soweit nicht die Bestimmungen gegenwärtigen Gesetzes oder andere Gesetze Ausnahmen mit sich führen, begründet die Verschiedenheit des Religionsbekenntnisses keinen Unterschied in den Pflichten und Rechten. [Gemäss §. 2 der Verfassung dürfen »Jesuiten und Mönche« sich nicht im Lande niederlassen; doch ist die Abschaffung dieser Bestimmung bereits beim Storthing beantragt. — Wenn seine religiöse Ueberzeugung den Eid nicht zulässt, darf den Eid durch eine Versicherung an Eidesstatt ersetzen. — Siehe auch die Anmerkung zu §. 17].

§. 26. Gegenwärtiges Gesetz tritt in Kraft vom 1. Januar 1892 an. Von da an sind aufgehoben das Dissentergesetz vom 16. Juli 1845 und das Gesetz vom 29. Juni 1888, welches eine Abänderung desselben enthält. Es werden gleichfalls aufgehoben §. 2. im Gesetze vom 24. September 1851 betreffend die Aufhebung des bisher

bestehenden Verbotes des Aufenthaltes von Juden im Lande sowie beziehungsweise §. 28. und §. 20. in den Gesetzen vom 15. April 1882 über das communale Steuerwesen für das Land und für die Handelsplätze.

Denn Wir haben diesen Beschluss als Gesetz angenommen und bekräftigt, wie Wir ihn hiermit annehmen und bekräftigen unter Unserer Handschrift und dem Reichssiegel.

Gegeben auf dem Schlosse zu Stockholm, den 27. Juni 1891.

(L. S.) *Oscar.*

Blehr. *Lehmann.*

Sowohl die geordnete Religionsgesellschaft als jede einzelne Religionsgemeinde besitzt die Rechte einer juridischen Person und kann ohne irgendwelche Intervention der Civilbehörden kaufen und verkaufen was sie will, und bleibt das Kirchenvermögen ohne Weiteres, auch ohne Kauf- und Schenkungsakt und ohne Testament, der Religionsgesellschaft, resp. der Religionsgemeinde, wenn der Vertreter derselben, z. B. bei den Katholiken der Apostololische Vicar, resp. der Pfarrer, gewechselt wird oder stirbt. Sobald der Apost. Vicar seine Ernennung von Rom, der Pfarrer seine Ernennung vom Apost. Vicar vorzeigt, wird er auch als Civilvertreter des Vicariates, resp. der Gemeinde anerkannt mit dem Rechte, alle civilrechtlichen Akte vorzunehmen.

Während sonst Fremde in Norwegen nur mit Ermächtigung des Königs Grundgüter erwerben können, dürfen die Vorsteher von Religionsgenossenschaften und Gemeinden ohne Ermächtigung Grundgüter erwerben für Kirchen, Pfarrhäuser, Schulen und Friedhöfe, auch wenn sie Fremde sind.

In ihren eigenen Schulen sind diese Vorsteher absolut Meister. So gründet der Apostol. Vicar eigene katholische Schulen, schreibt alle Reglemente für dieselben vor, prüft das Lehrpersonal, setzt es an und ab, inspicirt selbst oder durch Andere die Schulen, muss aber auch für deren Unterhalt sorgen. Nur dann, wenn nach streng gesetzlichen Ermittelungen erwiesen wäre, dass Kinder in unsern Schulen verwahrlost würden, könnte die Civilgemeinde die Eltern zwingen, ihre Kinder in die Communalschule, nicht aber in den lutherischen Religionsunterricht zu schicken.

XXV.

SS. DOMINI NOSTRI **LEONIS** DIV. PROVID. PAPAE XIII.

EPISTOLA APOSTOLICA

PRINCIPIBUS POPULISQUE UNIVERSIS

LEO PP. XIII.

Salutem et Pacem in Domino.

Praeclara gratulationis publicae testimonia, quae toto superiore anno, ob memoriam primordiorum episcopatus Nostri, undique accepimus, quaeque proximo tempore insignis Hispanorum pietas cumulavit, hunc imprimis attulere Nobis laetitiae fructum, quod in illa similitudine concordiaque voluntatum eluxit Ecclesiae unitas, eiusque cum Pontifice maximo mira coniunctio. Videbatur per eos dies orbis catholicus, quasi rerum ceterarum cepisset oblivio, in aedibus Vaticanis obtutum oculorum animique cogitationem defixisse. Principum legationes, peregrinorum frequentia, plenae amoris epistolae, caerimoniae sanctissimae id aperte significabant, in obsequio Apostolicae Sedis cor unum esse omnium catholicorum et animam unam. Quae res hoc etiam accidit iucundior et gratior, quia cum consiliis coeptisque Nostris admodum congruens. Siquidem gnari temporum et memores officii, in omni pontificatus Nostri cursu, hoc constanter spectavimus, atque hoc, quantum docendo agendoque potuimus, conati sumus, colligare Nobiscum arctius omnes gentes omnesque populos, atque in conspicuo ponere vim pontificatus romani, salutarem in omnes partes. Maximas igitur et agimus et habemus gratias primum quidem benignitati divinae, cuius munere beneficioque id aetatis attigimus incolumes: deinde viris principibus, episcopis, clero, privatisque universis, quotquot multiplici testificatione pietatis et obsequii dedere operam ut personam ac dignitatem Nostram honore, Nosque privatim opportuno solatio afficerent.

Quamquam ad plenum solidumque solatium, multum sane defuit. Nam inter ipsas popularis laetitiae studiique significationes, obversabatur animo multitudo ingens, in illo gestientium catholicorum consensu aliena, partim quod evangelicae sapientiae est omnino expers, partim quod, licet christiano initiata nomini a fide catholica dissidet. Qua re graviter commovebamur, commovemur: neque enim fas est sine intimo doloris sensu cogitationem intendere in tantam

generis humani partem longe a Nobis, velut itinere devio, digredientem. — Iamvero, cum Dei omnipotentis vices in terris geramus, qui vult omnes homines salvos fieri et ad agnitionem veritatis venire, cumque Nos et sera aetas et amara curarum ad humanum urgeant exitum, visum est redemptoris magistrique nostri Iesu Christi in eo imitari exemplum, quod proxime ad caelestia rediturus summis precibus a Deo Patre flagitavit, ut alumni sectatoresque sui et mente et animo unum fierent: *Rogo . . . . ut omnes unum sint, sicut tu Pater in me, et ego in te, ut et ipsi in nobis unum sint* [1]). Quae quidem praecatio obsecratioque divina quoniam non eos tantum complectitur qui tunc in Iesum Christum crederent, sed etiam quotquot crediturі reliquo tempore essent, idcirco dat illa Nobis causam non ineptam aperiendi fidenter vota Nostra, conandique, quoad possumus, ut homines, nullo generis locorumve discrimine, ad fidei divinae unitatem vocentur atque incitentur universi.

Urgente propositum caritate, quae illuc accurrit celerius, ubi opitulandi necessitas maior, primum quidem provolat animus ad gentes omnium miserrimas, quae Evangelii lumen vel nullo modo acceperunt, vel acceptum incuria seu longinquitate, restinxerunt: proptereaque Deum ignorant, et in summo errore versantur. Quoniam salus omnis a Iesu Christo proficiscitur, *nec enim aliud nomen est sub caelo datum hominibus, in quo nos oporteat salvos fieri,* [2]) votorum Nostrorum hoc est maximum, posse sacrosancto Iesu nomine cunctas terrarum plagas celeriter imbui adque compleri. Qua in re munus efficere sibi demandatum a Deo Ecclesia quidem nullo tempore praetermisit. Quid enim undeviginti saecula laboravit, quid egit studio constantiaque maiore, quam ut ad veritatem atque instituta christiana gentes adduceret? Hodieque frequenter maria transmittunt, ad ultima loca progressuri, ex auctoritate Nostra praecones Evangelii: quotidieque a Deo contendimus, ut multiplicare benigne velit sacrorum administros, dignos munere apostolico, qui scilicet commoda sua et incolumitatem et vitam ipsam, si res postulaverit, pro Christi regno amplificando non dubitent devovere.

Tu vero propera, humani generis servator et parens Iesu Christe: exequi ne differas quod olim te dixisti facturum, ut cum exaltatus esses a terra, omnia traheres ad te ipsum. Ergo illabere aliquando, atque ostende te multitudini infinitae, beneficiorum maximorum, quae cruore tuo peperisti mortalibus, adhuc experti: excita sedentes in

1) Ioan. XVII, 20—21.
2) Act. IV, 12.

tenebris et umbra mortis, ut radiis illustrati sapientiae virtutisque tuae, in te et per te sint *consummati in unum.*

Cuius quidem unitatis sacramentum cogitantibus, occurrit Nobis universitas populorum, quos ab erroribus diuturnis ad evangelicam sapientiam divina pietas iamdiu traduxit. Nihil profecto ad recordationem iucundius, neque ad laudem providentissimi numinis praeclarius veterum memoria temporum, cum fides divinitus accepta patrimonium commune atque individuum vulgo habebatur: cum excultas humanitate gentes locis, ingenio, moribus dissitas, licet aliis de rebus saepe dissiderent, dimicarent, nihilominus in eo, quod ad religionem pertinet, fides christiana universas coniugabat. Ad huius recordationem memoriae, nimis aegre fert animus, quod successu aetatum, suspicionibus inimicitiisque commotis, magnas ac florentes nationes de sinu Ecclesiae romanae male auspicata tempora abstraxerint. Utcumque sit, Nos quidem gratia confisi misericordiaque omnipotentis Dei, qui novit unus opitulandi maturitates, et cuius in potestate est eo, quo vult, voluntates hominum flectere, ad eas ipsas nationes adicimus animum, easdemque caritate paterna hortamur atque obsecramus, ut redire, compositis dissidiis, velint ad unitatem.

Ac primo peramanter respicimus ad Orientem, unde in orbem universum initio profecta salus. Videlicet expectatio desiderii Nostri iucundam spem inchoare iubet, non longe abfore ut redeant, unde discessere, fide avita gloriaque vetere illustres, Ecclesiae orientales. Eo vel magis quod non ingenti discrimine seiunguntur: imo, si pauca excipias, sic cetera consentimus, ut in ipsis catholici nominis vindiciis non raro ex doctrina, ex more, ex ritibus, quibus orientales utuntur, testimonia atque argumenta promamus. Praecipuum dissidii caput, de romani Pontificis primatu. Verum respiciant ad initia, videant quid maiores senserint sui, quid proxima originibus aetas tradiderit. Inde enimvero illud Christi divinum testimonium, *Tu es Petrus et super hanc petram aedificabo Ecclesiam meam*, luculenter extat de romanis pontificibus comprobatum. Atque in Pontificum numero lectos ex Oriente ipso non paucos prisca vidit aetas, imprimisque Anacletum, Evaristum, Anicetum, Eleutherium, Zosimum, Agathonem: quorum plerisque contigit, ut universae christianae reipublicae administrationem sapienter sancteque gestam, profuso etiam sanguine consecrarent. — Plane liquet quo tempore, qua causa, quibus auctoribus infelix excitata discordia. Ante illud tempus, quo tempore homo separavit quod Deus coniunxerat, sanctum erat apud omnes christiani orbis gentes Sedis Apostolicae nomen, romanoque Pontifici, ut beati Petri successori legitimo, ob eamque rem Iesu

Christi in terris vicario, Oriens pariter atque Occidens consentientibus sententiis sine ulla dubitatione parebant. — Hanc ob causam, si respiciatur ad initia dissidii, Photius ipse oratores de rebus suis Romam destinandos curavit: Nicolaus vero I Pontifex maximus Constantinopolim legatos suos, nullo contra dicente, ab Urbe misit, *ut Ignatii Patriarchae causam diligenter investigarent, et Sedi Apostolicae plenis ac veracibus referrent indiciis:* ita ut tota rei gestae historia primatum romanae Sedis, quacum dissensus tum erumpebat, aperte confirmet. — Denique in Conciliis magnis tum Lugdunensi II, tum Florentino, supremam romanorum pontificum potestatem nemo ignorat, facili consensione et una omnes voce, latinos graecosque ut dogma sanxisse.

Ista quidem ob hanc rem consulto revocavimus, quia ad reconciliandam pacem velut invitamenta sunt: eo vel magis, quod hoc tempore perspicere in orientalibus videmur multo mitiorem erga catholicos animum, imo propensionem quandam benevolentis voluntatis. Id nominatim non multo ante apparuit, cum scilicet nostris, pietatis causâ in Orientem advectis, egregia humanitatis amicitiaeque praestita officia vidimus. — Itaque *os Nostrum patet ad vos*, quotquot estis, graeco aliove orientali ritu, Ecclesiae catholicae discordes. Magnopere velimus, reputet unusquisque apud se illam Bessarionis ad patres vestros plenam amoris gravitatisque orationem: *Quae nobis relinquetur apud Deum responsio, quare a fratribus divisi fuerimus, quos ut uniret et ad unum ovile redigeret, ipse descendit de caelo, incarnatus et crucifixus est? quae nostra defensio erit apud posteros nostros? non patiamur haec, Patres optimi: non habeamus hanc sententiam, non ita male nobis consulamus et nostris.* — Quae sint postulata Nostra, probe per se ipsa et coram Deo perpendite. Nullâ quidem humana re, sed caritate divina, communisque salutis studio permoti, reconciliationem coniunctionemque cum Ecclesia romana suademus: coniunctionem intelligimus plenam ac perfectam: talis enim esse nullo modo potest ea, quae nihil amplius inducat, quam certam aliquam dogmatum credendorum concordiam fraternaeque caritatis commutationem. Vera coniunctio inter christianos est, quam auctor Ecclesiae Iesus Christus instituit voluitque, in fidei et regiminis unitate consistens. Neque est cur dubitetis, quidquam propterea vel Nos vel successores Nostros de iure vestro, de patriarchalibus privilegiis, de rituali cuiusque Ecclesiae consuetudine detracturos. Quippe hoc etiam fuit, idemque est perpetuo futurum in consilio disciplinaque Apostolicae Sedis positum, propriis cuiusque populi originibus moribusque ex aequo et bono non parce tribuere. — Ad

vero redintegrata nobiscum communione, mirum profecto quanta Ecclesiis vestris dignitas quantum decus, divino munere, accedet. Sic igitur vestram ipsorum supplicationem Deus perbenigne audiat. *Fac cessent chismata ecclesiarum,* [1]) atque, *Congrega dispersos et reduc errantes, et coniunge sanctae tuae catholicae et apostolicae Ecclesiae:* [2]) sic ad illam restituamini unam sanctamque fidem, quam ultima vetustas nobis perinde vobisque constantissime tradidit: quam patres ac maiores vestri inviolate servarunt: quam ipsam splendore virtutum, magnitudine ingenii, excellentia doctrinae certatim illustravere Athanasius, Basilius, Gregorius Nazianzenus, Ioannes Chrysostomus, uterque Cyrillus, aliique magni complures, quorum gloria ad Orientem atque Occidentem, tamquam communis haereditas aeque pertinet.

Vosque nominatim compellare hoc loco liceat, Slavorum gentes universae, quarum claritudinem nominis multa rerum gestarum monumenta testantur. Nostis quam egregie de Slavis meruerint sancti in fide patres Cyrillus et Methodius, quorum memoriam Nosmetipsi honore debito augendam aliquot ante annis curavimus. Eorum virtute et laboribus parta plerisque e genere vestro populis humanitas et salus. Quo factum ut Slavoniam inter et romanos pontifices pulcherrima vicissitudo hinc beneficiorum, illinc fidelissimae pietatis diu extiterit. Quod si maiores vestros misera temporum calamitas magnam partem a professione romana alienavit, considerate quanti sit redire ad unitatem. Vos quoque Ecclesia pergit ad suum revorare complexum, salutis, prosperitatis, magnitudinis praesidium multiplex praebitura.

Caritate non minore ad populos respicimus, quos, recentiore memoria, insolita quaedam rerum temporumque conversio ab Ecclesia romana seiunxit. Variis exactorum temporum casibus oblivione dimissis, cogitationem supra humana omnia erigant, animoque veritatis et salutis unice cupido reputent apud se constitutam a Christo Ecclesiam. Quacum si velint congregationes conferre suas, et quo loco in illis religio sit aestimare, facile dabunt, se quidem multis maximisque in rebus, primordiorum oblitos, ad nova errore vario defluxisse; neque deffidebuntur, ex eo velut patrimonio veritatis, quod novarum rerum auctores secum in secessione avexerant, nullam fere formulam fidei certam atque auctoritate praeditam apud ipsos superesse. Immo vero illuc iam deventum, ut multi non vereantur fundamentum ipsum convellere, in quo religio tota et spes omnis mortalium unice nititur,

---

1) Παῦσον τὰ σχίσματα τῶν ἐκκλησιῶν. (Liturgie des h. Basilius.)

2) Τοὺς ἐσκορπισμένους ἐπισυνάγαγε, τοὺς πεπλανημένους ἐπανάγαγε καὶ σύναψον τῇ ἁγίᾳ σου καθολικῇ καὶ ἀποστολικῇ Ἐκκλησίᾳ. (Ebendaselbst).

quod est divina Iesu Christi Servatoris natura. Pariter, quos antea novi veterisque Testamenti libros affirmabant divino afflatu conscriptos, eis nunc talem abnegant auctoritatem: quod sane data cuilibet potestate interpretandi sensu iudicioque suo, omnino consequi erat necesse. — Hinc sua cuiusque conscientia sola dux et norma vitae, qualibet alia reiecta agendi regula: hinc pugnantes inter se opiniones et sectae multiplices, eaedemque persaepe in *naturalismi* aut *rationalismi* placita abeuntes. Quocirca, desperato sentiarum consensu, iam coniunctionem praedicant et commendant fraternae caritatis. Atque id sane vere: quando quidem carite mutua coniuncti esse universi debemus. Id enim maxime Iesus Christus praecepit, atque hanc voluit esse sectatorum suorum notam, diligere inter se. Verum qui potest copulare animos perfecta caritas, si concordes mentes non effecerit fides? — His de causis complures eorum de quibus loquimur, sano iudicio, veritatisque studiosi, certam salutis viam in Ecclesia catholica quaesivere, cum plane intelligerent nequaquam se posse cum Iesu Christi tamquam capite esse coniunctos, cuius non adhaerescerent corpori, quod est Ecclesia: nec sinceram Christi fidem adipisci, cuius magisterium legitimum, Petro et successoribus traditum, repudiarent. Ii videlicet in Ecclesia romana expressam verae Ecclesiae speciem atque imaginem dispexere, inditis ab auctore Deo notis plane conspicuam: ideoque in ipsis numerantur multi, acri iudicio subtilique ad antiquitatem excutiendam ingenio, qui Ecclesiae romanae ab Apostolis continuationem, dogmatum integritatem disciplinae constantiam scriptis egregiis illustrarint. Igitur horum virorum proposito exemplo, compellat vos plus animus quam oratio, fratres nostri, qui tria iam saecula nobiscum de fide christiana dissidetis, itemque vos, quotcumque deinceps quavis de causa seorsum a nobis abiistis. *Ocurramus omnes in unitatem fidei et agnitionis filii Dei* [1]). Ad hanc unitatem, quae nullo tempore Ecclesiae catholicae defuit, nec potest ulla ratione deesse, sinite ut vos invitemus, dextramque peramanter porrigamus. Vos Ecclesia, communis parens, iamdiu revocat ad se, vos catholici universi fraterno desiderio expectant, ut sancte nobiscum colatis Deum, unius Evangelii, unius fidei, unius spei professione in caritate perfecta coniuncti.

Ad plenum optatissimae unitatis concentum reliquum, est ut ad eos quotquot toto orbe sunt, transgrediatur oratio, quorum in salute diu evigilant curae cogitationesque Nostrae: catholicos intelligimus, quos romanae professio fidei uti obedientes facit Apostolicae Sedi,

1) Eph. IV, 13.

ita tenet cum Iesu Christo coniunctos. Non ii quidem ad veram sanctamque unitatem cohortandi, quippe cuius iam sunt, divina bonitate, compotes: monendi tamen ne, ingravantibus undique periculis, summum Dei beneficium socordia atque ignavia corrumpant. — Huius rei gratia, quae Nosmetipsi gentibus catholicis vel universis vel singulis alias documenta dedimus, ex iis cogitandi agendique normam opportune sumant: illudque imprimis velut summam sibi legem statuant, magisterio auctoritatique Ecclesiae non anguste, non diffidenter, sed toto animo et perlibente voluntate omnibus in rebus esse parendum. — Qua in re animum advertant, illud quam valde sit unitati christianae perniciosum, quod germanam formam notionemque Ecclesiae varius opinionum error passim obscuravit, delevit. Ea quippe, Dei conditoris voluntate ac iussu, societas est genere suo perfecta; cuius officium ac munus est imbuere praeceptis institutisque evangelicis genus humanum, tuendâque integritate morum et christianarum exercitatione virtutum, ad eam, quae unicuique hominum proposita in caelis est, felicitatem adducere. Quoniamque societas est, uti diximus, perfecta, idcirco vim habet virtutemque vitae non extrinsecus haustam, sed consilio divino et suapte naturâ insitam: eademque de causa nativam habet legum ferendarum potestatem, in iisque ferendis rectum est eam subesse nemini: itemque aliis in rebus, quae sint iuris sui, oportet esse liberam. Quae tamen libertas non est eiusmodi, ut ullum det aemulationi invidiaeque locum: non enim potentiam consectatur Ecclesia, neque ulla cupiditate sua impellitur, sed hoc vult, hoc expetit unice, tueri in hominibus officia virtutum, et hac ratione, hac via, sempiternae eorum saluti consulere. Ideoque facilitatem indulgentiamque maternam adhibere solet: imo etiam non raro contingit, ut plura temporibus civitatum tribuens, uti iure suo abstineat: quod sane pacta ipsa abunde testantur cum imperiis saepe conventa. — Nihil magis ab ea alienum quam rapere ad se quicquam de iure imperii: sed vicissim vereatur imperium necesse est iura Ecclesiae, caveatque ne ullam ex iis partem ad se traducat. — Nunc vero, si res et facta spectentur, cuiusmodi est temporum cursus? Ecclesiam videlicet suspectam habere, fastidire, odisse, invidiose criminari nimis multi consuevere: quodque multo gravius, id agunt omni ope et contentione, ut ditioni gubernatorum civitatis faciant servientem. Hinc sua ipsi et erepta bona, et deducta in angustum libertas: hinc alumnorum sacri ordinis circumiecta difficultatibus institutio: perlatae in Clerum singulari severitate leges: dissolutae prohibitae, optima christiani nominis praesidia, religiosorum sodalitates: brevi, *regalistarum* praecepta atque acta

acerbius renovata. Hoc quidem est vim afferre sanctissimis Ecclesiae iuribus: quod maxima gignit civitatibus mala, propterea quod cum divinis consiliis aperte pugnat. Princeps enim atque opifex mundi Deus, qui hominum congregationi et civilem et sacram potestatem providentissime praeposuit, distinctas quidem permanere eas voluit, at vero seiunctas esse et confligere vetuit. Quin immo cum Dei ipsius voluntas, tum commune societatis humanae bonum omnino postulat, ut potestas civilis in regendo gubernandoque cum ecclesiastica conveniat. Hinc sua et propria sunt imperio iura atque officia, sua item Ecclesiae: sed alterum cum altera concordiae vinculo colligatum esse necesse est. — Ita sane futurum, ut Ecclesiae imperiique necessitudines mutuae ab illa sese expediant perturbatione, quae nunc est, non uno nomine improvida, bonisque omnibus permolesta: pariterque impetrabitur, ut non permixtis, neque dissociatis utriusque rationibus, reddant cives *quae sunt Caesaris, Caesari, quae sunt Dei, Deo.*

Simili modo magnum unitati discrimen ab ea hominum secta impendet, quae *Massonica* nominatur, cuius funesta vis nationes praesertim catholicas iamdiu premit. Turbulentorum temporum nacta favorem, viribusque et opibus et successu insolescens, dominatum suum firmius constabilire, latiusque propagare summa ope contendit. Iamque ex latebra et insidiis in lucem erupit civitatum, atque in hac Urbe ipsa, catholici nominis principe, quasi Dei numen lacessitura consedit. Quod vero calamitosissimum est, ubicumque vestigium posuit, ibi in omnes sese ordines in omniaque instituta reipublicae infert, si tandem summam arbitriumque obtineat. Calamitosissimum id quidem: eius enim manifesta est quum opinionum pravitas tum consiliorum nequitia. Per speciem vindicandi iuris humani civilisque societatis instaurandae, christianum nomen hostiliter petit: traditam a Deo doctrinam repudiat: officia pietatis, divina sacramenta, tales res augustiores, tamquam superstitiosa vituperat: de matrimonio, de familia, de adolescentium institutione, de privata omni et publica disciplina, christianam formam detrahere nititur, omnemque humanae et divinae potestatis reverentiam ex animo evellere populorum. Praecipit vero colendam homini esse naturam, atque huius unius principiis aestimari ac dirigi veritatem, honestatem, iustitiam oportere. Quo pacto, uti perspicuum est, compellitur homo ad mores fere vitaeque consuetudinem ethnicorum, eamque multiplicatis illecebris vitiosiorem. — Hac de re, quamquam alias a Nobis gravissimeque est dictum Apostolica tamen vigilantia adducimur in idem ut insistamus etiam atque etiam monentes, in tam praesenti periculo nullas esse

cautiones tantas, quin suscipiendae sint maiores. Clemens prohibeat Deus nefaria consilia: sentiat tamen atque intelligat populus christianus, indignissimum sectae iugum excutiendum aliquando esse: excutiantque enixius, qui durius premuntur, Itali et Galli. Quibus armis, qua ratione id rectius possint, iam Nos ipsi demonstravimus: neque victoria incerta eo fidentibus duce, cuius perstat divina vox: *Ego vici mundum* [1]).

Utroque depulso periculo, restitutisque ad fidei unitatem imperiis et civitatibus, mirum quam efficax medicina malorum et quanta bonorum copia manaret. Praecipua libet attingere.

Pertinet primum ad dignitatem ac munera Ecclesiae: quae quidem receptura esset honoris gradum debitum, atque iter suum et invidia vacuum et libertate munitum pergeret, administra evangelicae veritatis et gratiae; idque singulari cum salute civitatum. Ea enim cum magistra sit et dux hominum generi a Deo data, conferre operam potest praecipue accommodatam maximis temporum conversionibus in commune bonum temperandis, causis vel impeditissimis opportune dirimendis, recto iustoque quae firmissima sunt fundamenta reipublicae, provehendo.

Praeclara deinde coniunctionis inter nationes accessio fieret, desideranda maxime hoc tempore, ad taetra bellorum discrimina praecavenda. — Ante oculos habemus Europae tempora. Multos iam annos plus specie in pace vivitur, quam re. Insidentibus suspicionibus mutuis, singulae fere gentes pergunt certatim instruere sese apparatu bellico. Improvida adolescentium aetas procul parentum consilio magisterioque in pericula truditur vitae militaris: validissima pubes ab agrorum cultura, a studiis optimis, a mercaturis, ab artificiis, ad arma traducitur. Hinc exhausta magnis sumptibus aeraria, attritae civitatum opes, afflicta fortuna privatorum: iamque ea, quae nunc est, veluti procincta pax diutius ferri non potest. Civilis hominum coniunctionis talemne esse naturâ statum? Atqui hinc evadere, et pacem veri nominis adipisci, nisi Iesu Christi beneficio, non possumus. Etenim ad ambitionem, ad appetentiam alieni, ad aemulationem cohibendam, quae sunt maximae bellorum faces, christiana virtute imprimisque iustitia, nihil est aptius: cuius ipsius virtutis munere tum iura gentium et religiones foederum integra esse possunt, tum germanitatis vincula firmiter permanere, eo persuaso; *Iustitia elevat gentem* [2]).

Pariter domi suppetet inde praesidium salutis publicae multo

1) Io. XVI, 33.
2) Prov. XIV, 34.

certius ac validius, quam quod leges et arma praebent. Sequidem nemo non videt, ingravescere quotidie pericula incolumitatis et tranquillitatis publicae, cum seditiosorum sectae, quod crebra testatur facinorum atrocitas, in eversiones conspirent atque excidia civitatum. Scilicet magna contentione agitatur ea duplex caussa, quam *socialem*, quam *politicam* appellant. Utraque sane gravissima: atque utrique sapienter iusteque dirimendae, quamvis laudabilia studia, temperamenta, experimenta sint in medio consulta, tamen nihil aliud tam opportunum fuerit, quam si passim animi ad conscientiam regulamque officii ex interiore fidei christianae principio informentur. — De *sociali* caussa in hanc sententiam a Nobis non multo ante, datâ operâ, tractatum est, sumptis ab Evangelio, itemque a naturali ratione principiis. — De caussa *politica,* libertatis cum potestate conciliandae gratiâ, quas multi notione confundunt et re intemperanter distrahunt, ex christiana philosophia vis derivari potest perutilis. Nam hoc posita, et omnium assensu approbato, quaecumque demum sit forma reipublicae, auctoritatem esse a Deo, continuo ratio perspicit, legitimum esse in aliis ius imperandi, consentaneum in aliis officium parendi, neque id dignitati contrarium, quia Deo verius quam homini paretur: a Deo autem *iudicium durissimum iis qui praesunt* denuntiatum est, nisi personam eius recte iusteque gesserint. Libertas vero singulorum nemini potest esse suspecta et invisa, quia nocens nemini, in iis quae vera sunt, quae recta, quae cum publica tranquillitate coniuncta, versabitur. — Denique si illud spectetur, quid possit populorum ac principum parens et conciliatrix Ecclesia, ad utrosque iuvandos auctoritate consilioque suo nata, tum maxime apparebit quantum salutis communis intersit ut gentes universae inducant animum idem de fide christiana sentire, idem profiteri.

Ista quidem cogitantes ac toto animo concupiscentes, longe intuemur qualis esset rerum ordo in terris futurus, nec quidquam novimus consequentium bonorum contemplatione iucundius. Fingi vix animo potest, quantus ubique gentium repente foret ad omnem excellentiam prosperitatemque cursus constituta tranquillitate et otio, incitatis ad incrementa litteris, conditis insuper auctisque christiano more, secundum praescripta Nostra, agricolarum, opificum industriorum consociationibus, quarum ope et vorax reprimatur usura, et utilium laborum campus dilatetur.

Quorum vis beneficiorum, humanorum atque excultarum gentium nequaquam circumscripta finibus, longe lateque, velut abundantissimus amnis, deflueret. Illud enim est considerandum, quod initio diximus, gentes multitudine infinitas plura iam saecula et aetates

praestolari, a quo lumen veritatis humanitatisque accipiant. Certe, quod pertinet ad sempiternam populorum salutem, aeternae mentis consilia longissime sunt ab hominum intelligentia remota: nihilominus si per varias terrarum plagas tam est adhuc infelix superstitio diffusa, id non minima ex parte vitio dandum subortis de religione dissidiis. Nam, quantum valet mortalis ratio ex rerum eventis existimare, hoc plane videtur Europae munus assignatum a Deo, ut christianam gentium humanitatem ad omnes terras sensim perferat. Cuius tanti operis initia progressusque, superiorum aetatum parta laboribus, ad laeta incrementa properabant, cum repente discordia saeculo XVI deflagravit. Discerpto disputationibus dissidiisque nomine christiano, extenuatis Europae per contentiones et bella viribus, funestam temporum vim sacrae expeditiones sensere. Insidentibus discordiae caussis, quid mirum si tam magna pars mortalium moribus inhumanis et vesanis ritibus implicita tenetur? Omnes igitur pari studio demus operam ut concordia vetus, communis boni caussâ, restituatur. Eiusmodi reconciliandae concordiae, pariterque beneficiis christianae sapientiae late propagandis, opportuna maxime fluunt tempora, propterea quod humanae fraternitatis sensa nunquam altius in animos pervasere, neque ulla aetate visus homo sui similes noscendi opitulandique caussâ, studiosius anquirere. Immensos terrarum marisque tractus celeritate incredibili currus et navigia transvehuntur: quae sane egregios usus afferunt, non ad commercia tantummodo curiositatemque ingeniosorum, sed etiam ad verbum Dei ab ortu solis ad occasum late disseminandum.

Non sumus nescii, quam diuturni laboriosique negotii sit rerum ordo, quem restitutum optamus: nec fortasse deerunt, qui Nós arbitrentur nimiae indulgere spei atque optanda magis, quam expectanda quaerere. Sed Nos quidem spem omnem ac plane fiduciam collocamus in humani generis Servatore Iesu Christo, probe memores, quae olim et quanta per stultitiam Crucis et praedicationis eius patrata sint *huius mundi* obstupescente et confusa *sapientia.* — Principes vero et rectores civitatum nominatim rogamus, velint pro civili prudentia sua et fideli populorum cura consilia Nostra ex veritate aestimare, velint auctoritate et gratia fovere. Quaesitorum fructuum si vel pars provenerit, non id minimi fuerit beneficii loco in tanta rerum omnium inclinatione, quando impatientia praesentium temporum cum formidine iungitur futurorum.

Extrema saeculi superioris fessam cladibus trepidamque perturbationibus Europam reliquere. Haec, quae ad exitum properat aetas, quidni, versa vice, humano generi hereditate transmittat auspicia concordiae cum spe maximorum bonorum, quae unitate fidei christianae continentur?

Adsit optatis votisque Nostris *dives in misericordia Deus, cuius in potestate tempora sunt et momenta,* benignissimeque implere maturet divinum illud Iesu Christi promissum, *fiet unum ovile et unus pastor*[1]).

Datum Romae apud S. Petrum die 20. Iunii anno 1894, Pontificatus Nostri decimo septimo. *Leo* PP. XIII.

1) Ioann. X, 16.

XXVI.

Dilecto Filio Nostro

Francisco de Paula tit. ss. Joannis et Pauli s. r. e. presbytero Cardinali Schönborn

Archiepiscopo Pragensi

LEO P. P. XIII.

Dilecte Fili Noster, salutem et Apostolicam Benedictionem. — Ante vestrum e nupero Vindobonensi coetu digressum, visum tibi, dilecte Fili, ceterisque per Austriae fines sacrorum Antistitibus communes ad Nos dare litteras, quae simul et arctissimam, quae vos inter est, caritatem testarentur, et observantiam in primis officiorum plenam, qua omnes ad unum supremam B. Petri Sedem colitis. Id quam gratum Nos obtatumque acceperimus, iudicium sit vestrum. Nam quae animorum studia defertis tum universis, quas per exacta Pontificatus tempora edidimus, litteris encyclicis, tum postremis praesertim, quas dedimus de Bibliorum sacrorum interpretatione sanctae ad Ecclesiae leges moderanda; ea vos alacres ad vocem Eius excipiendam demonstrant, cui Christus agnorum oviumque pascendorum provinciam demandavit. Qua in re non possumus, quin vobis gratulemur magnopere. Quo etenim obstrictius Pastori Summo Episcopi adhaerescunt, eo locupletiore vena creditos sibi populos vividam illam virtutem derivabunt, cuius origo divinitus in Petro est.

Officiose autem quod gaudetis in devexa aetate non devexis Nos uti viribus, id bonorum omnium largitori Deo tribuimus, cuius mortificare est et vivificare, quique in tot tamque asperis temporum angustiis erigit Nos ac solatur. Nam quod sollertia Nostra minime desideretur, ut nuspiam Christianum nomen detrimenti quid capiat, immo vero et augeatur in dies et vigeat, hoc est, Dilecte Fili, quod iure optimo a Nobis postulet supremus, quem, Deo disponente, gerimus, Apostolatus. Est etenim Ecclesia Christi columna et firmamentum veritatis; quamobrem ut tenebras assidue depellat, errores profliget, lucem humanis mentibus usque clariorem afferat, munus est quod proprium colat et efficiat. Iam haec praestare universa

Nostrum utique est, quibus magisterium summum in Ecclesia, concessu Dei, demandatum et in B. Apostolo Petro dictum: *Confirma fratres tuos:* freti autem divino numine praestitimus, ac porro praestabimus, donec vitae usuram Deus optimus maximusque concedet. Hoc tamen vos memores volumus, ne magna Nos amplorum fructuum spe deturbemur, qui sunt ex documentis Nostris et hortationibus, Episcopis una esse nobiscum adlaborandum, quo fideles universi et Pontificis vocem exaudiant, et quae iubeantur norint, atque opere complere nervose contendant. Id Nos, coelum suspicientes, enixa prece imploramus; id quod antehac perfeceritis, meritas adhibemus laudes, ut in posterum perficiatis hortamur maxime. — Ea inter, quae in superiore congressione vestra sollicite agitastis, illud, Dilecte Fili, nec omissum penitus nec in postremis habitum putamus, quod ad animos adolescentium spectat in publicis scholis, ut catholicos decet, erudiendos. Nostis enimvero quanta Nos caritate aetatem illam complectamur, quantoque afficiamur tum dolore ob assiduas quibus urgetur insidias, tum desiderio ut ab insidiis incolumis expediatur. *Qua super re maximam cepimus voluptatem de iis, quae nuper edixisse novimus, qui modo studiis penes cisleithanos populos moderandis praeest.*

Nihil sane deterius reique publicae nocentius, quam ut opinio sit, civilem inter auctoritatem et Ecclesiam necessario dissidium esse. Sunt quidem utrique fines, quos praetergredi nefas; terrenae fluxaeque felicitatis alteri, alteri animorum nec unquam desiturae. At enim, cum praesentis temporis prosperitas iustitia maxime et honestate morum nitatur, eget civilis potestas ab religione iuvari, cuius est temperare animos et ad omnem virtutem excolere; vicissim religio, ut quae non unis animis imperet, sed hominibus iisque societatem inter se coeuntibus, ab civili regimine amice ut subveniatur postulat. Hinc statum et Ecclesiam ab altero separandos contenditur perperam; sed illos mutuo coniungi foedere necesse est. Quod quidem si in ceteris, at in iuventute probe instituenda vel maxime; ita ut secularis potestas, dum scientiis adolescentes optimisque doctrinis imbuendos curat, quae ad commune bonum pertinent, eosdem recta morum disciplina ac religione formandos velit, idque per Ecclesiae magisterium Ecclesiaeque ductu ac vigilantia. *Spem bonam fovemus hoc per novum a studiis publicis regundis administrum perfectum iri, ut nempe in Austriae gymnasiis et suus hominibus sacri Ordinis detur locus, nihilque agatur quo mentes adolescentium adversus catholicum nomen concipiant inimicitias.* Certum autem Nobis est, dilecte Fili, vestras etiam omnium industrias in hanc partem minime defuturas. Auspicem interim coelestium munerum ac Nostrae dilectionis testem Tibi, dilecte Fili, ceterisque per Austriam sacrorum Antistitibus, clero et fidelibus vigilantiae vestrae commissis Apostolicam Benedictionem peramanter impertimus.

Datum Romae, apud S. Petrum Kal. Maii 1894, Pontificatus Nostri anno decimo septimo.

Leo PP. XIII.

Die Aeusserungen des Herrn *Cultus- und Unterrichtsministers Dr. Ritter von Madeyski*, auf welche sich der Papst in seinem Schreiben bezieht, wurden in der Sitzung des Abgeordnetenhause vom 21. April 1894 in der Debatte über den Voranschlag des Unterrichtsministeriums gemacht. Der Herr *Minister Ritter v. Madeyski*, der damals zum erstenmale in Vertretung seines Ressorts das Wort ergriff, besprach eingangs seiner Rede das *Verhältniss zwischen Staat und Kirche*; er sagte:

Es ist selbstverständlich, dass ich mich in eine theoretische Erörterung dieser Frage (des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche) nicht einlassen werde; ich wäre kaum in der Lage, dieser Frage, welche seit Jahrhunderten schon die hervorragendsten Vertreter der Staatskunst und Wissenschaft beschäftigte, irgendwie neue Gesichtspunkte abzugewinnen. Dann aber glaube ich, dass für die praktische Gestaltung — und nur um diese kann es sich handeln — nicht so sehr abstrakte Theorien massgebend sind, als vielmehr das geschichtliche Ergebniss, die Ergebnisse der historischen Entwicklung in jedem Staate. Auch in eine nähere Betrachtung dieser historischen Entwicklung werde ich nicht eingehen, allein das Ergebniss der geschichtlichen Entwicklung in Oesterreich gipfelt unstreitig darin, dass unbeschadet der Selbständigkeit der staatlichen Sphäre den Kirchen und Religionsgenossenschaften staatsgrundgesetzlich die freie Bewegung, sagen wir Autonomie, gewährleistet erscheint. Wie man nun früher oft geneigt war, Staat und Kirche als stets kampfbereite Gegner sich zu denken, so erblickt man heute vielfach das Ideal des Verhältnisses in einer vollständigen Trennung der beiden Gebiete. Diese Auffassung entspricht dem Standpunkte und der Stellung der Cultusverwaltung nicht; Selbständigkeit und Unabhängigkeit der beiden Gebiete, das ist ja auch für die Cultusverwaltung schon vom Standpunkte des bestehenden Rechtes gewiss ein unanfechtbarer Grundsatz. Allein Selbständigkeit bedeutet nicht nothwendig Scheidung und Unabhängigkeit muss und darf nicht in eine vollkommene Gleichgiltigkeit ausarten. So sehr diese beiden höchsten Ordnungen der Gemeinschaft in ihrem Endzwecke und in den Mitteln ihrer Wirksamkeit auseinandergehen, differiren, so gibt es doch ein unermessliches Feld ethischer und humanitärer Aufgaben, auf welchen die Interessen des Staates mit jenen der Kirche zusammentreffen, und wo daher durch das einträchtige Zusammenwirken dieser beiden Gewalten jeder derselben ihre Aufgabe erleichtert und die Erreichung des Zieles nähergerückt wird. Noch sind uns Allen in lebhafter Erinnerung die zur Mässigung mahnenden Worte, voll

Weisheit und liebevoller Fürsorge, mit denen von der berufensten Seite die der Kirche auf socialem Gebiete zukommenden Aufgaben beleuchtet wurden. Und bilden gerade dieselben Aufgaben heutzutage nicht auch einen der wesentlichsten Gegenstände der staatlichen Fürsorge? Ich bin daher überzeugt, dass Staat und Kirche nicht etwa als einander vollständig gleichgiltig gegenüberstehende Institutionen aufgefasst werden können, sondern dass dieselben in mannigfachen, für die Menschheit und für die gesellschaftliche Ordnung höchst bedeutsamen Beziehungen auf einander und namentlich auf die gegenseitige Unterstützung angewiesen sind (Bravo! Bravo!) und sowie es einerseits zu wünschen und zu hoffen ist, dass die Organe der Kirche in wahrer christlicher Nächstenliebe zur Ausgleichung der die staatlichen und gesellschaftlichen Zustände beherrschenden Gegensätze erfolgreich mitwirken werden, ebenso wird auch die Cultusverwaltung stets bereit sein, den kirchlichen Interessen innerhalb der gesetzlichen Schranken und nach Mass der derselben zu Gebote stehenden Mittel eine entsprechende Förderung angedeihen zu lassen. (Beifall.)

Aus der Anerkennung, welche der Papst in seinem oben mitgetheilten Schreiben diesen Erklärungen des Herrn Cultus- und Unterrichtsministers spendete, wollten das Wiener »Fremdenblatt« und die »Neue Freie Presse« den Schluss ziehen, der Papst habe damit auch seine Zufriedenstellung mit der derzeitigen österr. Schulgesetzgebung erklärt. Das Wiener »Vaterland« 1894 Nr. 222 Morgenbl. meldete darauf, es sei »nach Einholung der genauesten Informationen ermächtigt, zu erklären, dass das österr. Schulgesetz auch nach dem letzten Schreiben an Cardinal *Schönborn* in den Augen des h. Stuhles das bleibt, was es war, nämlich ein Gesetz, das die Rechte der katholischen Kirche verletzt, dem Unterrichte und der Erziehung der Jugend schädlich, und darum zum Wohle der Religion und des Reiches einer Correctur durch die Weisheit der Gesetzgeber bedürftig ist.«

XXVII.

Kleine Nachrichten.

1. In der Innsbrucker »Zeitschr. f. kath. Theologie« Bd. 18. (1894 Heft 4.) S. 751—756 gibt Prof. Dr. *Nilles* einige weitere Nachrichten über die *ungar. Titularbischöfe* (vergl. auch dieses Archiv LVIII. 458). Es bestanden 33 Bisthümer in vormals zu Ungarn gehörigen Ländern, auf deren Titel der apostol. König von Ungarn, obschon diese Gebiete seit Jahrhunderten von seinem Königreich losgerissen und jene Sitze bis auf drei untergegangen sind, ununterbrochen fortgefahren hat, das ihm durch altes, päpstliches Privileg verliehene Nominationsrecht auszuüben, von der Hoffnung ausgehend, dass es vielleicht einmal gelinge, jene verlorenen Provinzen wieder mit der ungarischen Krone zu vereinigen. Diese vom König von Ungarn für jetzt ausser-ungarische Gebiete ernannten Bischöfe heissen Titularbischöfe oder Episcopi electi, weil sie zwar rechtmässig ernannt, aber nicht als Diöcesanbischöfe jener Bisthümer vom Papste bestellt werden. Jene ungarischen Titularbisthümer sind in alphabetischer Ordnung: Almissa, Ansarien, Arbe, Bacz, Belgrad-Semendrien, Bidua, Boson, Cattaro, Corbavia, Corczola, Drivest, Dulcino, Dulmi, Makarien, Novi, Olchinium, Ossero, Pharos, Pristina, Roson, Sardica, Scardona, Scopi, Scutari, Sebenico,. Serbien, Stagno, Tinnin (Knin), Trebinje, Tribunitz, Veglia Wowadra, Zaculm.

Die drei einzigen dieser Bisthümer, die noch existiren, Sebenico, Veglia und Pharos (Lessina), liegen in Dalmatien und gehören somit nicht zu Ungarn, sondern zu Cisleithanien. Zu diesen Stühlen findet deshalb eine Doppelernennung statt. Während der Kaiser von Oesterreich als solcher dem Papste die wirklichen episcopi ordinarii dieser Diöcesen vorschlägt, die dann auch canonisch eingesetzt werden und bei ihren Kirchen residiren, ernennt er als apostol. König von Ungarn zu diesen nämlichen Bisthümern auch Titularbischöfe. Eine Doppelernennung findet (wie Prof. Nilles in der Zeitschr. für kath. Theol. Bd. 15. (1891) S. 161 f. bemerkte) auch zu den bischöflischen Sitzen von Dulmi und Trebinje statt, indem für dieselben vom apostol. König von Ungarn je ein Titularbischof und von Allerhöchst demselben als Kaiser von Oesterreich seit Wiederherstellung der kirchlichen Hierarchie in Bosnien durch die Bulle Ex hac sublimi vom 5. Juli 1881 (Archiv XLVI. 434 ff.) je ein wirklicher Diöcesanbischof nominirt wird. Es kommt auch vor, dass ein Weihbischof

zugleich königl. ungar. Titularbischof ist, und in diesem Falle führt derselbe den Namen beider Stühle. Dass der apost. König die zwei Titularbischöfe von Knin und Belgrad-Semendrien dem Papste auch zur Confirmation und Consecration als Weihbischöfe vorschlagen lässt, wurde schon früher in diesem Archiv erwähnt. Ebenso, dass die ungarischen Titularbischöfe das politische Vorrecht eines Sitzes im Oberhause bei dessen Reorganisation im J. 1883 verloren, während diesen dafür die reformirten Superintendenten oder jetzt dort sog. evangelischen Bischöfe erhielten. Bei kirchlich-politischen Akten dagegen, wo der kath. Episcopat des Königreichs mitzuwirken hat, treten die blossen ungarischen Titularbischöfe, wie wirkliche Diöcesanbischöfe auf. So erwähnt Nilles in der Zeitschr. f. kath. Theol. 1894 S. 753 f., dass dem apostol. König von Ungarn beim Einzug in die Hauptstadt, wie bei anderen kirchlichen Feierlichkeiten durch einen Bischof das Kreuz vorangetragen wird. Beim Einzug ihrer Majestäten in Budapest am 4. Mai 1857 stieg der Titularbischof von Novi, Michael Feketa von Galantha, zu Pferd, um Sr. Majestät mit dem apostol. Kreuze voranzureiten. Er sass auf einem grossen Schimmel, dessen Sattelzeug durch eine rothsammtene Decke mit goldenen Franzen überhängt war. Der Bischof trug das Rochett und darüber ein violettseidenes Pluviale und Biret von gleicher Farbe. Die linke Hand führte den Zügel, mit der rechten hielt er das hohe goldene apostolische Kreuz, auf langem Schaft befestigt, dessen Ende unten im Steigbügelschuhe ruhte.

2. In den Manz'schen Ausgaben des österreichischen bürgerlichen Gesetzbuches wird in der Einleitung nach den Kundmachungspetenten noch immer erwähnt, das a. b. G. B. gelte auch ausserhalb des österreichischen Kaiserstaates für die in den *Gebäuden der Deutsch-Ordens-Commende zu Frankfurt a. M.* wohnenden österreichischen Unterthanen, nämlich für alle in wirklichen Diensten des Deutschen Ordens stehenden und zugleich in dem Ordensgebäude zu Frankfurt a. M. wohnenden Personen und ihre Angehörigen, insofern letztere nach österreichischen Gesetzen dem Gerichtsstande des Familienhauptes folgen. Die vorstehende Bemerkung ist nun aber völlig antiquirt, indem sich in Frankfurt a. M. längst kein Sitz des Deutschen Ordens mehr befindet. Das Deutschordenshaus (Lit. B. Nr. 243) zu Frankfurt a. M. (Sachsenhausen) an der Brückenstrasse und am Deutschherrenquai gelegen, 68 Ar 25,00 m enthaltend, ist durch Kaufvertrag vom 27. Dec. 1880/23. März 1881 zum Preise von fl. 140,000 österr. Silberrente an die kathol. Kirchengemeinde zu Frankfurt a. M. verkauft worden. — Dem Hoch- und Deutsch-

meister *Erzherzog Wilhelm*, der am 29. Juli 1894 in Folge plötzlichen Unwohlseins zu Baden bei Wien vom Pferde stürzte und so den Tod fand, nachdem er über 31 Jahre ruhmvoll an der Spitze des Ordens gestanden hatte, folgte dessen Neffe, der 1893 zum Coadjutor gewählte *Erzherzog Eugen* (geb. 31. Mai 1863). Der einst über ganz Deutschland verzweigte deutsche Ritterorden besteht als katholischer religiöser Orden nur mehr im österreichischen Kaiserstaate. (Vgl. Archiv LVIII. 190 ff. *Vering* in Mischler und Ulbrich's Oesterr. Staatswörterbuch Bd. 1. S. 281 ff.) und der Orden bildet ein selbstständiges, geistlich militärisches Institut unter dem Bande eines unmittelbaren kaiserlichen Lehens. Der Orden hat zwar bei der Wahl des obersten Hauptes, des »Hoch- und Deutschmeisters« unbeschränktes, freies Wahlrecht, doch sprach das Decret vom Jahre 1834, wodurch Kaiser Franz auf das ihm vom Pressburger Frieden 1809 zugestandene Verfügungsrecht über das Vermögen des Ordens verzichtete, im Vertrauen auf des Ordens Dankbarkeit die Erwartung aus, dass, wenn zur Zeit der Vacanz des Hoch- und Deutschmeisterthums sich eines oder mehrere Mitglieder des Allerhöchsten Kaiserhauses unter den Ordensmitgliedern befänden, auf diese vorzüglich Rücksicht zu nehmen sei. Dieses wurde auch in das Ordens- oder Statutenbuch von 1834 aufgenommen. Jeder neu gewählte Hoch- und Deutschmeister hat bei Antritt seines Amtes für sich und den ganzen Ordenskörper die Belehnung nachzusuchen und falls er nicht ausdrücklich davon befreit wird, die Belehnung feierlich zu empfangen. Der Hoch- und Deutschmeister gilt als geistlicher österreichischer Lehensfürst und geniesst den Vorrang vor allen geistlichen und weltlichen Fürsten, deren Fürstenwürde jünger ist als die Gründung des deutschen Ordens (1198).

3. Der hochwürd. Herr *Bischof von Linz*, Franz Maria Doppelbauer hat in seinem Diöc.-Bl. 1894 Nr. 12, nachdem die von ihm befragte Conferenz der Decane zu Linz am 18. Oct. 1893 sich nach längerer Debatte einstimmig dafür erklärt hatte, unter dem 28. Juli 1894 angeordnet, in jeder Pfarre solle innerhalb der nächsten fünf Jahre eine Volksbücherei, dort aber wo bereits eine antichristliche Bücherei bestehe, ungesäumt eine *kathol. Volksbücherei*, in grösseren Orten aber ein kathol. Leseverein errichtet werden. Die Pfarrbibliotheken sollten im Pfarrhofe errichtet werden, wenn nicht die Verhältnisse die Aufstellung an einem anderen Orte rathsam erscheinen liessen; in grösseren Orten dagegen, wo kath. Lesevereine unter Garantie der kirchl. Aufsicht gegründet wurden, solle das Lesevereinslocal niemals im Pfarrhofe sein und können auch nie katho-

lische Laien die Stelle des Bücherwarts einnehmen. Jeder Priester, möge vor seinem Tode die geeigneten Bücher seiner Bibliothek der Pfarrbibliotkek zuwenden. Die Herren Dechante sollen sich jährlich bei der canonischen Visitation über Vorhandensein und Stand und Benützung der Bücher überzeugen und die Pfarrvorstände im Communicanten-Berichte hievon Erwähnung machen.

4. Vom Hochwürd. Herr Bischof *Wilhelm von Rottenburg* erging an die hochwürd. Geistlichkeit der Diöcese folgender Erlass vom 18. Mai 1894 betr. *Klagen von und gegen Geistliche.* In Betreff der Erhebung von Klagen bei den weltlichen Gerichten seitens eines Geistlichen oder gegen einen solchen finden wir uns veranlasst, nach dem Vorgang anderer Diöcesen Nachstehendes zu verordnen: 1. Jeder Priester unserer Diöcese, welcher eine Privatklage oder einen Antrag auf Strafverfolgung gegen irgend Jemanden, sei es gegen einen Geistlichen oder einen Laien, gegen einen Angehörigen der eigenen oder einer andern Pfarrei, bei einer Gerichtsbehörde anzubringen beabsichtigt, hat, bevor er die Klage anhängig macht, dies unter kurzer Angabe der strafbaren Handlung und der dieselbe veranlassenden und begleitenden Thatumstände bei uns anzumelden. In den Fällen des §. 139 des Reichsstrafgesetzbuches, in welchem eine Anzeige an die Behörde oder an die durch die daselbst genannten Verbrechen bedrohte Person unter Strafandrohung geboten ist, und in etwaigen dringenden Fällen anderer Art, genügt eine gleichzeitige Berichterstattung an uns. — 2. Ebenso hat jeder Priester, gegen welchen eine Privatklage oder sonstige Strafklage beim weltlichen Gericht angestrengt oder von Amtswegen eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet wird, uns sofort, nachdem er hievon zuverlässige Kenntniss erhalten hat, Anzeige anher zu erstatten. — 3. Rechtsstreitigkeiten um Geld oder Geldeswerth zwischen Priestern sollen entsprechend den Forderungen des canonischen Rechts bei uns anhängig gemacht werden. — Erscheint uns dann mit Rücksicht auf die etwa nöthige umfangreiche Beweisaufnahme oder aus anderen Gründen die Verhandlung der Sache vor einem weltlichen Gerichte als geeigneter, so behalten wir uns vor, den Kläger an das letztere zu verweisen. — Die hochwürdigsten Herrn Decane haben über die Beobachtung dieser Vorschriften zu wachen.

Aehnliches verordnete u. d. 15. Febr. 1863 das *bisch. Ordin. v. Mainz* (Kirchl. Amtsbl. Nr. 3), weil »es immer misslich, wenn ein Priester, sei es als Kläger oder als Beklagter vor den weltlichen Gerichten erscheinen muss, indem gar leicht sich daraus nicht allein für seine Person, sondern auch für den Klerus im Allgemeinen und selbst für die Religion unangenehme Folgen ergeben...«

XXVIII.
Literatur.

1. *Lehrsystem des Kirchenrechts und der Kirchenpolitik. Von Dr. Wilh. Kahl, o. ö. Prof. der Rechte an der Univers. Bonn. Erste Hälfte. Einleitung und allgemeiner Theil. Freiburg i. Br. und Leipzig 1894. J. C. B. Mohr (P. Siebeck). XV u. 412 S. gr. 8⁰. (8 Mk.).*

Der von Sohm versuchten Negation des Kirchen*rechts* tritt dieses die Mitberücksichtigung der Kirchenpolitik auch in seinem Titel betonende, mit Fleiss und Sorgfalt und Scharfsinn bearbeitete Lehrsystem entgegen. Es ist insbesondere für evangelische Theologen bestimmt und dieses tritt in einzelnen Ausdrücken, in der Gesammtauffassung, auch in der Vorliebe für den Altkatholicismus hervor, auch darin, dass es von der sattsam widerlegten Behauptung nicht lassen kann, nach der officiell römischen Auffassung seien die Concordate blosse Privilegien. Die vorliegende Erste Hälfte handelt vom Begriff und Wesen der Kirche und des Kirchenrechts, der Stellung des letzteren unter den rechtswissenschaftlichen Disciplinen, den Quellen, der allgemeinen Literatur und den Hülfswissenschaften des Kirchenrechts und vom Verhältnisse von Staat und Kirche. Die ältere Quellengeschichte ist kurz gehalten, ausführlich sind namentlich die neueren kirchenpolitischen Gesetze für die einzelnen Länder verzeichnet, aber da später noch die staatliche Stellung der Kirchen- und Religionsgesellschaften im Einzelnen dargestellt wird, so wird dadurch theils manches besser gleichzeitig mit einander Abzuhandelnde von einandergerissen, theils auch manche Wiederholung nöthig. An denselben beiden Fehlern dürfte wohl nach der der I. Hälfte angefügten vorläufigen Inhaltsübersicht des besondern Theils zu schliessen, auch die in Aussicht stehende II. Hälfte zu leiden haben [1]).

---

1) S. 63 und dann nochmals S. 346 hebt Kahl hervor, dass in *Württemberg* die reformirten Gemeinden, von einer einzigen Gemeinde in Stuttgart abgesehen, seit der durch k. Verordn. vom 7. Sept. 1828 vollzogenen Union zum Verbande der evangel. Landeskirche gehören. Ebenso bemerkt er S. 63 und 347, dass die evangel. Kirche des Grossh. Hessen sämmtliche evangelische (lutherische, reformirte, unirte) Gemeinden des Landes unbeschadet des Bekenntnisstandes umfasse, die Union also hier zwar nicht bezüglich der Confession, wohl aber bezüglich des Kirchenregiments besteht. *Friedberg* in seiner Zeitschr. für deutsch. Kirchenrecht Bd. 3. Heft 2. S. 212 beanstandete es, dass Vering in seinem Kirchenrecht Württemberg und Hessen zu den protest. Unionsstaaten zählte.

2. *Die Kirche und die Reformation. Von Dr. K. Krogh-Tonning. Uebersetzt von Gustav Ferbers. Mainz, Fr. Kirchheim, 1893. VIII u. 88 S.*

Der Verfasser, ein norwegischer luther. Theologe, beklagt den Niedergang der luther. Kirche, verlangt Aufgeben der staatlichen Suprematie über die Kirche, und Rückkehr der letzteren zu ihren höheren Principien und Aufgaben.

3. *Deutsche Bürgerkunde. Kleines Handbuch des politisch Wissenswerthen für Jedermann. Von Georg Hoffmann und Ernst Groth. Leipzig, Fr. Wilh. Grunow, 1894. VIII u. 312 S. (geb. 2 Mk.).*

Das Werkchen verbreitet sich in gemeinfasslicher Sprache kurz, manigfach vielleicht zu wenig orientirender, aber objectiver politisch farbloser Weise über die verschiedenen einzelnen Staatseinrichtungen, im Abschn. 10 und in einigen Punkten gelegentlich schon früher über Kirchen- und Unterrichtswesen, wobei auch des Patronatsrechts hätte gedacht werden sollen. S. 267 ist unrichtig »geistliche Provinz« statt Kirchenprovinz gesagt und falsch behauptet, die neuen *Concordate* hätten auch das staatl. Placet bezüglich kirchlicher Erlasse geregelt.

4. *De la célébration du mariage religieux et civil. Du divorce. Par le chanoine Dr. Allegre. Paris, A. Roger et F. Chernoviz, 1893. 71 pp. kl. 8°.*

Die Form der Eheschliessung und die Ehehindernisse nach kath. Kirchenrecht und nach den bürgerl. Gesetzen der verschiedenen Länder und zum Schluss die Frage der Ehescheidung und das für und gegen die Zweckmässigkeit derselben Vorgebrachte mit näherer Rücksicht auf die französ. Civilgesetzgebung wird von dem Verf. in übersichtlicher geistvoller Weise abgehandelt.

5. *Lucius Lector [Monsign. Guthieu]. Le conclave. Origines, histoires, organisation, législations ancienne et moderne. Paris, Lethielleux, 1894. 8°. XI et 784 p.*

Nach dem Berichte von Paulus im Lit. Handweiser 1894 Nr. 3 zeichnet sich diese uns noch nicht zu Gesicht gekommene umfangreiche Schrift »gleichmässig durch Gründlichkeit wie schöne Darstellung« aus und bezüglich des sog. Exclusivrechts Frankreichs, Oesterreichs und Spaniens (über welches dieses Heft des Archiv S. 201 ff. eine grössere Abhandlung von Prof. Dr. *Wahrmund* nach bisher unbekannten römischen Aktenstücken bringt) bemerkt der pseudonyme Lector, es bestehe für die Cardinäle zwar keine Rechtsverbindlichkeit, doch könne hier und da die Klugheit ihnen zur Pflicht machen, das Veto zu berücksichtigen. Zahlreiche Illustrationen und vier grosse Karten und ein Abdruck der zuerst 1881 in der 2. Aufl. von Vering's Kirchenr. ihrem Inhalt nach mitgetheilten, dann im Wortlaut in diesem Archiv und wie wir dem Handw. entnehmen, gleichzeitig in der Lyoner »Université catholique« von Lector publicirten Papstwahlbullen Pius IX., sind dem Werke beigegeben.

6. *Petr. Gasparri, Tractatus canonicus de sacra ordinatione 2 vol. Paris, Delhomme et Briquet, 1894. IX. 144 et 400 pp.*

In der äusseren Anlage ähnlich dem tract. de matrimonio dess.

Verf., sehr anerkennend beurtheilt von *Boudinhon* im Canoniste contemp. 1894 Märzheft S. 144 ff. Die Stimmen aus Maria Laach: 1894 Heft 6 bemerken über dieses Werk: Die historische Seite habe im Anschlusse an ältere und neuere Werke z. B. Phillips, eine eingehendere Beachtung gefunden; die Darstellung gehe sehr in's Detail und nehme manchmal einen casuistischen Charakter an; hätte übrigens zuweilen kürzer gefasst, etwas mehr gesichtet und verarbeitet sein können.

7. *Lehrbuch der Kirchengeschichte für akademische Vorlesungen und zum Selbststudium von Dr. Heinrich Brück, Domcapit. und Prof. der Theol. zu Mainz. 6. verbess. Aufl. Mainz, Franz Kirchheim, 1893. XVI u. 945 S. gr. 8°.*

Abermals nach zwei Jahren wieder eine neue Auflage des weitverbreiteten vorzüglichen Lehrbuchs. Ausser einzelnen Verbesserungen finden wir die neuesten Ereignisse auf kirchlichem Gebiete in Deutschland wie im Auslande und die einschlägige neue Literatur beigefügt. In dem wahrscheinlich stereotypirten Verzeichniss der Kaiser und Könige auf S. 925 stehen aber Z. 27 v. u. noch immer die zwei Zahlen-Druckfehler, indem es heissen muss: Lothar I. (843—55), Ludwig II. (855—75).

8. *Zur Entstehungsgeschichte der ständigen Nuntiaturen. Von Dr. theol. Anton Pieper, Privatdoc. an der k. Akademie zu Münster. Freiburg i. Br., Herder, 1894. VIII u. 221 S. (Mk. 3. 50).*

Ueber die Apokrisiarii oder Responsales als Vertreter der Päpste am byzantinischen Hofe von der Zeit Leo's I. (453) bis zum Ausbruch des Schismas handelte *Luxardo*, Das päpstl. Vordecretalen-Gesandtschaftsrecht. Innsbruk 1878. Die vorliegende auf gut verarbeiteten Vaticanischen Archivstudien beruhende Schrift schildert die Entstehung und allmälige Entwickelung der ständigen päpstlichen Nuntiaturen in Deutschland, Frankreich und Spanien bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts. Für die Regierungszeit Clemens VII. sind auch die durch wichtige Fragen, die Glaubenstrennung und die Türkengefahren nothwendig gewordenen ausserordentlichen päpstlichen Gesandtschaften berücksichtigt. Die die Aufgabe und Thätigkeit der Gesandten bestimmenden histor. Ereignisse werden vom Verf. entsprechend dargelegt. Sogleich in dem einleitenden ersten Abschnitte wird die ganze Rechtsstellung, Name und Besoldung, Facultäten, Instructionen, Correspondenz und Geheimschrift der Nuntien des Näheren erörtert. Die Arbeit soll zugleich die Einleitung zu den »Instructionen an die päpstlichen Legaten und Nuntien« bilden, die der Verf. mit dem Pontificate Julius III. beginnend, demnächst zu veröffentlichen gedenkt. Die der gegenwärtigen Publication (S. 155 ff.) angehängten Analekten enthalten unter 16 Nummern grösstentheils Instructionen für die Gesandten, welche Instructionen öfters zu förmlichen Denkschriften anwachsen. Die vom Verf. versprochene Fortsetzung, welche die Entwicklung der ständigen Nuntiaturen bis zur Gegenwart enthalten soll, wird gewiss allseits willkommen sein.

9. *Zum päpstlichen Reservations- und Provisionswesen. Von P. Konrad Eubel, Ord. Min. conv. (Römische Quartalschrift 1894. S. 169—85).*

Erst von Innocenz III. an finden sich im Vatic. Archiv päpstliche Registerbände mit der Aufzeichnung der Provisiones Praelatorum. Unter Martin V. hatte das Provisionswesen so ziemlich seine abschliessende Gestalt erhalten, und aus der Zeit nach ihm existiren keine Registerbände und Provisionsbullen. P. Eubel gibt für die Zeit von Innocenz III. bis Martin V. eine aktenmässige Uebersicht der vom päpstlichen Stuhle bei Besetzung von Bisthümern und Abteien eingehaltenen und aufgestellten Maximen unter gelegentlichem Hinweis, wie sich die Domcapitel dazu verhielten.

10. *Wetzer und Welte's Kirchenlexikon oder Encyclopädie der katholischen Theologie und ihrer Hülfswissenschaften. 2. Aufl. Von Prof. Dr. Franz Kaulen. Freiburg i. Br., Herder, 1893/4. Heft 90—93. (Bd. IX. Sp. 193—960).*

Von den längeren, auch kirchenrechtlich wichtigen Artikeln des rüstig voranschreitenden gelehrten gediegenen Sammelwerkes erwähnen wir hier: Nicäa (v. Hefele), h. Nicephorus (Ehrhard), Nicolaus I.—V. Päpste (Wurm), Nicolaus v. Cusa (v. Funk) Niederlande (Alberdingk-Thijm), Nonnen (A. Esser), Nordamerika (A. Baumgartner S. J.), Norddeutsche Mission (Woker), Normaljahr (Diendorfer), Notorietät (Ott), Novatianisches Schisma (v. Hefele), Noviciat (Permaneder), Nürnberg (Weber), Oberrheinische Kirchenprovinz (v. Funk), Oblaten-Congregationen (Huonder S. J.), Oblati und Oblaten (Ders.), Oblationen (A. Esser), Observanten (Ign. Jeiler O. S. Fr.), Oceanien (Neher), Oeconom (Permaneder), Oesterreich (Neher), Oranien, Wilh. v. (noch unvollendet).

11. *Staatslexikon. Herausgeg. im Auftrage der Görresgesellschaft durch Dr. A. Bruder, Cust. d. Univ.-Bibl. zu Innsbruck. Freiburg i. Br., Herder, 1893/4. Heft 26—30. (Bd. III. Sp. 769—1540. Preis Mk. 1. 50 das Heft von 5 Bogen Lex. 8).*

Von dem durchwegs vorzüglichen Staatslexikon liegt jetzt Bd. III. vollendet vor. An eingehenden wissenschaftlichen kirchenrechtlichen Abhandlungen sind aus dem vorliegenden Hefte zu erwähnen: Kirchenrecht (Prof. Dr. Singer), Kirchenstaat (Gottlieb), Kirchenstrafen (Pruner), Kirchhöfe (Singer), Lehramt, kirchliches (C. H. Müller), Lippe, Lübeck, Luxemburg (Ed. Franz), Naturrecht und Rechtsphilosophie (Th. Meyer S. J.), Niederlande (Ed. Franz), Oberaufsichtsrecht (Biederlack S. J.).

In dem Hefte 31. finden sich längere histor.-statistische Artikel über Oesterreich-Ungarn (Haas), Oldenburg (Sickenberger), relig. Orden (Lehmkuhl), in welchem kirchenrechtlich guten Artikel aber auch eingehend die einschlägigen polit. Bestimmungen bezüglich der Gelübde, namentlich auch bezüglich der vermögensrechtlichen Stellung der Ordenshäuser und Ordensglieder abzuhandeln gewesen wären, indem die kurzen allgemeinen Bemerkungen der Redaction und Hinweis auf Stengels Verwaltungslexikon nicht ausreichen. Ein längerer noch unvollendeter Art. »Papst« bildet den Schluss des Heftes 31. *Vering.*

XXIX.

Die Designation der Nachfolger durch die Päpste kirchenrechtlich untersucht.

Von Dr. *Karl Holder.*

Einleitung.

Bei den engen Beziehungen, welche zwischen Kirchengeschichte und Kirchenrecht bestehen, ist es oft schwierig, eines dieser Gebiete zu betreten, ohne das andere zu berücksichtigen. In meiner Schrift »Die Designation der Nachfolger durch die Päpste,« Freiburg i. d. Schweiz 1892, in welcher ich die Designationen von den ältesten Zeiten bis in das 17. Jahrhundert hinein untersuchte, musste ich darum auch einen Blick auf die rechtliche Bedeutung der Designation werfen und in kurzen Umrissen die Stellung des kirchlichen Rechts zur Designation zeichnen. Meine kirchenrechtlichen Resultate sind indess auf Widerspruch gestossen. Dies, noch mehr aber die Wichtigkeit der Frage, haben mich veranlasst, eine neue Untersuchung diesem Punkte zu widmen. Ich habe mich nur nach langer Ueberlegung entschlossen, dieses heikle Gebiet zu betreten; dass es an Widerspruch nicht fehlen wird, verhehle ich mir nicht.

In meiner Arbeit konnte ich zwei Arten von Designationen constatiren, die Designation im engeren Sinne d. h. die Bestellung des Nachfolgers als solchen und die Designation im weiteren Sinne d. h. die Empfehlung eines Candidaten für die nachfolgende Wahl. Wir fassen hier nur die Bestellung eines Nachfolgers in's Auge; dass die Empfehlung eines Nachfolgers nach kirchlichem Rechte zulässig ist, wird von keiner Seite bestritten, ja sogar wird dieselbe durch die kirchlichen Rechtsquellen empfohlen (Decretum Symmachi 499; dist. Grat. c. 7. c. VIII. qu. 1, ordo Romanus n. XV. c. 143 bei *Mabillon.* Mus.; Ital. II. 526 [1]).

In vorliegender Untersuchung muss ich mich oft beschränken, auf die Ausführungen meiner Schrift hinzuweisen, manchmal lässt sich aber des Verständnisses wegen eine Wiederholung nicht vermeiden.

1) Vergl. meine Schrift p. 101 ff.

Der Gang der Untersuchung ist folgender: Zunächst werden die einschlägigen Stellen aus den Quellen des kirchlichen Rechts über die Designation von den ältesten Zeiten zusammengetragen, dann suche ich dieselben exegetisch-historisch zu verwerthen, um daraus ein Bild der jedesmaligen Stellung des kirchlichen Rechts zur Designation zu gewinnen. Die rein dogmatische Frage soll nur insoweit berührt werden, als sie zur Kennzeichnung meines Standpunktes nothwendig ist.

Im *1. Capitel* soll die Stellung des kirchlichen Rechts zur Designation in den ersten Jahrhunderten

Im *2.* Die Verbreitung und Geltung des Designationsverbotes bis zum Abschluss des corpus jur. can.

Im *3.* Das spätere kirchliche Recht

Im *4.* Die Stellung der Canonisten zur Designation behandelt werden.

Erstes Capitel.

Die Stellung des kirchlichen Rechts zur Designation in den ersten Jahrhunderten.

Den Ausgangspunkt in unserer Frage bilden naturgemäss die Bücher des Neuen Testamentes. Christus setzte Petrus zum Oberhaupte der Kirche ein und gab ihm die Gewalt, die Kirche Gottes zu regieren [1]. Bezüglich der Berechtigung den Nachfolger zu ernennen, erfahren wir aus dem Neuen Testamente nichts: Die Dogmatiker [2] haben allerdings einen anderen Standpunkt. Sie folgern aus der Stelle bei Mathaeus XVI. 19. »Was du immer auf Erden binden wirst« u. s. w. eine ganz allgemeine Machtvollkommenheit für alle zur Verwaltung des höchsten Hirtenamtes nothwendigen Massregeln, unter welche auch die Designation des Nachfolgers falle. Darnach hätte der Papst jure divino das Recht seinen Nachfolger zu ernennen. Abgesehen davon, dass eine authentische Erklärung der Stelle in diesem Sinne seitens der Kirche nicht vorliegt und daher die Interpretation als eine doctrinäre und private erscheint, kommt man damit in einen unlösbaren Widerspruch mit der Geschichte und der kirchlichen Gesetzgebung, welche sowohl die *Ungültigkeit* als auch die *Unerlaubtheit* einer solchen Einsetzung statuirt. Das erste positive Zeugniss über die Regelung der Nachfolge auf den Bischofsstühlen erhalten wir von dem Apostelschüler Clemens von Rom.

---

1) Mathaeus XVI. 18; Joannes XXI. 15—17.

2) Stimmen aus M. Laach 1893 Bd. XLV. p. 86.

Dieser schreibt in seinem Briefe an die Korinther: »Unsere Aposteln haben durch unsern Herrn Jesus Christus erfahren, dass einstens Streit über das bischöfliche Amt entstehen würde; deshalb haben sie, die das Kommende genau vorherwussten, die soeben genannten (Bischöfe und Diaconen) aufgestellt und dann eine Bestimmung erlassen, auf dass, wenn diese mit Tod abgingen, andere erprobte Männer das Amt derselben erhielten. Und die, welche von jenen (d. h. den Aposteln) und die, welche nachher von andern auserwählten Männern mit Zustimmung der ganzen Kirche aufgestellt worden sind, diese dürfen nicht ungerecht ihres Amtes entkleidet werden [1]). Daraus folgt erstens, dass Christus die Nachfolge auf den Bischofsstühlen nicht geregelt hat, somit hätten die Aposteln doch kaum Bestimmungen darüber erlassen. Ist aber dies nicht der Fall und hat der Stifter der Kirche die Ernennung des Nachfolgers nicht seinem Stellvertreter vorbehalten, so hat er dies Recht der Kirche überlassen. Die Verordnungen über die Nachfolge, welche sie auch sein mögen, sind nicht göttlicher, sondern apostolischer Institution. Ein Recht jure divino des Oberhauptes der Kirche seinen Nachfolger zu ernennen, kennt Clemens von Rom nicht.

Die Bestimmungen der Apostel über die Nachfolge sind ganz allgemeiner Natur und geben nicht einen Schein von Berechtigung für die Annahme, dass die Kirche Roms davon ausgenommen worden sei. Denn wenn die Nachfolger der Bischöfe von auserwählten Männern mit Zustimmung der ganzen Kirche aufgestellt werden, warum sollte das in der Kirche Roms nicht der Fall sein, da doch Clemens mit keinem Worte eine Ausnahme für die römische Bischofswahl andeutet. Hätte in Rom ein anderer Wahlmodus, etwa Einsetzung des Nachfolgers oder nur die Berechtigung zu derselben, bestanden, so lässt sich schwer erklären, warum Clemens diese so wichtige Ausnahme nicht erwähnt haben würde. Die Bischofswahl, auch die römische, wurde also schon in den ersten Zeiten durch ein Collegium hervorragender Männer mit Zustimmung der ganzen Kirche vollzogen [2]).

Auf diese Weise war dem jedesmaligen Bischofe leicht Gelegenheit gegeben, auf das Collegium in einer allerdings nicht zu bestimmenden Form bezüglich seines Nachfolgers einen Einfluss auszuüben, was mit dem Zeugniss des Eusebius gut übereinstimmt. Es

---

1) Ep. ad Cor. I. n. 44, 1—3 (Patrum apostolicorum opera ed. Gebhardt und Harnack, 1876—77, I. p. 70). Vgl. Zeitschrift für wissenschaftliche Teologie 1880 p. 384.

2) Ueber die Bischofswahlen s. Cyprian ep. 68. Vgl. *Hallier*, De sacris electionibus et ordinationibus ex antiquo et novo Ecclesiae usu. Paris 1636.

ist rein willkürlich die Texte des Eusebius für eine Designation in sensu stricto zu nehmen und daraus den Schluss zu ziehen, die Einsetzung des Nachfolgers sei in der alten Kirche erlaubt und giltig gewesen [1]. Eusebius berichtet über die Wahl Fabians (236—250). Es haben also in der römischen Kirche Wahlen stattgefunden. Nun ist es aber schwer zu erklären, warum die römischen Bischöfe, die nach göttlicher Anordnung das Einsetzungsrecht gehabt und dasselbe auch ausgeübt haben sollen, auf dieses Recht verzichtet hätten und dafür die Wahl eingeführt haben. Die römischen Bischöfe konnten doch leichter unter diesen oder jenen Umständen auf eine Empfehlung verzichten als auf ein Recht, dass implicite unter ihre Machtvollkommenheit gehören soll.

Schon das erste allgemeine Concil von Nicäa (325) verbietet den Bischöfen ohne Ausnahme, bei ihren Lebzeiten einen Nachfolger zu haben [2]. Darin ist aber a fortiori auch das Verbot, sich einen Nachfolger zu wählen, enthalten. Das erste directe Verbot enthält das Concil von Antiochien (341). Dieses erlässt in c. 23 folgende Bestimmung: »Einem Bischof ist es nicht erlaubt, für sich einen Nachfolger zu bestellen, auch wenn er an das Ende des Lebens kommt. Geschieht aber solches, so soll die Aufstellung ungiltig sein. Es soll aber die kirchliche Regel bewahrt werden, welche enthält: es dürfe ein Bischof nicht anders bestellt werden als durch eine Synode und nach dem Urtheil der Bischöfe, die nach dem Tode des Vorigen das Recht haben den Würdigen zu befördern [3]. Hier wird in klaren Worten unzweifelhaft sowohl die *Unerlaubtheit* als auch die *Ungiltigkeit* der Bestellung eines Nachfolgers ausgesprochen [4]. Ferner wird als kirchliche Regel hingestellt, dass ein Bischof nicht anders bestellt werden soll als durch die competenten Bischöfe nach dem Tode des Vorgängers. Dieser Canon setzt also eine kirchliche Bestimmung voraus, die älter ist als diese Verordnung, des Inhalts,

---

1) *Duchesne* (Bulletin critique 1893 n. 12) und *Funk* (Tübinger Quartalschrift 1894 H. 1) bestreiten, dass die Texte für eine Designation überhaupt verwerthet werden können.

2) Augustinus ep. 213 (al. 110).

3) »Episcopos *non licere* tamquam successorem sibi futurum constituere alterum, quamvis circa vicinam mortis habeatur. Quod si tale aliquid factum fuerit, *irrita* sit hujusmodi ordinatis.« *Mansi*, Coll. Conc. T. II.

4) Dies ist besonders zu betonen gegenüber *Granderath*, der mir (Stimmen aus M. Laach 1893 H. 6) vorwirft, ich hätte die für diese Frage so nothwendige Unterscheidung zwischen Unerlaubtheit und Ungiltigkeit ausser Acht gelassen. Die kirchlichen Verordnungen, wie wir sehen, unterscheiden keineswegs zwischen beiden, im Gegentheil werden solche Bestellungen unerlaubt und ungiltig erklärt.

dass die einzige rechtmässige Bestellung des Bischofs durch die Comproviuzialbischöfe geschieht. Mit dieser kirchlichen Regel ist ohne Zweifel der c. 4 des Concils von Nicäa [1]) gemeint. Die Zulässigkeit der Bestellung des Nachfolgers wird vom Concil von Antiochien ausdrücklich, vom Concil von Nicäa implicite verworfen.

Ein weiteres Zeugniss für die ablehnende Haltung des kirchlichen Rechts zur Bestellung des Nachfolgers liefern uns die Canones Apostolorum, welche, obwohl unächt, die Stellung des kirchlichen Rechts gegenüber der Designation zur Zeit ihrer Abfassung kennzeichnen. Der c. 76 enthält die Bestimmung, dass ein Bischof seinem Bruder, Sohne oder Verwandten das Bisthum nicht übertragen darf. Thut er dies, so soll die Aufstellung ungiltig sein. Dass zwischen diesem Canon und dem c. 23 des Concils von Antiochien ein Abhängigkeitsverhältniss besteht, ist klar. *Drey* [3]) hält diesen Canon für eine zeitgemässe Umbildung des antiochenischen, der in der Hauptsache das Nämliche verordnet. Die Ansicht von *Hefele* [4]), dass das Concil von Antiochien aus den canones Apostolorum geschöpft haben könne, ist auch mit der Einschränkung von *Tardif* [5]) nach den Forschungen von *Funk* [6]) nicht mehr zu halten. Bezüglich der Zeit ihrer Abfassung sind die Meinungen getheilt. *Kihn* [7]) gibt dafür die Jahre 362—373 an, *Funk* [8]), dem *Harnack* [9]) in diesem Punkte beistimmt, die ersten Decennien des 5. Jahrhunderts. Demnach hätten wir aus dem Anfange des 5. Jahrhdts. ein Zeugniss von der Unzulässigkeit der Bestellung eines Nachfolgers.

An dieses reihen sich noch mehrere andere aus der Mitte und dem Ende desselben Jahrhunderts. So fällte im J. 462 eine römische

---

1) *Hefele*, Conciliengeschichte I² p. 381 ff.

2) Ὅτι οὐ χρὴ ἐπίσκοπον τῷ ἀδελφῷ ἢ υἱῷ ἢ ἑτέρῳ συγγενεῖ χαρίζεσθαι πάθει ανθρωπίνῳ· οὐ γὰρ τὴν τοῦ θεοῦ ἐκκλησίαν ὑπὸ κληρονόμους ὀφείλει τιθέναι· εἰ δέ τις τοῦτο ποιήσει, ἄκυρος μενέτω ἡ χειροτονία, αὐτὸς δὲ ἐπιτιμάσθω ἀφορισμῷ.

»Episcopum fratri suo, aut filio vel alteri propinquo episcopatum largiri, et quos ipse vult, ordinare non decet, aequum enim non est, ut Dei dona humano affectu divendantur, et ecclesia Christi, episcopatusque haereditatum jura sequatur. Si quis ita fecerit, ejus quidem ordinatio sit irrita, ipse vero segregationis ferat poenam.«

3) Neue Untersuchungen über die Constitutionen und Canones der Apostel. 1832 p. 360 u. 406.

4) Conciliengeschichte, I² p. 798.

5) Histoire des sources du droit canonique. 1887, p. 53.

6) Die apostolischen Constitutionen. Rottenburg 1891, p. 180 ff.

7) Literarische Rundschau. 1893, H. 1 u. 2.

8) l. c. p. 366.

9) Theologische Studien und Kritiken 1893, p. 403 ff.

Synode unter Hilarius I. ein gleiches Urtheil. Der Erzbischof Rusticus von Narbonne hatte seinen Archidiacon Hermes zum Bischof von Beziers geweiht, und als ihn die Stadt nicht annahm, zu seinem eigenen Nachfolger auf dem Stuhl von Narbonne empfohlen. Hermes bestieg diesen auch in der That. Als aber beim Papste Klagen darüber laut wurden, forderte Hilarius den Primas von Gallien zum Berichte darüber auf[1]). In diesem Briefe sagt Hilarius, der Primas hätte anzuzeigen, was »contra statuta patrum« geschehe, deswegen hätte er die Vorgänge in Narbonne nach Rom melden sollen. Nach der Erklärung von Papst Hilarius ist also die Bezeichnung eines Nachfolgers contra statuta patrum und die Handlung des Hermes eine iniquissima usurpatio. Auf einer römischen Synode im J. 465 trat Hilarius nochmals den Designationen entgegen. Bischof Nundinarius von Barcelona hatte seinen Nachfolger bezeichnet. Darüber gefragt, erliess der Papst folgende Bestimmung: »In Spanien glauben Manche, ein Bisthum könne, wie etwas Anderes, vererbt werden. Viele der dortigen Bischöfe bezeichnen, wenn sie dem Tode nahe sind, ihre Nachfolger, so dass keine Wahlen stattfinden. Das geht durchaus nicht an[2]).« Hier haben wir eine officielle Erklärung eines Papstes, dass die Vererbung des Bisthums a. v. die Bestellung des Nachfolgers unzulässig ist. Die bekannte römische Synode vom J. 499[3]), von Papst Symmachus berufen, regelt auf Anregung des Papstes die Nachfolge in der Weise, dass bei Lebzeiten des Papstes ohne seine Zustimmung keine Verhandlungen über den Nachfolger stattfinden dürfen; die Nachfolge soll gemeinschaftlich von Papst und Wahlberechtigten geregelt werden. Kann dies wegen unerwartet erfolgten Todes des Papstes nicht geschehen, so entscheidet in der Wahl die Stimmenmehrheit. Wie aus meiner Schrift hervorgeht, ist dem Papste eine ziemlich grosse Befugniss bezüglich der Bestimmung des Nachfolgers eingeräumt, von einer Ernennung desselben ist aber nicht im geringsten die Rede. Hätte der Papst nur einen Schein von Recht auf die Bestellung des Nachfolgers gehabt, so würde dies bei den Verhandlungen nicht verschwiegen worden sein; von einem Verzichte darauf erfahren wir ebenfalls nichts. Durch vorliegende Verordnung ist das Ernennungsrecht des Nachfolgers

1) *Thiel*, epistolae Romanorum Pontificum ep. 7. p. 140. Vgl. *Hefele*, l. c. II. 589 ff.

2) *Thiel*, l. c. decretum synodale a. 465 p. 162. Vgl. *Hefele* II. p. 592 ff.

3) *Thiel*, l. c., decret. synodale p. 641. Acta synodorum habitarum Romae a. 499 ed. *Mommsen* (Auctores antiquissimi XII. p. 403 ff. Vgl. meine Schrift p. 22 ff.

durch den Papst ausgeschlossen und sie bildet ein indirectes Zeugniss für die Unzulässigkeit der Bestellung.

Den besten Beweis dafür liefern uns die Vorgänge im 6. Jahrhundert. *Felix IV.* (526—30) erliess auf dem Sterbebette ein Decret an die Bischöfe, Priester, Diaconen, an den ganzen Klerus, den Senat und das Volk von Rom mit der Bestimmung, dass nach seinem Tode der Archidiacon Bonifatius die Kirche regieren solle und verlangte unter Androhung von kirchlichen Strafen, dass seiner Verordnung Folge geleistet würde[1]). Die Opposition liess nicht lange auf sich warten. Zuerst war es der römische Senat, welcher unter Androhung schwerer Strafen verbietet, dass bei Lebzeiten des Papstes Verhandlungen über die Wahl eines andern stattfinden. Er stellt sich damit ablehnend zur Handlungsweise Felix IV. und missbilligte entschieden die Successionspolitik des Papstes. Auch von Seiten des Klerus fand die Handlungsweise des Felix grossen Widerstand. Ersterem kam, wie *Duchesne*[2]) bemerkt, die Veröffentlichung der Canonensammlung des Dionysius Exiguus sehr zu statten, durch welche der c. 23 des Concils von Antiochien in weiteren Kreisen Westroms bekannt wurde. Auf dem erwähnten c. 23, welcher die Ungiltigkeit und Unerlaubtheit der Bestellung des Nachfolgers ausspricht, fussend, hielt der Klerus die Bestellung für ungiltig und unerlaubt und stellte einen Gegencandidaten auf. Daraus kann man entnehmen, dass auch in der Kirche von Rom der c. 23 von Antiochien für die Nachfolge auf dem Bischofsstuhl als massgebend betrachtet wurde. Ungeachtet der Drohungen Felix IV. hielt der römische Klerus an dem Standpunkte fest und verurtheilte die Handlungsweise des Papstes als gegen das kirchliche Recht verstossend. Dass bald nachher ein Papst selbst öffentlich erklärt, die Bestellung des Nachfolgers sei gegen das kirchliche Recht, werden wir sogleich feststellen können.

Dieser Papst war Bonifaz II., der von Felix widerrechtlich eingesetzte Nachfolger. Sein Zeugniss ist doppelt wichtig, weil er selbst durch Bestellung auf den römischen Bischofsstuhl gekommen war. Bonifaz befolgte das Beispiel seines Vorgängers und bestellte sich im Laufe seines Pontificates einen Nachfolger. Er berief eine Synode in die Basilica des hl. Petrus und erliess eine Verordnung, in welcher er den Diacon Vigilius zu seinem Nachfolger ernannte. Dieses Decret mussten die römischen Priester unterschreiben und vor der confessio des hl. Petrus beschwören[3]). Doch machte bald eine

---

1) Liber pontificalis ed. *Duchesne* I. p. 282. Vgl. p. 29 ff. meiner Schrift.
2) Mélanges d'archéologie et d'histoire III. p. 251—252.
3) Lib. pontificalis I. p. 281.

bessere Einsicht diesem rechtlosen Vorgehen Platz [1]). Bonifaz berief abermals eine Synode und gestand öffentlich, dass seine Handlung gegen die Canones [2]) verstosse und dass ihn Schuld treffe wegen der Einsetzung des Vigilius; er bekannte sich schuldig des Majestätsverbrechens [3]) und warf dann in Gegenwart des gesammten Klerus das Schriftstück ins Feuer. Hervorheben wollen wir gleich, dass hier sowohl die Ungiltigkeit als auch die Unerlaubtheit der Einsetzung des Vigilius ausgesprochen ist. Einerseits weist der Ausdruck »quia culpa eum respiciebat« auf die Unerlaubtheit der Handlung hin, andererseits geht die coordinirte Stelle »quia contra canones fuerat factum« auf die Ungiltigkeit der Handlung hin, will man nicht die beiden Ausdrücke als gleichbedeutend hinstellen, wozu kein Grund vorhanden ist.

Die Wichtigkeit dieser Erklärung kann nicht in Abrede gestellt werden. An Versuchen, die Sache abzuschwächen, hat es nicht gefehlt. Doch muss man bei unbefangener Betrachtung der Vorgänge zum Schluss kommen, dass Bonifaz bei seinem Widerruf vom Bewusstsein geleitet wurde, er habe nicht nur gegen das kirchliche Recht verstossen und eine Schuld auf sich geladen, sondern auch thatsächlich seine Machtvollkommenheit überschritten, anders lässt sich das Geständniss, er habe sich gegen die Majestät Gottes oder der Kirche versündigt, schwer erklären. Dass ein Papst, der sich auf sein gutes Recht stützen kann, im Angesicht der ganzen Kirche einen solchen Widerruf leistet, lässt sich nicht annehmen [4]). Bonifaz hat damit seine Handlungsweise in einer Synode öffentlich verurtheilt, und auch wir sehen darin einen unumstösslichen Beweis dafür, dass der Papst seinen Nachfolger nicht bestellen könne.

Der Widerruf Bonifaz II. hat aber noch eine weitere Bedeutung. Dadurch wird nämlich indirect seine eigene Bestellung durch Felix als unrechtmässig hingestellt und das Vorgehen sowohl

---

1) Auf die Gründe dieser Umwandlung habe ich pag. 39 meiner Arbeit hingewiesen.

2) Gemeint ist ohne Zweifel c. 23 von Antiochien, welcher Ungiltigkeit und Unerlaubtheit der Bestellung ausspricht.

3) Dass hier von der Verletzung der Majestät Gottes und der Kirche und nicht der des arianischen Königs die Rede ist, habe ich l. c. p. 41 ff. gegen *Hinschius* u. A. dargethan.

4) Sich zur Legitimation der Handlungsweise auf das Recht des höchsten Gesetzgebers in der Kirche berufen, welches Bonifaz zu seiner Rechtfertigung anzurufen nicht den geringsten Anschein hat, mag für den Dogmatiker seine Wichtigkeit haben, für den Historiker, der die Thatsachen in und aus der Zeit beurtheilt, hat dieser Grund kaum Bedeutung.

seines Vorgängers bei der Einsetzung eines Nachfolgers als auch das seinige bei der erzwungenen Verurtheilung des Dioskur durch den römischen Klerus verurtheilt. Dioskur, in rechtmässiger Wahl erhoben, war der legitime Bischof von Rom und Bonifaz der Eindringling. Dafür haben wir das Zeugniss des Papstes Agapit (535—36), welcher ebenfalls die Unrechtmässigkeit der Bestellung des Bonifaz bezeugt. Wie der Liber pontificalis [1]) berichtet, verbrannte Agapit bei Beginn seines Pontificates die libelli anathematis, welche Bonifaz dem römischen Klerus gegen die Canones und gegen Dioskur abgezwungen hatte in der Kirche, in Gegenwart aller und befreite die Kirche von den Nachstellungen der Treulosen. Kann es eine schärfere Verurtheilung der Handlungsweise eines Papstes geben? Ist es wohl anzunehmen, dass Agapit gegen seinen Vorgänger so gehandelt hätte, wenn derselbe nur einen Schein von Recht gehabt hätte? Und liegt nicht in dem Ausdruck »absolvit ecclesiam de invidia perfidorum« eine eclatante Brandmarkung des ganzen Vorgehens? Aus der Betrachtung dieser Vorgänge gewinnt man nothwendigerweise die Ueberzeugung, dass die Bestellung des Nachfolgers sowohl ungiltig als unerlaubt ist.

Dieser Standpunkt wurde auch im 7. Jahrhundert festgehalten. Die Synode von Rom (606) verbot dem Bischof bei seinen Lebzeiten sich einen Nachfolger zu wählen [2]). Auf der Synode von Paris (614) wurde ein Gesetz Chlotar II. verkündet, welches den Bischöfen verbietet, ihre Nachfolger zu wählen [3]). Dasselbe Verbot erliess im Jahre 670—73 die fränkische Synode von Latona [4]).

Das 8. Jahrhundert bringt uns eine wichtige Verordnung für die Papstwahl. Auf der Lateransynode vom J. 769, durch Stephan III. berufen, wird jede fremde Ingerenz in die Papstwahlen zurückgewiesen und bestimmt, dass »a certis sacerdotibus atque proceribus ecclesiae et cuncto clero ipse Pontificalis electio proveniat«; von einem Ernennungsrecht des Papstes ist keine Rede.

Dass man im 9. Jahrhundert ein Bestellungsrecht nicht kannte,

---

1) I, p. 287. »Hic ortum episcopatus sui libellos anathematis, quos invidiae dolo extorserat Bonifatius, presbyteris et episcopis contra canones et contra Dioscurum, in medio ecclesiae, congregatis omnibus incendio consumpsit et absolvit totam ecclesiam de invidia perfidorum.«

2) *Mansi*, X *Hefele*, III. p. 64.

3) *Mansi*, X; *Hefele*, III. p. 68; *Waitz*. Deutsche Verfassungsgeschichte; II[3], 2 p. 390; Mon. Germ. LL. Sectio III. concilia ed. *Maassen*, I. p 186.

4) *Maassen*, *F.*, Zwei Synoden unter Childerich II. Greg. 1867. *Hefele*, III. p. 108; M. G. LL. Sect. III. concilia I. p. 219.

darf uns bei der Stellung der Karolinger zu den Papstwahlen nicht wundern. War doch denselben durch das Constitutum Lothars vom J. 824 die Papstwahl unter die Controle der weltlichen Gewalt gestellt, so dass von einem Bestellungsrecht des Papstes keine Rede sein konnte.

Als dann im 10. Jahrhundert das Papstthum in die Hände der römischen Adelsparteien und besonders der Theodora kam, wurde der päpstliche Stuhl von denselben mit ihren Candidaten besetzt, bis Otto der Grosse diesen Zuständen 962 ein Ende machte. Das kirchliche Recht blieb auch im 10. Jahrhundert seinem Standpunkt treu. Dies kann man sehen aus der Synode von Ingelnheim[1]) (972), welche den Bischöfen verbietet ihren Nachfolger zu ernennen. Die Synode von Rom (998) setzte den Bischof von Puy ab, weil ihn sein Oheim eigenmächtig zu seinem Nachfolger bestimmte[2]).

Auch die folgende Zeit kennt kein Bestellungsrecht der Papstes. Hatte schon Otto I. sich und seinen Nachfolgern von den Römern versprechen lassen, nie einen Papst zu wählen, den er nicht vorher bezeichnet hätte[3]), so kamen schliesslich die Römer so weit, dass sie gegen alles Recht Heinrich III. das Recht der Besetzung des römischen Stuhles einräumten[4]). Dass dabei ein Bestellungsrecht des Papstes ausgeschlossen war, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Wenn wir vorläufig einen Halt machen und die durchlaufenen Jahrhunderte überblicken, so wird es nicht schwerer, die Stellung des kirchlichen Rechts zur Bestellung des Nachfolgers zu zeichnen. Das Urchristenthum kennt kein Reservatrecht des römischen Bischofs seinen Nachfolger zu ernennen. Nicht nur finden wir keine Andeutung in den ältesten Quellen, sondern das christliche Alterthum spricht dagegen. Vom Concil von Nicäa können wir durch alle Jahrhunderte hindurch das immer wiederkehrende Verbot constatiren, dass die Bischöfe ihre Nachfolger nicht bezeichnen können. So unterliegt es keinem Zweifel, dass das kirchliche Recht ein Reservatrecht betreffs des römischen Bischofs nicht kennt, was übrigens die römischen Bischöfe selbst anerkannt haben. Einerseits haben wir eine Reihe von Verboten gegen die Bestellung, andererseits Zeugnisse und Belege, dass die römischen Bischöfe selbst dieses Verbot als zu Recht bestehend anerkannt haben. Das kirchliche Alterthum und das kirch-

---

1) *Mansi*, XIX; *Hefele*, IV. p. 631.
2) *Mansi*, XIX; *Hefele*, IV. p. 653.
3) *Luitprandi* hist. Ottonis c. 8. (Monum. Germ. SS. III. p. 342).
4) Annales Romani (M. G. SS. V. p. 460).

liche Recht in den ersten 11 Jahrhunderten verhält sich also ablehnend zum Bestellungsrecht des Nachfolgers durch den Papst.

Zweites Capitel.

Die Verbreitung und Geltung des Designationsverbotes bis zum Abschluss des corpus juris canonici.

Im Vorgehenden haben wir durch das erste Jahrtausend hindurch das immerwiederkehrende Verbot der Designation feststellen können. Es bleibt hier zu untersuchen, welche Verbreitung das Verbot genommen hat und welche Geltung dasselbe in der griechischen und abendländischen Kirche sowie bei den Orientalen hatte. Die Antwort darauf geben uns die Sammlungen der Rechtsquellen.

Aus den ersten drei Jahrhunderten sind wenig schriftliche Rechtsquellen auf uns gekommen, Sammlungen aus dieser Zeit besitzen wir keine. Die apostolischen Canones, denen die Griechen im Alterthum und Mittelalter apostolischen Ursprung zuschrieben und welche c. 76 das Verbot der Designation enthalten, scheinen frühe in die Sammlungen aufgenommen worden zu sein, denn Johannes Scholastikus, der um 550 eine griechische Canonensammlung συναγωγὴ κανόνων herausgab, erwähnt in seiner Vorrede[1]) schon ältere griechische Sammlungen, welche dieselben 85 Canones apostolorum enthalten hätten. Die Sammlung von Scholastikus[2]), Patriarch von Constantinopel, wurde von ihm selbst in die kirchliche Praxis eingeführt und die II. Trullanische Synode von 692 anerkannte im c. 2 die apostolischen Canones als Rechtsquelle[3]). So war das Ansehen und die Geltung der apostolischen Canones in der griechischen Kirche festgestellt. Spätere Bearbeitungen von griechischen Concilssammlungen, um es hier gleich zu erwähnen, nahmen auch die 85 can. apost. auf[4]). In der griechischen Kirche hatte also das Verbot der Designation rechtliche Geltung.

Von den griechischen Recensionen der canones apostolorum stammen die orientalischen Recensionen ab[5]). Bei den Orientalen fanden die canones apostolorum und damit das Verbot der Designa-

---

1) *Pitra*, Juris eccl. Graecorum historia et monumenta. Rom. 1864 T. II. p. 376; *Voelli* et *Justelli*, Bibliotheca juris canonici. Paris 1661. T. II. p. 500.

2) Bei *Voelli*, l. c. T. II. p. 499 ff. Das Verbot der Designation p. 517.

3) Vgl. *Hefele*, I. p. 794.

4) *Phillips*, Kichenrecht, IV. p. 21—22; *Vering*, Kirchenrecht p. 38; *Scherer*, Kirchenrecht, I. p. 196—197.

5) *Funk*, l. c. p. 262.

tion ebenfalls Aufnahme. Die koptische [1]), arabische [2]), äthiopische [3]), syrische [4]) Recension der can. apostolorum enthalten sämmtlich das Designationsverbot. Bei den Orientalen war also ohne Zweifel die Kenntniss des Designationsverbotes verbreitet.

Ein anderes war das Schicksal der canones apostolorum in der abendländischen Kirche. In das Abendland treten dieselben durch die Sammlung des Dionysius Exiguus ein, welcher 50 canones übersetzte und an die Spitze seiner Sammlung gesetzt hatte. Das Designationsverbot (c. 76) befindet sich nicht in der Dionysischen Sammlung, obgleich die griechische Vorlage dasselbe enthielt, da blos die 50 ersten Canones übersetzt wurden [5]). Die canones apostolorum wurden von der abendländischen Kirche als unächt verworfen [6]). Im Abendland wurde das Designationsverbot durch die Sammlungen der allgemeinen Concilsschlüsse verbreitet, wie unten ausführlicher dargethan werden wird.

Solche Sammlungen von Synodalschlüssen entstanden schon frühe in der griechischen Kirche. So hatte Dionysius Exiguus zur Vorlage seiner Sammlung einen Codex, welcher die canones von Nicäa . . . . Antiochien u. s. w. enthielt [7]). Diese beiden Synoden, deren canones allgemeine Anerkennung fanden, enthalten bekanntlich das Designationsverbot [8]). Auch auf dem Concil von Chalcedon wurde ein solcher Codex benutzt, welcher die Canones von Nicäa und Antiochien enthielt [9]). Sind diese Sammlungen auch Privatarbeiten, so gelten sie doch als Zeugnisse für die Verbreitung des Designationsverbotes im 4.—6. Jahrhundert.

Die systematischen Sammlungen des 6. Jahrhunderts in der griechischen Kirche enthalten ebenfalls das Designationsverbot. So

---

1) *Lagarde*, Aegyptiaca 1883. p, 209—38. Vgl. *Bunsen*, Hippolytus und seine Zeit, 1852. T. II. p. 513; *Tattam*, The Apostolical Constitutions, or Canons of te Apostles in Coptic 1888.

2) *Funk*, l. c. p. 244 u. 245.

3) *Fell*, Canones apostol. aethiopice 1871. p. 8 ff.; *Joh. Lutolfus*, Commentarius ad suam Historiam Aethiopicam 1691. p. 313 c. 52 und p. 333 n. 71.

4) *Lagarde*, Reliquiae juris eccl. antiq. 1854 p. 44—66; *Ebedjesu*, Epitome canonum apostolorum in Mai, Scriptor. veterum nova collectio X. p. 15 c. 74.

5) *Funk*, l. c. p. 194 ff.

6) *Thiel*, epistolae Rom. Pont. decretalis de recipiendis et non recipiendis libris ep. 42 cap. IV. p. 466.

7) *Schneider*, Die Lehre von den Kirchenrechtsquellen. 2. Aufl. 1892. p. 49.

8) Nicäa c. 4; Antiochien c. 23. Vgl. oben p. 412 ff.

9) *Schneider*, l. c. p. 49 A. 2.

die συναγωγὴ κανόνων des Johannes Scholastikus [1]) um das Jahr 550, der Nomocanon aus dem Ende des 6. Jahrhunderts [2]), ferner der in der Ueberarbeitung (um 883) des Patriarchen Photius erhaltene Nomocanon, welcher im Orient grosses Ansehen erlangte [3]). Für die spätere Verbreitung und Geltung des Designationsverbotes in der griechischen Kirche, welches wir bis Ende des 9. Jahrhunderts verfolgen können, lässt sich, wie oben erwähnt, die Thatsache anführen, dass daselbst die canones apostolorum als kirchliche Rechtsquellen durch das ganze Mittelalter galten und so die ganze Periode hindurch das Designationsverbot als zu Recht bestehend anerkannt wurde.

In das Abendland gelangte im Laufe des 5. Jahrhunderts das Designationsverbot durch Uebersetzungen der griechischen Synodalschlüsse, deren bedeutendste die versio Isidoriana oder Hispana [4]) und die versio Itala oder Prisca [5]) waren und das Designationsverbot enthielten. In den einzelnen Ländern erhielt das Designationsverbot Verbreitung durch die allgemeinen Sammlungen, welche vom 5. Jahrhundert an entstanden. So in Italien und Gallien durch die Sammlung des Dionysius Exiguus [6]), welche grosses Ansehen und weite Verbreitung erlangte, durch die sog. Dionysio-Hadriana [7]) und von minder wichtigen Sammlungen diejenige des Theodosius diaconus [8]); in Gallien durch die Collectio Quesnelliana [9]); in Afrika durch die Breviatio canonum des Fulgentius Ferrandus [10]) und die Concordia canonum des Cresconius [11]). In Spanien haben wir, um nebenbei die collectio canonum des Bischofs Martin von Braga, auch capitula Martini [12]) genannt, zu erwähnen, die collectio Hispana oder Isidoriana [13]), welche in Spanien und theilweise in Gallien grosses An-

1) *Voelli*, l. c. T. II. p. 517 tit. VI.

2) Ibid. p. 609 tit. VI.

3) Ibid. p. 837 tit. XVIII. Vgl. *Schneider*, l. c. p. 50.

4) *Maassen*, Geschichte der Quellen und Literatur des canon. Rechtes. Gratz 1870. I. p. 75 ff.

5) *Voelli*, l. c. T. I. p. 295.

6) Das Designationsverbot steht *Voelli*, l. c. T. I. p. 128.

7) Thesaurus monumentorum ecclesiasticorum et historicorum sive H. Canisii lectiones antiquae ed. J. Basnage 1725. T. II. p. I. pars 270.

8) *Maassen*, l. c. I. p. 548.

9) *Migne*, P. lat. T. 56 p. 742.

10) *Voelli*, I. p. 450 n. 74.

11) *Voelli*, I. appendix p. LXXIV.

12) *Hinschius*, Decretales pseudoisidorianae et capitula Angilramni 1863. p. 428 n. 8; *Voelli*, I. appendix p. XV.

13) Collectio canonum Ecclesiae Hispanae nunc primum in lucem edita a publica Matritensi Bibliotheca. 1808. p. 47 n. 23.

sehen erlangte und ebenfalls das Designationsverbot enthält. Dasselbe geht auch in die gefälschten Sammlungen des 9. Jahrhunderts über [1]). Von den systematischen Sammlungen der folgenden Zeit (10. und 11. Jahrhundert) enthalten das Designationsverbot das decretum *Burchardi* [2]) und *Ivo's* decretum [3]). Im 12. Jahrhundert nimmt *Gratian* das Designationsverbot in das decretum Gratiani [4]) auf und so geht dasselbe in das corpus juris canonici über. Zeugnisse für die folgende Zeit liefern uns die Glossatoren, welche ebenfalls die ablehnende Haltung des kirchlichen Rechts zur Designation bekunden [5]).

Wir constatiren somit seit den ersten Jahrhunderten die zeitliche und örtliche Verbreitung des Designationsverbotes; durch alle Jahrhunderte können wir diese Verbreitung verfolgen, sowohl in der griechischen als in der lateinischen Kirche. Wir haben weniger Gewicht auf die Privatsammlungen, die allerdings auch ein Zeugniss abgeben, als besonders auf die officiellen Sammlungen gelegt, welche zum officiellen Gebrauch verfertigt und eingeführt wurden. So glauben wir uns zum Schluss berechtigt, dass Ende des 12. Jahrhunderts das Verbot der Designation zeitlich und örtlich allgemein verbreitet war.

Drittes Capitel.

Das spätere kirchliche Recht.

Mit Heinrich III. sind wir an den Höhepunkt kaiserlicher Designation angelangt. Die Reformpartei, welche gegen die kaiserliche Macht ankämpfend, sich zur Aufgabe machte, ein selbständiges und unabhängiges Papstthum zu gründen, hatte in dem Papstwahldecret von 1059 die Wahl ausschliesslich den Cardinälen vorbehalten, ein Recht des Papstes seinen Nachfolger zu ernennen ist dem Decret von 1059 nicht bekannt. Gregor VII. und seine Nachfolger üben das Empfehlungsrecht für die nachfolgende Wahl in weitem Maasse, die Empfehlung geht in manchen Fällen thatsächlich über eine blosse Empfehlung hinaus [6]), so dass ein kleiner Schritt dieselbe von einer directen Ernennung trennt, eine Ernennung aber finden wir

---

1) *Hinschius*, l. c. p. 272.

2) *Migne*, P. lat. T. 140 p. 604.

3) *Migne*, P. lat. T. 161 p. 359 c. 104.

4) Decret. Grat. p. II. c. VIII. qu. 1 c. 3 ff.

5) Glossa Beatus ad can. Apostolica 6 c. 8. qu. 1. und Glossa in cap. si transitus i. v. non possit. Vgl. *Fagnani*, Jus canonicum 1681. I. p. 564.

6) Vgl. meine Schrift p. 101 ff. und 51 ff.

unter den zahlreichen Fällen nie. Die Quellen dieser Periode bringen zahlreiche Zeugnisse, welche uns einen Einblick gewähren in die peinliche Sorgfalt der Päpste bezüglich ihrer Nachfolger, so dass man unwillkürlich den Wunsch des Papstes, seinen Nachfolger zu ernennen, herauslesen kann; dass dies in keinem Falle geschehen ist, lässt doch auf die Annahme schliessen, die Päpste hielten sich dazu nicht rechtlich befugt.

Wie wenig die folgende Zeit ein Ernennungsrecht des Papstes kennt, zeigt so recht Ende des 12. Jahrhunderts das Verhalten des Cardinalcollegiums gegenüber der Empfehlung eines Candidaten durch Coelestin III. (1191—98). Die Cardinäle weigerten sich, den von Coelestin vorgeschlagenen Candidaten zu wählen, selbst als der Papst sich erbot, zu Gunsten des Empfohlenen abzudanken [1]). Die Cardinäle wollten sich aber nicht dazu verstehen, den von dem Papste empfohlenen Candidaten zu wählen; wie weit wir da von einem Ernennungsrecht entfernt sind, ist leicht einzusehen.

Das 13. Jahrhundert kennt ebenfalls kein Ernennungsrecht des Papstes, vielmehr ist dasselbe in dieser Beziehung gekennzeichnet durch die Strömung im Cardinalcollegium die Stellung der Cardinäle der Macht des Papstes gegenüber zu heben und einen grösseren Einfluss auf die kirchlichen Angelegenheiten zu gewinnen.

Die Periode des Avignonischen Exils und des grossen Schismas (14. und Anfang des 15. Jahrhunderts) wäre sicher eine geeignete Zeit gewesen zur Ausübung der Designation durch die Päpste, hätten sie ein solches Recht beanspruchen können. Nicht weniger das 15. Jahrhundert, in welchem der Nepotismus in höchster Blüthe stand, und wo die Ernennung der Nachfolger in hohem Grade zur Verwirklichung der politischen Bestrebungen der Päpste beigetragen hätte. Aber in der ganzen Periode finden wir von einem Ernennungsrecht nicht die leiseste Spur.

Dies wird vollauf bestätigt durch das 16. Jahrhundert, welches uns von Päpsten selbst Zeugnisse bringt, dass das Ernennungsrecht ihnen nicht zustehe. So zuerst Clemens VII. (1523—34), der auf dem Sterbebette erklärte, er würde den Alexander Farnese durch Testament zu seinem Nachfolger ernennen, wenn der Pontificat vererbt werden könnte [2]), a. v. wenn die Ernennung des Nachfolgers

---

1) *Watterich,* Vitae Pontificum romanorum 1862. II. p. 748. Vgl. meine Schrift p. 68 ff.

2) *Raynaldi,* Annales ad a. 1534 n. 1 »Eminebat inter omnes . . . Alexander Farnesius . . . adeo ut Clemens, quum . . . omnem spem vitae constanter abjecisset, eum sibi successorem testamento scriptarum affirmaret, si Pontifica-

zulässig wäre. Die Erklärung lässt an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Clemens hielt sich nicht für befugt, seinen Nachfolger zu ernennen. Paul III. (1534—39) gibt auf den, in Hinblick der schwierigen Zeiten, ihm ertheilten Rath, sich einen Nachfolger zu wählen, eine schroff ablehnende Antwort [1]). Paul III. will sich also auf keine Weise, selbst nicht in schweren Zeiten herbeilassen, seinen Nachfolger zu wählen. Ein positives Verbot erliess Pius IV. (1559—65). Von diesem Papst wird berichtet [2]), dass er den in einem Consistorium versammelten Cardinälen von seinem hohen Alter und seiner Gebrechlichkeit sprach und hinzufügte, er wisse, dass von den Gesetzeskundigen die Frage erörtert werde, ob der Papst sich einen Nachfolger erwählen könne; auch unter Paul IV. sei die Frage behandelt worden, ob der Papst einen Gehilfen mit Recht auf Nachfolge bestellen könne. Obschon einige dieselbe bejahend beantwortet hatten, so war Pius der Ansicht, diese Meinung sei falsch und zu verwerfen und wollte erklären und nöthigenfalls durch ein Decret statuiren, dass der Papst, auch mit Zustimmung der Cardinäle [3]), dies nicht thun könne; die Mehrzahl der Cardinäle war der Ansicht, dies durch ein Decret festzustellen. Gambra erklärte, dass früher in einem Consistorium von einem Papste [4]) erklärt und durch Decret festgestellt worden sei, die Bestellung sei unzulässig, deshalb müsse man sehen, mit welchem Wortlaut das Decret anzufertigen sei. Als

---

tus haereditatem pateretur.« (Nach *Jovius*, Historia sui temporis in Opera omnia. Basel 1578. tit. XXXII. p. 235 »si Pontificatus haereditate pararetur«).

1) *Fagnani*, Jus canonicum I. p. 564 n. 30: »Paulum III. persuasum a Cardinali S. Marci . . . ut sibi successorem eligeret, omnino respuisse.«

2) *Ciaconius*, Vitae et res gestae Pontificum Romanorum. T. III. p. 874.

3) Der Unterschied zwischen diesem Decret und dem Decret des Symmachus (meine Schrift p. 22 ff. und oben p. 414) ist leicht einzusehen. Hier kann der Papst »etiam cardinalibus assentientibus« seinen Nachfolger nicht ernennen, während nach der Verordnung des Symmachus der Papst befugt ist, sich mit den Wahlberechtigten über den Nachfolger zu einigen, *den er aber nicht ernennt*. Das Decret des Symmachus handelt nicht von einem Ernennungsrecht des Papstes, sondern hatte den Zweck, die Form der *Empfehlung* für die nachfolgende Wahl und die Befugnisse des Papstes bei der Regelung derselben schriftlich zu fixiren. Das Decret Pius IV. dagegen stellt bezüglich der *Ernennung* des Nachfolgers fest, dass der Papst dies unter keinen Umständen, auch nicht mit Zustimmung der Cardinäle, thun kann. Die zwei Decrete sind daher wohl auseinanderzuhalten. Dass *Granderath* (Stimmen 1893, H. 6. p. 85) auf Grund solcher Verwechslungen gegen mich argumentirt, ist freilich etwas eigenthümlich.

4) Nach *Pagi*, Breviarium rom. pont. ed. Antwerp. 1717 .VI. p. 449 und *Raynaldus*, Annales ad a. 1561 n. 9 wäre Bonifaz II. gemeint.

Pius diese Meinungen gehört hatte, erklärte er, dass ein solches Decret nicht unnütz sei; er werde ein Decret erlassen, welches bestimmen sollte, dass der Papst nicht berechtigt sei, sich einen Nachfolger oder einen Gehilfen mit Nachfolgerecht zu wählen. Dass dasselbe erlassen worden ist, geht aus *Pagi* [1]) und *Raynald* [2]) hervor.

Wir haben hier eine öffentliche Erklärung des mit dem höchsten Rathe der Kirche in einem Consistorium versammelten Papstes über die Unzulässigkeit der Bestellung eines Nachfolgers, welche an Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt. Pius IV. erklärt, der Papst habe auch mit Zustimmung des Cardinalcollegiums nicht das Recht (non posse) seinen Nachfolger zu ernennen und lässt diese Erklärung doch ein Decret statuiren. Diese Erklärung ging von Pius nicht als doctor privatus, sondern als Papst [3]) aus; dies ergibt sich aus der ganzen Stelle, eine Privatansicht pflegen die Päpste nicht durch ein Decret statuiren zu lassen.

Doch die Erklärung Pius IV. hat noch eine weitere Bedeutung. Sie zeigt so recht, wie wenig die Designation mit der allgemeinen Machtvollkommenheit des Papstes zu thun hat, unter welche nach *Granderath* [4]) auch die Designation der Nachfolger gehört, wenn sie nicht speciell durch einen höheren Willen ausgeschlossen ist. Das Concil von Florenz [5]) (1439) erklärt in seiner Definition von der Vollgewalt des Papstes: »Diffinimus . . . Romanum Pontificem . . . in universum orbem tenere primatum et ipsi in beato Petro pascendi, regendi et gubernandi universalem ecclesiam a Domino nostro Jesu Christo *plenam potestatem traditam esse. Nach* Erlass dieser Definition, welche unzweifelhaft die Vollgewalt des Papstes, wie man

1) Breviarium VI. p. 449—50: »Declaravit (Pius) etiam et decrevit, quod Romanus pontifex non possit sibi eligere successorem nec assumere coadjutorem cum futura successione, etiam de consensu omnium et singularium Cardinalium, sed electio spectet ad Cardinales libere, cum decreto irritanti.

2) Annales ad a. 1561 n. 9: »In consistoriis . . . . etiam sanxit (Pius) Romanum Pontificem non posse eligere sibi successorem vel sibi coadjutorem conjuncta successionis spe vel jure adsciscere.«

3) *Granderath* gibt im Princip zu (Stimmen 1893 H. 6. p. 85), dass, wenn der Papst in einem Consistorium auftritt, derselbe als Papst spreche. Dennoch kann sich Granderath ganz gut denken, dass der Papst in einer solchen Berathung, wie sie Pius in jenem Consistorium mit den Cardinälen hatte, blos seine Privatansicht darlegte, ohne ihr dadurch eine höhere Bedeutung verleihen zu wollen.

4) Stimmen 1893. H. 6. p. 86.

5) *Harduin*, IX. p. 958.

aus dem Vaticanum [1]) ersehen kann, ausgesprochen hat, finden die Erklärungen von Clemens VII. (1523—34), Paul III. (1534—39) und Pius IV. (1559—65) gegen die Zulässigkeit der Designation statt. *Nach* derselben wird in einem Consistorium verhandelt über die Frage, ob der Papst das Recht habe, seinen Nachfolger zu ernennen. Es ist doch kaum anzunehmen, dass diese Frage aufgeworfen worden wäre, wenn das Recht, den Nachfolger zu ernennen, unter die definirte Vollgewalt des Papstes fallen würde. Wie erklärt sich die Thatsache, dass *nach* dem Florentinum drei Päpste in mehr oder minder bestimmter Form (Pius IV. durch ein Decret) die Unzulässigkeit der Bestellung des Nachfolgers erklärt haben? Wie konnte Pius IV. ein wenigstens implicite definirtes Recht als »falsum, rejiciendum« bezeichnen? Wie ist es möglich, dass die Päpste die Ansicht von der Unzulässigkeit der Bestellung selbst nur als doctores privati geäussert hätten, wenn dies Recht unter die Machtfülle des Papstes fiele? Dass Pius IV. nicht als doctor privatus, sondern als Papst gesprochen hat, ist für jeden Unbefangenen klar. Diese Befugniss wird also von den Päpsten, selbst nach Definition der Vollgewalt durch das Florentinum, nicht unter ihre Machtfülle gerechnet. Somit bleibt kein anderer Ausweg, als anzunehmen, die Ernennung eines Nachfolgers gehöre *nicht* unter die Vollgewalt des Papstes oder die Päpste, welche nach dem Florentinum sich gegen die Rechtlichkeit der Bestellung ausgesprochen haben, haben wissentlich oder unwissentlich gegen dasselbe verstossen.

Im 16. Jahrhundert ist ein Recht des Papstes zur Ernennung seines Nachfolgers, wie wir gesehen haben, durch positive Bestimmungen direct ausgeschlossen. Ein solches wäre auch kaum möglich gewesen, da bei der wachsenden Bedeutung der politischen Parteien im Cardinalcollegium, bei der erhöhten Einmischung der Staaten in die Papstwahl in dieser und der folgenden Zeit ein Recht zur Ernennung des Nachfolgers kaum Anerkennung hätte finden können.

Die definitive Regelung der Papstwahl, welche Anfang des 17. Jahrhunderts, unter Mitwirkung des berühmten Canonisten *Fagnani*, eines Gegners der Designation, erfolgte, in der Folgezeit mehrmals bestätigt wurde und heute noch zu Recht besteht [2]), kennt ein Ernennungsrecht des Papstes nicht.

---

1) Das Vaticanum (Const. dogm. I. de Eccl. cap. 3) hat die florentinische Definition erneuert und schärfer formulirt.

2) Const. *Greg. XV.* »Aeterni Patris« und »Decet Roman. Pont.« 1621; *Urban VIII.* »Ad Romanum pontificem« 1625; *Clemens XII.* »Apostolatus officium« 1732; *Pius IX.* »Cum Rom. Pontif.« 1869, »In hac sublimi« 1873, »Licet per Apostolicas« 1874 und »Consultori« 1877.

Viertes Capitel.

Die Stellung der Canonisten zur Designation.

Wenn wir zum Schluss noch die Stellung der Canonisten zur Frage darzustellen suchen, so ist es nicht unser Zweck, dieselben der Reihe nach aufzuführen und ihre Gründe zu untersuchen, sondern es sollen in grossen Zügen die Ansichten der Canonisten des 16., 17., 18. und 19. Jahrhunderts, die Designation betreffend, übersichtlich dargestellt und gewürdigt werden.

Die Stellung der Canonisten in dieser Frage ist eine verschiedene: Im 16. und 17. Jahrhundert waren die Meinungen in zwei Lager getheilt, wovon die einen dem Papste das Recht einen Nachfolger zu ernennen, zusprachen, die anderen dagegen ihm dasselbe bestritten. Im 18. Jahrhundert tritt eine dritte vermittelnde Ansicht auf, welche dem Papste seinen Nachfolger zu ernennen nur in den äussersten Nothfällen zusprach. Im 19. Jahrhundert haben wohl die negirende und vermittelnde Ansicht Vertheidiger gefunden, soweit wir die canonistische Literatur übersehen können, behauptet aber wohl niemand mehr, der Papst könne ohne weiteres seinen Nachfolger ernennen.

Der Ursprung der Controverse ist nach *Hinschius* [1]) darin zu suchen, dass die mehrfach von Päpsten gemachten Versuche, noch bei ihren Lebzeiten die Person ihres Nachfolgers zu bestimmen, sowie die ablehnende Haltung mehrerer Päpste in Verbindung mit der auf Grund des apokryphen Briefes des Clemens Romanus entstandenen Tradition, letzterer sei von Petrus zum Nachfolger bestellt worden, die Streitfrage hervorgerufen haben, ob dem Papste eine solche Befugniss zugesprochen werden könne. War schon eine jahrhundertlange Tradition gegen die Bestellung des Nachfolgers, so ist auch in der Controverse die überwiegende Meinung verneinend. So schon im 16. Jahrhundert, wie wir aus den Verhandlungen unter Pius IV. (1565) ersehen; bejahend sprachen sich nur einige aus, die grösste Anzahl der Cardinäle sprach sich dagegen aus [2]).

Den Stand der Controverse im 17. Jahrhundert ersehen wir aus dem berühmten Canonisten *Fagnani* [3]), der die Gründe pro et contra erörtert und sich gegen die Bestellung ausspricht.

---

1) Kirchenrecht, I. p. 292.

2) *Ciaconus*, III. p. 874.

3) Jus canonicum seu Commentaria in quinque libros decretalium. 1681. T. I. p. 562 ff.

Die Gründe, welche von den Vertretern der Designation ins Feld geführt werden, sind folgende:

1) Christus setzte Petrus zu seinem Nachfolger ein, als er nach der Auferstehung zu demselben sagte: »Weide meine Schafe.« Folglich können dies die Päpste als Stellvertreter Christi auch thun.

2) Petrus setzte Clemens, wie dieser selbst erzählt, zu seinem Nachfolger ein. Petrus hätte die Einsetzung eines Nachfolgers unterlassen, wenn eine solche nach Christi Anordnung unerlaubt gewesen wäre.

3) Bonifaz II. setzte vermittelst Decret den Vigilius zu seinem Nachfolger ein. Aehnlich thaten Gregor VII., Victor III und Andere. Zu Gregors VII. Zeiten wurde ferner verordnet (de consensu Patrum astantium), dass ein Jeder nach dem Beispiel Gregors VII. u. s. w. vor seinem Tode sich einen Nachfolger erwähle.

4) Symmachus verordnete, der Papst könne vor seinem Tode über einen Nachfolger sich berathen und eine Entscheidung treffen.

5) Der Papst Zacharias gab dem Erzbischof von Mainz die Erlaubniss, sich einen Nachfolger zu wählen. Folglich kann er dies für sich selbst thun.

6) Papst Hadrian ertheilte Karl d. Gr. die Befugniss, den Papst zu wählen, dasselbe gestattete Leo VIII. Otto dem Grossen. Diese Gewalt hätten die Päpste den Kaisern nicht verleihen können, wenn sie dieselbe nicht selbst hatten »cum nemo possit dare, quod non habet.« Ausserdem, wenn die Päpste diese Gewalt durch Laien ausüben konnten, so mussten sie dies um so mehr durch sich selbst thun können.

7) Der Papst kann Verordnungen erlassen über die Wahl eines Nachfolgers. Was aber dem Papste erlaubt ist »per viam legis universalis«, soll auch erlaubt gelten »per viam specialis ordinationis seu institutionis.«

8) Das Verbot, den Nachfolger auf dem päpstlichen Stuhle zu wählen, scheint nur de jure positivo zu sein. Der Papst ist aber nicht gebunden durch die Verordnungen seiner Vorgänger.

Als Empfehlung für die Besetzung des päpstlichen Stuhles durch Substitution wird der Umstand angeführt, dass dadurch viele Uebel beseitigt würden. Die Kirche wäre niemals verwaist, sondern hätte gleich nach dem Tode des Papstes einen Hirten. Dadurch wären die Schismen, die Entzweiungen, ehrgeizige Bestrebungen und viele Uebel unmöglich gemacht.

Von allen diesen Gründen kann keiner als stichhaltig betrachtet werden.

Ad 1) Die Einsetzung des Petrus kann nicht als Grund ange-

führt werden, weil zuerst bewiesen werden muss, dass mit der Uebertragung der Regierung der Kirche auch das Recht, einen Nachfolger zu ernennen, verbunden war. Diese Annahme setzt voraus, dass die Vollmacht, die Nachfolger zu ernennen, ein wesentlicher Theil der päpstlichen Gewalt sei, durch das »pasce oves meas etc.« den Päpsten verliehen[1]). Dies ist aber offenbar eine willkürliche Construction. Wie konnte dann das Concil von Antiochien c. 23 die Bestellung als *irrita* und *illicita* bezeichnen, Bonifaz II. seine Bestellung widerrufen und sich als reus majestatis anklagen, Pius IV. diese Ansicht als »falsum, rejiciendum« hinstellen? Es kann also das Factum der Einsetzung des Petrus durch Christus für die Zulässigkeit der Substitution des Nachfolgers nichts beweisen.

Ad 2) Die epistola ad Jacobum ist unächt und anderswo finden wir die Einsetzung des Clemens nicht bezeugt. Die Designationen der ersten Päpste waren keine eigenmächtigen Bestellungen des Nachfolgers[2]); dagegen spricht die Tradition der römischen Kirche, die ersten Bischöfe Roms seien durch Wahl erhoben worden.

Ad 3) Ebenso wenig ist die Einsetzung des Vigilius durch Bonifatius ein Beweis dafür, dass der Papst das Recht habe, seinen Nachfolger zu ernennen. Denn Bonifatius widerrief ja selbst öffentlich das Geschehene und erklärte: »qui contra canones fuerat factum et quia culpa eum respiciebat quod successorem sibi constitueret se reum confessus est majestatis.« Die Designationen durch Gregor VII., Victor III. und Urban II. waren keine Ernennungen des Nachfolgers, sondern Empfehlungen für die nachfolgende Wahl[3]).

Ad 4) Die Verordnung des Symmachus kann nicht als Beweis für die Zulässigkeit der Bestellung angesehen werden. Durch dieselbe wird dem Papste eine ziemlich weitgehende Befugniss bei den Verhandlungen über den Nachfolger eingeräumt, von einer Ernennung desselben ist aber keine Rede[4]).

---

1) Wird auch von *Granderath* (Stimmen, 1874. Bd. VII. p. 146. 150) behauptet.

2) Wie *Sägmüller* (Literar. Rundschau 1898 n. 12) dazu kommt, mich behaupten zu lassen, die Designationen der ersten Päpste seien Designationen im eigentlichen Sinne gewesen, da ich doch p. 16 meiner Schrift gerade das Gegentheil behaupte, ist mir unerklärlich.

3) Ebenso soll ich nach *Sägmüller* in meiner Schrift behaupten, dass diese Empfehlungen eigentliche Designationen gewesen sind. Gerade das Gegentheil steht p. 52 ff. und p. 95 ff.

4) Ich habe in meiner Schrift nirgendwo behauptet, die Designation im eigentlichen Sinne sei traditionelles Recht der Päpste gewesen, welches durch die Verordnung des Symmachus als formell geltend schriftlich fixirt worden sei

Ad 5) Auch kann die Thatsache, dass Papst Zacharias dem Bonifatius das Recht ertheilte, sich einen Nachfolger zu wählen, nicht als Beweis für diese Ansicht gelten. Denn es handelte sich keineswegs um eine Bestellung des Nachfolgers, sondern um die Bezeichnung eines geeigneten Candidaten.

Ad 6) Die angeblichen Privilegien der Päpste Hadrian I. und Leo VIII. beruhen auf unzweifelhaft unächten Urkunden [1]). Der Einfluss der weltlichen Macht auf die Besetzung des römischen Stuhls wurde zurückgewiesen unter Gregor VII. Gegen die kirchlichen Satzungen war die kaiserliche Designation jedenfalls.

Ad 7) Der Papst kann Verordnungen erlassen über den Modus der Papstwahl; daraus ergibt sich keineswegs die Befugniss, den Nachfolger zu ernennen. Denn die Bestimmung des Nachfolgers hat Christus der Kirche überlassen, ein Reservatrecht des Papstes, sich einen Nachfolger zu wählen, gibt es nicht. Dass die Nachfolge auf den Bischofstühlen durch Wahl erfolgt, geht auf die Apostel selbst zurück, ist also apostolischer Institution. Die kirchliche Rechtsentwickelung hat die Sache so aufgefasst, indem sie die Bestellung der Nachfolger verbot. Auch wurde von Seiten der Päpste das Ernennungsrecht des Nachfolgers nie beansprucht, selbst in Fällen, wo es das einzige Rettungsmittel war. Hätten sich Felix IV. und Bonifaz II. auf ein Ernennungsrecht, der Opposition gegenüber, berufen können, sicher hätten sie es gethan, Bonifaz II. hätte sich dadurch die Erniedrigung des Widerrufs ersparen können.

Ad 8) Dem gegenüber wird von der negirenden Ansicht festgehalten, dass das Verbot, den Nachfolger zu ernennen, nicht nur jure positivo, sondern jure divino et naturali sei. Hier ist zu bemerken, dass ein directes, positives Verbot de jure divino sich nicht constatiren lässt. Da aber die Regelung der Nachfolge auf indirecte Anregung Christi [2]) seitens der Apostel durch Wahl erfolgt, und somit die Bestellung implicite ausgeschlossen ist, die kirchliche Rechtsentwickelung erstere als rechtlich anerkannt, letztere aber als

---

wie *Sägmüller* l. c. meint, wohl aber behaupte ich dies von der Designation im weiteren Sinne d. h. von der Empfehlung. S. p. 26 und p. 96 meiner Schrift. Ueberhaupt kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, als habe *Sägmüller* die Schrift nur sehr flüchtig gelesen, sonst könnte er derselben nicht Resultate unterschieben, von denen nicht die Rede ist. Das 3. und 4. Capitel behandeln nicht, wie *Sägmüller* angibt, den erneuten Aufschwung und den Niedergang der *Bestellung* des Nachfolgers, wohl aber den Aufschwung und Niedergang der *Empfehlung*. Das sind aber wesentlich verschiedene Dinge.

1) *Hefele*, l. c. III² p. 620 ff., IV² p. 592 ff.

2) Ep. ad Corinth. I. 44.

ungültig verworfen hat, da ferner die Päpste seit Gründung der Kirche nur durch Wahl erhoben worden sind und das Recht der Ernennung nicht beansprucht, sondern als rechtswidrig und als nicht unter ihre Vollgewalt gehörend, verworfen haben, so wird es wohl schwer sein, im Verbot der Designation ein blosses Verbot de jure positivo zu sehen.

Den Vortheilen, welche zu Gunsten der Bestellung der Nachfolger ins Feld geführt werden, stellen wir die grossen und schwerwiegenden Nachtheile entgegen, die diese Bestellung des Nachfolgers mit sich bringt. Dadurch wäre der Interessenpartei und dem Nepotismus Thür und Thor geöffnet, das Papstthum wäre der Gefahr ausgesetzt gewesen, in einer Familie erblich zu werden, den Interessen einer Partei zu dienen und dadurch den Einfluss, den es nur dadurch hat, dass dasselbe über den Parteien steht, zu verlieren. Ein erbliches Papstthum wäre sicher zum Zankapfel von Parteien, grosser Häuser und ehrgeiziger Geschlechter geworden; man denke nur an die Kämpfe der römischen Adelsgeschlechter im 9. und 10. Jahrhundert um das Papstthum. Der Nepotismus, welcher ohne erbliches Papstthum entstehen konnte, und dessen traurige Folgen ja bekannt genug sind, hätte ohne Zweifel bei einem erblichen Papstthum noch traurigere Früchte gezeitigt. Und so muss es als eine gütige Fügung der Vorsehung für die Kirche und das Papstthum betrachtet werden, dass die Nachfolge auf dem Stuhle Petri nicht durch Ernennung, sondern durch Wahl stattfindet.

Wir sehen dass die Gründe, welche für die Zulässigkeit der Bestellung angeführt werden, die Kritik nicht bestehen können. Neues Material zur Begründung der bejahenden Ansicht hat auch das 18. Jahrhundert nicht bringen können. Unter den jüngeren Kanonisten und Theologen scheint auch diese Ansicht nicht mehr viele Anhänger gehabt zu haben, denn nach dem Zeugniss von Petra[1]) verfochten die recentiores canonistae et theologi die negirende Ansicht, und zwar betonten sie stärker als früher, das Verbot den Nachfolger zu ernennen, sei jure divino et naturali oder nach einem anderen Ausdrucke jure naturali et quasi divino indispensabili. Nach dem Zeugniss von Ferraris[2]) ebenfalls war die gewöhnliche Ansicht die negirende.

Eine dritte Ansicht[3]), wohl nur eine Concession an die Ver-

---

1) Commentaria ad constitutiones apostolicas. Venetiis 1729. T. IV. p. 118.

2) Bibliotheca canonica, juridica, moralis, theologica etc. Bonon. 1746. Art. Papa. (ed. novissima Romae 1885. T. VI. p. 25).

3) *Petra*, l. c. n. 10.

treter der negirenden Ansicht, sucht zwischen beiden zu vermitteln, indem sie annimmt, der Papst sei blos berechtigt, einen Nachfolger zu ernennen »cum Ecclesiae necessitas vel evidens utilitas id expostulat.« Gereicht aber diese Art und Weise, den päpstlichen Stuhl zu besetzen, der Kirche zu offenbarem Schaden, z. B. wenn ein Papst wie durch Testament den Erben seiner Würde ernennen oder diese Ernennung als gewöhnlichen Papstwahlmodus einsetzen würde, so ginge derselbe über sein Recht hinaus, da die Macht des Papstes eingesetzt sei zur Erbauung und nicht zur Zerstörung der Kirche.

Wir wollen zuerst constatiren, dass die Vertreter dieser Ansicht die Ernennung als gewöhnlichen Papstwahlmodus, d. h. das Bestellungsrecht für jeden einzelnen Fall, als null und nichtig verwerfen. Sie verwerfen also im Princip die Befugniss des Papstes, den Nachfolger zu ernennen, nehmen aber an, dass er dies ausnahmsweise in den äussersten Nothfällen thun kann.

Das ist aber ein Widerspruch. Denn ist die Ausübung der Bestellung des Nachfolgers, wie es die Vertreter annehmen, an gewisse Bedingungen geknüpft und für die äussersten Nothfälle reservirt, so wird doch im Princip das Bestellungsrecht zugegeben; ein Recht, das man principiell nicht besitzt, kann man auch in Nothfällen nicht ausüben. Oder erzeugen vielleicht im gegebenen Falle die Nothfälle das Recht? Dass es aber für den Papst ein principielles Recht, den Nachfolger zu ernennen, nicht gibt, nehmen auch wir an. Schwere Zeiten und stürmische Papstwahlen kennt die Kirchengeschichte schon genug, dass aber in solchen Fällen die Vorherbestellung eines Nachfolgers etwa ein Schisma abwenden könnte, ist kaum anzunehmen. Auch haben die Päpste nie versucht, zu diesem Mittel zu greifen, wir finden selbst ein Beispiel, wo ein Papst (Paul III.) die Aufforderung, sich »in illis temporum angustiis« einen Nachfolger zu wählen, schroff abgelehnt hat (omnino respuisse). So ist auch diese vermittelnde Ansicht als unbegründet abzuweisen.

Die Frage wurde im 19. Jahrhundert weniger erörtert, Canonisten wie Phillips haben sich für die negative Ansicht entschieden ausgesprochen. Auch scheint jetzt die überwiegende Meinung zur Verneinung der Frage zu neigen, nach *Hinschius*[1]) ist es die recipirte.

Schluss.

Fassen wir unsere Ausführungen noch kurz zusammen, so ergibt sich als Resultat unserer Untersuchung ein doppeltes:

1) Kirchenrecht I. p. 292.

1) Ein dogmatisches Recht des Papstes, seinen Nachfolger zu bestellen, gibt es nicht. Christus hat Petrus das oberste Hirtenamt übertragen und ihm den Befehl gegeben, seine Heerde zu weiden; ein Bestellungsrecht des Nachfolgers lässt sich keineswegs daraus ableiten. Ebensowenig fällt das Bestellungsrecht unter die kraft Mathaeus XVI. 19 den Päpsten verliehene Machtvollkommenheit, da an und für sich dieser Text nicht so interpretirt werden muss, ferner die ganze kirchliche Rechtsentwicklung gegen diese Auffassung der Stelle spricht und Päpste nach der Definition der Vollgewalt sich gegen die Bestellung aussprachen und dieselbe als nicht unter die Vollgewalt gehörend erklärt haben. Das Wahlrecht hat Christus der Kirche überlassen; die Apostel selbst haben dasselbe auf indirecte Anregung Christi geregelt. Der Papst kann dies Wahlrecht nach den verschiedenen Bedürfnissen der Kirche regeln, dasselbe aber nicht umstossen, was er durch die Ernennung des Nachfolgers thun würde.

2) Ein Bestellungsrecht hat das kirchliche Recht nie gekannt: die gesammte rechtliche Entwickelung spricht gegen die Substitution. Vom Anfange der kirchlichen Gesetzgebung haben wir durch alle Jahrhunderte, sowohl in der griechischen als in der abendländischen Kirche, das immerwiederkehrende Verbot der Bestellung constatirt, ein Verbot, welches die Ungiltigkeit und die Unerlaubtheit derselben ausspricht. Die Päpste haben sich nie auf ein Bestellungsrecht berufen; etwaige Versuche, den Nachfolger zu bestellen, mussten als rechtswidrig widerrufen werden. In der ganzen Reihe der Papstwahlgesetze finden wir nicht die leiseste Andeutung eines Bestellungsrechtes, dagegen Erklärungen von Päpsten gegen die Substitution. In der Controverse, welche die Canonisten über diese Frage bis in die neueste Zeit beschäftigte, war die überwiegende Meinung für die Verneinung der Frage; die Gründe, welche eine dritte Meinung für das Bestellungsrecht in Ausnahmefällen geltend macht, sind nicht genügend.

Freiburg (Schweiz), 26. Juli 1894.

XXX.

Die Rechtsverhältnisse der Oratorien.

Von *Augustin Arndt* S. J., Prof. des canon. Rechtes in Krakau.

(Schluss von *Archiv* LXXII. S. 63 ff. und S. 335 ff).

Artikel 2. Die Privat-Oratorien der Bischöfe, der Klöster und andern loca religiosa oder pia.

Omnino extra ecclesiam et ad divinum tantum cultum dedicata oratoria sollen die Bischöfe die Feier der heiligen Messe weder Regularen noch Weltpriestern gestatten. Zu den *oratoria ad divinum tantum cultum dedicata* gehören nun in erster Linie sicherlich die Privat-Oratorien der Bischöfe und der Ordensleute. Das Concil gebrauchte absichtlich nicht die Wendung oratoria publica, um die letzteren nicht auszuschliessen. In der That werden die öffentlichen Kapellen, welche den Kirchen gleichstehen, im Decret wohl unter diesem Namen einbegriffen, andererseits sagt das Concil nur: ad divinum cultum dedicata oratoria ohne den Beisatz perpetuo (dedicata), wie *van Gameren* mit Recht bemerkt.

Unter Privatkapellen ist hier nicht der Gebrauch des altare viaticum zu verstehen, da das Privileg eines solchen Altares viel mehr besagt. Im Breve *Quamvis peculiares* ertheilt Pius IX. 9. Februar 1853 dem Collegium der Protonotare (protonotarii participantes) das Recht auf einem Tragealtare zu celebriren, so indess, dass dies in einem fremden Hause nur auf der Reise geschehen kann. Den Protonotaren ad instar participantium hingegen wird dies Privileg genommen und ihnen einzig das Recht belassen, ein vom Ordinarius zu visitirendes und zu approbirendes Oratorium zu haben. Ein tragbarer Altar dient überall, wo die privilegirte Person sich aufhält, ein Privat-Oratorium wird nur für das eigene Haus gewährt. Ein Tragaltar bedarf auch keiner vorgängigen Visitation des Bischofes, noch auch, dass er fest und unbeweglich ist, wie dies schon der Name besagt. Ein Privat-Oratorium hingegen bedarf der Visitation des Bischofes und muss einen festen Altar haben, d. h. einen solchen, dessen Stein in den Untersatz eingemauert ist, oder, wenn letzterer von Holz ist, einen Altar, der mit der Wand oder dem Fussboden verbunden ist oder es wenigstens zu sein scheint. Dass ein *jedes* Privat-Oratorium einen unbeweglichen (fixum) Altar haben

muss, bezeugen ausser Gatticus auch u. a. Cardinal Petra und der hl. Alphons. Auf die Frage, ob der Altar in einem Privat-Oratorium von Holz sein darf, entgegnete die S. R. C. am 3. Dec. 1661: »Ja, wenn nur der Holzaltar durch den Stein mit der Mauer verbunden ist (colligatum), nicht nach Belieben entfernt werden kann und nicht geradezu wie ein altare portatile aussieht.«

Der Ausdruck *colligatum* ist indess, wie die letzten Worte des Decretes andeuten, nicht allzu sehr zu urgiren. Es genügt, sagt der h. Alphons, wenn der Altar nur an die Wand angelehnt ist, denn so ist er wirklich einem tragbaren Altare nicht ähnlich, und so versteht die allgemeine Praxis die Vorschrift [1]). Merati und Gattico sind der gleichen Ansicht. Wenngleich das angeführte Decret zunächst Laien-Oratorien im Auge hat, so ist kein Grund vorhanden, wesshalb es nicht auch von den in Klosteroratorien errichteten Altären verstanden werden sollte. Verliert ein solcher Altar seine Reliquien, so genügt es, einen anderen, von welchem katholischen Bischof immer consecrirten Stein, in den Altar einzulegen, damit die Feier der h. Messe wieder gestattet sei. — S. R. C. (30. März 1697). In öffentlichen Oratorien und Kirchen hingegen kann man sehr wohl auf kurze Zeit, z. B. für die Maiandacht, einen beweglichen Altar errichten, [2]) wenn der Bischof seine Zustimmung giebt, wo es sich um andere als die Kirchen der Regularen handelt, denn für letztere reicht auf Grund der vielfach vom h. Stuhle (Innoc. VIII. Jul. II. u. s. f.) gewährten Privilegien die Erlaubniss des Oberen aus. Was von der Kirche gesagt ist, gilt auch von der Sakristei und dem Chore. Damit indess ein Altar auch ausserhalb der Kirche, so dass er einzig die Aussenwand berührt, auf dem Kirchhof errichtet werden kann, ist durchaus nothwendig, dass eine summa necessitas dazu zwingt, wie Gardellini zu der Entscheidung der S. R. C. in Ledun. 27. August 1836 ausführt [3]).

Gehen wir nach diesen allgemeinen Bemerkungen betreffs des Altares, die zum Theil auch für die Privatoratorien von Laien ihre Bedeutung haben, zunächst zur Erörterung der Rechte der bischöflichen Oratorien über.

---

1) S. Alph. Theol. mor. VI. n. 424. *Gattico* c. 23. n. 10.

2) *Gattico*, De usu alt. portat. c. 1. n. 12. Damit stimmt die allgemeine Praxis überein.

3) Einen solchen bildet das Zusammenströmen des Volkes an einem Wallfahrtsort an einem Festtage nicht, wenn noch eine andere Kirche am Orte vorhanden ist, wie die h. Congregation in der oben erwähnten Entscheidung aussprach.

§. 1. *Die Oratorien der Bischöfe und Cardinäle.*

1. Nach dem Decretalenrechte stand den Bischöfen eine dreifache Vollmacht zu: Sie konnten in ihrem Palaste Kapellen errichten, welche das Vorrecht von öffentlichen Oratorien hatten, es war ihnen gestattet, nicht allein in jenen, sondern an jedem ehrbaren Orte ihres eigenen Hauses oder der ganzen Diöcese auf einem tragbaren Altare das h. Opfer darzubringen, in fremden Diöcesen auf einem Altare viaticum die h. Messe zu lesen und lesen zu lassen. Die letztgenannte Facultät stand ihnen unabhängig vom Diöcesanbischof zu, der Grund aber für die Verleihung ist, weil es sich nicht ziemt, dass ein Bischof ohne genügende Ursache (rationabilis causa), die h. Messe an einem Tage auslässt. Das Recht auf einem Altare viaticum zu celebriren, ist streng an die bischöfliche Würde gebunden, wenngleich es diese in weitem Umfange begreift. Titularbischöfe, erwählte und confirmirte nehmen an demselben Theil, auch wenn die letzteren noch nicht consecrirt sind[2]). Uebrigens kann der Bischof auch gestatten, auf einem Altare viaticum die h. Messe zu lesen, wenn die Nothlage Vieler es erheischt.

Hat das Tridentiner Decret für dieses dreifache Vorrecht Beschränkungen geschafft oder sind solche später vom h. Stuhle aufgestellt worden? »Es wurde den Bischöfen durch das Decret zwar das Recht genommen, anderen die Erlaubniss zu geben, in Privathäusern die h. Messe zu feiern, sagt *Benedict XIV.*, keineswegs aber wurden sie der Vorrechte beraubt, die ihre eigene Person angehen und ihrer Würde und ihrem Charakter eigen sind.« Demgemäss erklärte bereits im Jahre 1623 die S. C. C.: »Capellas et oratoria ad illorum usum ubique locorum exstructa minime comprehendi in prohibitione iussu s. m. Pauli V. iampridem edita de non celebrando in privatis oratoriis«[3]). Der Grund, wesshalb auch nach dem Tridentiner Decrete die Bischöfe das vorbeschriebene Recht bewahrten, war nicht, weil dasselbe im Corpus iuris enthalten ist, sondern weil die Bischöfe auf einer höheren Staffel der kirchlichen Hierarchie stehen, und allen übrigen Klerikern ein Vorbild und Gegenstand der Erbauung sein sollen. Desshalb ziemt es sich nicht, dass sie an irgend einem Tage ohne guten Grund das h. Opfer dar-

---

1) Cfr. *Bened. XIV.*, Const. *Magno* §. 5. et *Gattico*, De orat. dom. c. 17. De usu alt. port. c. 12 et c. 7.

2) *Fagn.* in c. Quod nonnullis n. 23. *Petra*, in Const. 2. Urb. V. n. 22. *Gattico*, De usu alt. port. c. 12. n. 20.

3) *Bened. XIV.*, De sacros. missae sacrif. lib. III. cap. 6. n. 2. cfr. *Gattico*, De or. dom. c. 17. n. 20. Decret vom 23. Juli 1616.

zubringen unterlassen. Da also dies Privileg, sagt Fagnani, auf den Pflichten des bischöflichen Standes basirt, konnte das Concil demselben keine Beschränkung auferlegen, da es ihm am Herzen lag, dass die Bischöfe in allem, was Religion und Gottesdienst angeht, ein leuchtendes Vorbild seien. Dieser Grund ist für einfache Priester nicht massgeblich, ja sie könnten nicht einmal ohne Aergerniss zu geben, das Privileg des altare portatile besitzen und üben. So weit Fagnani.

2. Beginnen wir mit dem Privileg, eine eigene Kapelle zu haben. Der Bischofspalast wird im Rechte keineswegs einem Privathause gleichgestellt, sondern den Klöstern und den domus religiosae. In solchen aber sollte nach dem Willen des Concils die h. Messe dargebracht werden können, wenn nur in denselben dem Gottesdienste geweihte Oratorien errichtet würden. Diese Kapellen geniessen, wie das Recht des Asyls, so auch alle anderen Privilegien und Rechte von öffentlichen Oratorien, wie Card. Petra, Benedict XIV., Gattico, Giraldi, Gardellini, der h. Alphons u. a. bezeugen. An allen Tagen also können in der bischöflichen Kapelle Messen gelesen werden, auch von auswärtigen Priestern, auch dann, wenn der Bischof abwesend, ja selbst wenn er gestorben ist, und alle, welche daselbst der h. Messe beiwohnen, leisten dem Kirchengesetze Genüge. So die Congregation der h. Riten am 2. Juli 1661 und 8. April 1854. Ja, wie Benedict XIV. Const. *Magno* §. 1. bezeugt, der Bischof kann in seiner Hauskapelle auch jede andere seiner Würde und seinem Amte zustehende geistliche Function üben. Dass die h. Weihen oft, das Sacrament der Firmung bisweilen in denselben ertheilt wird, lehrt die Praxis. Dass dieselbe auch legitim ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Freilich bestimmt das Tridentiner Concil Sess. XXV. cap. 8. de reform., die h. Weihen sollen an den vom Rechte vorgeschriebenen Zeiten in der Kathedrale in Gegenwart der Canoniker öffentlich ertheilt werden, wenn sie aber an einem anderen Orte der Diöcese ertheilt würden, so solle der Ortsklerus zugegen sein und die würdigste Kirche dazu gewählt werden. Indess diese Vorschrift gilt einzig für die Generalordinationen, wie Monacelli sagt und Benedict XIV. bestätigt[2]). Fagnani führt hierfür auch eine Entscheidung der S. Congr. Ep. vom 25. Oc-

1) Für die Oratorien der Titularbischöfe gilt dies Vorrecht nicht. Es genügt also nicht zur Erfüllung des Kirchengesetzes in einem solchen die h. Messe zu hören. *Gattico*, cap. XVII. n. 16.

2) Monac. Form. leg. pract. Tit. 3. form. I. n. 3. *Bened. XIV.*, Ep. ad Card. Guadagni Urb. Vicar. 15. Febr. 1755. §. 18.

tober 1588 an, Giraldi eine solche der S. C. C. in Meliten. 20. Nov. 1592 [1]). Benedict XIV. schliesst vielleicht nicht einmal die von der Kirche für die Ertheilung der Weihen allgemein bestimmten Tage aus, so dass die Meinung Gardellini's auch an ihm einen Halt hat: Es geschieht nicht selten, dass der Bischof wegen der geringen Zahl der Ordinanden oder aus einer anderen vernunftgemässen (rationabilem) Ursache die h. Weihen in seiner Kapelle ertheilt. Ist die Kapelle gross, so kann der Bischof die h. Weihen in feierlichster Weise ertheilen, ob indess die Canoniker verpflichtet sind, dabei zu assistiren, bleibt zweifelhaft. — Betreffs der Confirmation kann schon allein deshalb keine Schwierigkeit sein, weil kein Gesetz vorschreibt, dass dieselbe ausschliesslich in der Kirche ertheilt werde. Ja, im Gegentheile wurde dieselbe früher in der Taufkapelle gespendet, wie sie in der griechischen Kirche auch jetzt noch mit der Taufe verbunden wird.

Ist die Kapelle gross genug, so werden auch gesungene Messen in ihr gehalten werden können, ja, da in den Bruderschaftskirchen die Aussetzung des Allerheiligsten nach dem Decrete vom 10. December 1703 (Dub. 13. und 11.) nicht verboten ist, wird selbst die feierliche Anbetung zu gewissen Zeiten nicht ungeziemend sein. Die ständige Aufbewahrung der h. Eucharistie ist indess kein Privileg der bischöflichen Kapelle, ja gehört nicht einmal zu den persönlichen Vorrechten des Ordinarius.

Das Recht des Bischofes ist keinesweges auf eine einzige Kapelle beschränkt. Ja, es kann sogar empfehlenswerth sein, mehrere einzurichten, sagt Gattico, wenn die im Palaste beschäftigten Priester nicht leicht sich in eine Kirche begeben können. In der That lässt sich aus dem Tridentiner Decret nicht nachweisen, dass der Bischof in der Zahl der Kapellen, die er an öffentlichen und religiösen Orten errichten will, beschränkt sei, auch lässt sich aus anderen Gründen eine Minderung seiner Rechte nicht herleiten.

Wir haben bisher vom bischöflichen Palaste gesprochen. Lässt sich das Privileg auch auf andere Orte ausdehnen, an denen der Bischof vorübergehend weilt? Der Grund, weshalb dem Bischofe in seinem Palaste das Vorrecht einer Kapelle mit den Rechten der

---

1) *Fagn.* in c. *In ordinando* De simonia n. 45. *Giraldi*, Expos. iuris Pont. p. 2 sect. 95.

2) Nota ad dub. 2. Decr. n. 4583. Dem steht die Antwort vom 18. März 1702 nicht entgegen, wie *Gardellini* beobachtet, weil die Frage dahin lautete, ob der Bischof aus blossem Belieben (volens) am Sonnabend vor Ostern die h. Weihen in seiner Kapelle ertheilen dürfe.

Oeffentlichkeit u. s. f. zusteht, ist die Würde, welche seiner Wohnung eignet, sagt *Gattico*[1]. *Andreucci*[2] und Gattico bejahen trotzdem die Frage. Indess diese Meinung, sagt Gardellini, kann keinen Beifall finden. Etwas Anderes ist ein Oratorium, etwas Anderes eine ara viatoria. Das erstere kann kein Bischof ohne Privileg des h. Stuhles dauernd in einem Privathause haben[3], wenn es auch ihm allein nur dienen soll, so wenig er ein Anderen gestattetes Hausoratorium anders als nach den Vorschriften der Verleihungsurkunde benutzen darf. Wohl aber darf der Bischof auf einer ara portatilis die h. Messe darbringen in allen Fällen, derer das Recht Erwähnung thut. Einzig also das zur gewöhnlichen Residenz des Bischofs bestimmte Haus vermag als Subject des Rechtes gelten für die Errichtung von Oratorien. So Cardinal d'Annibale[4]. Durch das Decret der S. R. C. vom 22. August 1818 (ad I), das die Bestätigung Pius VII. erlangte, ist es indess gestattet, dass die Titularbischöfe, wenn sie in den durch die Rechtsbestimmungen zugelassenen Fällen bei ihren Verwandten oder anderen Personen weilen, welche das Recht eines Haus-Oratorium haben, in demselben die h. Messen feiern oder feiern lassen, anstatt ein altare portatile zu gebrauchen, den Bonifacius VIII. ausserhalb der eigenen Diöcese zu benützen gestattet. Im Uebrigen ist hierbei auch das Decret Clemens XI. nach Massgabe der von Innocenz XIII. und von dem Römischen unter Benedict XIII. gefeierten Concil (Cap. XV. n. 3.) gegebenen Erklärungen zu beobachten. Ausserdem darf der Bischof nach Vollendung seiner Messe der bestehenden Gewohnheit gemäss, eine andere lesen lassen, um ihr beizuwohnen. Das Privileg, durch Anhörung der vom Bischof gefeierten h. Messe dem Kirchengebote Genüge zu thun, bleibt auf die dem Bischof bei der Feier der h. Messe nothwendige Dienerschaft beschränkt[5]. Immer aber bleibt dem Bischof das Recht, auch in einem Hause, wo ein solches Oratorium vorhanden

1) De orat. priv. cap. 17. n. 4. 28.

2) De Episc. Titul. p. V. cap. unic. n. 249.

3) S. C. C. 15. Dec. 1703. Das Decret wurde später von *Clemens XIV.* bestätigt.

4) Sum. Theol. mor. Vol. III. Lib. I. Tract. 1. n. 3.

5) Selbstverständlich gilt diese Entscheidung nur von der h. Messe des Bischofes ohne Rücksicht auf andere Umstände. Das Privileg der Bischöfe bleibt daneben noch in Kraft. Diese kann also auf Grund desselben in der Hauskapelle noch eine h. Messe für sich lesen lassen. Beide Privilegien, sagt *Gardellini*, sind von einander verschieden und verschiedenen Personen gewährt, behindern sich also gegenseitig nicht. Damit ist das Verbot *Clemens XI.* gemildert. Man vergl. auch das Decret ad IV. und V.

ist, auf dem altare viaticum zu celebriren. — Das Decret vom 22. August 1818 ward am 16. December 1893 auf die Diöcesanbischöfe ausgedehnt.

3. Für die eigene Diöcese haben die Bischöfe das Privileg des altare portatile potestate ordinaria aus Cap. 12. Missarum de Consecr. dist. 1.[1]) Für fremde Diöcesen steht ihnen das Recht einzig aus cap. *Quoniam* de priv. in 6. zu: »Quoniam episcopi eorumque superiores se habent diversis ex causis a suis ecclesiis et dioecesibus absentare frequenter nec semper possunt commode ad ecclesias accedere pro missa celebranda vel audienda in ipsis, sine qua eos transire non decet absque causa rationabili ullam diem, praesenti constitutione indulgemus eisdem, ut altare possint habere viaticum et in eo celebrare ac facere celebrari, ubicunque absque interdicti transgressione illis permittitur celebrare vel audire divina.« Dass diese Decretale für den Aufenthalt ausserhalb der Diöcese gegeben ist, bezeugt die S. R. C. in ihrem Decrete vom 22. August 1818 ad I.

Dass das Recht der Bischöfe auch nach dem Tridentiner Concil aufrecht erhalten blieb, geht aus zahlreichen Decreten der S. C. C. hervor. So findet sich in Liber XII. Decretorum pag. 120 eine Entscheidung: »S. C. . censuit Cardinales non solum et episcopos sine ullo episcopi dioecesani licentia uti posse privilegio altaris portatilis ad praescriptum Constitutionis fel. rec. Bonifacii VIII. quae incipit *Quoniam episcopi*, nec hujusmodi privilegium sublatum fuisse Concilii Decreto cap. unic. Sess. 22.« Wenn also in einem früheren Decrete in Lumacen. 19. Juni 1586 (lib. IV. fol. 161) gesagt wird, der Bischof könne ex causa legitima davon Gebrauch machen[2]), so ist diese causa legitima sicher nicht derart zu urgiren, dass der Zweck des Privilegs: Die tägliche Celebration zu ermöglichen, vereitelt wird. Eine grössere Bequemlichkeit auf dem altare viaticum vielmehr als in einem Oratorium oder einer Kirche die h. Messe darzubringen, bildet also eine solche rechtfertigende Ursache. Auch Clemens XI. wollte dies Privileg in keiner Weise antasten, da er

---

1) *Fagn.* c. *In his* De privil. n. 3 §. 20. *Petra*, in Const. 5. Urb. V. n. 19. *Gattico*, De orat. dom. c. 17. n. 1. De usu alt. port. cap. 12. n. 1. Infolge dessen kann der Bischof, wenn eine Krankheit ihn verhindert, selbst zu celebriren, in einem benachbarten Zimmer eine h. Messe auf einer ara portatilis lesen lassen. S. R. C. 12. März 1876.

2) Auch das Decret S. R. C. vom 22. Aug. 1818 deutet an, dass unter gleichen Umständen die Darbringung der h. Messe in einem Oratorium der Celebration auf einem portatile vorzuziehen ist.

einzig die Missbräuche aufheben wollte, welche eine Missachtung der päpstlichen Bestimmungen waren und die dem h. Opfer gebührende Ehrfurcht beeinträchtigten. Er erinnerte einzig an die durch die Rechtsbestimmungen gezogenen Grenzen, erklärte dieselben und verbot, sie über Gebühr auszudehnen[1]). Das Gleiche wiederholte Innocenz XIII. in der Constitution *Apostolici ministerii* und Benedict XIII. in dem Decret des Römischen Provincial-Concils Tit. XV. cap. 3., das in allen Ländern als Regel und Norm gelten sollte. (Bened. XIV. Const. *Magno* §. 7.): »Declaramus tamen, quod cum in praedicto Decreto (Clementis XI.) statuatur non licere episcopis extra domum propriae habitationis in domibus laicis erigere altare ibique missae sacrificium celebrare, sibi celebrare facere, huiusmodi prohibitio intelligenda non sit de domibus etiam laicis, in quibus ipsi episcopi forte visitationis vel itineris hospitio excipiantur, et nec etiam quando episcopi in casibus a iure permissis vel de speciali Sedis Apostolicae licentia absentes a domo propriae ordinariae habitationis moram idcirco faciant in aliena domo per modum similis habitationis; his enim in casibus licita iis erit erectio altaris ad effectum praedictae celebrationis.« Das gleiche wiederholt Benedict XIV. in der Constitution *Magno* §. 5. und 7. Die Ursache des Decretes war die Nothwendigkeit, in der die Bischöfe sich befinden, bisweilen zu verreisen, das Ziel, ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, trotzdem an keinem Tage die h. Messe auszulassen. Aus Ursache und Zweck folgt die Begrenzung des Privilegs.

Die Bischöfe, welche Thronassistenten des H. Vaters sind, haben nach der Constitution Gregors XV. *Circumspecta*, 17. Aug. 1622 §. 8. das Recht überall, auch in Rom, ein Privat-Oratorium zu haben. Dasselbe muss indess von Mauern umgeben, von jeder häuslichen Benützung frei und gebührend ausgestattet, ebenso von dem Ordinarius (in Rom vom Cardinal-Vikar) visitirt und approbirt sein. Wenn dasselbe nicht bereits mit einem anderen Privileg ausgestattet ist, können sie daselbst täglich die h. Messe lesen oder durch einen approbirten Weltpriester oder einen Ordenspriester, der die Erlaubniss seiner Oberen dazu erhalten hat, lesen lassen, unbeschadet der Pfarrrechte. Ausserhalb Roms erstreckt sich dies Privileg nicht auf Ostern, Pfingsten, Weihnachten und andere höhere Festtage. Wenngleich die gesammte Dienerschaft (familiares) der h. Messe beiwohnen darf, genügt dieselbe doch nur soweit dem Kirchengebote, als ihre Gegenwart dem Bischof bei der heiligen Feier nothwendig ist.

1) Siehe *Bened. XIV.*, De missae sacrif. lib. III. cap. 6. n. 6.

4. Die den Bischöfen bezüglich der Privat-Oratorien zustehenden Privilegien gebühren in gleicher Weise den an Würde über ihnen stehenden, d. h. ausser den Erzbischöfen, Primaten und Patriarchen auch den Cardinälen, welche nach dem Papste die höchste Würde in der Kirche bekleiden. Am 18. Febr. 1623 erklärte die S. C. C. dies ausdrücklich: »S. Congregatio censuit Cardinales non secus atque episcopos sine ulla episcopi dioecesani licentia uti posse privilegio altaris portatilis ad praescriptum Constit. f. r. Bonifacii VIII., quae incipit *Quoniam episcopi*, nec eiusmodi privilegium sublatum fuisse conciliari decreto cap. un. sess. 22. de obs. et c., proindeque capellas et oratoria ad illorum usum ubique locorum exstructa minime comprehendi in prohibitione iussu s. m. Pauli V. iampridem edita de non celebrando in privatis oratoriis.« Die Cardinäle haben also das Recht auf einem altare portatile die h. Messe zu feiern, wie auch in ihren Palästen eine ständige Kapelle einzurichten, welcher alle Eigenschaften öffentlicher Oratorien so zukommen, wie den Kapellen der Diöcesanbischöfe [1]).

Was den Gebrauch des altare viaticum angeht, unterliegen die Cardinäle denselben Beschränkungen wie die Bischöfe, d. h. sie können in Privathäusern und wenn sie auf Reisen oder aus einer anderen rechtmässigen Ursache von ihrem Wohnort fern sind, davon Gebrauch machen [2]). Selbstverständlich gelten auch für die Cardinäle die durch die Entscheidung vom 22. August 1818 dem Privileg beigefügten Erweiterungen. Die Dienerschaft der Cardinäle darf in der Hauskapelle auch die Ostercommunion empfangen, wie Cardinal Brancatius ausdrücklich erwähnt.

Ob sich hieraus der Schluss ziehen lässt, dass die gesammte Dienerschaft auch ausserhalb der Kapellen überall wo ein Cardinal die h. Messe liest oder in seiner Gegenwart feiern lässt, dem Kirchengebote Genüge leisten? Wie dem sei, jedenfalls kann ein Cardinal überall, wo er zeitweilig wohnt, ohne Approbation des Diöcesanbischofes eine Hauskapelle einrichten, für welche dann alle ihm zugehörigen Privilegien in Kraft treten. Als besonderes Privileg haben die Kapellen der in Rom residirenden Cardinäle das Vorrecht, dass die Hausgenossen derselben die Stationsablässe in diesen Kapellen zu gewinnen vermögen.

---

1) Card. *Branc.*, Diss. de priv. Capell. Card. (Bildet einen Anhang zu Gattico De orator. priv. Rom. 1770). Pag. 534. *Bened. XIV.*, De Sacros. Miss. sacrif. lib. III. cap. 6. n. 6 et epist. eiusdem Pontif. ad Card. Guadagni. 1. Febr. 1753. §. 18.

2) Ib. nota 2 anonymi.

Da die Kapellen der Cardinäle zum mindesten die gleichen Privilegien geniessen wie die Hauskapellen der Bischöfe (Benedict XIV. ep. ad Card. Guadagni), so können in denselben auch die Pontificalien geübt werden. In denselben können also Kelche und Patenen consecrirt werden, das Sacrament der Firmung gespendet, Messgewänder u. s. f. benedicirt, ja selbst die h. Weihen ertheilt werden. Immer aber bleiben, sei es in Rom, sei es auswärts, wie *Benedict XIV.* bezeugt, die Vorschriften des Tridentiner Concils zu beobachten cap. V. de ref. sess. VI: »Nulli episcopo liceat cuiusvis privilegii praetextu Pontificalia in alterius dioecesi exercere nisi de Ordinarii loci expressa licentia et in personas eidem Ordinario subiectas tantum [1]). Si secus fecerit, episcopus ab usu Pontificalium, et sic ordinati ab executione ordinum sint ipso iure sapiensi [2]).« In Rom muss jeder Bischof oder Cardinal den Cardinal-Vicar um Erlaubniss bitten, wenn er eine h. Weihe ertheilen will, eine Bestimmung, an welche selbst die suburbicarii gebunden sind [2]). Die Consecration eines Bischofes in einer Capelle vorzunehmen, wäre sicher etwas Ungebührliches, wie Cardinal Brancatius bemerkt.

5. Zum Schluss seien hier noch einige besondere Privilegien genannt, welche kleinere Prälaten-Collegien in Rom geniessen. Die Auditoren der Rota Romana und die Apostolischen Referendare haben das Privileg des altare portatile [3]). Die Consistorial-Advocaten haben, wenn sie ein diesbezügliches Breve erlangen, das Privileg des Privat-Oratoriums unter den gewöhnlichen Beschränkungen [4]). Die Votanten der Signatura iustitiae haben gleichfalls dieses Privileg [5]). Die Privilegien der Apostolischen Protonotare sind bereits an anderer Stelle erwähnt.

Auch Laiencollegien ist bisweilen ein derartiges Indult verliehen worden [6]), wie auch katholische Herrscherhäuser ein besonderes

---

1) Oder wenigstens mit Genehmigung des Diöcesanbischofes, wenn fremde Kleriker die Dimissorialien des eigenen Bischofes beibringen. *Ben. XIV.* §. 3.

2) Honorantes Praxis Secret. Tribunalis Emi Card. Urbis Vicarii Romae 1762 cap. 1 et 3. *Bened. XIV.*, Ep. utat. §. 14. 16. Die Tonsur kann ertheilt werden ohne solche Genehmigung, wenn nur keine Pontificalien dabei ausgeübt werden. — Catalan. Pontificale Romanum prolegomenis et comm. illustratum Tom. I. Tit. 2. §. 14. n. 6.

3) Cfr. *Gattico,* De usu alt. portat. c. 7. n. 9. *Clem. XIII.*, Etsi iustitia 27. Aug. 1762 §. 6.

4) *Bened. XIV.*, Const. *Inter conspicuas* 29. Aug. 1744 §. 34.

5) *Petra* in Const. 8. Honorii III. n. 18.

6) *Bened. XIV.*, Const. *Romanae Ecclesiae* 30. Juni 1741 §. 4.

Privileg zu erhalten pflegen. Ein Beispiel hiefür ist das Breve Leos XII. *Inclyta Saxoniae domus* vom 11. December 1827.

§. 2. *Die Privat-Oratorien der Regularen.*

1. Die Oratorien der alten Klöster, zu denen Laien keinen Zutritt hatten, sind mit den heutigen Hauskapellen derselben in keiner Weise identisch. Seitdem indess vom achten Jahrhundert an die Oratorien auch Laien zugänglich wurden, verbreitete sich mehr und mehr die Sitte Hauskapellen anzulegen, bis sie im elften Jahrhundert ganz allgemein war. In diesen Hauskapellen feierten besonders die Kranken das h. Messopfer [1]). Seit dem dreizehnten Jahrhunderte begegnen wir bei den Mönchen auch dem Gebrauche eines altare portatile. Eines der bekannteren Beispiele findet sich in Cap. 30 de Privilegiis. Wie die Dominikaner (bei Gregor IX.) so hatten auch die Franciskaner (von Honorius III.) das Vorrecht des altare portatile, weil ihr Beruf sie an die verschiedensten Orte führte, wo sie nicht immer zum Bau von Kirchen geeignete Stätten fanden. Aber wenn sie selbst öffentliche Oratorien errichtet hatten, so hielt oft Krankheit die Priester im Hause zurück, oft verlangte die Pflicht der Liebe kranken Hausgenossen den Trost des h. Opfers zu verschaffen. Ja, der letztere Grund schien den Päpsten derart erheblich, dass die Karthäuser einzig für ihre Klöster und Landhäuser ein derartiges Privileg von *Urban V.* erlangten: Nach Cap. 30 *In his* De privil. durften die Bettelmönche an jedem Orte, aus jeder Ursache und nach vollständig freiem Belieben an jedem Tage die h. Messe auf einem altare portatile feiern, ohne zuvor den Bischof um Erlaubniss zu ersuchen [2]). Um in den Wohnungen von Laien einen Altar errichten zu können, bedurften sie indess eines besonderen Grundes, damit sie nicht den Rechten der Pfarrkirche Abbruch thaten. Leider rissen mancherlei Missbräuche ein, diese wie auch die gänzlich veränderten äusseren Umstände führten die Beschlussfassung des Tridentiner Concils herbei, von der bereits oben die Rede war: »Neve patiantur privatis in domibus atque omnino extra ecclesiam et ad divinum cultum dedicate oratoria ab eisdem Ordinariis designanda et visitanda sanctum hoc sacrificium a saecularibus aut regularibus quibuscunque peragi.« Hiermit war das Privileg des Caput *In his* aufgehoben, wie *Benedict XIV.* bezeugt: »Cum sacrum Concilium Tridentinum episcopis praecepisset, ne permittant, ut in pri-

1) *Gatticus*, De orat. dom. cap. 8. n. 14.
2) Vergl. *Bened. XIV.* Constit. *Magno* §. 29.

vatorum domibus missae celebrentur a saecularibus aut a regularibus quibuscunque eisdemque dedisset facultatem procedendi, tanquam Sedis Apostolicae delegatos contra refractarios . . atque omnibus privilegiis, exemptionibus et consuetudinibus contrariis, cuiuscunque generis essent, derogassent, . . hinc necessario consequitur sacrum Concilium Tridentinum tam praecedentibus altaris viatici privilegiis derogasse quam facultati missam in privatorum domibus sine episcopi licentia celebrandi atque ulterius episcopum tanquam Sedis Apostolicae delegatum contra inobedientes procedere posse« u. s. f.

Zahlreiche Autoren hatten noch nach dem Tridentiner Decret der Meinung gehuldigt, dass die Regularen auch ferner den Gebrauch des altare portatile hatten, weil die allgemeine Formel, durch welche das Concil ein derartiges Privileg aufgehoben, jene Vorrechte nicht berühren könnte, welche im Gesetzbuche selbst eingeschrieben seien. *Gatticus* zählt bei Passerini, Fagnani und den Salmaticensern mehr als 25 solche Autoren. Jedenfalls vermochten sie keine Entscheidung des h. Stuhles für sich anzuführen, da im Gegentheil die S. C. C. in allen ihr vorgelegten Fällen entschied, dass die Privilegien nicht mehr fortbeständen. Am 21. Mai 1672 wurde der h. Congregation geradezu die Frage gestellt: a) Sind die Privilegien der Regularen auf einem altare portatile und an jedem Orte, wo sie sich befinden, auch ohne die besondere Erlaubniss des Bischofs zu celebriren aufgehoben? b) Kann also der Bischof gegen Zuwiderhandelnde Religiosen mit Censuren einschreiten? c) Welche Censuren kann er verhängen? Die Antwort lautete: a) Affirmativ. b) Affirmativ, so wie das Concil selbst es bestimmt. c) Er kann, da es sich um eine überaus wichtige Sache handelt, auch Censuren verhängen, die ipso facto incurrirt werden. — Trotzdem die h. Congregation noch mehrfach die gleiche Entscheidung gab (z. B. 30. Mai 1699) dauerte der Streit um das angebliche Privileg fort, bis *Clemens XI.* am 15. December 1703 ausdrücklich erklärte, kein Religiose, auch nicht der Gesellschaft Jesu, dürfe in Privat-Oratorien an den im Indulte verbotenen Tagen oder an anderen, wenn an diesen schon eine Messe daselbst gelesen, das h. Opfer darbringen. »Was aber das altare portatile angeht, so sprach der h. Vater sein Urtheil dahin aus, dass auf Grund der mehrfachen Entscheidungen der h. Congregation es als zweifellos anzusehen ist, dass die im Cap. *In his* De priv. enthaltenen Vorrechte der Regularen durch das Tridentiner Concil aufgehoben sind. Infolge dessen haben die Bischöfe gegen alle dawider Handeln-

1) Const. *Magno* §. 29. Cfr. *Gattic.*, De usu altar. port. c. 13. n. 9.

den als Delegirte des Apostolischen Stuhles vorzugehen u. s. f., ja kraft dieses Decretes mit solcher Vollgewalt, als wenn dieselbe vom h. Stuhle speciell übertragen wäre.« Erst jetzt hörte aller Streit auf, bezeugen *Reiffenstuel* und *Leuren*. In der That, wenn das Privileg, sagt *Fagnani* mit Recht, im ius clausum enthalten ist, so gehört es zum ius commune, fordert also keine besondere Förmlichkeit, damit es giltig aufgehoben sei. Zudem hat das Tridentiner Concil auch anderen besonderen Privilegien, die im Corpus iuris enthalten sind, derogirt, ohne ihrer besonders Erwähnung zu thun, einzig, indem es eine jenen entgegenstehende Bestimmung traf. So müssen nach Sess. V. Cap. 2 de reformatione und Sess. XXIII. cap. 15 de ref. die Regularen den Bischof um den Segen bitten, wenn sie in ihren eigenen Kirchen zu predigen beginnen, und seine Approbation erlangen, damit sie weltliche Personen Beicht hören können. Und doch handelte es sich hierbei um die Aufhebung von Privilegien, welche Clem. *Dudum* 2. De Sepulturis enthalten sind, wovon das Concil keine Erwähnung thut. Endlich aber bedient sich das Concil so allgemeiner Formeln, dass dieselben Alles einschliessen, auch das was sonst in einer einfachen Anordnung nicht miteinbegriffen ist. (Regularibus quibuscunque — non obstantibus privilegiis quibuscunque). Wenn also später sich die Gewohnheit gebildet hat, eine besondere Clausel zu gebrauchen, im Falle ein Privileg aufgehoben wird, das sich in authentischen Canonsammlungen findet, so entspricht dieselbe nicht einer vom Recht selbst gesetzten Nothwendigkeit, sondern hat höchstens zum Zweck jeden Streit und jede Möglichkeit des Ungehorsams zu verhüten.

Wenn einige der Vertheidiger des Privilegs der Meinung waren, das entsprechende Vorrecht der Bischöfe sei deshalb vom Tridentiner Decret unberührt geblieben, weil es im Corpus iuris enthalten einer besonderen Nennung bedurfte, sollte es aufgehoben werden, so ist vor allem eine Prüfung des Decretes selbst vorzunehmen. Kein einziges Recht, das den Bischöfen zu gute käme, ist durch das Decret aufgehoben, es ist ihnen einzig untersagt irgend welchen, wenn auch privilegirten Personen die Feier der h. Messe in Häusern oder ausserhalb geweihter oder rite zum Gottesdienst bestimmter Orte zu feiern. Das Privileg, das Bonifacius VIII. den Bischöfen verliehen, wurde durch das gedachte Decret nicht betroffen, wie bereits oben nachgewiesen.

Gilt nun die Aufhebung des aus dem Cap. *In his* stammenden Privilegs auch für das Innere des Klosters? Reiffenstuel, Pichler u. a. waren der Ansicht, der Ausdruck des Decretes extra ecclesiam könne

nicht auf die Klöster selbst ausgedehnt werden, da diese ja im Rechte oftmals ecclesiae genannt werden (Glossa in Cap. *Alma mater* 24. sent. excom. in 6) und andererseits ein Kloster nicht Privatwohnungen gleichzustellen ist. Im Decret ist nur von diesen und extra ecclesiam die Rede. Ob nicht auch der Beisatz omnino diese Auslegung bekräftigt, da, wenn das Kloster im weiteren Sinne eine Kirche ist, die h. Messe, wenn sie innerhalb des Klosters gelesen wird, sicher nicht omnino extra ecclesiam gefeiert wird? Indess eine solche Ansicht ist nicht haltbar. Wenn das Concil nur Kirchen und Oratorien nennt und diese allein als für die Feier der h. Messe geeignet approbirt, so geht aus dieser Aufzählung schon hervor, dass es die Absicht hat, jede andere Oertlichkeit auszuschliessen, die nicht im eigentlichen wörtlichen und hergebrachten Sinne Kirche heisst und auch die Gestalt einer solchen hat. Wie das Concil, wenn es von Oratorien spricht, doch wohl die Form des Gotteshauses vor Augen hat, so muss es also, wenn es in demselben Zusammenhange entweder ein Oratorium oder eine Kirche als Ort des h. Opfers fordert, auch bei dem Worte Kirche an das entsprechende Gebäude gedacht haben. Wenn dieser Schluss schon an und für sich nahe liegt, so erhebt ihn der Zusatz *omnino extra ecclesiam* zur Gewissheit, sofern er ganz klar Chor, Sacristei u. s. f. ausschliesst. So Gattico. Wollen wir aber das Wort omnino mit patiantur verbinden, so bleibt auch so das Argument ausreichend. In jedem Falle werden den täglichen Lebensbedürfnissen dienende Orte da ausgeschlossen, wo wenigstens oratoria ad divinum cultum dedicata, ja ab Ordinariis designanda et visitanda gefordert werden. Mit Recht also ist Fagnani der Ansicht, dass der Gebrauch des altare portatile auch für die Klöster verboten ist, wie mit ihm Matthaeucci[1]), Gattico und der h. Alphons annehmen.

Wenn noch ein Zweifel möglich wäre, müsste er schwinden, sobald die klaren und umfassenden Ausdrücke erwogen werden, welche in den späteren päpstlichen Constitutionen zur Anwendung kommen. Gregor XIII. bezeugt in der Constitution *Usum*, durch welche er der Gesellschaft Jesu unter gewissen Beschränkungen den Gebrauch des altare portatile zugestand, dass die Verleihung statthabe, weil das frühere ihr von Paul III. verliehene Privileg vom Tridentiner Concil ohne jede Ausnahme (universe) aufgehoben sei. Clemens XI. spricht einzig von dem Caput *In his*: »Quo vero ad altare portatile

1) Offic. cur. reg. Tom. I. c. 12. n. 49. Off. cur. eccl. c. 10. n. 79 S. Alph. VI. 360.

privilegia concessa nonnullis regularibus in cap. *In his* de privilegiis . . utendi dicto altari in eoque celebrandi absque Ordinariorum licentia in locis in quibus degunt omnino revocata esse per idem Concilium Tridentinum.« (15. Dec. 1703). Die Worte: *in locis, in quibus degunt*, umfassen zweifelsohne auch die Klöster selbst, ja, wenn wir dem h. Alphons folgen, sind diese gerade in erster Linie damit bezeichnet. Innocenz XIII. fügt der Wiederholung des gedachten Decretes noch einige Erklärungen bei: »Episcopi dent operam, ut omnia ibidem statuta — serventur idemque decretum . . publicari faciant, addita etiam prohibitione, ne in privatis regularium cellis sive cubiculis erigatur altare pro re sacra ibidem facienda, adhibita quoad regulares auctoritate Sedis Apostolicae in memorato decreto ipsis delegata remotaque quacunque contraria consuetudine etiam immemorabili.« Innocenz XIII. wiederholte die Vorschriften Clemens XI., Benedict XIII. bestätigte dieselben in forma specifica und fügte sie dem Römischen Provinzial-Concil bei, damit sie allen anderen Diöcesen und Provinzen als Norm und Regel dienen konnten[1]), da sie nicht neue Vorschriften, sondern nur eine authentische Auslegung des bestehenden Rechtes enthielten[2]).

Mit welchen Strafen die Bischöfe jeden Widerstand brechen und jede Nachlässigkeit strafen sollten, bestimmte bereits das Concil selbst in seinem Decrete, so dass die späteren päpstlichen Constitutionen sich darauf beschränken konnten, den Bischöfen die bestehenden Vorschriften in's Gedächtniss zu rufen. 1. Die Bischöfe haben das Recht, gegen alle Zuwiderhandelnden auch als Delegaten des Apostolischen Stuhles vorzugehen, ebenso wie wenn sie von demselben eine ganz besondere Vollmacht erhalten hätten. (Bened. XIV. Const. *Accipimus* Clem. XI.) 2. Sie können auch Censuren latae sententiae verhängen (Bened. XIV. cit. Const. Clem. XI.) 3. Kein Privileg und keine Immunität schützt vor diesen Strafen, nicht einmal specielle Exemption (Bened. XIV.) 4. Alles dies gilt, auch wenn sie sich unterstehen, innerhalb der Klostermauern das gedachte Privileg auszuüben. (Clem. XI.) 5. Eine Appellation ist einzig in devolutivo, nicht in suspensivo zulässig. (Innoc. XIII.)

Wo das Bedürfniss sich zeigte, waren indess die Päpste auch nach dem Tridentiner Concil bereit, durch neue, wenngleich in bestimmte Schranken gebannte Privilegien den Regularen in ihrer apostolischen Wirksamkeit Beistand zu gewähren oder sie für geleistete

---

1) *Bened. XIV.*, Const. *Magno* §. 7. Inst. 2. n. 5.
2) *S. Alph.* Theolog. mor. VI. 360.

Dienste zu belohnen. »Wenn Jemand einwerfen wollte, der h. Stuhl habe oft und auch jetzt nach dem Tridentiner Concil den Gebrauch des altare viaticum gestattet, so muss es bekannt sein, dass ein solches Privilegium an den Orten gewährt wird, wo keine Kirchen sind, oder wo, falls solche da sind, die Macht der Häretiker derart ist, dass die Katholiken nicht ohne grosse Gefahr zusammenkommen können, um die h. Messe zu hören. Mit einem Worte: der Noth allein wird gesteuert; dies ist doch aber von dem vorerwähnten Privileg grundverschieden.« — Bened. XIV. (Const. *Magno* §. 31.) Ein solches Privileg verlieh Gregor XIII. im Jahre 1579 den Missionären der Gesellchaft Jesu, Leo XII. erneuerte es: Celebrandi . . . in altari portatili, sub dio et sub terra, in loco tamen decenti, et c.[1]) Ein ähnliches Privileg erlangten die polnischen Dominicaner von Gregor XIII.: An den Orten, wo keine Kirchen sind oder wo die Macht der Häretiker und ihre Gottlosigkeit so gross ist, dass sie die Katholiken ungestraft bedrücken, können sie an passenden und ehrbaren Orten in Gegenwart von Katholiken die h. Messe lesen, indess nur im Fall der Nothwendigkeit[2]).

Gattico erwähnt indess noch Privilegien, die sich keineswegs innerhalb solcher Grenzen halten. Das weitgehendste ist wohl das den Lateranensischen Chorherren von Pius IV. am 8. März 1565 verliehene, kraft dessen die Canoniker, die Laienbrüder, ja selbst die Nonnen in ihren Zellen die h. Messe lesen lassen dürfen, wenn Krankheit sie hindert, dieselben zu verlassen. Freilich kommt nach den Bestimmungen über die Clausur, welche Pius V. und Gregor XIII. erlassen, das Privileg für Ordensfrauen nicht mehr in Betracht, beschränkt sich auch auf die innerhalb des Klosters Darniederliegenden, wie Gattico sagt; indess gilt denn das Privileg überhaupt noch und ist es nicht durch die mehrfach erwähnten päpstlichen Constitutionen aufgehoben? Clemens XI. spricht ganz offenbar nur von den Privilegien, welche vor dem Tridentiner Concil erworben waren, Innocenz XIII. bleibt ebenso wie Benedict XIII. innerhalb derselben Schranken. Andererseits heisst es ebenso in der Constitution *Apostolici ministerii* §. 30 wie in der Constitution *In supremo* §. 26, dass die auf das Recht des tragbaren Altares bezüglichen Vorschriften ihre Ausführung finden sollen, ohne Rücksicht auf die längsten und unvordenklichen Gewohnheiten, ja selbst auf Privilegien und Indulte. Gattico beharrt trotzdem bei der Meinung, dass das Privileg

1) *Leo XII.*, Breve *Plura inter* 11. Juli 1826.
2) S. *Bened. XIV.*, Const. Magno §. 32.

noch gilt. Ja, er glaubte so weit gehen zu dürfen, dass er sagt, dies Privileg sei allen mittheilbar, welche vom h. Stuhle die Communication der Privilegien erlangt haben. Auch Reiffenstuel, Pichler und Maschat treten für diese Ansicht ein. Anders Matthaeucci: »Das Privileg des Trag-Altars schützt allein diejenigen, welche dasselbe erlangt haben, denn es gehört sicher zu jenen, welche eine besondere Erwähnung erfordern.« Sicher ist das Privileg exorbitant, dem Tridentiner Concil und den gewöhnlichen Gunsterweisungen des h. Stuhles entgegengesetzt. Fagnani geht soweit, auch die Communication des der Gesellschaft Jesu verliehenen Privilegs zu bestreiten, auch Petra erklärt, dass ihm solche Privilegien zu den ausserordentlichen zu gehören scheinen. »Solche Indulte sind dem Tridentiner Concil entgegengesetzt und der h. Stuhl verleiht sie nur schwer und selten. Von allen Orden, die vor dem Tridentiner Concil dies Privileg hatten, habe nur die Gesellschaft Jesu und der Carmelitenorden dasselbe für die Missionen wiedererhalten. Diese Ansicht scheint um so mehr dem Sinne des h. Stuhles zu entsprechen als derselbe mehrfach anderen Missionären besondere Privilegien ertheilt hat, so dass er nicht nur eine Sicherheit schaffen wollte für die sonst etwa zweifelhafte Communication. Am 13. August 1669 beschloss die h. Congregation der Propaganda den h. Vater für die nach China segelnden Missionäre um die Vergünstigung zu bitten, dass dieselben auf der Hin- wie auf der Rückreise und ebenso unter den Ungläubigen an den Orten, wo keine Kirchen sind, ein altare portatile gebrauchen dürften.«

2. Die Aufhebung der Privilegien des Cap. *In his* sollte ganz vorzüglich die Häuser der Regularen, aber auch ebenso alle übrigen ihnen zugehörigen Stätten treffen, insbesondere also auch ihre Landgüter, Landhäuser und Hospizen, so weit diese nicht etwa klösterlichen Charakter an sich tragen. Ist das letztere der Fall, so gelten für sie die gleichen Vorschriften wie für die Convente selbst. Dass die vor dem Tridentiner Concil bestehenden Privilegien aufgehoben sind, entschied die S. C. C. am 1. März 1687. Ein Religiose hatte in einem Landhause die h. Messe gelesen, ohne durch ein Apostolisches Indult die Vollmacht erlangt zu haben. Auf seinen Einwand, das Concil von Trident habe den Privilegien der Regularen für ihre zur Beaufsichtigung der Aecker oder zur Erholung errichteten Landhäusern keinen Eintrag gethan, entschied die h. Congregation, es stehe ihm kein Recht zu[1]). Eine weitere Bestätigung für die ein-

---

1) *Petra,* In Const. 8. Honor. III. Gatticus, Cap. XVIII. n. 24.

gangs aufgestellte Behauptung bietet die Constitution Clemens XII. vom 9. August 1737. Die Karthäuser hatten von Urban V. das Privileg erlangt, in ihren Häusern und Grancien Tragaltäre zu gebrauchen und Bonifacius IX. hatte sie hierin von der Erlaubniss des Bischofes unabhängig erklärt. Indess durch die Bestimmungen des Tridentiner Concils waren sie ihrer Vorrechte verlustig gegangen. Gregor XV. hatte ihnen das Recht durch Decret der h. Congregation vom 22. Sept. 1622 zurückgegeben, indess mit der Beschränkung, dass der erwählte Ort zuerst vom Ordinarius visitirt werden musste und unbeschadet aller Rechte der Pfarrkirchen. Galt indess dies neue Privileg auch für ein Landhaus, in dem ein einziger Laienbruder sich aufhielt? Die h. Congregation entschied am 30. Juli 1730: Affirmative, praevia tamen visitatione episcopi ad formam Indulti Gregorii XV. Die letztere Clausel gefiel den Karthäusern nicht und sie baten Clemens XII. um deren Beseitigung. Im Hinblick auf das Privileg der Gesellschaft Jesu und anderer Orden ward die erbetene Gunst gewährt. Weder also der Bischof noch die h. Congregation konnten ohne besondere Genehmigung des h. Stuhles die Errichtung von Oratorien in den Landhäusern gestatten. Das Privileg der Gesellschaft Jesu konnten die Karthäuser nicht in Anwendung bringen, weil ihnen das Recht abging, die den Mendicanten- und Nichtmendicanten-Orden verliehenen Vergünstigungen sich zu eigen zu machen. Auch in der causa Toletana [1]) entschied die h. Congregation, dass die von Alexander VI. dem Cistercienserorden in Spanien gewährten Privilegien nicht mehr fortbestehen (29. Aug. 1761).

3. Wenn die Oratorien der Landhäuser unter die Bestimmungen des Tridentiner Decretes fallen, so gilt doch das Gleiche nicht für die inneren Oratorien der Klöster. Diese hatte das Concil im Gegentheil vor Augen, wenn es die Orte bestimmte, an denen das heilige Opfer dargebracht werden darf: *ad divinum tantum cultum dedicata oratoria.* In der That sind Klöster, Convente, Ordenshäuser u. s. f. nicht domus privatae, sondern religiosae, und wenngleich sie in dem Decrete nicht in dem Namen ecclesiae einbegriffen sind, geniessen sie dennoch die Rechte von Kirchen [2]), besonders in der Immunität. In Privathäusern ist die Darbringung des h. Opfers absolut untersagt, innerhalb der Klöster aber nur auf die Kirchen und Oratorien oder speciell gottgeweihten Orte beschränkt. Es ist also, dies bezeugen alle Autoren einmüthig, nicht verboten, innerhalb der Klöster

1) S. Decreta authentica S. R. Congr. von *Mühlbauer*, Supplementum II. v. Oratorium S. 816.

2) *Fagnan.* Cap. *Ecclesiae* De immun. eccl. n. 28.

Kapellen zu bauen und zu haben, eine Ansicht, der auch die S. C. C. mehrfach auf das bestimmteste beigetreten ist[1]). So heisst es in der oben citirten Antwort an den Bischof von Münster 5. April 1851: »Quoad loca pia et religiosas domos vel pro spiritualibus exercitiis erecta cum approbatione Ordinarii vel publica sine ea approbatione episcopus non eget facultatibus pro concedenda licentia sacrum in iis peragendi.« Dass in diesem Decrete der Sinn der Tridentiner Bestimmung wiedergegeben wird, geht erstlich aus der Anfrage des Bischofes hervor, welche das hier in Rede stehende Verbot betraf, sodann weist auch der Zusatz *cum approbatione Ordinarii* darauf hin, dass die h. Congregation von jedem etwa bestehenden Privileg der Regularen abstrahirt.

Die für solche Oratorien geforderten Bedingungen gibt das Tridentiner Decret selbst an: 1. Ad divinum cultum dedicata oratoria 2 ab eisdem Ordinariis designanda et visitanda. Die erste Bedingung schliesst den Gebrauch eines altare portatile aus und fordert, dass der zum Oratorium bestimmte Raum derart seiner Bestimmung geweiht werde, dass derjenige, welcher das Recht dazu hat, diese Zuertheilung vornimmt, so dass nur er allein aus rechtmässiger Ursache eine Aenderung veranlassen kann. In keinem anderen Falle wird das Wort dedicata bewahrheitet. Eine Benediction wird zur Erlaubtheit der Messe nicht gefordert, wie bereits oben bemerkt wurde, sondern es genügt die blosse Deputation[2]). Die zweite Bedingung, die für die Oratorien von Laien nicht ebenso besteht, ist die Designation und Visitation. Bei den vom h. Stuhle gestatteten Oratorien von Laien beschränkt sich das Recht des Bischofes auf die Prüfung, ob Alles in guter Ordnung ist, in den Oratorien der loca religiosa et pia hat er zugleich den Platz zu bestimmen, an welchem dieselben einzurichten sind, weil derselbe dauernder dem Dienste Gottes zuertheilt wird[3]). Selbstverständlich hat auch der Ordinarius allein das Recht den einmal gewählten Platz zu ändern. Trotzdem hat sich entweder aus Toleranz der Bischöfe oder durch die Communication gewisser Privilegien die Praxis in den Klöstern gebildet neben den Krankenzimmern, ja auch in anderen Theilen der

---

1) *Fagn.*, *Matthaeucc.*, *Ferraris*, *Gatticus*, *De Bonis*, *Giraldi S. Alphons.* S. C. C. in Monast. 5. Apr. 1851 in Viglevan. 26. März 1847.

2) Missale Rom. De defectibus in celebr. miss. Tit. X. n. 1.

3) Aehnlich lautet die Vorschrift für die Kirchen d. 1. can. 9. de consecratione: — Dieser Ansicht sind *Fagnanus*, *Matthaeucci*, *Petra*, *Gattico*, *Schmalzgrueber*, *Van Gameren* gegen *Reiffenstuel*, *Pichler*, *Ferraris*, *De Bonis*, *Bouix*.

Convente Oratorien zu eröffnen. In Wirklichkeit also gibt es keine Mitwirkung der Bischöfe mehr dabei.

Das Privileg, auf Grund dessen die meisten Orden Oratorien im Inneren der Convente eingerichtet haben, ist der Gesellschaft Jesu eigen und auf Grund der Communicatio privilegiorum auch von den Mendicanten in Anwendung gebracht worden. Das Privileg ist von *Gregor XIII.* durch die Constitution *Decet Romanum Pontificem* verliehen worden. Es lautet: »Considerantes quantae Societati huiusmodi curae sit perfectio divini cultus quamque etiam saepe remotis in locis collegia et residentias habeat, volumus, ut in oratoriis et capellis, quae ipsius Societatis provinciales per se in domibus, collegiis et aliis locis ubi aliqui Societatis residebunt, approbaverint et ad divinum dumtaxat cultum deputaverint, missae et alia divina officia, alterius licentia desuper minime requisita, celebrari possint [1]).«

Fürwahr ein umfassendes Privilegium, ruft Gattico aus, da weder die Zahl der Kapellen bestimmt noch das Vorrecht auf bestimmte Häuser beschränkt wird, sondern überall Geltung hat, wo nur einige aus der Gesellschaft Jesu residiren. Auch die Zeit, wie lange sie dort residiren müssen, wird nicht bestimmt, so dass es dem strengen Wortlaute nach ausreicht, wenn zu irgend einer Zeit einige an dem Orte zu residiren pflegen, wenn nur eben dieser Ort zu einer Residenz der Patres bestimmt ist. Der Provinzial oder bei den an dem Privileg Antheil nehmenden Orden derjenige, dessen Amt diesem Namen entspricht, hat die Oratorien zu approbiren, was also nicht den niederen Oberen überlassen bleiben kann. Indess bemerken Lugo, Pasqualigus, La Croix, dass der Provinzial nicht an Ort und Stelle zugegen sein muss, wenn er die Approbation ertheilt, weil er auch abwesend genau wissen kann, dass alle Erfordernisse der Approbation vorhanden sind, ein Aufschub also keinen Grund hat.

Wird nun aber dies Privileg wirklich den anderen Orden mitgetheilt, und in welchem Masse? Fast alle Autoren bejahen die erste Frage. Petra, Reiffenstuel, Matthaeucci, Tamburini, Pasqualigus, Lezana, Gattico u. s. f. bezeugen dies einstimmig. In der That ist das Tridentiner Decret in allem, was die Messe in einem Privat-

---

1) *Leo XII.* verlieh seinerseits ein ähnliches Recht: Praepositum generalem uti praesulem potestate donamus iis e Societate alumnis, quibus id opportunum ducit, veniam tribuendi, qua in domestico sacello legitime erecto perlitent.« Das an erster Stelle erwähnte Privileg ist ohne Zweifel umfassender, auch ist es dasjenige, welches andere Orden sich zu Nutzen gemacht haben. Dass es noch zu Recht besteht, unterliegt, besonders nach der Bestätigung der alten Privilegien der Gesellschaft Jesu durch Papst Leo XIII., keinem Zweifel.

hause oder an einem nicht eigens dem Gottesdienste geweihten Orte oder auf einem Tragaltar betrifft, streng, während es für die Klöster Oratorien gestattet und nur verlangt, dass die Bischöfe dieselben designiren und visitiren. Wenn nun der h. Stuhl selbst einige Orden von der beigefügten Bedingung befreite, so galt ihm diese Dispense von dem allgemeinen Gesetze als weniger schwer, so dass er stillschweigend zustimmen konnte, wenn andere Orden sich die Ausnahme auf Grund der Communication der Privilegien gleichfalls zueigneten. Anders lautet die Antwort auf die zweite Frage. Vorweg ist zu bemerken, dass das von Gregor XIII. verliehene Privileg für die Gesellschaft Jesu gleichmässig seine Wirkung ausübt in den Collegien und Residenzen wie in den Landhäusern [1]. Lugo beruft sich zwar [2] nur auf innere Gründe, jedenfalls aber konnte er als Gewährsmänner so viel Autoren citiren als diese Frage berührt haben. Ist indess auch betreffs der Gesellschaft Jesu kein Zweifel, so bleibt doch die Frage offen, ob das ihr verliehene Privileg auch bezüglich der Landhäuser auf alle Orden ausgedehnt wird und derart Geltung hat, dass es genügt, wenn ein Laienbruder daselbst seinen Aufenthalt hat? Gatticus, de Bonis, Giraldi, ja selbst Car. Seb. Berardi bejahen die Frage. Den Carthäusern war in ihrem Privileg von Clemens XII. zur Bedingung gemacht worden, dass einige Priester desselben Ordens in dem Landhause wohnten, eine solche Beschränkung, sagt *Giraldi*, findet sich indess in dem Privileg Gregors XIII. nicht, so dass in rigore iuris auch auswärtige Priester in dem Oratorium des Landhauses celebriren können und diejenigen, welche seiner h. Messe beiwohnen, dem Kirchengebote Genüge leisten, auch wenn zur Zeit keiner der mit dem Privilegium ausgestatteten Ordenspriester zugegen ist; indess ist dies nicht zu empfehlen.

Immerhin scheinen dem einige Entscheidungen der S. C. C. zu widersprechen. Im Jahre 1733 hatte die h. Congregation in Verulana entschieden, der Diöcesanbischof solle den Carthäusern befehlen, das Oratorium in der angeblichen grancia, die vielmehr ein Landhaus zur Ansammlung von Feldfrüchten sei, bis auf weiteres zu schliessen. Auf den Recurs der Carthäuser, die unter Anführung zahlreicher Autoren auch auf das im Lib. Decr. 12 S. 109 enthaltene, auf Befehl Gregors XV. gegebene Decret hinwiesen, entschied die h. Congregation am 5. März und 30. Juli 1735 auf die Fragen:

---

1) Anderen Orden verliehene, mehr beschränkte Privilegien siehe bei *Mühlbauer*, Decreta authentica S. R. Congr. Supplem. II. p. 810 ff.

2) *Lugo*, Resp. Mor. III. Dub. 15. n. 3.

1. Ist es den Carthäusern gestattet das Oratorium im Landhause T. zu bewahren, um dort die h. Messe zu lesen oder lesen zu lassen? 2. Genügen Auswärtige, welche der im Oratorium gefeierten Messe beiwohnen, dem Kirchengebote? Ad 1: Ja, indess hat vorher der Bischof das Oratorium zu visitiren, wie es im Indulte vorgeschrieben ist. Ad 2: Ja, alle die im Oratorium selbst gegenwärtig sind und ad mentem. Aus dem folium wie aus der Entscheidung erhellt, dass die Carthäuser lediglich ihr eigenes Privilegium anführten und dass nach demselben die Sache ihre Erledigung fand. Mehr Schwierigkeit könnte die causa Toletana der Cistercienser vom Berge Sion bereiten. Indess auch hier bleibt das dem Orden verliehene Privileg der massgebliche Gesichtspunkt der Darlegung wie der Entscheidung. Freilich brachte der Abt die den Lateranensischen Chorherren von Pius IV., der Gesellschaft Jesu von Gregor XIII. und anderen Regularen von Clemens XII. verliehenen Privilegien vor und schloss, dass dieselben seinem Orden gleichfalls zu gute kommen müssten, da die Wirksamkeit eines durch die communicatio erworbenen Privileges nach Passerini nicht geringer sei als die eines direct verliehenen. Indess diese Communication wird erst als Ersatzmittel angeführt, wenn das von Alexander VI. verliehene Privileg nach dem Tridentiner Concil nicht mehr als zu Recht bestehend angesehen würde. Dass das von Alexander VI. gewährte Privileg nicht mehr fortbesteht, unterliegt keinem Zweifel, da das Concil von Trident dem entgegenstehende Bestimmungen getroffen hat. Es bleibt also einzig die Frage übrig, ob die Cistercienser sich auf das Privileg der Gesellschaft Jesu berufen konnten. Gregor XIV. hatte ihnen die alten Privilegien in der That bestätigt, ja auch die Communication mit den Privilegien aller anderen Orden zugestanden, seiner Concession aber die Clausel beigefügt: »quatenus sint in usu *et* decretis Concilii Tridentini non adversentur.« Mithin konnten die Cistercienser selbst jene Privilegien nicht für sich anrufen, welche in Geltung waren, wenn dieselben zugleich eine Ausnahme von den Bestimmungen des Tridentiner Concils darstellten. So konnte die S. C. C. am 29. Aug. 1761 nur eine verneinende Antwort auf die Frage ertheilen: Haben die Mönche vom Berge Sion des hl. Bernhard ausserhalb der Stadt Toledo das Recht in ihrem Landhause ein Oratorium zu besitzen?

Hat der Bischof, wenn eine solche Kapelle rechtmässig errichtet ist, das Recht sie zu visitiren? Landhäuser, in denen nicht die Mönche, sondern nur einige Laienbrüder wohnen, und die Ora-

torien derselben, sagt *Fagnanus*[1]), können vom Bischof nicht visitirt werden, selbst wenn sie zu einem Convent gehören, der auf Grund des Decretes *Ut in parvis* der Jurisdiction des Bischofs unterworfen ist. Freilich können andererseits die Laienbrüder vom Bischofe als Delegaten des h. Stuhles gestraft werden, wenn sie sich verfehlen. Im Cap. *Auctoritate* de censibus wird den Bischöfen die Erhebung der procuratio bei der Visitation der Oratorien von Landhäusern untersagt, mithin, schliesst Fagnanus, ist auch die Visitation selbst untersagt. Zudem sind die Landhäuser lediglich Privathäuser, unterscheiden sich also nicht von Laien-Oratorien. Da der Bischof nun die letzteren nicht visitiren kann, so müssen auch die ersteren von einer derartigen Unterwerfung frei sein. Freilich, wenn dem Bischof die Anzeige gemacht wird oder die Kunde zu Ohren dringt, dass die Oratorien nicht gebührend in Ehren gehalten werden, so hat er das Recht, sich von der Wahrheit dieser Anschuldigung zu überzeugen, wie ihm das gleiche Recht für Privat-Oratorien zusteht. Kann der Bischof auch nicht als Visitator diese Oratorien aufsuchen, sagt Cardinal *Petra*[2]), so darf er sich doch überzeugen, ob das h. Opfer mit aller gebührenden Ehrfurcht dargebracht wird. Auch *Lugo* scheint mit dieser Ansicht übereinzustimmen[3]).

4. Wenngleich nach Fagnani die Privat-Oratorien der Ordenshäuser in einer Beziehung den Laien-Oratorien gleich stehen, sofern nämlich der Bischof beide nicht nach Belieben visitiren kann, so stehen dieselben dennoch, was die geistlichen Handlungen angeht, in ihren Rechten den öffentlichen Oratorien nahe. Vor allem also ist die Zahl der Messen, die gefeiert werden dürfen, nicht beschränkt, und steht Weltpriestern die Celebration mit Erlaubniss der Ordensoberen gleichfalls frei. Daraus allein, dass diese Kapellen in locis piis errichtet sind, sagt Gattico, folgt ein solches Privileg, weshalb es in den Documenten nicht besonders genannt werden muss. Die seltene Uebereinstimmung aller Autoren zeugt von der Richtigkeit dieser Ansicht. Ferraris, Reiffenstuel, Gattico, de Bonis, der h. Alphons, Bouix u. a. legen dieselbe ausführlicher dar[4]). Indess auch andere Functionen können verrichtet werden, stets mit Beobachtung des Decretes der h. Riten-Congregation vom 10. December

---

1) Dissert. De grangiis earumque oratoriis n. 26.

2) *Petra*, In Const. 8. Honor. III. n. 60.

3) *Lugo*, Resp. mor. Lib. III. dub. XV.

4) Ein fremder Priester muss in einem solchen Oratorium die seinem Officium entsprechende heilige Messe lesen. — S. R. C. mehrfach, besonders 11. März 1820 ad 10.

1703. In der That wird in dem Privileg Gregors XIII. ausser der Messe ausdrücklich die Verrichtung anderer Functionen gestattet: alia divina officia. Immerhin freilich wird, wie Gattico mit Recht bemerkt, zwischen den öffentlichen Oratorien der Regularen und den durch Privilegium ihnen zustehenden Privat-Kapellen ein Unterschied bleiben müssen, sofern diejenigen Feierlichkeiten, welche wegen der Theilnahme des Volkes einen grösseren Raum verlangen, und welche zur geistlichen Unterweisung desselben dienen sollen, nicht in Privat-Kapellen verrichtet werden können. Dieser Art sind gesungene Messen und diejenigen Segnungen, welche nach dem Rituale während der h. Messe vorzunehmen sind, wie die Palmen- und Lichter-Weihe. Alle Functionen hingegen, welche den Nutzen der Communität als Ziel haben, ebenso wie die nichtfeierlichen Verrichtungen können sehr wohl in der Haus-Kapelle vorgenommen werden. Hierher gehört u. a. die Spendung der h. Communion an Laien an allen Tagen mit Ausnahme des h. Osterfestes. In der That haben ja die Päpste unzählige Male den Regularen das Recht verliehen, den Laien die h. Communion zu geben, der Ort aber kann keine Schwierigkeit verursachen, da die Erlaubniss des Bischofes, die h. Eucharistie zu spenden, nur in den Oratorien von Laien erforderlich ist[1]). Die Aufbewahrung der h. Eucharistie ist den Regularen für ihre öffentlichen Oratorien bedingungslos gestattet, für die Privat-Oratorien indess nicht, ohne besonderes Privileg. Hat ein Orden ein solches Privileg vom h. Stuhle nicht erhalten, so wird eine zwingende Ursache allein es rechtfertigen können, wenn er ohne ausdrückliche Erlaubniss das heiligste Sacrament für kurze Zeit in einer Privat-Kapelle aufbewahrt. Eine solche hinreichende Ursache ist, scheint es mir, vorhanden, sagt Gattico, wenn z. B. eine grosse Anzahl Kranker sich im Hause befindet, zu deren Trost die h. Eucharistie in der Kapelle des Krankenzimmers aufbewahrt werden soll. Das Gleiche gilt, wenn es Schwierigkeiten machen sollte, die h. Communion aus der Kirche zu holen. Jedenfalls muss, wenn der Orden kein Privileg hat, schliesst der genannte Autor, das h. Sacrament in die Kirche zurückgetragen werden, sobald die zwingende Ursache aufhört[2]). In den Landhäusern dürfen die Regularen in keinem

1) *Bened. XIV.*, Const. Magno §. 23. 24. Selbstverständlich gilt in Laien-Oratorien das Verbot die h. Communion zu ertheilen in gleicher Weise für Ordens- wie für Weltpriester.

2) *Gattico* erbaut sich daran, dass die Patres Kapuziner dies gewissenhaft beobachten. Wenn er indess Cap. XVIII. n. 11 annimmt, dieselben halten in ihren Hospizen das h. Sacrament in ihren Kapellen aus eigener Machtvoll-

Falle ohne päpstliches Indult die h. Eucharistie aufbewahren, wie Petra, de Bonis und der h. Alphons bezeugen.

Thuen indess die Gläubigen, welche in einem Privat-Oratorium der Regularen der h. Messe beiwohnen, dem Kirchengesetze genug? Ist das Oratorium vom Bischofe designirt und approbirt, so unterliegt dies keinem Zweifel, wie die S. R. C. am 22. Mai 1841 (Gardellini 4922) entschied. Hat statt des Bischofes der Regular-Obere die Designation vorgenommen, so ist kein Grund vorhanden, warum die Antwort auf die gestellte Frage anders lauten sollte. In der That werden alle Schwierigkeiten auf die Pflicht der Gläubigen basirt, in der Pfarrkirche der h. Messe beizuwohnen. Betreffs dieses Gebotes thut es aber nichts zur Sache, ob der Bischof oder durch Privileg an seiner Stelle der Obere den Platz des Oratoriums bestimmt, wenn, wie es in der That der Fall ist, die höchste Autorität sich dahin ausgesprochen hat, dass die Privat-Kapellen der Religiosen nicht mit den Oratorien der Laien in dieser Beziehung auf eine Stufe zu stellen sind. Dass eine Verpflichtung, in der Pfarrkirche der h. Messe beizuwohnen, gegen die Regularen nicht urgirt werden kann, ist bereits oben gezeigt. Wird aber der h. Stuhl um ein Indult für die Kapelle des Landhauses ersucht, so sind die Bestimmungen desselben genau zu beachten. So heisst es in dem Privileg der Carthäuser: »SS. Missae sacrificium tam per Regulares sive ejusdem sive alterius religionis quam saeculares presbyteros tuto celebrari valeant missamque inibi audientes diebus festivis praecepto Ecclesiae hac de re edito satisfacere intelligantur.« Aehnlich lautet das Privileg der Benedictiner von Monte Oliveto für Arme und in ihrem Hospize darniederliegende Kranke. (Clem. XIII.)

Dass Laien in den Privat-Oratorien der Regularen beichten können, ist ebenfalls gewiss[1]). Wenn das Rituale Romanum verbietet, ausserhalb der Kirche anders als im Falle der Nothwendigkeit Beicht zu hören, so wird hier der Ausdruck Kirche allen Privatgebäuden entgegen gestellt. Als ein Pfarrer bei der S. C. C. anfragte, ob er alle Beichtstühle, welche innerhalb seiner Pfarrei in Bruderschafts-Oratorien aufgestellt waren, beseitigen sollte, antwortete dieselbe am 23. Januar 1672: Negative. Das Gleiche gilt auch für die Privat-Oratorien der Regularen, wenngleich wegen der Clausur nur Männer aus dieser Vergünstigung Nutzen ziehen können.

Die Ceremonien der Charwoche gehören zu den feierlichen

---

kommenheit zurück, so irrt er: Sie haben ein besonderes Privileg. Siehe *Lambertini* (Bened. XIV.) Institutiones 105 n. 78.

1) *De Bonis*, De orat. publ. n. 293.

Functionen, wesshalb sie in einer Privat-Kapelle, sie müsste denn geradezu eine innere Kirche sein, nicht vorzunehmen sind. Fällt nun auch in einer Kirche, in welcher jene Ceremonien nicht verrichtet werden, die Feier der h. Messe am Gründonnerstage fort, so gilt das Gleiche nicht vom Privat-Oratorium der Regularen. Auf die Frage: »Kann der Obere seinen Untergebenen am Gründonnerstage die h. Communion reichen, damit sie ihrer Osterpflicht Genüge thun, wenn auch in dem öffentlichen Oratorium die Ceremonien der Charwoche nicht vorgenommen werden?« antwortete die S. R. C. am 31. August 1839: »Der Obere celebrire in dem Privat-Oratorium und gebe den Ordensleuten dort die h. Communion, ist ein solches nicht vorhanden, so im öffentlichen Oratorium, aber bei verschlossenen Thüren.«

5. Noch einige Worte über die Oratorien der Ordensfrauen. Wenngleich die Klöster wirkliche domus religiosae sind, kann dennoch nicht einmal der Bischof gestatten, dass innerhalb der Frauenklöster die h. Messe gelesen wird. Die Ursache davon ist die strenge Clausur, welcher die Ordensfrauen unterworfen sind. (Conc. Trid. Sess. XXV. cap. 5. De Reg. et monial.) Ausserdem aber hat das Concil von Trident noch ein besonderes Verbot erlassen, indem es vorschrieb, die h. Eucharistie solle nicht innerhalb des Klosters, sondern nur in der öffentlichen Kirche aufbewahrt werden. (Cap. 10.) Bisweilen hat indess der h. Stuhl unter vielen Beschränkungen und Bedingungen die Erlaubniss ertheilt, vorübergehend in den Krankenzimmern der Nonnen ein Oratorium zu errichten. So erhielten die Canonissen vom h. Augustin von Pius IV. im Jahre 1565 auf kurze Zeit das Privileg, eine h. Messe innerhalb der Clausur lesen zu lassen[1]). Wenn irgend ein derartiges Privileg etwa noch bestand, hat es durch die Constitution Benedict XIV. *Salutare in catholica Ecclesia* vom 3. Februar 1742 über die Clausur der Nonnen ein Ende gefunden.

Auf die Congregationen schaute man früher in der Kirche nicht immer mit günstigen Blicken, weil sie von dem Gebote der Clausur gelöst lebten. Nachdem indess der h. Stuhl selbst zahlreiche Approbationen ertheilt hat, ist deren Stellung eine ganz andere geworden. So konnte es denn geschehen, dass das den Austritt u. s. f. regelnde Decret vom 4. November 1892 *Auctis admodum* die Mehrung der Congregationen einem besonderen Segen Gottes zuschrieb. Es unterliegt somit keinem Zweifel, dass die Häuser derselben wirk-

1) Andere Beispiele siehe bei *Gattico* cap. 19 n. 6 ff.

lich als loca religiosae anzusehen sind, also mit der Erlaubniss des Bischofes eine öffentliche Kapelle haben können. Ja, noch mehr, diesen Kapellen eignet das Privilegium, dass alle Gläubigen in denselben der Pflicht, die h. Messe zu hören an allen Sonn- und Festtagen genügen können [1]). Alle durch das Decret vom 10. December 1703 gestatteten Functionen können auch in diesen Kapellen geübt werden. Die h. Eucharistie kann indess ohne besonderes päpstliches Indult in diesen Oratorien nicht aufbewahrt werden [2]). Ebenso kann einzig der h. Stuhl den Congregationen, besonders den weiblichen, die Errichtung eines Privat-Oratoriums gestatten [3]).

§. 3. Die Privat-Oratorien der loca religiosa und pia.

1. Sind die Kirchen loca sacra, so unterscheidet man von ihnen als in geringerem Grade an ihrer Aufgabe theilnehmend die loca religiosa und die loca pia. Locus religiosus ist ein Ort, an welchem die Werke der Frömmigkeit und Barmherzigkeit geübt werden und welche der Bischof oder eine andere kirchliche Behörde genehmigt hat [4]). »Si locus,« sagt Urban IV. Cap. *Ad haec* De religiosis domibus, »ad hospitalitatis usum et pauperum provisionem fuerit, sicut moris est, auctoritate Pontificis destinatus, cum sit religiosus, non debet mundanis usibus deputari.« Es ist nicht nothwendig, dass der Ordinarius ausdrücklich erklärt, er errichte das Haus in locum religiosum, es genügt, dass er es den Uebungen der Barmherzigkeit und Frömmigkeit widmet, damit die Bedingung des Cap. *Ad haec* erfüllt sei. Es macht auch keinen Unterschied, ob die Zustimmung des Bischofes sofort bei der Errichtung oder später gegeben ist, wenn sie nur eine wirkliche Approbation, einen wirklichen Act der Jurisdiction in sich schliesst und sich nicht auf eine einfache Untersuchung und Anerkennung beschränkt. Pichler und Maschat [5]) zählen die Laien-Oratorien den locis piis bei, jedoch heissen dieselben, trotzdem der Bischof sie approbirt, nie loca religiosa, weil er nie einen Jurisdictionsact über dieselben ausübt, sondern lediglich prüft, ob die Bedingungen, welche der h. Stuhl selbst stellt, erfüllt sind. Zu den locis religiosis gehören vor allem die

1) *S. Alph.* Theol. mor. VI. 357.

2) *Bened. XIV.*, Const. Quamvis iusto 30. April 1749.

3) *Gattico*, cap. 19. n. 14.

4) *Alex. III.* in Clem. 2. de praebendis cap. 1. de eccl. aedif. *Leuren* ad c. 4. Tit. 36. qu. 927. *Reiffenst.* ad eund. tit.

5) *Gonzales* in Cap. *Licet* 36 de relig. dom. Lib. III. n. 5. 6. *Schmalzgrueber*, eod. tit. q. 1. n. 2. 3. Ebenso *Reiffenst.*

Klöster und die Häuser der religiösen und Weltpriester-Congregationen, sowie auch die bischöflichen Seminare. Andere Institute, welche den Werken der christlichen Nächstenliebe oder der Frömmigkeit gewidmet sind, gehören zu den locis religiosis, wenn die gedachte Zustimmung der geistlichen Obrigkeit für sie vorhanden ist. Hierher gehören also die Hospitäler für Kranke, solche für Arme, Pilgrime oder Waisen oder für irgend welche Hilfsbedürftige. Zu den locis piis gehören ferner auch die Laien-Bruderschaften, die in Gemeinschaft leben, die Emeriten- und Demeriten-Häuser der Kleriker, die montes pietatis[1]) und die Exercitienhäuser[2]). Was immer direct oder indirect dazu beiträgt, den Dienst Gottes zu erhalten und zu fördern, fällt unter den Begriff pietas. So gehören denn ferner hierher die Collegien, in denen die Knaben, die Conservatorien, in welchen die Mädchen unterrichtet werden[3]), wie auch alle öffentlichen Unterrichts-Anstalten, welche das Interesse der Religion berühren[4]).

Die loca pia, welche ohne Zustimmung des Bischofes errichtet werden, zerfallen in öffentliche: die von den Behörden errichtet werden oder denen eine öffentliche bürgerliche Autorität verliehen wird, und private: die von dem Belieben von Privatpersonen abhängen.

2. Gehen wir nach diesen Vorbemerkungen auf die Vorschriften über, welche gemäss des Tridentiner Decretes für die loca religiosa und ebenso, welche für die loca pia gelten. Ein Oratorium in loco religioso ist ipso facto zur Darbringung des h. Opfers geeignet. Wenngleich nämlich der h. Stuhl oftmals um den Indult für Waisenhäuser ersucht wurde, damit in denselben ein Oratorium errichtet werden konnte, so steht doch dem Bischof ebenso das Recht dadurch zu, dass er die Anstalt approbirt. Auf die Frage: An sub prohibitione Concilii Tridentini contineatur orphanotrophium in casu? antwortete die S. C. C. am 27. März 1847 in Viglevit.: Negative. Wenngleich dasselbe, ohne dass der Bischof um seine Genehmigung ersucht war, erbaut worden war, hatte er dasselbe doch von ganzem Herzen gutgeheissen.

Die gleiche Entscheidung gab die h. Congregation in Monast. 5. April 1851: »Quoad loca pia et religiosos domos vel pro spiritualibus exercitiis erecta cum approbatione ordinarii vel publica sine

---

1) *Petra* in Const. S. Pauli II. sect. 3. n. 29.

2) Card. *Petra*, l. c.

3) S. C. C. in Monaster. 5. April 1851.

4) *Schenkl*, Instit. iuris eccl. §. 776. *Gattico* c. 16 ist zu engherzig in der Anwendung der Definition.

ea approbatione episcopus non indiget facultatibus pro concedenda licentia sacrum in iis peragendi.«

Aus der angeführten Entscheidung geht hervor, in welchem Sinne die in Viglev. gegebene Lösung zu nehmen war. Auf die Frage: An Oratoria in hospitalibus ceterisque piis locis absque episcopi auctoritate erectis constituta in prohibitione Concilii Tridentini comprehendantur? war die Antwort erfolgt: Negative. In der causa Monaster. kommt nämlich der Secretär noch einmal auf diese Entscheidung zurück. »Die Erlaubniss, in Privat-Oratorien zu celebriren, kann einzig der h. Stuhl geben. . . Das gleiche ist indess nicht von den *öffentlichen* Waisen- und Krankenhäusern und ähnlichen locis piis zu sagen, wenngleich diese nicht mit besonderer Gutheissung des Bischofes gegründet sind. Denn dass alle diese nicht ausserhalb der Amtsgewalt des Bischofes liegen, ist in der massgeblichen Entscheidung in Viglev. erklärt worden.« — Die Oratorien von privaten locis piis bleiben auch ferner also anderen Privathäusern gleichgestellt.

Die Kapellen der öffentlichen loca pia haben das Recht von öffentlichen Oratorien. Es dürfen also auch an den höchsten Festtagen mehrere Messen in denselben gelesen, auswärtige Priester zugelassen werden[1]), ja auch andere Verrichtungen vorgenommen werden, so weit solche innerhalb der für die Privat-Kapellen geltenden Grenzen bleiben[2]). Da indess der Bischof bei der Errichtung öffentlicher Oratorien gewisse Einschränkungen vorschreiben kann, so vermag er dies noch viel mehr bei der Gutheissung der in Rede stehenden Kapellen. Jedenfalls haben sie das Vorrecht, dass die in diesen Oratorien gefeierten Messen genügen, damit die ihr beiwohnenden Gläubigen das Kirchengebot erfüllen. »Niemand leugnet,« sagt der Secretär der S. C. C. in Grossetana 16. und 30. Mai 1778, »dass wenn Jemand an Orten, die Gott nicht rein vorübergehend (firmiter) geweiht sind, in den Kapellen von Hospitälern die h. Messe hört, er dem Gesetze Genüge leistet.«

Wenngleich nun der Bischof vielleicht Auswärtigen den Zutritt zu den Oratorien der vorstehend bezeichneten Orte verbieten

1) *S. Alph.* Theol. mor. VI. n. 357.

2) *Gattico* erwähnt, dass manche Religiosen, ein Mal im Jahre (kaum öfter) an einem für sie besonders feierlichen Tage die h. Messe in ihren Privat-Oratorien singen. Besser indess sagt er, geschieht dies niemals. Cap. 18. n. 11. De Bonis 304. Viel mehr noch gilt das Letztere von allen anderen Kapellen, die nicht öffentlich sind, wenn sie auch den locis religiosis oder piis publicis zugehören.

kann, so würde er dennoch seine Rechte überschreiten, wollte er das allgemeine Gesetz und die allgemeine Uebung in engere Schranken bannen. Würde er also erklären, dass die von auswärts hineinkommenden Gläubigen an solchen Orten das Kirchengesetz nicht beobachten und also gehalten sind, einer zweiten h. Messe beizuwohnen, so wäre eine solche Entscheidung ohne Bedeutung und Wirksamkeit [1]).

Mehrere Kapellen in Klöstern oder anderen religiösen oder frommen Häusern (loca pia) anzulegen, ist weder durch das Tridentiner Decret noch durch ein späteres Gesetz verboten.

---

1) In allen Oratorien, die streng genommen weder öffentliche noch private sind, d. h. also in den Kapellen der Seminare, Hospitäler und domus religiosae, welche keinen Eingang von der Strasse haben, müssen die Priester sich nach dem Diöcesankalendarium richten, wenn das Oratorium nicht ein besonderes Privileg erlangt hat. S. R. C. 1. Dec. 1882.

XXXI.

Die Einkommensaufbesserung der katholischen und protestantischen Seelsorgsgeistlichen in Bayern [1]).

(Nach den Kammerverhandlungen mitgetheilt von Dr. *Karl August Geiger*.)

Die Begründung des Postulates zur Einkommensaufbesserung der katholischen und protestantischen Seelsorgsgeistlichen aus Staatsmitteln lautet: »Durch die Allerhöchste Thronrede bei Eröffnung des Landtages am 28. September 1893 ist im Anschluss an die Postulate im Geschäftskreise des k. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten eine Vorlage hinsichtlich des Einkommens der katholischen und protestantischen Geistlichen in Aussicht gestellt worden, sobald die nöthigen Verhandlungen zum Abschlusse gediehen sein werden. Auf Grund der nunmehr zu Ende geführten Verhandlungen wurde mit Allerhöchster Genehmigung das vorliegende Postulat ausgearbeitet. Wenn auch hiebei die theilweise weitergehenden Wünsche aus den betheiligten Kreisen nicht vollständig in Rechnung gezogen werden konnten, so wurden doch die nächsten Bedürfnisse berücksichtigt, wie nicht minder auch darauf Bedacht genommen wurde, die Einkommensaufbesserung so einzutheilen, dass für die etwa künftig nothwendig werdenden Aufbesserungen die Möglichkeit offen gelassen wird, ohne grunglegende Aenderungen des Aufbesserungssystems weitere Zulagen einzuschalten

1) In nachstehender Zusammenstellung sind nur die wichtigsten Punkte, insbesondere die rechtlichen Momente der Sache hervorgehoben, nämlich: Die Stellung der bayerischen Seelsorgsgeistlichen im Staatsdienste, die Unzulässigkeit des Vergleiches zwischen Pfarrer und Staatsbeamten, die Ansprüche des Klerus auf eine Aufbesserung aus Staatsmitteln, Begründung dieser Ansprüche auf den Titel der Säcularisation, die subsidiäre Verpflichtung des Staates zur pecuniären Aufbesserung des Klerus, das Verhältniss der aus Staatsmitteln gewährten Einkommensaufbesserung zu den zu Recht bestehenden Patronatsrechten. Im übrigen wird auf die umfangreichen Verhandlungen der beiden Kammern des bayerischen Landtages vom Jahre 1894 verwiesen: Stenographische Berichte der Kammer der Abgeordneten 1893—94, B. 4, S. 99 f., S. 114 f., B. 6, S. 126—140. Dazu die Beilagen 205 und 245. Beilagen zu den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten B. 2, S. 509 f., S. 1003. 1004. Bericht über die 13. Sitzung der Kammer der Reichsräthe, Protocollband 2, S. 444—453. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Bayern 1894, S. 294. Ministerialblatt für Kirchen- und Schulangelegenheitrn im Königreich Bayern 1894. S. 227—233.

oder anzureihen.« Zur näheren Begründung des Postulates wird Folgendes angeführt.

I. Einkommensaufbesserung der katholischen Seelsorgsgeistlichen.

Im Budget für die XIX. Finanzperiode 1888/89 waren die nöthigen Mittel im Betrage von 532,200 M. zur Aufbesserung des Einkommens der katholischen Pfarrer auf 2000 M. vorgesehen. In den Budgetberathungen im Jahre 1888 wurde angeregt, auch den in der Seelsorge verwendeten Hilfsgeistlichen eine Aufbesserung zukommen zu lassen, was innerhalb der verfügbaren Mittel nur dadurch ermöglicht werden konnte, dass die Aufbesserung der Pfarrer um den Betrag von 174,000 M., welcher zur Aufbesserung der Hilfsgeistlichen nothwendig war, reducirt wurde.

Schliesslich gelangte hinsichtlich der Pfarrer ein Aufbesserungsmodus zur Annahme, wonach das Einkommen derselben nach der Seelenzahl der Pfarreien abgestuft wurde, und zwar:

a) auf 1800 M. bei Pfarreien bis zu 400 Seelen einschlüssig,
b) auf 1900 M. bei Pfarreien von 401 bis zu 600 Seelen einschlüssig und
c) auf 2000 M. bei Pfarreien mit mehr als 600 Seelen.

In den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten wurde dieser Aufbesserungsmodus hinsichtlich der Pfarrer wiederholt nur als ein Provisorium bezeichnet.

Die Bitten aus den betheiligten Kreisen um weitere Erhöhung des Pfarreinkommens, sowie namentlich um einen anderen Aufbesserungsmodus wurden immer dringlicher. Es wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass nach den Aufbesserungsnormen vom Jahre 1888 gerade die älteren und kränklichen Pfarrer, welche grössere Pfarreien nicht mehr versehen könnten und auf kleineren Pfarreien mit dem verhältnissmässig geringen Bezuge von 1800 M. ohne Aussicht auf Verbesserung aushalten müssten, wiewohl sie eine Erhöhung ihres Einkommens am nothwendigsten hätten, ungünstig gestellt seien.

Seitens der k. Staatsregierung wird nach Einvernahme der kirchlichen Oberbehörden eine Neuregelung der Einkommensaufbesserung für die Pfarrer als dringlich anerkannt.

Was den Aufbesserungsmodus anlangt, wird von Seite der kirchlichen Oberbehörden zunächst eine höhere Dotation der Pfründen selbst vertreten. Das bisherige Aufbesserungssystem beruht jedoch auf dem Principe der Aufbesserung der jeweiligen Pfründennutzniesser. Eine Aenderung hieran wäre, abgesehen von dem unter

Umständen erforderlichen höheren Aufwande, nicht ohne Einfluss auf das Besetzungsrecht.

Eine weiter gegebene Anregung, die Aufbesserung eventuell etwa in der Art mitzutheilen, dass Pfarreien mit einem fassionsmässigen Einkommen unter 2000 M. auf diesen Betrag, Pfarreien mit einem Einkommen zwischen 2000 und 2200 M. auf letzteren Betrag etc. aufgebessert werden, wurde gleichfalls in Erwägung gezogen. Es lässt sich hiebei jedoch weniger ermöglichen, den Bedürfnissen der älteren Pfarrer entsprechend Rechnung zu tragen.

Nach eingehender Würdigung aller einschlägigen Fragen wurden seitens der k. Staatsregierung schliesslich folgende Aufbesserungsnormen, denen unter den obwaltenden Verhältnissen auch die kirchlichen Oberbehörden wohl zuzustimmen in der Lage sind, als angemessen erachtet:

1. In der Abstufung des Pfarreinkommens nach der Seelenzahl der Pfarreien soll die bisherige Mittelstufe zu 1900 M. bei Pfarreien mit 401 bis 600 Seelen in Wegfall kommen.

Das Anfangseinkommen der Pfarrer bleibt sohin nur mehr abgestuft:

a) in 1800 M. bei Pfarreien bis zu 400 Seelen einschlüssig und

b) in 2000 M. bei Pfarreien von mehr als 400 Seelen.

Die Pfarrer mit dem bisherigen Anfangseinkommen von 1900 M. werden um 100 M., sohin auf 2000 M. aufgebessert, was in den Regierungebezirken diesseits des Rheins einen Mehraufwand von 38,900 M. und im Regierungsbezirke der Pfalz einen solchen von 2200, sohin in Summa 41,100 M. erfordert.

2. Durch Ziffer I, 2 des Aufbesserungsnormatives vom 12. Juni 1888 wurde den Inhabern organisirter Kloster-Pfarreien ein Einkommen von 2360 M. gewährleistet. Dieser Einkommensbetrag soll auf 2400 M. abgerundet werden. Der Mehraufwand für die betheiligten Pfarreien in den Regierungsbezirken diesseits des Rheins berechnet sich auf 760 M.

3. Der gleiche Betrag von 2400 M. ist auch für die übrigen Pfarrer in den unmittelbaren Städten der Regierungsbezirke diesseits des Rheins in Aussicht genommen, wofür ein Mehraufwand von 12,940 M. erforderlich ist.

4. Die Präcipuen bis zu 2740 M., welche bisher den Pfarrern in Städten und denselben gleichgestellten Orten des Regierungsbezirkes der Pfalz gewährt wurden, werden unverändert aufrecht erhalten.

5. Um nun denjenigen Pfarrern, welche nicht unter Ziffer 2,

3 und 4 fallen, sondern nach Ziffer 1 nur ein Anfangseinkommen von 1800 beziehungsweise 2000 M. beziehen, eine weitere Aufbesserung zukommen zu lassen und dabei auch den Unterschied dieses Anfangseinkommens allmälig auszugleichen, sollen denselben nach Ablauf bestimmter Jahre eine Personalzulage, beziehungsweise deren zwei gewährt werden. Dabei erscheint es als das Geeignetste, die Jahre, nach deren Ablauf die Personalzulagen gewährt werden, vom bestandenen Pfarrconcurse an, resp. in jenen wenigen Fällen, in denen einzelne Pfarrer in Folge der durch §. 2. der Allerhöchsten Verordnung vom 28. September 1854 geregelten Befreiung sich an einem Pfarrconcurse nicht betheiligt haben, von dem Jahre an zu rechnen, in welchem sie sich verordnungsgemäss dem Pfarrconcurse hätten unterziehen sollen.

Die erste Anstellung als Pfarrer oder überhaupt die erste selbständige Verwendung in der Seelsorge der Berechnung zu Grunde zu legen, erscheint in Rücksicht auf die grosse Ungleichheit der einschlägigen Verhältnisse in den einzelnen Diöcesen nicht als thunlich. Die Personalzulagen sollen in der Weise normirt werden, dass den Pfarrern mit einem Anfangseinkommen von 1800 M. nach Umfluss von 15 Jahren, vom Pfarrconcurse an gerechnet, eine erstmalige Personalzulage von 200 M. und nach Umfluss von weiteren 10 Jahren eine zweite gleiche Personalzulage und damit der Höchstbezug von 2200 M. gewährt wird, während die Pfarrer mit einem Anfangseinkommen von 2000 M. nach Umfluss von 25 Jahren nur eine einmalige Personalzulage von 200 M. und damit gleichfalls den Höchstbezug von 2200 M. erhalten.

Die Pfarrer auf kleineren Pfarreien (Ziff. 1, lit. a) werden sohin nach Umfluss von 15 Jahren den Pfarrern auf grösseren Pfarreien (Ziff. 1, lit. b) im Einkommen gleichgestellt und rücken sodann mit den letzteren nach Ablauf einer Gesammtzeit von 25 Jahren, vom Pfarrconcurs an gerechnet, auf den Gehalt von 2200 M. vor, so dass ältere Pfarrer auf kleineren Pfarreien in Verwendung bleiben oder sich auf solche versetzen lassen können, ohne in ihrem Einkommen Einbusse zu erleiden.

Der Aufwand für diese Personalzulage berechnet sich in den Regierungsbezirken diesseits des Rheins:

a) bei den Pfarreien bis zu 400 Seelen einschlüssig auf	77,000 M.,
b) bei den Pfarreien mit mehr als 400 Seelen auf .	115,000 M.,
in Summa .	192,000 M.,

	Uebertrag .	192,000 M.,
und im Regierungsbezirke der Pfalz:		
a) bei den Pfarreien bis zu 400 Seelen einschlüssig auf		3,200 M.,
b) bei den Pfarreien mit mehr als 400 Seelen auf .		10,000 M..
	in Summa .	13,200 M.
	Gesammtsumma .	205,200 M.

Diejenigen Pfarrer, welche nach Ziff. 2, 3 und 4 bereits ein höheres Anfangseinkommen beziehen, als die übrigen Pfarrer nach Ziff. 1 und 5 erreichen, nehmen an den Personalzulagen nach Ziff. 5 nicht weiter Theil, wie überhaupt auch die bisherige Grundbestimmung aufrecht bleibt, dass die Aufbesserungen, welche im Anschluss an die Fassionen berechnet werden, nur dann und insoweit gewährt werden, als nicht bereits das sonstige Pfründeeinkommen den nach den Aufbesserungsnormen treffenden Betrag erreicht.

Die neuerlichen Aufbesserungen, einschlüssig der Personalzulagen nach Ziff. 5 nehmen die in Ziff. XI. der Normativentschliessung vom 12. Juni 1888 gekennzeichnete Eigenschaft der bisherigen Aufbesserungen an, in Folge dessen auch andererseits davon abgesehen wird, aus den Neubewilligungen Folgerungen in Bezug auf das Landesherrliche Besetzungsrecht abzuleiten.

Der gesammte Bedarf berechnet sich hienach (unter Summirung sämmtlicher Einzelnposten) auf 260,000 M.

II. Einkommensaufbesserung der protestantischen Geistlichen.

Zur Aufbesserung der protestantischen Geistlichen wurde im Budget für die XIX. Finanzperiode die Summe von 261,300 M. vorgesehen. Dieses Postulat erhielt die Billigung der Kammern des Landtags.

Hiedurch war die Möglichkeit gegeben, vom 1. Januar 1888 an das Einkommen der unzureichend dotirten protestantischen Pfarrer, welches bis dahin auf 900 Gulden ergänzt wurde, durch Staatszuschuss unter Belassung der den Pfarrern II. und III. Classe in der Pfalz gewährten Präcipuen auf 1800 M. aufzubessern.

Hiebei wurden die Alterszulagen, wie früher, in fünf Quinquennien ohne Aenderung des Zeitpunktes ihres Eintritts in der Weise beibehalten, dass sich das Einkommen vom Aufnahmsjahre an nach 15 Jahren auf 1980 M., nach 20 Jahren auf 2160 M., nach 25 Jahren auf 2340 M., nach 30 Jahren auf 2520 M. und nach 35 Jahren auf 2700 M. erhöhte.

So dankbar die protestantische Geistlichkeit für diese Einkommensaufbesserung sich erwies, so stellte sich letztere doch als unzureichend dar. So wurde denn auch das Bedürfniss einer weiteren Aufbesserung gelegentlich der Berathungen über das Budget für die 21. Finanzperiode allseitig und insbesondere auch seitens der königl. Staatsregierung anerkannt. (Cf. Stenographische Berichte der Kammer der Abgeordneten 1892, B. 9, S. 385 f.)

Was den Aufbesserungsmodus anlangt, so erachtet es die k. Staatsregierung im Hinblick auf das für die protestantische Geistlichkeit bereits eingeführte System der Aufbesserung durch Dienstalterszulagen als das Sachgemässeste, wenn

1) der Eintritt in den Genuss der ersten Alterszulage zu jährlich 180 M. statt, wie bisher vom 15. künftig vom 11. Jahre nach der Aufnahme unter die Predigtamtscandidaten an gewährt und
2) eine sechste Alterszulage zu 180 M. angefügt wird.

Hienach würden sich die Einkommensverhältnisse der protestantischen Geistlichen künftig in folgender Weise gestalten: Das Einkommen der unzureichend dotirten protestantischen Pfarrer wird, wie bisher, durch Staatszuschuss unter Belassung der den Pfarrern II. und III. Classe in der Pfalz zur Zeit gewährten Präcipuen auf 1800 M. aufgebessert.

Die Alterszulagen werden künftig in sechs Quinquennien in der Weise gewährt, dass sich das Einkommen vom Aufnahmejahre an nach 10 Jahren auf 1980 M., nach 15 Jahren auf 2169 M., nach 20 Jahren auf 2340 M., nach 25 Jahren auf 2520 M., nach 30 Jahren auf 2700 M., nach 35 Jahren auf 2880 M. erhöht.

Diese neuen Dienstalterszulagen sind, wie die bisherigen, lediglich widerrufliche Personalzulagen der einzelnen, in einem bestimmten Dienstalter stehenden Geistlichen und werden nur dann und insoweit verabreicht, als das fassionsmässige Pfarreinkommen nicht jenen Betrag erreicht, welchen der betreffende Pfarrer nach der Zahl seiner Dienstjahre gemäss der festgesetzten Gehaltsscala zu beziehen hätte.

Der hiedurch entstehende Mehrbedarf berechnet sich nach den dermaligen Fassionsabschlüssen auf:

a) 126,000 M. in den diesrheinischen Consistorialbezirken,
b) 34,000 M. im Consistorialbezirk Speyer, sohin in Summa
160,000 M.

München, den 2. April 1894.

Bei der ersten Durchberathung der Regierungsvorlage in dem Finanzausschusse der Kammer der Abgeordneten am 4. Mai 1894

kamen die bereits in der Tagespresse geäusserten Klagen über die Besoldungsverhältnisse der Geistlichen beider Confessionen und deren Wünsche nach einer möglichst ausgiebigen Einkommenserhöhung wiederholt zum Ausdruck.

Der Cultusreferent der Kammer der Abgeordneten, Lycealrector Dr. Daller, bemerkte bei dieser Gelegenheit, es wäre allerdings zunächst eine Erhöhung der Dotation der Pfründen erwünscht, allein das sei nicht augängig. Da die Geistlichen keine Staatsbeamten seien, so greife der Staat nur subsidiär ein; auf eine Aufbesserung der Beneficiaten könne sich der Staat principiell nicht einlassen; diese könnten vielmehr nur, insoweit dieselben in der Seelsorge thätig seien, in Betracht kommen, im übrigen handle es sich hiebei um Privatstiftungen. Da die Vorlage der Regierung die Billigung der bayerischen Bischöfe habe, so wolle er daran nichts ändern, mit Ausnahme des einzigen Punktes, dass die Berechnung der Zulagen bei katholischen Pfarrern nicht vom Pfarrconcurs, sondern von einem früheren Termin an erfolge; alle weitergehenden Anträge, welche eine höhere Aufbesserung des Klerus befürworten, müssten im Hinblicke auf die gegenwärtige Finanzlage abgelehnt werden.

Se. Excellenz, Cultusminister Freiherr von Müller, erklärte gegenüber dem Cultusreferenten und anderen Rednern, die budgetmässig erforderlichen Mittel für die von vielen Seiten gewünschten höheren Aufbesserungen der Geistlichen seien nicht vorhanden. Das Hauptstreben müsse sein, einen Rahmen zu bekommen, innerhalb dessen künftig weiter fortgeschritten werden könne. Dass zwischen Katholiken und Protestanten eine unberechtigte Differenz in Bezug auf die Berechnung der Dienstalterszulagen bestehe, gebe er zu, dieselbe beruhe nur auf einem Versehen; er sei daher damit einverstanden, dass in dieser Richtung die Vorlage geändert werde und dass, um die Personalzulagen für die katholische Geistlichkeit von der Priesterweihe an berechnen zu können, noch 50,000 M. für den katholischen Cultus zugesetzt werden. Ein Vergleich der Geistlichen mit den pragmatischen Beamten sei nicht angänglich; es könne sich immer nur um Ergänzung der Bezüge handeln; diese Ergänzungsbezüge seien widerruflicher Natur und äussern auf das Besetzungsrecht keinen Einfluss. Den Charakter der Widerruflichkeit dieser Ergänzungsbezüge könne man nicht aufgeben, sonst komme man zur Dotation, was das Besetzungsrecht in Mitleidenschaft ziehen würde; er habe aber berücksichtigt, dass die Besetzungsrechte nicht alterirt würden. Man habe auf dem Gebiete des Staates zwischen moralischen und rechtlichen Verpflichtungen zu unterscheiden: eine moralische

Verpflichtung des Staates für den Unterhalt der Geistlichen einzutreten, sei nicht zu bestreiten. Es sei auch in den wesentlichen Punkten ein Einverständniss mit den kirchlichen Oberbehörden erzielt worden: ein Eingreifen der katholischen kirchlichen Oberbehörden im Sinne der Initiative zu persönlichen Zulagen sei nicht möglich, dieselben können aber die Zustimmung zu einer von der Regierung gemachten desfallsigen Vorlage geben.

Bei der Abstimmung wurde die ursprüngliche Regierungsvorlage angenommen mit der Modification, dass die Personalzulagen der katholischen Geistlichen nicht vom Pfarrconcurse, sondern von der Priesterweihe an berechnet werden sollten.

In dieser Fassung wurde die Regierungsvorlage auch im Plenum der Kammer der Abgeordneten mit grosser Majorität angenommen.

In der 131. Plenarsitzung der Kammer der Abgeordneten am 9. Mai 1894 betonten die katholischen Abgeordneten insbesondere die aus der Säcularisation herrührende Verpflichtung des Staates zur Aufbesserung der katholischen Geistlichen und beantragten, die zwischen den Aufbesserungsbezügen des katholischen und protestantischen Klerus bestehende Ungleichheit durch einen beide Confessionen gleichmässig umfassenden und gleichstellenden Aufbesserungsmodus aufzuheben. Der Referent bedauerte diese Imparität und vertrat principiell den Standpunkt der Gleichberechtigung beider Confessionen, dahin gehend, »dass, insofern der Staat freiwillige Leistungen an einzelne anerkannte Confessionen macht, diese freiwilligen Leistungen nach Verhältniss der Bevölkerungszahl gleichheitlich sein sollen.« . . . . . . »Allein es ist das, wenn auch das Princip noch so sehr anerkannt und als berechtigt erklärt werden muss, aus finanziellen Rücksichten nicht durchführbar.« »Was die rechtliche Seite der Frage betrifft, so ist es ja richtig, dass ein formeller Rechtsanspruch weder von Seiten der katholischen, noch der protestantischen Geistlichkeit vorliegt; aber andererseits ist auch von jeher anerkannt worden, dass der Staat ja das höchste Interesse an der Pflege der Religion, — auch eine moralische Pflicht habe, soweit als möglich, helfend einzugreifen, dass er um so mehr diese Pflicht habe, als grosse und sehr einträgliche Kirchengüter — sei es nun zur Zeit der Reformation, also schon vor Jahrhunderten, sei es zur Zeit der Säcularisation im Beginne dieses Jahrhunderts — in den Besitz des Staates übergegangen sind.«

Se. Excellenz, Cultusminister Freiherr von Müller, wies wiederholt den von einzelnen Rednern gemachten Vergleich zwischen Pfar-

rern und Staatsbeamten zurück mit dem Bemerken: »Bei den Staatsbeamten und Staatsbediensteten haben wir es mit unmittelbaren Bediensteten des Staates zu thun, für deren Einkommen und Auskommen wir rechtlich zu sorgen verpflichtet sind. Die Geistlichkeit kann absolut nicht als Staatsdiener gerechnet werden, wobei ich nur das protestantische Kirchenregiment ausnehme. . . . . Die Seelsorgsgeistlichkeit steht nicht unmittelbar im Dienste des Staates; sie steht eigentlich nicht im Dienste des Staates.« In Bezug auf den Umfang der Aufbesserung äussert derselbe: »Die Aufbesserung umfasst mittelbar die ganze Seelsorge-Geistlichkeit. Gerade dadurch, dass die Jahre, in welchen Geistliche als Localcaplan, Curatbeneficiat und dergleichen verwendet sind, später mitgezählt werden, musste der weitergehende Ausdruck »Seelsorge-Geistlichkeit« gewählt werden; er musste aber auch gewählt werden, wenn daran gedacht wird, wie ich positiv erkläre, die Vorlage zu Gunsten der Seelsorge-Geistlichkeit in Zukunft weiter auszubauen.«

In der 13. Sitzung der Kammer der Reichsräthe wurden die Beschlüsse der Kammer der Abgeordneten auf Empfehlung des Cultusreferenten v. Auer angenommen, wobei der Hochwürdigste Bischof von Würzburg Dr. von Stein und Oberconsistorialpräsident Dr. von Stählin der kgl. Staatsregierung für die bisherigen Bewilligungen dankten.

Die Beschlüsse der beiden Kammern fanden die Allerhöchste Genehmigung und wurden daher die katholischen Geistlichen durch Ministerial-Entschliessung vom 5. Juli 1834 in ihre neuen Geldbezüge eingewiesen. Bei dieser Gelegenheit wurden die Normativbestimmungen vom 12. Juni 1888 über die Einkommensaufbesserung der katholischen Seelsorgsgeistlichen aus Staatsmitteln einer Revision unterstellt und neue Normativbestimmungen erlassen, welche folgendermassen lauten:

I. Mit der Wirksamkeit vom 1. Januar 1894 an wird die Aufbesserung des Einkommens der katholischen Seelsorgsgeistlichen in nachstehender Weise geregelt:

1. Das Einkommen der Pfarrer, deren Pfründen geringer dotirt sind, wird
   a) bei Pfarreien bis zu 400 Seelen einschlüssig auf 1800 M.,
   b) bei Pfarreien mit mehr als 400 Seelen auf . . . 2000 M.,
   c) bei organisirten Kloster-Stadtpfarreien, sowie den Pfarreien in unmittelbaren Städten ohne Rücksicht auf die Seelenzahl auf . . . . . . 2400 M.

   durch Aufbesserung ergänzt.

2. Denjenigen Pfarrern, deren Einkommen gemäss der Bestimmung in Ziffer 1a) und b) nach der Seelenzahl der Pfarreien bemessen wird, werden nach Umfluss bestimmter Jahre, vom ersten Tage des auf die Priesterweihe folgenden Quartals, sohin vom 1. Januar, 1. April, 1. Juli beziehungsweise 1. October an gerechnet, Personalzulagen gewährt und zwar

   a) den Pfarrern mit einem nach Ziffer 1a) sich bemessenden Einkommen von 1800 M. nach 15 Jahren eine erste Personalzulage von 200 M. bis zum Gesammtbetrage von 2000 M. und nach weiteren 10 Jahren eine zweite Personalzulage von 200 M. bis zum Gesammtbetrage von . . . 2200 M.

   Diese Personalzulagen sind nach Umfluss der bezeichneten, ohne Abrechnung etwaiger Unterbrechungen zu zählenden Jahre jeweils zum treffenden 1. Januar, 1. April, 1. Juli beziehungsweise 1. October zur Anweisung zu bringen. Die Anweisung hat, wie bei den übrigen Einkommensaufbesserungen, insoweit zu erfolgen, als das Reinerträgniss der Stelle den treffenden Gesammtbetrag nicht erreicht.

3. Prediger und Prädicaturbeneficiaten erhalten, wenn sie eigene Haushaltung führen, zu den mit ihrer Stelle verbundenen Bezügen eine jährliche Zulage von 540 M., jedoch mit der Einschränkung, dass sich durch den Aufbesserungszuschuss das Jahreseinkommen derselben nicht über 1800 M. erhöhen darf.

4. Seelsorgsgeistliche, welche selbständigen Filialgemeinden vorstehen und eigenen Haushalt besitzen, treten in den Genuss einer Aufbesserung, wenn ihr jährliches Stelleneinkommen

   a) bei Seelsorgsgemeinden bis zu 400 Seelen einschlüssig den Betrag von . . . . 1440 M.
   und

   b) bei Seelsorgsgemeinden mit mehr als 400 Seelen den Betrag von . . . . 1560 M.
   nicht erreicht.

   Denselben wird als jährlicher Zuschuss jene Summe angewiesen, welche zur Erreichung der eben bezeichneten Einkommenziffern erforderlich ist.

5. Seelsorgsgeistliche mit eigener Haushaltung, welchen selbständige Filialgemeinden *nicht* zugewiesen sind, erhalten eine Aufbesserungszulage von jährlich 360 M., wenn dadurch ihr Jahreseinkommen nicht über den Jahresbetrag von 1500 M. steigt, andernfalls haben sie als Aufbesserung jenen Betrag zu beziehen,

um welchen ihr Einkommen hinter dem oben bezeichneten Jahresbetrage zurückbleibt.

II. Wenn für eine Stelle, deren Inhaber nach vorstehender Ziffer I. an der Aufbesserung Theil nimmt, eine Fassion besteht, so ist auch fernerhin das in der Fassion ausgewiesene Reinerträgniss der Stelle für die Bemessung des Zuschussbetrages massgebend.

Die Anwendung dieses Grundsatzes wird jedoch beschränkt durch die in den Normativ-Entschliessungen vom 24. Februar 1878 Nr. 2148, die Aufbesserung gering dotirter Seelsorgsstellen, hier die Abrechnung der Absitzfristen betr., und vom 30. März 1878, Nr. 3254, das Budget für die XIV. Finanzperiode (Abrechnung neuer Stiftungen etc.) betr. Ministerialblatt für Kirchen- und Schulangelegenheiten, S. 143 [1]), getroffenen Bestimmungen, welche unverändert in Geltung bleiben. Fortdauernde Anwendbarkeit behält auch die Verfügung in Ziffer III. der Normativ-Entschliessung vom 21. Aug. 1874, Nr. 10,566, das Budget für die XII. Finanzperiode, hier die Einkommensaufbesserung für die katholische Geistlichkeit aus Staatsmitteln betr. mit der dazu ergangenen Ministerial-Entschliessung gleichen Betreffs vom 6. Januar 1875, Nr. 16,291, wobei die Ministerial-Entschliessung vom 25. Mai 1893, Nr. 7038, die Einkommensaufbesserung der katholischen Seelsorgsgeistlichen aus Staatsmitteln — Ministerialblatt für Kirchen- und Schulangelegenheiten S. 126 [2]) — zu berücksichtigen ist.

1) Se. Majestät der König haben der von den beiden Kammern des Landtages gestellten Bitte entsprechend Allerhöchst zu genehmigen geruht, dass die den Geistlichen bewilligten Gehaltsaufbesserungen durch die bei den kirchlichen Pfründen vom 1. Jan. 1878 an neu anfallenden Bezüge aus Stiftungen oder sonstigen Zuwendungen Dritter keine Abminderung erleiden. — Hiezu gehören die Bezüge aus Stiftungen von Messen, Jahrtagen und anderen kirchlichen Andachten. — Die Wirksamkeit der Anordnung erscheint insofern begrenzt, als nach der dem Antrage der beiden Kammern zu Grunde liegenden Absicht nur die aus Stiftungen und sonstigen Zuwendungen Dritter neu anfallenden Bezüge in Betracht kommen sollen. Erfährt daher das Vermögen einer Pfründe aus anderweitigen Quellen einen Zuwachs, z. B. durch Gewinn eines Prämienlooses oder durch den günstigen Verkauf von Grundstücken, so hat in solchen Fällen die entsprechende Kürzung des Staatszuschusses zu erfolgen. — Die Tragweite der Anordnung ist endlich insofern eine beschränkte, als es sich hiebei lediglich um die aus Staatsfonds fliessenden Gehaltsaufbesserungen handelt. Nur in dieser Richtung soll dieselbe eine Wirkung äussern, in allen anderen Beziehungen aber soll keine Aenderung eintreten.

2) Bezieht sich auf den Ansatz für die Kaplansverpflegung. Darnach darf für die Verpflegung der statusmässigen Hilfsgeistlichen der erhöhte Betrag von 400 Gulden, nun umgerechnet in 720 Mark, in der Fassion als Last in Ansatz gebracht werden und zwar bei allen in dieser Beziehung betheiligten

Was dagegen die in der Ministerial-Entschliessung vom 10. April 1879, Nr. 4173 das Budget für die XV. Finanzperiode betr. angeordnete Abrechnung der 5procentigen Umrechnungs-Mehrung, welche mit den in der Fassion enthaltenen Geldbezügen aus der Staatskasse verbunden ist, betrifft, so hatte dieselbe ihren Grund darin, dass die Berechnung der Aufbesserungszuschüsse früher nach der Normativ-Entschliessung vom 21. August 1874 im Guldenfusse zu geschehen hatte. Nachdem aber die Aufbesserung nun direct auf Markbeträge berechnet wird, erscheint jene Abrechnung fernerhin nicht mehr statthaft.

III. Insoweit auf die Höhe des zu gewährenden Staatszuschusses die Seelenzahl der betreffenden Pastorationsbezirke von Einfluss ist, bemisst sich dieselbe nach dem officiell bekannt gemachten Ergebnisse der jeweils letzten allgemeinen Volkszählung. Eine vorgenommene neue Volkszählung kommt deswegen bei Festsetzung der Aufbesserungsbeträge erst dann in Betracht, wenn die Zählungsergebnisse zur officiellen Publication gelangt sind.

In jenen Fällen, in denen die Einkommensaufbesserung eines Geistlichen in Folge einer neuen Volkszählung oder in Folge von Veränderungen im Bestande des Pastorationsbezirkes eine Minderung erfahren würde, ist für die Berechnung des Aufbesserungszuschusses die seitherige Seelenzahl so lange noch als massgebend zu erachten, als dieser Seelsorgsgeistliche auf der einschlägigen Stelle verbleibt.

IV. Die den Pfarrern nach obiger Ziffer I., 1a und b, sowie 2a und b zukommenden Aufbesserungen werden auch den Inhabern jener selbständigen Seelsorgestellen gewährt, welche schon bisher in Ansehung der staatlichen Einkommensaufbesserung den Pfarreien gleichgeachtet worden sind.

V. Für die Einreihung in die Categorie Ziffer I., 4 der Aufbesserungs-Empfänger macht es keinen Unterschied, ob die betreffenden *Stellen* als Pfründen im kirchlichen Sinne zu erachten, bezw. ob deren Inhaber investirt sind, oder nicht; ebenso ist es ohne Belang, ob sich ein solcher Seelsorgsgeistlicher in formaler Abhängigkeit von einem Pfarrer befindet. Entscheidend ist, dass dem Betreffenden, mit dem Vollmasse der pfarrlichen Rechte nicht ausgestatteten Geistlichen (Curaten, Pfarrvicar, Expositus, Localcaplan) kraft seiner Aufstellung die Ausübung der wesentlichen Functionen der

Pfarreien ohne Unterschied, ob deren Inhaber an der Einkommensaufbesserung Theil nehmen oder nicht. Bei ersteren ist daher die Erhöhung des Verpflegsansatzes bei Berechnung der Einkommensaufbesserung zu berücksichtigen.

Seelsorge für die Angehörigen eines räumlich abgegrenzten Bezirkes als dauernder und selbständiger Wirkungskreis zukommt.

VI. Voraussetzung für den Bezug der in Ziffer I., 5. oben bestimmten Aufbesserung ist neben der Führung eines eigenen Haushaltes die Ausübung der Seelsorge als eigentlicher Berufsaufgabe. Hiernach fallen in die bezeichnete Categorie von Geistlichen regelmässig die Kapläne, Cooperatoren, Wallfahrtspriester. Dagegen können Beneficiaten nur dann darunter gezählt werden, wenn ihre Pfründen wirkliche Kaplaneibeneficien sind, oder wenn ihnen zu ihren Beneficialobliegenheiten im Einverständniss der kirchlichen und staatlichen Behörden die Verpflichtung auferlegt ist, sich ständig in der Seelsorge in einer Weise verwenden zu lassen, dass sie einem Kaplan oder Cooperator vollkommen gleichzuachten sind.

Unter den in der Ministerial-Entschliessung vom 30. Januar 1891, Nr. 14,063, die Einkommensaufbesserung der katholischen Seelsorgsgeistlichen, hier der Kaplaneibeneficiumsvicare aus Staatsmitteln betreffend, bestimmten Voraussetzungen, werden die K. Regierungen, Kammern des Innern, ermächtigt, auch den Kaplaneibeneficiumsvicaren die treffenden Einkommensaufbesserungen anzuweisen.

VII. Seelsorgsgeistliche, welche nicht zum Ressort des Cultusministeriums gehören, also die Hausgeistlichen an Strafanstalten u. s. w. können die in Ziffer I. oben normirten Aufbesserungszuschüsse nicht ansprechen.

VIII. Bei Geistlichen, welche sich *bisher* im Genusse einer staatlichen Einkommensaufbesserung befunden haben, sind, *so lange sie auf ihrer dermaligen Stelle verbleiben*, die seitherigen Aufbesserungsnormen in Anwendung zu bringen, wenn der nach den gegenwärtigen Bestimmungen ihnen zukommende Aufbesserungszuschuss geringer sein sollte, als der seither von ihnen bezogene.

IX. Ergeben sich Zweifel darüber, ob ein Anspruch auf Gewährung staatlicher Aufbesserung entweder überhaupt oder dem liquidirten Betrage nach begründet sei, so ist in jedem einzelnen Falle von der K. Regierung, Kammer des Innern, nach vollständig instruirter Sache salvo recursu motivirter Beschluss zu fassen.

X. Für die Fälle der zeitweisen Nichtbesetzung statusmässiger Hilfspriesterstellen bei Pfarreien, deren Inhaber an der Aufbesserung theilnehmen, wird der nach dem Fassionsabschlusse sich berechnende Zuschuss ungeschmälert verabfolgt, wenn sich die Vacatur in ununterbrochener Dauer nicht über 30 Tage erstreckt. Bei länger andauernder Erledigung solcher Hilfsgeistlichenstellen dagegen, kann

der Aufbesserungszuschuss gekürzt und unter Umständen gänzlich eingezogen werden. Ob und wie weit dieses zu geschehen habe, ist von den K. Regierungen, Kammern des Innern, nach Abwägung aller einschlägigen Verhältnisse und unter Beachtung der in der Normativ-Entschliessung vom 15. Juni 1884 — Ministerialblatt für Kirchen- und Schulangelegenheiten, S. 126 [1]) — gegebenen Directiven

---

1) Es heisst hier: Wegen der Vielgestaltigkeit der dabei in Betracht kommenden Verhältnisse erscheint es nicht zulässig, detaillirte Vorschriften zu erlassen. Das K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten glaubt sich vielmehr darauf beschränken zu müssen, einige leitende Gesichtspunkte hier hervorzuheben.

Vor Allem ist im Auge zu behalten, dass es sich bei der Kürzung oder Einziehung des Staatszuschusses im Falle der Erledigung einer statusmässigen Hilfspriesterstelle nicht um eine finanzielle Massregel im Sinne der Tendenz nach möglichster Ersparung, sondern um die Fernehaltung einer ungerechtfertigten Begünstigung der Inhaber der betreffenden Pfründen gegenüber den anderen mit staatlichen Aufbesserungszulagen bedachten Pfarrern handelt. Es soll eben auch bei Vacatur der Kaplanei und bei dem daraus sich ergebenden Wegfalle der Auslagen für Honorirung und Verpflegung des Hilfsgeistlichen die Lebensstellung des Pfründeinhabers nicht wesentlich günstiger sein, als sie sich für denselben bei besetzter Kaplanei durch den nach dem Fassionsabschlusse bemessenen Staatszuschuss gestaltet, und als sie den Inhabern gering dotirter Seelsorgestellen überhaupt durch die staatliche Aufbesserung ermöglicht werden soll.

Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass dem Pfarrer während der Erledigung der Hilfspriesterstelle eine erheblich grössere Arbeitslast aufgebürdet ist, und dass es die Billigkeit erfordert, demselben für seine erhöhte Mühewaltung eine Remuneration zukommen zu lassen. Der Betrag dieser Vergütung wird jedenfalls nicht unter der Summe bleiben dürfen, welche als *Gehalt* (Wochengeld) des Kaplans in der einschlägigen Fassion angesetzt, oder, wenn ein specieller Fassionsansatz hiefür mangeln sollte, in der betreffenden Diöcese üblich ist. Eine diesen Betrag übersteigende Remuneration wird dann zu gewähren sein, wenn durch die Nothwendigkeit der Abhaltung von Binationsgottesdienst oder andere besondere Umstände, welchen auch hohes Lebensalter des Pfründeinhabers beigezählt werden kann, die Pastoration einer Pfarrei aussergewöhnlich schwierig ist.

Weiter kommt in Betracht, dass durch den Mangel des Kaplans für den Pfarrer sowohl Ausfälle an fassionsmässigen Einkünften, als auch Ausgaben erwachsen können, welche in der Fassion nicht vorgesehen sind, wie für Beiziehung fremder Priester zur Aushilfeleistung, für nothwendige Benützung eines Gefährtes u. dgl. Dass dem Pfarrer nicht zuzumuthen ist, diese Kosten aus der für seine eigenen persönlichen Mehrleistungen bestimmten Remuneration zu schöpfen, sondern dass ihm hiefür, soweit möglich, besondere Schadloshaltung gebührt, kann nicht bezweifelt werden. Von einer streng rechnungsmässigen Belegung derartiger Auslagen wird in der Regel abgesehen werden können und ein detaillirter Nachweis nur beim Obwalten besonderer Umstände zu fordern sein. Dabei wird es übrigens wohl kaum der Erwähnung bedürfen,

zu bestimmen. Der Ministerialerlass vom 29. Januar 1873 — Ministerialblatt für Kirchen- und Schulangelegenheiten, S. 40 — wird hiemit ausser Kraft gesetzt.

XI. Die in Ziffer I. oben normirten Aufbesserungen sind für die Inhaber *bereits bestehender* Seelsorgestellen bestimmt und können darum den Inhabern von Stellen, welche von nun an neu errichtet werden, nicht zugewiesen werden.

Nachdem aber die Einkommensbeträge, bis zu welchen den verschiedenen Categorien des katholischen Klerus Aufbesserungszuschüsse gewährt werden, nothwendig erscheinen, um den betreffenden Geistlichen eine ihrer Stellung entsprechende Existenz zu sichern, so muss darauf bestanden werden, dass die Dotation neu zu errichtender Stellen ein jenen Beträgen mindestens gleichkommendes Reinerträgniss abwirft. Die in Ziffer I., 2a und b bezeichneten Personalzulagen kommen jedoch hiebei nicht in Betracht.

XII. Die bewilligten Aufbesserungen bilden gleich den früheren keine Dotationsergänzung für die betreffenden Pfründen und Seelsorgestellen; sie sind vielmehr lediglich Personalzulagen, dazu bestimmt, den Betheiligten eine bessere Lebensstellung zu ermöglichen; sie sind widerruflicher Natur und durch die jeweilige gesetzliche Neubewilligung bedingt; die Erübrigungen während der Erledigung einer Stelle fallen der Staatskasse heim.

Von letzterem Grundsatze tritt eine Ausnahme nur bei Pfarrei-Erledigungen und auch hier nur insoweit ein, als dieses durch die Normativ-Entschliessung vom 16. December 1886 — Ministerialblatt für Kirchen- und Schulangelegenheiten, Nr. 286[1]) — zugelassen

---

dass während der Erledigung seiner Hilfspriesterstelle unter keinen Umständen ein höherer Aufbesserungszuschuss gewährt werden kann, als bei besetzter Kaplanei.

Schliesslich wird bemerkt, dass die Erlassung eines Bescheides über Kürzung oder Einziehung des Staatszuschusses die Einvernahme der zuständigen kirchlichen Oberbehörde in jenen Fällen vorauszugehen hat, in welchen nach der Sachlage dazu Anlass gegeben erscheint, so insbesondere, wenn die Gewährung einer den Kaplansgehalt übersteigenden Remuneration in Frage kommt, oder wenn gegen die Nothwendigkeit von Auslagen, für welche Vergütung beansprucht wird, Bedenken bestehen.

1) Die hier einschlägige Stelle lautet: Von Seiten mehrer kirchlicher Oberbehörden und auch bei den Berathungen der Kammer der Abgeordneten . . . . ist es als ein schwer empfundener Uebelstand beklagt worden, dass die fassionsmässigen Erträgnisse vieler katholischer Pfarreien äusserst gering seien und in Folge dessen nicht hinreichten, um bei eintretenden Erledigungen den als Verwesern derselben aufgestellten Geistlichen einen Gehalt zu gewähren, welcher ihnen ein nur einigermassen entsprechendes Auskommen biete.

worden ist. In Fällen dieser Art ist das bei Auszeigung des Verwesergehaltes zu Grunde zu legende Stellenerträgniss nach den oben unter Ziffer II. gegebenen Directiven zu ermitteln, sonach mit demselben Betrage, wie bei Festsetzung des Aufbesserungszuschusses für den wirklichen Pfründeinhaber, in Ansatz zu bringen.

XIII. Wie mit Rücksicht auf den in vorstehender Ziffer XII. bezeichneten Character der Aufbesserung die Staatsregierung trotz der durch die Neuregulirung bedingten Mehrleistungen der Staatskasse bisher davon Abstand genommen hat, bezüglich der Collations- und Privatpatronatspfründen, deren Inhaber in ihrem Einkommen aufgebessert werden, den Anspruch auf ein Landesherrliches Patronat und beziehungsweise Compatronat weiter zu verfolgen, so bleibt auch die Gewährung der in Ziffer I., 1 und 2 bezeichneten Aufbesserungs- und Personalzulagen ohne Einfluss auf die Besetzungsrechte.

XIV. Hinsichtlich der kasse- und rechnungsmässigen Behandlung der Aufbesserungszuschüsse bewendet es bei dem bisher eingeführten Verfahren; insbesondere bleiben auch die in der Normativ-Entschliessung vom 16. December 1876 — Ministerialblatt für Kirchen-

---

Für den Staat besteht nun zwar keinerlei Verpflichtung, die Hebung dieses nicht zu läugnenden Missstandes auf sich zu nehmen; immerhin aber sprechen Rücksichten der Billigkeit dafür, die erbetene staatliche Mitwirkung zur Verbesserung der finanziellen Lage der Pfarrverweser nicht zu versagen.

Mit Allerhöchster Genehmigung werden daher die K. Regierungen, Kammern des Innern, diesseits des Rheines unter Modification der Bestimmung in Ziffer 5 der Ministerialentschliessung vom 21. August 1874 ermächtigt, die den Inhabern gering dotirter katholischer Pfarreien und ihnen gleichgeachteter Seelsorgestellen aus der Staatskasse zufliessende Einkommensaufbesserung in Fällen der Erledigung solcher Stellen auch den Verwesern derselben vom 1. Januar 1886 beginnend bis auf weiteres insoweit zu verabfolgen, als dieses nothwendig ist, damit die Vikare unter Einrechnung des vollen, fassionsmässigen Reineinkommens der treffenden erledigten Pfründe einen Jahresbezug von 1500 M. haben.

Diese Einkommensaufbesserungen, welche selbstverständlich ebenfalls nur den Charakter widerruflicher Personalzulagen an sich tragen, sind übrigens nur dann zu gewähren, wenn der betreffende Geistliche auf den ihm für die Verwesung einer solchen gering dotirten Stelle ausgesetzten Gehalt zur Bestreitung seiner Lebsucht ausschliesslich angewiesen ist. Die Verabfolgung des Aufbesserungszuschusses hat deswegen beispielsweise zu unterbleiben, wenn die Verwesung einer gering dotirten Pfründe durch einen benachbarten Pfarrer excurrendo geführt wird, oder wenn dem als Vicar einer Pfarrei aufgestellten Geistlichen nach Uebertragung der Verwesung einer nahe gelegenen zweiten Pfründe aus den fassionsmässigen Einkünften der beiden Stellen ein Gesammtbezug von jährlich 1500 M. oder darüber zugewiesen werden kann.

und Schulangelegenheiten S. 421[1]) — getroffenen Anordnungen aufrecht erhalten.

Die Auszahlung der Aufbesserungsbeträge geschieht hienach in viertel- oder halbjährigen Raten, kann jedoch auf Wunsch der Betheiligten auch in Monatsraten — in beiden Fällen aber nur postnumerando — erfolgen.

XV. Die aus den nunmehr bewilligten Zulagen sich ergebenden Einkommensmehrungen unterliegen bezüglich aller Stellen, bei denen eine Anstellungstaxe zu entrichten ist, der entsprechenden Staatsgebühr und Unterstützungsfondsabgabe.

München, den 5. Juli 1894.

Dr. *von Müller.*

Die Einkommensaufbesserung der katholischen Seelsorgsgeistlichen aus Staatsmitteln betr.

Der Generalsecretär: Ministerialrath *von Wisbeck.*

---

1) Danach haben die Districtspolizeibehörden alle Veränderungen im Personalstand der gering dotirten Seelsorgestellen, welche zu ihrer amtlichen Kenntniss gelangt sind, mit genauer Angabe des Beginnes, bezw. Aufhörens der betreffenden Bezüge unverzüglich den auszahlenden Kassen und Aemtern mitzutheilen, welch' letztere nur nach Empfang einer derartigen districtspolizeilichen Mittheilung die hiedurch veranlasste Zahlung zu leisten berechtigt sind. Dagegen ist die früher vorgeschriebene districtspolizeiliche Beglaubigung der Quittungen über die den gering dotirten Seelsorgestellen gewährten Staatszuschüsse aufgehoben.

XXXII.

DOCUMENTA

RELATE AD

CONSTITUTIONEM MISSIONIS NORVEGIENSIS.

(Kirkelige bekjendtgjorelser for Norges apostoliske vikariat. 1892. No. 5).

(Vgl. *Archiv*, Bd. LXXII. S. 375 ff.)

Breve

Erectionis Praefecturae Apostolicae Norvegiae.

Pius P. P. IX.

Ad perpetuam rei memoriam.

Ecclesiae universae divinitus Nobis commissa cura postulat, ut ea praestare maturemus, quae catholico nomini bene prospere ac feliciter eveniant. Itaque vix dum anno superiori ad Septentrionalium Europae Missionum Daniae, Sveciae, Norvegiae, aliarumque quae prope Polum Arcticum sitae sunt, stationum negotia animum appulimus, comperimusque, illis in difficillimis regionibus e Christiana re admodum fore, si quae ab uno vel altero Antistite latissimae longeque nimium inter se dissitae dirigebantur Missiones, in varias sectiones dividerentur, atque ita varia Missionum veluti centra prodirent, statim ea de re egimus cum V. V. F. F. S. R. E. Cardinalibus negotiis Propagandae Fidei praepositis, deque eorum consilio per Apostolicas Litteras die VII. Augusti ejusdem anni datas haec decrevimus quae infrascripta sunt. Primum indivisas Missiones Sveciae potissimum ac Norvegiae esse dividendas; duplexque in iisdem centrum esse constituendum; deinde duplicem Apostolicam Praefecturam, alteram in Ducatibus Holstein et Schleswig, alteram in Regno Daniae esse erigendam; tandem Praefecturam Arcticam esse coarctandam, ita ut Danicas Insulas Ferrois, Islandae et Groenlandiae aliasque, quibus antea constabat, tum Scotiae, tum Septentrionalis Americae prope Polum Magneticum partes comprehenderet. At enim, dum spes affulgebat, memoratam divisionem catholico nomini illis in regionibus fore perutilem, nonnulla accepimus, quae faciunt, ut in dubium

revocetur ejusdem divisionis utilitas, eamque aliquatenus commutandam suadeant. Quocirca iterum vero totam cum V. V. F. F. S. R. E. Cardinalibus negotiis Propagandae Fidei praepositis communicavimus, omnibusque rationum momentis sedulo diligenterque perpensis, in eam sententiam devenimus, ut non solum necesse sit, latissimas illas Missiones dividi, sed etiam partitionem hujusmodi ita fieri, ut pro singulis Regnis populisque legibus inter se moribusque divisis singula Missionum centra constituantur. Quae cum ita sint, de memoratorum V. V. F. F. N. N. consilio Auctoritate Nostra Apostolica hisce Litteris, quae sequuntur, sancimus, mandamus, edicimus.

I. Firma remanente divisione Missionis Sveciae ab Missione Norvegiae, quam Apostolicis Litteris decrevimus, de quibus habita ante mentio est, postremam hanc in Praefecturam Apostolicam erigimus, eique cunctas Norvegiae regiones volumus esse subjectas.

II. Praefecturam Danicam, cuius in iisdem Litteris jussimus erectionem, ad totum Daniae Regnum extendimus atque idcirca Insulas quoque Ferrois, Islandiae ac Groenlandiae illi adscribimus, ea tamen lege, ut a Vicario Apostolico dependeat Missionum Septentrionalium.

III. Insulas Eskimales, Novum Cumberland, et quidquid aliud ad Americam Septentrionalem tum politice, tum geographice pertinens huiusque Arcticae Praefecturae finibus comprehensum fuit, superiori Canadae tribuimus.

IV. Septentrionalis Scotiae regiones, Comitatum nempe Taithnesiae, Insulas Shetlandicas et Orcadas, quas per Decreta S. Congr. de Prop. Fide Praefecturae Poli Arctici alias addiximus, Scotiae reddimus, ex iisque aliam Praefecturam facimus, quae Vicario Apostolico districtu Scotiae Septentrionalis subjecta sit.

V. Tandem Praefecturam, quam dictis diei VII. mensis Augusti superioris anni Litteris pro Ducatibus Holstein et Schleswig ereximus et Vicario Apostolico subjecimus Missionum Septentrionalium, illam vel praesentium tenore servamus. Decernentes praesentes Litteras firmas, validas et efficaces esse et fore, suosque plenarios et integros effectus sortiri atque obtinere, illisque, ad quos spectat et in tempore spectabit, plenissime suffragari. Sicque per quoscumque judices ordinarios et extraordinarios sublata vis et eorum cuilibet quovis aliter judicandi et interpretandi facultate et auctoritate judicari ac definiri debere, irritumque et inane quidquid secus super his a quoquam quamvis auctoritate scienter aut ignoranter contigerit attentari. Non obstantibus Nostra et Cancellariae Apostolicae Regula de jure quae-

sito non tollendo, aliisque Constitutionibus et Sanctionibus Apostolicis caeterisque contrariis quibuscumque.

Datum *Romae* apud S. Petrum sub annulo Piscatoris die XVII. Augusti anno MDCCCLXIX. — Pontificatus Nostri anno vigesimoquarto.

N. Card. *Paracciani-Clarelli.*

Ex Ædibus S. Congr. de Prop. Fide die 27. Augusti 1869.

Concordat cum Originali.

(sig.) *Joannes Simeoni*, Secretarius.

Eadem die Decreto S. C. de Propaganda Fide constitutus est Praefectus Apostolicus Norvegiae admodum Reverendus Dominus *Bernardus Bernard*, cui successit die 6a Februarii 1887 Reverendissimus Dominus *Joannes Baptista Fallise*, Protonotarius Apostolicus et SS. D. N. Praelatus Domesticus.

Breve

Creationis Vicariatus Apostolici Norvegiae.

Leo P. P. XIII.

Ad perpetuam rei memoriam.

Quum Nobis in sublimi Principis Apostolorum Cathedra, nullis quidem meritis divinitus constitutis, antiquius nihil sit ac magis gratum, quam ut in omnem terram vera Christi Fides propagetur, in id curas omnes Nostras alacri studio intendimus, nimirum ut catholicae Missiones majora in dies incrementa suscipiant, iisque, quae et fidelium numero florent et uberes in vinea Domini fructus pollicentur, peculiaria ornamenta addere non cunctamur. Hac mente, ut incrementa, quae catholica religio in Praefectura Apostolica Norvegiensi postremis hisce temporibus feliciter nacta est, magis magisque in posterum amplificentur, cum peropportunum visum fuerit, novum ipsa in regione catholico nomini decus adjungi, Nos, omnibus rei momentis attento ac sedulo studio perpensis, cum Venerabilibus Fratribus Nostris S. R. Ecclesiae Cardinalibus Propagandae Fidei praepositis praedictam Praefecturam Apostolicam Norvegiensem ad gradum et titulum Apostolici Vicariatus evehendam esse censuimus. Idcirco omnes et singulos, quibus Nostrae hae Litterae favent, peculiari beneficentia complectentes et a quibusvis excommunicationis et interdicti aliisque ecclesiasticis censuris, sententiis ac poenis quovis modo, vel quavis de causa latis, si quas forte incurrerint, hujus tantum rei gratia absolventes et absolutos fore censentes, motu proprio atque ex certa scientia et matura deliberatione Nostris, deque

Apostolicae potestatis plenitudine, praesentium vi, Praefecturam Apostolicam Norvegiae, quae universam ejus nominis regionem complectitur, ad gradum et titulum Apostolici Vicariatus erigimus, illique omnia et singula, quae ad Vicariatus Apostolicos pertinent privilegia atque indulta, concedimus, simulque Apostolici Vicariatus Norvegiensis nomen tribuimus. Decernentes, praesentes Litteras firmas, validas et efficaces existere et fore, suosque plenarios et integros effectus sortiri atque obtinere, illisque, ad quos spectat ac in futurum spectabit, in omnibus et per omnia plenissime suffragari, sicque in praemissis judicari ac definiri debere, atque irritum et inane si secus super his a quoquam quavis auctoritate scienter vel ignoranter contigerit attentari. Non obstantibus Nostra et Cancellariae Apostolicae Regula de jure quaesito non tollendo, aliisque Constitutionibus et Ordinationibus Apostolicis etiam speciali atque individua mentione ac derogatione dignis, in contrarium facientibus quibuscunque.

Datum *Romae* apud Sanctum Petrum sub annulo Piscatoris die XI. Martii MDCCCXCII. Pontificatus Nostri anno decimoquinto.

L. S. (sig.) S. Card. *Vannutelli.*

Breve

Nominationis primi Vicarii Apostolici Norvegiae.

Dilecto Filio Joanni Baptistae Fallize.

Leo P. P. XIII.

Dilecte Fili, Salutem et Apostolicam Benedictionem.

Quum ex Apostolico munere, quo fungimur, omnium Ecclesiarum cura Nobis demandata fuerit, felici illarum statui ac prospero regimini pro re ac tempore consulimus. Iam vero, cum Praefectura Apostolica Norvegiae ad majorem Catholici nominis in ea regione amplificationem et decus in Vicariatum Apostolicum per Nos evecta fuerit, Nos de consilio Venerabilium Fratrum Nostrorum S. R. E. Cardinalium negotiis Propagandae Fidei praepositorum, tibi, dilecte fili, qui eandem Missionem hactenus tamquam Apostolicus Praefectus summa laude es moderatus, novi istiusmodi Vicariatus regimen committendum existimavimus. Quare te, quem per similes Litteras Nostras hoc ipso die datas, titularis Ecclesiae Elusae Episcopum renuntiavimus, peculiari benevolentia complectentes, et a quibusvis excommunicationis et interdicti aliisque ecclesiasticis sententiis, censuris et poenis quovis modo, vel quavis de causa latis, si quas forte incurreris, hujus tantum rei gratia absolventes et absolutum fore cen-

sentes, hisce Litteris Auctoritate Nostra novi Apostolici Norvegiae Vicariatus Apostolicum Vicarium cum omnibus necessariis atque opportunis facultatibus eligimus, facimus atque constituimus. Mandamus propterea omnibus et singulis, ad quos pertinet, ut te in hujusmodi munus ejusque liberum exercitium recipiant et admittant, tibique in omnibus faveant ac praesto sint, tuaque salubria monita ac mandata reverenter excipiant atque efficaciter adimpleant, secus sententiam, quam rite tuleris in rebelles, ratam habebimus, et faciemus inviolabiliter observari. Non obstantibus Constitutionibus et Ordinationibus Apostolicis, ceterisque contrariis quibuscumque.

Datum *Romae* apud Sanctum Petrum sub annulo Piscatoris die XV. Martii MDCCCXCII. Pontificatus Nostri anno decimoquinto.

L. S. (sig.) S. Card. *Vannutelli.*

Breve

quo primus Vicarius Apostolicus Norvegiae creatur Episcopus titularis Elusanus.

Dilecto Filio Joanni Baptistae Fallize.

Leo P. P. XIII.

Dilecte Fili, Salutem et Apostolicam Benedictionem.

Apostolatus officium, meritis licet imparibus, Nobis ab alto commissum, quo Ecclesiarum omnium regimini Divina providentia praesidemus, utiliter exequi, adjuvante Domino, satagentes, solliciti corde reddimur ac solertes, ut cum de earundem Ecclesiarum regiminibus agitur committendis, tales eis Pastores praeficere studeamus, qui populum suae curae creditum sciant non solum doctrina verbi, sed etiam exemplo boni operis informare, commissasque sibi Ecclesias in statu pacifico ac tranquillo velint et valeant, auctore Domino, salubriter regere ac feliciter gubernare. Dudum siquidem provisionem Ecclesiarum omnium nunc vacantium et in posterum vacaturarum ordinationi ac dispositioni Nostrae reservavimus, decernentes ex tunc irritum et inane, si secus super his a quoquam quavis auctoritate scienter vel ignoranter contigerit attentari. Postmodum vero Episcopali Ecclesia titulari Elusana in Palaestina, sub Archiepiscopo Petrense, cui bo. mem. Joannes Chrysostomus Janiszewski olim Suffraganeus Posnaniensis, dum viveret, praesidebat, per obitum ejusdem Johannis Chrysostomi Pastoris solatio destituta, Nos ad ejusdem Ecclesiae provisionem, in qua nemo se potest poteritve immiscere supradictis reservatione ac decreto obsistentibus, paterno studio intendentes, post deliberationem, quam hac super re

cum Venerabilibus Fratribus Nostris S. R. E. Cardinalibus negotiis Propagandae Fidei praepositis habuimus diligentem, demum ad te, dilecte fili, e legitimis nuptiis progenitum, atque in aetate etiam legitima constitutum, simulque provehendae religionis studio, prudentia, consilio, rerum usu, aliisque egregiis laudibus conspicuum, oculos mentis Nostrae convertimus. Peculiari te igitur benevolentia complectentes, et a quibusvis excommunicationis et interdicti, aliisque ecclesiasticis sententiis, censuris ac poenis, quovis modo vel quavis de causa latis, si quas forte incurreris, hujus tantum rei gratia absolventes et absolutum fore censentes, eandem Episcopalem Ecclesiam titularem Elusanam de persona tua, Nobis et memoratis Cardinalibus ob tuorum praestantiam meritorum accepta, de Fratrum eorundem consilio, Apostolica Nostra Auctoritate providemus, teque illi in Episcopum praeficimus et Pastorem, curam, regimen et administrationem Ecclesiae ejusdem in spiritualibus ac temporalibus tibi plenarie committendo; in Illo, qui dat gratiam et largitur dona, confisi, te omnia ad majorem Dei gloriam, sempiternamque animarum salutem esse expleturum. At enim tibi indulgemus, ut, donec praedicta Ecclesia Elusana inter mere titulares adnumeretur, ad illam accedere, et apud eam personaliter residere minime tenearis. Ceterum facultatem tibi Apostolica Nostra Auctoritate tribuimus, ut a quocunque, quem malueris, Catholico Antistite gratiam et communionem Sedis Apostolicae habente, accitis et in hoc ei assistentibus duobus Episcopis, vel, si commode reperiri nequeant, duobus eorum loco Presbyteris in Ecclesiastica dignitate constitutis, simili gratia et communione fruentibus, Consecrationis munus recipere licite possis et valeas; eidemque Antistiti, ut receptis a te prius Catholicae fidei professione juxta articulos ab hac Sancta Sede propositos, ac Nostro et Romanae Ecclesiae nomine fidelitatis debitae solito juramento, munus praedictum tibi eadem Apostolica Nostra Auctoritate impendere licite similiter queat. At enim praecipimus ut, nisi receptis a te prius juramento ac professione fidei, hujusmodi Consecrationis munus dictus Antistes tibi conferre, tuque illud suscipere praesumpseritis, tam dictus Antistes quam tu et a Pontificalis officii exercitio, et a regimine atque administratione Ecclesiarum vestrarum suspensi sitis eo ipso. Non obstantibus Constitutionibus et Ordinationibus Apostolicis, nec non dictae Ecclesiae etiam juramento, confirmatione Apostolica, vel quavis firmitate alia roboratis statutis, consuetudinibus, ceterisque contrariis quibuscumque.

Datum *Romae* apud S. Petrum sub annulo Piscatoris, die XV. Martii MDCCCXCII. Pontificatus Nostri anno decimoquinto.

L. S. (sig.) S. Card. *Vannutelli.*

Fides Consecrationis

Rmi. Domini Joannis Bapt. Olavi Fallize.

In Nomine Domini. Amen.

Noverint universi ac singuli hoc praesens publicum Instrumentum inspecturi, lecturi pariter et audituri, quod anno a Nativitate Domini MDCCCXCII, die vero XIX. mensis Martii, Pontificatus autem SSmi. Domini Nostri Leonis Divina Providentia Papae XIII. anno XV. in mei testiumque infrascriptorum praesentia, Eminentissimus ac Reverendissimus Dominus D. Paulus S. R. E. Cardinales Melchers, Titul. S. Stephani Protom., jam Archiepisc. Coloniens., de speciali mandato ejusdem Sanctissimi Domini Nostri, in Ecclesia S. Joannis Berchmans Illmo ac Rmo D. Joanni Bapt. Olavo Fallize, Episcopo Eccles. Titul. Elusan., ad quam per Breve Apostolicum XV. Martii anni supradicti electus fuit, inter missarum solemnia, assistentibus sibi Illmis ac Rmis D. D. Tancredo Fausti, Arch. Seleucien., et Victore Joanne Josepho Maria Van den Branden de Reeth, Episcop. Erythrar., munus Consecrationis impendit, ac eundem cum omnibus solemnitatibus, admonitionibus, precibus, orationibus, benedictionibus, unctionibus, et caeremoniis consuetis juxta ritum ac morem Sanctae Romanae Ecclesiae ad formam Pontificalis Romani in praedicta Ecclesia Episcopum et Pastorem consecravit. Super quibus omnibus et singulis Ego infrascriptus Apostolicae Sedis Caeremoniarum Magister et Protonotarius ex officio rogatus, hoc praesens publicum Instrumentum confeci. Acta fuerunt haec Romae, loco, die, mense, et anno, quibus supra, praesentibus ibidem, et ad praemissa testibus adhibitis atque rogatis.

L. S.

Fides Consecrationis.

(sig.) *Franciscus Ciocci,*
Caerem. Apostol. Magister.

(sig.) *Fridericus Schroeder.*
Rector Collegii Germci. et Hungci

(sig.) Can. Dr. *Petrus Gratzfeld.*
Secret. et Auditor Emi. Cardin. Melchers.

XXXIII.

Decreta congregationum Romanorum.

1. Dubia super interpretatione decreti Auctis admodum. (Cfr. Arch. LXIX. 130 sqq.)

Eminentissimus Cardinalis Richard, Archiepiscopus Parisiensis, sequentia dubia Sacrae Congregationi Episcoporum et Regularium proposuit solvenda [1]).

In hac Archidioecesi in qua multae inveniuntur Congregationes Sacerdotum cum votis simplicibus, duo praecipua, super interpretatione Decreti »Auctis« diei 4. Novembris 1892, exorta sunt dubia: Primum quidem, utrum post hoc decretum, liceat his Congregationibus sine Indulto speciali alumnos suos promovere facere ad ordines, ut proprios subditos, eis nempe concedendo litteras dimissoriales ad instar Ordinarii Regularium; de quo dubio valde controvertitur.

Alii dicunt hoc licere praefatis Congregationibus propter haec duo: 1. In praefato Decreto »Auctis« clare decernitur: ita ut horum Institutorum (votorum simplicium) Superiores non possint in posterum litteras dimissoriales concedere pro SS. Ordinibus . . . nisi illis tantum alumnis, qui vota quidem simplicia, sed perpetua iam emiserint, vel qui saltem per triennium permanserint in votis simplicibus temporaneis quoad ea Instituta, quae, ultra triennium, perpetuam differunt professionem.

Ergo Superiores horum Institutorum poterunt litteras dimissoriales concedere et quidem sine Indulto (de quo ne minima quidem

1) Quum variae exortae sint circa Decretum Auctis admodum interpretationes, necnon circa quasdam eiusdem Decreti declarationes oretenus, ut asseritur, ab ipsa S. C. habitas, relate ad iura Institutorum religiosorum, ne dissensiones practicae animos exagitent eidem S. C. proposita fuere dubia.

Post Decretum Auctis et vi eiusdem — a) Instituta votorum simplicium non possunt, absque speciali Indulto, alumnis suis dimissoriales litteras ad ordines concedere — b) neque a fortiori hoc possunt Instituta, episcopali tantum approbatione munita — c) Instituta votorum simplicium nequeunt, sine speciali Indulto, alumnos suos promovere ad Ordinem sacrum titulo mensae communis vel alio.

Rmus Pater J. Simler, moderator generalis Societatis Mariae Parisiensis, duo dubia solvenda S. C. Episc. et Reg. proposuerat. Cum autem Emus Parisiensis Archiepiscopus de hac re pro informatione et voto fuisset consultus, tertium adiunxit Dubium: quibus omnibus S. C. Episc. et Reg. responsum dedit.

mentio fit) illis alumnis, qui vota perpetua iam emiserint, vel qui per triennium etc.

2. Per istud Decretum »Auctis« creatur in Institutis votorum simplicium, vinculum indissolubile inter Institutum et virum religiosum, ad instar vinculi quod in Ordine regulari existit inter Ordinem et Regularem professum, siquidem pro dimissione alumnorum eaedem causae et solemnitates praescribuntur in Institutis votorum simplicium ac in Ordinibus regularibus, et consequenter, in utroque casu, religiosus est subditus solius Congregationis, privative ad quemlibet Episcopum.

Alii vero contendunt adhuc requiri Indultum speciale, ut hae Congregationes alumnos suos promovere faciant ut subditos proprios, concedendo nempe eis dimissoriales litteras propter sequentia: 1. Ante Decretum »Auctis« certissimum erat quod Instituta votorum simplicium non poterant concedere dimissoriales litteras alumnis suis sine Indulto speciali; hoc enim privilegium concedendi litteras dimissoriales est exclusive proprium Ordinum regularium, uti constat ex plurimis documentis canonicis, in quibus privilegium illud exponitur et explicatur; unde etiam Instituta supradicta enixe curabant, ut postularent et obtinerent a Sancta Sede indultum speciale alumnis suis dimissoriales litteras ad ordines concedendi; quod revera Indultum pluribus huiusmodi Institutis concessum est modo absolute, modo cum restrictione sive quoad tempus, sive quoad numerum casuum, sive quoad utrumque. Porro non facile admittendum est quod S. Congregatio Episcoporum et Regularium per decretum »Auctis« tantum subito et tacite mutationem introduxerit in hac materia, et Instituta votorum simplicium evexerit ad statum Ordinum regularium, ea habilitando ad habendos proprios subditos, quibus litteras dimissoriales ad ordines libere et absolute concedere valeant; eo vel magis, quod hoc novum privilegium continet derogationem tum iuri communi, nempe Bullae »Speculatores« tum iuribus Episcoporum propriorum, qui sic privantur subditis suis; non solent autem Sacrae Congregationes tantam inducere derogationem iuri communi, praesertim tacite et nulla facta mentione iurium, quibus derogatur. 2. Decretum »Auctis« non distinguit inter haec Instituta votorum simplicium, ut patet ex eius tenore: et si prior interpretatio admitteretur, dicendum esset omnia haec Instituta potiri iure proprio concedendi dimissorias alumnis suis, id est tum Instituta a S. Sede iam approbata, tum illa quae sunt tantum a S. Sede laudata, imo forsan ea quae ab Episcopis tantum approbationem acceperunt. Porro nemo non videt quam insolitum et enorme sit, Instituta, episcopali tantum

auctoritate erecta et munita, habere relative ad ordinationem, subditos proprios, quos libere, ad omnes ordines promovere faciant, praetermissa Constitutione »Speculatores« et neglectis iuribus Episcoporum propriorum. Unde iuxta patronos huius secundae interpretationis, sensus verborum decreti »Auctis« supracitatorum a patronis alterius sententiae est hic: »Ita ut horum Institutorum Superiores, qui obtinuerunt a S. Sede Indultum speciale concedendi dimissoriales litteras subditis suis, non possint in posterum has dimissoriales concedere nisi alumnis votorum perpetuorum pro sacris Ordinibus etc.«, qui sensus illis videtur maxime genuinus et obvius.

Secundum dubium affine est praecedenti: Utrum post Decretum »Auctis« instituta votorum simplicium libere possint, sine Indulto speciali, ad ordines alumnos suos promovere titulo mensae communis aut alio simili. De hoc dubio, sicut et de priori valde in hac Archidioecesi controvertitur.

Alii, iidem nempe qui ius asserunt his Institutis concedendi sine speciali Indulto dimissorias alumnis suis, contendunt praefata Instituta non amplius egere Indulto speciali, ut alumnos suos promovere faciant ad ordinem Sacrum titulo mensae communis propter duo. 1. Decretum »Auctis« sic habet: »Ita ut horum Institutorum superiores non possint in posterum . . . . ad sacros ordines alumnos promovere titulo mensae communis vel missionis, nisi hos tantum alumnos qui vota quidem simplicia, sed perpetua iam emiserint . . . vel qui saltem« etc. Ergo Superiores horum Institutorum, alumnos suos vota perpetua professos, libere poterunt ad ordines promovere titulo mensae communis, sine Indulto speciali, de quo ne minima quidem fit mentio; 2. Quemadmodum in Ordinibus regularibus vinculum indissolubile inter Ordinem et regularem professum assecuret huic professo suam congruam sustentationem in perpetuum et sic parit titulum paupertatis; sic et nunc in Institutis votorum simplicium, vinculum indissolubile quod creatur (vi Decreti »Auctis«) inter Institutum et alumnum assecurat huic alumno suam congruam sustentationem in perpetuum, et sic parare debet titulum mensae communis, quin requiratur Indultum speciale, quod nunc esset inutile. Alii vero tenent adhuc requiri Indultum speciale ad hoc ut clericus, in Congregatione votorum simplicium vivens, promoveri possit ad ordinem sacrum titulo mensae communis. Hae sunt rationes: 1. Titulus mensae communis est ordinarius et contrarius communi, ideoque requirit Indultum speciale, uti constat ex multis documentis canonicis, v. g. ex Instructione S. Congregationis de Propag. Fide de titulo ordinationis diei 27. Aprilis 1871, in qua S. haec Congreg. id

diserte formaliter docet. 2. In Bulla Apostolicae Sedis de Superioribus, §. 4, aperte traditur, suspensionem per annum a collatione ordinum ipso iure incurrit, qui excepto casu legitimi privilegii, ordinem sacrum contulerit, absque titulo beneficii vel patrimonii, clerico in aliqua Congregatione viventi in qua solemnis professio non emittitur, vel etiam religioso nondum professo. Porro omnino incredibile est quod S. Congregatio Episc. et Regul. per Decretum »Auctis« derogaverit huic Bullae Pontificiae, idque tacite et nulla de ea facta mentione. 3. Mirantur patroni huius sententiae hanc suam interpretationem in dubium ab aliquibus vocari, quum hoc ipsissimum decretum »Auctis« quo solo nititur altera sententia, expresse firmam retinet (Firmis Remanentibus) Constitutionem S. Pii V. Romanus Pontifex diei 14. Octob. 1568 in qua ex professo hic Pontifex Decretum S. Concilii Tridentini sess. 21 de Ref. de necessitate tituli, beneficii vel patrimonii extendit ad omnes clericos in Congregationibus votorum simplicium viventes, et sic expresse prohibet ne hi clerici alio titulo ordinentur: e qua Constitutione desumptus est articulus supra citatus Bullae »Apostolicae Sedis«.

His ergo ex utraque parte libratis, Eminentissimus Orator proponit Eminentissimis Patribus haec dubia dirimenda:

1. Utrum nunc post Decretum »Auctis« Instituta votorum simplicium libere possint, sine Indulto speciali, alumnis suis dimissoriales litteras ad ordines concedere.

2. Quatenus affirmative, utrum haec decisio restringenda sit ad Instituta votorum simplicium a S. Sede approbata, vel applicanda etiam ad Instituta votorum simplicium sola episcopali auctoritate et approbatione munita.

3. Utrum nunc post Decretum »Auctis« Instituta votorum simplicium libere possint, sine Indulto speciali, alumnos suos promovere ad ordinem sacrum titulo mensae communis vel alio simili.

In Congr. 9. Februarii 1894 S. C. mature perpensis omnibus propositis dubiis, censuit rescribendum prout rescripsit:

Ad 1. Negative.

Ad 2. Provisum in primo.

Ad 3. Negative.

Datum Romae ex Secretaria S. C. Episc. et Reg. die 12. Februarii 1894.

2. De Missarum stipendiis.

Compendium facti. Postquam decretum Vigilanti (Archiv LXX. 104 sqq.) ad compescendum missarum mercimonium publici iuris

evasit, et rogante Emo Praefecto S. C. de Propaganda Fide a SSmo ad ecclesiam quoque orientalem extensum est, statim plures ex variis partibus supplices libelli oblati sunt, hi ad dispensationem impetrandam contra latae legis dispositiones, illi vero ad quaedam dubia in practica legis applicatione diluenda.

Porro ad dispensationes quod attinet post editum decretum haec norma servata est, scilicet, quaelibet postulatio ad negotia in futurum agenda aut ephemerides evulgandas ope missarum, generatim in suspenso retenta est; et tantummodo permissum ut negotia incoepta aut associationes antecedenter bona fide ad annum vel ad semestre iam initae explerentur, adiectis tamen debitis cautelis ad quoslibet vitandos abusus.

Nunc autem de his precibus in merito sententia est ferenda; videndum scilicet an et quomodo eisdem satisfieri possit.

Quo vero ad dubia proposita principaliora duabus instantiis continentur; altera Episcopi Premisliensis, altera Episcopi Conversanensis, quae proinde ex integro exscribuntur.

Haec itaque in primis Premisliensis Praesul: Decretum S. Congregationis Concilii datum Romae die 25. Maii 1893, quo damnantur et gravibus poenis mulctantur abusus, Missarum celebrationem spectantes, per illustrissimum Archiepiscopum Leopolitanum rit. lat. nuper ibi communicatum, Orator paratus est publicare in sua dioecesi.

Ast quum in praefato decreto non fiat mentio responsionis, neque S. Poenitentiariae Ap. e 6. Octobris 1862, neque eiusdem S. Congregationis Concilii e 24. Aprilis 1825, quibus ecclesiasticis viris ad bonos libros vel diaria religiosa evulganda stipendiis Missarum uti permittitur, quum e contra in eodem decreto dicatur, »revocatis quibuscumque indultis et privilegiis usque nunc concessis praesenti decreto utcumque adversantibus«; — eapropter humillime infrascriptus Orator, antequam decretum publicet, enixe petit informationem, utrum recentissimo decreto revocatae censeri debeant supradictae responsiones.

Praeterea quaerit orator: »An illicite agant ecclesiastici viri, quibus quidem a fidelibus Missarum stipendia non dantur immediate, sed qui eas eleemosynas sponte oblatas, ab aliis sacerdotibus vel Episcopis extraneis, e Gallia verbi gratia vel e Polonia Russiaci imperii, rogant aut oblatas acceptant, easque deinde sacerdotibus celebrandas offerunt, stipendii autem loco dant eis libros bonos a se editos vel diaria religiosa aequalis pretii?

»Item viri ecclesiastici, qui volentes aedificare Ecclesiam novam vel vetustam restaurare, deficientibus sumptibus comparant sibi ab

Episcopis vel monasteriis vel beneficiatis abundantiorem numerum stipendiorum Missae, et deinde rogant alios sacerdotes, ut certum numerum eiusmodi Missarum, tempore debito gratis celebrent, stipendio earum pro fabrica Ecclesiae retento.«

Haec itaque Premisliensis Praesul. Conversanensis vero haec definienda poscebat:

»I. Non ostante il prefato Generale Decreto del 25. Magio 1893, può seguirsi la norma tracciata da codesta medesima Sacra Congregazione il dì 24. Aprile 1875, ch' è come segue«:

»An et quomodo improbandi sint moderatores vel administratores diariorum religiosorum, qui sacerdotibus missas celebrandas committunt, retento ex earum eleemosynis pretio ipsis respondente in casu? — Resp. Negative dummodo nil detrahatur fundatorum vel oblatorum voluntati circa stipendii quantitatem, locum ac tempus celebrationis Missarum, exclusa quacumque studiosa collectione Missarum, et docto cui de iure de secuta Missarum celebratione, facto verbo cum Sanctissimo.«

»II. Nel caso di risposta affermativa, la clausola exclusa quacumque studiosa collectione Missarum può interpretarsi, some si è solito fino ad ora, nel senso che sieno vietati gli inviti a stampa e gli altri modi sconvenienti?«

Supplex hic libellus Conversanensis Episcopi Julio mense vertente oblatus fuit; et paulo post, scilicet Septembri mense, in ephemeride »il Monitore Ecclesiastico« quae sub auspiciis eiusdem Episcopi Conversani prodit, commentarium in decretum Vigilanti edebatur, quod librorum veditoribus, editoribus ac diariorum directoribus valde arrisit et novorum dubiorum occasionem praebuit.

Quae cum ita essent res omnis, tam quoad preces pro dispensationibus, quam quoad dubia, una simul subiecta fuit sapienti EE. PP. iudicio, exquisito tamen prius voto unius ex consultoribus.

Disceptatio Synoptica. Votum Consultoris. Non sine dolore evolvi, quae de mercimonio Missarum relata sunt in expositione praecedente Decretum Vigilanti studio, et melius ac manifestius in postrema a Rmo Secretario exarata. Ex utraque colligitur quanta sapientia S. haec Congregatio Decretum renovaverit S. M. Pii Papae IX., adiectis poenis transgressoribus infligendis, ut tandem aliquando incommodum vere dolendum dissipetur, et penitus auferatur. Mercimonium ulterius dissimulandum non erat, et si hodiedum, sub specie honestatis, necessitatis, et religionis conatur obtrudi, vel simpliciter insinuari, expedit non fraena laxare, vimque decreti iam lati quomodolibet enervare, sed illud sartum tectumque servandum

est, ne lamentata incommoda renoventur. Quod si indulgentia concedenda sit, eo quia necessitas, aut vera utilitas cogunt, concedatur utique, sed talibus praepedita obstaculis, ne unquam vergat in praeiudicium decreti. . . . .

Proinde duo ad trutinam sunt hic revocanda, nimirum an recentissimo decreto recovata sit, quam vocant declarationem, responsio scilicet a S. C. C. data in Tarbien. et aliarum die 24. Aprilis 1875 ad dubium VII: et quid respondendum sit supplicibus libellis, quibus plures enixe petunt ut eis fas sit antiquo uti favore. Duobus dubiis, speculativo et practico respondeo.

Ad I^am^. quaestionem quod attinet notum Emis Patribus apprime est, sensum S. C. semper constanterque fuisse associationes, et eo magis aliud commercii exercitium, ope missarum et abusus periculum aliisque de causis, decreto anni 1874 vetitum omnino fuisse.

Quin dicatur subsequenti anni 1875 responsione ad dubium VI in Tarbien, id iterum permissum fuisse. Quandoquidem in eo casu non agebatur de generali quodam dubio speculative resolvendo; sed de responsione ad supplicem libellum duarum ephemeridum Acta S. Sedis et Le Missioni Cattoliche. Et quod de privilegio his duabus ephemeridibus concesso, utique sub certis limitationibus, tunc dumtaxat ageretur, etiam ex eo evincitur, quod post responsiones ad varia dubia in ea causa proposita Emi Patres hanc clausulam censuerunt addendam: »Facto de praedictis omnibus verbo cum SSmo.«

Hoc argumentum quidam effugere tentant, et ad sophisma recurrunt, speciem praeferens veritatis, quod si serio consideratur, nullius est roboris, et ad persuasionem ingerendam ineptum. Articulus VI, aiunt, non continet privilegium, nec indultum, sed per se simplex declaratio est, prout verba insinuant.

Ita Admonitor Eccl. Conversani, cui plures adhaerent. Acceptant autem conditiones appositas, dummodo nil detrahatur fundatorum vel oblatorum voluntati circa stipendii quantitatem, locum, et tempus celebrationis, exclusa quacumque[1]) collectione Missarum, et docto cui de iure de sequuta Missarum celebratione. Non nego responsum cit. speciem declarationis habere praesertim si casus intimius non examinetur, nec attendantur ea quae superius dicta sunt.

Ceterum ab oppositoribus sciscitarer: poteratne Congregatio respondere negative? Potuisse puto, et ipsi certissime non negabunt.

---

1) Animadverte verba »exclusa quacumque collectione missarum«. Ita sane reperitur scriptum in actis Sacrae Congregationis. Quapropter errant qui in edenda hac responsione scribunt »exclusa quacumque studiosa collectione missarum«. Verbum enim studiosa dicendum est interpolatum.

Cur autem posset? dicam aperte, ratione periculi. Ideo ad quaevis incommoda praecavenda, S. Congregatio conditiones superius notatas in sua responsione inseruit. . . . .

Confirmo ex scopo decreti, qui aperte colligitur ex ipsa praefatione. Praemittuntur enim haec verba: »ad cohibendam pravam quorumdam licentiam, qui ad ephemerides, libros aliasque merces facilius cum clero commutanda missarum ope utebantur, nonnulla constituit eaque Pio PP. IX. fel. rec. approbante edi etc.« . . Vigetne hodie necessitas illa cogibendi licentiam? Et sacra Congregatio decretum renovans additis poenis, aerem ne verberavit, in incertum pugnans? Si decretum noviter promulgatum est, novoque robore firmatum, non aberraret, qui assereret callida ingenia non defuisse, qui effugia et tergiversationes invenerunt, ut decretum eluderent. Eludebant sane non pauci, et ex litteris et informationibus datis apertissime constat. Illi autem qui inter mercatores non recensentur, et benigna concessione utebantur, erantne piaculi lamentati immunes? Puto plures utpote prudentes, honestos, religiosissimos sartas tectasque servavisse conditiones in articulo VI notatas. Absit ut velim, omnes omnino tanti criminis habere ut reos. Ast ab omnibus servabantur? — melius dicam — servari poterant?

Praetereo tempus et locum celebrationis, cum impossibile sit emptores ephemeridis, in eo loco morari, ubi haec imprimitur. Et en necessitas privilegii, quo fiat potestas missam celebrandi alio in loco. Pariter quoad tempus, valde difficile erit normam servare, quae traditur a theologis. Postrema conditio qua dicitur exclusa quacumque collectione Missarum, quomodo observari possit ab editoribus ephemeridum, me nescire profiteor. Quid significet illud verbum collectio, facili negotio concipitur. Quid procurant ephemeridum editores? colligere tot eleemosynas, quot necessariae sunt, ut antiquis et novis emptoribus ephemeridis satis fiat. Iamvero quonam modo, non occurret incommodum colligendi Missarum acervum, ut novis petentibus fiat satis? Atqui collectio haec prohibita est a Benedicto XIV., in sua Constitutione quae incipit Quanta cura. Quae collectio aliud incommodum ingerit, de quo iam dixi, scilicet non satis faciendi obligationi intra breve tempus.

Demum rem ipsam confirmo ex medio seu melius ex ratione quae in decreto Vigilanti inseritur, ut finem habeant, nec amplius nominentur, mala quae proveniunt ex collectione missarum. Notentur haec verba: Cum experientia docuerit, mala quae deplorantur, ex eo potissimum originem viresque ducere, quod in quorumdam privatorum manus, maior missarum numerus congeritur quam iustâ necessitas

exigit, ideo iidem Emi Patres. . . . . sub gravi obedientiae praecepto decernunt ac mandant, ut in posterum omnes et singuli ubique locorum beneficiati et administratores piarum causarum aut utcumque ad missarum onera implenda obligati, sive ecclesiastici sive laici, in fine cuiuslibet anni, quae reliqua sunt. . . . . propriis Ordinariis tradant. Si haec verba quidpiam valent, non solum studiosam collectionem prohibent, sed quamcumque et quocumque modo fiat. Miror curam decreti Vigilanti studio commentatores huic clausulae nullo modo attenderint, eamque omiserint, ac si eos non afficeret. Nihilominus praetereunda non erat. Poterat enim eorum inquisitioni lucem afferre.

Haec quae plus iusto rigorosa videntur, omittere nolui, eo quod qui interpretantur decretum Vigilanti pro modulo suo, iam in suis ephemeridibus promulgarunt, nihil immutatum esse, et omnia procedere sicut ante decretum, ac si istud conditum sit ad solatium, non ad inducendam obligationem. Istine decreto obtemperant studiosam collectionem prohibenti?

Ad II. vero quaestionem deveniens quid nempe respondendum sit supplicibus libellis indulgentiam iam datam poscentibus, praemitto hic Ecclesiam omnem sollicitudinem exercuisse, quam Benedictus XIV. merito incredibilem vocat, ut a re de qua agitur, quamlibet negotiationis speciem efficaciter propulsaret. Cuius gratia saluberrima decreta edere consuevit, et in particularibus casibus mentem suam aperuit, atque manifestavit, removens quidquid tanto sacrificio indicavit indignum. Dignitati enim et excellentiae sacrificii incruenti prospicere debet, et umbram scandali a christiano populo propulsare, cui si suspicio ingeritur, eleemosynas sacerdoti oblatas cum mercibus permutari, et celebrationem Missarum laicis committi, notitiam excipit suis auribus offensivam.

Insuper de avaritia nostra plura dicuntur, et de Missarum eleemosynis, quae facile et absque scrupulo dissipantur, dicteria promulgata sunt, quin necesse sit S. Congregationem indulgentiam bonitatemque ostendere, illaque reddere credibilia. Quod eveniret, si dissimularet lamentata incommoda, et viam, aut etiam cuniculum quod illis exhibet occasionem, obsignare negligeret. Locutio haec nec severa, nec nimis rigorosa videbitur: si ita iudicaretur, severitati et excessivi rigoris insimulanda erit Ecclesia, quae toties per Romanos Pontifices diligentem et accuratam celebrationem Missarum urgere et inculcare non destitit. Si autem non obstantibus tot Constitutionibus Pontificiis, incommoda non cessarunt, quid eveniet, si ipsa Congregatio, mollis et plus aequo indulgens demonstraretur? Si articulus

ille VI tolerabilis certo, et conditionibus munitus, irreprehensibilis erat, nihilominus in praxi anterioribus et toties lamentatis abusibus praebuit occasionem, quid si Sacra Congregatio reticeret, et quod deterius esset, aut propria auctoritate sanciret, aut remisse agens, fontem abusuum conservaret? Incommoda iam late grassantur et invocant instantissime remedium efficax et opportunum. Remisse agere, et indulgentia uti, hodie, non expedit. Praesulum relationes huic Congregationi datas ante Decretum Vigilanti attentissime legi et diligenter evolvi, et omnes ad removendos abusus qui interveniunt in celebratione Missarum rigorem severitatemque agnoscunt. Nec immerito. Gravia etenim mala non facilitate curantur, sed legibus convenientibus et accommodatis. Si quis in lamentationes erumperet, responderem, si lex gravis est atque molesta, abusibus ipsam tibi parasti. Lex autem quantuncumque dura servanda est. L prospexit ff. qui, et a quib.

Et revera si qui indulgentiam Congregationis implorant, vere catholici sunt prout profiteri non desinunt, et Ecclesiam non fucato sed fideli prosequuntur amore, omnium primi obedientiam decretis S. Congregationis exemplo suo et facto demonstrent. Certo ex indulgentia negata damnum non leve paterentur, verumtamen iisdem non deberet esse molestum, cum vicibus repetitis palam edixerint, se velle Ecclesiae incolumitati ac bono prospicere, eiusque iure defendere, propria utilitate semota. Nihilominus hodie modo diverso loquuntur, et omnes repetunt ore concordi, negato privilegio commutandi diaria cum eleemosyna pro celebratione Missarum, non posse certamen prosequi contra hostes Ecclesiae, quia hoc fonte sublato, certo peribunt. Fere omnes, litteras commendatitias Ordinarii sibimet procurarunt, ut gratiam imploratam faciliori modo obtineant.

Eorum lamentationibus parum attendendum esse putarem, et si licet candide manifestare quod sentio, responderem, expedit obedire decretis, sublata spe obtinendi umbram dispensationis et privilegii. Si sunt de semine virorum illorum per quos salus in Israel facta est, non insistent, et victoriam loquentur. Sed reverentia, quam debeo iis, quos Spiritus Sanctus posuit Episcopos regere Ecclesiam Dei, aliter respondendum esse insinuat. Ipsi enim litteris datis diariorum conservationi prospiciunt, et indulgentiam implorant. Severitas itaque temperanda est, adhibita diligentia, et conditionibus appositis lamentata incommoda removentibus, quantum fieri potest. Conditiones sequentes possent apponi.

Firmis manentibus conditionibus iam latis circa stipendii quantitatem, locum et tempus celebrationis Missarum:

1. Excludendi sunt a privilegio quod concedi potest, ii omnes, qui libros permutant cum eleemosynis Missarum, et quidquid superest, piae causae, aut locis piis, aut Seminariis largituros esse promittunt. Hos omnes comparo usurariis, quaestum inhonestum exercentibus, ut eleemosynas pauperibus largiantur.

2. Excludendi sunt, qui huc usque libros cum eleemosynis Missarum commutaverunt sub fucata ratione scientiam promovendi, et adiuvandi sacerdotes paupertate detentos. Non defensoribus istis Ecclesia indiget, et catholica scientia scientia eorum subsidio privata, non deficient.

3. Includenda diaria tantummodo et ephemerides, quorum auctores litteras commendatitias ab Episcopo sibimet procurarunt, sicque dum beneficium obtinent a S. Sede, etiam ab Ordinario repetent, eique obsequium, reverentiam, obedientiamque praestabunt.

4. Non omnia autem Diaria etiam ab Episcopo commendata beneficium consequantur, sed ea tantum, quae ratione temporis, doctrinae, et diffusionis illud mereri censentur.

5. Privilegium autem indefinite nemini concedatur, sed certo tempore circumscriptum, ex. gr. ad triennium et non amplius. Petendi necessitas in mentem revocat privilegium esse non ius. Triennium dico, quia opportunius mihi videtur, cum de gratia agatur, ad quam concedendam necessitas ab ipsa impellit.

6. Si admonitio de privilegio obtendo in ephemeride facienda est, alioquin lateret, et nullimode proderet, fiat quidem, at invitati remittantur ad sacerdotem adsistentem ab Ordinario designandum, qui Missarum eleemosynas ipse recipiet, satisfactionem procurabit et quotannis administrationis suae rationem reddet Ordinario, qui postea certiorabit hanc S. Congregationem. Eo ipso enim quo Ordinarii litteras commendatitias expedire non dubitarunt, eisdem non debet esse molestum quotannis attendere, an omnia rite procedant, et certiorem reddere S. Congregationem, cui diaria catholica commendarunt.

Haec quae pro ingenii mei exiguitate scripsi, et quidem in re tam salebrosa, libenti animo submitto sapientiae et prudentiae vestrae Emi Patres. Interim S. Purpuram humiliter exosculor.

Quibus praenotatis, quaesitum fuit quomodo dubia et postulationes essent dimittendae.

Resolutio. Sacra Congr. Concilii re disceptata sub die 24. Februarii 1894, censuit respondere: Ad dubia proposita ab Episcopo Premislien. providebitur in casibus particularibus. — Ad dubia Episcopi Conversanen. nihil esse respondendum. — Ad reliquas postulationes: ad mentem.

XXXIV.

Entscheidung des preuss. Kammergerichts vom 17. Sept. 1894

betr. die Stellung der Freimaurer zum Vereinsgesetz.

Die Vorstandsmitglieder der »*Friedensloge*« zu *Ratibor*, Fabrikbesitzer *Schück und Genossen*, waren, weil sie Veränderungen in dem *Bestande der Vereinsmitglieder* nicht binnen 3 Tagen der *Ortspolizei angezeigt* hatten, wegen *Uebertretung des Vereinsgesetzes* angeklagt, aber vom Schöffengericht freigesprochen worden, weil im Vereinsstatut nur die Absicht zum Ausdruck gelange, einzelne Personen und deren Privatinteressen zu unterstützen, die Vereinigung der »Friedensloge« daher nicht eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke. — Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Berufung ein, da der Zweck der betr. Loge »auch darauf gerichtet sei, die reinsten Principien der Menschenliebe auch in der Menschheit überhaupt zur Geltung zu bringen und deren Leiden durch Rath und That zu lindern,« die Thätigkeit der Loge weit über den Kreis ihrer Mitglieder und selbst der Staatsangehörigen hinaus auf die Menschheit sich erstrecke, und die gesteckten Ziele einen wesentlichen Theil der sittlichen Aufgaben der Kirchengemeinschaften, des Staates und deren Gemeinden bildeten, welche durch deren Lehr- und Erziehungsanstalten, Fürsorge und Wohlthätigkeitseinrichtungen, Armenpflege u. dergl. verwirklicht werden sollen [? !]. Hiernach liege eine Einwirkung auf *öffentliche Angelegenheiten* vor. Die *Strafkammer des Landgerichts Ratibor* schloss sich der Ansicht der Staatsanwaltschaft an, erkannte aber trotzdem auf Freisprechung, da die *einzelnen Fälle*, in denen angeblich eine Anmeldung nicht stattgefunden, *nicht aufgeklärt* seien, die Herbeiführung einer weiteren Aufklärung aber nicht Sache des Gerichts sei. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft *Revision* ein, welche auch von der Ober-Staatsanwaltschaft für gerechtfertigt erachtet wurde, da es gerade Sache des Gerichts sei, den *Thatbestand weiter aufzuklären.* Der Vorderrichter habe sonach das materielle Strafrecht durch Nichtanwendung verletzt. — Der Vertheidiger erachtete demgegenüber dafür, dass der Einwand der Staats- bezw. der Ober-Staatsanwaltschaft, weil processualer Natur, in der Revisionsinstanz nicht mehr geltend gemacht werden könne, war im Uebrigen auch der Ansicht, dass es sich hier in Wirklichkeit gar nicht um einen öffentliche Angelegenheiten verhandelnden Verein gehandelt habe. — Das *Kammergericht* erachtete in letzterer Beziehung die Entscheidung des Vorderrichters aber für correct, war dagegen andererseits mit der Revision der Ansicht, dass eine *Verletzung des materiellen Rechts* vorliege, hob deshalb die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur anderweiten Feststellung nochmals in die Vorinstanz zurück.

XXXV.
Literatur.

1. ***Diritto ecclo catto ed evango del prof. E. Friedberg. Edizione itala riveduta in collaborazione con l'Autore ed ampliamente annotata per rispetto al diro ito dal prof. Fr. Ruffini (seit 1894 an k. Univ. Genua), 1893, fr. Bocca Hofbuchh. Turin XX u. 864 p. in Gross 8°, L. 15*** [1]).

1. Ruffini beschränkte sich nicht auf eine Uebertragung des Kirchenrechts von Prof. *Friedberg*, sondern fügte, wie letzterer (p. IX) am 21. April 1893 brieflich u. D. Ztsch. f. K.-R. III 362 hervorhob, *selbständig* mit Bezug auf das in *Italien* geltende und dort allmälig entwickelte Recht *viele* Ergänzungen hinzu, nicht nur, in sich als Nachtrags §§. abgeschlossene *Hauptabschnitte*, wie S. 90—131 über das geschichtliche Verhältniss zwischen *Staat* und *Kirche* in den früheren Einzelstaaten *Italiens* und dem jetzigen Einheitsstaat, S. 146—152 und 328—337 über die *Waldenser* und die sonstigen evang. Kirchen Italiens, sondern bei fast jedem § durch Vervollständigung der ital. *Quellen*angaben und *ausführlichere* Gegenüberstellung des ital. Rechtszustandes, wobei bis Mitte 1893 alle *grundsätzlichen* Entscheidungen der Gerichtshöfe und des Staatsrathes, auch die jüngsten Werke (vgl. S. 802) stets prüfend verarbeitet sind.

---

1) Der Herr College *Friedberg* hatte die Freundlichkeit, dem Herausgeber des Archiv an dessen Lehrb. des Kirchenrechts zu berichtigen, dass in Gotha nicht ein Consistorium oder Oberconsistorium, sondern das Ministerium die protest. Kirche regiert und dass in Württemberg und Hessen keine volle Union zwischen Lutheranern und Reformirten bestehe. Vgl. auch o. S. 405 N. 1. Wir wollen dafür den auch in Ruffinis italien. Bearbeitung von Friedberg wie in dessen Lehrb. 3. Aufl. §. 104 vorkommenden Irrthum berichtigen, dass noch jetzt die Strafe der excommunicatio minor als censura iuris auf den Verkehr mit sg. excommunicati vitandi gesetzt sei, während schon seit der Const. Apostol. Sedis vom J. 1869 diese Strafe aufgehoben ist und daher die excomm. minor nur noch als sg. censura hominis s. iudicis vorkommen kann. Auch registriren wir bei dieser Gelegenheit die Erklärung von *Friedberg* (Deutsche Zeitschr. für Kirchenr. Bd. 4. S. 77), dass, so wie *Richter* für seine Ausgabe des corp. iur. can. den Titel gewählt habe, »post J. H. Boehmeri curas denuo edidit. Aem. Lud. Richter« und damit seine Ausgabe nicht als 2. Auflage der Böhmer'schen habe bezeichnen wolle, er auch nur deshalb seine Edition als eine post Aem. Lud. Richteri curas neu herausgegeben bezeichnet habe, »um damit pietätsvoll den Namen Richters als Herausgebers des corp. iur. festzuhalten,« — während doch seine Ausgabe auf ganz anderen Principien beruhe.

(Anm. d. Red. des Archiv).

Aeusserlich unterscheidet sich Ruffini's Arbeit nicht vom *Hauptwerke;* weder durch besonderen Druck, noch durch andere Kennzeichen; der Hauptverfasser und der Umarbeiter bilden eine undurchbrechbare Einheit, indem Friedberg durchaus mit allen Ergänzungen sich einverstanden erklärte. Mit der Uebersetzung hat R. 1890 zu Leipzig begonnen; weggelassen wurde, was für die ital. Leser weniger Interesse bietet (s. unten Ziff. 6).

Die *Zusätze* halten sich frei von jedem *Partei*standpunkte; nur das *geltende* Recht ist systematisch bearbeitet, nicht das *ideale* oder philosophische; was aber dem Werke einen unbestreitbaren Vorzug vor *allen* anderen ital. Kirchenrechtsbüchern sichert, das ist die organische Verquickung mit der Geschichte und der gesammten Rechtsentwicklung.

Ruffini kommt thunlichst den Anschauungen der *Kirche* entgegen, weit mehr, als z. B. Scaduto. Wir greifen deshalb einige Abschnitte versuchsweise heraus:

2. Unter Bezug auf *Zaglia's* »Chiesa, Scuola & Stato« (1889, Assisi) und *Salvioli's* »Istruz. pubbl. in Italia nei secoli« 8°—10° (1879, Florenz) wird p. 671—675 nachgewiesen, wie auch in Italien die *Volksschulen* lediglich aus den Pfarr- und Klosterschulen hervorgegangen sind. Trotz aller »*Trennung* von Staat und Kirche« beauftragt auch jetzt noch die ital. Regierung nicht selten Pfarrer und Kapläne mit der *neben*amtlichen Versehung der Volksschule, besonders in weniger bevölkerten Gebirgsgegenden; die Geistlichen begnügen sich zumeist mit einer geringeren Besoldung, als solche für Lehrer im *Haupt*amte nöthig würde. In Preussen, Sachsen (p. 674 A. 16) und *Els.-Lothr.* müssen auch die Kinder Religions*loser* am gemeindlichen Religionsunterrichte theilnehmen. Von Rechtswegen und kraft des ital. Gesetzes vom 13. Nov. 1859, welches nur wieder durch ein *Gesetz* hätte abgeändert werden können, sind vom kath. Religionsunterrichte, welchen die Volksschulen (Art. 315) gleichfalls zu ertheilen haben, nur die Kinder derjenigen Eltern *freizulassen*, welche den Religionsunterricht *selbst übernehmen*, Riv. dir. eccl° I 669. Darüber, dass die *Eltern* diesen Unterricht ausreichend ertheilen, würde die Ortsschulbehörde sich vergewissern können durch eine, im Benehmen mit dem Pfarrer anberaumte Prüfung (Ggl. 178, §. 32 A. 8). An Stelle des kath. oder evang. Pfarrers träte selbstredend der Rabbiner oder israel. Kultusvorstand; fast überall, wo sie Gottesdienst halten, sorgen die *Waldenser-Pfarrer* wie die *Rabbiner* auch sehr ausreichend für den Religionsunterricht der Jugend; in Italien genehmigt die Regierung unbedenklich Stiftungen für solche

konfessionelle Schulen. Was dagegen den allgemeinen *kath.* oder gemeindlichen Religionsunterricht der Volksschüler anlangt, so haben (vgl. Ruffini p. 676) das Min. Circ. 29. IX 1870 und die Verordnung 16. II 1888 »die *gesetzliche* Ordnung geradezu umgestürzt«, und darf (in wöchentlich 2 Stunden) der Gdelehrer den kath. Religionsunterricht jetzt »nur noch denjenigen Kindern ertheilen, deren Eltern es *verlangen*.« Erklärlich ist daher die Zunahme der Socialdemokratie in der Romagna u. bes. der Po-Ebene, wo nicht nur blosse Arbeiter, sondern mitunter auch besser gestellte Familien ihre Nachkommenschaft *ohne* regelmässigen Religionsunterricht aufwachsen lassen. *Ruffini* anerkennt p. 677, dass »unzweifelhaft die *Vollzugs*gewalt die »*Grenzen* ihrer Zuständigkeiten hierin *überschritten* hat« (»il potere *esecutivo* ha ecceduto i limiti delle sue facoltà«). Gegenüber Scaduto II 638, welcher gerne aus dem Gesetze 15. VII 1877 bezw. dem »Geiste« der fortschreitenden Gesetzgebung ableiten möchte, dass die *bürg.* Gemeinde nicht mehr für den Religionsunterricht zu sorgen habe, hält *Ruffini* p. 678, übereinstimmend mit *Amante*'s »communi e maestri« (1884, Rom) und »leggi e discipline della P. Istruz.« (1890, Rom), *Vita-Levi*'s »leggi d. P. J. annotate« (1881, Turin) und mit *Randassini*'s »obbligo dei genitori di dare l'insegn. rel. ai loro figluoli« (1891, Cattagir.) entschieden daran fest, dass die *bürg.* Gemeinde und die von ihr besoldeten Volksschullehrer und -Lehrerinnen *verpflichtet* sind, kath. Religionsunterricht in der Volksschule zu ertheilen. Ausserhalb der, der Socialdemokratie verfallenen Gegenden gelingt es fast überall dem Einflusse der Geistlichkeit, dass die Eltern den Religionsunterricht für ihre Kinder »verlangen.« *Gemeinde*lehrer oder Lehrerinnen können daher in Italien von Rechtswegen (p. 154 u. 678) — jedenfalls in Gemeinden mit nur *einer* Schulstelle — bloss Katholiken werden; Ruffini bemerkt hierzu: »Volksschullehrer können auch nicht unter dem Vorgeben, ungläubig »oder nicht (mehr) kath. zu sein, der Pflicht sich entziehen, den »Katechismus und die bibl. Geschichte zu lehren; allerdings werden »sie in den Seminarien und bei ihrem Abgangsexamen seit 1883 »nicht mehr hierauf geprüft«; *Nuova Antologia* 1873 p. 863, 1874 p. 868 u. 1875 p. 328, vgl. 1872 p. 324 u. 1891 I 51, *Mariano*'s »Stato e l'insegn. della religione« (1889, Neapel). [Die Lehrer beschränken sich auf das Ueberhören der betreffenden Abschnitte der *bischöflich* gutgeheissenen Religionsbücher, Ggl. 177 A. 6, franz. St.-K.-R. 222].

An den Gymnasien, Lyceen und technischen Schulen des *Staates* ist in Italien der Religionsunterricht *thatsächlich* ausser Anwendung

gekommen (p. 676 »desuetudine«), seitdem die *besonderen* Religionslehrerstellen, welche nur Geistlichen übertragen werden konnten, durch Gesetz 23. VII 1877 aufgehoben worden sind; derselbe könnte jedoch auch durch *nicht*geistliche Lehrer dieser Anstalten ertheilt werden, was übrigens fast nirgends vorkommt, da für den Religionsunterricht im Schulplane keine bes. Stunden mehr vorgesehen sind. Der Religionsunterricht der Zöglinge der mittleren und höheren Schulen beschränkt sich daher regelmässig auf die *Vorbereitung* zur I. hl. Kommunion oder zur Konfirmation, welche vom Pfarrer mindestens zwei Monate zuvor in der Kirche (oder Sakristei) namentlich in Abendstunden *täglich* ertheilt wird. Knaben werden in der Regel erst nach dem **10.** Lebensjahre, Mädchen oft schon mit **9** Jahren zur I. hl. Kommunion in Italien zugelassen; bekanntlich tritt die Reife in den südlichen Ländern rascher, als bei uns ein.

Den Lehrern der mittleren wie höheren Staats-, Provinzial- und Gemeindeschulen ist selbstredend auch in Italien amtlich *nicht* gestattet, ihre Zöglinge von den Religionsübungen geradezu *abzuhalten;* doch wird nach dieser Richtung hin von *Staats*wegen keine nennenswerthe *Aufsicht* geübt. Den Religionsverbänden und -Behörden wird dagegen nicht verwehrt, *eigene* Schulen als *Privat*anstalten mit *konfessioneller* Richtung zu errichten und zu unterhalten, worin für den Religionsunterricht, auch für die *kirchliche* Haltung des Geschichts-Unterrichts, Sorge getragen ist. Würde sich die Zahl dieser Privat- oder »*besonderen*« Schulen, wie in Belgien, gegenüber den *öffentlichen* paritätischen Schulen gleicher Art vermehren, so könnte es (wegen der sonst zu befürchtenden Verminderung der Schulgelder-Einnahmen u. s. w.) nicht ausbleiben, dass nach dem Vorgange *Belgiens* schliesslich auch Italien dem Religionsunterrichte (und zwar nicht nur für Katholiken, sondern auch für Protestanten und Israeliten) selbst an den höheren und mittleren Unterrichtsanstalten wöchentlich wenigstens 2 Unterrichtsstunden *in der Schule* selbst zuwiese; den Unterricht würde alsdann in den *Klassen*räumen die Geistlichkeit gerne auch unentgeltlich ertheilen. Dermalen sind ihr aber hiefür letztere, ebenso wie die Volksschulklassen noch geradezu verschlossen.

Auch Priesterseminare und *ausschliesslich* von Zöglingen, die sich dem geistl. Stande widmen, besuchte *Knaben*seminare unterstellt *Ruffini* p. 681 nur im früheren Königreiche Sardinien, in Umbrien, den Marken und der Romagna der Staatsaufsicht im Sinne von Ggl. 115 A. 3, während Scaduto II 298 (vgl. Saredo »cod. eccl.« II 753, Riv. d. dir. eccl. I 445 u. 669) nicht für Neapel

(Statthalterei-Erl. 17 II 1861), sondern für *ganz Italien* die *staatliche* Bestätigung der Lehrer und volle Staatsaufsicht, namentlich ob »die Staatseinrichtungen und alle Anforderungen betreffs der öff. Ordnung, der Sittlichkeit und der Gesundheitspflege« gewahrt sind (Saredo II 752 u. 754), in Anspruch nimmt. Ruffini anerkennt p. 682, dass nur die auch von solchen Zöglingen, welche sich *nicht* dem geistl. Stande widmen, besuchten Seminare, sowie die von den Bischöfen oder religiösen Vereinen unterhaltenen *Volks-*, *technischen* und sonstigen *weltlichen* Schulen dem Lehrplane und der Staatsaufsicht unterliegen, wie solche für die entsprechenden Schulen des Staates, der Provinzen und Gemeinden geübt werden. Die Kirche hat also in Italien (Amante II 85, Vita-Levi 391, 416 u. 488) für ihre *eigenen* Schulen zwar nicht dieselbe volle Freiheit, wie in Belgien und Holland (Arch. f. K.-R. **66** S. 49), immerhin aber mindestens dieselben Rechte, wie in Frankreich; ein Theil der bischöfl. (Gymnasien bezw.) Lyceen kann in Italien *staatlich* anerkannte Reifezeugnisse für die Universität ausstellen.

3. Namentlich auch für Italien führt Ruffini p. 683 (unter Bezug auf *Mazzetti's* »genesi . . della beneficenza« (1890, Ravenna), II 2 p. 6 der »Publ. della facoltà giur. di *Perugia*« und die p. 686 u. 688 aufgezählten 19 Einzelschriften betreffs der früheren Einzelstaaten) die ganze *Armenpflege* auf die *Kirche* zurück; die *kirchlichen* Anstalten behielten daher auch (Ggl, Ital. St.-K.-K. 169 A. 1 ff.) fast in allen Rechtsgebieten Italiens die Verwaltung der *ihnen* stiftungsmässig anvertrauten Zuwendungen für Wohlthätigkeitszwecke; dagegen mussten sie seit 1890 solche den Armenräthen abgeben, wenn sie solche bisher nicht zufolge *ausdrücklicher* Anordnung des Stifters (»tavole di fondazione«), sondern nur zufolge einer Uebung (consuetudine) geführt hatten. Die kath., prot. (p. 685 A. 9) und israel. Gotteshausverwaltungen üben hiernach betreffs der nur für Bekenntnissangehörige bestimmten Almosenstiftungen in Italien oft weitergehende Befugnisse, als in Belgien, Frankreich und Luxemburg, annähernd dieselben Zuständigkeiten, wie in Holland und (p. 685 A. 12) Württemberg. Betreffs des Art. 91 des ital. Armengesetzes 17. VII 1890 schliesst sich Ruffini p. 687 unserer Auffassung im Arch. f. K.-R. **64** S. 393 an, gegenüber Scaduto II 805; p. 688 sind 7 Kommentare dieses Armengesetzes namhaft gemacht.

Nicht nur die kathol. Kirche, sondern auch die Waldenser (p. 691 Anm. 12) und die Israeliten beanspruchen für ihr Kollektivvermögen ohne Weiteres die *Rechtspersönlichkeit;* das *Pfründen*vermögen ist stets vom sonstigen *Kirchen*gut getrennt;

die *Gemeinde* als solche hat bei den Katholiken noch kein Korporationsrecht. Es wird daher, wie auch in Belgien, Frankreich und Elsass-Lothringen die Diöcesan*gemeinde* oder *Diöcese* als Rechtsträgerin nicht anerkannt, während allerdings [erst?] durch die Einführung *landes*kirchlicher Umlagen die kath. Gesammtkirche in Baden (Arch. f. K.-R. **69** S. 62) die Eigenschaft einer Rechtsperson erlangt hat. Betreffs der *Amortisations*gesetze der ital. Einzelstaaten vgl. die p. 690 aufgeführten 12 Schriften; betreffs der *Rechtsfähigkeit* der verschiedenen kirchlichen Anstalten, p. 694—703, sind gegenüber Ggl §. 15, 17, 19, 22, 23, 25 u. 28 Aenderungen nur für einzelne Wohlthätigkeitsstiftungen eingetreten, dagegen aber zahlreiche Urtheile und Schriften neu hinzugetreten, vgl. Riv. d. dir. eccl. I 249 u. 769, II 243, Chironi's questioni di dir. civ. IV 31 (Turin 1890) und Riv. p. l. scienze giurid. 1886 p. 47. Uebereinstimmend mit der deutschen und der jüngsten franz. Rechtsprechung wird p. 703 auch die Rechtsfähigkeit der *päpstl.* Pfründe anerkannt. Ruffini behandelt p. 706—709 ausser den wirklichen *Staats*gefällen, wie der Pfründen-, der Todthandabgabe und der Einziehung von 30°/₀ (Ggl §. 12 u. 16) hier zugleich die, nicht an den Staat, sondern an die gesammte kath. *Landeskirche* abzugebenden Rentenüberschüsse (Ggl §. 17 I), wie solche namentlich auch in Baden, Bayern u. s. w. von *wohlhabenderen* kirchlichen Anstalten zur Aufbesserung *ärmerer* (diöcesanweise) entrichtet werden und gewiss auch grundsätzlich von den Diöcesangemeinden beibehalten würden, sobald das Königreich den Kultusfond (p. 713, 764 u. 793) abzüglich der Antheile des Staates und der Gemeinden) dereinst den einzelnen Bisthümern zur Selbstverwaltung überweisen wird.

4. Von den *kirchlichen Einnahmequellen* sind (p. 710) durch das Polizeigesetz 30. III 1889 Art. 84 (Arch. f. K.-R. **62** S. 155) die Sammlungen insofern berührt worden, als selbst herkömmliche *Haus*sammlungen der Gotteshausverwaltungen, der Geistlichen und der Kirchenbediensteten staatspolizeilicher *Genehmigung* bedürfen, Riv. d. dir. eccl. I 130, 212 u. 297. Betreffs der Rentenumwandlung und der Verwendung des früheren Kirchenguts p. 711—717 sind gegenüber Ggl §. 17—19, 24 und 25 noch keinerlei Aenderungen eingetreten. Staatlich geschützt sind auch jetzt noch in Italien die *Stol*gebühren p. 717 (Ggl 139), das *cathedraticum* p. 719 (Ggl 108 u. 116, Riv. d. dir. eccl. I 793), die procurationes, die *Kanzlei*gebühren d. 725, die Ergänzungszuschüsse der bürgerl. Gemeinden für Kirchen, Pfarrhäuser und bischöfliche Paläste p. 727, 766 u. 784 (Ggl 108, 142 u. 160) sowie die, seit 30 Jahren ent-

richteten sonstigen *Reichnisse* der bürg. Gemeinden für Kultuszwecke (Riv. d. dir. pubbl. IV p. 287, Avvis. eccl. 1894 N. 351, Conclusionale degli avv[i] Ciranfi und Ghetti zu Florenz, 1894, chiesa del Bucine a contro com. d. Bucine). Italien lässt für die ital. Franziskaner in Palästina nach, wie vor, p. 726 den betreffenden Antheil der Gebühren der Poenitentiaria aus Neapel und Sicilien (im national-ital. Interesse!) verwenden, Scaduto II n. 505. Abgeschafft bezw. umgewandelt wurden dagegen die Zehnten p. 732, 737. Als Träger des Kirchenguts anerkennt Ruffini p. 744 u. 749 übereinstimmend mit Scaduto II n. 296 weder die *Gesammt*kirche, noch den Staat, sondern an und für sich die betreffende Orts- oder Diöcesan*stiftung*, Riv. d. dir. eccl. I 50, 102. Um übrigens in der Kirche wohlwollendster Absicht die Unverjährbarkeit der *Gotteshäuser* und thunlichst selbst die der Dienstwohnungen gemeinsam mit Riv. d. dir. eccl° II 154, Meucci's Istit. d. dir. amm. (1892) p. 364 u. Agazotti's »chiese consacrate« (1882, Modena) gegenüber Dattino (Diritto e giurispr. VIII p. 73 ff., Scaduto II N. 294 sowie Foro ital. X. 1. p. 589 u. XIII. 1. p. 1189) aufrecht erhalten zu können, setzt Ruffini p. 749—752 nach dieser Richtung hin an die Stelle der Stiftung die »*communitas* fidelium«, weil nicht auch blosse Stiftungen oder Anstalten, sondern nur die staatlich als *Korporationen* anerkannten *Verbände*, wie Provinzen und Gemeinden, für ihr, dem öffentl. *Dienste* gewidmetes Gut die Vortheile, dass letzteres ausser dem Rechtsverkehre steht, beanspruchen dürfen.

Darüber, ob die *Bänke* und *Stühle* in den Kirchen (Ggl 46) Gegenstand des *Privat*besitzes sein können, lässt auch Ruffini p. 737 eine Unterscheidung nach den Hauptrechtsgebieten zu, vgl. Riv. d. dir. eccl. I 419, II 669. Die *Friedhöfe* sind in Italien p. 389 und 759 (Ggl. 46 u. 179) Eigenthum der *bürgerl.* Gemeinde, welche übrigens sie regelmässig nach Bekenntnissen ausscheidet.

Den Gebrauch der Kirchen-*Glocken* darf selbst dann, wenn solche der *bürgerl.* Gemeinde gehören, der *Gemeinderath* nicht regeln (p. 759, Riv. d. dir. eccl. I 260, 264 u. 759).

5. Gegen die Temporaliensperre, welche nur der Minister verfügen kann, lässt auch Ruffini p. 768 verwaltungs*gerichtliche* (Ggl 49) Beschwerde zu, und zwar nicht nur bei der *Staats*verwaltung oder vorübergehender Beschlagnahme von Pfründen, sondern auch bei endgiltiger Wegnahme von Knabenseminarien und anderem Kirchengut, welchem der Staat eine mehr *weltliche* Widmung (Riv. d. dir. eccl. I 447) deshalb gibt, weil »der ursprüngliche Stiftungszweck sich nicht mehr erfüllen lasse.« Die p. 768 in Belgien 1883 einge-

zogenen Vikarsgehälter wurden 1890 wieder bewilligt. Betreffs der *letztwilligen* Verfügungen unterliegen (p. 773, Ggl 125) die Geistlichen in Italien *keinerlei* Beschränkungen mehr. — P. 776—779 werden die Interkalarüberschüsse und Pfründenökonomate (Ggl 52), p. 784—786 die Kultusbaulast (Ggl 160), p. 787—790 u. 800 die Zusammensetzung (Ggl. 148) der Behörden zur Verwaltung des Gotteshausvermögens und ihre Zuständigkeit erörtert, stets quellenmässig und unter Vergleichung mit der in fast allen Staaten Europas geltenden Gesetzgebung sowie mit der allmäligen Entwicklung dieses Rechtes von den ältesten Zeiten ab, vgl. Galante, Arch. f. K.-R. **71** S. 475.

32 S. doppelspaltig und kleingedrucktes buchstabenweises Inhaltsverzeichniss und 29 S. Uebersicht (vgl. p. VII) und Titelübersetzung aller einschlägigen *deutschen* Werke machen den Schluss dieses, für Italien *einzigen* geschichtlich-systematischen Kirchenrechtswerkes, welches ausser den, für die Religionsverbände geltenden *Staats*gesetzen überall auch noch das, von den *Kirchen* selbst ausgehende *innere* Recht enthält. *Scaduto*'s Manuale (Arch. f. K.-R. **68** S. 474) bearbeitet erschöpfend — wenigstens für die *kath.* Kirche — das ital. *Staats*kirchenrecht, ohne übrigens stets — neben dem dogmatischen Theile — auch dessen *geschichtliche* Entwicklung auf die *Einzel*staaten zurückzuführen, aus welchen der Einheitsstaat sich gebildet hat. *Castellari* beginnt zwar jetzt, nachdem er mit seiner Kirchengeschichte in 6 Zeitstufen bis zum 18. Jahrhunderte vorgeschritten war, daneben auch mit dem in *Italien* geltenden Kirchenrechte, scheint jedoch von der *allmäligen Entwicklung* der einzelnen Einrichtungen des ital. Kirchenrechts absehen und das jetzt geltende R. mehr für sich und ohne organischen Zusammenhang mit der Kirchenrechtsgeschichte erörtern zu wollen, während hier jedem Abschnitte des geltenden Rechtes immer im Einzelnen die rechtsgeschichtliche Entwickelung vorausgeschickt ist, nicht blos für Italien, sondern für alle grösseren Staaten Europas und regelmässig selbst für die kleineren deutschen Staaten.

6. Ein ähnlich erschöpfendes (geschichtlich-dogmatisches) Kirchenrechtslehrbuch in *ital.* Sprache war nur das von Prof. Conticini und Adv. Benelli bei Nistri zu Pisa 1846 herausgegebene Kirchenrecht von *Walter*, welches jedoch als veraltet weder dem wissenschaftlichen noch dem praktischen Bedürfnisse mehr genügt.

Mit Recht hat Ruffini in seiner Ueberarbeitung des Friedberg'schen Kirchenrechtes nicht blos die Verhältnisse namentlich der kleineren *deutschen* Staaten weggelassen, sondern insbes. auch beim *evang.* Theile viel *gekürzt*, weniger jedoch hinsichtlich der

Bildung und der Zuständigkeit der *Ortsbehörden* zur Verwaltung des Kirchenguts, weil die zum Vollzuge des Art. 18 des Garantiegesetzes in Italien ausgearbeiteten Entwürfe eines bezüglichen Gesetzes (Ggl 6, 148, 190 u. 199) sich insbes. die diesbezügliche *deutsche* Gesetzgebung (bewusst oder unbewusst, p. VII, Arch. f. K.-R. 69 S. 269) zum Vorbilde genommen haben oder »hätten nehmen können«. Vorerst hat übrigens Italien noch mit finanziellen und organischen anderen Schwierigkeiten *höheren* Belangs Abrechnung zu halten, so dass dies Vollzugsgesetz noch ebenso lange auf sich wird warten lassen müssen, als in Frankreich und Belgien die dort auch schon seit Jahrzehnten vorbereitete Abänderung des Fabrikdekrets vom 30. Dec. 1809. Endgiltig lässt sich diese Frage nur durch grundsätzliche *Verständigung* zwischen Staat und Kirche lösen. Beide Gewalten fühlen sich gleichmässig namentlich jetzt auch in Italien durch die Verwirklichung der *Umsturz*-Ideen bedroht; deshalb erscheint es nicht ausgeschlossen, dass die *monarchische* Richtung, welche durch die rasche Niederschlagung des Aufruhrs in Sicilien, Massa und Carrara sowie durch die hoffentlich andauernde Beiseiteschiebung des Parlaments für die Vereinfachung aller Zweige der Staatsverwaltung, seit Beginn des Frühjahrs 1894 merklich bereits gestärkt wurde, den nur noch vom *Parlamente* ausgehenden Widerstand gegen die Wiederanknüpfung freundlicherer Beziehungen mit der Kurie jetzt rascher beseitigt, als es im gewöhnlichen Verlaufe der Dinge und ohne die ausserordentlichen Zeitumstände wahrscheinlich geworden wäre [1]).

Wenn nun die freisinnige Richtung Jungitaliens aus dem übersetzten und umgearbeiteten Lehrbuche eines hervorragenden *evang.* Kirchenrechtslehrers Deutschlands entnimmt, wie auch *prot.* Regierungen der Kirche betreffs der Kirchengutsverwaltung ein *Mitwirkungs*recht zugestehen und Zwangsumlagen der Orts- und der höheren Kirchenverbände eingeführt haben, so werden allmälig hiedurch auch die diebezüglich in Italien erhobenen Bedenken sachgemässe Widerlegung finden.

Diese ital. Ausgabe des *Friedberg*'schen Lehrbuchs leistet daher der neu in Italien aufathmenden *kirchlichen* Strömung schliesslich grössere Dienste, als die ital. Uebersetzung eines seitens der Kurie *gutgeheissenen* Lehrbuchs des Kirchenrechts; denn den Gegnern der Kurie ist leider nun einmal blos durch die Bezugnahme auf *nicht*

---

1) Inzwischen erlangte die Kurie gegen die Zusage, in der ital. Kolonie am rothen Meere nur *ital.* Geistliche zu verwenden, das Exequatur (Arch. für K.-R. 71 S. 363) für Kard. *Sarto* und andere Bischöfe.

von der Kurie ausgehende oder gutgeheissene Ausführungen beizukommen. Uebrigens soll damit keineswegs gesagt sein, dass nicht der Werth des ebenso *sorgfältigen* als *gediegenen* Werkes bei Anhängern der kirchlichen wie anderseits der freisinnigen Richtung noch erheblich dadurch *gewinnen* könnte, wenn Ruffini in der nächsten Auflage, etwa auf Grund der inzwischen erschienenen 3. Aufl. des *Vering*'schen Kirchenrechts, überall zugleich, auch soweit dies in der 1. Aufl. noch nicht der Fall war, den *abweichenden* Standpunkt der *Kurie* kurz noch *andeuten* wollte, damit diejenigen Abschnitte, welchen sich die Kirche *unterwirft*, deutlich gegenüber den übrigen Abschnitten hervortreten, in welchen die Kurie auf Grund dieser oder jener Rechtsquelle eine *entgegengesetzte* Haltung einnimmt. *F. Geigel.*

2. Minist.-Rath Halley's ***Gemeindeordnung f. Elsass-Lothringen.*** *(Juli 1894, 228 S., 8°, K. J. Trübner, Strassburg. M. 3,50)*

stellt dem neuen R. das bisherige gegenüber und erläutert eingehend und klar ersteres in 148 Anmerkungen sowie in einer systematischen Uebersicht der Hauptgesichtspunkte. Wie bisher, gehören (S. 111 u. 193) auch künftig zu den *Pflichtausgaben* der bürgerlichen Gemeinde im Falle der Unzulänglichkeit des Gotteshauses: Bau, Ausbesserung und Unterhaltung des Gotteshauses, die Kosten des Gottesdienstes und Wohnungsentschädigung der Pfarrer und Rabbiner, soferne kein zu ihrer Wohnung bestimmtes Gebäude vorhanden ist, dagegen fernerhin ausser der »Anlage« der *Gemeinde*kirchhöfe, worunter auch die Einfriedigung fällt, ebenfalls die »*Unterhaltung*« derselben. Bisher (Geigel, franz. St.-K.-R. 161, 180) hatte jede Gotteshausverwaltung, gleichviel ob sie aus dem Beerdigungsmonopole (Kass. Paris 30. Mai 1888, Journ. Cons. Fab. 1888 p. 141 u. 317, 1889 p. 2 u. 1890 p. 2) und dem Gras-, Obst- und Holzertrage des Friedhofs eine Einnahme erzielte oder nicht, die *laufende* Unterhaltung der Friedhofsmauern und -Thore, sowie die Reinhaltung des Friedhofs und die einfache Bekiesung der Wege in demselben zu *bestreiten*. Hiebei war allerdings vorausgesetzt, dass jedem öffentl. *Bekenntnisse* ein ganzer Friedhofstheil zugewiesen werde. Statt von »Kirchhöfen« schlechtweg spricht jedoch die Gde-Ordnung jetzt nur noch von »*Gemeinde*«kirchhöfen; die Spezialkommission (S. 21) wollte hiedurch die Friedhöfe einzelner Bekenntnisse ausschliessen. Die Annahme der Kommission, dass »der bürgerl. Gemeinde hinsichtlich der israel. Friedhöfe *keine* Verpflichtungen obliegen«, trifft rechtlich *nicht* zu, indem seit 1831 die Israeliten den Katholiken

und Protestanten gleichstehen (Geigel VII u. 8); insoweit nicht *freiwillig* die Israeliten eigene Friedhöfe, oft gemeinsam mit Nachbargemeinden, sich beschaffen, muss allerdings jede einzelne Bürgergemeinde einen Theil des Gemeindefriedhofs auch den *Israeliten* zuweisen; übrigens würden alsdann möglicher Weise schon nach 5 Jahren (Geigel 207 u. 217) die Israeliten das Aus- oder Umgraben der Leichen zu befürchten haben.

Bei dieser *Unklarheit* des Kommissionsberichtes wäre dringendst zu wünschen, dass, wenn etwa aus anderen Gründen der Reichstag, statt das Berufsbürgermeisterei-Reichsgesetz vom 4. Juli 1887 sofort aufzuheben, eine *nochmalige* Berathung des Landesausschusses über die Gde-Ordnung veranlasst, alsdann eine *ausdrückliche* Bestimmung Aufnahme fände, wornach A *trotz ihrer künftigen Freilassung* vom laufenden Friedhofs-*Unterhalte* die Gotteshausverwaltungen die bisherigen *Nebeneinnahmen* wenigstens von den *konfessionell* getrennten Friedhöfen behalten, und wornach B die *bürgerlichen* Gemeinden verpflichtet bleiben, in *allen* Fällen die Friedhöfe, auch dann, wenn solche *konfessionell* getrennt sind oder werden, anzulegen, bezw. nöthigenfalls zu erweitern oder zu verlegen.

Allerdings sollte man annehmen, dass dies sich von selbst verstände und über jeden Zweifel erhaben wäre. Aber gerade hinsichtlich der *Friedhofs-Ausscheidung nach Bekenntnissen* lehrt die Erfahrung, wie ein Gesetz, um nicht hinterher missliebige Anwendung zu ermöglichen, *nie klar und bestimmt genug* gefasst werden kann.

Zu A könnten die bürgerlichen Gemeinden für die Annahme, dass nunmehr ihnen auch die bisher den Gotteshausverwaltungen zugekommenen *Neben*einnahmen der Friedhöfe gehörten, namentlich die 1847 zu Strassburg erschienene Schrift der Theologen Prof. Dr. Cunitz u. Reuss »Amtsbefugnisse der Konsistorien« verwerthen, wo es S. 87 heisst: »Diese Einnahmen sind *nicht* unabhängig, sondern *bedingt* durch die entsprechende Verpflichtung, sie für den Unterhalt des Friedhofs zu verwenden.« Hiezu kommt, dass, als das franz. Gde-Gesetz vom 5. April 1884 (Art. 133 u. 136[13]) auch den *Friedhofs*-Unterhalt (»entretien des cimetières«) der bürgerlichen Gemeinde zur Last legte, allerdings auch der *ganze* Ertrag der Friedhöfe (»produit des terrains communaux affectés aux inhumations) der *bürgerlichen* Gemeinde zugewandt wurde, also den Gotteshausverwaltungen verloren ging.

Zu B könnten die Gemeinderäthe fortan die *Anlagen konfessionell* ausgeschiedener Friedhöfe etwa deshalb ablehnen, weil solche Friedhöfe nicht Anstalten der Gesammt*gemeinde*, sondern mehr nur

der einzelnen *Kultus*gemeinden oder -Abtheilungen wären. Die Gemeinderäthe würden hiedurch die Kostenbewilligung für neue Friedhöfe davon abhängig zu machen versuchen können, dass, wie theils jetzt schon in Strassburg der Fall ist, keine Trennung mehr nach Bekenntnissen stattfinden dürfe. Umso leichter würde eine Gdevertretung die blosse *Unterhaltung* eines *konfessionell* ausgeschiedenen Friedhofs ablehnen können, nämlich unter dem Einwande, ein solcher Friedhof könne zwar formell der bürgerlichen Gemeinde gehören, derselbe sei jedoch seiner bestimmt abgegrenzten Benützungsart nach keine Anstalt der Gesammtgemeinde mehr, folglich müsse die Gotteshausverwaltung solchen, wie bisher, unterhalten, und sogar, wenn sie die Trennung der Bekenntnisse beibehalten wolle, fortan solchen auch *neu* beschaffen. All diese Bedenken wären vermieden worden, wenn der Ausschuss die Bezeichnung »*Kirchhöfe*« in §. 48 des Entwurfs vom 9. Januar 1892 und in §. 50 v. 3. Febr. 1894 *beibehalten* hätte, wie denn auch die franz. Gesetze v. 18. Juli 1837 (Art. 30[17]) und 5. April 1884 (Art. 136) nur von *cimetières* sprechen, *nicht* aber von cimetières *communaux*. Hoffentlich glaubte auch der Landesausschuss trotz der ihm beliebten Bezeichnung »*Gemeinde*kirchhöfe«, dass es, abgesehen von der Entbindung der Gotteshausverwaltungen vom Friedhofs-Unterhalte, bei dem bisherigen Friedhofsrechte bewenden sollte[1])!

F. Geigel.

3. ***Fadda**, l'azione popolare. Vol. I. diritto romano, April 1894, Unione tipogr.-ed. zu Turin, 414 S. in Gross-8⁰, 8 Lire.*

Rechtsprof. Adv. F. an der k. Universität Genua, Verfasser der »rapporti del conduttore coi terzi in tema di danno« (1892, 120 p.), ferner des »dir. di sepolcro« (1888 u. 1889) sowie der Abhandlungen über Appello penale, Agere u. s. w. im Digesto italiano (einer Rechtsencyclopädie in buchstabenweiser Reihenfolge nach Art der Pandectes belges und Dalloz' Rép. méthodique,) erörtert eingehendst auf Grund der jüngsten Schriften von Davidson (Gemeingebrauch an öff. Sachen, 1889), Hruza (lege agere pro tutela, 1877), Huschke (Multa und Sacramentum, 1874) und Paalzow (röm. Popularklagen, 1889), von Campagna, Codacci-Pisanelli, Costa, Scialoia u. Porrini über azione popolare (1885—1893), von Dore (interdetti rom.) u. s. w., der Rev.

1) Wenn, wie Halley S. 33 (vgl. 126) und Leoni Mandel Oeff. R. Els.-L. II S. 74 A. 5 annehmen, die Gemeinderäthe *endgültig* über die Verwendung des *Gemeinde*vermögens zu öffentlichen Zwecken beschliessen, so könnte eine *socialistisch* gefärbte Gemeindevertretung ohne Weiteres das *Pfarrhaus* (Ggl. 99 u. 143) vermiethen oder als Schule, zur Aufbewahrung der Feuerlöschgeräthe u. s. w. verwenden; der Art. 1 Ziff. 8 des franz. Gesetzes vom 24 VII 1867 müsste daher wieder hergestellt werden!

hist. de droit franç. et étranger XII 512 ff. und vieler ital. wie insbes. deutscher Zeitschriften *die Geschichte der röm. Popularklagen* mit Verurtheilung zu Gunsten a) einer *öffentlichen Kasse* (p. 15, 77, 192, 223 u. 364: *ecclesia*, arca pontificum, virgines vestales, vgl. Treuber's »*Gräberbussen*«, 1888) oder b) desjenigen, welcher (p. 75) *zuerst* Klage erhob, z. B. wegen *Wucherzinsen* p. 22 oder unbefugter *Beerdigung* innerhalb der Stadt bezw. auf einem öffentl. Platze p. 38 u. 357, oder c) zu Gunsten eines *Dritten*. Hieher gehört die Klage, welche zufolge c. 45 §. 6 de episcopis et clericis 1,[3] die *geistliche* Obrigkeit gegen die Erben zum Vollzuge letztwilliger Verfügungen für *Wohlthätigkeits*zwecke (p. 49 u. 364, vgl. Luchini in Ferraris' Annuario delle scienze giuridiche, sociali e politiche 1882 p. 366—406) erhebt, auch wenn sie in der letztwilligen Verfügung nicht als hiezu legitimirt bezeichnet ist. Die Beschädigung von res *sacrae* oder *religiosae* (p. 344—348 und 355) gab jedem aus dem Volke, sofern nicht die Obrigkeit (p. 274 u. 367) die Initiative ergriff, Anlass, nicht nur auf die Busse, sondern auch auf die Wiederherstellung des früheren Zustandes (p. 92) zu klagen. Die Klage wegen Verletzung eines *Familiengrabes* (p. 164—175) geht auch auf die *Erben* des Klägers über. Der II. Band wird das namentlich in Italien *geltende* R. darstellen, insbesondere die jedem Wähler zustehende Anfechtung öffentlicher *Wahlen*, ferner die Rechtsmittel zum Schutze des *Gemeingebrauchs* öffentlicher Sachen sowie zur Wahrung der *Rechte* der Provinzen, Gemeinden und öffentl. Verbände, auch der Wohlthätigkeitsstiftungen durch Private, wenn die öffentl. Behörden selbst nicht einschreiten.

F. Geigel.

4. *Prof. Dr. K. Albrecht's Rappoltstein'sches Urkundenbuch, Bd. III (675 S. in 4°, Okt. 1894, 32 M., Barth. Colmar)*

enthält 1127 deutsche, 61 franz. und 12 latein. Urkunden aus den Jahren 1332 (1409)—1442, wovon bisher nur 44 veröffentlicht waren; dieselben beziehen sich nicht nur auf die *Bisthümer* Strassburg und Basel, sondern auch Augsburg, Besançon, Cambray, Cöln, Constanz, Lausanne, Mainz, Metz, Speier, Trier, Worms und insbes. Würzburg. — S. 348, vgl. 408, gebietet König Sigmund 27. X 1431 den elsässer Städten und Herren Alle, die zum *Concil* von *Basel* (S. 573) ziehen oder von dort kommen, zu schützen und ihnen *Lebensmittel* zuführen zu lassen; wegen der Theuerung hatten damals manche Herrschaften ihren Unterthanen die Kornausfuhr verboten gehabt. *Zuwendungen* an Spitäler (S. 129) und Kirchen wer-

den vor dem *Gerichts*herren (nicht mehr im öffentl. »Dinge«) verlautbart; eine obrigkeitliche *Genehmigung* findet sich aber nirgends (vgl. jedoch Bd. II S. 51 u. 157).

Ohne *bischöfliche* Ermächtigung (Bd. II S. 12, 21 u. 52) zu erwähnen, *veräussern* 1412 (S. 55, vgl. 116 u. 641) der »gottzhusmeister« Namens der fabrica, der »spitalmeister« (S. 74, vgl. 419, 512 u. 519) Namens des Spitals, 1420 ein »caplan« S. 132 Namens der Pfründe und öfters Klöster (S. 86, 87, 125, 161, 181, 275 und 355) Grundstücke und Gülten. Auch bei Stiftung ewiger *Messen* wird S. 90, 127 ff. die oberhirtliche (Bd. II S. 13, 107 und 119) Genehmigung *nicht* mehr angeführt. Kraft des »Kirchensatzes«, welchen später S. 529 (vgl. 117, 132 u. 528) der Herr von Rappoltstein ohne allen Zusammenhang mit der sonstigen Gutsherrschaft als *eigenes* selbständiges Lehen verleiht, »*konferirte*« er S. 148 ohne Weiteres die Kapellenpfründe 1421; aber nach einigen Jahren gelingt es dem Bischofe von Basel (S. 323 u. 429), es wieder durchzusetzen, dass der Patron nur »*praesentirt*«; der Bischof verspricht dagegen, zu »investigieren«. Der Pfarrer wird bald als lutpriester bezeichnet (S. 127, 132, 429 u. 641), bald als Kircherre (S. 102 u. 153) oder Kilchherr S. 341, 429 ff. Die *Ehe*beredung erfolgt S. 91 (vgl. 138) durch 3malige Frage: wellt ir minen bruder zu der ee? u. s. w. Durch nachfolgende Ehe *legitimirten* Kindern des Smasmann v. R. verleiht der Kaiser S. 373 die Reichsfreiheit und *Lehen*erbberechtigung. Die Hinterlassenschaft *unehelich* Geborner gehörte dem Landgrafen im Elsass S. 52. Die fahrenden oder Spielleute bildeten S. 386 im Elsass eine grosse »*Bruderschaft*«. Weihe eines *Altars* S. 406. Smasmann (= Maximilian) war österr. Landvogt im Elsass, S. 371 ersucht ihn ein päpstl. Legat um sicheres Geleit. — Der Schlussband wird auch ein buchstabenweises Inhalts-Verzeichniss für *Rechts*materien enthalten (wie bischöfl. Gewalt, Kirchsatz, Seelgeräte u. s. w.); im Uebrigen reicht das S. 569—669 beigefügte Inh.-Verz. vollkommen aus. *F. Geigel.*

5. *Die Organisation der Verwaltung in Preussen (alte Lande) und im deutschen Reich. Als Manuscript gedruckt für Vorlesungen über Staats- und Verwaltungsrecht. Von Dr. Bernhard Hübler, ordentlichem Professor der Rechte an der Universität Berlin, Geheimem Oberregierungsrath. Berlin 1894. Druck von C. H. Schulze. 8⁰. S. 67.*

Nach Darlegung der Grundbegriffe über Verfassung, Verwaltung und Verwaltungsformen behandelt die Schrift die einzelnen Organe der kommunalen, und sodann diejenigen der staatlichen

Selbstverwaltung in Preussen (alte Lande) nebst den Organen der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Die letzte Abtheilung ist den Organen der deutschen Reichsstaatsverwaltung im allgemeinen, wie mit Bezug auf Elsass-Lothringen gewidmet. Ueberall befleissigt sich der Verfasser einer knappen Darstellung und klaren Uebersichtlichkeit des Stoffes. Dabei wird die neueste Gesetzgebung gebührend berücksichtigt und die tief einschneidenden Veränderungen, welche eben dieses Gebiet seit 1870 erfahren hat, überall mit wünschenswerther Ausführlichkeit dargelegt. Indess kommt dabei die geschichtliche Entwicklung keineswegs zu kurz. Dieser Vorzug ist besonders geeignet, dem angehenden Jünger der Themis die Beurtheilung der heutigen Einrichtungen zu erleichtern. Namentlich erweisen sich die Ausführungen über das Geheime Cabinet und den Staatsrath (37—39) als ein willkommenes Hülfsmittel zum bessern Verständniss der von Lehmann besorgten Publication »Preussen und die katholische Kirche seit 1648.« Nur in *einem* Punkte möchte ich eine Ausstellung erheben. Die Verfassung wird definirt (S. 1) als »der Inbegriff aller staatlichen Organe, d. h. aller Personen (Einzelpersonen und Personenmehrheiten), welche die Staatsgewalt ausüben.« Dieser Begriff ist zu enge gefasst. Denn hiermit ist nur die Staats*form* bezeichnet, während die Staatsverfassung den Inbegriff jener Normen bildet, welche für die Vertreter der Staatsgewalt und die Art der Ausübung der letztern massgebend sind. Das scheint der gelehrte Verfasser auch selbst empfunden zu haben, indem er S. 2 vom gemeinen Sprachgebrauch hinsichtlich des Wortes »Verfassung« redet. Was er hier anführt, gehört in die Definition selbst. Die praktische Schrift sei den Studenten warm empfohlen.

Aachen. Canonikus Dr. *A. Bellesheim.*

6. *Analecta ecclesiastica. Revue Romaine. Directeur Felix Cadène, Prélat domest. de sa Sainteté. Rome. Administration et Direction 19—17. via Tor Sanguigna. I Ann. 1893. Livr. 1—12. II Ann. 1894. Livr. 1—6. (per Jahr 25 Frcs.).*

Reichhaltige und meistens rasche Mittheilung von Erlassen und Entscheidungen der röm. Curie zeichnen die Zeitschrift aus und concurrirt dieselbe in der Hauptsache mit den Acta S. Sedis und dem Nuntius Romanus. Dem Dec.-Heft 1893 ist ein ausführliches Register über den Inhalt beigegeben. Abhandlungen in der Art, wie solche die ehemaligen Anal. iuris pontif. brachten, findet man nicht oder doch nur recht spärlich.

7. *Le canoniste contemporaine. Bullet. mensuel. Par M. l'abbé Boudinhon, prof. du droit canon. Paris. P. Lethielleux. Editeur. 10 Rue Cassette. 1893. Cap. 1—12. 1894. Janv.—Juin.*

Ausser den Acta s. Sedis und Literaturübersicht enthält die reichhaltige Zeitschrift auch in jedem Hefte eine oder mehrere Abhandlungen. Aus dem Jahrg. 1893 ist von den Abhandlungen zu erwähnen: *Philippe*, Etude historique sur les origines et la developpement du droit matrim. Fortsetz. der schon 1889 begonnenen Artikelserie, J. R. Les honoraires de messe, *Peries*, Procedure canonique dans les causes matrim. P. *Pie de Langogne* sur le décret Auctis admodum *Th. Gase*, les articles organiques sous le régime concordataire, *Boudinhon*, de la publication des bans pour les mariages mixtes, des délégations generales pour l'assistance aux mariage, du parochus simplicis habitationis par rapport au mariage. Vom Jahrg. 1894 sind bisher zu erwähnen: *Boudinhon*, De la réiteration conditionelle de baptême, *P. Batifol*, Origine de l'obligation personelle des cleris à la récitation de l'office canonique, *P. Gasparri*, De l'evêque d'origine pour l'ordination, *Boudinhon*, Un femme peutelle repondre à la messe? De la procedure économique dans les causes disciplinaires de clercs, *Boudinhon*, Des confreries, *A. Pillet*, Du droit de l'Église sur les institutions de bienfaisance, *Boudinhon*, Etude theologique sur les ordinations anglicanes. (Auch in Separat-Abdruck erschienen. Paris, Lethielleux, 1894. 43 pp. zeigt eingehend die Nichtigkeit der anglikanischen Ordinationen aus formalen Gründen).

8. *Revue ecclesiastique de Metz. Etudes de Theologie, de droit canon., de liturgie, d'histoire dioecesaine et generale etc. Metz, aux bureaux de la Revue, Rue Alsfeld 3. 1893, Livr. 1—12. 1894, Livr. 1—6.*

Die von Abbé *Cognon* redigirte reichhaltige Zeitschrift bringt an der Spitze regelmässig Akten des h. Stuhles, ausserdem Abhandlungen und kürzere und längere kritische Referate. Wir erwähnen hier vom J. 1893, Januar—März: Une question de droit éccles. (Begräbnisse); Juin: Synode dioecesain de l'année 1894: Janv.—Fevr.: La papauté ot le pouvoir byzantain; Mai—Juin: Synode épiscopal de 1894; l'application de la messe pro populo; Empéchement des fiainçailles.

9. *American ecclesiastical review. A monthly publication for the clergy. Philadelphia, Pa., D. J. Gallacher and Co., Publishers. 245—247 North Broad Street.*

Die Zeitschrift ist der praktischen Theologie überhaupt gewidmet, mit besonderer Rücksicht auf die Verhältnisse in den Ver-

einigten Staaten Nordamerikas. Sie bringt Abhandlungen, Erlasse und Entscheidungen der röm. Curie und literar. Besprechungen. Wir erwähnen hier aus dem Hefte 1894: Januar: *Lehmkuhl* S. J., De excisione foetus atque eius directa occasione. Mai: The independence of the catholic press, the catholic-press and episcopal authority. June: The perpetual presence and pontificate of St. Peter in Rome; Jansenism and secularism.

10. Friedberg und Sehling. Deutsche Ztschr. f. Kirchenr. Freiburg i. Br. Mohr'sche Buchhandlg (P. Siebeck). Bd. 3. 1893.

Heft 1. *K. Köhler*, Ueber Austritt und Ausschluss aus der Kirche (S. 1—29); *A.* und *F. Altmann*, Besteht eine Rechtspflicht des Magistrats zu Gleiwitz zur Uebernahme des Patronats über die neu zu erbauende kath. Kirche das.? (S. 30—64) Heft 3. *Caspar*, Die Präsentationsberechtigung und Parzellirung des realpatronatberechtigten Gutes im Geltungsbereiche des preuss. Landrechts (S. 253—307). Dr. *G. Schmidt*, Die Kirchengemeinde im rechtsrheinischen Bayern (S. 334—354).

11. Card. M. Graniello, De lege civili matrimoniali pro Hungariae regno rogata mense Dec. anni 1893. Rom. 1894.

12. Idem, De obligatione legum latorum Hungariae sua praesentia et suffragio repudiandi legem matrimonialem rogatum m. Dec. 1893. Rom. 1894.

Das »Wiener Vaterland« 1894 Nr. 164 Morgenbl. berichtet über beide Schriften. Die erste bringt die die Civilehe verwerfenden Urtheile der Päpste und der Bischöfe der verschiedenen Länder; die zweite führt aus, das Nichterscheinen der kathol. Abgeordneten und Nichtstimmen derselben gegen die ungarische Civilehevorlage sei eine durch ein Sacrilegium erschwerte Todsünde. Inzwischen hat auch das ungar. Magnatenhaus am 21. Juni 1894 die Gesetzvorlage angenommen, mit 4 Stimmen Majorität. Auch Hr. Canon. Dr. Allègre hat in einer Fortsetzung seiner oben unter Nr. 14 verzeichneten Schrift eine Kritik des ungar. Civilehegesetzentwurfs erscheinen lassen.

13. Die Phantasie im Rechte. Von Prof. Dr. H. Dernburg. Berlin 1894.

Ein am 20. März 1894 zu Wien in der »Juristischen Gesellschaft« gehaltener Vortrag. — Der als Rechtslehrer und Schriftsteller berühmte Verf., welcher der sog. nationalliberalen Partei angehört, führte darin aus, dass alles Recht in der Volksseele, in der Phantasie des Volkes seine tiefsten Wurzeln haben müsse und dass es zum Absterben verurtheilt sei, wenn es nicht aus diesem Boden

Nahrung ziehe. Von diesem Standpunkte aus fällt D. auch ein durchaus ablehnendes Urtheil über die *Civilehe.* Es widerstrebe der Phantasie des Volkes, wenn jener wichtige Akt, der über das Lebensschicksal der Verlobten entscheiden, ohne höhere Weihe vor sich gehe. Von dem Akte der Eheschliessung sollte ein Licht ausgehen, welches die künftigen Lebenswege der Brautleute erhellt und hineinleuchtet bis in das Dunkel der Trübsal. Es handle sich dabei nicht nur, auf das Gemüth der zunächst Betheiligten einzuwirken, es handele sich auch um ein Interesse der Gesellschaft und des Staates, wenn durch die Weihe der Form den Eheschliessenden klar wird, dass sie als Glieder der Gesellschaft sich nun in deren Bau einfügen, um an deren Weiterbau mitzuwirken. Diesem Bedürfnisse werde durch die kirchliche Eheschliessung am Besten entsprochen und durch Jahrhunderte herauf sei sie die einzige Form gewesen. Die Entwickelung der modernen Staatsidee und der Staatsgewalt habe es nöthig gemacht, dass der Staat sich um den Eheabschluss mehr als früher kümmere. Aber daraus folge nicht, dass er die obligatorische Civilehe einführen müsse; zu diesem Behufe sei nichts Anderes nöthig, als dass die kirchlichen Organe ihre Matriken dem Staate zur Verfügung stellen. Die *kirchlichen Organe*, die Pfarrer seien auch durchweg *besser geeignet* zur Vornahme und Beurkundung derartiger Standesakte, als weltliche Beamte. Sie seien auch den Leuten näher und bequemer zu erreichen, als die (beispielsweise in Deutschland) oft weit entlegenen Standesämter. — Man fordere die obligatorische Civilehe im Namen der Gewissensfreiheit; allein von diesem Standpunkte aus könne man nur die *facultative* Civilehe begründen; *die obligatorische sei ein Gewissenszwang.* Wenn ein Theil der Eheschliessenden nur gegen das Versprechen nachträglicher kirchlicher Trauung zur Eheschliessung vor dem Standesamte erschienen sei und wenn der andere Theil sich dann weigere, die kirchliche Trauung vornehmen zu lassen, so gelte die Ehe vor dem staatlichen Forum als geschlossen und der Staat leiht zu deren Durchführung eventuell auch seine Zwangsgewalt; das sei Gewissenszwang für den Ersteren. Die Civileheschliessung in Deutschland spiele sich so nüchtern ab; nicht besser, als wenn es sich etwa um um den Verkauf eines Grundstückes handle. In Frankreich erscheine wenigstens der Maire mit der dreifarbigen Schärpe und spreche zu den Verlobten von Vaterland und Brüderlichkeit. Das mag dazu dienen, die Feierlichkeit des Aktes zu erhöhen. Man sagte in Deutschland, man wolle die Amtshandlung im Standesamte deshalb so einfach machen, damit die Brautleute umso eher sich angetrieben fühlen, die kirchliche Trauung nicht zu unter-

lassen. Aber man täusche sich nicht darüber. Die kirchliche Trauung wird vielfach *nicht* nachgeholt, denn, für die *Protestanten* wenigstens, gelte die Ehe auch nach der Civiltrauung bereits als geschlossen. Wozu noch sich kirchlich trauen lassen, da es sich doch nur mehr um eine leere Form handeln kann? — So habe sich die obligatorische Civilehe ganz ohne Rücksicht auf die im Volke wurzelnde Rechtsanschauung, ohne Rücksicht auf die »Phantasie« des Volkes entwickelt. Bei der Vornahme dieses Aktes lege der Staat thatsächlich auch nicht ein einziges gutes Samenkorn, das aufgehen und Frucht bringen könnte, in die Herzen der Verlobten.

XXXVI.

Miscelle.

Die in *Ungarn* sehr verbreitete *Congregation der barmherzigen Schwestern vom hl. Vincenz mit dem Mutterhause in Szathmár* hat das Eigenthümliche, dass die Gelübde nur auf unbestimmte Zeit abgelegt werden, laut der Professformel: »so lange ich in der Versammlung der barmherzigen Schwestern sein werde.« Diese Congregation, welche von den sogenannten grauen Schwestern, den eigentlichen Vincenzianerinnen, ganz unabhängig ist, wurde vom Papst Gregor XVI. mit apostolischem Breve d. d. 15. September 1835 bestätigt und von dem heiligmässigen Szathmárer Bischof Johann Hám im Jahre 1842 nach Ungarn verpflanzt. Die Congregation besitzt gegenwärtig in Ungarn 47 Häuser.

Inhalt.

Berichtigungen: Im vorigen Heft des Archiv S. 195 Zeile 11 v. u. lese man *1684* statt 1864. — S. 195 Z. 20 v. u. lese man *St. Johann* statt Saarbrücken. — Z. 21 v. u. lese man *örtlichen* statt ärztlichen. — Der Verfasser der S. 195 unter 7 besprochenen Schrift, betr. die kath. Pfarrgemeinde Saarbrücken, bemerkt in einer Zuschrift an die Redaktion, auch er sei vollständig der Ansicht, dass das Decret vom 28. August 1808 in keiner Weise eine endgültige Festsetzung der Zahl der Succursalpfarreien enthalte. Nur die durch Art. 9 des französ. Concordats und Art. 60 der Organ. Artikel vorgesehene *Neuumschreibung* der Pfarreien Frankreichs sei durch jenes Decret beendigt worden.

